

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

Einbringer: Landesregierung

(Drucksache 7/8231)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 13. Dezember 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Landesregierung

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Gebietsreformen in Thüringen in den 1990er Jahren haben sich überwiegend als Schritt in die richtige Richtung erwiesen.

Der demografische Wandel hat in den Gemeinden jedoch zu einem weiteren Absinken der Einwohnerzahlen geführt. Diese Entwicklung wird sich künftig fortsetzen, wobei das Durchschnittsalter der Bevölkerung weiter steigen und der Anteil von Personen im erwerbsfähigen Alter deutlich zurückgehen wird.

Im Jahr 1990 lebten in Thüringen noch 2,61 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Im Jahr 2035 werden es nach der am 31. Januar 2023 veröffentlichten 3. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik (Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Tabelle Bevölkerungsentwicklung 2021 bis 2042 nach Kreisen in Thüringen; <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/Tab-Anzeige.asp?tabelle=kz300121>) voraussichtlich noch etwa 1,99 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sein. Dabei werden im Jahr 2035 etwa 31 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner Thüringens mindestens 65 Jahre alt sein.

Gleichzeitig ist aufgrund der demografischen Entwicklung auf Seiten des Landes mit Einnahmeausfällen sowie mit veränderten Ausgabebedarfen zu rechnen. Dies wird die finanziellen Spielräume des Landes einschränken und sich auf die Höhe der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen auswirken.

Darüber hinaus müssen die Gemeinden den stetig steigenden Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden, mit der Entwicklung der Informationstechnologie Schritt halten und über ausreichend spezialisiertes Personal verfügen, dessen Gewinnung im Zuge des demografischen Wandels zunehmend schwieriger wird. Hinzukommen in zunehmendem Maße weitere Herausforderungen für die Gemeinden, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Klimaschutz, der Klimaanpassung,

der Bewältigung von Krisenlagen sowie den Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine.

Auf die veränderten Rahmenbedingungen muss das Land mit seinen noch immer überwiegend kleinteiligen kommunalen Gebietsstrukturen reagieren, damit die Städte und Gemeinden in Thüringen die bereits eingetretenen sowie sich abzeichnenden Herausforderungen für das kommunale Verwaltungshandeln dauerhaft bewältigen können.

Die Gemeinden haben umfangreiche Aufgaben im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis zu erfüllen, die ihnen durch Gesetze und Rechtsverordnungen zugewiesen sind. Hierfür müssen sie als eigenständig handlungsfähige Selbstverwaltungskörperschaften umfassend leistungsfähig sein. Sie sollen ohne Drittbeteiligung, insbesondere der Aufsichtsbehörde, in einer rechtsstaatlichen, zweckmäßigen und hinreichend spezialisierten Verwaltung sachgerecht ihre Aufgaben wahrnehmen können. Diesen Anforderungen entsprechen die Gemeinden in der Regel umso mehr, je größer ihre Einwohnerzahl ist.

Der Landtag hat am 13. Dezember 2017 den Beschluss "Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen unter Berücksichtigung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017" gefasst (Drucksache 6/4876). Mit diesem Beschluss steht den Gemeinden ein verlässlicher Rahmen für ihre freiwilligen Neugliederungsbestrebungen zur Verfügung.

Des Weiteren hat der Gesetzgeber in seinem Beschluss deutlich gemacht, dass bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt wird.

Auf dieser Grundlage hat der Landtag während der sechsten Legislaturperiode insgesamt drei Gemeindeneugliederungsgesetze verabschiedet. Mit dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 vom 28. Juni 2018 (GVBl. S. 273), dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 795) und dem Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385) wurde das umfangreichste Neugliederungsvorhaben auf der Gemeindeebene seit den 1990er Jahren umgesetzt. Hierbei konnten viele kleinste und kleine Gemeinden in größere, leistungsfähigere Strukturen integriert werden. Die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden sank von 843 (Stand: 31. Dezember 2017) auf 626 (Stand: 31. Dezember 2021).

Trotz der erzielten Erfolge sind die Gemeindestrukturen in Thüringen weiterhin durch eine erhebliche Kleinteiligkeit geprägt. Die in der sechsten Legislaturperiode eingeleitete flächendeckende Gemeindegebietsreform wird daher auch in der aktuellen Legislaturperiode fortgeführt, um die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden weiter zu stärken und mit den strukturellen Verbesserungen dazu beizutragen, dass die Gemeinden dauerhaft die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrnehmen können.

Im Zuge der Fortführung der Gemeindegebietsreform hat der Landtag mit dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 vom 7. Dezember 2022 (GVBl. S. 475) weitere Neugliederungen auf den Weg gebracht, die entsprechend den Anträgen der Gemeinden am 1. Januar 2023 in Kraft traten.

Bestandsänderungen von Gemeinden bedürfen nach Artikel 92 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 9 Abs. 3 Satz 1 ThürKO eines Gesetzes. Das Gleiche gilt nach § 92 Abs. 3 ThürKO für Gebietsänderungen von Landkreisen, falls diese gegen ihren Willen erfolgen. Die Auflösung und Änderung von Verwaltungsgemeinschaften sowie die Begründung und die Aufhebung der Zuordnung zu einer erfüllenden Gemeinde erfordern nach § 46 Abs. 1 Satz 1 ThürKO beziehungsweise § 51 Abs. 1 Satz 1 ThürKO in Verbindung mit § 46 Abs. 1 Satz 1 ThürKO ebenfalls ein Gesetz.

Das vorliegende Gesetz beinhaltet in Artikel 1 die Regelung kommunaler Neugliederungen, die am 1. Januar 2024 in Kraft treten sollen. Die aufgenommenen Neugliederungsanträge dienen der Steigerung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft und entsprechen aus Sicht der Landesregierung dem öffentlichen Wohl. Ihnen liegen übereinstimmende Beschlüsse der antragstellenden Städte und Gemeinden zur Schaffung neuer kommunaler Verwaltungsstrukturen zugrunde.

Die für die nachfolgend genannten Städte und Gemeinden angegebenen Einwohnerzahlen für das Jahr 2035 basieren auf der im Dezember 2020 veröffentlichten 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik. Soweit bei Angaben zu den Einwohnerzahlen von vergrößerten Gemeinden im Jahr 2035 die Einwohnerzahlen von Ortsteilen im Jahr 2035 zu berücksichtigen waren (bei Gemeindegliederung), hat das Ministerium für Inneres und Kommunales eine eigene Vorausberechnung vorgenommen, da ortsteilbezogene Einwohnerdaten durch das Landesamt für Statistik nicht erfasst werden. Hierbei wurde auf die ortsteilbezogenen Einwohnerdaten des jeweils zuständigen Einwohnermeldeamtes zum Stand 31. Dezember 2021 zurückgegriffen und der sich hieraus ergebende prozentuale Anteil der Ortsteile an der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde zu der im Rahmen der 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung durch das Landesamt für Statistik für das Jahr 2035 vorausgerechneten Einwohnerzahl der entsprechenden Gemeinde ins Verhältnis gesetzt.

Im Landkreis Eichsfeld haben elf von dreizehn Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Uder", namentlich die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode, die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft und den Zusammenschluss zu einer neuen Landgemeinde beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausgerechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 5.610 Einwohnerinnen und Einwohner.

Des Weiteren haben im Landkreis Eichsfeld die Stadt Heilbad Heiligenstadt und zwei von acht Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal", namentlich die Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz, die Auflösung der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz und ihre Eingliederung in die Stadt Heilbad Heiligenstadt beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausgerechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 17.210.

Im Unstrut-Hainich-Kreis hat die Gemeinde Rodeberg ihre Auflösung beschlossen.

Zur Neugliederung des Gebietes dieser Gemeinde haben zunächst die Stadt Dingelstädt im Landkreis Eichsfeld sowie die Gemeinde Rodeberg im Unstrut-Hainich-Kreis die Eingliederung des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Dingelstädt beschlossen und beantragt.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt circa 11.210. Mit der beantragten kommunalen Neugliederung ist eine Gebietsänderung des Unstrut-Hainich-Kreises und des Landkreises Eichsfeld verbunden.

Zudem haben im Unstrut-Hainich-Kreis die Stadt Mühlhausen/Thüringen und die Gemeinde Rodeberg die Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Mühlhausen/Thüringen beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt circa 33.180.

Im Landkreis Gotha haben die Gemeinde Georgenthal und die Gemeinde Herrenhof die Auflösung der Gemeinde Herrenhof und ihre Eingliederung in die Gemeinde Georgenthal beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 7.380.

Im Landkreis Greiz haben die Stadt Berga/Elster und die Gemeinde Wünschendorf/Elster ihre Auflösung und den Zusammenschluss zu einer neuen Gemeinde beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 4.670.

Im Saale-Holzland-Kreis hat die Gemeinde Unterbodnitz ihre Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" und die Zuordnung zur Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" beschlossen und beantragt.

Im Landkreis Schmalkalden-Meiningen haben die Stadt Meiningen und die Gemeinde Sülzfeld die Auflösung der Gemeinde Sülzfeld und ihre Eingliederung in die Stadt Meiningen beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 23.160.

Im Unstrut-Hainich-Kreis haben die Gemeinde Unstrut-Hainich und die Gemeinde Schönstedt die Auflösung der Gemeinde Schönstedt und ihre Eingliederung in die Gemeinde Unstrut-Hainich beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 6.090.

Des Weiteren haben die Gemeinde Südeichsfeld im Unstrut-Hainich-Kreis und die Gemeinde Hallungen im Wartburgkreis, welche der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" angehört, die Auflösung der Gemeinde Hallungen sowie ihre Eingliederung in die Gemeinde Südeichsfeld beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 5.800. Mit der beantragten kommunalen Neugliederung ist eine Gebietsänderung des Unstrut-Hainich-Kreises und des Wartburgkreises verbunden.

Im Wartburgkreis haben die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda die Auflösung der Gemeinde Frankenroda und ihre Eingliederung in die Stadt Amt Creuzburg unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" beschlossen und beantragt. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 4.480.

Im Zuge der Umsetzung der vorgenannten kommunalen Strukturänderungen ist die Anlage zum Thüringer Gerichtsstandortgesetz anzupassen.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Herausforderungen für den Landeshaushalt und der nicht hinreichend absehbaren weiteren Entwicklung der finanziellen Gegebenheiten soll der Förderzeitraum des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen verkürzt werden und bereits Ende des Jahres 2024 auslaufen.

B. Lösung

Mit Artikel 1 dieses Gesetzes wird den Anträgen der beteiligten Städte und Gemeinden auf Bildung von freiwilligen Gemeindestrukturen durch Auflösung und Eingliederung beziehungsweise Zusammenschluss nachgekommen. Im Fall der beantragten kreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen wird eine Änderung der Grenzen der betroffenen Landkreise erforderlich. Des Weiteren umfassen die Regelungen die Auflösung beziehungsweise Änderung betroffener Verwaltungsgemeinschaften, die Zuordnung von Gemeinden zu einer erfüllenden Gemeinde nach § 51 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) sowie die Aufhebung entsprechender Zuordnungsverhältnisse zu einer erfüllenden Gemeinde.

Die nach Artikel 92 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie nach § 9 Abs. 3 Satz 2, § 92 Abs. 4 und § 46 Abs. 1 Satz 2 ThürKO erforderlichen Anhörungen der betroffenen Gemeinden, Einwohnerinnen und Einwohner, Landkreise und Verwaltungsgemeinschaften sind unabhängig von bereits erfolgten Bürgerbeteiligungen und vom Vorliegen einvernehmlicher Gemeinderats- oder Stadtratsbeschlüsse im Verlaufe des Gesetzgebungsverfahrens durchzuführen. Die in den Anhörungen gewonnenen Erkenntnisse sind in die abschließende Entscheidung des Gesetzgebers einzubeziehen.

Den Neugliederungsmaßnahmen liegen das Leitbild und die Leitlinien für die flächendeckende Neugliederung der Gemeinden in Thüringen zugrunde, die in der Begründung dargelegt werden. Sie sind Grundlage für den Gesamtprozess der Schaffung leistungs- und verwaltungstarker Gebietskörperschaften.

Die freiwilligen Neugliederungen von Gemeinden in der aktuellen Legislaturperiode werden durch Finanzhilfeeinstrumente begleitet, die im Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) in der jeweils geltenden Fassung geregelt wurden.

Artikel 2 dieses Mantelgesetzes knüpft an die in Artikel 1 enthaltenen kommunalen Strukturänderungen an und beinhaltet Folgeänderungen des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes.

Artikel 3 enthält eine Verkürzung des Förderzeitraums des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021.

C. Alternativen

Alternativ zu Artikel 1 dieses Mantelgesetzes könnte ganz oder teilweise auf die beantragten freiwilligen Gemeindeneugliederungen verzichtet werden. Dies widerspräche sowohl dem Willen der antragstellenden Gemeinden als auch dem öffentlichen Interesse an der Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Gemeindestrukturen. Der Verzicht auf eine strukturelle Weiterentwicklung der Gemeinden unter Beibehaltung des Status quo ist angesichts der gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen keine vertretbare Handlungsoption.

Zu den im Gesetz geregelten Gemeindeneugliederungen einschließlich der sich daraus ergebenden Änderung von Landkreisgrenzen wären grundsätzlich Alternativen im Sinne anderweitiger Neugliederungen der beteiligten Gemeinden denkbar. Hierfür liegen jedoch keine entsprechenden Beschlüsse und Anträge der Gemeinden vor. Die im vorliegenden Gesetz vorgesehenen Neugliederungen respektieren damit die jeweils selbstbestimmte Entscheidung der Gemeinden. Zugleich sind sie im Ergebnis der Gesamtabwägung der Gründe des öffentlichen Wohls im Sinne des Artikels 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie § 9 Abs. 1 und § 92 Abs. 1 ThürKO die jeweils vorzugswürdige Neugliederungsoption.

Alternativ zu Artikel 2 dieses Gesetzes könnte auf die Anpassungen des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes (ThürGStG) verzichtet werden. Die erforderlichen Anpassungen wären gegebenenfalls in einem gesonderten Gesetz zu regeln.

Alternativ zu Artikel 3 dieses Gesetzes könnte auf eine Verkürzung des Förderzeitraums des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) verzichtet werden. In diesem Fall würden die gegenwärtigen Herausforderungen für den Landeshaushalt und die nicht hinreichend absehbare weitere Entwicklung der finanziellen Gegebenheiten mit einem geringeren Gewicht berücksichtigt werden.

D. Kosten

Die als direkte Folgekosten der Umstrukturierung entstehenden Verwaltungskosten sind durch die beteiligten Gebietskörperschaften zu tragen.

Die Gemeindeneugliederungen werden sich auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden auswirken. Allerdings wird die Gesamtsumme der Schlüsselmasse durch die Neugliederungen nicht beeinflusst.

Die Neugliederung von Gemeinden wird auf der Grundlage des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen vom Land durch Neugliederungsprämien, Strukturbegleithilfen und besondere Entschuldungshilfen finanziell unterstützt, soweit die erforderlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Hinzu kommen die in Artikel 1 des Mantelgesetzes vorgesehenen ergänzenden Finanzhilfen in Form von temporären Kompensationszuweisungen.

Der Rechnungshof hat bereits in der Vergangenheit die finanzielle Förderung von Gemeindeneugliederungen durch das Land ausdrücklich als sinnvoll eingestuft und dem Gesetzgeber daher die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Gemeinden bei der Verbesserung ihrer kommunalen Verwaltungsstruktur empfohlen, vergleiche Thüringer Rechnungshof, Jahresbericht 2022 – Überörtliche Kommunalprüfung, S. 12. Diese Auffassung hat der Rechnungshof auch im Rahmen seines jüngsten Berichts nachdrücklich bestätigt. Er verwies hierbei nicht nur auf die im Rahmen seiner Prüfungen festgestellten finanziellen und organisatorischen Vorteile größerer Verwaltungseinheiten, sondern auch darauf, dass nur das Land Veränderungen mit größeren Auswirkungen in den kommunalen Verwaltungsstrukturen initiieren kann. Er empfahl daher dem Gesetzgeber und der Landesregierung, weitere Anreize für Neugliederungen zu schaffen, vergleiche Thüringer Rechnungshof, Jahresbericht 2023 – Überörtliche Kommunalprüfung, S. 28 bis 30.

Durch die in Artikel 1 des Mantelgesetzes geregelten Gemeindeneugliederungen ergeben sich zunächst nach dem Thüringer Gesetz zur Förde-

rung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesamtkosten in Höhe von etwa 16,6 Millionen Euro. Diese beinhalten auf Basis der aktuell verfügbaren Daten Neugliederungsprämien in Höhe von etwa 12,5 Millionen Euro, Strukturbegleithilfen in Höhe von etwa 2,2 Millionen Euro und besondere Entschuldungshilfen in Höhe von etwa 1,9 Millionen Euro.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln außerhalb des kommunalen Finanzausgleiches. Die erforderlichen Mittel sind im Rahmen der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2024 zu berücksichtigen.

Mit den ergänzenden Kompensationszahlungen, die in Artikel 1 des Mantelgesetzes geregelt werden, soll erreicht werden, den Anpassungsprozess an die neuen Strukturen zu erleichtern.

Für zwei Landkreise ergibt sich durch die Neugliederungen aufgrund des Artikels 1 ein Gebietsverlust und damit auch ein Verlust an Einwohnerinnen und Einwohnern. Dies führt bei den betroffenen Landkreisen zu geringeren Zuweisungen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz und zu geringeren Umlagegrundlagen für die Erhebung von Kreis- und Schulumlage. Für diese Verluste sollen nach den vorgesehenen Bestimmungen in Artikel 1 temporäre Kompensationszahlungen geleistet werden. Die Kompensationsleistungen für die betreffenden Landkreise betragen nach Modellrechnungen auf Basis der aktuell verfügbaren Daten voraussichtlich insgesamt etwa 3,1 Millionen Euro.

In einigen Verwaltungsgemeinschaften ergibt sich durch die Neugliederungen aufgrund des Artikels 1 ein Verlust an Gemeinden und damit auch ein Verlust an Einwohnerinnen und Einwohnern. Dies führt bei den betroffenen Verwaltungsgemeinschaften zu geringeren Zuweisungen nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz und zu geringeren Umlagen. Für diese Verluste sollen ebenfalls temporäre Kompensationszahlungen geleistet werden. Die Kompensationsleistungen für die betreffenden Verwaltungsgemeinschaften betragen nach Modellrechnungen auf Basis der aktuell verfügbaren Daten insgesamt etwa 1,7 Millionen Euro.

Die in Artikel 1 des Mantelgesetzes vorgesehenen kommunalen Strukturänderungen sollen insgesamt mit etwa 21,4 Millionen Euro durch das Land finanziell unterstützt werden.

Im Gegenzug schaffen die Neugliederungen die Voraussetzungen dafür, dass unter bestimmten Bedingungen mittel- und langfristig Effizienzgewinne erreicht beziehungsweise Einsparpotenziale genutzt werden können. Deren Größenordnung hängt in erster Linie davon ab, inwieweit die Kommunen im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts die Möglichkeiten hierfür nutzen. Ungeachtet dessen werden die in Artikel 1 vorgesehenen Neugliederungen nicht primär nach finanziellen Maßstäben bewertet. Die Gemeindegebietsreform zielt vielmehr auf den Erhalt und die weitere Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der kommunalen Gebietskörperschaften insgesamt und soll gewährleisten, dass diese dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben in geordneter Haushaltswirtschaft sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Kommunales.

**FREISTAAT THÜRINGEN
DER MINISTERPRÄSIDENT**

An die
Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, den 20. Juni 2023

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

"Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen am 5./6./7. Juli 2023.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

**Thüringer Gesetz
zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024,
zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes
zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Thüringer Gesetz
zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2024
(ThürGNNG 2024)**

Inhaltsübersicht

- § 1 Gemeinden Asbach-Sickenberg, Birkenfelde, Dietzenrode/Vattenrode, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode, Verwaltungsgemeinschaft "Uder" (Landkreis Eichsfeld)
- § 2 Stadt Heilbad Heiligenstadt sowie Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz, Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" (Landkreis Eichsfeld)
- § 3 Städte Dingelstädt und Mühlhausen/Thüringen sowie Gemeinde Rodeberg (Landkreis Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis)
- § 4 Gemeinden Georgenthal und Herrenhof (Landkreis Gotha)
- § 5 Stadt Berga/Elster und Gemeinde Wünschendorf/Elster, Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" (Landkreis Greiz)
- § 6 Gemeinde Unterbodnitz sowie Verwaltungsgemeinschaften "Hügelland/Täler" und "Südliches Saaletal" (Saale-Holzland-Kreis)
- § 7 Stadt Meiningen und Gemeinde Sülzfeld (Landkreis Schmalkalden-Meiningen)
- § 8 Gemeinden Unstrut-Hainich und Schönstedt (Unstrut-Hainich-Kreis)
- § 9 Stadt Amt Creuzburg und Gemeinde Frankenroda sowie Gemeinden Hallungen und Südeichsfeld, Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" (Wartburgkreis und Unstrut-Hainich-Kreis)
- § 10 Weitere Neugliederungen
- § 11 Erweiterung des Stadt- oder Gemeinderats
- § 12 Ortsrecht, Kreisrecht
- § 13 Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger
- § 14 Rechtsstellung der Tarifbeschäftigten
- § 15 Neuwahl der Personalvertretungen
- § 16 Übergang und Wahl der Schwerbehindertenvertretungen
- § 17 Übergang und Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten
- § 18 Auseinandersetzung bei Eingliederung des Gebietes einer Gemeinde in mehrere Gemeinden
- § 19 Auseinandersetzung bei Ausgliederung von Gemeinden aus einer Verwaltungsgemeinschaft
- § 20 Auseinandersetzung bei landkreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen
- § 21 Wohnsitz, Einwohnerzahl und sonstige Berechnungsgrößen

- § 22 Freistellung von Kosten
- § 23 Mitgliedschaft in Zweckverbänden, Zweckvereinbarungen
- § 24 Haushaltswirtschaft
- § 25 Kompensation von Verlusten der Landkreise infolge landkreisübergreifender Gemeindeneugliederungen
- § 26 Kompensation von Verlusten der Verwaltungsgemeinschaften infolge der Ausgliederung von Mitgliedsgemeinden
- § 27 Strukturbegleithilfe und besondere Entschuldungshilfe nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen
- § 28 Gleichstellungsbestimmung

§ 1

Gemeinden Asbach-Sickenberg, Birkenfelde, Dietzenrode/Vatterode, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode, Verwaltungsgemeinschaft "Uder" (Landkreis Eichsfeld)

(1) Die Verwaltungsgemeinschaft "Uder", bestehend aus den Gemeinden Asbach-Sickenberg, Birkenfelde, Dietzenrode/Vatterode, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode, wird aufgelöst.

(2) Die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode werden aufgelöst. Aus den Gebieten der aufgelösten Gemeinden wird eine Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) gebildet. Diese ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden.

(3) Die nach Absatz 2 Satz 2 neu gebildete Gemeinde führt den Namen "Uder".

(4) Der Gemeinderat der neu gebildeten Gemeinde Uder entscheidet über den Sitz der Verwaltung.

(5) Die neu gebildete Gemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

(6) Die Verwaltungsgemeinschaft "Uder" ist nach § 52 Abs. 2 ThürKO in Verbindung mit § 41 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) abzuwickeln.

§ 2

Stadt Heilbad Heiligenstadt sowie Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz, Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" (Landkreis Eichsfeld)

(1) Die Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz werden aus der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" ausgegliedert.

(2) Die Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz werden aufgelöst. Die Gebiete der aufgelösten Gemeinden wer-

den in das Gebiet der Stadt Heilbad Heiligenstadt eingegliedert. Die Stadt Heilbad Heiligenstadt ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden.

(3) § 45 Abs. 8 ThürKO findet für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Glasehausen mit der Maßgabe Anwendung, dass abweichend von § 45 Abs. 8 Satz 1 ThürKO mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nur für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortsteilverfassung eingeführt ist. Endet die verbleibende Amtszeit des bisherigen Bürgermeisters der aufgelösten Gemeinde nach dem Ende der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats, findet § 45 Abs. 8 Satz 2 ThürKO mit der Maßgabe Anwendung, dass der bisherige Bürgermeister der aufgelösten Gemeinde nur für die Dauer der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsteilbürgermeister zu ernennen ist.

(4) § 45 Abs. 8 ThürKO findet für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz keine Anwendung. Für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats besteht die Ortsteilverfassung der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz fort.

(5) Zwischen der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" und der Stadt Heilbad Heiligenstadt als Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz hat eine Auseinandersetzung nach § 19 stattzufinden.

§ 3

Städte Dingelstädt und Mühlhausen/Thüringen sowie
Gemeinde Rodeberg
(Landkreis Eichsfeld und Unstrut-Hainich-Kreis)

(1) Die Gemeinde Rodeberg wird aufgelöst.

(2) Das bisher zum Unstrut-Hainich-Kreis gehörenden Gebiet des Ortsteils Struth der aufgelösten Gemeinde Rodeberg wird in das Gebiet des Landkreises Eichsfeld eingegliedert. Zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Unstrut-Hainich-Kreis findet eine Auseinandersetzung nach § 20 statt.

(3) Das Gebiet des Ortsteils Struth der aufgelösten Gemeinde Rodeberg wird in das Gebiet der Stadt Dingelstädt eingegliedert.

(4) Das Gebiet des Ortsteils Eigenrieden der aufgelösten Gemeinde Rodeberg wird in das Gebiet der Stadt Mühlhausen/Thüringen eingegliedert.

(5) Die Stadt Dingelstädt ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde Rodeberg. Zwischen den Städten Dingelstädt und Mühlhausen/Thüringen findet eine Auseinandersetzung nach § 18 statt. Der endgültige Personalübergang richtet sich nach den §§ 13 und 14. § 9 Abs. 4 Satz 3 ThürKO bleibt unberührt.

(6) § 45 Abs. 8 und § 45 a Abs. 11 ThürKO finden für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Rodeberg keine Anwendung. Für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats besteht die Ortsteilverfassung der auf-

gelösten Gemeinde Rodeberg in Bezug auf den Ortsteil Eigenrieden als Ortsteilverfassung sowie in Bezug auf den Ortsteil Struth als Ortschaftsverfassung fort.

(7) Die in § 13 Abs. 5 des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2011 vom 17. November 2011 (GVBl. S. 293) in der jeweils geltenden Fassung geregelte Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Rodeberg auf die Gemeinde Südeichsfeld wird aufgehoben.

§ 4

Gemeinden Georgenthal und Herrenhof (Landkreis Gotha)

(1) Die Gemeinde Herrenhof wird aufgelöst. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde wird in das Gebiet der Gemeinde Georgenthal eingegliedert. Die Gemeinde Georgenthal ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

(2) Die in § 1 Abs. 6 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385) in der jeweils geltenden Fassung geregelte Übertragung von Verwaltungsaufgaben wird aufgehoben, soweit sie die Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Herrenhof auf die Gemeinde Georgenthal betrifft.

§ 5

Stadt Berga/Elster und Gemeinde Wünschendorf/Elster, Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" (Landkreis Greiz)

(1) Die Gemeinde Wünschendorf/Elster wird aus der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" ausgegliedert.

(2) Die Stadt Berga/Elster und die Gemeinde Wünschendorf/Elster werden aufgelöst. Aus den Gebieten der aufgelösten Gemeinden wird eine neue Gemeinde gebildet. Diese ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden.

(3) Die nach Absatz 2 Satz 2 neu gebildete Gemeinde führt den Namen "Berga-Wünschendorf" und ist berechtigt, die Bezeichnung "Stadt" zu führen.

(4) Der Gemeinderat der neu gebildeten Gemeinde Berga-Wünschendorf entscheidet über den Sitz der Verwaltung.

(5) Der Name der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" wird in "Ländereck" geändert.

(6) Der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft wird in die Gemeinde Seelingstädt verlegt.

(7) Zwischen der Verwaltungsgemeinschaft "Ländereck" und der Gemeinde Berga-Wünschendorf als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Wünschendorf/Elster hat eine Auseinandersetzung nach § 19 stattzufinden.

§ 6

Gemeinde Unterbodnitz sowie
Verwaltungsgemeinschaften "Hügelland/Täler" und
"Südliches Saaletal" (Saale-Holzland-Kreis)

- (1) Die Gemeinde Unterbodnitz wird aus der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" ausgegliedert.
- (2) Die Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaletal" wird um die Gemeinde Unterbodnitz erweitert.
- (3) Zwischen der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" und der Gemeinde Unterbodnitz hat eine Auseinandersetzung nach § 19 stattzufinden.

§ 7

Stadt Meiningen und Gemeinde Sülzfeld
(Landkreis Schmalkalden-Meiningen)

- (1) Die Gemeinde Sülzfeld wird aufgelöst. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde wird in das Gebiet der Stadt Meiningen eingegliedert. Die Stadt Meiningen ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.
- (2) Die in der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Herpf, Rippershausen, Sülzfeld und Untermäßfeld und der Stadt Meiningen vom 16. Juni 1995 (GVBl. S. 242) in der jeweils geltenden Fassung anerkannte Übertragung von Verwaltungsaufgaben wird aufgehoben, soweit sie die Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Sülzfeld auf die Stadt Meiningen betrifft.

§ 8

Gemeinden Unstrut-Hainich und Schönstedt
(Unstrut-Hainich-Kreis)

- (1) Die Gemeinde Schönstedt wird aufgelöst. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde wird in das Gebiet der Gemeinde Unstrut-Hainich eingegliedert. Die Gemeinde Unstrut-Hainich ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.
- (2) § 45 a Abs. 11 ThürKO findet für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Schönstedt keine Anwendung. Für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats besteht die Ortsteilverfassung der aufgelösten Gemeinde Schönstedt als Ortschaftsverfassung fort.
- (3) Die in § 36 Abs. 5 des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 795) in der jeweils geltenden Fassung geregelte Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Schönstedt auf die Gemeinde Unstrut-Hainich wird aufgehoben.

§ 9

Stadt Amt Creuzburg und Gemeinde Frankenroda sowie
Gemeinden Hallungen und Südeichsfeld,
Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal"
(Wartburgkreis und Unstrut-Hainich-Kreis)

- (1) Die Gemeinde Frankenroda wird aufgelöst. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde wird in das Gebiet der Stadt Amt Creuzburg eingegliedert. Die Stadt Amt Creuzburg ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

(2) Die Gemeinde Hallungen wird aus der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" ausgegliedert.

(3) Das bisher zum Wartburgkreis gehörende Gebiet der Gemeinde Hallungen wird in das Gebiet des Unstrut-Hainich-Kreises eingegliedert. Zwischen dem Unstrut-Hainich-Kreis und dem Wartburgkreis findet eine Auseinandersetzung nach § 20 statt.

(4) Die Gemeinde Hallungen wird aufgelöst. Das Gebiet der aufgelösten Gemeinde wird in das Gebiet der Gemeinde Südeichsfeld eingegliedert. Die Gemeinde Südeichsfeld ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

(5) Zwischen der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" und der Gemeinde Südeichsfeld als Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde Hallungen hat eine Auseinandersetzung nach § 19 stattzufinden.

§ 10

Weitere Neugliederungen

In die durch dieses Gesetz neu gegliederten Gemeinden können durch Gesetz weitere Gemeinden eingegliedert werden. Ebenso können die mit diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden in andere Gemeinden eingegliedert oder mit anderen Gemeinden zusammengeschlossen werden.

§ 11

Erweiterung des Stadt- oder Gemeinderats

(1) Der Stadtrat der Stadt Heilbad Heiligenstadt wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Glasehausen und um zwei Mitglieder des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz erweitert.

(2) Der Stadtrat der Stadt Dingelstädt wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um vier Mitglieder des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Rodeberg erweitert. Neue Stadtratsmitglieder nach Satz 1 können nur die Gemeinderatsmitglieder sowie deren Nachrücker sein, die in den eingegliederten Gebieten der aufgelösten Gemeinden Rodeberg zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Eingliederung wahlberechtigt sind. § 9 Abs. 5 Satz 4 bis 6 ThürKO findet bei der Erweiterung des Stadtrats der Stadt Dingelstädt entsprechende Anwendung.

(3) Der Stadtrat der Stadt Mühlhausen/Thüringen wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Rodeberg erweitert. Neues Stadtratsmitglied nach Satz 1 kann nur ein Gemeinderatsmitglied sowie dessen Nachrücker sein, das in dem eingegliederten Gebiet der aufgelösten Gemeinde Rodeberg zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Eingliederung wahlberechtigt war. § 9 Abs. 5 Satz 4 bis 6 ThürKO findet bei der Erweiterung des Stadtrats der Stadt Mühlhausen/Thüringen entsprechende Anwendung.

(4) Der Gemeinderat der Gemeinde Georgenthal wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um zwei Mitglieder des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Herrenhof erweitert.

(5) Der Stadtrat der Stadt Meiningen wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Sülzfeld erweitert.

(6) Der Gemeinderat der Gemeinde Unstrut-Hainich wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um sieben Mitglieder des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Schönstedt erweitert.

(7) Der Stadtrat der Stadt Amt Creuzburg wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Frankenroda erweitert.

(8) Der Gemeinderat der Gemeinde Südeichsfeld wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit um ein Mitglied des Gemeinderats der aufgelösten Gemeinde Hallungen erweitert.

(9) Soweit nach diesem Gesetz eine Gemeinde geteilt wird und in mehreren Gemeinden aufgeht, findet § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürKO entsprechende Anwendung.

§ 12 Ortsrecht, Kreisrecht

(1) Bei der Eingliederung von Gemeinden oder Gemeindeteilen in eine andere Gemeinde gilt das zum Zeitpunkt der Eingliederung für die eingegliederten Gemeinden oder Gemeindeteile jeweils geltende Ortsrecht als Recht der aufnehmenden Gemeinde so lange fort, bis es wirksam durch die aufnehmende Gemeinde ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt. Dieses Ortsrecht ist spätestens bis zum Ablauf des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres anzupassen. Die in den eingegliederten Gemeindegebieten geltenden Hauptsatzungen treten mit dem Inkrafttreten der Eingliederungen außer Kraft. Für das einzugliedernde Gemeindegebiet gilt mit der Eingliederung die Hauptsatzung der aufnehmenden Gemeinde.

(2) In den neu gebildeten Gemeinden bleibt das bisher geltende Ortsrecht der vormaligen Gemeinden bis zur Schaffung eines neuen Ortsrechts wirksam, soweit es nicht durch die Gemeindeauflösungen gegenstandslos geworden ist. Ein neues einheitliches Ortsrecht ist in den neu gebildeten Gemeinden spätestens bis zum Ablauf des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres zu schaffen.

(3) Unterschiedliche Bestimmungen der Grundsteuerhebesätze und Gewerbesteuerhebesätze sind abweichend von den Absätzen 1 und 2 spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2026 anzupassen.

(4) In Gemeindegebieten, die nach diesem Gesetz aus einem Landkreis ausgegliedert und in einen anderen Landkreis eingegliedert werden, gilt das Kreisrecht des abgebenden Landkreises als Recht des aufnehmenden Landkreises fort, bis es wirksam durch den aufnehmenden Landkreis ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt. Es ist spätestens bis zum Ablauf des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres anzupassen.

§ 13

Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten sowie der
Versorgungsempfängerinnen und
Versorgungsempfänger

(1) Für die Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der von den Neugliederungen betroffenen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften gelten die §§ 14 bis 18 des Thüringer Beamtengesetzes (ThürBG).

(2) Die Beamtinnen und Beamten einer aufgelösten Gemeinde, die vollständig in einer anderen Gemeinde aufgeht, treten nach § 14 Abs. 1 ThürBG in den Dienst der vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinde über. Das Beamtenverhältnis wird mit dem neuen Dienstherrn nach § 15 Abs. 1 ThürBG fortgesetzt. Den Beamtinnen und Beamten ist die Fortsetzung des Beamtenverhältnisses durch den neuen Dienstherrn nach § 15 Abs. 2 ThürBG schriftlich zu bestätigen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nach § 18 Abs. 1 ThürBG entsprechend für die im Zeitpunkt der Neugliederung bei der aufgelösten Gemeinde vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

(3) Die Beamtinnen und Beamten einer aufgelösten Gemeinde, die vollständig in mehreren anderen Gemeinden aufgeht, sind nach § 14 Abs. 2 Satz 1 ThürBG anteilig in den Dienst der vergrößerten Gemeinden zu übernehmen. Dies gilt nach § 18 Abs. 1 ThürBG entsprechend für die im Zeitpunkt der Neugliederung bei der aufgelösten Gemeinde vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Die an der Umbildung beteiligten Gemeinden haben bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Neugliederung in einem Personalüberleitungsvertrag Regelungen zur anteiligen Übernahme der Beamtinnen und Beamten nach § 14 Abs. 2 Satz 2 ThürBG sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach § 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 14 Abs. 2 Satz 2 ThürBG zu treffen. In dem Vertrag ist auch die Erstattung von Personalkosten für die zu übernehmenden Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu regeln. Den Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern ist Gelegenheit zu geben, ihre Präferenz für einen neuen Dienstherrn zu bekunden; die vorgetragene Präferenz soll, soweit dies möglich ist, berücksichtigt werden. Bei der Entscheidung der beteiligten Gemeinden, welche Beamtinnen und Beamten im Rahmen der anteiligen Übernahme von welchem Dienstherrn zu übernehmen sind, sind Kriterien der Mobilität, insbesondere die Entfernung zwischen Wohnung und künftiger Dienststelle, die tatsächliche Betreuung oder Pflege mindestens eines Kindes unter 18 Jahren oder eines sonstigen pflegebedürftigen Angehörigen, eine Schwerbehinderung oder gleichgestellte Behinderung und der Familienstand sowie dienstliche Belange, wie die Sicherung einer ausgewogenen Personalstruktur, angemessen und ausgewogen zu berücksichtigen. Die Beamtinnen und Beamten sind von den Gemeinden, in deren Dienst sie treten sollen, nach § 15 Abs. 3 ThürBG durch Verfügung zu übernehmen. Ein hiergegen gerichteter Rechtsbehelf hat keine aufschiebende Wirkung. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Liegt zum Zeitpunkt der Gemeindeneugliederung keine Einigung der beteiligten Gemeinden vor, treten die Beamtinnen und Beamten der aufgelösten Gemeinden zunächst in den Dienst

der Körperschaft über, die zum Rechtsnachfolger bestimmt ist. Die Sätze 7 bis 10 gelten für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger entsprechend.

(4) Sofern eine Verwaltungsgemeinschaft aufgelöst oder neu gegliedert wird, haben die an der Umbildung beteiligten Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Neugliederung in einem Personalüberleitungsvertrag Regelungen zur anteiligen Übernahme von Beamtinnen und Beamten nach § 14 ThürBG sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach § 18 in Verbindung mit § 14 ThürBG zu treffen. In dem Vertrag ist auch die Erstattung von Personalkosten für die zu übernehmenden Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu regeln. Den Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern ist Gelegenheit zu geben, ihr Interesse an einem Personalübergang beziehungsweise ihre Präferenz für einen neuen Dienstherrn zu bekunden; ein entsprechendes Interesse oder die vorgetragene Präferenz soll, soweit dies möglich ist, berücksichtigt werden. Bei der Auswahl der für den Übergang vorgesehenen Beamtinnen und Beamten oder der Entscheidung der beteiligten Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, welche Beamtinnen und Beamten im Rahmen der anteiligen Übernahme von welchem Dienstherrn zu übernehmen sind, gilt Absatz 3 Satz 6 entsprechend. Die Beamtinnen und Beamten sind von den Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, in deren Dienst sie treten sollen, nach § 15 Abs. 3 ThürBG durch Verfügung zu übernehmen. Ein hiergegen gerichteter Rechtsbehelf hat keine aufschiebende Wirkung. Absatz 2 Satz 3 gilt entsprechend. Die Sätze 5 bis 7 gelten für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger entsprechend.

(5) Einigen sich die beteiligten Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften in den Fällen der Absätze 3 oder 4 nicht bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist von sechs Monaten nach § 14 Abs. 2 Satz 2 ThürBG über die Übernahme der betroffenen Beamtinnen und Beamten sowie nach § 18 Abs. 1 in Verbindung mit § 14 Abs. 2 Satz 2 ThürBG über die Übernahme der betroffenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, entscheidet das Landesverwaltungsamt. Vor der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes ist den Beamtinnen und Beamten sowie den Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

(6) Für die Dauer von drei Jahren ab dem Zeitpunkt des Übergangs der Beamtinnen und Beamten, die keine kommunalen Wahlbeamtinnen oder Wahlbeamten sind, ist eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nach § 29 Abs. 1 Satz 1 ThürBG aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Neugliederung der Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft stehen, ausgeschlossen. Nach Ablauf dieses Zeitraums ist eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand nur innerhalb der Frist von sechs Monaten zulässig.

(7) Die an der Neugliederung beteiligten Gemeinden und von einer Neugliederung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften nehmen ab der Verkündung dieses Gesetzes Ernennungen von Beamtinnen und Beamten, die keine Wahlbeamtinnen oder Wahlbeamten sind, nur in gegenseitigem Einvernehmen vor. Das gegenseitige Einverneh-

men ist darüber hinaus herzustellen, soweit in den von der Neugliederung betroffenen Verwaltungen ein Personalzuwachs durch Versetzungen oder Abordnungen aus dem Bereich anderer Dienstherren beabsichtigt ist, soweit eine solche Maßnahme über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Neugliederung hinaus andauern soll. Die Herstellung des gegenseitigen Einvernehmens ist nicht erforderlich, soweit gesetzliche Rechtsansprüche Betroffener umzusetzen sind.

(8) Soweit der Personalübergang einen Wechsel des Dienstortes zur Folge hat, gilt der Übertritt oder die Übernahme in den Dienst der aufnehmenden Körperschaft als Versetzung im Sinne der umzugskostenrechtlichen und trennungsgeldrechtlichen Vorschriften.

(9) Die hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten der durch dieses Gesetz aufgelösten Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften gelten am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes auf der Grundlage des § 29 Abs. 1 ThürBG als in den einstweiligen Ruhestand versetzt, soweit sie die Voraussetzungen des § 32 des Beamtenstatusgesetzes in Verbindung mit § 34 Abs. 1 ThürBG erfüllen und nicht nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Gesetzes über kommunale Wahlbeamte in den Ruhestand treten. Dabei gilt die Dienstzeit im Sinne des § 11 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Thüringer Beamtenversorgungsgesetzes als abgeleistet, wenn die hauptamtliche kommunale Wahlbeamtin beziehungsweise der hauptamtliche kommunale Wahlbeamte bis zum Ende ihrer beziehungsweise seiner regulären Amtszeit eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren erreicht hätte.

§ 14

Rechtsstellung der Tarifbeschäftigten

(1) Die Tarifbeschäftigten einer aufgelösten Gemeinde, die vollständig in einer anderen Gemeinde aufgeht, werden in den Dienst der vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinde übernommen. Die Arbeitsverhältnisse gehen mit dem Zeitpunkt der Neugliederung der Gemeinde in entsprechender Anwendung des § 613a des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) auf die vergrößerte oder neu gebildete Gemeinde über. Dies gilt auch für bestehende Ausbildungsverhältnisse. Tarifvertragliche Regelungen bleiben unberührt.

(2) Die Tarifbeschäftigten einer aufgelösten Gemeinde, die vollständig in mehreren anderen Gemeinden aufgeht, werden anteilig in den Dienst der vergrößerten Gemeinden übernommen. Die an dieser Umbildung beteiligten Gemeinden haben bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Neugliederung in einem Personalüberleitungsvertrag Regelungen zur anteiligen Überleitung der Tarifbeschäftigten zu treffen. In dem Vertrag ist auch die Erstattung von Personalkosten für die zu übernehmenden Tarifbeschäftigten zu regeln. Den Tarifbeschäftigten ist Gelegenheit zu geben, ihre Präferenz für einen neuen Arbeitgeber zu bekunden; die vorgetragene Präferenz soll, soweit dies möglich ist, berücksichtigt werden. Bei der Entscheidung der beteiligten Gemeinden, welche Tarifbeschäftigten im Rahmen der anteiligen Übernahme von welchem Arbeitgeber zu übernehmen sind, sind Kriterien der Mobilität, insbesondere die Entfernung zwischen Wohnung und künftiger Dienststelle, die tatsächliche Betreuung oder Pflege mindestens ei-

nes Kindes unter 18 Jahren oder eines sonstigen pflegebedürftigen Angehörigen, eine Schwerbehinderung oder gleichgestellte Behinderung und der Familienstand sowie dienstliche Belange, wie die Sicherung einer ausgewogenen Personalstruktur, angemessen und ausgewogen zu berücksichtigen. Die Tarifbeschäftigten sind von den Gemeinden, in deren Dienst sie treten sollen, zu übernehmen. Ein hiergegen gerichteter Rechtsbehelf hat keine aufschiebende Wirkung. Liegt zum Zeitpunkt der Gemeindeumgliederung keine Einigung der beteiligten Gemeinden vor, treten die Tarifbeschäftigten der aufgelösten Gemeinde zunächst in den Dienst der Körperschaft über, die zum Rechtsnachfolger bestimmt ist.

(3) Sofern eine Verwaltungsgemeinschaft aufgelöst oder neu gegliedert wird, haben die an der Umbildung beteiligten Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Neugliederung in einem Personalüberleitungsvertrag Regelungen zur anteiligen Überleitung der betroffenen Tarifbeschäftigten zu treffen. In dem Vertrag ist auch die Erstattung von Personalkosten für die zu übernehmenden Tarifbeschäftigten zu regeln. Den Tarifbeschäftigten ist Gelegenheit zu geben, ihr Interesse an einem Personalübergang beziehungsweise ihre Präferenz für einen neuen Arbeitgeber zu bekunden; ein entsprechendes Interesse beziehungsweise die vorgetragene Präferenz soll, soweit dies möglich ist, berücksichtigt werden. Bei der Auswahl der für den Übergang vorgesehenen Tarifbeschäftigten beziehungsweise der Entscheidung der beteiligten Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, welche Tarifbeschäftigten im Rahmen der anteiligen Übernahme von welchem Arbeitgeber zu übernehmen sind, gilt Absatz 2 Satz 5 entsprechend. Die Tarifbeschäftigten sind von den Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, in deren Dienst sie treten sollen, zu übernehmen. Ein hiergegen gerichteter Rechtsbehelf hat keine aufschiebende Wirkung.

(4) Einigen sich die beteiligten Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften in den Fällen der Absätze 2 oder 3 nicht bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist von sechs Monaten über die Übernahme der betroffenen Tarifbeschäftigten, entscheidet das Landesverwaltungsamt. Vor der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes ist den betroffenen Tarifbeschäftigten Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

(5) Gehen im Zuge einer Neugliederung nach diesem Gesetz Aufgaben eines Landkreises ganz oder teilweise auf einen anderen Landkreis über, werden Tarifbeschäftigte des abgebenden Landkreises, die ausschließlich mit der Wahrnehmung der übergehenden Aufgaben betraut sind, in den Dienst des Landkreises übernommen, auf den die Aufgaben übergehen. Die Arbeitsverhältnisse gehen mit dem Zeitpunkt der Neugliederung in entsprechender Anwendung des § 613a BGB auf den Landkreis über. Dies gilt auch für bestehende Ausbildungsverhältnisse. Tarifvertragliche Regelungen bleiben unberührt.

(6) Die bis zum Tag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erworbene Rechtsstellung der Tarifbeschäftigten, insbesondere im Hinblick auf erreichte tarifrechtlich maßgebliche Zeiten, bleibt gewahrt.

(7) Die an der Neugliederung beteiligten Gemeinden und von einer Neugliederung betroffenen Verwaltungsgemein-

schaften stellen ab der Verkündung dieses Gesetzes sicher, dass haushaltswirksame Personalmaßnahmen im Tarifbereich im gegenseitigen Einvernehmen vorgenommen werden. § 13 Abs. 7 gilt entsprechend. Dabei stehen Entfristung oder Verlängerung bestehender Arbeitsverträge einer Neueinstellung durch den Abschluss eines Arbeitsvertrages gleich. § 13 Abs. 8 gilt für die übernommenen Tarifbeschäftigten entsprechend. Die Sätze 1 bis 4 gelten in Fällen des Absatzes 5 entsprechend für Personalmaßnahmen eines Landkreises im Bereich der übergehenden Aufgaben.

(8) Für die Dauer von drei Jahren ab dem Zeitpunkt des Übergangs des Arbeitsverhältnisses sind betriebsbedingte Kündigungen aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Neugliederung stehen, ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Änderungskündigungen, die wegen eines Wechsels des Arbeitsortes erforderlich werden. Das Recht zur Kündigung aus anderen Gründen bleibt unberührt.

§ 15

Neuwahl der Personalvertretungen

In den Dienststellen der durch dieses Gesetz neu gebildeten und vergrößerten Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften sind die Personalräte nach den Bestimmungen des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG) neu zu wählen, wenn sich die Zahl der Beschäftigten der aufnehmenden Dienststelle oder der aufnehmenden juristischen Person um mehr als ein Fünftel geändert hat oder die regelmäßige Personalratswahl im Sinne des § 95 Abs. 1 Satz 1 ThürPersVG noch nicht stattgefunden hat.

§ 16

Übergang und Wahl der Schwerbehindertenvertretungen

In den Dienststellen der durch dieses Gesetz neu gebildeten und vergrößerten Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften sind zusammen mit den ersten regelmäßigen Personalratswahlen nach der Neugliederung Schwerbehindertenvertretungen zu wählen. Bis zur Wahl einer neuen Schwerbehindertenvertretung bleiben die bisherigen Schwerbehindertenvertretungen im Amt. Sie sind jeweils für die Belange der Beschäftigten der bisherigen Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften zuständig.

§ 17

Übergang und Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten

In den Dienststellen der durch dieses Gesetz neu gebildeten und vergrößerten Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften sind bis spätestens vor Ablauf des zweiten auf den Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats vorläufige Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreise der bisherigen Gleichstellungsbeauftragten der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden zu bestellen. Mit der Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten für die durch dieses Gesetz neu gebildete oder vergrößerte Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft, die spätestens zwei Monate nach der ersten regelmäßigen Personalratswahl nach der Neugliederung zu erfolgen hat, endet die Bestellung der vorläufigen Gleichstellungsbeauftragten.

§ 18

Auseinandersetzung bei Eingliederung des Gebietes
einer Gemeinde in mehrere Gemeinden

(1) Wird nach diesem Gesetz das Gebiet einer aufgelösten Gemeinde mehreren Gemeinden zugeordnet, schließen die aufnehmenden Gemeinden einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Regelung der Rechtsfolgen, die sich aus der Aufteilung des Gebietes der bisherigen Gemeinde ergeben (Auseinandersetzungsvertrag). Der Vertrag hat insbesondere Regelungen zur Vermögensauseinandersetzung zu treffen. Für die Überleitung des Personals gelten die §§ 13 und 14.

(2) Das Eigentum an Grundstücken der aufgelösten Gemeinde geht unbeschadet der nach den Absätzen 1, 3 und 4 vorzunehmenden Auseinandersetzung und ungeachtet einer in diesem Gesetz angeordneten Gesamtrechtsnachfolge kraft Gesetzes auf die aufnehmende Gemeinde über, in deren Gebiet das Grundstück liegt.

(3) Bei der Zuordnung des Vermögens soll insbesondere berücksichtigt werden, welcher Aufgabenerfüllung das Vermögen dient und in welchem Umfang die Aufgabe der aufgelösten Gemeinde auf die aufnehmenden Gemeinden übergeht. In den Auseinandersetzungsvertrag können Regelungen für die Fälle aufgenommen werden, in denen ausnahmsweise ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Übergang von Vermögensgegenständen geboten ist. Der Auseinandersetzungsvertrag kann abweichend von Satz 1 regeln, dass keine Aufteilung von Vermögen vorgenommen werden soll; Satz 2 gilt in diesem Fall entsprechend. Für die Beteiligung an Unternehmen der aufgelösten Gemeinde im Sinne des § 71 Abs. 1 ThürKO gelten die Sätze 1 bis 3 entsprechend. § 5 des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen vom 30. April 2003 findet keine Anwendung.

(4) Kommt innerhalb eines Jahres nach der Neugliederung der Gemeinde ein Auseinandersetzungsvertrag ganz oder teilweise nicht zustande, regelt das Landesverwaltungsamt die Auseinandersetzung nach billigem Ermessen durch Verwaltungsakt. Die beteiligten Gemeinden sind anzuhören. Bis zur Bestandskraft des Verwaltungsakts können die beteiligten Gemeinden die Auseinandersetzung durch eine Vereinbarung im Sinne der Absätze 1 und 3 selbst regeln.

§ 19

Auseinandersetzung bei Ausgliederung von Gemeinden
aus einer Verwaltungsgemeinschaft

(1) Hat nach diesem Gesetz infolge der Ausgliederung einer oder mehrerer Gemeinden aus einer Verwaltungsgemeinschaft eine Auseinandersetzung stattzufinden, schließen die Beteiligten einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Regelung der Rechtsfolgen (Auseinandersetzungsvertrag). Für die Überleitung des Personals gelten die §§ 13 und 14.

(2) Bei der Zuordnung des Vermögens soll insbesondere berücksichtigt werden, welcher Aufgabenerfüllung das Vermögen dient und in welchem Umfang die Aufgabe von der Verwaltungsgemeinschaft auf die ausgegliederte Gemeinde oder deren Rechtsnachfolgerin übergeht. In den Auseinandersetzungsvertrag können Regelungen für die

Fälle aufgenommen werden, in denen ausnahmsweise ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Übergang von Vermögensgegenständen geboten ist. Der Auseinandersetzungsvertrag kann abweichend von Satz 1 regeln, dass keine Aufteilung von Vermögen vorgenommen werden soll. Satz 2 gilt hierfür entsprechend. § 5 des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen vom 30. April 2003 findet keine Anwendung.

(3) Kommt innerhalb eines Jahres nach der Ausgliederung ein Auseinandersetzungsvertrag ganz oder teilweise nicht zustande, regelt die Rechtsaufsichtsbehörde die Auseinandersetzung nach billigem Ermessen durch Verwaltungsakt. Die Beteiligten sind anzuhören. Bis zur Bestandskraft des Verwaltungsakts können diese die Auseinandersetzung durch eine Vereinbarung im Sinne der Absätze 1 und 2 selbst regeln.

§ 20

Auseinandersetzung bei landkreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen

(1) Wird nach diesem Gesetz das Gebiet einer Gemeinde ganz oder teilweise aus einem Landkreis ausgegliedert und in einen anderen Landkreis eingegliedert, hat zwischen den betroffenen Landkreisen eine Auseinandersetzung stattzufinden. Sie schließen hierzu einen Auseinandersetzungsvertrag zur Regelung der Rechtsfolgen, die sich aus der Neugliederung der Landkreisgebiete und der damit verbundenen Änderung der Zuständigkeit für die Aufgaben im Sinne des § 86 Abs. 2 ThürKO ergeben.

(2) Das Eigentum eines Landkreises an einem Grundstück im ausgegliederten Gebiet geht unbeschadet der nach den Absätzen 1, 3 und 4 vorzunehmenden Auseinandersetzung kraft Gesetzes auf den Landkreis über, in dessen Gebiet das Grundstück eingegliedert wird. Soweit gesetzlich nichts Abweichendes bestimmt ist, tritt mit dem Eigentumsübergang der Landkreis, in dessen Gebiet das Grundstück eingegliedert wird, als Rechtsnachfolger in die mit dem Grundstück einschließlich seiner wesentlichen Bestandteile verbundenen öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen ein.

(3) Soweit gesetzlich nichts Abweichendes bestimmt ist und die Landkreise nicht Abweichendes vereinbaren, soll in dem Auseinandersetzungsvertrag nach Absatz 1 Satz 2 die Zuordnung von Vermögensgegenständen danach vorgenommen werden, welcher Aufgabenerfüllung das Vermögen dient und in welchem Umfang die Aufgaben von dem Landkreis, dem die Gemeinde oder der Gemeindeteil bislang angehörten, übergehen. In den Auseinandersetzungsvertrag nach Absatz 1 Satz 2 können Regelungen für die Fälle aufgenommen werden, in denen ausnahmsweise ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Übergang von Vermögensgegenständen geboten ist. Der Auseinandersetzungsvertrag nach Absatz 1 Satz 2 kann abweichend von Satz 1 regeln, dass keine Aufteilung von Vermögen vorgenommen werden soll; Satz 2 gilt in diesem Fall entsprechend. § 5 des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen vom 30. April 2003 findet keine Anwendung.

(4) Kommt innerhalb eines Jahres nach der Neugliederung ein Auseinandersetzungsvertrag ganz oder teilweise

se nicht zustande, regelt das Landesverwaltungsamt die Auseinandersetzung nach billigem Ermessen durch Verwaltungsakt. Die betroffenen Landkreise sind anzuhören. Bis zur Bestandskraft des Verwaltungsakts können diese die Auseinandersetzung durch eine Vereinbarung im Sinne der Absätze 1 und 3 selbst regeln.

§ 21

Wohnsitz, Einwohnerzahl und sonstige Berechnungsgrößen

(1) Soweit für Rechte oder Pflichten die Wohndauer oder der Aufenthalt im Gebiet eines Landkreises oder einer Gemeinde maßgebend ist, wird die bis zum Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes ununterbrochene Wohn- oder Aufenthaltsdauer im Gebiet des bisherigen Landkreises oder im Gebiet einer nach den Bestimmungen dieses Gesetzes aufgelösten Gemeinde auf die Wohn- oder Aufenthaltsdauer in dem neuen Landkreis oder in der vergrößerten beziehungsweise neu gebildeten Gemeinde angerechnet.

(2) Ist für eine gesetzliche Bestimmung die Einwohnerzahl eines Landkreises oder einer Gemeinde maßgeblich, ist diese durch Addition der Einwohnerzahlen der an der jeweiligen Neugliederung beteiligten Gebietskörperschaften oder der eingegliederten Teile von Gebietskörperschaften zu ermitteln. Ist für eine gesetzliche Bestimmung die Einwohnerzahl eines Landkreises oder einer Gemeinde oder die Zahl der durch eine kommunale Neugliederung aufgenommenen Einwohnerinnen und Einwohner maßgeblich, gilt hinsichtlich der nach § 3 neu gegliederten Gemeinden und Landkreise, dass die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Rodeberg zu 23,56 Prozent auf den Ortsteil Eigenrieden und zu 76,44 Prozent auf den Ortsteil Struth entfallen. Satz 2 gilt nur, soweit eine durch das Landesamt für Statistik festgestellte Einwohnerzahl, welche die Neugliederung nach § 3 berücksichtigt, nicht vorliegt. Soweit nicht gesetzlich abweichend bestimmt,

1. gilt das Aufteilungsverhältnis nach Satz 2 für andere stichtagsbezogene Berechnungsgrößen der Gemeinde Rodeberg entsprechend,
2. bestimmen sich Berechnungsgrößen, die nur auf Ebene der Landkreise vorliegen, für Gemeinden im Verhältnis von deren Einwohnerzahl zum Stand 31. Dezember 2021 zu den Einwohnerzahlen des abgebenden Landkreises zum Stand 31. Dezember 2021 und im Fall der Ortsteile der Gemeinde Rodeberg im Verhältnis der Einwohnerzahl nach Satz 2 zu den Einwohnerzahlen des Unstrut-Hainich-Kreises zum Stand 31. Dezember 2021.

§ 22

Freistellung von Kosten

Das Land und die seiner Aufsicht unterstehenden Körperschaften erheben für Rechtshandlungen, die bei der Durchführung dieses Gesetzes notwendig werden, keine Kosten (Gebühren und Auslagen).

§ 23

Mitgliedschaft in Zweckverbänden, Zweckvereinbarungen

(1) Bei Neugliederungen nach diesem Gesetz finden für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden und die Beteiligung an Zweckvereinbarungen abweichend von den Regelungen

gen der Rechtsnachfolge nach diesem Gesetz die §§ 14 und 39 ThürKGG Anwendung.

(2) Bei Neugliederungen nach diesem Gesetz gilt § 39 Abs. 2 ThürKGG mit der Maßgabe, dass der Zweckverband die neue Körperschaft nach Ablauf von einem Jahr und vor Ablauf von 18 Monaten seit Wirksamkeit der Neugliederung ausschließen kann. Im gleichen Zeitraum kann die Körperschaft ihren Austritt aus dem Zweckverband einseitig erklären.

(3) Für Zweckvereinbarungen gilt § 14 Abs. 2 ThürKGG mit der Maßgabe, dass die Kündigungsfrist ein Jahr beträgt.

(4) § 40 Abs. 3 Satz 2 ThürKGG gilt in Fällen, in denen der Zweckverband aufgrund der Bestimmungen dieses Gesetzes nur noch aus einem Mitglied besteht, mit der Maßgabe, dass der Zweckverband nach dem Ablauf von drei Jahren nach dem Inkrafttreten der Neugliederung aufgelöst ist, sofern er zu diesem Zeitpunkt noch aus einem Mitglied besteht.

(5) Die Genehmigung nach § 42 Abs. 1 ThürKGG für die in seiner Nummer 1 genannten Änderungen der Verbandsatzung setzt in den Fällen des Absatzes 2 voraus, dass der Zweckverband der Rechtsaufsichtsbehörde ein Konzept für die Auseinandersetzung vorlegt, das auch die objektkonkrete Aufteilung des Vermögens sowie der Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Zweckverband und die Körperschaft vorsieht. Der Zweckverband ist verpflichtet, das Konzept für die Auseinandersetzung innerhalb von einem Jahr nach der Erklärung der Kündigung oder dem Beschluss über den Ausschluss der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen.

§ 24 Haushaltswirtschaft

(1) Die nach diesem Gesetz vergrößerten und neu gebildeten Gemeinden erstellen die offenen Jahresrechnungen oder Jahresabschlüsse aller Haushaltsjahre der bisherigen Gemeinden. Abweichend davon erstellt die Stadt Dingelstädt die offenen Jahresrechnungen aller Haushaltsjahre der bisherigen Gemeinde Rodeberg. Zuständiges Rechnungsprüfungsamt für die örtlichen Prüfungen der Jahresrechnungen und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe der bisherigen Gemeinde Rodeberg bleibt das Rechnungsprüfungsamt des Unstrut-Hainich-Kreises. In Ansehung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe der bisherigen Gemeinde Rodeberg bleibt der Unstrut-Hainich-Kreis zuständige Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Die nach diesem Gesetz vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinden erstellen für das Haushaltsjahr 2024 für das gesamte vergrößerte oder neu gebildete Gemeindegebiet eine neue Haushaltssatzung. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Haushaltssatzung vollzieht

1. die neu gebildete Gemeinde die Haushaltswirtschaft für die zusammengeschlossenen Gebiete und
 2. die vergrößerte Gemeinde die Haushaltswirtschaft auch für das jeweils eingegliederte Gebiet
- nach § 61 ThürKO oder § 10 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik (ThürKDG). § 55 Abs. 3 und 4 ThürKO sowie § 6 Abs. 3 und 4 ThürKDG bleiben unberührt.

(3) Für das Haushaltsjahr 2024 gelten § 59 Abs. 3, § 61 Abs. 3, § 63 Abs. 3 und § 65 Abs. 1 Satz 2 ThürKO oder § 1 Satz 1 ThürKDG in Verbindung mit § 10 Abs. 3, § 13 Abs. 3, § 14 Abs. 3 und § 16 Abs. 1 Satz 2 ThürKDG bezogen auf die Haushaltssatzungen der bisherigen Gemeinden, bis die vergrößerte oder neu gebildete Gemeinde eine eigene Haushaltssatzung erlässt. Im Fall der Auflösung und Eingliederung einer Gemeinde in mehrere Gemeinden bestimmen sich die Anteile beziehungsweise die Stellen aus den in Satz 1 genannten Bestimmungen nach den zwischen den aufnehmenden Gemeinden getroffenen Vereinbarungen. Ist eine Vereinbarung nach Satz 2 nicht getroffen, bestimmen sich die Anteile im Verhältnis der jeweiligen Einwohnerzahl der eingegliederten Gemeindeteile zur Gesamteinwohnerzahl der aufgelösten Gemeinde. Die Fortgeltung des Stellenplans nach § 61 Abs. 3 ThürKO oder § 13 Abs. 3 ThürKDG erfolgt in Ansehung des in den §§ 13 und 14 geregelten Personalübergangs.

(4) Führt eine vergrößerte oder neu gebildete Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung, findet im Übrigen das Thüringer Gesetz über die kommunale Doppik Anwendung. Wird das Gebiet einer aufgelösten Gemeinde, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung geführt hat, ganz oder teilweise in eine Gemeinde eingegliedert oder Teil einer neu gebildeten Gemeinde, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung führt, gilt für die Bewertung der Vermögensgegenstände, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der aufgelösten Gemeinde § 30 ThürKDG entsprechend.

§ 25

Kompensation von Verlusten der Landkreise infolge landkreisübergreifender Gemeindeneugliederungen

(1) Landkreise, deren Einwohnerzahl sich durch die Neugliederungen nach diesem Gesetz insgesamt verringert, erhalten für die Jahre 2024 bis 2027 allgemeine Zuweisungen als Kompensationszahlungen nach Absatz 2. Stichtag für die Bestimmung der Einwohnerzahlen ist der 31. Dezember 2021.

(2) Im Jahr 2024 wird eine Kompensationszahlung nach Absatz 1 in Höhe von 50 Prozent der Summe der durch die Neugliederung verringerten Einnahmen aus

1. den Zuweisungen nach § 23 Abs. 1 ThürFAG,
2. den Zuweisungen nach § 12 ThürFAG und
3. der Kreis- und Schulumlage aufgrund geringerer Umlagegrundlagen nach den §§ 25 bis 29 ThürFAG

gewährt. Der Betrag nach Satz 1 Nr. 1 ermittelt sich aus der Summe der Einwohnerverluste abzüglich möglicher Einwohnerzuwächse aufgrund der Neugliederungen nach diesem Gesetz vervielfacht mit dem Einwohnerpauschalbetrag nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürFAG für das Jahr 2023. Der Betrag nach Satz 1 Nr. 2 ergibt sich aus der Summe der Einwohnerverluste abzüglich möglicher Einwohnerzuwächse aufgrund der Neugliederungen nach diesem Gesetz vervielfacht mit dem Quotienten aus dem Zuweisungsbetrag nach § 12 ThürFAG des betroffenen Landkreises für das Jahr 2023 und der Einwohnerzahl des betroffenen Landkreises. Stichtag für die Bestimmung der Einwohnerzahlen nach den Sätzen 2 und 3 ist jeweils der 31. Dezember 2021. Der Betrag nach Satz 1 Nr. 3 er-

gibt sich aus der Summe der Umlagegrundlagenrückgänge abzüglich der Umlagegrundlagenzuwächse aufgrund der Neugliederungen nach diesem Gesetz auf Basis des Jahres 2023 vervielfacht mit dem Kreis- und Schulumlagegesetz des betroffenen Landkreises des Jahres 2023. Die Kompensationszahlung nach Absatz 1 beträgt

1. für das Jahr 2025 75 Prozent des Betrages nach Satz 1,
2. für das Jahr 2026 50 Prozent des Betrages nach Satz 1 und
3. für das Jahr 2027 25 Prozent des Betrages nach Satz 1.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 erhält der Unstrut-Hainich-Kreis, dessen Einwohnerzahl sich durch die Neugliederungen nach den §§ 3 und 9 insgesamt verringert, für die Jahre 2024 bis 2029 allgemeine Zuweisungen als Kompensationszahlungen nach Absatz 4.

(4) Im Jahr 2024 wird dem Unstrut-Hainich-Kreis eine Kompensationszahlung nach Absatz 3 in Höhe von 50 Prozent der Summe der durch die Neugliederung verringerten Einnahmen aus

1. den Zuweisungen nach § 23 Abs. 1 ThürFAG,
2. den Zuweisungen nach § 12 ThürFAG und
3. der Kreis- und Schulumlage aufgrund geringerer Umlagegrundlagen nach den §§ 25 bis 29 ThürFAG

gewährt. Die Ermittlung der Beträge erfolgt nach Absatz 2 Satz 2 bis 5. Die Kompensationszahlung nach Absatz 3 beträgt

1. für das Jahr 2025 90 Prozent des Betrages nach Satz 1,
2. für das Jahr 2026 80 Prozent des Betrages nach Satz 1,
3. für das Jahr 2027 60 Prozent des Betrages nach Satz 1,
4. für das Jahr 2028 40 Prozent des Betrages nach Satz 1 und
5. für das Jahr 2029 20 Prozent des Betrages nach Satz 1.

(5) Zuständig für Festsetzung und Auszahlung der Kompensationszahlungen ist das Landesverwaltungsamt. Die Auszahlung der Kompensationszahlungen erfolgt jeweils für den gesamten Zeitraum der Kompensation bis zum Ablauf des 31. März 2024 in einem Betrag. Die Zahlungen für die Kompensation ab dem Jahr 2025 sind der allgemeinen Rücklage zuzuführen und im jeweiligen Jahr in der festgesetzten Höhe aufzulösen.

§ 26

Kompensation von Verlusten der
Verwaltungsgemeinschaften infolge der Ausgliederung
von Mitgliedsgemeinden

(1) Verwaltungsgemeinschaften, deren Einwohnerzahl sich durch die Neugliederungen nach diesem Gesetz insgesamt verringert, die aber nicht aufgelöst werden, erhalten für die Jahre 2024 bis 2027 allgemeine Zuweisungen nach Absatz 2 als Kompensationszahlungen. Stichtag für die Bestimmung der Einwohnerzahlen ist der 31. Dezember 2021.

(2) Im Jahr 2024 wird eine Kompensationszahlung nach Absatz 1 in Höhe von 90 Prozent der Summe der durch die Neugliederung verringerten Einnahmen aus

1. den Zuweisungen nach § 23 Abs. 1 ThürFAG und
2. der Verwaltungsgemeinschaftumlage nach § 50 ThürKO

gewährt. Der Betrag nach Satz 1 Nr. 1 ermittelt sich aus der Summe der Einwohnerverluste abzüglich möglicher Einwohnerzuwächse aufgrund der Neugliederungen nach diesem Gesetz vervielfacht mit dem Einwohnerpauschalbetrag nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 ThürFAG für das Jahr 2023. Der Betrag nach Satz 1 Nr. 2 ergibt sich aus der Summe der Einwohnerverluste abzüglich möglicher Einwohnerzuwächse aufgrund der Neugliederungen nach diesem Gesetz vervielfacht mit dem Quotienten aus der Gesamtumlage der Verwaltungsgemeinschaft nach § 50 ThürKO für das Jahr 2023 und der Einwohnerzahl der Verwaltungsgemeinschaft. Stichtag für die Bestimmung der Einwohnerzahlen nach den Sätzen 2 und 3 ist jeweils der 31. Dezember 2021. Die Kompensationszahlung nach Absatz 1 beträgt

1. für das Jahr 2025 75 Prozent des Betrages nach Satz 1,
2. für das Jahr 2026 50 Prozent des Betrages nach Satz 1 und
3. für das Jahr 2027 25 Prozent des Betrages nach Satz 1.

(3) Zuständig für Festsetzung und Auszahlung der Kompensationszahlungen ist das Landesverwaltungsamt. Die Auszahlung der Kompensationszahlungen erfolgt jeweils für den gesamten Zeitraum der Kompensation bis zum Ablauf des 31. März 2024 in einem Betrag. Die Kompensationszahlungen für die Jahre 2025 bis 2027 sind bei kameraler Haushaltswirtschaft der allgemeinen Rücklage zuzuführen und im jeweiligen Jahr in der festgesetzten Höhe aufzulösen; doppisch wirtschaftende Verwaltungsgemeinschaften bilden einen entsprechend aufzulösenden passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

§ 27

Strukturbegleithilfe und besondere Entschuldungshilfe
nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung
freiwilliger Gemeindeneugliederungen

Die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) in der jeweils geltenden Fassung für die Gewährung einer Strukturbegleithilfe sowie und nach § 4 Abs. 2 Satz 1 Buchst. b ThürGFfG für die Gewährung einer besonderen Entschuldungshilfe jeweils vorgesehene Voraussetzung der Verpflichtung der Gemeinde, ein Haushaltssicherungskonzept nach § 53 a ThürKO oder § 4 ThürKDG aufzustellen, gilt im Fall der Gemeindeneugliederungen nach diesem Gesetz auch dann als erfüllt, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde nach § 53 a Abs. 1 Satz 2 ThürKO oder § 4 Abs. 1 Satz 2 ThürKDG eine Ausnahme von der Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zugelassen hat.

§ 28

Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils auch für Personen, die mit der Angabe "divers" oder ohne eine Angabe des Geschlechts in das Geburtenregister eingetragen sind.

Artikel 2**Änderung des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes**

Die Anlage zum Thüringer Gerichtsstandortgesetz vom 16. August 1993 (GVBl. S. 553), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Dezember 2022 (GVBl. S. 475) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 5 Spalte 2 werden das Wort "Frankenroda," und das Wort "Hallungen," gestrichen.
2. In Nummer 7 Spalte 2 werden die Worte "Wünschendorf/Elster," gestrichen.
3. In Nummer 9 Spalte 2 werden die Worte "Berga/Elster" durch die Worte "Berga-Wünschendorf" ersetzt.

Artikel 3**Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen**

Das Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird die Jahreszahl "2026" durch die Jahreszahl "2024" ersetzt.
2. Nach § 4 wird folgender neue § 5 eingefügt:

"§ 5**Gleichstellungsbestimmung**

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils für alle Geschlechter."

3. Der bisherige § 5 wird § 6.

Artikel 4**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Das in Artikel 1 enthaltene Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 ist Bestandteil der Gemeindegebietsreform in Thüringen und zielt auf die Schaffung von leistungs- und verwaltungsstarken Gemeinden ab, die dauerhaft in der Lage sind, ihre Aufgaben in geordneter Haushaltswirtschaft sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen und die zugleich ein dauerhaft tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bilden.

Dieses Gesetz folgt auf das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 (ThürGNNG 2018) vom 28. Juni 2018 (GVBl. S. 273), das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (ThürGNNG 2019) vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 795), das Zweite Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNNG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385) und das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 (ThürGNNG 2023) vom 7. Dezember 2022 (GVBl. S. 475). Es stellt den zweiten Schritt zur weiteren Umsetzung der Gemeindegebietsreform in der 7. Legislaturperiode dar und beruht auf demselben Leitbild mit Leitlinien für die Gemeindegebietsreform wie die vier vorgenannten Neugliederungsgesetze.

I. Ausgangslage

Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen weist den Gemeinden als eigenständigen, handlungsfähigen kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften umfassende Aufgaben zu. Neben den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (Aufgaben des eigenen Wirkungskreises nach § 2 der Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) obliegt den kommunalen Gebietskörperschaften die Erfüllung der staatlichen Aufgaben, die ihnen aufgrund eines Gesetzes zur Erfüllung nach Weisung übertragen wurden (Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach § 3 ThürKO).

Die Gemeinden müssen umfassend leistungsfähig sein, um diese Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises zu erfüllen und darüber hinaus den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft gerecht zu werden. Voraussetzung hierfür sind leistungsfähige Verwaltungsstrukturen mit entsprechender Verwaltungskraft, das heißt das Vorhandensein einer rechtsstaatlichen, zweckmäßigen und hinreichend spezialisierten Verwaltung mit ausreichend spezialisiertem Personal, so dass ohne Drittbeteiligung, insbesondere der Aufsichtsbehörde, sachgerecht entschieden werden kann. Können Gemeinden aufgrund mangelnder Leistungsfähigkeit und Verwaltungsschwäche die ihnen zugewiesenen Aufgaben, insbesondere die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, nicht umfassend wahrnehmen, weil ihnen nur ein geringer Handlungs- und Gestaltungsspielraum verbleibt, führt dies letztlich zu einer Aushöhlung des verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden.

Die Leistungsfähigkeit der Gemeinden wird von verschiedenen Rahmenbedingungen beeinflusst. Hierzu gehört in erster Linie ihre Einwohnerzahl. So entsprechen Gemeinden den genannten Leistungsanforderungen und dem verfassungsrechtlichen Leitbild der kommunalen

Selbstverwaltung in der Regel umso mehr, je größer ihre Einwohnerzahl ist. Weitere wesentliche Einflussfaktoren in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden sind insbesondere der Umfang der verfügbaren Finanzmittel, die Entwicklung der Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge, die Verfügbarkeit von qualifiziertem und spezialisiertem Personal sowie der Anpassungsbedarf aufgrund der Weiterentwicklung der technischen Infrastrukturen, vor allem im Bereich der Informationstechnologie.

Zum Zeitpunkt seiner Wiedererrichtung am 3. Oktober 1990 bestanden in Thüringen 1.702 kreisangehörige Gemeinden, von denen 1.314, das heißt etwa 77 Prozent, weniger als 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner und 916, das heißt etwa 54 Prozent, weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohner hatten. Die überwiegende Zahl der Gemeinden war in den bestehenden Strukturen nicht in der Lage, die ihnen obliegenden Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zu erfüllen. Im Rahmen der Gemeindegebietsreform der 1990er Jahre sollten daher kleine und kleinste Gemeinden zur Stärkung ihrer Verwaltungskraft, Investitionsfähigkeit und Aufgabenverantwortung auf einem Niveau zusammengefasst werden, das kraft Einwohnerzahl und Flächengröße den Einsatz von qualifiziertem und spezialisiertem Verwaltungspersonal sowie die Vorhaltung einer modernen Infrastruktur gestattet. In einer bis zum 30. Juni 1995 laufenden Freiwilligkeitsphase erfolgte eine Vielzahl freiwilliger Gemeindeneugliederungen durch Rechtsverordnungen des für Kommunalrecht zuständigen Ministeriums. Diejenigen Gemeinden, die sich bis dahin nicht auf freiwillige Strukturänderungen entsprechend den Vorgaben der Thüringer Kommunalordnung einigen konnten, wurden durch das Thüringer Gemeindeneugliederungsgesetz (ThürGNNGG) vom 23. Dezember 1996 (GVBl. S. 333) neu gegliedert, wobei die Neugliederungen bis spätestens zum 1. Juli 1999 in Kraft traten. Hierdurch reduzierte sich die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden auf 1.013 zum Stichtag 31. Dezember 1999.

Auch nach Abschluss der Gesetzesphase dieser Gemeindegebietsreform stand es den Gemeinden frei, ihre bestehenden Strukturen freiwillig weiterzuentwickeln, effektiver und effizienter zu gestalten. Diese Möglichkeit nutzten im Verlaufe der Jahre zahlreiche Gemeinden. Bis zum Ende der 5. Legislaturperiode hat der Landtag insgesamt zwölf Gesetze zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden verabschiedet.

Aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen wurde bereits in den 2000er Jahren deutlich, dass trotz durchgeführter flächendeckender Reformmaßnahmen weiterer Handlungsbedarf besteht, damit die kommunalen Strukturen den Anforderungen der Gegenwart und der Zukunft gerecht werden können.

Der Landtag beschloss daher im Juni 2005 die Einsetzung einer Enquetekommission "Zukunftsfähige Verwaltungs-, Gemeindegebiets- und Kreisgebietsstrukturen in Thüringen und Neuordnung der Aufgabenverteilung zwischen Land und Kommunen" (EK 4/1). Diese legte dem Landtag Vorabempfehlungen vom 2. April 2008 für eine Verwaltungsreform auf gemeindlicher Ebene vor, die ein "Leitbild für starke und bürgernahe Gemeinden in Thüringen enthielten" (Drucksache 4/3965). Zu diesen Vorabempfehlungen verabschiedete der Landtag am 11. April 2008 eine Entschließung (Drucksache 4/4004). Zur Umsetzung dieser Vorabempfehlungen und des darin enthaltenen Leitbildes sowie der Entschließung vom 11. April 2008 beschloss der Landtag das Gesetz zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen im Freistaat Thüringen vom 9. Oktober 2008 (GVBl. S. 369), das am 18. Oktober 2008 in Kraft trat.

Durch dieses Gesetz wurde mit dem Ziel der Weiterentwicklung der Gemeindestrukturen die Landgemeinde als eine weitere Gemeindeart mit einer Mindestgröße von 3.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eingeführt und in § 6 Abs. 5 ThürKO geregelt.

II. Rahmenbedingungen und Notwendigkeit weiterer struktureller Veränderungen auf der Ebene der kreisangehörigen Gemeinden

Trotz der flächendeckenden Gebietsreform in den 1990er Jahren und den nachfolgenden freiwilligen Gemeindeneugliederungen war Thüringen weiterhin durch eine überwiegend kleinteilige kommunale Gebietsstruktur geprägt. Vor dem Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 existierten im Land 843 kreisangehörige Gemeinden, von denen etwa 65 Prozent weniger als 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner und mehr als 40 Prozent weniger als 500 Einwohnerinnen und Einwohner hatten.

Von den 843 kreisangehörigen Gemeinden waren 601 Mitgliedsgemeinden der insgesamt 69 Verwaltungsgemeinschaften. Weitere 98 Gemeinden hatten eine erfüllende Gemeinde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft beauftragt. In diesen insgesamt 699 Gemeinden lebten etwa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung Thüringens.

Thüringen hatte damit fast so viele Gemeinden wie das wesentlich größere und bevölkerungsreichere Niedersachsen beziehungsweise etwa doppelt so viele Gemeinden wie Sachsen oder fast viermal so viele wie Sachsen-Anhalt. In Bezug auf die durchschnittliche Einwohnerzahl je Gemeinde nahm Thüringen im Vergleich zu den anderen Flächenländern einen der letzten Ränge ein.

Durch die freiwilligen Strukturänderungen, die mit den zurückliegenden drei Gemeindeneugliederungsgesetzen der 6. Legislaturperiode, dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung des Landkreises Wartburgkreis und der kreisfreien Stadt Eisenach sowie dem Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 umgesetzt wurden, hat sich die Zahl der kreisangehörigen Gemeinden von 843 auf 619 reduziert. Hierdurch konnte die Kleinteiligkeit der Gemeinden in Thüringen zwar vermindert werden. Im Vergleich zu anderen Flächenländern besteht sie aber im Wesentlichen fort.

Eine lebendige kommunale Selbstverwaltung setzt in erster Linie leistungs- und handlungsfähige Gemeinden voraus, die jetzt und in Zukunft den Herausforderungen, die sich aus den fortschreitenden Veränderungen der Rahmenbedingungen ergeben, gewachsen sind.

Der demografische Wandel gehört bereits zu den prägenden Rahmenbedingungen und er wird auch in den nächsten Jahrzehnten eine besondere Herausforderung für die Kommunen darstellen. Der Rückgang der Einwohnerzahlen mit gleichzeitiger Veränderung der Altersstruktur, insbesondere die zunehmende Alterung der Gesellschaft, die Zu- und Abwanderung, die wachsende Anzahl von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund und die zunehmenden Unterschiede zwischen Stadt und Land stellen Politik, Bürger und öffentliche Verwaltung vor enorme Aufgaben. Komplexe Veränderungsprozesse, die zudem zeitlich, regional und lokal sehr unterschiedlich verlaufen, sind dabei zu bewältigen und zu gestalten.

Die Bevölkerungszahl in Thüringen ist seit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 fast durchweg rückläufig. Zum Stichtag

31. Dezember 1990 lebten in Thüringen noch 2,61 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Im Jahr 2021 waren es etwa 500.000 Einwohnerinnen und Einwohner weniger.

Allein in den Jahren 1990 und 1991 verließen per Saldo etwa 90.000 Menschen Thüringen. Ursachen hierfür waren vor allem die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche der Wiedervereinigung, in deren Folge eine starke Abwanderung insbesondere junger Menschen und Familien einsetzte. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in den Geburtenausfällen Anfang der 1990er Jahre wider. So hatte sich die Zahl der Geburten allein ab dem Jahr 1988 von etwa 34.700 Geburten bis zum Jahr 1991 auf rund 17.500 Geburten halbiert. Bis zum Jahr 1994 sank ihre Zahl weiter auf einen Tiefststand von 12.700 Geburten.

Der starke Bevölkerungsrückgang hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verlangsamt. Die grundsätzlich rückläufige Bevölkerungsentwicklung wird sich auch unter Berücksichtigung der erhöhten Zuwanderungszahlen und einer leicht ansteigenden Geburtenrate in Zukunft aber fortsetzen.

Nach der am 31. Januar 2023 veröffentlichten 3. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik wird die Bevölkerungszahl Thüringens von etwa 2,11 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zum Stichtag 31. Dezember 2021 bis zum Jahr 2035 voraussichtlich auf etwa 1,99 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sinken. Dies entspricht einem durchschnittlichen Verlust von mehr als 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Jahr. Gerade der Geburtenrückgang Anfang bis Mitte der 1990er Jahre hat massive Auswirkungen auf die heutige und zukünftige Einwohnerentwicklung Thüringens. Die damals nicht geborenen Kinder fehlen heute und in den nächsten Jahren als potenzielle Eltern, so dass die Zahl der Geborenen trotz leicht steigender Geburtenraten weiter abnehmen wird.

Darüber hinaus kommt in zunehmendem Maße die Altersstruktur der Einwohnerinnen und Einwohner des Landes zum Tragen. Die Bevölkerung Thüringens nimmt nicht nur ab, sondern wird auch deutlich älter. Das Durchschnittsalter in Thüringen lag nach der Wiedervereinigung bei etwa 38 Jahren und stieg seither kontinuierlich auf fast 48 Jahre an. Dies führt zu einer drastischen Reduzierung des Anteils von Personen im erwerbsfähigen Alter, das heißt im Alter von 20 bis 64 Jahren, deren Anzahl zum Stichtag 31. Dezember 2021 bei etwa 1,18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern lag und um mehr als 150.000 Einwohnerinnen und Einwohner bis zum Jahr 2040 zurückgehen wird.

Die demografische Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunalverwaltungen, auf die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen, aber auch auf die kommunalen Haushalte. Hinzu kommt, dass sich die öffentliche Verwaltung und die Infrastrukturausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund des demografischen Wandels zukünftig an den Bedürfnissen der stärker vertretenen älteren Bevölkerung ausrichten müssen. So wird infolge der Verschiebung der Altersstruktur die Nachfrage nach sozialen Leistungen und technischer Infrastruktur für ältere Menschen steigen. Dies wird zu steigenden Ausgaben bei den kommunalen Gebietskörperschaften führen. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass aufgrund der geringeren Einwohnerzahlen und des steigenden Anteils nicht mehr aktiv im Arbeitsleben stehender Menschen die Einnahmen aus dem Finanzausgleich sowie aus Steuern künftig weniger dynamisch steigen werden und die Gebühren und Beiträge zurückgehen werden. Im Ergebnis wird die demografische Entwicklung

zu einer höheren Ausgabenbelastung bei gleichzeitig dämpfenden Wirkungen auf die kommunalen Einnahmen führen.

Mit Blick auf die Finanzausstattung der Kommunen ist zu beachten, dass die staatlichen Zuweisungen im Rahmen der angemessenen Finanzausstattung nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen nach der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs – anders als die von der Norm ebenfalls garantierte finanzielle Mindestausstattung – in ihrer Höhe abhängig von der Leistungsfähigkeit des Landes sind. Es ist daher erforderlich, neben der Entwicklung der kommunalen Einnahmen auch die Entwicklung der Einnahmen des Landes zu betrachten, die vor dem verfassungsrechtlichen Hintergrund Einfluss auf die Höhe der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen haben wird.

Die Einnahmen des Landes aus Steuern und steuerinduzierten Einnahmen, das heißt allgemeine Bundesergänzungszuweisungen und Bundesergänzungszuweisungen für unterdurchschnittliche Gemeindefinanzkraft, konnten sich nach dem pandemiebedingten Einbruch im Jahr 2020 bereits im Jahr 2021 erholen und haben das Vorkrisenniveau deutlich überschritten. Dieses Wachstum hat sich trotz des Kriegs in der Ukraine sowie der damit einhergehenden Verwerfungen und Unsicherheiten im Jahr 2022 fortgesetzt. Auch für das laufende und die kommenden Jahre liegt die Einnahmeerwartung im Ergebnis der Steuerschätzung vom Oktober 2022 durchgängig über dem Niveau, welches noch vor der Corona-Pandemie für den Zeitraum der Jahre 2023 bis 2025 prognostiziert wurde.

Nachdem sich die Konjunktur zu Beginn des Jahres 2022 von den Folgen der Corona-Pandemie zu erholen schien, kam es zum Krieg in der Ukraine. Dadurch wurden bestehende Einschränkungen wie Lieferkettenstörungen und Materialmangel teils verschärft. Hinzuge treten sind erhebliche Preissteigerungen. Im Jahresdurchschnitt 2022 lag die Inflationsrate bei 7,9 Prozent, im Energiebereich sogar bei 34,7 Prozent. Die damit einhergehende Energiepreiskrise hat zahlreiche staatliche Stützungsmaßnahmen erforderlich gemacht, die die öffentlichen Haushalte belastet haben.

Für die kommenden Jahre ist mit einer Normalisierung der Inflationsraten und einer weiteren Erholung der wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen. Dennoch dürfte die allgemein hohe Unsicherheit negativ beispielsweise auf Investitionsentscheidungen der Unternehmen wirken, wodurch langfristig das Wirtschaftswachstum gebremst werden könnte. Insofern bestehen derzeit erhebliche Risiken für die weitere Einnahmentwicklung.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Haushalte der Thüringer Gemeinden konnten durch umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen des Landes (sowie des Bundes) mehr als kompensiert werden. Im Ergebnis des Jahres 2020 wiesen die Thüringer Kommunen einen Finanzierungsüberschuss von fast 300 Millionen Euro auf. Die bereinigten Einnahmen des Jahres 2020 lagen trotz der pandemiebedingten Mindereinnahmen etwa bei der Gewerbesteuer über denen des Jahres 2019. Gleichzeitig wies der Landeshaushalt im Jahr 2020 ein erhebliches Defizit auf, das nur mit einer Kreditaufnahme in Höhe von 1,2 Milliarden Euro finanziert werden konnte. Im Jahr 2021 setzte sich der positive Trend im Bereich der Kommunalfinanzen in Thüringen fort, so dass mit rund 363 Millionen Euro der bislang höchste Finanzierungsüberschuss in der Geschichte Thüringens erzielt werden konnte. Für das Jahr 2022

liegen bisher nur die Zahlen bis einschließlich 3. Quartal vor. Danach ist für die Kommunen in Thüringen ein Finanzierungsüberschuss erkennbar.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Steuerschätzung vom Oktober 2022 wird im Zeitraum der Jahre 2022 bis 2027 ein weiterer Anstieg der Steuereinnahmen der Gemeinden in Thüringen um über 24,0 Prozent beziehungsweise 4,4 Prozent pro Jahr erwartet. Die Einnahmen der Gemeinden steigen damit deutlich dynamischer als die Einnahmen des Landes mit +14,9 Prozent beziehungsweise 2,8 Prozent pro Jahr. Dennoch verfügen die Gemeinden des Landes nach wie vor über eine deutlich geringere eigene Finanzkraft als die Gemeinden der westdeutschen Flächenländer. Im Jahr 2021 standen den Gemeinden Thüringens je Einwohnerin und Einwohner im Vergleich zum Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer etwa 58,1 Prozent der Steuereinnahmen zur Verfügung.

Die Qualität der Landes- und Kommunalverwaltungen ist ein wesentlicher Standortfaktor für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, der Entwicklung der öffentlichen Finanzen, aber auch der zunehmenden Aufgabenfülle, der gestiegenen Erwartungen der Bevölkerung und der Wirtschaft an die Qualitätsstandards der öffentlichen Verwaltung und der wachsenden Komplexität der Einzelaufgaben ist ein weiterer Anpassungsprozess der kommunalen Verwaltung unverzichtbar. Die Kommunen müssen sich darüber hinaus in zunehmendem Maße dem weltweiten Wettbewerb stellen, beispielsweise bei der Investorenwerbung und bei der Wirtschaftsförderung. Um auch in diesem Prozess erfolgreich agieren zu können, ist ebenfalls eine hinreichende Leistungs- und Verwaltungskraft notwendig, wozu vor allem auch qualifiziertes und spezialisiertes Personal und die erforderliche technische Infrastruktur gehören.

Weiterhin ist die Arbeit der Kommunalverwaltungen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken wesentlich einfacher, schneller, bürgernäher und transparenter möglich. Diese Prozesse verlangen allerdings Investitionen, die regelmäßig nur in größeren Verwaltungseinheiten wirtschaftlich zu leisten sind. Die Nutzung moderner Informationstechnik und zeitgemäßer elektronischer Verfahren sind mittlerweile Schlüsselkomponenten für effizientes und effektives Handeln der öffentlichen Verwaltung, für Bürgernähe, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg.

Zugleich stehen die Gemeinden vor der Herausforderung, Klimaschutzmaßnahmen, wie etwa Klimaschutzkonzepte, Gebäudeenergiekonzepte und Energiemanagement, sowie Maßnahmen zur Klimaanpassung zu entwickeln und umzusetzen. Hinzukommen die Bewältigung von Krisenlagen und die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine. Oft sind kleinere Gemeinden dazu aufgrund beschränkter personeller und finanzieller Kapazitäten nicht oder nicht in erforderlichem Umfang in der Lage.

Neben den geschilderten Rahmenbedingungen sind auch die bevorstehende Pensionierungswelle und der Fachkräftemangel weitere Gründe für die Notwendigkeit struktureller Veränderungen. Dadurch, dass die sogenannten Babyboomer-Jahrgänge das Pensions- beziehungsweise Rentenalter erreichen, ist mit einer deutlichen Verringerung des Personalbestandes durch Altersabgänge zu rechnen. Hierdurch stehen auch die kommunalen Verwaltungen vor der Aufgabe, kontinuierlich Nachwuchs, auch durch eigene Ausbildung, zu gewinnen und vorhandenes Personal, insbesondere Fachkräfte, langfristig zu binden. In den kommunalen Verwaltungen sind die Voraussetzungen zu schaffen

und zu gewährleisten, dem Fachkräftemangel, insbesondere in den Bereichen Informationstechnik, Ingenieurwesen und Öffentlicher Gesundheitsdienst, entgegenzutreten zu können. Diese Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um der absehbar weiter zunehmenden Konkurrenz anderer Arbeitgeber um Fachkräfte aus den genannten Bereichen begegnen zu können. Dies kann auf absehbare Zeit nur leistungsfähigen Kommunalverwaltungen mit größeren Personalkörpern gelingen, die auch in der Lage sind, unterschiedliche Rekrutierungsmöglichkeiten zu nutzen und eine zielorientierte Personalentwicklung, auch durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen, verfolgen zu können. Ebenso dürften die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, insbesondere durch die Ermöglichung einer Kinderbetreuung beziehungsweise durch die Gewährung von Teilzeitarbeit und Formen der flexiblen Arbeit an Bedeutung gewinnen.

Kommunale Strukturreformen sind in der Regel zunächst mit Kosten verbunden, den sogenannten Transaktionskosten. Diese ergeben sich vor allem aus der notwendigen organisatorischen und personellen Anpassung der Verwaltung.

Mittel- und langfristig ist jedoch durch die Nutzung von Synergie- und Skalierungseffekten eine Steigerung - zumindest aber eine dauerhafte Sicherung - der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft sowie ein angemessener Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu erwarten.

Im Ergebnis der Betrachtung der Rahmenbedingungen, des Ist-Standes und der bisherigen Erfahrungen aus den kommunalen Neugliederungen der letzten Jahre in Thüringen bestätigt sich die Notwendigkeit, die flächendeckende Gebietsreform auf der Gemeindeebene fortzuführen. Thüringen braucht tragfähige, effiziente und effektive Gemeinden, die über die erforderliche Leistungs- und Verwaltungskraft verfügen, um ihre Aufgaben gegenwärtig und in Zukunft angemessen erfüllen zu können. Dabei müssen die Erfordernisse der kommunalen Leistungsfähigkeit und der Bürgernähe abgewogen werden.

III. Leitbild und Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017, S. 45, Az.: VerfGH 61/16).

Daher ist für die Durchführung einer flächendeckenden Gebietsreform das Vorliegen eines Leitbildes und von Leitlinien unerlässlich, mit denen die Ziele der Reform und die Maßnahmen zu ihrer Umsetzung festgelegt werden. Leitbild und Leitlinien bilden den Rahmen, der für jede einzelne kommunale Neugliederung konkretisiert werden muss.

Mit dem Leitbild setzt der Gesetzgeber eine Zielvorstellung und mit den Leitlinien ein System zu ihrer Umsetzung. Das Leitbild umfasst die grundlegenden Aussagen zur Struktur der Selbstverwaltungskörperschaften. Leitlinien sind diejenigen Gesichtspunkte, die dazu dienen, leitbildge-

rechte Selbstverwaltungskörperschaften zu bilden und damit die Entscheidung des Gesetzgebers für jeden Einzelfall zu lenken.

Zu Beginn der 6. Legislaturperiode hat der Landtag mit Beschluss vom 27. Februar 2015 eine Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform in Thüringen eingeleitet (Drucksache 6/316). In Umsetzung dieses Beschlusses hat die Landesregierung am 22. Dezember 2015 das Leitbild "Zukunftsfähiges Thüringen" beschlossen, das die Durchführung einer flächendeckenden Gebietsreform vorsieht. Über dieses Leitbild hat die Landesregierung den Landtag unterrichtet (Drucksache 6/1561).

Das Leitbild "Zukunftsfähiges Thüringen" hat seinen Niederschlag im Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen vom 2. Juli 2016 (GVBl. S. 242) gefunden, das am 13. Juli 2016 in Kraft getreten ist.

Der Verfassungsgerichtshof hat das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen wegen einer Verletzung der Anhörungspflicht nach Artikel 91 Abs. 4 der Verfassung des Freistaats Thüringen mit Urteil vom 9. Juni 2017 (Az.: VerfGH 61/16) für formell verfassungswidrig und nichtig erklärt.

Nach der Nichtigerklärung des Vorschaltgesetzes zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen durch den Verfassungsgerichtshof hat der Landtag am 13. Dezember 2017 den Beschluss "Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen unter Berücksichtigung des Urteils des ThürVerfGH vom 9. Juni 2017" gefasst (Drucksache 6/4876). Mit diesem Beschluss steht den Gemeinden Thüringens ein verlässlicher Rahmen für ihre freiwilligen Neugliederungsbestrebungen in Form wesentlicher Eckpunkte zur Verfügung, wobei damit essenzielle - im Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen enthaltene - Vorgaben für die flächendeckende Neugliederung der Gemeindeebene erneut aufgegriffen und bestätigt wurden.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt.

Im Rahmen der Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein "Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 und zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik" (Drucksache 6/5308) wurden das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform konkretisiert und weiter untersetzt.

Leitbild

Das Ziel der Gebietsreform in Thüringen ist die Schaffung leistungs- und verwaltungstarker Gebietskörperschaften, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtsicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Die Gebietskörperschaften sollen ein dauerhaft tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bilden.

Die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 des Grundgesetzes und nach Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen setzt voraus, dass die Gemeinden die Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises dauerhaft auch unter sich ändernden Rahmenbedingungen sachgerecht, bürgernah, rechts-

sicher und eigenverantwortlich erfüllen können. Hierzu gehören eine hinreichende Verwaltungs- und Finanzkraft ebenso wie Planungs- und Entscheidungsfähigkeit.

Neugliederungsmaßnahmen sind dann verfassungsgemäß, wenn sie durch Gründe des öffentlichen Wohls gerechtfertigt sind. Der Gesetzgeber hat die überwiegenden Gründe des öffentlichen Wohls maßgeblich selbst zu bestimmen und spätestens im Rahmen der Landtagsberatungen alle relevanten örtlichen, überörtlichen und staatlichen Belange in eine differenzierende Interessenabwägung einzustellen.

Gemeinden, die mangels ausreichender Leistungsfähigkeit weitgehend funktionsentleert sind, entsprechen nicht dem verfassungsrechtlichen Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Gebietsreform soll die kommunalen Verantwortungsträger und Gebietskörperschaften in die Lage versetzen, auch in Zukunft auf die sich ändernden Rahmenbedingungen adäquat zu reagieren und ihre Aufgaben angemessen erfüllen zu können.

Als zukunftsfähig werden kommunale Strukturen angesehen, die auch im Jahr 2035 noch eine ausreichende Leistungs- und Verwaltungskraft sowie einen genügenden Handlungsspielraum für die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben aufweisen.

Das Jahr 2035 als maßgeblicher Zeitpunkt entspricht dem Ende des Zeitraums der am 7. September 2015 veröffentlichten 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik für die Landkreise und kreisfreien Städte beziehungsweise der am 5. April 2016 veröffentlichten Ergänzung dieser Untersuchung für die Ebene der Gemeinden, welche zum Zeitpunkt des Eckpunktebeschlusses des Landtags vom 13. Dezember 2017 die aktuellsten verfügbaren Datengrundlagen waren.

Das Landesamt für Statistik hat inzwischen mit der am 31. Januar 2023 veröffentlichten 3. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung sowie der im Dezember 2020 veröffentlichten 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung aktualisierte Daten für die künftige Entwicklung der Einwohnerzahlen vorgelegt, welche auch den Zeitraum bis zum Jahr 2035 umfassen. Diese werden nunmehr herangezogen, soweit im Gesetzentwurf auf künftige Einwohnerzahlen Bezug genommen wird.

Ziel der Gebietsreform ist es, Gemeindestrukturen zu schaffen, die auch in Zukunft gewährleisten, dass die Gebietskörperschaften insbesondere

- die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrnehmen,
- ein tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung bilden,
- über zeitgemäße Gestaltungsmöglichkeiten für ein lebendiges Gemeinwesen verfügen,
- eine möglichst bedarfsgerechte Daseinsvorsorge in allen Landesteilen vorhalten können,
- dauerhaft ein effektives Verwaltungshandeln durch spezialisiertes Fachpersonal sowie eine effiziente Verwendung öffentlicher Mittel sicherstellen,
- eine weitgehend gleichmäßige Aufgabenübertragung erlauben und damit eine orts- und bürgernahe Erledigung öffentlicher Aufgaben ermöglichen sowie

- die Identifikation der Menschen mit ihrem Heimatort erhalten und stärken.

Zentralörtliche Strukturen sollen gestärkt werden. Die künftige Gemeindestruktur soll die Belange der im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 (LEP 2025) vom 15. Mai 2014 (GVBl. S. 205) festgelegten Ober- und Mittelzentren in ihrer Stadt-Umland-Beziehung mit den unmittelbar angrenzenden Gemeinden in besonderem Maße berücksichtigen.

Leitlinien

Bei der Umsetzung der Ziele der künftigen Neugliederungen hat die Bildung oder Vergrößerung von Einheitsgemeinden und Landgemeinden Vorrang.

Die örtliche Gemeinschaft entfaltet dann die größtmögliche Selbstverwaltungs- und Leistungskraft, wenn sie dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde entspricht. Die höchste objektive Verbesserung der kommunalen Strukturen hinsichtlich kleiner leistungsschwacher Gemeinden wird daher durch ihren Zusammenschluss oder ihre Eingliederung in größere Gemeinden erreicht.

Zu den wesentlichen Vorteilen von Einheits- und Landgemeinden zählen insbesondere:

- die Bündelung von Aufgaben, Verwaltungskompetenzen und finanziellen Ressourcen,
- leistungsfähigere und effizientere Verwaltung durch erweiterten Professionalisierungsgrad, Abbau von Mehrfachleistungen durch Betreuung der Mitgliedsgemeinden und Nutzung von Synergieeffekten,
- größeres Investitionsvolumen,
- haushalterische Entlastungen, beispielsweise durch Konzentration und/oder bessere Auslastungen von gemeindlichen Einrichtungen sowie durch effektivere und effizientere Nutzung vorhandener Ressourcen, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes der Finanzen, des Personals und der IT,
- koordinierte und effizientere Abstimmungen über die Gemeindeentwicklung durch Konzentration von Entscheidungsträgern, beispielsweise bei Flächennutzungs- und Bebauungsplanung,
- Stärkung von zentralörtlichen Funktionen,
- höhere Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger durch Verbesserung der Planungs- und Investitionsmöglichkeiten,
- höheres politisches Gewicht der größeren Gemeinden in der Region im Vergleich zu kleinteiligeren Strukturen.

Bei der Konzentration auf Einheits- und Landgemeinden in Verbindung mit einem gestärkten Ortsteil- beziehungsweise Ortschaftsrecht wird davon ausgegangen, dass sowohl das bürgerschaftliche Engagement und die ehrenamtliche Wahrnehmung von gemeinwohlorientierten Aufgaben als auch die Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrem Ort in den neuen Strukturen gewährleistet sind und gefördert werden können.

Die Leistungs- und Verwaltungskraft kommunaler Gebietskörperschaften hängt wesentlich von ihrer Größe ab. Kleine Gemeinden sind häufig nicht selbstständig in der Lage, die notwendige Infrastruktur zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben gemäß den gesetzlichen Anforderungen vorzuhalten. Das den kleinen Gemeinden zur Verfügung stehende kommunale Finanzvolumen eröffnet nur kleinteilige Entschei-

dungs- und Handlungsspielräume und erschwert zudem eine nachhaltige flächen- und einwohnerbezogene Investitionsplanung.

Kreisangehörige Gemeinden sollen deshalb unter Beachtung des Vorrangs der Bildung von Einheits- oder Landgemeinden mit einer Mindesteinwohnerzahl von 6.000 bezogen auf das Jahr 2035 mit benachbarten Gemeinden zusammengeschlossen, durch Eingliederung vergrößert oder in kreisfreie Städte eingegliedert werden. Die Neugliederung der gemeindlichen Ebene erfolgt durch Gesetz.

Derzeit sind mehr als drei Viertel der kreisangehörigen Gemeinden Thüringens Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft beziehungsweise einer erfüllenden Gemeinde zugeordnet, die jeweils alle Angelegenheiten des übertragenen - und in einigen Fällen auch Angelegenheiten des eigenen - Wirkungskreises wahrnehmen. Dennoch kann eine zunehmende Anzahl dieser Gemeinden die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises nicht mehr entsprechend den gesetzlichen Anforderungen und den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen, trotz großen haupt- und ehrenamtlichen Engagements.

Ausschlaggebend hierfür sind in der Regel eine geringe Einwohnerzahl und die daraus resultierenden geringen finanziellen Einnahmen, verbunden mit einer minimalen personellen Ausstattung. Hinzukommt eine wirtschaftsstrukturelle Schwäche durch fehlende finanzstarke Wirtschaftsansiedlungen.

Ein Blick in die Statistik zeigt zwar, dass unter Umständen auch kleine Gemeinden finanziell gut aufgestellt sein können. Diese Ausnahmen sind allerdings regelmäßig auf Gemeinden begrenzt, die besondere Standortvorteile haben, beispielsweise ein großes Gewerbegebiet, eine Grenze zu Zentralen Orten oder Sitz wirtschaftlich starker Unternehmen.

Durch den eingetretenen und vorausberechneten Rückgang der Bevölkerung des Landes werden die oben dargestellten Probleme in den nächsten Jahren weiter verstärkt. Gebietskörperschaften müssen ausreichend groß sein, um auf Gemeindeebene die öffentlichen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft erfüllen und dabei effizient arbeiten zu können. Größeren Gebietskörperschaften ist es auch unter den geänderten Rahmenbedingungen durch eine Bündelung der vorhandenen Kräfte und eine effektivere und konzentriertere Nutzung der vorhandenen Ressourcen sowie durch die Einstellung qualifizierten und spezialisierten Personals möglich, eine sachgerechte Erfüllung ihrer Aufgaben und die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge sicherzustellen. In diesem Sinne hat auch der Rechnungshof im Rahmen seiner aktuellen Prüfungen festgestellt, dass viele Kommunalverwaltungen zu klein sind, um die Anforderungen der Zukunft eigenständig zu erfüllen, insbesondere ausreichend geeignetes Personal einzustellen. Der Rechnungshof plädiert daher für weitere Gemeindefusionen beziehungsweise eine verstärkte kommunale Zusammenarbeit, um eine leistungsfähige kommunale Verwaltung in allen Gegenden Thüringens zu gewährleisten (Thüringer Rechnungshof, Jahresbericht 2022 – Überörtliche Kommunalprüfung, S. 10 und 55).

Ein größeres Hoheitsgebiet mit einer höheren Einwohnerzahl verbessert die Gestaltungs- und Planungsmöglichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften insbesondere im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben, wie die Aufgabenerfüllung der Städte und Zentralen Orte bereits im bisher geleisteten Umfang belegt. Größere Gebietskörperschaften können zudem auch unter den Bedingungen knapper Kassen die Mit-

telverwendung effektiver steuern. Sie führen zu einer koordinierten Planung, Errichtung und Nutzung kommunaler Einrichtungen mit einer höheren Auslastung und der Möglichkeit, kommunales Personal flexibler einsetzen zu können.

Zur Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft sollen die Gemeinden so strukturiert werden, dass sie dauerhaft in der Lage sind, die aktuellen und zukünftigen eigenen und übertragenen Aufgaben effizient, sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich in hoher Qualität im Interesse einer bestmöglichen Daseinsvorsorge für ihre Einwohnerinnen und Einwohner wahrzunehmen. Dabei soll als Ausfluss des Demokratieprinzips die bürgerschaftliche Beteiligung an der kommunalen Selbstverwaltung gewahrt werden. Der Gefahr einer fortschreitenden Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung aufgrund nicht ausreichender finanzieller Handlungsspielräume zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung und Gestaltung der örtlichen Angelegenheiten soll damit entgegengetreten werden.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen auch aus anderen Bundesländern kann typisierend darauf abgestellt werden, dass bei einer geringeren Einwohnerzahl auch eine verminderte Leistungsfähigkeit der Gemeinden im Hinblick auf die zu erbringende beziehungsweise zu erwartende Aufgabenbewältigung vorliegt. Die Bevölkerung bildet die Basis kommunaler Gebietskörperschaften, sie stellt eine zentrale Größe bei der Beurteilung der kommunalen Leistungsfähigkeit dar. Da die Bevölkerung nicht in ihrer umfassenden sozialen, politisch-administrativen sowie ökonomischen Bedeutung bewertet werden kann, muss eine Beschränkung auf den quantitativ messbaren Indikator Einwohnerzahl als Messgröße erfolgen (vergleiche Urteil des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt vom 21. April 2009, S. 37 und 38, Az.: LVG 12/08). Vergleichbare Regelungen zur Mindesteinwohnerzahl sind in Thüringen ebenso wie in anderen Bundesländern bislang unbeanstandet geblieben (vergleiche beispielsweise Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017 -juris RNr. 172-, Az.: 61/16 sowie vom 18. September 1998 -juris RNr. 117-, Az.: 1/97, 4/97, Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 8. Juni 2015 -juris RNr. 129-, Az.: VGH N 18/14, Urteil des Staatsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg vom 14. Februar 1975, Az.: Gesch Reg 11/74, DVBl. S. 385).

Regel- beziehungsweise Mindesteinwohnerzahlen ermöglichen die allgemeine Bestimmung von Größenordnungen, die eine hinreichende Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltungsstrukturen erwarten lassen.

Verwaltungseinheiten benötigen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge hinreichende Fallzahlen, um effizient arbeiten zu können. Erst ab einer bestimmten Größe der Verwaltung ist es möglich, dass das hauptamtliche Personal spezialisierte Tätigkeitsbereiche erhält und die Behörde anforderungsgemäß ausgestattet wird. Dementsprechend sind auch in anderen Bundesländern bei Gemeindegebietsreformen je nach Bevölkerungsdichte und Siedlungsstruktur Mindestgrößen für die einzelne Verwaltungseinheit zugrunde gelegt worden.

Die Landesregierung hatte im Rahmen der Erarbeitung des Leitbildes "Zukunftsfähiges Thüringen" im Jahr 2015 zunächst einen Größenkorridor von 6.000 bis 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Jahr 2035 als Mindesteinwohnerzahl einer Verwaltungseinheit vorgesehen. Diese Größenordnung orientierte sich an den Regelungen anderer bundesdeutscher Flächenländer. In Brandenburg lagen sie gemäß dem Leitbildentwurf vom Mai 2015 bei 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern

für hauptamtliche Verwaltungen, in Mecklenburg-Vorpommern nach den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung" vom Dezember 2011 bei 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern für amtsfreie Gemeinden und 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern für Verbandsgemeinden, in Schleswig-Holstein bei 8.000 Einwohnern für amtsfreie Gemeinden und Ämter, in Sachsen dauerhaft bei mindestens 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, in Verdichtungsräumen von Oberzentren bei mindestens 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Im Jahr 2025 sollten in Sachsen-Anhalt die Mindesteinwohnerzahlen noch bei 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern liegen, in Landkreisen mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 70 Einwohnern je Quadratkilometer bei mindestens 8.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner waren in Rheinland-Pfalz für verbandsfreie Gemeinden vorgesehen.

Als Reaktion auf die von kommunalen Vertretern vorgetragenen Bedenken hinsichtlich zu großer kommunaler Einheiten auf der gemeindlichen Ebene sollen kreisangehörige Gemeinden Thüringens eine Mindesteinwohnerzahl von 6.000 im Jahr 2035 aufweisen. Die künftige Gemeindegröße wurde damit an der unteren Grenze der im Leitbild aus dem Jahr 2015 vorgesehenen Größenordnung sowie bundesweiter Erfahrungswerte zu Mindesteinwohnerzahlen angesetzt. Damit sollen in dünn besiedelten Räumen zu lange Anfahrtswege zwischen den Ortsteilen vermieden und der Erhalt der bürgerschaftlichen Teilnahme am kommunalen Gemeinwesen unterstützt werden.

In der schriftlichen Begründung zum Urteil vom 9. Juni 2017 weist der Thüringer Verfassungsgerichtshof in den nicht die Entscheidung tragenden Hinweisen zur materiellen Verfassungsmäßigkeit (ab Seite 51) darauf hin, dass die in den Leitlinien des Thüringer Gebietsreform-Vorschaltgesetzes vom 2. Juni 2016 (GVBl. S. 242) festgelegte Mindesteinwohnerzahl, bezogen auf die Einwohnerzahlen aus der Vorausberechnung des Landesamtes für Statistik für das Jahr 2035, verfassungsrechtlich zulässig ist. Bei der Bestimmung der Mindesteinwohnerzahlen handele es sich nicht um eine "Regel-Ausnahme"-Bestimmung, sondern um ein Optimierungsgebot, welches den Anforderungen des Abwägungsgebotes unterliegt und überwunden werden kann, wenn gewichtige Gründe dies rechtfertigen.

Der Gesetzgeber ist nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs bei den einzelnen Neugliederungsgesetzen für kreisangehörige Gemeinden zu einer umfassenden Einbeziehung und Abwägung aller Gemeinwohlbelange nach Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen verpflichtet. Denn die verfassungsrechtliche Garantie der kommunalen Selbstverwaltung schließt es aus, dass die Unterschreitung einer bestimmten Mindesteinwohnerzahl ohne Berücksichtigung von Besonderheiten zwingend zur Auflösung beziehungsweise Eingliederung einer Gemeinde führt (vergleiche Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 8. Juni 2015 -juris RNr. 139-, Az.: VGH N 18/14). Derartige Besonderheiten können sich vor allem aus historischen, wirtschaftlichen und landsmannschaftlichen Gesichtspunkten ergeben. Zudem sind landschaftliche und topografische Gegebenheiten, die geografische Lage einer Gemeinde (beispielsweise unmittelbar an der Grenze zu einem benachbarten Land), die Siedlungsstruktur und die Erfordernisse der Raumordnung zu beachten. Überdies kann oder muss der Gesetzgeber aus entsprechenden Sachgründen, insbesondere bei einer besonderen Sachverhaltsgestaltung im konkreten Fall, den Rahmen seiner allgemeinen Leitlinien, hier der Mindesteinwohnerzahlen und der

Stärkung zentralörtlicher Strukturen, verlassen. Solche Ausnahmen können insbesondere dann geboten sein, wenn keine sinnvolle Gebietsstruktur der neu zu bildenden Gebietskörperschaft erkennbar ist, wenn überhaupt kein potenzieller Partner für eine Kommune mit Gebietsänderungsbedarf zu finden ist oder wenn die Neugliederung zu einer flächenmäßigen Überdehnung unter Missachtung der Anforderungen aus dem Schutz der örtlichen Gemeinschaft führen würde.

Neben dem Vorrang der Bildung oder Vergrößerung von Einheits- und Landgemeinden sowie der genannten Mindesteinwohnerzahl gelten folgende weitere Leitlinien:

Neugliederungen von kreisangehörigen Gemeinden, die die Landkreisgrenzen überschreiten, sind möglich, sofern leitbildgerechte Gemeindestrukturen entstehen und diese der Stärkung kreisfreier Städte nicht entgegenstehen. Es wird aus Gründen der Rechtssicherheit klargestellt, dass auch eine Überschreitung der derzeitigen Landkreisgrenzen aus Gründen des öffentlichen Wohls möglich ist. Entsprechende Neugliederungen können von den Gemeinden beantragt werden. In § 92 ThürKO ist diese Möglichkeit bereits vorgesehen.

Jede neu gegliederte Gemeinde soll so strukturiert sein, dass sie die Funktion eines Zentralen Ortes wahrnehmen kann.

Gemeinden, die im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 als Ober- oder Mittelzentrum ausgewiesen sind, sollen durch Eingliederungen von Umlandgemeinden gestärkt werden.

Die Zentralen Orte bilden das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung oder Entwicklung aller Landesteile und dienen als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das Zentrale-Orte-System spiegelt die typische klein- und mittelstädtische Siedlungsstruktur Thüringens wieder. Zentrale Orte sind Gemeinden, die aufgrund ihrer Einwohnerzahl, ihrer Lage im Raum, ihrer Funktion und ihrer zentralörtlichen Ausstattung Schwerpunkte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Thüringen darstellen. Sie sind Knotenpunkte im Verkehrsnetz, Schwerpunkte des Wohnens und Arbeitens und bieten die nötigen Einrichtungen und Dienste, um nicht nur sich selbst, sondern auch das Umland angemessen zu versorgen. Die Zentralen Orte sind so verteilt, dass eine angemessene Erreichbarkeit aus allen Teilen des Landes gewährleistet werden kann. Die Zentralen Orte sind im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 und in den Regionalplänen der Regionalen Planungsgemeinschaften (Regionalplan Nordthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung StAnz. Nr. 44/2012, S. 1689; Regionalplan Mittelthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung StAnz. Nr. 42/2012, S. 1566; Regionalplan Ostthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung StAnz. Nr. 51/2012, S. 2009; Regionalplan Südwestthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung StAnz. Nr. 19/2011, S. 693) verbindlich festgelegt.

Dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde entsprechen Gemeinden, die im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 als Ober- oder Mittelzentren ausgewiesen werden, in so hohem Maße, dass sie über ihre Grenzen hinaus auch für einen größeren Umlandbereich Aufgaben der Daseinsvorsorge in besonderem Umfang erfüllen können. Sie prägen die historisch gewachsene Siedlungsstruktur Thüringens und übernehmen wichtige überörtlich bedeutsame Aufgaben. Durch demografische und wirtschaftliche Entwicklungen sind insbesondere die Stadt-Umland-Be-

reiche durch zunehmende Verflechtungen geprägt, beispielsweise Wohnen im Umland, Arbeiten in der Stadt, Nutzung des Freizeitangebotes in der Stadt, großflächige Gewerbeansiedlungen in den Gemeinden, die unmittelbar an die Stadt grenzen. Die realen Verkehrsströme zeigen, dass Grenzen in Stadt-Umland-Bereichen vielfach nur administrativer Natur sind. Damit die Städte ihre Aufgaben weiterhin dauerhaft erfüllen können, soll die Stärkung der Ober- und Mittelzentren durch Eingliederung benachbarter Umlandgemeinden erfolgen, sofern dafür überwiegende Gemeinwohlgründe in jedem Einzelfall sprechen.

Auch die als Grundzentrum ausgewiesenen Gemeinden erfüllen neben dem Aufgabenumfang ihrer örtlichen Gemeinschaft Versorgungsfunktionen für benachbarte Gemeinden. Diese höhere Leistungs- und Verwaltungskraft gilt es, im Interesse einer Verbesserung der gesamten gemeindlichen Struktur des Landes zu erhalten und auszubauen. Die als Grundzentrum ausgewiesenen Gemeinden bilden in der Regel den Kern einer Neugliederungsmaßnahme. Hierbei wird es von den konkreten örtlichen Sachverhalten, insbesondere dem Verhältnis der Einwohnerzahlen und den tatsächlich vor Ort vorhandenen zentralörtlichen Funktionen abhängen, ob die Bildung einer leistungsstarken Gemeinde eher durch Eingliederung von benachbarten Gemeinden in die als Grundzentrum ausgewiesene Gemeinde oder durch Bildung einer neuen Gemeinde zu erreichen ist. Jede neu strukturierte Gemeinde soll in den genannten Raumordnungsplänen die Funktion eines Zentralen Ortes bereits innehaben oder im Zuge einer Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Thüringen 2025 nach der Gemeindeneugliederung übernehmen können.

Bei den für das Erreichen der angestrebten Ziele der Gemeindegebietsreform erforderlichen Neugliederungsmaßnahmen sind darüber hinaus weitere Indikatoren zu beachten, wie

- Entstehen einer zusammenhängenden Fläche der neuen Einheits- oder Landgemeinde,
- gemeinsame Gemeindegrenzen, Ortsnähe, Teilhabe und Identität, beispielsweise Flächengröße und damit verbundene Distanzen, Erreichbarkeit Zentraler Orte, landsmannschaftliche, historische, traditionelle und religiöse Gemeinsamkeiten,
- Entwicklungsfähigkeit in sozioökonomischer, demografischer oder haushalterischer Hinsicht,
- sozioökonomische und fiskalische Ausgleichsfähigkeit (zentralörtliches Versorgungsniveau, SGB II-, VIII- und XII-Quote),
- verwaltungsgeografische Kongruenz hinsichtlich geografischer Lage, Abdeckung von Naturräumen, landschaftlicher und topografischer Gegebenheiten, Verkehrsinfrastruktur sowie technischer und sozialer Infrastruktur, Pendlerbeziehungen und Wanderungsbewegungen, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Arbeitsplatzeigenversorgung, Abdeckung der Arbeitsmarktregion,
- ebenenübergreifende Funktionalität, insbesondere horizontales Gleichgewicht der kommunalen Strukturen.

Diese beispielhaft aufgeführten Indikatoren sind für jeden einzelnen Neugliederungsfall gesondert umfassend zu bewerten, wobei den einzelnen Indikatoren jeweils ein unterschiedliches Gewicht zukommen kann. Der Schutz der örtlichen Gemeinschaft ist dabei gerade im Hinblick auf die Flächenausdehnung der neuen Gemeindestrukturen besonders zu beachten, damit unter anderem die bürgerschaftlich-demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten gewährleistet bleiben.

Alternative Kooperationsmodelle

Die örtliche Gemeinschaft entfaltet dann die größtmögliche Selbstverwaltungs- und Leistungskraft, wenn sie dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde entspricht. Der Zusammenschluss kleiner Gemeinden oder ihre Eingliederung in größere Gemeinden, die diesem Urtyp weitgehend entsprechen, wird vorrangig angestrebt, weil auf diesem Wege die höchste objektive Verbesserung der kommunalen Gliederung zu erwarten ist.

Nach dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017 ergibt sich aus der Verfassung des Freistaats Thüringen keine Pflicht, als Alternative zur oder im Rahmen der Gebietsreform weiterhin die Institutionen der Verwaltungsgemeinschaft und der erfüllenden Gemeinde vorzusehen.

Unabhängig davon, dass demnach eine Verpflichtung des Gesetzgebers zu alternativen Kooperationsformen nicht besteht, bleibt es ihm unbenommen, solche in seine Überlegungen einzubeziehen und zu begründen, warum diese dennoch keinen Niederschlag in den Möglichkeiten kommunaler Organisationsformen gefunden haben.

Eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft kann bei den Gemeinden auch durch kommunale Zusammenarbeit erreicht werden. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Gemeinden sind vielfältig und nicht auf die Formen des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit beschränkt. Bei der kommunalen Zusammenarbeit der Gemeinden ist jedoch zu beachten, dass ihnen eine nach Anzahl und Gewicht bedeutsame Sachkompetenz verbleiben muss, so dass der Kernbereich des kommunalen Selbstverwaltungsrechts nicht berührt wird. Die kommunale Zusammenarbeit darf zudem die Überschaubarkeit kommunalen Handelns nicht gefährden. Sie dient damit primär der Optimierung des Status quo, beruht aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben grundsätzlich auf freiwilligen Entscheidungen und führt nicht zwingend zu dauerhaften Strukturen. Unzulänglichkeiten aus herkömmlichen Gebietszuschnitten in ländlichen Gebieten können durch kommunale Zusammenarbeit zwar teilweise abgemildert, in der Regel aber langfristig nicht beseitigt werden. Die kommunale Zusammenarbeit ist daher kein Ersatz für umfassende Kommunalstrukturreformen.

Die Bedeutung der gemeindlichen Zusammenarbeit kann unter anderem an der Vielzahl von Zweckverbänden mit Schwerpunkt in den Bereichen der Ver- und Entsorgung, insbesondere Wasserver- und Abwasserentsorgung, gemessen werden. Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind beispielsweise mehr als 90 Prozent der Gemeinden bereits in Zweckverbänden organisiert.

Darüber hinaus nutzt die große Mehrzahl der Gemeinden in Thüringen das Rechtsinstitut der Verwaltungsgemeinschaft nach den §§ 46 bis 52 ThürKO zur Verbesserung ihrer Leistungs- und Verwaltungskraft. Verwaltungsgemeinschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, jedoch keine Gebietskörperschaften, mit dem Recht, eigenes Personal zu beschäftigen. Die Verwaltungsgemeinschaft nimmt alle Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der Mitgliedsgemeinden wahr. Die Mitgliedsgemeinden bleiben rechtlich und politisch selbstständig. Sie bleiben für die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises zuständig, behalten ihren Namen, ihr Gebiet, ihr Ortsrecht, ihre Organe und ihren Gemeindehaushalt. Die Verwaltungsgemeinschaft ist die Verwaltungsbehörde der Mitgliedsgemeinden. Sie erhebt für die Aufgabenerfüllung von ihren

Mitgliedsgemeinden eine Umlage, wenn ihre Einnahmen nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken.

Die kommunale Struktur der erfüllenden Gemeinde nach § 51 ThürKO ist eine Sonderform der Verwaltungsgemeinschaft. Die erfüllende Gemeinde übernimmt zusätzlich zu ihren eigenen Aufgaben für benachbarte kreisangehörige Gemeinden (übertragende Gemeinden) die Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft. Ebenso wie der Verwaltungsgemeinschaft obliegt der erfüllenden Gemeinde die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der übertragenden Gemeinde. Die erfüllende Gemeinde hat für die Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben gegenüber der übertragenden Gemeinde Anspruch auf Kostenersatz, soweit die Einnahmen oder Erträge zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Die übertragende Gemeinde bleibt wie die Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft für die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises zuständig und hat eine entsprechende Rechtsstellung. Das Rechtsinstitut der erfüllenden Gemeinde wurde in der Vergangenheit in erster Linie als Vorstufe zur späteren Eingemeindung im Verflechtungsbereich größerer Gemeinden (Zentrale Orte) gewählt.

Durch die Zusammenarbeit in Verwaltungsgemeinschaften konnte in der Vergangenheit zunächst der Verwaltungsschwäche der überwiegend kleinen und kleinsten Mitgliedsgemeinden entgegenwirkt werden. Die Mitgliedsgemeinden behalten zudem ihre Gemeindeorgane Bürgermeister und Gemeinderat, die oft Motor eines höheren bürgerschaftlichen Engagements sind.

Verwaltungsgemeinschaften verfügen aber im Verhältnis zu den von der Größe her vergleichbaren Einheits- oder Landgemeinden nur über eine strukturbedingt eingeschränkte Leistungsfähigkeit. Die Gründe hierfür wurden ausführlich in der Begründung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2018 und zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik dargelegt. Die Vor- und Nachteile des Rechtsinstituts der erfüllenden Gemeinde entsprechen im Wesentlichen denen der Verwaltungsgemeinschaften. Besonders problematisch ist jedoch, dass es der Stärkung von Zentralen Orten entgegenwirkt.

Mit Blick auf die beschriebenen geänderten und sich ändernden Rahmenbedingungen geraten die Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden trotz des hohen Engagements der Beteiligten seit Jahren zunehmend an ihre Grenzen. Auch der Rechnungshof hat darauf hingewiesen, dass das synergetische Potential von größeren Verwaltungseinheiten in Verwaltungsgemeinschaften bei Weitem nicht gehoben werden kann und diese daher auf der Grundlage seiner Prüfungserfahrungen nicht empfohlen werden können, vergleiche Thüringer Rechnungshof, Jahresbericht 2023 – Überörtliche Kommunalprüfung, S. 30.

Verwaltungsgemeinschaften können nicht die Leistungsschwächen der überwiegend kleinen und kleinsten Gemeinden, die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaften sind, beziehungsweise ihre Angelegenheiten von der erfüllenden Gemeinde erledigen lassen, ausgleichen. Darüber hinaus steigt aus verschiedenen Gründen der Finanzbedarf der Verwaltungsgemeinschaften selbst, beispielsweise durch Tarifierhöhungen. Dieser kann in der Regel nicht mehr durch Optimierung des Personalbestandes und des Verwaltungshandelns ausgeglichen werden, weil insbesondere der Personalansatz oft schon bis zum möglichen Minimum reduziert wurde. Nicht änderbar ist weiter der teilweise hohe Verwaltungsaufwand, der vor allem durch die Anzahl der Mitgliedsgemein-

den bestimmt ist. Die Verwaltungen müssen ihre Leistungen für eine perspektivisch stark sinkende Einwohnerzahl vorhalten, was zu einem Anstieg der Pro-Kopf-Verwaltungskosten führt.

Die in Zukunft zu erwartenden Veränderungen und Anforderungen an die Kommunalverwaltungen sprechen gegen das Rechtsinstitut der Verwaltungsgemeinschaft und der erfüllenden Gemeinde. Vor dem Hintergrund der wesentlich geänderten und in Änderung befindlichen Rahmenbedingungen erscheint es nicht mehr ausreichend, lediglich die Verwaltungskraft kleiner Gemeinden durch Einbindung in eine Verwaltungsgemeinschaft oder Zuordnung zu einer erfüllenden Gemeinde zu stärken, um den in der Zukunft zu erwartenden Herausforderungen zu begegnen. Daher wird im Rahmen der Gemeindegebietsreform Einheits- und Landgemeinden Vorrang eingeräumt und darauf hingewirkt, Verwaltungsgemeinschaften und erfüllende Gemeinden zu Einheits- und Landgemeinden fortzuentwickeln.

Nach dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017, mit dem das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen aus formellen Gründen für nichtig erklärt wurde, haben die regierungstragenden Parteien die Möglichkeit der Einführung eines der Verbandsgemeinde vergleichbaren Gemeindemodells erneut geprüft. Nach einem intensiven Abstimmungsprozess, unter anderem mit dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen e. V., ist jedoch deutlich geworden, dass die mit der Einführung dieses neuen Modells verbundenen rechtlichen Fragen kurzfristig nicht gelöst werden können. Daher wird die Einführung dieses Gemeindemodells derzeit nicht weiterverfolgt. Ihre Einführung als Rechtsinstitut soll gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt nochmals geprüft werden.

Die Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden zu Einheits- oder Landgemeinden ermöglicht eine stärkere Bündelung von Verwaltungskompetenz sowie der materiellen und finanziellen Ressourcen, die wiederum eine noch wirtschaftlichere Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge möglich macht. In Einheits- beziehungsweise Landgemeinden besteht gegenüber den Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden die Möglichkeit, eine einheitliche und abgestimmte Planung und Entwicklung für ein deutlich größeres Gebiet durchzuführen. Im Vergleich zur Summe der einzelnen Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft verfügt eine Gemeinde gleicher Größenordnung über einen erheblich größeren finanziellen Handlungsspielraum, da es nur einen Gemeindehaushalt gibt, der unter anderem die Möglichkeit eröffnet, sich neu zu profilieren und gezieltere Prioritäten für das Gesamtgebiet zu setzen, aber auch größere Investitionen durchzuführen.

Richtungsentscheidung in der 6. Legislaturperiode: Zunächst keine pflichtigen Strukturänderungen

Nach den ursprünglichen Planungen für die Gemeindegebietsreform sollten das Leitbild und die Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden innerhalb der 6. Legislaturperiode im Zuge von freiwilligen und pflichtigen Strukturänderungen flächendeckend umgesetzt werden. Die Reform wäre in diesem Zeitrahmen mit einer Pflichtphase abgeschlossen worden.

Nachdem das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen aus formellen Gründen für nichtig erklärt wurde, haben die regierungstragenden Parteien und der Landtag eine Anpassung der Gebietsreformpläne eingeleitet.

Auf der Basis des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 15. August 2017 und des Eckpunktebeschlusses des Landtags vom 13. Dezember 2017 wurde davon abgesehen, in der 6. Legislaturperiode pflichtige Neugliederungen durchzuführen. Die Planungen für pflichtige Strukturänderungen zur flächendeckenden Schaffung von leistungs- und verwaltungsstarken Gebietskörperschaften, die die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrnehmen und ein dauerhaft tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bilden, wurden zurückgestellt, um unter Beachtung der hohen Bedeutung des Prinzips der Freiwilligkeit zunächst ausschließlich freiwillige Bestandsänderungen von Gemeinden umzusetzen.

Die regierungstragenden Parteien streben auch in der 7. Legislaturperiode keine pflichtigen Gemeindeneugliederungen an. Vielmehr sollen weiterhin ausschließlich freiwillige Bestandsänderungen von Gemeinden umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund kann in Artikel 1 des vorliegenden Gesetzes das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform nur in dem Rahmen umgesetzt werden, den die freiwilligen Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden eröffnen.

IV. Umsetzung von Anträgen auf freiwillige Bildung neuer Gemeindestrukturen und Verwirklichung des Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform

Der Freiwilligkeit soll bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt werden.

Ein vorgeschalteter Zeitraum für freiwillige Neugliederungen begegnet nach den Hinweisen des Verfassungsgerichtshofs in seinem Urteil vom 9. Juni 2017 ebenso wenig verfassungsrechtlichen Bedenken, wie die Beschränkung einer Gebietsreform auf die Gemeinden, wenn die Kriterien, nach denen im konkreten Fall bestimmt wird, ob eine von Gemeinden angestrebte freiwillige Neugliederung vom Gesetzgeber umgesetzt wird, nicht von denjenigen abweichen, die für spätere pflichtige Neugliederungen gelten.

Mit der freiwilligen Gemeindegebietsreform wurde den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, selbst Beschlüsse zur Bildung neuer Gemeindestrukturen zu fassen. Damit wurde insbesondere den Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und ebenso der Zuständigkeit der gewählten Vertreter der Gemeinden, in eigener Verantwortung die Voraussetzungen für zukunftsfähige Verwaltungsstrukturen zu schaffen, Rechnung getragen. Freiwillige Gemeindeneugliederungen bieten die Chance, die Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen aus eigener Kenntnis der Verhältnisse vor Ort zu planen und zu gestalten.

Auch Gemeinden, die Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften sind, können einen Antrag auf Bildung von leitbildgerechten Gemeindestrukturen bei dem für Kommunalrecht zuständigen Ministerium stellen.

Die in diesem Zusammenhang entscheidenden Gemeinderatsbeschlüsse beruhen auf Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen und Artikel 28 des Grundgesetzes. Danach haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. § 1 Abs. 2 ThürKO besagt, dass

Gemeinden Gebietskörperschaften sind und das Recht haben, die örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung im Rahmen der Gesetze zur Förderung des Wohls ihrer Einwohner zu verwalten. Über die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde beschließt der Gemeinderat nach § 22 Abs. 3 Satz 1 ThürKO. Aufgaben des eigenen Wirkungskreises sind alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die in der Gemeinde wurzeln oder auf sie einen spezifischen Bezug haben, siehe § 2 Abs. 1 ThürKO.

Damit steht jeder Gemeinde, unabhängig von einer Mitgliedschaft in einer Verwaltungsgemeinschaft, das Recht zu, ihren eigenen Bestand zu überprüfen und bei Bedarf eine Neugliederung auf den Weg zu bringen. Bei der Bewertung dieser Anträge sind jedoch mögliche Auswirkungen auf die anderen Mitgliedsgemeinden der jeweils betroffenen Verwaltungsgemeinschaft zu berücksichtigen.

Da derzeit ausschließlich freiwillige Bestandsänderungen von Gemeinden erfolgen und somit Leitbild und Leitlinien der Reform noch nicht flächendeckend umgesetzt werden können, besteht die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 46 Abs. 1 ThürKO oder die Übertragung der Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO (erfüllende Gemeinde) grundsätzlich zunächst fort. Solche Strukturänderungen sind vorerst weiterhin möglich, wenn sie der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dienen und keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen. Für den Übergangszeitraum - bis zum Abschluss der flächendeckenden Gemeindegebietsreform beziehungsweise der Schaffung leitbildgerechter Strukturen - stellen Verwaltungsgemeinschaften und erfüllende Gemeinden ein geeignetes Instrumentarium dar, um die ordnungsgemäße Erfüllung öffentlicher Aufgaben sicherstellen zu können. Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen freiwillige Neugliederungen von Gemeinden anderenfalls dazu führen würden, dass Strukturen zurückbleiben, die nicht ausreichend leistungsfähig sind und den Anforderungen der Thüringer Kommunalordnung nicht gerecht werden. So dienen beispielsweise bei der freiwilligen Neugliederung von Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft, die nicht von allen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft mitgetragen wird, erfüllende Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften als Instrumente des Übergangs und werden daher weiterhin benötigt. Des Weiteren kommt auch der Wechsel von Mitgliedsgemeinden in eine andere Verwaltungsgemeinschaft in Betracht, wenn diese im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts hierdurch eine Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit anstreben und eine freiwillige Gemeindeneugliederung nicht erreicht werden konnte. Der Vorrang der Bildung von Einheits- und Landgemeinden und das entsprechende Ziel der Fortentwicklung von Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden werden insoweit jedoch nicht in Frage gestellt.

Der großzügigere zeitliche Rahmen für die flächendeckende Verwirklichung des Leitbildes und der Leitlinien, der mit einer stärkeren Fokussierung auf freiwillige Neugliederungen einhergeht, ist auch für die Anwendung der Leitlinien im Zeitraum der freiwilligen Strukturierungen von erheblicher Bedeutung.

So hat im Zuge der freiwilligen Neugliederungen eine große Zahl von Gemeinden Anträge auf Bildung von Strukturen gestellt, die - bezogen auf das Jahr 2035 - eine Einwohnerzahl von 6.000 noch nicht erreichen. In diesen Fällen haben sich Gemeinden zusammengefunden,

um auf zum Teil drängende gegenwärtige sowie künftig zu erwartende Herausforderungen zu reagieren und ihre Leistungsfähigkeit durch die Bündelung ihrer Ressourcen und Kompetenzen zu steigern. Es stehen in diesen Fällen jedoch für die Bildung einer Einheits- oder Landgemeinde mit mindestens 6.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, die nach den Leitlinien des Gesetzgebers Vorrang hat, im Rahmen der freiwilligen Strukturänderung nicht genügend oder keine entsprechenden Partner zur Verfügung.

Die Unterschreitung einer Einwohnerzahl von 6.000 führt nicht dazu, dass die hiervon betroffenen Neugliederungsanträge von vornherein keine Aussicht auf Erfolg haben. Die in den Leitlinien vorgesehene Mindesteinwohnerzahl stellt nach der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs ein Optimierungsgebot dar, bei dessen Anwendung die Besonderheiten jedes Einzelfalls zu berücksichtigen sind. Abweichungen können oder müssen insbesondere dann zugelassen werden, wenn sie durch historische, wirtschaftliche, landsmannschaftliche, topografische oder landschaftliche Gesichtspunkte, durch die geografische Lage, die Siedlungsstruktur oder die Erfordernisse der Raumordnung begründet sind. Gleiches gilt bei besonderen Sachverhaltsgestaltungen, wenn keine sinnvolle neue Gebietsstruktur erkennbar ist, kein potenzieller Partner für eine Kommune mit Gebietsänderungsbedarf zu finden ist oder die Neugliederung zu einer flächenmäßigen Überdehnung führen würde, vergleiche Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017, S 64.

Über solche besonderen Einzelfallgestaltungen hinaus sieht Artikel 1 des vorliegenden Gesetzes die Umsetzung von Neugliederungen vor, bei denen die Einwohnerzahl von 6.000 erst durch weitere Gemeindezusammenschlüsse erreicht werden kann. Hierdurch kann die Leistungs- und Verwaltungskraft der beteiligten Gemeinden bereits jetzt verbessert werden. Die umliegenden Gemeinden werden infolge dieser Maßnahmen weder geschwächt noch in ihrer Entwicklung behindert. Für sie ist eine Neugliederung zu einem späteren Zeitpunkt möglich.

Die Leitlinie, dass die Bildung von Einheits- oder Landgemeinden mit einer Mindesteinwohnerzahl von 6.000 bezogen auf das Jahr 2035 Vorrang hat, wird damit nicht aufgegeben. Vielmehr erfolgt in den betreffenden Fällen eine freiwillige Neugliederung, die den Beschlüssen der antragstellenden Gemeinden Rechnung trägt und zugleich einen ersten Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur darstellt. Ausgehend von weiteren Neugliederungen zu einem späteren Zeitpunkt ist die Neugliederung der betroffenen Strukturen nicht als endgültig abgeschlossen zu betrachten. Ein Bestandsschutz kann insoweit erst nach Abschluss einer flächendeckenden Gemeindegebietsreform entstehen.

Der Landtag hat mit seinem Beschluss vom 13. Dezember 2017 über die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen festgelegt, dass dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt werden soll. Würde das vorliegende Gesetz grundsätzlich nur solche Neugliederungen beinhalten, welche die Einwohnerzahl von 6.000 erreichen, hätte dies zur Folge, dass alle übrigen sinnvollen, von den Gemeinden auf der Basis ihres Selbstverwaltungsrechts unter den derzeitigen Gegebenheiten freiwillig beschlossenen Neugliederungen nicht umgesetzt werden könnten. Dies könnte für die Gemeinden sowie für die rechtssichere und sachgerechte Erfüllung ihrer Aufgaben erhebliche Nachteile haben und würde dem Prinzip der Freiwilligkeit nicht gerecht werden.

Neugliederungen, die von den Gemeinden beschlossen und beantragt werden, fußen auf ihrer verfassungsrechtlich verankerten Selbstverwaltungsgarantie. Das Recht der Gemeinden zur eigenverantwortlichen Regelung aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft setzt notwendig voraus, dass diese eine Neugliederung anstoßen können, wenn sie nach einer kritischen Überprüfung ihrer Leistungsfähigkeit die Notwendigkeit einer Strukturänderung sehen. Nur so kann eine effektive und eigenverantwortliche Wahrnehmung der örtlichen Angelegenheiten gewährleistet werden. Streben Gemeinden daher zu einem bestimmten Zeitpunkt ihre Neugliederung an, so ist dies mit besonderem Gewicht zu berücksichtigen.

Entsprechend der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs werden die Belange der kommunalen Selbstverwaltung durch freiwillige Zusammenschlüsse tendenziell in weniger einschneidender Weise betroffen als im Falle pflichtiger Neugliederungen.

Solche freiwilligen Zusammenschlüsse tragen nicht nur dem selbstbestimmten Willen der Gemeinden Rechnung. Sie sind vielmehr auch dann, wenn sie die vorrangig angestrebte Einwohnerzahl von mindestens 6.000 noch nicht erreichen, in der Regel geeignet, durch eine Ressourcenbündelung und Strukturvergrößerung die Leistungs- und Verwaltungskraft der Kommunen zu erhöhen. Sie stellen in diesem Sinne im Vergleich zum Status Quo eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft dar und sind daher ein Schritt in die richtige Richtung auf dem Weg zur Verwirklichung des gesetzgeberischen Leitbildes. Zugleich können solche Neugliederungen dazu beitragen, dass weitere potenzielle Partner für eine Erweiterung der neuen Struktur durch die positiven Erfahrungen der beteiligten Gemeinden motiviert werden, sich ebenfalls freiwillig zu einer Neugliederung zu entschließen. So kann gegebenenfalls auch in einem späteren zweiten Schritt auf freiwilliger Basis eine Einwohnerzahl von mindestens 6 000 erreicht werden, ohne dass es einer pflichtigen Regelung und somit eines erheblichen Eingriffs des Gesetzgebers in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bedarf.

Die in Artikel 1 dieses Gesetzes geregelten Gemeindeneugliederungen lassen eine Steigerung der Leistungs- und Verwaltungskraft der betroffenen Gemeinden erwarten. Sie ermöglichen eine weitere Bündelung von Verwaltungskompetenz sowie der materiellen und finanziellen Ressourcen. Sie tragen dazu bei, auch unter Berücksichtigung der sich weiter verändernden Rahmenbedingungen kommunaler Selbstverwaltung künftig eine hinreichende Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu gewährleisten. Gleichzeitig beachten sie die Anforderungen an eine angemessene Ausübung der kommunalen Selbstverwaltung und der bürgerschaftlich-demokratischen Teilhabe.

Ausgehend von den vorangehenden Ausführungen erfolgen die Gemeindeneugliederungen nicht allein in einer quantifizierenden Betrachtung der Mindesteinwohnerzahl. Im Rahmen einer Abwägung der im jeweiligen Einzelfall bedeutsamen Gemeinwohlbelange und unter Beachtung von regionalen oder örtlichen Besonderheiten sprechen überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls nach Maßgabe von Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie § 9 Abs. 1 und § 92 Abs. 1 ThürKO für die in diesem Gesetz vorgesehenen Neugliederungen, wobei den Kriterien im Einzelfall jeweils eine unterschiedliche Bedeutung zukommen kann.

Die beantragten Bestandsänderungen bedürfen nach Artikel 92 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen sowie nach § 9 Abs.3

Satz 1 ThürKO einer gesetzlichen Regelung. Das Gleiche gilt nach § 92 Abs. 3 ThürKO für Gebietsänderungen von Landkreisen, falls diese gegen ihren Willen erfolgen. Die Auflösung und Änderung von Verwaltungsgemeinschaften sowie die Begründung und die Aufhebung der Zuordnung zu einer erfüllenden Gemeinde erfordern nach § 46 Abs. 1 Satz 1 ThürKO beziehungsweise § 51 Abs. 1 Satz 1 ThürKO in Verbindung mit § 46 Abs. 1 Satz 1 ThürKO ebenfalls ein Gesetz.

Die Neugliederungsmaßnahmen werden durch Finanzhilfeinstrumente begleitet, die im Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeinde-neugliederungen vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) in der jeweils geltenden Fassung geregelt wurden.

V. Sonstiges

In der nachfolgenden Begründung zu den einzelnen Bestimmungen des Artikels 1 werden unter anderem Einwohnerzahlen, die Verschuldung je Einwohner sowie die Steuereinnahmen je Einwohner dargestellt.

Die Angaben zu den aktuellen Einwohnerzahlen von Gemeinden und Landkreisen ergeben sich aus der vom Landesamt für Statistik fortgeschriebenen Bevölkerungsstatistik zum 31. Dezember 2021. Im Falle von Gebietsänderungen nach dem 31. Dezember 2021 wurden die aktuellen Einwohnerzahlen der betroffenen Gebietskörperschaften durch das Ministerium für Inneres und Kommunales anhand des vom Landesamt für Statistik ausgewiesenen Bevölkerungsstandes zum 31. Dezember 2021 und des neuen Gebietsstandes zum 1. Januar 2023 berechnet. Angaben zu den aktuellen Einwohnerzahlen von Ortsteilen beziehen sich ebenfalls auf den Stand 31. Dezember 2021 und beruhen auf einer Mitteilung des jeweils zuständigen Einwohnermeldeamtes, da diese Daten durch das Landesamt für Statistik nicht erfasst werden. Soweit Einwohnerzahlen der Gemeinden für das Jahr 2035 angegeben werden, basieren diese auf der im Dezember 2020 veröffentlichten 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik. Soweit bei Angaben zu den Einwohnerzahlen von vergrößerten Gemeinden im Jahr 2035 die Einwohnerzahlen von Ortsteilen im Jahr 2035 zu berücksichtigen waren, insbesondere bei Gemeindeteilungen, hat das Ministerium für Inneres und Kommunales eine eigene Vorausberechnung vorgenommen, da ortsteilbezogene Einwohnerdaten durch das Landesamt für Statistik nicht erfasst werden. Hierbei wurde auf die ortsteilbezogenen Einwohnerdaten des jeweils zuständigen Einwohnermeldeamtes zum Stand 31. Dezember 2021 zurückgegriffen und der sich hieraus ergebende prozentuale Anteil der Ortsteile an der Einwohnerzahl der jeweiligen Gemeinde zu der im Rahmen der 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung durch das Landesamt für Statistik für das Jahr 2035 vorausberechneten Einwohnerzahl der entsprechenden Gemeinde ins Verhältnis gesetzt.

Der Schuldenstand je Einwohner nach der Veröffentlichung des Landesamtes für Statistik "Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände zum 31. Dezember 2021" wird jeweils dem Landesdurchschnitt der Verschuldung der Gemeinden in Thüringen zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 412,69 Euro je Einwohner, gerundet 413 Euro, gegenübergestellt. Bei dem Wert von 412,69 Euro handelt es sich um einen durch das Ministerium für Inneres und Kommunales bereinigten Wert, der die bei den kreisfreien Städten in der Statistik mit abgebildeten Anteile für Kreisaufgaben ausblendet. Dazu wurde der Durchschnitt der Verschuldung der Landkreise pro Einwohner von 203,68 Euro abgezogen.

Als Steuereinnahmen je Einwohner werden die Steuern (netto) und steuerähnlichen Einnahmen je Einwohner aufgeführt, die der Statistik des Landesamtes für Statistik "Steuereinnahmen der Gemeinden nach der Art der Steuer in Thüringen" mit Stand 31. Dezember 2021 entnommen sind.

Die Angaben zu den Schuldenständen und Steuereinnahmen der Gemeinden sind jeweils auf ganze Euro gerundet.

An die vorgenannten kommunalen Strukturänderungen ist die Anlage zum Thüringer Gerichtsstandortgesetz anzupassen, um die in § 12 Abs. 1 Satz 3 des Thüringer Gesetzes über die Grundsätze von Funktional- und Verwaltungsreformen (ThürGFVG) vom 14. Dezember 2016 (GVBl. S. 526) in der jeweils geltenden Fassung angestrebte Einräumigkeit herzustellen.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Herausforderungen für den Landeshaushalt und der nicht hinreichend absehbaren weiteren Entwicklung der finanziellen Gegebenheiten soll der Förderzeitraum des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen verkürzt werden und bereits Ende des Jahres 2024 auslaufen.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Zu § 1

Zu den Absätzen 1 und 2:

Die Verwaltungsgemeinschaft "Uder" mit bisher 6.442 Einwohnerinnen und Einwohnern wird aufgelöst. Einige ihrer bisherigen Mitgliedsgemeinden, die Gemeinden

1. Birkenfelde mit bisher 531 Einwohnerinnen und Einwohnern,
 2. Eichstruth mit bisher 87 Einwohnerinnen und Einwohnern,
 3. Lenterode mit bisher 316 Einwohnerinnen und Einwohnern,
 4. Lutter mit bisher 707 Einwohnerinnen und Einwohnern,
 5. Mackenrode mit bisher 310 Einwohnerinnen und Einwohnern,
 6. Röhrig mit bisher 225 Einwohnerinnen und Einwohnern,
 7. Schönhagen mit bisher 145 Einwohnerinnen und Einwohnern,
 8. Steinheuterode mit bisher 300 Einwohnerinnen und Einwohnern,
 9. Thalwenden mit bisher 336 Einwohnerinnen und Einwohnern,
 10. Uder mit bisher 2.682 Einwohnerinnen und Einwohnern und
 11. Wüsthenerode mit bisher 574 Einwohnerinnen und Einwohnern,
- werden aufgelöst. Aus den aufgelösten Gemeinden wird eine neue Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO gebildet, die Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden ist und den Namen "Uder" führt.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der beteiligten Gemeinden liegen vor. Darüber hinaus wurde ein vom von den Gemeinderäten beschlossener und von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern unterzeichneter Neugliederungsvertrag vorgelegt.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 5.610 Einwohnerinnen und Einwohner. Sie liegt damit unter der angestrebten Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die beantragte Neugliederung stellt zunächst einen Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur dar, der von den Gemeinden auf freiwilliger Grundlage angestrebt wird.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten. Die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden werden daher mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Die beantragte Neugliederung ist darauf gerichtet, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstarken Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit den Zielen des Leitbildes der Gemeindegebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur.

Derzeit fehlt es den antragstellenden Gemeinden an weiteren Partnern, die sich freiwillig an der Bildung einer einwohnerstärkeren, leitliniengerechten Gemeinde beteiligen wollen. Perspektivisch ist jedoch eine ergänzende Neugliederung mit benachbarten Gemeinden möglich. Hierfür kommen insbesondere die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode in Betracht.

Die Gemeinde Uder ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Alle Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Uder" liegen im Grundversorgungsbereich Uder.

Die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode verfügen über ein zusammenhängendes Gemeindegebiet und weisen naturräumliche, infrastrukturelle, verwaltungsmäßige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtungsbeziehungen auf.

In den Gemeindegebieten ist die Landschaft südlich der Leine und der Landesstraße 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Naturräumlich lassen sich die Gemeinden im Übergangsbereich der Buntsandstein-Hügelländer im Norden und der Muschelkalk-Platten und -Bergländer im Süden verorten. Neben dem bestehenden Straßennetz wird der Raum von verschiedenen kleineren Gewässern gequert. Durch das Gebiet der Gemeinden Lutter und Uder verläuft beispielsweise der Fluss Lutter, der in Uder in den Fluss Leine mündet. Mit Ausnahme der Gemeinde Steinheuterode und Teilen der bisherigen Gemeinde Uder werden die antragstellenden Gemeinden großräumig vom Naturpark "Eichsfeld-Hainich-Werratal", dem Landschaftsschutzgebiet "Obereichsfeld" und dem EU-Vogelschutzgebiet "Werrabergland südwestlich Uder" erfasst. Die Verwaltung des Naturparks "Eichsfeld-Hainich-Werratal" befindet sich im Naturparkzentrum Fürstenhagen, einem Ortsteil der Gemeinde Lutter.

Die Gemeinden sind durch regionale Verkehrswege sowie Verkehrslinien des öffentlichen Personennahverkehrs miteinander verbunden. Der Hauptort und Verwaltungssitz Uder ist aus den einzelnen Orten über das vorhandene Landes- und Kreisstraßennetz in maximal 15 Minuten erreichbar.

Zu allen Gemeinden ist die Anbindung über den öffentlichen Personennahverkehr gegeben, sowohl durch den regulären Busverkehr als auch

durch Schulbuslinien. Die Fahrzeit der wochentags mehrmals täglich verkehrenden Busse im Liniennetz der Eichsfeldwerke Bus GmbH beträgt in der Regel nicht mehr als 25 Minuten. Die verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Der Bahnhof in der Gemeinde Uder ermöglicht eine Anbindung an den Schienenpersonenverkehr, unter anderem mit direkten Verbindungen nach Heiligenstadt, Erfurt und Kassel.

Die antragstellenden Gemeinden verfügen über eine langjährige verwaltungsmäßige Verflechtung. Die Verwaltungsgemeinschaft "Uder" wurde im Jahr 1992 mit den Gemeinden Birkenfelde, Lenterode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden und Uder gegründet. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden Asbach-Sickeberg, Dietzenrode/Vatterode, Eichstruth, Lutter, Mackenrode und Wüstheuterode der Verwaltungsgemeinschaft "Uder" an.

Die Gemeinde Uder verfügt als Grundzentrum über verschiedene Dienstleistungsangebote, beispielsweise drei Einkaufszentren, die verkehrsgünstig an der Landesstraße 3080 gelegen sind. Überdies steht den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinden die medizinische Grundversorgung mit zwei Hausarzt- und zwei Zahnarztpraxen sowie zwei Physiotherapiepraxen zur Verfügung. Des Weiteren gibt es Angebote des täglichen Bedarfs wie Bäckereien, Fleischereifilialen, einen Fahrradhandel, Gaststätten, die Kreissparkasse und Frisöre.

Die Gemeinde Uder verfügt im Leinetal über zwei Gewerbestandorte. In den weiteren Gemeinden der bisherigen Verwaltungsgemeinschaft "Uder" sind vorrangig kleinere und mittlere Betriebe angesiedelt.

Die Gemeinden sind Mitglieder im gleichen Wasser- und Abwasserzweckverband Obereichsfeld, einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt. Sechs der antragstellenden Gemeinden werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der EW Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt. Zudem wird die Stromversorgung der Gemeinden von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG gewährleistet.

In dem Gebiet der antragstellenden Gemeinden sind fünf Kindertagesstätten, zwei in der Gemeinde Uder mit jeweils rund 100 Plätzen, eine in der Gemeinde Birkenfelde mit rund 30 Plätzen, eine in der Gemeinde Lutter mit rund 50 Plätzen und eine kommunale Einrichtung in der Gemeinde Wüstheuterode mit rund 90 Plätzen. Zwischen allen Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Uder" gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung der vorhandenen Kindertagesstätten.

In der Gemeinde Uder gibt es eine Regelschule mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Mitgliedsgemeinden der bisherigen Verwaltungsgemeinschaft. Zudem befindet sich in den Gemeinden Lutter und Wüstheuterode jeweils eine Grundschule, zur deren Einzugsgebiet ebenfalls alle 13 Gemeinden gehören.

In der Region gibt es ein vielfältiges Vereinsleben. So stehen den Bürgerinnen und Bürgern 61 Vereine offen, beispielsweise 18 Sportvereine sowie musikalische Vereine, ein Schützenverein, Kirmes und Handwerksvereine, ein Karnevalsverein und elf Feuerwehrvereine. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern Veranstaltungen, die von allen Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinden besucht werden. Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen elf antragstellenden Gemeinden vorhanden. Im Fußball gibt es eine ortsübergreifende Zusammenar-

beit vor allem im Nachwuchsbereich. Alle antragstellenden Gemeinden sind zudem der Pfarrei in Uder zugeordnet, haben einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und - bis auf eine Ausnahme - jeweils einen Kirchortrat.

Die Aufgaben im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft "Uder" übertragen. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist. Die Ortsteilfeuerwehren Birkenfelde, Lutter, Uder und Wüstheuterode sind Stützpunktfeuerwehren. Gemeinsam getragen wird damit auch die Nachwuchsarbeit bei den Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen.

Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld.

Mit der Neugliederung sollen nach den Plänen der Gemeinden bedeutende Tourismusprojekte befördert werden, beispielsweise den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. Die Gemeinde Uder liegt am Leine-Heide-Radweg. Von hier aus gibt es Radwege zu den Gemeinden Lenterode, Lutter und Birkenfelde. Von Birkenfelde aus führt ein Radweg zur Burgruine Hanstein und zur Werra. Die Gemeinde Wüstheuterode hat im Falle des Gemeindezusammenschlusses eine Radwegeverbindung in ihren Investitionsplan aufgenommen, die von der Gemeinde Uder entlang der Landesstraße 1074 zur Werra in die Stadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen führen soll. Davon würden die Ortschaften Dietzenrode/Vatterode, Lenterode, Mackenrode, Röhrig sowie Wüstheuterode profitieren. Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Eichstruth und Mackenrode liegen an der Deutschen Märchenstraße.

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt in der Gemeinde Eichstruth 410 Euro, in Lenterode 181 Euro, in Schönhagen 63 Euro, in Steinheuterode 130 Euro und in Uder 86 Euro. Sie liegt somit jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro. In den Gemeinden Birkenfelde, Mackenrode und Thalwenden liegt die Pro-Kopf-Verschuldung mit 645 Euro, 660 Euro und 624 Euro jeweils über diesem Landesdurchschnitt. Die Gemeinden Lutter, Röhrig und Wüstheuterode sind schuldenfrei.

Die Steuereinnahmen je Einwohner liegen in den Gemeinden Thalwenden mit 1.495 Euro und Wüstheuterode mit 1.275 Euro jeweils über dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro. Die Steuereinnahmen je Einwohner betragen in der Gemeinde Birkenfelde 419 Euro, in Eichstruth 262 Euro, in Lenterode 366 Euro, in Lutter 408 Euro, in Mackenrode 429 Euro, in Röhrig 350 Euro, in Schönhagen 395 Euro, in Steinheuterode 555 Euro und in Uder 856 Euro. Sie liegen damit unter dem Landesdurchschnitt.

Es ist zu erwarten, dass die finanzielle und personelle Leistungskraft zur Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Bildung der Landgemeinde Uder gesteigert werden kann.

Im Rahmen der Abwägung der Gründe des öffentlichen Wohls sind insbesondere auch die Belange der umliegenden Gemeinden zu berücksichtigen. Verflechtungen der antragstellenden Gemeinden gibt es auch in andere Richtungen. Beispielsweise haben die Gemeinden Lutter, Steinheuterode und Uder eine gemeinsame Gemeindegrenze mit der Stadt

Heilbad Heiligenstadt. Aufgrund der räumlichen Nähe zur Stadt Heilbad Heiligenstadt gibt es auch in diese Richtung Verflechtungsbeziehungen mit allen Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Uder". Die Stadt Heilbad Heiligenstadt ist zudem im Raumordnungsplan Nordthüringen als Mittelzentrum ausgewiesen und hat damit regional und überregional bedeutsame Funktionen als Siedlungs-, Versorgungs- und Arbeitsplatzschwerpunkt. Negative Auswirkungen auf das Mittelzentrum Heiligenstadt sind durch den beantragten Zusammenschluss allerdings nicht zu erwarten. Die Belange, die für die Bildung der beantragten Struktur im ländlichen Raum mit ihren langjährigen Verflechtungsbeziehungen sprechen, überwiegen die Belange, die für eine Neugliederung mit der Stadt Heilbad Heiligenstadt sprechen könnten. Zudem übt die Gemeinde Uder als Grundzentrum langjährig die Funktion eines Zentralen Ortes aus. Eine Schwächung der Stadt Heilbad Heiligenstadt beziehungsweise eine Behinderung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten ist durch die Bildung der neuen Gemeinde Uder nicht zu erwarten. Die Stadt Heilbad Heiligenstadt wird bereits durch die Eingliederung der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz der Verwaltungsgemeinschaft "Leine-tal" nach § 2 gestärkt und verfügt überdies perspektivisch noch über anderweitige Möglichkeiten für eine Stärkung durch die Eingliederung von Umlandgemeinden.

Des Weiteren ist nicht erkennbar, dass durch die beantragte Neugliederung die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaften "Hanstain-Rusteberg" oder "Ershausen/Geismar", die eine Strukturänderung derzeit nicht in Betracht ziehen, geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert werden.

Zu Absatz 3:

Der nach Absatz 3 bestimmte Name der neu gebildeten Landgemeinde entspricht dem Antrag der antragstellenden Gemeinden sowie dem Vertrag über deren Zusammenschluss.

Zu Absatz 4:

Die Regelung dient der Klarstellung der gesetzlich zugewiesenen Entscheidungsbefugnisse der Gemeindeorgane zur Bestimmung des Behördensitzes der neuen Gemeinde.

Zu Absatz 5:

Die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode haben sich nicht an der Gemeindeneubildung nach Absatz 2 beteiligt. Aufgrund der Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft "Uder" nach Absatz 1 und der Vorgaben nach § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, wonach Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern einer Verwaltungsgemeinschaft angehören oder einer benachbarten Gemeinde nach § 51 zugeordnet sein müssen, ist für die Gemeinden Asbach-Sickenberg mit bisher 102 Einwohnerinnen und Einwohnern und Dietzenrode/Vatterode mit bisher 127 Einwohnerinnen und Einwohnern eine Zuordnung zu einer neuen Verwaltungsstruktur erforderlich.

Die Gemeinde Dietzenrode/Vatterode hat sich im Rahmen eines Gemeinderatsbeschlusses für eine Erfüllung nach § 51 ThürKO durch die neu gebildete Gemeinde Uder ausgesprochen. Die Gemeinde Asbach-Sickenberg hat bislang keinen Beschluss hinsichtlich ihrer künftigen Verwaltungsstruktur vorgelegt oder sich anderweitig hierzu positioniert. Die an der Neubildung der Gemeinde Uder beteiligten Gemeinden haben

beantragt, die Verwaltungsaufgaben der beiden Gemeinden durch die neu gebildete Gemeinde Uder nach § 51 ThürKO zu erfüllen.

Unter Zugrundelegung der verschiedenen Zuordnungsmöglichkeiten und Abwägung der insoweit relevanten Gemeinwohlgesichtspunkte sollen die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode künftig von der neu gebildeten Gemeinde Uder nach § 51 ThürKO erfüllt werden.

Zwar bestünden für die beiden Gemeinden auch andere Zuordnungsmöglichkeiten, insbesondere mit Blick auf die angrenzende Verwaltungsgemeinschaft "Hanstein-Rusteberg". Es überwiegen jedoch die Gesichtspunkte des öffentlichen Wohls, die für eine Zuordnung zu der neu gebildeten Gemeinde Uder nach § 51 ThürKO sprechen. Die Gemeinde Dietzenrode/Vatterode hat sich ausdrücklich für eine entsprechende Zuordnung ausgesprochen. Des Weiteren besteht zwischen den in der neuen Gemeinde Uder aufgehenden Gemeinden sowie den Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode seit etwa 30 Jahren im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft "Uder" eine enge und bewährte Verwaltungszusammenarbeit, die zunächst weitergeführt werden soll. Beide Gemeinden liegen zudem im Grundversorgungsgebiet Uder. Darüber hinaus existieren zwischen den Gemeinden auch anderweitige langjährige Verflechtungsbeziehungen, beispielsweise in den Bereichen Schule, Feuerwehr, Vereinsleben und Tourismus. Einer Zuordnung zu der neu gebildeten Gemeinde Uder nach § 51 ThürKO ist daher der Vorzug zu geben.

Zu Absatz 6:

In diesem Absatz wird die Abwicklung der Verwaltungsgemeinschaft "Uder" geregelt.

Zu § 2

Zu den Absätzen 1 und 2:

Die Gemeinde Glasehausen mit 144 Einwohnerinnen und Einwohnern und die Gemeinde Hohes Kreuz mit 1.246 Einwohnerinnen und Einwohnern werden aus der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" ausgegliedert, aufgelöst und in die Stadt Heilbad Heiligenstadt mit 16.899 Einwohnerinnen und Einwohner eingegliedert. Die Stadt Heilbad Heiligenstadt ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Heilbad Heiligenstadt sowie der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz liegen vor.

Die für das Jahr 2035 vorausgerechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 17.210 Einwohnerinnen und Einwohner. Sie liegt deutlich über der angestrebten Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Mittelzentrum ausgewiesen. Die Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz liegen im Grundversorgungsgebiet Heilbad Heiligenstadt.

Zwischen der Stadt Heilbad Heiligenstadt und den Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz bestehen insbesondere infrastrukturelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche und naturräumliche Verflechtungsbeziehungen.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt und die einzugliedernden Gemeinden weisen eine gemeinsame Gemarkungsgrenze auf. Verkehrsseitig ist die Stadt Heilbad Heiligenstadt mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteilen durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. Die Entfernung zwischen der Gemeinde Glasehausen und dem Stadtzentrum der Stadt Heilbad Heiligenstadt beträgt auf der kürzesten Straßenverbindung über die Landesstraßen L 1009, L 1010 und L 1005 circa elf Kilometer. Von der Gemeinde Hohes Kreuz ist die Stadt Heilbad Heiligenstadt straßenseitig circa sieben Kilometer über die Landesstraße L 1005 oder L 2006 entfernt. Erreicht werden die Gemeinden über die Anschlussstelle "Heilbad Heiligenstadt" an der Bundesautobahn 38. In den Ortsteilen der Gemeinde Hohes Kreuz und in der Gemeinde Glasehausen bestehen mehrmals täglich Busverbindungen zur Stadt Heilbad Heiligenstadt, die Fahrzeit beträgt unter 30 Minuten. Der Anschluss an den regionalen und überregionalen Bahnverkehr befindet sich mit dem Bahnhof Heilbad Heiligenstadt ebenfalls in der Kreisstadt. Ein Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile untereinander.

Naturräumlich liegt die Stadt Heilbad Heiligenstadt im Übergangsbereich der Buntsandstein-Hügelländer und der Muschelkalk-Platten und -Bergländer. Die Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz sind dem Nordthüringer Buntsandsteinland der Buntsandstein-Hügelländer zuzuordnen.

Für die Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz stellt die Stadt Heilbad Heiligenstadt den nächstgelegenen Zentralen Ort dar. Die Stadt Heilbad Heiligenstadt übernimmt als Mittelzentrum zahlreiche und vielfältige Funktionen der Daseinsvorsorge mit mindestens regionaler Bedeutung in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Einzelhandel, Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit, Kultur, Freizeit und Verwaltung. Dieses Angebot wird bereits jetzt durch die Einwohnerschaft der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz genutzt.

In den Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz sind vorrangig kleinere und mittlere Betriebe angesiedelt, unter anderem im landwirtschaftlichen Sektor. Die Stadt Heilbad Heiligenstadt verfügt über fünf Gewerbestandorte, von denen vier vollständig belegt sind. Eine wesentliche Erhöhung der Nachfrage nach Gewerbeflächen ergab sich mit der Neuausweisung der Gewerbegebiete an der A 38 West und Ost. Diese liegen straßenseitig auf dem Weg zwischen den Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz einerseits und der Stadt Heilbad Heiligenstadt andererseits.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt sowie die Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz sind Mitglieder im Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Obereichsfeld. Die Abfallentsorgung erfolgt über die in Heilbad Heiligenstadt ansässigen Eichsfeldwerke.

Derzeit verfügt die Stadt Heilbad Heiligenstadt über Kindertagesstätten mit einer Gesamtkapazität von 841 Plätzen. Mit der Eingliederung der Gemeinden kommen weitere 46 Plätze durch eine Kindertagesstätte im Ortsteil Siemerode und 33 Plätze im Ortsteil Mengelrode hinzu.

Die Grundschüler der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz werden derzeit im Ortsteil Siemerode der Gemeinde Hohes Kreuz unterrichtet. Die Regel- und Gymnasialschüler besuchen mehrheitlich Schulen in der Stadt Heilbad Heiligenstadt. Die Stadt Heilbad Heiligenstadt verfügt über drei Grundschulen, zwei Regelschulen, zwei Gymnasien und zwei berufsbildende Schulen.

Das Ortsleben in den Ortsteilen wird maßgeblich geprägt durch die Heimatvereine, Sportvereine, die Kirchgemeinden und die Freiwilligen Feuerwehren. Dies fördert eine gute Zusammenarbeit untereinander und mit den Nachbargemeinden.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt sowie die beiden einzugliedernden Gemeinden sind überwiegend römisch-katholisch geprägt und gehören dem Dekanat Heiligenstadt an.

Die Freiwilligen Feuerwehren in den Ortsteilen der Gemeinde Hohes Kreuz arbeiten bereits interkommunal mit den Feuerwehren in den Ortsteilen der Stadt Heilbad Heiligenstadt zusammen. Über notwendige gemeindeübergreifende Einsätze hinaus gibt es beispielsweise gemeinsame Übungsabende, eine gemeinsame Jugendarbeit und gemeindeübergreifende Alarmierungen. Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht in besonderem Maß angepasst werden.

Alle drei antragstellenden Gemeinden haben Anteil am EU-Vogelschutzgebiet "Untereichsfeld-Ohmgebirge". Auch mit Blick auf die Tourismus- und Erholungsfunktion der Stadt Heilbad Heiligenstadt bestehen enge Verflechtungsbeziehungen zu den einzugliedernden Gemeinden. So queren beispielsweise Fernwander- und Fernradwanderwege, wie der deutsche Pilgerweg, der Eichsfeld-Wanderweg und der Leineradweg, das Gebiet der antragstellenden Gemeinden. Die Deutsche Märchenstraße führt durch Heiligenstadt und die Gemeinde Hohes Kreuz.

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt in der Stadt Heilbad Heiligenstadt 313 Euro und in der Gemeinde Glasehausen 54 Euro und liegt damit jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro. In der Gemeinde Hohes Kreuz liegt die Pro-Kopf-Verschuldung mit 704 Euro über dem Landesdurchschnitt.

Die Steuereinnahmen je Einwohner betragen in der Stadt Heilbad Heiligenstadt 989 Euro und liegen somit über dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro. In den Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz liegen diese mit 454 Euro und 537 Euro je Einwohner jeweils unter dem Landesdurchschnitt.

Es ist zu erwarten, dass die vergrößerte Stadt Heilbad Heiligenstadt eine ausreichende finanzielle und personelle Leistungskraft aufweisen wird, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge nach der Eingliederung der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich zu erfüllen.

Im Rahmen der Abwägung der Gründe des öffentlichen Wohls sind insbesondere auch die Belange der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" und ihrer weiteren Mitgliedsgemeinden zu berücksichtigen.

Durch die Ausgliederung der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz aus der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" wird sich deren Einwohnerzahl von aktuell 6.652 auf 5.262 reduzieren. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass sich hierdurch erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" und die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft und ihrer Mitgliedsgemeinden ergeben. Nachteilige finanzielle Auswirkungen mit Blick auf die Höhe der Umlage in der verkleinerten Verwaltungsgemeinschaft überwiegen nicht die für die Neugliederung sprechenden Belange des öffentlichen Wohls und werden zudem durch

die in § 26 vorgesehenen Kompensationszahlungen zumindest zeitweise abgemildert.

Die in der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" verbleibenden Gemeinden werden durch die Eingliederung der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz in die Stadt Heilbad Heiligenstadt weder erheblich noch strukturell geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert.

Aufgrund der langjährigen Mitgliedschaft der beiden Gemeinden bestehen neben den verwaltungsmäßigen Verflechtungen zwar auch weitere Verbindungen zu den anderen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal". Dennoch sind die Verflechtungsbeziehungen der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz in Richtung der Stadt Heilbad Heiligenstadt in einem Maße ausgeprägt, das den Wechsel dorthin rechtfertigt. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass insbesondere die Gemeinde Hohes Kreuz aufgrund ihrer Lage im nördlichen Raum der Stadt Heilbad Heiligenstadt eine größere räumliche Nähe zur Kreisstadt aufweist als zu den übrigen Gemeinden in der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal".

Des Weiteren wird bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Hierbei sind zunächst die freiwilligen Neugliederungsbeschlüsse der Stadt Heilbad Heiligenstadt und der einzugliedernden Gemeinden, die innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" keine Partner für eine Weiterentwicklung ihrer Strukturen gefunden haben, mit besonderem Gewicht zu berücksichtigen. Zudem haben sich auch die Einwohnerinnen und Einwohner in den Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz im Rahmen von Bürgerbefragungen mit rund 90-prozentiger Zustimmung für die Eingliederung nach Heilbad Heiligenstadt ausgesprochen.

Ebenso ist zu berücksichtigen, dass durch die beantragte Eingliederung in das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt dem im Leitbild und den Leitlinien der Gemeindegebietsreform niedergelegten Ziel der Stärkung von Ober- und Mittelzentren entsprochen werden kann.

Mit der Ausgliederung der Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz wird sich die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der übrigen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" zwar von insgesamt 6.030 auf 4.780 reduzieren. Für die verbleibenden Mitgliedsgemeinden bestehen aber zukünftig ausreichende Möglichkeiten für eine leitbildgerechte kommunale Neugliederung mit anderen umliegenden Gemeinden.

Zu Absatz 3:

Von den antragstellenden Gemeinden ist auf der Grundlage von § 45 Abs. 9 ThürKO beantragt worden, dass § 45 Abs. 8 ThürKO mit Wirkung werden der Bestandsänderung für die aufgelöste Gemeinde Glasehausen nur begrenzt auf den Zeitraum der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Stadtrates zur Anwendung kommen soll. Insbesondere solle die derzeitige Bürgermeisterin der Gemeinde Glasehausen nur bis zum Ende der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderates unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamte zur Ortsteilbürgermeisterin ernannt werden.

Die Regelung in Absatz 3 dient der Umsetzung des entsprechenden Antrags.

Zu Absatz 4:

Im Rahmen des Neugliederungsantrags haben die Gemeinden auf der Grundlage von § 45 Abs. 9 ThürKO beantragt, dass für die aufgelöste Gemeinde Hohes Kreuz § 45 Abs. 8 ThürKO nicht zur Anwendung kommen soll und stattdessen die gemäß der Hauptsatzung der Gemeinde Hohes Kreuz bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streitholz einschließlich ihrer Organe mit Wirksamwerden der Bestandsänderung in die Stadt Heilbad Heiligenstadt übergeleitet werden.

Zur Umsetzung dieses Antrags ist vorgesehen, dass § 45 Abs. 8 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz keine Anwendung findet und stattdessen die bisherige Ortsteilverfassung der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats fortbesteht.

Zu Absatz 5:

Dieser Absatz regelt, dass eine Auseinandersetzung zwischen der Verwaltungsgemeinschaft "Leinetal" und der Stadt Heilbad Heiligenstadt als Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden Glausehausen und Hohes Kreuz durchzuführen ist.

Zu § 3

Zu Absatz 1:

Die Gemeinde Rodeberg (2.034 Einwohnerinnen und Einwohner) aus dem Unstrut-Hainich-Kreis wird zum Zweck ihrer Neugliederung aufgelöst.

Der erforderliche Auflösungsbeschluss der Gemeinde liegt vor.

Die für die Auflösung und Neugliederung der Gemeinde Rodeberg sprechenden Gründe des öffentlichen Wohls ergeben sich aus den Begründungen zu den Absätzen 2 bis 4.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die übereinstimmenden Beschlüsse der an der Neugliederung der Gemeinde Rodeberg beteiligten Gemeinden zur Herbeiführung der neuen Struktur werden daher mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 Satz 1 beinhaltet eine Änderung der Gebiete des Landkreises Eichsfeld und des Unstrut-Hainich-Kreises, welche für die in Absatz 3 vorgesehene kreisübergreifende Eingliederung des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Dingelstädt erforderlich ist.

Im Vorfeld ihres Neugliederungsbeschlusses hat die Gemeinde Rodeberg ihre Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der künftigen Gemeindezuordnung befragt.

Im Rahmen einer Bürgerbefragung im Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg in der Zeit vom 26. September bis 7. Oktober 2022 sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger dieses Ortsteils mit einer Mehrheit von 53,8 Prozent der gültigen Stimmen für eine Eingliederung in die Stadt

Dingelstädt im benachbarten Landkreis Eichsfeld aus. An der Befragung beteiligten sich insgesamt 80,8 Prozent der abstimmungsberechtigten Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils. Die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Eigenrieden votierten bereits am 3. April 2022 mehrheitlich für eine Neugliederung mit der Stadt Mühlhausen innerhalb des Unstrut-Hainich-Kreises.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Bürgerbefragung im Ortsteil Struth hat der Gemeinderat der Gemeinde Rodeberg am 30. November 2022 die Eingliederung des Gebiets des Ortsteils Struth in die Stadt Dingelstädt im Landkreis Eichsfeld beschlossen.

Der für die in Absatz 3 geregelte Eingliederung erforderliche Wechsel des Gebiets des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg vom Unstrut-Hainich-Kreis in den Landkreis Eichsfeld stellt sich rechtlich als Änderung des jeweiligen Gebiets der betroffenen Landkreise dar. Eine Gebietsänderung von Landkreisen ist nach Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 92 Abs. 1 ThürKO aus Gründen des öffentlichen Wohls möglich. Nach den für die Neugliederung von kreisangehörigen Gemeinden maßgebenden Leitlinien sind Landkreisgrenzen überschreitende Neugliederungen möglich, sofern leitbildgerechte Gemeindestrukturen entstehen und diese der Stärkung kreisfreier Städte nicht entgegenstehen. Das ist hier der Fall, da die mit der Eingliederung vergrößerte Stadt Dingelstädt dem Leitbild und den Leitlinien der Gemeindegebietsreform entspricht, die Neugliederung eine weitere Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der beteiligten Gemeinden erwarten lässt und keine kreisfreie Stadt tangiert wird. Die maßgeblichen Gemeinwohlgründe des öffentlichen Wohls sind zudem vor allem die Verflechtungsbeziehungen der an der Neugliederung beteiligten Gemeindestrukturen untereinander und gemeinsam zum Landkreis Eichsfeld.

Im Interesse der beteiligten Landkreise ist zu berücksichtigen, welche Auswirkungen der Wechsel des Gebiets des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg vom Unstrut-Hainich-Kreis in den Landkreis Eichsfeld hat.

Beschlüsse des Landkreises Eichsfeld und des Unstrut-Hainich-Kreises, die eine Positionierung zu der beantragten Neugliederung enthalten, wurden bislang nicht vorgelegt.

Die Landkreise werden im Rahmen des Anhörungsverfahrens zu dem vorliegenden Gesetzentwurf schriftlich auf die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme hingewiesen, mit der sie dem Gesetzgeber ihren Standpunkt zu den vorgesehenen kommunalen Strukturänderungen ausführlich darlegen können.

Bei der Abwägung der Belange der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden und der Belange der betroffenen Landkreise ist zunächst zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber nach der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vergleichsweise größere Spielräume bei der Bestimmung des Hoheitsgebietes von Landkreisen hat. Während räumlicher Bezugspunkt der gemeindlichen Selbstverwaltung die örtliche Gemeinschaft ist, bestimmt der Gesetzgeber das geographische Gebiet der Landkreise anhand überörtlicher Gesichtspunkte, zu denen vor allem größere geographische Zusammenhänge, landsmannschaftliche und historische Verbindungen und regionale wirtschaftliche Verflechtungen zählen (Beschluss des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 14. Oktober 2020, Az.: 45/19, Teil B Abschnitt II Nr. 4 und 6 Buchst. f Doppelbuchst. aa).

Im Rahmen der erforderlichen Abwägung überwiegen vorliegend die Belange des öffentlichen Wohls, die unter Zugrundelegung des Freiwilligkeitsprinzips für die beantragte Gemeindestruktur und den Kreiswechsel des Gebiets des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg sprechen, einschließlich der mit der Neugliederung angestrebten Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der beteiligten Gemeinden sowie der Stärkung der Stadt Dingelstädt als Zentraler Ort, gegenüber den Gemeinwohlgesichtspunkten, die einen Verzicht auf die Strukturänderung oder eine Zuordnung der vergrößerten Stadt Dingelstädt zum Unstrut-Hainich-Kreis entgegen dem Willen der antragstellenden Gemeinden rechtfertigen könnten.

Insoweit wird zunächst auf die für die beantragte Gemeindeneugliederung maßgeblichen Gemeinwohlgründe verwiesen, die in der Begründung zu den Absätzen 3 und 4 ausführlich dargelegt werden. Ein Verzicht auf die beantragte Neugliederung entspräche hiernach nicht dem öffentlichen Wohl.

Die in Absatz 2 geregelte Kreisgebietsänderung geht maßgeblich auf die religiösen, historischen und landsmannschaftlichen Verbindungen des Gebiets des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg und ihrer Bevölkerung zum Landkreis Eichsfeld, dessen Gemeinden sowie deren Einwohnerinnen und Einwohnern zurück.

Die administrative Zuordnung des Ortsteils Struth wechselte über die Jahrhunderte zwischen dem historischen Eichsfeld und dem Kreis Mühlhausen. In dieser Zeit haben sich auch mit Blick auf den Landkreis Eichsfeld, seine Gemeinden und deren Bevölkerung Gemeinsamkeiten in den Bereichen der Religion, der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der Traditionen und der Mentalität entwickelt, die trotz der inzwischen seit etwa 200 Jahren bestehenden administrativen Trennung zum Teil fortbestehen.

Des Weiteren sind die Verflechtungsbeziehungen der vergrößerten Stadt Dingelstädt in ihrer Gesamtheit zum Landkreis Eichsfeld stärker ausgeprägt als zum Unstrut-Hainich-Kreis. Der ganz überwiegende Teil der künftigen vergrößerten Stadt Dingelstädt gehört aktuell bereits dem Landkreis Eichsfeld an und weist insoweit umfangreiche Verflechtungsbeziehungen zu diesem Landkreis auf, während das bisher im Unstrut-Hainich-Kreis gelegene Gebiet des einzugliedernden Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg, das auch Verflechtungen in Richtung des Unstrut-Hainich-Kreises, dessen Gemeinden und deren Einwohnerschaft aufweist, nur einen kleinen Teil des künftigen vergrößerten Gemeindegebietes sowie der Einwohnerinnen und Einwohner stellt.

Prägend für die vorgeschlagene sowie die bereits zum 1. Januar 2023 erfolgten freiwilligen Eingliederungen in die Stadt Dingelstädt sind zudem die Verflechtungsbeziehungen, die sich aus der gemeinsamen Zugehörigkeit zum (historischen) Eichsfeld ergeben und sich vor diesem Hintergrund in dem Wunsch des Ortsteils Struth nach einer Zugehörigkeit zum Landkreis Eichsfeld und seinen Gemeinden manifestieren. Eine Zuordnung des Gebiets der vergrößerten Stadt Dingelstädt zum Unstrut-Hainich-Kreis würde diesen Verflechtungsbeziehungen und dem insoweit maßgeblichen Kontext der Strukturänderungen nicht gerecht.

Im Übrigen werden die übereinstimmenden Beschlüsse der beteiligten Gemeinden zur freiwilligen Neugliederung und zum damit verbundenen Kreiswechsel des Ortsteils Struth mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungs-

recht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten.

Der Unstrut-Hainich-Kreis verfügt unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 und der kreisübergreifenden Neugliederung zum 1. Januar 2023 über circa 97.390 Einwohnerinnen und Einwohner. Er verliert durch die Änderung seines Kreisgebiets hinsichtlich des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg ausweislich der aktuellen Daten des für die Gemeinde Rodeberg zuständigen Einwohnermeldeamtes der Gemeinde Südeichsfeld etwa 1.552 Einwohnerinnen und Einwohner. Dies entspricht einem Anteil von vergleichsweise geringen 1,6 Prozent. Zudem wird der Unstrut-Hainich-Kreis durch die in § 9 Abs. 3 vorgesehene Kreisgebietsänderung hinsichtlich des Gebiets der Gemeinde Hallungen 184 Einwohnerinnen und Einwohner hinzugewinnen, so dass es im Ergebnis bei einem Einwohnerverlust von 1,4 Prozent verbleibt.

Zu berücksichtigen ist jedoch ebenfalls, dass der Unstrut-Hainich-Kreis bereits im Rahmen der kreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen nach § 1 des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 (ThürGNNG 2023) zum 1. Januar 2023 von einer Kreisgebietsänderung betroffen war und hierdurch etwa 3,8 Prozent seiner ursprünglich 101.269 Einwohnerinnen und Einwohner verloren hatte. In Summe ergibt sich somit innerhalb eines Zeitraums von nur einem Jahr ein Verlust von mehr als 5 Prozent der ursprünglichen Bevölkerung, der im Vergleich zu bisherigen Fällen kreisübergreifender Gemeindeneugliederungen als erheblich einzustufen ist.

Es wird davon ausgegangen, dass sich aufgrund des Umfangs des Einwohnerverlustes zwar gesteigerte Herausforderungen für den Unstrut-Hainich-Kreis hinsichtlich der strukturellen Anpassung an die veränderte Lage und der Bewältigung nachteiliger Auswirkungen ergeben. Anhaltspunkte dafür, dass durch die Kreisgebietsänderung der räumliche und landesplanerische Zusammenhang des Kreisgebietes des Unstrut-Hainich-Kreises, dessen wirtschaftliche und finanzielle Leistungskraft oder die Fähigkeit zur Erfüllung seiner Verwaltungsaufgaben unzumutbar beeinträchtigt werden, sind jedoch nicht erkennbar.

Zudem werden die mit dem Gebietsverlust verbundenen wirtschaftlichen Nachteile des Unstrut-Hainich-Kreises zumindest zeitweise durch die in § 25 vorgesehenen Kompensationszahlungen abgemildert, welche den notwendigen Anpassungsprozess begleiten. Um dem Umfang des Einwohnerverlustes und den hierdurch erhöhten Herausforderungen für den Unstrut-Hainich-Kreis Rechnung zu tragen, wurde für diesen ein im Vergleich zu bisherigen Finanzhilfen des Landes in gleichartigen Fällen längerer Kompensationszeitraum beziehungsweise ein verlangsamtes Abschmelzen des Kompensationsbetrages und somit eine insgesamt erhöhte Kompensationszahlung vorgesehen. Weitere Ausgleichsansprüche des Landkreises können sich gegebenenfalls aus dem nach § 20 vorgesehenen Auseinandersetzungsvertrag ergeben.

Zu Absatz 3:

Das Gebiet des Ortsteils Struth (1.552 Einwohnerinnen und Einwohner) der aufgelösten Gemeinde Rodeberg wird in das Gebiet der Stadt Dingelstädt (10.728 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Dingelstädt sowie der Gemeinde Rodeberg liegen vor. Darüber hinaus wurde ein

vom Stadtrat und vom Gemeinderat beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Die Gemeinde Rodeberg wurde durch die Thüringer Verordnung über die Auflösung und Zusammenlegung der Gemeinden Struth und Eigenrieden vom 28. Januar 1994 (GVBl. S. 238) neu gebildet. Der Verordnungsgeber ging bei der Bildung der Gemeinde Rodeberg davon aus, dass die ehemaligen Gemeinden Struth und Eigenrieden den Anforderungen, die sich aus der kommunalen Selbstverwaltung ergeben, kaum noch gewachsen waren und die Zusammenlegung beider Gemeinden dem öffentlichen Wohl entspricht.

Festzustellen ist, dass die seinerzeit neu gebildete Struktur nicht in dem Maße zusammengewachsen ist, wie dies bei der Verabschiedung der Rechtsverordnung im Jahr 1994 erwartet worden war. Im Zuge der im vergangenen Jahr stattfindenden Diskussionen über eine weitere Neugliederung der Gemeinde Rodeberg zeigte sich, dass insbesondere die Frage der Zugehörigkeit zum Landkreis Eichsfeld und dessen Gemeinden für einen Teil der Bevölkerung eine hervorgehobene Bedeutung aufweist und dabei ortsteilbezogen sehr unterschiedliche Auffassungen vorherrschen. Insoweit wird auf die in der Begründung zu Absatz 2 näher dargelegten Ergebnisse der Bürgerbefragung verwiesen.

Aus den Befragungsergebnissen ist zu schließen, dass den religiösen, historischen und landsmannschaftlichen Verflechtungsbeziehungen des Ortsteils Struth mit dem Landkreis Eichsfeld, dessen Gemeinden und ihrer Einwohnerschaft nach heutigem Kenntnisstand eine gewichtigere Bedeutung zuzumessen ist, als dies kurz nach der deutschen Wiedervereinigung und der Errichtung des Landkreises Eichsfeld abzusehen war.

Die beantragte freiwillige Neugliederung der Gemeinde Rodeberg entspricht den unterschiedlichen Vorstellungen der Einwohnerinnen und Einwohner der Ortsteile hinsichtlich ihrer Gemeinde- und Landkreiszuordnung.

Mit der Strukturänderung kann zugleich dem nach Maßgabe des Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestehenden Neugliederungsbedarf der Gemeinde Rodeberg Rechnung getragen werden.

Mit der Eingliederung des Gebiets des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg erhöht sich die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der Stadt Dingelstädt auf circa 11.210 Einwohnerinnen und Einwohner. Sie liegt damit über der angestrebten Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die Stadt Dingelstädt ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Die Gemeinde Rodeberg ist derzeit dem Grundversorgungsbereich des Grundzentrums Südeichsfeld zugeordnet. Die mittelzentrale Ausrichtung der antragstellenden Gemeinden gemäß dem Landesentwicklungsprogramm 2025 ist unterschiedlich. Die Stadt Dingelstädt ist dem mittelzentralen Funktionsraum Leinefelde-Worbis zugeordnet, die Gemeinde Rodeberg dem mittelzentralen Funktionsraum Mühlhausen.

Die Strukturänderung dient unter anderem dem Ziel, das Grundzentrum Dingelstädt durch die Eingliederung weiter zu stärken.

Als Grundzentrum verfügt die Stadt Dingelstädt über Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung sowie umfassende Angebote bei Gütern und

Dienstleistungen des qualifizierten Grundbedarfs, die auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern umliegender Gemeinden einschließlich des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg genutzt werden können. Die Gemeinde Rodeberg erfüllt zwar keine zentralörtliche Funktion, nimmt jedoch eine Reihe von Versorgungsfunktionen in lokalem Umkreis wahr.

Zwischen der Stadt Dingelstädt und dem Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg bestehen intensive infrastrukturelle, gesellschaftliche, historische, religiöse und landsmannschaftliche Verflechtungsbeziehungen.

Die antragstellenden Gemeinden sind gemeinsam in eine homogene landschaftliche Umgebung aus Wald und landwirtschaftlich genutzten Flächen um die Siedlungsteile eingebettet. Die Gemeinden teilen einen ländlich-dörflichen Charakter.

Die Entfernung zwischen der Stadt Dingelstädt und dem südwestlich der Stadt liegenden Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg beträgt etwa dreizehn Kilometer. Mit dem motorisierten Individualverkehr ist die Stadt Dingelstädt von dem Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg über die Landesstraße 1008 innerhalb von maximal 14 Minuten zu erreichen. Durch Busverbindungen ist die gegenseitige Erreichbarkeit gewährleistet. Der Ortsteil Struth soll nach den Vorstellungen der beteiligten Gemeinden in die bereits vorhandene ÖPNV-Struktur des Landkreises Eichsfeld eingebunden werden.

Die Stadt Dingelstädt hat eine Industrie- und Gewerbefläche von insgesamt 77,5 Hektar. Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger auch aus dem Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg in diesen Unternehmen tätig. Die im Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg vorhandenen Wirtschaftsstrukturen sollen durch Eingliederung in die Stadt Dingelstädt langfristig gesichert werden.

Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung gehören die antragstellenden Gemeinden derzeit noch keinen gemeinsamen Strukturen an. Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg beabsichtigen jedoch, insbesondere die bisher durch den Eigenbetrieb "Abwasser Rodeberg" für das Gebiet des Ortsteils Struth wahrgenommenen Aufgaben künftig innerhalb einer gemeinsamen Struktur wahrnehmen zu lassen.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg gehören teilweise denselben Gewässerunterhaltungsverbänden an. Zudem sind beide Gemeinden Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V.

Auch im Bereich des Gesundheits- und Rehabilitationssports gibt es seit mehr als zehn Jahren intensive Kontakte zu dem Fitness- und Gesundheitszentrum (FGZ) Dingelstädt, die nicht nur durch Bürgerinnen und Bürger der jetzigen Stadt Dingelstädt, sondern auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Rodeberg intensiv genutzt werden.

Die Freiwilligen Feuerwehren der antragstellenden Gemeinden arbeiten bereits seit vielen Jahren zusammen. Bereits jetzt finden gemeindeübergreifende beziehungsweise landkreisübergreifende Alarmierungen statt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden.

Der Ortsteil Struth mit 16 Vereinen ist schon jetzt eng mit dem Vereinsleben in der Stadt Dingelstädt verbunden. Die um das Gebiet des Ortsteils Struth vergrößerte Stadt Dingelstädt wird über 136 Vereine verfü-

gen. Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen das vorhandene Angebot an und sind bereits gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen tätig.

Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Rodeberg besuchen die Gemeinschaftsschule im Ortsteil Struth mit den Klassenstufen 1 bis 10. Die Gemeinschaftsschule wird zudem ab der Klassenstufe 5 auch vermehrt von Abgängern der Grundschulen Diedorf, Lengenfeld unterm Stein (beide Gemeinde Südeichsfeld) und Effelder (Landkreis Eichsfeld) besucht. Im Gymnasium der Stadt Dingelstädt lernen auch Schüler und Schülerinnen aus dem Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg.

Die Stadt Dingelstädt und der Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg sind Teil des überregionalen Gebietes Eichsfeld, das über den Landkreis Eichsfeld hinausgeht. Hervorzuheben ist die Charakteristik des Eichsfeldes als einziges größeres, zusammenhängendes Gebiet mit katholischer Prägung in Mitteldeutschland. Die Stadt Dingelstädt und der Ortsteil Struth sowie deren Einwohnerschaft teilen aufgrund der Zugehörigkeit zum Eichsfeld besondere landmannschaftliche, historische und religiöse Gemeinsamkeiten und Beziehungen. Hieraus resultieren unter anderem auch Gemeinsamkeiten im Bereich Brauchtum und Feierformen. Ergänzend wird hierzu auf die Begründung zu Absatz 2 verwiesen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Dingelstädt liegt mit 391 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde Rodeberg liegt mit 1.176 Euro über diesem Landesdurchschnitt.

Die Steuereinnahmen je Einwohner betragen in der Stadt Dingelstädt 822 Euro und in der Gemeinde Rodeberg 874 Euro. Sie liegen damit jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die vergrößerte Stadt Dingelstädt eine ausreichende finanzielle und personelle Leistungskraft aufweisen wird, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge auch nach Eingliederung des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich zu erfüllen.

Im Rahmen der Abwägung der Gründe des öffentlichen Wohls sind insbesondere auch die Belange der umliegenden Gemeinden zu berücksichtigen.

Dies gilt zunächst für die Gemeinde Südeichsfeld, die für die Gemeinde Rodeberg bislang nach § 51 ThürKO als erfüllende Gemeinde die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft wahrnimmt. Zwischen der Gemeinde Rodeberg und der Gemeinde Südeichsfeld bestehen ebenfalls umfangreiche Verflechtungsbeziehungen, insbesondere in infrastruktureller und verwaltungsmäßiger Hinsicht sowie mit Blick auf die Zugehörigkeit der meisten Ortsteile der Gemeinde Südeichsfeld zum (historischen) Eichsfeld auch in traditioneller, religiöser und landmannschaftlicher Hinsicht. Zudem ist die Gemeinde Rodeberg dem Grundversorgungsbereich des Grundzentrums Südeichsfeld zugeordnet.

Eine Neugliederung der Gemeinde Rodeberg beziehungsweise ihres Ortsteils Struth mit der Gemeinde Südeichsfeld, die auch dazu führen würde, dass die Gemeinde Südeichsfeld die vorgesehene Mindesteinwohnerzahl von 6.000 im Jahr 2035 erreicht, ist nach Maßgabe des Freiwilligkeitsprinzips jedoch nicht umsetzbar. Die Gemeinde Rodeberg sowie die Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils Struth haben sich

vielmehr für eine Eingliederung des Ortsteils Struth in die Stadt Dingelstädt entschieden.

Unter Berücksichtigung des besonderen Gewichts der vom kommunalen Selbstverwaltungsrecht getragenen freiwilligen Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden, des demokratischen Votums der Einwohnerschaft des Ortsteils Struth und der zwischen den Strukturen bestehenden Verflechtungsbeziehungen überwiegen die Belange des öffentlichen Wohls, die für die beantragte Neugliederung sprechen, gegenüber den Belangen, die einen Verzicht auf die Strukturänderung zugunsten des Erhalts der Möglichkeit einer späteren Neugliederung der Gemeinde Rodeberg beziehungsweise des Ortsteils Struth mit der Gemeinde Südeichsfeld rechtfertigen könnten.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Gemeinde Südeichsfeld ihrerseits nach § 9 Abs. 4 durch die Eingliederung der Gemeinde Hallungen vergrößert wird. Sie wird damit im Jahr 2035 voraussichtlich über 5.800 Einwohnerinnen und Einwohner verfügen und die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000 nahezu erreichen. Trotz der begrenzten weiteren Neugliederungsmöglichkeiten der Gemeinde Südeichsfeld innerhalb des Unstrut-Hainich-Kreises ist daher nicht davon auszugehen, dass die Gemeinde Südeichsfeld durch die beantragte Neugliederung erheblich geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert wird. Insoweit wird ergänzend auf die Begründung zu § 9 Abs. 4 verwiesen.

Die Stadt Mühlhausen/Thüringen wird als Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums durch die Eingliederung des Gebiets des Ortsteils Struth der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Dingelstädt ebenfalls nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Die Stadt wurde bereits in der jüngeren Vergangenheit durch die Eingliederung der Gemeinde Weinbergen sowie des Ortsteils Hollenbach der Gemeinde Anrode vergrößert und wird durch die in Absatz 4 vorgesehene Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg weiter gestärkt. Zudem verbleiben ihr weiterhin räumliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Zu Absatz 4:

Das Gebiet des Ortsteils Eigenrieden (479 Einwohnerinnen und Einwohner) der aufgelösten Gemeinde Rodeberg wird in das Gebiet der Stadt Mühlhausen/Thüringen (36.110 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Mühlhausen/Thüringen sowie der Gemeinde Rodeberg liegen vor. Darüber hinaus wurde ein vom Stadtrat und vom Gemeinderat beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Im Rahmen der Bürgerbefragung in der Gemeinde Rodeberg am 3. April 2022, an der sich 63,6 Prozent der Abstimmungsberechtigten im Ortsteil Eigenrieden beteiligten, sprachen sich die Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils Eigenrieden mit einer Mehrheit von 90,5 Prozent für eine Eingliederung in die Stadt Mühlhausen/Thüringen aus.

Durch die Eingliederung erhöht sich die für das Jahr 2035 vorausgerechnete Einwohnerzahl der Stadt Mühlhausen/Thüringen auf circa 33.180. Sie liegt damit deutlich über der angestrebten Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die Stadt Mühlhausen/Thüringen ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums ausgewiesen. Die Gemeinde Rodeberg ist dem Grundversorgungsbereich des Grundzentrums Südeichsfeld zugeordnet. Zudem sind die Gemeinden Südeichsfeld und Rodeberg dem mittelzentralen Funktionsraum Mühlhausen/Thüringen zugeordnet. Die Strukturänderung dient dem Ziel, das Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums Mühlhausen/Thüringen durch die Eingliederung zu stärken.

Zwischen der Stadt Mühlhausen/Thüringen und dem Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg bestehen intensive infrastrukturelle, gesellschaftliche und historische Verflechtungsbeziehungen.

Die Entfernung zwischen der Stadt Mühlhausen/Thüringen und dem westlich von der Stadt liegenden Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg beträgt etwa neun Kilometer. Mit dem motorisierten Individualverkehr ist die Stadt Mühlhausen/Thüringen von dem Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg über die Bundesstraße 249 in etwa zehn Minuten zu erreichen. Der Öffentliche Nahverkehr ist vorrangig auf die Stadt Mühlhausen/Thüringen ausgerichtet. Durch günstige Busverbindungen, wie die Regionalbuslinien 161 und 162 sowie die überörtliche Buslinie 230 (Eschwege – Mühlhausen), ist eine gute Erreichbarkeit der Stadt gewährleistet.

Als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums weist die Stadt Mühlhausen/Thüringen ein vielfältiges Einzelhandels- und Dienstleistungsangebot sowie Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen auf, die auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern umliegender Gemeinden einschließlich des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg sowie überregional genutzt werden.

Mit zahlreichen kleineren Unternehmen des Dienstleistungssektors und mittelständischen Betrieben des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes, insbesondere der Automobil- und Schienenfahrzeugzulieferung sowie der Leicht-, Elektro- und Elektronikindustrie, stellt die Stadt Mühlhausen/Thüringen zudem einen wichtigen Arbeitsstandort in der Region dar. Vier Gewerbegebiete mit einer Fläche von etwa 155 Hektar wurden in Mühlhausen/Thüringen erschlossen. Der Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg verfügt ebenfalls über ein Gewerbegebiet. Die nicht in der Gemeinde Rodeberg arbeitende Bevölkerung pendelt zur Arbeit vorwiegend nach Mühlhausen/Thüringen.

Die Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg nutzen die zahlreichen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Stadt Mühlhausen/Thüringen.

Die fachärztliche Versorgung der Bevölkerung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg erfolgt in der Stadt Mühlhausen/Thüringen. Über das Hufeland Klinikum in Mühlhausen/Thüringen wird die medizinische Versorgung im Krankenhaus sowie die Notfallversorgung sichergestellt.

Die Schülerinnen und Schüler aus dem Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg besuchen neben der Gemeinschaftsschule im Ortsteil Struth überwiegend die Gymnasien in der Stadt Mühlhausen/Thüringen sowie andere weiterführende und berufsbildende Einrichtungen der Stadt. In Kindertagesstätten in der Stadt Mühlhausen/Thüringen werden bereits einige Kinder aus Eigenrieden betreut.

Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung gehören die Stadt Mühlhausen/Thüringen und die Gemeinde Rodeberg derzeit noch keinen gemeinsamen Strukturen an. Die Stadt Mühlhausen/Thüringen und die Gemeinde Rodeberg beabsichtigen jedoch, insbesondere die bisher durch den Eigenbetrieb "Abwasser Rodeberg" für das Gebiet des Ortsteils Eigenrieden wahrgenommenen Aufgaben künftig innerhalb einer gemeinsamen Struktur wahrnehmen zu lassen.

Historische Bindungen und Verbindungen in den Bereichen Verwaltung und Justiz bestanden zwischen der Stadt Mühlhausen/Thüringen und dem Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg seit Jahrhunderten. Zum Kerngebiet der ehemaligen freien Reichsstadt Mühlhausen gehörten neben der heutigen Stadt Mühlhausen/Thüringen außer ihrem Ortsteil Seebach unter anderem auch der Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg. Das Gebiet ist traditionell evangelisch geprägt. Seit den Jahren 1802/1815 waren die Stadt Mühlhausen/Thüringen und Eigenrieden Teil des Königreichs Preußen. Mit der preußischen Kreiseinteilung im Jahre 1816 entstand der Landkreis Mühlhausen in Thüringen, zu dem unter anderem auch der Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg gehörte.

Bedingt durch die Zugehörigkeit des Gebiets des Ortsteils Eigenrieden zur ehemaligen Freien Reichsstadt Mühlhausen besitzt die Stadt heute noch umfangreichen Grundbesitz in der Gemarkung Eigenrieden, insbesondere Waldflächen und Ackerland, unter anderem auch Teile des Mühlhäuser Stadtwaldes, welcher traditionell ein wichtiges Naherholungsgebiet der Stadt ist. Die Stadt Mühlhausen/Thüringen ist mit einer Grundstücksfläche von über 826 Hektar der größte Grundbesitzer in diesem Ortsteil.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Mühlhausen/Thüringen liegt mit 181 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Gemeinde Rodeberg liegt mit 1.176 Euro über diesem Landesdurchschnitt.

Die Steuereinnahmen je Einwohner betragen in der Stadt Mühlhausen/Thüringen 872 Euro und in der Gemeinde Rodeberg 874 Euro. Sie liegen damit unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die vergrößerte Stadt Mühlhausen/Thüringen eine ausreichende finanzielle und personelle Leistungskraft aufweisen wird, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge auch nach der Erweiterung um den Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich zu erfüllen.

Im Rahmen der Abwägung der Gründe des öffentlichen Wohls sind auch die Belange der umliegenden Gemeinden zu berücksichtigen.

Auch hinsichtlich des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg gilt, dass neben den geschilderten Verflechtungsbeziehungen zur Stadt Mühlhausen/Thüringen umfangreiche Verflechtungsbeziehungen zur Gemeinde Südeichsfeld bestehen und die Gemeinde Rodeberg eine naheliegende Neugliederungsoption für die Gemeinde Südeichsfeld darstellt. Unter Berücksichtigung des besonderen Gewichts der vom kommunalen Selbstverwaltungsrecht getragenen freiwilligen Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden, des demokratischen Votums der Einwohnerschaft des Ortsteils Eigenrieden und der zwischen dem Orts-

teil sowie der Stadt Mühlhausen/Thüringen bestehenden Verflechtungsbeziehungen überwiegen jedoch die Belange des öffentlichen Wohls, die für die beantragte Neugliederung sprechen. Dies gilt insbesondere auch mit Blick darauf, dass aus den oben dargestellten Gründen von einer engeren Verflechtung des Ortsteils Eigenrieden mit der Stadt Mühlhausen/Thüringen als mit den einzelnen, vor allem katholisch geprägten, Ortsteilen der Landgemeinde Südeichsfeld auszugehen ist. Im Übrigen wird auf die Begründung zu Absatz 3 verwiesen.

Die Gemeinde Südeichsfeld sowie die weiteren umliegenden Gemeinden werden durch die Strukturänderung nicht nachhaltig geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert.

Zu Absatz 5:

Die Stadt Dingelstädt wird zur Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde Rodeberg bestimmt, da die Stadt Dingelstädt den größten Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner der aufgelösten Gemeinde aufnimmt. Zudem haben die aufnehmenden Städte Mühlhausen/Thüringen und Dingelstädt im Rahmen ihrer bereits geschlossenen koordinationsrechtlichen Vereinbarungen zu den Rechtsfolgen der Neugliederungen zugrunde gelegt, dass die Stadt Dingelstädt voraussichtlich Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Rodeberg sein wird.

Zu Absatz 6:

§ 45 Abs. 8 und § 45 a Abs. 11 ThürKO sehen vor, dass bei der Bildung oder Erweiterung einer Gemeinde beziehungsweise Landgemeinde während der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats für den Rest der gesetzlichen Amtszeit und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortsteil beziehungsweise Ortschaftsverfassung eingeführt ist und zugleich der bisherige Bürgermeister sowie die bisherigen Gemeinderatsmitglieder der aufgelösten Gemeinde für den Rest ihrer Amtszeiten in die Ämter des Ortsteil-/Ortschaftsbürgermeisters und der Ortsteil-/Ortschaftsratsmitglieder übergeleitet werden. Diese Regelungen sind im Fall einer Gemeindeteilung nicht sinnvoll anwendbar, da das Gebiet der aufgelösten Gemeinde nicht als Ganzes in eine neue Gemeindestruktur überführt wird.

In Anlehnung an die Regelungen des § 45 Abs. 9 und des § 45 a Abs. 12 ThürKO und deren bisherige Anwendung durch den Gesetzgeber ist den Gemeinden jedoch auch im Fall einer Gemeindeteilung die Möglichkeit zu gewähren, durch eine Regelung im Neugliederungsgesetz Einfluss auf die unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Neugliederung für die eingegliederten Gebiete geltende Ortsteil beziehungsweise Ortschaftsverfassung zu nehmen.

Die an den Neugliederungen nach den Absätzen 3 und 4 beteiligten Gemeinden haben beantragt beziehungsweise in den übereinstimmend beschlossenen und vorgelegten Neugliederungsverträgen festgelegt, dass die gemäß den Hauptsatzungen der aufgelösten Gemeinde Rodeberg bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Organe in die jeweils aufnehmenden Städte Mühlhausen/Thüringen und Dingelstädt übergeleitet werden sollen.

Zur Umsetzung dieses Antrags ist vorgesehen, dass die Ortsteilverfassung der aufgelösten Gemeinde für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats in Bezug auf die jeweils eingegliederten

Ortsteile antragsgemäß als Ortsteil- beziehungsweise Ortschaftsverfassung fortbesteht.

Zu Absatz 7:

§ 13 Abs. 5 des Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2011 vom 17. November 2011 (GVBl. S. 293) bestimmt, dass die Gemeinde Südeichsfeld für die Gemeinde Rodeberg die Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft (erfüllende Gemeinde) wahrnimmt. Im Zuge der Neugliederung der Gemeinde Rodeberg ist diese Aufgabenübertragung aufzuheben.

Zu § 4

Zu Absatz 1:

Die Gemeinde Herrenhof (733 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aufgelöst und in die Gemeinde Georgenthal (7.214 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert. Die Gemeinde Georgenthal ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Gemeinden Georgenthal und Herrenhof liegen vor. Darüber hinaus wurde ein von den Gemeinderäten beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 7.380. Die vergrößerte Gemeinde Georgenthal erreicht damit die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die Gemeinden Georgenthal und Herrenhof sind im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Mittelthüringen nicht als Zentraler Ort ausgewiesen. Die Festlegungen des am 1. August 2011 in Kraft getretenen Regionalplans Mittelthüringen berücksichtigen jedoch noch nicht die zum 31. Dezember 2019 erfolgte Neubildung der Gemeinde Georgenthal. Der Regionalplan Mittelthüringen knüpft noch an den in der Gemeinde Georgenthal aufgegangenen Gemeinden an und ordnet die frühere Gemeinde Petriroda dem Grundversorgungsbereich des Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums Stadt Gotha, die frühere Gemeinde Leinatal dem Grundversorgungsbereich des Grundzentrums Stadt Friedrichroda sowie die früheren Gemeinden Georgenthal/Thür. Wald und Hohenkirchen dem Grundversorgungsbereich des Grundzentrums Stadt Ohrdruf zu. Die Gemeinde Herrenhof liegt hiernach ebenfalls im Grundversorgungsbereich Ohrdruf.

Es wurde bereits im Rahmen der Begründung der Neubildung der Gemeinde Georgenthal in Drucksache 6/6960 festgestellt, dass durch die zusammengeschlossenen Gemeinden gemeinsam grundzentrale Funktionen wahrgenommen werden.

Darüber hinaus findet aktuell eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms 2025 statt, bei der die seit dem Jahr 2018 in Kraft getretenen Gemeindeneugliederungen Berücksichtigung finden werden. Der aktuelle Entwurf sieht für die Gemeinde Georgenthal als neu gebildete Gemeinde mit einer vorausberechneten Zahl von mehr als 6.000 Einwohnern im Jahr 2035 beziehungsweise 2040 die Ausweisung als Grundzentrum vor. Die Gemeinde Herrenhof ist im Entwurf des aktualisierten Landesentwicklungsprogramms dem neuen Grundversorgungsbereich Georgenthal zugeordnet.

Die Gemeinden Georgenthal und Herrenhof weisen langjährige infrastrukturelle, verwaltungsmäßige, landschaftsräumliche und traditionell-historische Verflechtungsbeziehungen auf.

Mit einer gemeinsamen Gemarkungsgrenze von circa neuneinhalb Kilometern, einer direkten straßenseitigen Verbindung sowie nahezu angrenzenden Siedlungsbereichen besteht ein enger räumlicher Zusammenhang zwischen den Gemeinden Georgenthal und Herrenhof. Da die Gemeinde Herrenhof zwischen den Ortsteilen Georgenthal und Hohenkirchen der Gemeinde Georgenthal liegt, wird das Gemeindegebiet mit der nun beantragten Neugliederung sinnvoll zusammengeführt.

Die Entfernung zwischen den Zentren der Gemeinden Georgenthal und Herrenhof beträgt straßenseitig circa zweieinhalb Kilometer. Die Ortsverbindung verläuft entlang der Landesstraße L 1028 vom Ortsteil Hohenkirchen über Herrenhof zum Zentrum von Georgenthal. Mit der Neugliederung erreicht die Gemeinde Georgenthal eine Ausdehnung in Nord-Süd-Richtung circa 14,6 Kilometer und in West-Ost-Richtung circa 14,1 Kilometer.

Der öffentliche Personennahverkehr steht mit regelmäßigen täglichen und stündlichen Busverbindungen zwischen Herrenhof und dem Zentrum Georgenthal bereits zur Verfügung.

Die Gemeinde Georgenthal wurde zum 31. Dezember 2019 aus Mitgliedsgemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaft "Apfelstädttaue", den Gemeinden Georgenthal/Thür.Wald, Hohenkirchen und Petriroda sowie der Nachbargemeinde Leinatal gebildet. Bis zu diesem Zeitpunkt waren auch die Gemeinde Herrenhof und die Gemeinde Emleben langjährige Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Apfelstädttaue". Diese beiden Gemeinden entschieden sich jedoch gegen eine Beteiligung an der Bildung der neuen Gemeinde Georgenthal zum 31. Dezember 2019. Daher nimmt die Gemeinde Georgenthal seit dem 31. Dezember 2019 die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO sowohl für die Gemeinde Herrenhof als auch für die Gemeinde Emleben wahr.

Historisch wurde Herrenhof im Jahr 1142 dem Kloster Georgenthal zugewiesen. Nach Auflösung des Klosters ab dem Jahr 1531 gehörte Herrenhof zum Amt Georgenthal und ab dem Jahr 1640 zum Herzogtum Sachsen-Gotha.

Die Gemeinde Georgenthal verfügt insbesondere im Hauptort Georgenthal über eine breite Ausstattung an Einrichtungen der Daseinsvorsorge die auch die Einwohnerinnen und Einwohner von Herrenhof nutzen können. So gibt es beispielsweise Übernachtungsmöglichkeiten, Gastronomie, ein Schwimmbad, Einzelhandelsgeschäfte, eine Apotheke, ärztliche Versorgung, eine Postfiliale, Kindertagesstätten und Grundschulen.

Auf dem Gewerbegebiet Ohrdruf-Herrenhof-Hohenkirchen sind große Arbeitgeber mit einer hohen Pendleranziehung in der Region angesiedelt, die für viele Bürgerinnen und Bürger Beschäftigung bieten und durch die räumliche Nähe verkehrstechnisch gut zu erreichen sind. Teile dieses Gewerbegebiets liegen im Ortsteil Hohenkirchen der Gemeinde Georgenthal und in der Gemeinde Herrenhof. Beide Gemeinden arbeiten bereits mit der Stadt Ohrdruf im Planungsverband "Gemeinsames Gewerbegebiet Ohrdruf-Herrenhof-Hohenkirchen" zusammen. Darüber hinaus gibt es mehrere kleine und mittelständische Unternehmen in der Gemeinde Georgenthal.

Die Aufgaben der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden für die Ortsteile Georgenthal und Hohenkirchen der Gemeinde Georgenthal sowie für die Gemeinde Herrenhof durch den Wasser- und Abwasserzweckverbandes Apfelstädt-Ohra mit Sitz in der Stadt Ohrdruf wahrgenommen.

Auch aus schulischer Sicht ist die Gemeinde Herrenhof mit der Gemeinde Georgenthal eng verflochten. Für die Grundschüler gibt es im Einzugsbereich der Gemeinde Georgenthal drei Schulstandorte, unter anderem die Staatliche Grundschule im Ortsteil Georgenthal. Die Schüler aus Georgenthal und Herrenhof besuchen dieselben weiterführenden Schulen, so die Regelschule in Tambach-Dietharz und die Gymnasien in den Städten Gotha und Ohrdruf.

Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft befinden sich sowohl in der Gemeinde Herrenhof als auch in verschiedenen Ortsteilen der Gemeinde Georgenthal. In beiden Gemeinden existieren mehrere Jugendeinrichtungen, die von Jugendsozialarbeitern des Kreisjugendringes Gotha beziehungsweise der Gemeinde betreut werden. In Herrenhof gibt es zudem weitere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, wie ein Bürgerhaus und eine Seniorenbetreuerin. Das Angebot wird durch Sportstätten in der Gemeinde Georgenthal und verschiedene Vereine, wie beispielsweise Sportvereine, Kultur-/Heimat- und Geschichtsvereine, Kirmesvereine und Karnevalsvereine, ergänzt. Die Vereine in der Region arbeiten seit vielen Jahren zusammen, insbesondere im Rahmen gegenseitiger Besuche oder gemeinsam organisierter und ortsteilübergreifender Veranstaltungen.

Beide Gemeinden sind Mitglieder im Gewässerunterhaltungsverband Hörsel-Nesse. Der unterhalb des Rennsteigs entspringende Fluss Apfelstädt durchfließt von Süden kommend den Ortsteil Georgenthal der Gemeinde Georgenthal, die Gemeinde Herrenhof sowie den sich nördlich anschließenden Ortsteil Hohenkirchen der Gemeinde Georgenthal und bildet damit ein verbindendes landschaftsprägendes Element. Eine zentrale Lage in der Gemeinde Georgenthal nimmt das FFH-Gebiet Nr. 61 "Hirzberg – Wannigsrod – Kranichmoor" ein, an dem auch die Gemarkung der Gemeinde Herrenhof einen Anteil hat. Die Gemeinde Herrenhof ist mit den Ortsteilen der Gemeinde Georgenthal durch vielfältige Biotopstrukturen mit landesweiter beziehungsweise regionaler Bedeutung im Biotopverbund untereinander verbunden. Diese Verbindung spiegelt sich auch touristisch wider.

Es besteht eine insgesamt gut ausgebaute touristische Infrastruktur in und um die antragstellenden Gemeinden. Teile der Gemeinde Georgenthal liegen im Naturpark "Thüringer Wald" und gemäß dem Regionalplan Mittelthüringen im Vorbehaltsgebiet Tourismus und Erholung "Thüringer Wald". Die Gemeinde Georgenthal ist zudem als regional bedeutsamer Tourismusort festgelegt. Mehrere Rad- und Wanderwege führen durch die antragstellenden Gemeinden.

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt in der Gemeinde Georgenthal 187 Euro und in der Gemeinde Herrenhof 195 Euro und liegt somit jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro.

Die Steuereinnahmen je Einwohner betragen in der Gemeinde Georgenthal 774 Euro und in der Gemeinde Herrenhof 1.065 Euro. Damit liegen die Steuereinnahmen je Einwohner in Georgenthal unter und in

Herrenhof über dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die um die Gemeinde Herrenhof vergrößerte Gemeinde Georgenthal eine ausreichende finanzielle und personelle Leistungskraft aufweisen wird, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich zu erfüllen.

Die ebenfalls durch die Gemeinde Georgenthal nach § 51 ThürKO erfüllte Nachbargemeinde Emleben wird durch die Eingliederung nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Der Gemeinde verbleibt weiterhin die Möglichkeit für eine leitliniengerechte Neugliederung.

Auch die Belange der benachbarten Stadt Ohrdruf, die im Landesentwicklungsprogramm 2025 als Grundzentrum ausgewiesen ist, stehen der beantragten Neugliederung nicht entgegen. Die Gemeinde Herrenhof stellt aufgrund ihrer räumlichen Zusammengehörigkeit mit der Gemeinde Georgenthal sowie ihrer gemeinsamen Verflechtungen keine sinnvolle Eingliederungsoption für die Stadt Ohrdruf dar. Zudem verfügt die Stadt Ohrdruf noch über anderweitige Neugliederungsperspektiven, insbesondere hinsichtlich der von ihr gemäß § 51 ThürKO erfüllten Gemeinde Luisenthal.

Zu Absatz 2:

In § 1 Abs. 6 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385) ist bestimmt, dass die Gemeinde Georgenthal als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Emleben und Herrenhof die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahrnimmt. Im Zuge der Neugliederung der Gemeinde Herrenhof ist diese Bestimmung aufzuheben, soweit sie die Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Herrenhof auf die Gemeinde Georgenthal betrifft. Da die Gemeinde Emleben sich nicht neu gliedert, hat die gesetzliche Norm für diese weiterhin Bestand.

Zu § 5

Zu den Absätzen 1 und 2:

Die Gemeinde Wünschendorf/Elster wird aus der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" ausgegliedert. Die Stadt Berga/Elster (3.198 Einwohnerinnen und Einwohner) und die Gemeinde Wünschendorf/Elster (2.788 Einwohnerinnen und Einwohner) werden aufgelöst. Aus den Gebieten der aufgelösten Gemeinden wird eine neue Gemeinde gebildet. Die neu gebildete Gemeinde ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinden.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster liegen vor. Darüber hinaus wurde ein vom Stadtrat und Gemeinderat beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 4.670. Sie erreicht damit nicht die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die beantragte Neugliederung stellt jedoch einen Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur dar, der von den beteiligten Gemeinden auf freiwilliger Grundlage angestrebt wird.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten. Die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden werden daher mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Die beantragte Strukturänderung ist auf die Bündelung der bei den beteiligten Gemeinden vorhandenen Kräfte und Ressourcen gerichtet, um auf diesem Wege die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit den Zielen des Leitbildes der Gemeindegebietsreform und bildet einen wesentlichen Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur.

Im Rahmen der freiwilligen Neugliederung fehlen den beteiligten Gemeinden derzeit weitere Partner, um eine einwohnerstärkere, leitliniengerechte Gemeinde zu bilden. Perspektivisch ist eine weitere Neugliederung mit benachbarten Gemeinden aber möglich.

Die Stadt Berga/Elster ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Ostthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Zum Grundversorgungsbereich Berga/Elster gehören die Stadt Berga/Elster, das Gebiet der Gemeinde Mohlsdorf-Teichwolframsdorf sowie das Gebiet der früheren Gemeinde Wildetaube, welche in die Gemeinde Langenwetzendorf eingegliedert wurde. Die Gemeinde Wünschendorf/Elster ist dem Grundversorgungsbereich der Stadt Weida zugeordnet.

Die Stadt Berga/Elster und die Gemeinde Wünschendorf/Elster sind benachbart und weisen insbesondere naturräumliche, infrastrukturelle, gesellschaftliche und kulturelle Verflechtungsbeziehungen auf.

Die naturräumliche Umgebung ist hauptsächlich durch den Fluss Weiße Elster geprägt. Der Flussverlauf ist verbindendes Element zwischen den Gemeinden, welches insbesondere durch den begleitenden Verlauf der Regionalbahngleise und des Elsterradwegs zum Ausdruck kommt. Dieser Abschnitt des Elstertals ist Teil des Fauna-Flora-Habitat-Schutzgebietes Nr. 147 "Elstertal zwischen Greiz und Wünschendorf" und eines gleichnamigen, flächenidentischen SPA-Gebietes 42, einem "Besonderen Schutzgebiet" im Sinne der Vogelschutzrichtlinie. Flächenmäßig dominiert in beiden Gemeinden die landwirtschaftliche Nutzung.

Die antragstellenden Gemeinden weisen eine gemeinsame Gemarkungsgrenze auf. Die kürzeste Entfernung zwischen den Zentren der Gemeinden Berga/Elster und Wünschendorf/Elster beträgt über die Bundesstraße 175, Landesstraße 2336 und verschiedene Kreisstraßen rund 13 Kilometer.

Die schnellste Verbindung mit dem motorisierten Individualverkehr ist die Umfahrung des Elstertals auf der westlichen Seite über die B 175 und 92 sowie im Anschluss über die L 2330. In östlicher Richtung verbindet die Landstraße über Wolfersdorf und Letzendorf die antragstel-

lenden Gemeinden Wünschendorf/Elster und Berga/Elster. Die Fahrzeit beträgt jeweils etwa 17 Minuten.

Zwischen beiden Gemeinden besteht eine sehr enge Verflechtung im schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr. Hier gibt es eine direkte Verbindung beider Orte mit nur einem Halt (etwa 7 Minuten) durch den regionalen Schienenpersonenverkehr auf der Streckenverbindung Gera - Greiz. Im Bereich des regionalen Busverkehrs besteht derzeit keine direkte Verbindung über eine einheitliche Buslinie, jedoch ist eine gegenseitige Erreichbarkeit per Bus mittels Umstieg in Weida oder Wolfersdorf möglich.

Die Stadt Berga/Elster übernimmt als Grundzentrum zahlreiche und vielfältige Funktionen der Daseinsvorsorge mit regionaler Bedeutung in den Bereichen Einzelhandel, Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit, Kultur, Freizeit und Verwaltung. In der Gemeinde Wünschendorf/Elster sind unter anderem ein Bäcker, ein Restaurant, drei Unterkünfte für den touristischen Fremdenverkehr, ein Frisör, zwei Kosmetikstudios, eine Grundschule, zwei Kindergärten, eine Bibliothek, drei Veranstaltungsstätten und der Regionalbahnhof vorhanden. Weitere Angebote der Grundversorgung werden von den Einwohnern der Gemeinde Wünschendorf/Elster entsprechend der Zuordnung im Regionalplan überwiegend in der Stadt Weida in Anspruch genommen.

Im Norden von Wünschendorf befindet sich mit dem Dolomit Werk und einem Logistik-Dienstleister ein nennenswerter Gewerbestandort. Ein Standort mit ähnlichem Gewicht befindet sich in Berga-Markersdorf, einem Ortsteil der Gemeinde Berga/Elster; dort sind unter anderem eine Agrargenossenschaft und ein Fahrzeugservice ansässig.

Die Regelschüler der Gemeinde Wünschendorf/Elster besuchen die Regelschule in Berga/Elster. Durch die Regelschule gibt es bereits eine Vielzahl von gesellschaftlichen Verknüpfungen zwischen beiden Orten wie Freundschaften und Freizeitaktivitäten, aber auch Vereinstätigkeit oder -mitgliedschaften. Auch die Kirchengemeinde ist ein verbindendes Element.

Die Gemeinden sind Teil des (Thüringer) Vogtlandes, welches heute insbesondere einen gemeinsamen, auch überregionalen Kulturlandschaftsraum bezeichnet. Sie teilen insoweit Gemeinsamkeiten im Bereich der historischen Entwicklung und der damit einhergehenden Prägungen.

Das (Thüringer) Vogtland ist im Landesentwicklungsprogramm als Schwerpunkttraum Tourismus dargestellt. Sowohl Wünschendorf/Elster als auch Berga/Elster bilden nach den Festlegungen des Regionalplans Ostthüringen regional bedeutsame Tourismusorte. Die Elster und deren Tal bildet zwischen den Orten auch in touristischer Hinsicht eine wichtige Verbindungslinie, wobei insbesondere der Elsterradweg als Teil des Radfernwegenetzes viele kulturhistorische Sehenswürdigkeiten zusammenführt (beispielsweise das Kloster Mildenfurth und den Märchenwald in Wünschendorf sowie die Talsperre Albersdorf und den überregional bekannten Osterpfad in Berga).

Zwischen der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster bestehen Kooperationen in den Bereichen Brandschutz und Allgemeine Hilfe (Feuerwehr), Bauhöfe und Winterdienst. Die beiden Kommunen befinden sich in unterschiedlichen Wasser-/ Abwasserzweckverbänden, jedoch gemeinsam im Verbandsgebiet des Abfallwirtschaftszweckverbandes Ostthüringen sowie im Einzugsgebiet der Personen- und Rei-

seververkehrs GmbH Greiz und Regionalverkehr Gera/Land GmbH. Beide Gemeinden sind Mitglieder im Gewässerunterhaltungsverband Weiße Elster/Weida.

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt in der Stadt Berga/Elster 520 Euro und liegt damit über dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro. In der Gemeinde Wünschendorf/Elster liegt die Pro-Kopf-Verschuldung mit 227 Euro unter diesem Landesdurchschnitt.

Die Steuereinnahmen je Einwohner liegen in der Stadt Berga/Elster mit 532 Euro und in der Gemeinde Wünschendorf/Elster mit 632 Euro jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die finanzielle und personelle Leistungskraft zur Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Bildung der Gemeinde Berga-Wünschendorf gesteigert werden kann.

Im Rahmen der Abwägung sind insbesondere auch die Belange der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" und ihrer weiteren Mitgliedsgemeinden zu berücksichtigen. Durch das Herauslösen der Gemeinde Wünschendorf/Elster aus der Verwaltungsgemeinschaft wird sich deren Einwohnerzahl von aktuell 7.381 auf 4.593 Einwohnerinnen und Einwohner reduzieren. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass sich hierdurch erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" und die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft und ihrer Mitgliedsgemeinden ergeben. Nachteilige finanzielle Auswirkungen mit Blick auf die Höhe der Umlage in der verkleinerten Verwaltungsgemeinschaft überwiegen nicht die für die Neugliederung sprechenden Belange des öffentlichen Wohls und werden zudem durch die in § 26 vorgesehenen Kompensationszahlungen zumindest zeitweise abgemildert. Des Weiteren stehen möglichen negativen finanziellen Auswirkungen der Strukturverkleinerung vorliegend auch Einsparpotentiale durch den Wegfall des Nebenstandortes der Verwaltungsgemeinschaft in der Gemeinde Wünschendorf/Elster gegenüber. Die Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" und die übrigen Mitgliedsgemeinden haben im Rahmen einer Erklärung der Gemeinschaftsvorsitzenden und Bürgermeister mitgeteilt, dass sie die beantragte Neugliederung der Gemeinde Wünschendorf/Elster bedauern, aber respektieren. Gleichzeitig erklärten sie ihre Absicht, trotz der Ausgliederung der Gemeinde Wünschendorf/Elster an der Institution ihrer Verwaltungsgemeinschaft festzuhalten.

Die in der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" verbleibenden Gemeinden werden durch die Ausgliederung und den Zusammenschluss der Gemeinde Wünschendorf/Elster mit der Stadt Berga/Elster weder erheblich noch strukturell geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert.

Zwar bestehen aufgrund der Mitgliedschaft der Gemeinde Wünschendorf/Elster in der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" seit dem Jahr 2012 vor allem auch verwaltungsmäßige Verflechtungen zu den anderen Mitgliedsgemeinden. Dennoch sind die Verflechtungsbeziehungen der Gemeinde Wünschendorf/Elster und der Stadt Berga/Elster in einem Maße ausgeprägt, das ihren Zusammenschluss rechtfertigt. Zudem wird bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Hierbei werden die freiwilligen Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten

Gemeinden, die auch mit Blick auf die übrigen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" keine anderen Partner für eine Weiterentwicklung ihrer Strukturen gefunden haben, mit besonderem Gewicht berücksichtigt.

Mit der Ausgliederung der Gemeinde Wünschendorf/Elster wird sich die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der übrigen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" zwar von insgesamt 6.180 auf 4.120 reduzieren. Für die verbleibenden Mitgliedsgemeinden bestehen aber zukünftig ausreichende Möglichkeiten für eine leitbildgerechte kommunale Neugliederung mit anderen benachbarten Gemeinden.

Des Weiteren sind im Rahmen der Abwägung die Belange der übrigen umliegenden Gemeinden zu berücksichtigen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass diese Gemeinden durch die beantragte Gemeindeneubildung erheblich beziehungsweise strukturell geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert werden. Es verbleiben Ihnen auch in Zukunft ausreichend Neugliederungsmöglichkeiten.

Erhebliche negative Auswirkungen sind insbesondere nicht für die angrenzende Stadt Gera, die im Landesentwicklungsprogramm als Oberzentrum ausgewiesen ist sowie für die angrenzende Stadt Weida, die im Landesentwicklungsprogramm und im Regionalplan Ostthüringen als Grundzentrum ausgewiesen ist und bereits die für das Jahr 2035 angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000 erreicht, zu erwarten.

Nachteile ergeben sich allenfalls für die Gemeinde Teichwitz insoweit, als diese durch die Ausgliederung der Gemeinde Wünschendorf/Elster räumlich vom restlichen Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" abgeschnitten wird und somit nicht mehr über eine gemeinsame Grenze zu den übrigen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft verfügt. Es ist jedoch nicht erkennbar, dass dies zu nicht hinnehmbaren negativen Auswirkungen auf die Belange der Gemeinde Teichwitz in Form von Erschwernissen für die Aufgabenwahrnehmung durch die Verwaltungsgemeinschaft führen wird, welche die für die beantragte Neugliederung sprechenden Gemeinwohlbelange überwiegen.

Im Übrigen hat die Gemeinde Teichwitz die Möglichkeit, mögliche Nachteile dadurch abzuwenden, dass sie ihre derzeit von der Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" wahrgenommenen Verwaltungsaufgaben künftig nach § 51 ThürKO von einer benachbarten erfüllenden Gemeinde wahrnehmen lässt, wofür primär die Stadt Weida in Betracht kommt, zu der eine sehr enge räumliche Verbindung besteht und deren Grundversorgungsbereich die Gemeinde Teichwitz angehört. Eine entsprechende Zuordnung nach § 51 ThürKO ist bei Einbeziehung in die Anhörung auch noch im vorliegenden Gesetzgebungsverfahren möglich.

Zu Absatz 3:

Der nach Absatz 3 bestimmte Name der Gemeinde entspricht dem Antrag der beteiligten Gemeinden. Die neu gebildete Gemeinde ist berechtigt, die Bezeichnung Stadt zu führen, da die Stadt Berga/Elster bereits das Stadtrecht besitzt.

Zu Absatz 4:

Die Regelung dient der Klarstellung der gesetzlich zugewiesenen Entscheidungsbefugnisse der Gemeindeorgane zur Bestimmung des Behördensitzes der neuen Gemeinde.

Zu den Absätzen 5 und 6:

Mit den Regelungen wird die Verwaltungsgemeinschaft "Wünschendorf/Elster" in Verwaltungsgemeinschaft "Ländereck" umbenannt und ihr Sitz in die Gemeinde Seelingstädt verlegt. Dies entspricht dem Antrag der Verwaltungsgemeinschaft, dem die Gemeinschaftsversammlung mit der nach § 46 Abs. 4 Satz 2 ThürKO erforderlichen Mehrheit von mindestens zwei Dritteln ihrer Mitglieder zugestimmt hat.

Das für die Änderung des Namens und des Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft nach 46 Abs. 4 Satz 1 ThürKO erforderliche öffentliche Interesse ergibt sich daraus, dass mit der Gemeinde Wünschendorf/Elster die namensgebende Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft, in der sich zugleich ihr bisheriger Sitz befindet, nach Absatz 1 aus der Verwaltungsgemeinschaft ausgegliedert wird. Die Umbenennung der Verwaltungsgemeinschaft in "Ländereck" gewährleistet eine hinreichende namentliche Abgrenzung zu der neu gebildeten Gemeinde Berga-Wünschendorf und stellt eine Rückkehr zu dem Namen dar, den die Verwaltungsgemeinschaft bis zur Eingliederung der Gemeinde Wünschendorf/Elster und der vor diesem Hintergrund erfolgten Änderung ihres Namen durch die Thüringer Verordnung über die Änderung des Namens und des Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft "Ländereck" vom 27. Dezember 2012 führte.

Zu Absatz 7:

Dieser Absatz regelt, dass eine Auseinandersetzung zwischen der Verwaltungsgemeinschaft "Ländereck" und der Stadt Berga-Wünschendorf als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Wünschendorf/Elster durchzuführen ist.

Zu § 6

Zu den Absätzen 1 und 2:

Die Gemeinde Unterbodnitz (187 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aus der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" (4.925 Einwohnerinnen und Einwohner) ausgegliedert und der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" (10.735 Einwohnerinnen und Einwohner) zugeordnet.

Ein entsprechender Beschluss sowie ein Antrag der Gemeinde Unterbodnitz zum Wechsel in die Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" liegen vor.

Ein zustimmender Beschluss der abgebenden Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" beziehungsweise entsprechende Beschlüsse ihrer Mitgliedsgemeinden wurden nicht eingereicht, sind für die Antragstellung der Gemeinde Unterbodnitz aber auch nicht erforderlich. § 46 Abs. 1 Satz 2 ThürKO a. F., der vorsah, dass ein Antrag auf Änderung der Struktur einer Verwaltungsgemeinschaft gestellt werden kann, wenn mindestens die Mehrheit der beteiligten Gemeinden, in der die Mehrheit der Einwohner der Verwaltungsgemeinschaft wohnt, übereinstimmende Beschlüsse gefasst haben, ist durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Thüringer Gemeinden vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) gestrichen worden. Die Streichung erfolgte vor dem Hintergrund, dass dieses Zustimmungserfordernis als entbehrlich angesehen wurde, da jeder Antrag auf Strukturänderungen von Verwaltungsgemeinschaften im Lichte des öffentlichen Wohls durch das Ministerium für Inneres und Kommuna-

les und letztlich durch den Gesetzgeber bewertet wird (hierzu Drucksache 6/4811, S. 22). Hiernach besteht für Anträge einzelner Mitgliedsgemeinden auf Strukturänderungen von Verwaltungsgemeinschaften kein Zustimmungserfordernis seitens der übrigen Mitgliedsgemeinden oder der Verwaltungsgemeinschaft, unter Berücksichtigung der vorgenannten gesetzgeberischen Wertung auch nicht im Wege der entsprechenden Anwendung von Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit in Verbindung mit § 52 Abs. 2 ThürKO.

Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat bereits in Vorbereitung der Erarbeitung des Gesetzentwurfs eine Anhörung nach § 46 Abs. 1 Satz 2 ThürKO durchgeführt und hierbei den betroffenen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften sowie dem betroffenen Landkreis Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Der beantragte Wechsel der Gemeinde Unterbodnitz von der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" in die Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" wurde von der Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" durch einen Beschluss der Gemeinschaftsversammlung und von ihren Mitgliedsgemeinden durch Gemeinderatsbeschlüsse beziehungsweise Stellungnahmen der Bürgermeister befürwortet.

Der Gemeinschaftsvorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" sowie der Saale-Holzland-Kreis haben Bedenken gegen die Strukturänderung erhoben. Nach Auffassung des Gemeinschaftsvorsitzenden seien keine hinreichenden Gründe für einen Wechsel der Gemeinde Unterbodnitz in die Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" gegeben. Aus Sicht des Saale-Holzland-Kreises können die von der Gemeinde Unterbodnitz vorgetragenen Gründe für den Wechsel zwar zum Teil nachvollzogen werden, jedoch sollte eine ganzheitliche Lösung für alle Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft angestrebt werden, da eine Ausgliederung nachteilige Folgen insbesondere für die Finanzierung der Verwaltungsgemeinschaft habe.

Die übrigen von der Neugliederung betroffenen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" haben keine Stellungnahme abgegeben.

Die Ausgliederung einzelner Mitgliedsgemeinden aus einer Verwaltungsgemeinschaft mit dem Ziel, diese in eine andere Verwaltungsgemeinschaft einzugliedern, entspricht grundsätzlich nicht den Zielsetzungen des Leitbildes und den Leitlinien der Gemeindegebietsreform. Vorrang hat hiernach die Bildung von eigenständigen Einheits- und Landgemeinden, deren jeweilige Mindesteinwohnerzahl 6.000 Einwohnerinnen und Einwohner bezogen auf das Jahr 2035 betragen soll. Dies gilt auch für die Gemeindestrukturen innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler", die ein sehr hohes Maß an Kleinteiligkeit und einen erheblichen Stärkungsbedarf aufweisen.

Ungeachtet dessen sind Strukturänderungen von Verwaltungsgemeinschaften, wie der vorliegend beantragte Wechsel einer Gemeinde in eine andere Verwaltungsgemeinschaft, nicht von vornherein ausgeschlossen. Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Nach Maßgabe des Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform sind Strukturänderungen von Verwaltungsgemeinschaften vorerst weiterhin möglich, wenn sie der Verbesserung der Leistungs- und

Verwaltungskraft der Gemeinden dienen und keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen.

Die Gemeinde Unterbodnitz hat ihren Antrag insbesondere darauf gestützt, dass aus ihrer Sicht die Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" die von ihr wahrzunehmenden Aufgaben nur unzureichend erfülle. Die Gemeinde führt dies insbesondere auf die erhebliche Kleinteiligkeit der Strukturen in der 22 Mitgliedsgemeinden zählenden Verwaltungsgemeinschaft, ihre vergleichsweise geringe Einwohnerzahl von 4.925, die dadurch begrenzten finanziellen Mittel und eine angespannte Personalsituation in der Verwaltungsgemeinschaft zurück. Aus Sicht der Gemeinde Unterbodnitz verfügt die Verwaltungsgemeinschaft aufgrund dieser Gegebenheiten nicht über die erforderliche Leistungsfähigkeit zur sachgerechten Erfüllung ihrer Aufgaben. Zudem verweist die Gemeinde darauf, dass unter Zugrundelegung der durch das Landesamt für Statistik vorausgerechneten demografischen Entwicklung eine weitere Verschärfung der Problematik sowie eine weitere Steigerung der pro Kopf zu entrichtenden Umlage zu erwarten sei.

Die Gemeinde Unterbodnitz verfolgt mit ihrem Antrag das Ziel, ihre Leistungs- und Verwaltungskraft insoweit zu verbessern, als sie ihre Verwaltungsaufgaben künftig durch die mit aktuell 10.735 Einwohnerinnen und Einwohnern deutlich einwohnerstärkere Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" wahrnehmen lassen möchte. Hiervon verspricht sich die antragstellende Gemeinde eine effektivere und effizientere Aufgabenerfüllung im Wissen, dass die Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" derzeit bereits 20 Mitgliedsgemeinden hat.

Diese Intention der Gemeinde Unterbodnitz ist grundsätzlich nachvollziehbar, insbesondere auf Basis der im Ministerium für Inneres und Kommunales vorliegenden Informationen über die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" und ihre Personalsituation zum Zeitpunkt der Antragstellung der Gemeinde Unterbodnitz. Zudem erscheint die Erwartungshaltung der Gemeinde Unterbodnitz, dass in der deutlich einwohnerstärkeren Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" - trotz der ebenfalls hohen Anzahl ihrer Mitgliedsgemeinden - bessere Voraussetzungen für eine leistungsfähige Verwaltung bestehen, plausibel. Der Beschluss der Gemeinde Unterbodnitz über die Änderung ihrer Verwaltungsstruktur wird daher vor dem Hintergrund ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechts mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Einer Zuordnung der Gemeinde Unterbodnitz zur Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" stehen Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegen.

Zwischen der Gemeinde Unterbodnitz und Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" sowie der Stadt Kahla, in der sich der Verwaltungssitz der Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" befindet, bestehen eine Reihe von Verflechtungsbeziehungen.

Die Gemeinde Unterbodnitz und der Verwaltungssitz der Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaleetal" in der Stadt Kahla verfügen über eine gute straßenseitige Anbindung mit einer Länge von circa 8 Kilometern, die in einer Fahrzeit von etwa 12 Minuten zurückgelegt werden kann. Über die werktags mehrmals täglich verkehrende Buslinie 419 ist eine Erreichbarkeit in durchschnittlich 15 bis 25 Minuten gegeben.

Die Stadt Kahla, die im Regionalplan Ostthüringen und im Landesentwicklungsprogramm 2025 als Grundzentrum ausgewiesen ist, übernimmt zahlreiche und vielfältige Funktionen der Daseinsvorsorge mit regionaler Bedeutung in den Bereichen Arbeitsmarkt, Einzelhandel, Dienstleistungen, Gesundheit, Kultur und Freizeit für die umliegenden Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaletal". Die vorhandenen Angebote des Einzelhandels in der Stadt Kahla (Supermärkte, Textilgeschäfte, Blumenhandel), die medizinische Grundversorgung durch Ärzte, Zahnärzte, Physiotherapien und Apotheken, die beiden Geldinstitute sowie Freizeitangebote (Sportplatz und Freibad) werden auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Unterbodnitz genutzt. Die Möglichkeit der Erledigung von gemeindlichen Verwaltungsangelegenheiten in der Stadt Kahla kann das Angebot für die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Unterbodnitz sinnvoll ergänzen.

Weitere Verflechtungsbeziehungen ergeben sich insbesondere aus der räumlichen Nähe der Gemeinde Unterbodnitz zu den angrenzenden Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaletal" Großpörschütz, Schöps, Rothenstein und Seitenroda. In den Kindertageseinrichtungen der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaletal" Rothenstein und Großpörschütz werden auch Kinder aus der Gemeinde Unterbodnitz betreut. Durch die Kindertageseinrichtungen gibt es bereits eine Reihe von gesellschaftlichen Verbindungen.

Des Weiteren arbeitet die Freiwillige Feuerwehr Unterbodnitz eng mit den Wehren der benachbarten Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaletal" zusammen.

Die Gemeinde Unterbodnitz gehört gemeinsam mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaften "Südliches Saaletal" und "Hügelland/Täler" dem "Zweckverband zur Wasserver- und Abwasserentsorgung der Gemeinden im Thüringer Holzland" (ZWA Thüringer Holzland) an.

Neben den dargelegten Verflechtungsbeziehungen der Gemeinde Unterbodnitz mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaletal" und der Stadt Kahla bestehen auch gegenläufige Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" und der Stadt Stadtroda. Insbesondere ist die Gemeinde Unterbodnitz seit dem Jahr 1994 in die gemeinsame Struktur der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" eingebunden und gehört mit den übrigen Mitgliedsgemeinden dem Grundversorgungsbereich der Stadt Stadtroda an.

Diese Verflechtungsbeziehungen und raumordnerischen Gesichtspunkte stehen der beantragten Zuordnung der Gemeinde Unterbodnitz zur Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaletal" jedoch nach Maßgabe des öffentlichen Wohls und unter Berücksichtigung des Strukturänderungsbeschlusses der Gemeinde Unterbodnitz nicht entgegen.

Unter dem Gesichtspunkt des öffentlichen Wohls sind des Weiteren die Auswirkungen einer Ausgliederung der Gemeinde Unterbodnitz auf die Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" und ihre Mitgliedsgemeinden zu berücksichtigen.

Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" werden durch die beantragte Strukturänderung nicht erheblich geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert.

Die Zuordnung der Gemeinde Unterbodnitz zur Verwaltungsgemeinschaft "Südliches Saaletal" schließt eine spätere Gemeindeneugliederung mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" nicht von vornherein aus. Zudem verfügen die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft auch unter Einbeziehung der Gemeinde Unterbodnitz im Jahr 2035 voraussichtlich nur über insgesamt 4.280 Einwohnerinnen und Einwohner und keine der Gemeinden nimmt derzeit die Funktion eines zentralen Ortes wahr. Eine maßgebliche Verschlechterung der Entwicklungsperspektiven der Gemeinden nach Maßgabe des Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform ist mit der Ausgliederung der Gemeinde Unterbodnitz aus der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" somit nicht verbunden.

Grundsätzlich führt die beantragte Strukturänderung zu einer Reduzierung der Einwohnerzahl der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler", was sich naturgemäß nachteilig auf die der Verwaltungsgemeinschaft zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel beziehungsweise auf die Höhe der von den verbleibenden Mitgliedsgemeinden zu entrichtenden Umlage auswirken wird. Hierdurch können sich gegebenenfalls bestehende Problemstellungen weiter verschärfen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Gemeinde Unterbodnitz nur über 187 Einwohnerinnen und Einwohner verfügt und die Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" durch ihre Ausgliederung nur 3,8 Prozent ihrer Einwohnerschaft verliert. Daher ist nicht davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Strukturänderung ein unzumutbares Maß erreichen. Im Übrigen werden nachteilige finanzielle Auswirkungen durch die in § 26 vorgesehenen Kompensationszahlungen zumindest zeitweise abgemildert.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass Versuche einer anderweitigen strukturellen Weiterentwicklung der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" im Sinne einer zukunftsfähigen gemeinsamen Lösung für die 22 Mitgliedsgemeinden oder zumindest einen Teil von ihnen, die eine weitere Schwächung der Verwaltungsgemeinschaft vermieden hätte, nicht zum Erfolg führten. Zum einen bestand seitens der Mitgliedsgemeinden keine Bereitschaft zu einer freiwilligen Gemeindeneugliederung im Sinne des Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform, welche das Potential für eine nachhaltige Stärkung der Gemeindestrukturen und ihrer Leistungsfähigkeit eröffnet hätte. Zum anderen konnte trotz umfangreicher Gespräche zwischen den Bürgermeistern auch eine Verbesserung der kommunalen Verwaltungsstruktur der Verwaltungsgemeinschaft nicht auf den Weg gebracht werden, da sich die Mehrheit der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" für deren Fortbestand und gegen eine Einbindung in angrenzende Verwaltungsstrukturen entschied.

Im Ergebnis sind daher anderweitige Optionen für die von der Gemeinde Unterbodnitz angestrebte Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit beziehungsweise für die Optimierung der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, die unter Gemeinwohlaspekten vorzugswürdig wären, gegenwärtig nicht umsetzbar.

Zu Absatz 3:

Dieser Absatz regelt, dass eine Auseinandersetzung zwischen der Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" und der Gemeinde Unterbodnitz durchzuführen ist.

Zu § 7

Zu Absatz 1:

Die Gemeinde Sülzfeld (828 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aufgelöst und in die Stadt Meiningen (24.538 Einwohner und Einwohnerinnen) eingegliedert. Die Stadt Meiningen ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Meiningen und der Gemeinde Sülzfeld liegen vor. Darüber hinaus wurde ein von dem Stadtrat und dem Gemeinderat beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Durch die Eingliederung erhöht sich die für das Jahr 2025 vorausberechnete Einwohnerzahl der Stadt Meiningen auf 23.160. Sie liegt damit deutlich über der angestrebten Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die Stadt Meiningen ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Südwestthüringen als Mittelzentrum ausgewiesen. Die Gemeinde Sülzfeld ist dem Grundversorgungsbereich des Mittelzentrums Meiningen zugeordnet. Die Strukturänderung dient der Verwirklichung des Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform, indem das Mittelzentrum Meiningen durch die Eingliederung der Umlandgemeinde Sülzfeld gestärkt wird.

Die Stadt Meiningen und die Gemeinde Sülzfeld weisen naturräumliche, infrastrukturelle, verwaltungsmäßige, und traditionell-historische Verflechtungsbeziehungen auf.

Der Raum um Meiningen ist geprägt durch eine von bewaldeten Höhenzügen und landwirtschaftlich genutzten Tälern bestimmten Landschaft zwischen den Ausläufern des Thüringer Waldes im Norden und der Thüringer Rhön im Süden und Westen. Große Teile des Meininger und des Sülzfelder Gemeindegebietes können naturräumlich den Muschelkalkplatten und –Bergländer (Meininger Kalkplatten) zugeordnet werden. Im Norden, Westen und Süden schließt sich der Naturraum Buntsandstein-Hügelländer an. Gemarkungsübergreifend werden die Gemeinde Sülzfeld und die Stadt Meiningen vom Fauna-Flora-Habitat-Gebiet Nr. 104 und EU-Vogelschutzgebiet "Herpfer Wald – Berkeser Wald – Stillberg" erfasst.

Die Gemeinde Sülzfeld grenzt im Norden an den Meininger Ortsteil Dreißigacker und im Süden an den Meininger Ortsteil Henneberg. Die Gemeinde trennt seit der Eingliederung der früheren Gemeinde Henneberg in die Stadt Meiningen zum 1. Januar 2019 das Gebiet von Meiningen in zwei Teile. Bereits im Rahmen der Begründung der Eingliederung der Gemeinde Henneberg in die Stadt Meiningen (Drucksache 6/6060) wurde darauf hingewiesen, dass für die Herstellung eines zusammenhängenden Gemeindegebietes der Stadt Meiningen insbesondere die Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in Betracht kommt. Die nunmehr beantragte Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld ermöglicht somit eine sinnvolle Zusammenführung des Gemeindegebiets von Meiningen.

Das Stadtzentrum Meiningens liegt vom Ortsmittelpunkt der Gemeinde Sülzfeld etwa sechs Kilometer (Luftlinie) entfernt und ist mit dem motorisierten Individualverkehr über die Landesstraße L 3019 in etwa acht Minuten erreichbar. Mehrmals täglich verkehrt die Buslinie 408 der Mei-

ninger Busbetriebs GmbH zwischen Sülzfeld und dem Meininger Busbahnhof (Fahrzeit etwa 15 Minuten).

Da die Stadt Meiningen seit dem Jahr 1995 erfüllende Gemeinde für die Gemeinde Sülzfeld ist, besteht zwischen beiden Strukturen eine langjährige verwaltungsmäßige Verflechtung. Die kommunalen Besonderheiten der Gemeinde Sülzfeld sind in der Stadtverwaltung bekannt und die Stadt ist dementsprechend auf die Integration der Gemeinde Sülzfeld gut vorbereitet.

Mit Blick auf den Bereich der Verwaltung und Justiz bestehen zwischen der Stadt Meiningen und der Gemeinde Sülzfeld zudem historische Bindungen. So wurde die Grafschaft Henneberg mit ihren Ämtern, in deren Bereich Sülzfeld lag, Mitte des 16. Jahrhunderts zunächst unter eine gemeinsame ernestinische und albertinische Verwaltung mit Sitz in Meiningen gestellt. Ab 1680 gehörte Sülzfeld zum Herzogtum Sachsen-Meiningen. Die Hochgerichtsbarkeit in Meiningen, Sülzfeld und den umliegenden Orten und Wüstungen oblag von alters her der Zent Meiningen.

Die Stadt Meiningen nimmt aktuell für die Gemeinde Sülzfeld die Aufgaben der Stützpunktfeuerwehr wahr. Im Einsatzfall sind beide Wehren bei Bedarf im jeweils benachbarten Gemeindegebiet zur Stelle.

Die Stadt Meiningen ist im Kommunalen Wasser- und Abwasserzweckverband Meininger Umland (KWA) mit Sitz in Meiningen organisiert. Der KWA ist Geschäftsbesorger des Eigenbetriebes zur Wasserversorgung und Abwasserentsorgung der Gemeinde Sülzfeld (SÜWA).

Die Stadt Meiningen übernimmt als Mittelzentrum zahlreiche und vielfältige Funktionen der Daseinsvorsorge mit mindestens regionaler Bedeutung in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Einzelhandel, Dienstleistungen, Bildung, Gesundheit, Kultur, Freizeit und Verwaltung.

In der Gemeinde Sülzfeld sind neben einer gastronomischen Einrichtung mit angeschlossener Übernachtungsmöglichkeit und einer Tankstelle kleinere Gewerbebetriebe angesiedelt. Im etwa 18 ha großen Gewerbegebiet "Vorderer Still" in der Gemeinde Sülzfeld haben sich verschiedene (verarbeitende) Unternehmen angesiedelt.

Die Schüler der Gemeinde Sülzfeld besuchen überwiegend die beiden Meininger Gymnasien und andere weiterführende berufsbildende Einrichtungen in Meiningen.

Des Weiteren kommt beiden antragstellenden Gemeinden touristische Relevanz zu. Entsprechend den Ausführungen im Regionalplan Südwestthüringen ermöglicht die geschichtliche und kulturhistorische Bedeutung Meiningens die Entwicklung eines hochwertigen touristischen Angebotes. Mit dem Theatermuseum "Zauberwelt der Kulisse" und dem Meininger Theater sind zudem überregional bedeutsame Voraussetzungen zur Entwicklung des Kultur- und Bildungstourismus gegeben. Die Gemeinde Sülzfeld verfügt über historisch bedeutsame Bauwerke, beispielsweise das Schloss und Gut Amalienruh sowie das Fachwerkhaus Pächtershaus und die Dorfkirche St. Veit. Der durch die Gemeinde Sülzfeld verlaufende Fernradweg Sülzeradwanderweg geht südlich von Meiningen in den Werratal-Radwanderweg über und verbindet die antragstellenden Kommunen miteinander. Auch der Meiningen-Haßfurt Radweg verläuft durch die Gemeinde Sülzfeld.

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt in der Stadt Meiningen 71 Euro und liegt damit unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung in der Gemeinde Sülzfeld beträgt 2.328 Euro und liegt somit über dem Landesdurchschnitt.

Die Steuereinnahmen je Einwohner liegen in der Stadt Meiningen mit 919 Euro über und in der Gemeinde Sülzfeld mit 856 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die um die Gemeinde Sülzfeld vergrößerte Stadt Meiningen eine ausreichende finanzielle und personelle Leistungskraft aufweisen wird, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich zu erfüllen.

Belange umliegender Gemeinden stehen der beantragten Neugliederung nicht entgegen. Insbesondere stellt die Neugliederung der Gemeinde Sülzfeld mit der Stadt Meiningen unter Berücksichtigung der räumlichen Gegebenheiten und Verflechtungsbeziehungen, der künftigen Einwohnerzahl sowie mit Blick auf die territoriale Zusammenführung des Gemeindegebiets infolge der Neugliederung klar die Vorzugsvariante gegenüber einer alternativ möglichen Neugliederung der Gemeinde Sülzfeld, beispielsweise mit der Gemeinde Rhönblick, dar.

Die benachbarten Gemeinden werden zudem durch die Strukturänderung nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Ihnen verbleiben weiterhin Möglichkeiten für eine leitliniengerechte Neugliederung.

Zu Absatz 2:

In § 1 der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Herpf, Rippershausen, Sülzfeld und Untermaßfeld und der Stadt Meiningen vom 16. Juni 1995 (GVBl. S. 242) ist bestimmt, dass die Stadt Meiningen für die Gemeinden Herpf, Rippershausen, Sülzfeld und Untermaßfeld als erfüllende Gemeinde die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahrnimmt.

Im Zuge der Eingliederung ist diese Aufgabenübertragung hinsichtlich der Gemeinde Sülzfeld aufzuheben.

Da sich die Gemeinden Rippershausen und Untermaßfeld nicht an einer Neugliederung beteiligt haben, hat die Verordnung für diese weiterhin Bestand. Die Aufgabenübertragung für die Gemeinde Herpf wurde bereits im Rahmen ihrer Eingliederung in die Stadt Meiningen zum 1. Dezember 2010 aufgehoben.

Zu § 8

Zu Absatz 1:

Die Gemeinde Schönstedt (1.322 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aufgelöst und in die Gemeinde Unstrut-Hainich (5.147 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert. Die Gemeinde Unstrut-Hainich ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Gemeinden Unstrut-Hainich und Schönstedt liegen vor. Darüber hinaus wurde ein von

den Gemeinderäten beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 6.090. Die vergrößerte Gemeinde Unstrut-Hainich erreicht damit die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000.

Die frühere Gemeinde Großengottern auf dem Gebiet des heutigen Ortsteils Großengottern der Gemeinde Unstrut-Hainich ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Dem Grundversorgungsbereich des Grundzentrums Großengottern sind neben den Ortsteilen Altengottern, Flarchheim, Großengottern, Heroldishausen, Mülverstedt und Weberstedt der Gemeinde Unstrut-Hainich die Gemeinden Kammerforst und Schönstedt zugeordnet. Derzeit findet eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms 2025 statt, bei der die seit dem Jahr 2018 in Kraft getretenen Gemeindeneugliederungen Berücksichtigung finden werden. Der aktuelle Entwurf sieht für die Gemeinde Unstrut-Hainich die Ausweisung als Grundzentrum vor. Die Gemeinde Schönstedt ist im Entwurf des aktualisierten Landesentwicklungsprogramms dem neuen Grundversorgungsbereich Unstrut-Hainich zugeordnet.

Die Strukturänderung dient dem Ziel, das Grundzentrum auf dem Gebiet der Gemeinde Unstrut-Hainich durch die Eingliederung zu stärken.

Zwischen den Gemeinden Unstrut-Hainich und Schönstedt bestehen intensive infrastrukturelle, verwaltungsmäßige, landschaftsräumliche und traditionell-historische Verflechtungsbeziehungen.

Die Gemeinden Schönstedt und Unstrut-Hainich bilden ein zusammenhängendes Gebiet mit insgesamt acht Ortsteilen. Die Fläche der neuen Struktur beträgt circa 117 Quadratkilometer und hat eine Ost-West-Ausdehnung von circa 17 Kilometern und eine Nord-Süd-Ausdehnung von circa 16 Kilometern.

Die antragstellenden Gemeinden sind gemeinsam in eine homogene landschaftliche Umgebung aus Wald und landwirtschaftlich genutzten Flächen um die Siedlungsteile eingebettet. Die Gemeinde Unstrut-Hainich verfügt über 5.411 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und 2.869 Hektar Waldflächen. In Schönstedt sind landwirtschaftliche Nutzflächen im Umfang von 1.638 Hektar und Waldflächen von 377 Hektar vorhanden. Die antragstellenden Gemeinden umfassen des Weiteren einen Großteil des Nationalparks Hainich und werden teilweise vom Naturpark Eichsfeld-Hainich-Werratal und dem Flora-Fauna-Habitat-Gebiet Hainich erfasst.

Für den motorisierten Individualverkehr ist die Gemeinde Unstrut-Hainich von der angrenzenden Gemeinde Schönstedt über die Bundesstraße 247 und die Landestraßen 1042 und 2103 in circa sechs Minuten erreichbar. Mehrere Buslinien der Regionalbus-Gesellschaft Unstrut-Hainich- und Kyffhäuserkreis mbH verbinden die antragstellenden Gemeinden im öffentlichen Personennahverkehr miteinander und stellen zudem schnelle Verbindungen zu den angrenzenden Mittelzentren Mühlhausen/Thüringen und Bad Langensalza her. Die Bundesstraße 247, die die Gemeinden in nord-südlicher Richtung durchquert, bietet ebenfalls überregionale Anbindungen. Darüber hinaus besteht in Schönstedt eine Anbindung an die Regionalbahnlinie 52 in Richtung Leinefelde über Großengottern (Gemeinde Unstrut-Hainich) und in Richtung Erfurt.

Als Grundzentrum verfügt der Ortsteil Großengottern der Gemeinde Unstrut-Hainich über Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung sowie umfassende Angebote von Gütern und Dienstleistungen des qualifizierten Grundbedarfes. Die in der Gemeinde Unstrut-Hainich vorhandenen Lebensmittelmärkte, Praxen von Allgemeinmedizinerinnen und Zahnärzten, Physiotherapien, Kreditinstitute, Kindertagesstätten in fünf Ortsteilen und zwei Grundschulen sowie die Regelschule, das Gymnasium mit dazugehörigen Sporthallen und -plätzen, die Apotheke, die Bibliothek und das Freibad können auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern umliegender Gemeinden genutzt werden. Gewerbeflächen sind vereinzelt in allen Ortsteilen der Gemeinde Unstrut Hainich mit Ausnahme von Heroldshausen sowie in der Gemeinde Schönstedt vorhanden. Darüber hinaus bestehen Pendlerverflechtungen durch größere Arbeitgeber in den Ortsteilen Großengottern und Mülverstedt der Gemeinde Unstrut-Hainich und in der Gemeinde Schönstedt.

Zwischen den antragstellenden Gemeinden besteht bereits eine enge interkommunale Zusammenarbeit.

Die Gemeinde Schönstedt und die in der Gemeinde Unstrut-Hainich aufgegangenen Gemeinden arbeiteten bereits seit dem Jahr 1997 in der Verwaltungsgemeinschaft "Unstrut-Hainich" zusammen. Seit der Neubildung der Gemeinde Unstrut-Hainich zum 1. Januar 2019 nimmt diese als erfüllende Gemeinde nach § 51 ThürKO Verwaltungsaufgaben für die Gemeinde Schönstedt wahr.

Die Gemeinde Unstrut-Hainich ist durch den Anschluss an die zentrale Trinkwasserversorgung der Ortsteile Großengottern, Flarchheim, Heroldshausen, Mülverstedt und Weberstedt Mitglied im Trinkwasserzweckverband "Hainich". Für den Anschluss des Ortsteils Altengottern an die zentrale Trinkwasserversorgung ist die Gemeinde Unstrut-Hainich Mitglied im Verbandswasserwerk Bad Langensalza, in der auch die Gemeinde Schönstedt Mitglied ist. Im Bereich Abwasser gehören die antragstellenden Gemeinden unterschiedlichen Zweckverbänden an.

Bei der touristischen Vermarktung des Nationalparks Hainich arbeiten beide Gemeinden eng zusammen. So sind die Gemeinden unter anderem Mitglieder im Tourismusverband der "Welterberegion Wartburg Hainich". Des Weiteren sind beide Gemeinden im Landesentwicklungsprogramm 2025 teilweise dem Schwerpunkttraum Tourismus "Hainich" und im Regionalplan Nordthüringen dem Vorbehaltsgebiet Tourismus und Erholung "Hainich" zugeordnet. Die Ortsteile Weberstedt und Mülverstedt der Gemeinde Unstrut-Hainich sind regional bedeutsame Tourismusorte und dementsprechend als Schwerpunkte des Tourismus zu entwickeln und in ihrer Tourismus- und Erholungsfunktion zu sichern. Die Gemeinde Unstrut-Hainich besitzt mit dem Unstrut-Radweg im Osten und dem Nationalpark-Rundweg im Westen Anschluss an zwei regional bedeutsame Radhauptwege. Durch bestehende Wander- und Reitwege sowie weitere Attraktionen ist die touristische Infrastruktur sehr intensiv entwickelt. Insbesondere der Hainich bietet hierbei unter anderem durch den Baumkronenpfad an der Thiemsburg in der Gemeinde Schönstedt oder die Spielscheune im Ortsteil Weberstedt der Gemeinde Unstrut-Hainich diverse touristische Angebote in den Gemeindegebieten. Durch die beantragte Neugliederung können im Bereich Tourismus Synergieeffekte genutzt werden.

In den beiden Gemeinden werden den Einwohnerinnen und Einwohnern durch zahlreiche Vereine vielfältige Möglichkeiten der kulturellen und sportlichen Freizeitgestaltung geboten. Hervorzuheben sind dabei die

Chöre der Gemeinde Schönstedt und der Ortsteile Flarchheim, Großengottern, Mülverstedt und Weberstedt der Gemeinde Unstrut-Hainich, die im Rahmen eines jährlichen Chortreffens miteinander musizieren.

Die Freiwilligen Feuerwehren arbeiten bereits seit vielen Jahren zusammen. Beide Gemeinden gehören zu einem Kreisbrandabschnitt.

Schülerinnen und Schüler aus beiden Gemeinden besuchen die Grundschulen im Ortsteil Großengottern der Gemeinde Unstrut-Hainich und in der Gemeinde Schönstedt, die Regelschule im Ortsteil Weberstedt sowie das Gymnasium im Ortsteil Großengottern der Gemeinde Unstrut-Hainich. Die in kommunaler Trägerschaft befindlichen Kindertageseinrichtungen arbeiten schon seit Jahren zusammen.

Zwischen beiden Gemeinden bestehen zudem historische Verbindungen. Unter anderem gehörten die Gemeinde Schönstedt sowie die heutigen Ortsteile der Gemeinde Unstrut-Hainich bis 1815 zum kursächsischen Amt Langensalza und bis 1944 zum Landkreis Langensalza in der Provinz Sachsen, mit Ausnahme des Ortsteiles Mülverstedt, welcher ab 1815 zum Königreich Preußen gehörte.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in der Gemeinde Unstrut-Hainich mit 530 Euro und in der Gemeinde Schönstedt mit 249 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro.

Die Steuereinnahmen je Einwohner liegen in der Gemeinde Unstrut-Hainich mit 627 Euro und in der Gemeinde Schönstedt mit 759 Euro jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro.

Es ist zu erwarten, dass die um die Gemeinde Schönstedt vergrößerte Gemeinde Unstrut-Hainich eine ausreichende finanzielle und personelle Leistungskraft aufweisen wird, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge rechtssicher, sachgerecht, dienstleistungsorientiert und wirtschaftlich zu erfüllen.

Im Rahmen der Abwägung der Gründe des öffentlichen Wohls sind insbesondere auch die Belange der benachbarten Stadt Bad Langensalza zu berücksichtigen, die im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Mittelzentrum ausgewiesen ist.

Grundsätzlich sind eine Reihe von Verflechtungsbeziehungen zwischen der Gemeinde Schönstedt und der Stadt Bad Langensalza vorhanden. Ebenso weisen die Gemeinde Unstrut-Hainich und die Stadt Bad Langensalza Verflechtungsbeziehungen auf.

Auch unter Berücksichtigung des Ziels der Stärkung der Ober- und Mittelzentren überwiegen jedoch die für die beantragte Neugliederung sprechenden Belange des öffentlichen Wohls. Das Prinzip der Freiwilligkeit und die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden werden auch insoweit mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt. Hierdurch wird dem Selbstverwaltungsrecht der antragstellenden Gebietskörperschaften und dem Ziel Rechnung getragen, ein schnelles Zusammenwachsen der neuen Struktur sowie eine möglichst reibungslose Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben zu ermöglichen. Für die beantragte Neugliederung sprechen zudem die geschilderten Verflechtungsbeziehungen zwischen den Antragstellern, insbesondere mit Blick auf die bereits seit dem Jahr 1997 bestehende gemeinsame Verwaltungsstruktur, zunächst im Rahmen der Verwaltungsgemeinschaft

"Unstrut-Hainich" und seit dem Jahr 2019 in Form einer erfüllenden Gemeinde nach § 51 ThürKO. Zudem ermöglicht es die beantragte Neugliederung, das Grundzentrum auf dem Gebiet der Gemeinde Unstrut-Hainich zu stärken und die Einwohnerzahl der Gemeinde auf ein nunmehr leitliniengerechtes Maß zu erhöhen.

Es ist nicht erkennbar, dass die Stadt Bad Langensalza durch die beantragte Neugliederung in erheblichem Maße strukturell geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert wird.

Zu Absatz 2:

Die Gemeinden Unstrut-Hainich und Schönstedt haben auf der Grundlage von § 45 a Abs. 12 ThürKO übereinstimmend beschlossen und beantragt, dass § 45 a Abs. 11 ThürKO mit Wirksamwerden der Bestandsänderung für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Schönstedt nicht zur Anwendung kommen soll. Stattdessen sollen die gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Schönstedt bestimmten Ortsteile mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die vergrößerte Gemeinde Unstrut-Hainich übergeleitet werden. Zur Umsetzung dieser Beschlüsse ist vorgesehen, dass die Ortsteilverfassung der aufgelösten Gemeinde Schönstedt für den Rest der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats als Ortschaftsverfassung fortbesteht.

Zu Absatz 3:

In § 36 Abs. 5 des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 795) ist bestimmt, dass die Gemeinde Unstrut-Hainich als erfüllende Gemeinde für die Gemeinde Schönstedt die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahrnimmt. Im Zuge der Neugliederung der Gemeinde Schönstedt ist diese Aufgabenübertragung aufzuheben.

Zu § 9

Zu Absatz 1:

Die Gemeinde Frankenroda (315 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aufgelöst und in die Stadt Amt Creuzburg (4.658 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert. Die Stadt Amt Creuzburg ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde. Die Eingliederung erfolgt unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal".

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Stadt Amt Creuzburg und der Gemeinde Frankenroda liegen vor. Darüber hinaus wurde ein vom Stadtrat und dem Gemeinderat beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der beantragten Gemeindestruktur beträgt 4.480 Einwohner. Die vergrößerte Stadt Amt Creuzburg wird die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000 somit nicht erreichen.

Die Stadt Amt Creuzburg wurde zum 31. Dezember 2019 durch Auflösung und Zusammenschluss der Stadt Creuzburg sowie der Gemeinden Ebenshausen und Mihla neu gebildet. Diese Gemeindeneubildung wurde seinerzeit auf der Grundlage des auch gegenwärtig geltenden Leitbildes und der Leitlinien der Gemeindegebietsreform unter Berück-

sichtigung der freiwilligen Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden als erster Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur durch den Gesetzgeber zugelassen. Zugleich wurde in der Begründung der Neugliederung (Drucksache 6/6960) darauf hingewiesen, dass weitere Zusammenschlüsse mit benachbarten Gemeinden möglich sind und hierfür insbesondere die weiteren Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" in Betracht kommen. Die nunmehr beantragte Neugliederung stellt eine Fortsetzung der im Jahr 2019 in der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" begonnenen Weiterentwicklung der kommunalen Verwaltungsstrukturen dar und bestätigt die damalige Prognose für die Stadt Amt Creuzburg, ein Ankerpunkt für den Anschluss weiterer Kommunen zu sein.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird dem Prinzip der Freiwilligkeit auch weiterhin eine hohe Bedeutung eingeräumt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten. Die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden werden daher mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Die Neugliederung ist darauf gerichtet, die Kräfte und Ressourcen der beteiligten Gebietskörperschaften zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und stellt einen weiteren Schritt hin zu einer leitliniengerechten Struktur dar.

Im Rahmen der freiwilligen Neugliederungen fehlen den beteiligten Gemeinden derzeit weitere Partner, um eine einwohnerstärkere, leitliniengerechte Gemeinde zu bilden. Perspektivisch sind weitere Neugliederungen mit benachbarten Gemeinden aber möglich. Hierfür kommen weiterhin insbesondere die übrigen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" mit Ausnahme der Hallungen sowie die Stadt Treffurt in Betracht.

Die in der Stadt Amt Creuzburg zum 31. Dezember 2019 aufgegangene Gemeinde Mihla ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Südwestthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Dem Grundversorgungsbereich des Grundzentrums Mihla sind - neben den früheren Gemeinden und heutigen Ortsteilen Mihla und Ebenshausen der Stadt Amt Creuzburg - die Gemeinden Berka v. d. Hainich, Bischofroda, Frankenroda, Hallungen, Lauterbach und Nazza zugeordnet, die ebenfalls Mitglieder der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" sind. Die frühere Stadt Creuzburg, heutiger Ortsteil Creuzburg der Stadt Amt Creuzburg, ist dem Grundversorgungsbereich des Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums Eisenach zugeordnet.

Die Festlegungen des im Jahr 2011 in Kraft getretenen Regionalplans Südwestthüringen berücksichtigen noch nicht die zum 31. Dezember 2019 erfolgte Neubildung der Stadt Amt Creuzburg. Aktuell findet eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms 2025 statt, bei der die seit dem Jahr 2018 in Kraft getretenen Gemeindeneugliederungen Berücksichtigung finden werden. Der aktuelle Entwurf sieht für die Stadt Amt Creuzburg die Ausweisung als Grundzentrum vor.

Zwischen der Stadt Amt Creuzburg und der Gemeinde Frankenroda bestehen infrastrukturelle, gesellschaftliche und historische Verflechtungsbeziehungen.

Die Gemeinde Frankenroda sowie die Stadt Amt Creuzburg bilden ein zusammenhängendes Gebiet mit insgesamt sechs Ortsteilen. Beide Gemeinden liegen in einer von bewaldeten Höhenzügen und landwirtschaftlich genutzten Tälern bestimmten Landschaft zwischen dem Ringgau und dem Nationalpark Hainich im Osten. Die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda liegen am Fluss Werra, an dem sich verschiedene Naturschutzgebiete befinden und gehören zum Naturpark Eichsfeld-Hainich-Werratal. Die Fläche der beantragten Gemeindestruktur beträgt 76,8 km² und hat eine Ost-West-Ausdehnung von circa 15 Kilometern und eine Nord-Süd-Ausdehnung von circa zehn Kilometern.

Für den motorisierten Individualverkehr ist der Ortsteil Mihla der Stadt Amt Creuzburg von der angrenzenden Gemeinde Frankenroda über die Kreisstraße 5 und die Landesstraße 1016 in etwa zehn Minuten sowie im weiteren Verlauf der Landesstraße 1017 der Ortsteil Creuzburg in etwa 17 Minuten erreichbar. Zwischen der Gemeinde Frankenroda und den Ortsteilen Creuzburg, Mihla, Ebenhausen und Buchenau der Stadt Amt Creuzburg besteht eine umsteiegefreie Busverbindung. Insbesondere sind die Gemeinde Frankenroda und die Stadt Amt Creuzburg über die Regionallinie 162 der Regionalbus-Gesellschaft Verkehr Werraland in den Zeiten von 5:30 Uhr bis 8:01 Uhr und von 13:57 Uhr bis 15:03 Uhr in einem Takt von circa 15 bis 75 Minuten miteinander verbunden. Weitere Regionalbuslinien bedienen die Strecken Creuzburg beziehungsweise Mihla unter anderem in Richtung Eisenach.

Die Stadt Amt Creuzburg, in deren heutigem Ortsteil Creuzburg sich seit dem 31. Dezember 2013 der Sitz der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" befindet, nimmt eine zentrale Dienstleistungs- und Versorgungsfunktion für die umliegenden Gemeinden wahr. Die im Ortsteil Mihla vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen (unter anderem Einkaufsmärkte, Ärzte, Apotheke, Bibliothek, Freibad) werden auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern der angrenzenden Gemeinden genutzt. Dieses umfassende Angebot des Grundzentrums Mihla wird durch weitere Einrichtungen der Daseinsvorsorge im Ortsteil Creuzburg ergänzt.

Zwischen den an der Neugliederung beteiligten Gemeinden besteht bereits eine enge interkommunale Zusammenarbeit. Dies betrifft zunächst die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung in der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal". Daneben verbinden die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda seit Jahren gemeinsame gemarkungsübergreifende Projekte in Bezug auf den Werratalradweg und die Werratouristik. Die touristische Infrastruktur ist zudem durch verbindende Wander- und Reitwege, eine gemeinsame Vermarktung von touristischen Attraktionen, wie das "Dr. Ernst Wiedemann" Bad in Mihla, die Mountain-Bike Strecke bei Ebenau, die Museen und Ausstellungen in Creuzburg und Mihla, sehr intensiv entwickelt. Durch die Eingliederung können die touristischen Angebote in Frankenroda, wie das "Holzmuseum", eine private Bierbrauerei, das Naherholungsgebiet "Probsteizella" mit Campingplatz, eine Gaststätte, Reitanlagen sowie die intensiv ausgebauten touristische Infrastruktur am Werraufer noch besser vermarktet, unterhalten und betrieben werden.

Die Aufgaben der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung werden in der Stadt Amt Creuzburg und der Gemeinde Frankenroda durch den Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Obereichsfeld (WAZ) mit Sitz in Heiligenstadt wahrgenommen.

Enge Verflechtungsbeziehungen bestehen ferner im Bereich der Kinderbetreuung und der Schulbildung. In der Regelschule "Thomas Müntzer" des Ortsteils Mihla der Stadt Amt Creuzburg werden auch die Schüler aus der Gemeinde Frankenroda unterrichtet. Viele Eltern aus Frankenroda nutzen die Angebote der beiden Kindertageseinrichtungen im Ortsteil Mihla der Stadt Amt Creuzburg.

In der Stadt Amt Creuzburg sind kommunale Spiel-, Sport-, Bolz- und Übungsplätze sowie kommunale Turnhallen vorhanden, die auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen und entsprechend genutzt werden. Der Spielplatz in Frankenroda soll nach den Vorstellungen der antragstellenden Gemeinden in dieses System eingebunden und durch die Stadt gefördert werden.

Die Bürgerhäuser beider Kommunen sollen künftig nach einem einheitlichen Konzept betrieben werden und allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Die Antragsteller gehören zu einem Brandabschnitt im Wartburgkreis. Die Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes werden für die antragstellenden Gemeinden durch die Stützpunktfeuerwehren Creuzburg und Mihla wahrgenommen. Es besteht eine Zusammenarbeit der Freiwilligen Feuerwehr Frankenroda und der Stützpunktfeuerwehr Mihla.

Gewerbeflächen sind vor allem in den Ortsteilen Creuzburg, Buchenau und Mihla der Stadt Amt Creuzburg vorhanden.

Die Gebiete der Gemeinden sind traditionell evangelisch geprägt. Historische Bindungen bestanden im Bereich Verwaltung bereits in der Vergangenheit. Über einen Zeitraum von circa vier Jahrhunderten, vom 15. bis zum 19. Jahrhundert, gehörte die Gemeinde Frankenroda dem "Amt Hainek" an. Dieses hatte durch Besitzverschränkungen und Rechte stets eine enge Verbindung zum historischen "Amt Creuzburg" mit der gleichnamigen Amtsstadt.

Die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Amt Creuzburg liegt mit 208 Euro unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro. Die Gemeinde Frankenroda ist schuldenfrei.

Die Steuereinnahmen je Einwohner der Stadt Amt Creuzburg betragen 1.094 Euro und liegen damit über dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro. Die Steuereinnahmen je Einwohner der Gemeinde Frankenroda liegen mit 553 Euro unter diesem Landesdurchschnitt.

Es ist zu erwarten, dass die finanzielle und personelle Leistungskraft zur Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Eingliederung der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg gesteigert werden kann.

Im Rahmen der Abwägung der Gründe des öffentlichen Wohls sind auch die Belange der umliegenden Gemeinden zu berücksichtigen. Diese werden durch die Eingliederung der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Ihnen verbleiben auch in Zukunft ausreichend Möglichkeiten für eine leitliniengerechte Neugliederung.

Dies gilt insbesondere für das benachbarte Grundzentrum Treffurt. Zwar hat die Gemeinde Frankenroda auch Verflechtungsbeziehungen

zur Stadt Treffurt. Für die hier vorgesehene Neugliederung sprechen jedoch die geschilderten Verflechtungsbeziehungen zwischen den Antragstellern, die wesentlich stärker ausgeprägt sind als die Verflechtung zur Stadt Treffurt. Dies wird insbesondere durch die bereits seit vielen Jahren in der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" praktizierte Zusammenarbeit sowie die Zuordnung der Gemeinde Frankroda zum Grundversorgungsbereich des Ortsteils Mihla der Stadt Amt Creuzburg sichtbar.

Das Prinzip der Freiwilligkeit und die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden werden auch insoweit mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt. Hierdurch wird dem Selbstverwaltungsrecht der antragstellenden Gebietskörperschaften und dem Ziel Rechnung getragen, ein zeitnahe Zusammenwachsen der neuen Struktur sowie eine möglichst reibungslose Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben für das eingegliederte Gemeindegebiet und deren Bewohnerinnen und Bewohner zu ermöglichen.

Nachteilige Auswirkungen auf die Belange der Stadt Eisenach, die im Landesentwicklungsprogramm 2025 aktuell als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums ausgewiesen ist, sind durch die beantragte Neugliederung nicht zu erwarten.

Zu Absatz 2:

Die Gemeinde Hallungen wird zum Zweck ihrer Neugliederung nach Absatz 4 aus der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" ausgegliedert.

Die für die Auflösung und Eingliederung der Gemeinde Hallungen in die Gemeinde Südeichsfeld sprechenden Gründe des öffentlichen Wohls ergeben sich aus der Begründung zu Absatz 4.

Im Rahmen der Abwägung der Gründe des öffentlichen Wohls sind mit Blick auf die in Absatz 2 vorgesehene Strukturänderung auch die Belange der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" und ihrer weiteren Mitgliedsgemeinden zu berücksichtigen.

Durch die Ausgliederung der Gemeinde Hallungen aus der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" wird sich deren Einwohnerzahl von aktuell 9.287 auf 9.103 reduzieren. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass sich hierdurch erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" und die ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft und ihrer Mitgliedsgemeinden ergeben. Dies gilt nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass die Verwaltungsgemeinschaft durch die Strukturänderung nur zwei Prozent ihrer Einwohner verliert. Gegebenenfalls eintretende nachteilige finanzielle Auswirkungen mit Blick auf die Höhe der Umlage in der verkleinerten Verwaltungsgemeinschaft überwiegen nicht die für die Gemeindeneugliederung sprechenden Belange des öffentlichen Wohls und werden zudem durch die in § 26 vorgesehenen Kompensationszahlungen zumindest zeitweise abgemildert.

Zu Absatz 3:

Nach Absatz 3 wird das bisher zum Wartburgkreis gehörende Gebiet der Gemeinde Hallungen zum Zweck ihrer Neugliederung nach Absatz 4 in das Gebiet des Unstrut-Hainich-Kreises eingegliedert. Hieran anknüpfend findet zwischen dem Unstrut-Hainich-Kreis und dem Wartburgkreis eine Auseinandersetzung nach § 20 statt.

Die für die Auflösung und Neugliederung der Gemeinde Hallungen sprechenden Gründe des öffentlichen Wohls ergeben sich aus der Begründung zu Absatz 4.

Der für die in Absatz 4 geregelte Eingliederung erforderliche Wechsel des Gebiets der Gemeinde Hallungen vom Wartburgkreis in den Unstrut-Hainich-Kreis stellt sich rechtlich als Änderung des Gebietes der Landkreise dar. Die Gebietsänderung ist nach Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 92 Abs. 1 ThürKO aus Gründen des öffentlichen Wohls möglich. Die maßgeblichen Gründe des öffentlichen Wohls sind die Verflechtungsbeziehungen der an der Neugliederung beteiligten Gemeindestrukturen untereinander und gemeinsam zum Unstrut-Hainich-Kreis sowie die Verbesserung der finanziellen und personellen Leistungskraft der antragstellenden Gemeinden durch die Gemeindeneugliederung.

Die Kreistage des Unstrut-Hainich-Kreises und des Wartburgkreises haben sich bislang nicht zum Wechsel der Gemeinde Hallungen vom Wartburgkreis in den Unstrut-Hainich-Kreis positioniert. Die Landkreise werden im Rahmen des Anhörungsverfahrens zu dem vorliegenden Gesetzentwurf schriftlich auf die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme hingewiesen, mit der sie dem Gesetzgeber ihren Standpunkt ausführlich darlegen können.

Nach den für die Neugliederung von kreisangehörigen Gemeinden maßgebenden Leitlinien sind Landkreisgrenzen überschreitende Neugliederungen möglich, sofern leitbildgerechte Gemeindestrukturen entstehen und diese der Stärkung kreisfreier Städte nicht entgegenstehen. Das ist hier insoweit der Fall, da mit der Neugliederung eine Gemeindestruktur entsteht, die der angestrebten Mindesteinwohnerzahl mit für das Jahr 2035 vorausgerechneten 5.800 näherkommt, eine Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden zu erwarten ist und die neue Gemeindestruktur keine kreisfreie Stadt tangiert.

Bei der Abwägung der Belange der an der Neugliederung beteiligten Gemeinden und der Belange der betroffenen Landkreise ist zunächst zu berücksichtigen, dass der Gesetzgeber nach der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vergleichsweise größere Spielräume bei der Bestimmung des Hoheitsgebietes von Landkreisen hat. Während räumlicher Bezugspunkt der gemeindlichen Selbstverwaltung die örtliche Gemeinschaft ist, bestimmt der Gesetzgeber das geographische Gebiet der Landkreise anhand überörtlicher Gesichtspunkte, zu denen vor allem größere geographische Zusammenhänge, landsmannschaftliche und historische Verbindungen und regionale wirtschaftliche Verflechtungen zählen (Beschluss des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 14. Oktober 2020, Az. 45/19, Teil B Abschnitt II Nr. 4 und 6 Buchst. f Doppelbuchst. aa).

Im Rahmen der erforderlichen Abwägung der Gründe des öffentlichen Wohls überwiegen vorliegend die Belange, die unter Zugrundelegung des Freiwilligkeitsprinzips für die beantragte Eingliederung der Gemeinde Hallungen in die Gemeinde Südeichsfeld und ihren Wechsel in den Unstrut-Hainich-Kreis sprechen, diejenigen Gemeinwohlgesichtspunkte, die für einen Verzicht auf die Strukturänderungen oder eine Zuordnung der vergrößerten Gemeinde Südeichsfeld zum Wartburgkreis sprechen könnten.

Insoweit wird zunächst auf die für die beantragte Gemeindeneugliederung maßgeblichen Gemeinwohlgründe verwiesen, die in der Begründung zu Absatz 4 ausführlich dargelegt werden. Ein Verzicht auf die beantragte Neugliederung entspräche hiernach nicht dem öffentlichen Wohl.

Hinsichtlich der Landkreiszuordnung der vergrößerten Gemeinde Südeichsfeld überwiegen diejenigen Gemeinwohlgesichtspunkte, die für eine Zuordnung zum Unstrut-Hainich-Kreis sprechen.

Die Verflechtungsbeziehungen der vergrößerten Gemeinde Südeichsfeld in ihrer Gesamtheit sind zum Unstrut-Hainich-Kreis stärker ausgeprägt als zum Wartburgkreis. Der ganz überwiegende Teil der künftigen vergrößerten Gemeinde Südeichsfeld gehört aktuell dem Unstrut-Hainich-Kreis an und weist insoweit langjährige Verflechtungen auf, während die einzugliedernde, bisher im Wartburgkreis gelegene Gemeinde Hallungen nur einen kleinen Teil des künftigen vergrößerten Gemeindegebietes und der Einwohnerinnen und Einwohner stellt. Zudem weisen auch die Gemeinde Hallungen und deren Einwohnerschaft ihrerseits relevante Verflechtungsbeziehungen zum Unstrut-Hainich-Kreis sowie dessen Gemeinden und deren Einwohnerschaft auf. Dies gilt vor allem mit Blick auf den nahe gelegenen Ort Heyerode (Ortsteil der Gemeinde Südeichsfeld), zu dem die Gemeinde Hallungen historische und landsmannschaftliche Verbindungen aufweist. Ebenso ist festzustellen, dass sich die Kreisstadt Mühlhausen/Thüringen des Unstrut-Hainich-Kreises deutlich näher an den Gemeinden Hallungen und Südeichsfeld befindet als die Kreisstadt des Wartburgkreises Bad Salzungen und daher von dort aus auch erheblich schneller erreichbar ist.

Des Weiteren werden die übereinstimmenden Beschlüsse der beteiligten Gemeinden zur freiwilligen Neugliederung und zum damit verbundenen Kreiswechsel der Gemeinde Hallungen mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten.

Ebenfalls wird berücksichtigt, dass der Wartburgkreis über 158.900 Einwohnerinnen und Einwohner verfügt und daher durch die Änderung seines Kreisgebietes durch Ausgliederung der Gemeinde Hallungen nur 184 Einwohner, also vergleichsweise geringe 0,1 Prozent seiner Bevölkerung verliert. Eine Ausgliederung der Gemeinde Südeichsfeld aus dem Unstrut-Hainich-Kreis würde hingegen dessen Bevölkerung um 6.488 Einwohnerinnen und Einwohner reduzieren, was einem Verlust von etwa 6,7 Prozent entspräche. Zudem ist zu berücksichtigen, dass der Unstrut-Hainich-Kreis zum 1. Januar 2023 bereits rund 3,8 Prozent seiner Bevölkerung im Zuge der teilweise kreisübergreifenden Neugliederung der Gemeinden Anrode und Dünwald verloren hat und auch durch die in § 3 vorgesehene, zum Teil kreisübergreifende Neugliederung der Gemeinde Rodeberg weitere rund 1,6 Prozent seiner Einwohner verlieren wird. Die Ausgliederung der Gemeinde Hallungen aus dem Wartburgkreis ist daher mit einer weitaus geringeren Belastung für diesen Landkreis verbunden, als sie eine Ausgliederung der Gemeinde Südeichsfeld für den Unstrut-Hainich-Kreis darstellen würde.

Die mit dem Gebietsverlust verbundenen wirtschaftlichen Nachteile des Wartburgkreises werden überdies durch die in § 25 vorgesehenen Kompensationszahlungen zumindest zeitweise abgefedert. Weitere Ausgleichsansprüche des Landkreises können sich gegebenenfalls

aus dem nach § 20 Abs. 1 Satz 2 vorgesehenen Auseinandersetzungsvertrag ergeben.

Anhaltspunkte dafür, dass durch die Kreisgebietsänderung der räumliche und landesplanerische Zusammenhang des Kreisgebietes des Wartburgkreises, dessen wirtschaftliche und finanzielle Leistungskraft oder die Fähigkeit zur Erfüllung seiner Verwaltungsaufgaben unzumutbar beeinträchtigt wird, sind nicht erkennbar.

Im Ergebnis ist daher den für die neue Gemeindestruktur und den Kreiswechsel der Gemeinde Hallungen sprechenden Gesichtspunkten des öffentlichen Wohls der Vorzug einzuräumen.

Zu Absatz 4:

Die nach Absatz 2 aus der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werrtal" ausgegliederte und nach Absatz 3 in das Gebiet des Unstrut-Hainich-Kreises eingegliederte Gemeinde Hallungen (184 Einwohnerinnen und Einwohner) wird aufgelöst und in die benachbarte, im Unstrut-Hainich-Kreis gelegene Gemeinde Südeichsfeld (6.488 Einwohnerinnen und Einwohner) eingegliedert. Die Gemeinde Südeichsfeld ist Rechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde.

Die erforderlichen übereinstimmenden Beschlüsse der Gemeinden Hallungen und Südeichsfeld liegen vor. Darüber hinaus wurde ein von den Gemeinderäten beschlossener und von den Bürgermeistern unterzeichneter Eingliederungsvertrag vorgelegt.

Durch die Eingliederung erhöht sich die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der Gemeinde Südeichsfeld auf 5.800 Einwohner. Damit wird die angestrebte Mindesteinwohnerzahl von 6.000 noch nicht erreicht.

Bei der erforderlichen Stärkung der Gemeindestrukturen wird dem Prinzip der Freiwilligkeit eine hohe Bedeutung eingeräumt. Freiwillige Neugliederungen tragen dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden möglichst weitgehend Rechnung und lassen in besonderem Maße ein Zusammenwachsen der neuen Struktur erwarten. Die übereinstimmenden Neugliederungsbeschlüsse der antragstellenden Gemeinden werden daher mit einem besonderen Gewicht berücksichtigt.

Die beantragte Neugliederung ist darauf gerichtet, die in den beteiligten Gemeinden vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeindestruktur zu stärken. Im Vergleich zur derzeitigen Struktur wird - in gewissem Umfang - eine leistungsstärkere und effizientere Aufgabenerfüllung in einer einwohnerstärkeren Gemeinde ermöglicht. Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes der Gebietsreform und bildet einen Schritt zu einer leitliniengerechten Struktur.

Derzeit fehlt den antragstellenden Gemeinden ein weiterer Partner, um eine einwohnerstärkere, vollständig leitliniengerechte Gemeinde zu bilden. Die hierfür in erster Linie in Betracht kommende Neugliederung mit der benachbarten, nach § 51 ThürKO von der Gemeinde Südeichsfeld erfüllten Gemeinde Rodeberg kam nicht zustande. Stattdessen hat sich die Gemeinde Rodeberg für die in § 3 geregelte anteilige Neugliederung mit den Städten Mühlhausen/Thüringen und Dingelstädt entschieden. Inwieweit künftig eine weitere Vergrößerung für die Gemeinde Südeichsfeld möglich sein wird, hängt insbesondere von den freiwilligen Neuglie-

derungsbestrebungen der umliegenden Gemeinden und der Gemeinde Südeichsfeld selbst ab. Gegebenenfalls käme unter Berücksichtigung der für das Jahr 2035 vorausgerechneten Einwohnerzahl der vergrößerten Gemeinde Südeichsfeld von 5.800 und ihrer Randlage im Unstrut-Hainich-Kreis sowie an der Landesgrenze nach Maßgabe der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs auch eine zulässige Unterschreitung der Mindesteinwohnerzahl von 6.000 in Betracht.

Die Gemeinde Südeichsfeld ist im Landesentwicklungsprogramm 2025 und im Regionalplan Nordthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Dem Grundversorgungsbereich des Grundzentrums sind nach dem Regionalplan Nordthüringen die Gemeinden Südeichsfeld und Rodeberg zugeordnet. Des Weiteren ist die Gemeinde Südeichsfeld dem mittellentralen Funktionsraum Mühlhausen zugeordnet.

Die Gemeinde Hallungen ist nach dem Regionalplan Südwestthüringen dem Grundversorgungsbereich Mihla (Stadt Amt Creuzburg) zugeordnet. Das Landesentwicklungsprogramm 2025 weist für die Gemeinde Hallungen eine bilaterale Ausrichtung zu den beiden Mittelzentren mit Teilfunktion eines Oberzentrums Eisenach und Mühlhausen aus. Die Stadt Eisenach ist 28 Kilometer von der Gemeinde Hallungen entfernt, die Stadt Mühlhausen/Thüringen jedoch lediglich 15 Kilometer. Die Strukturänderung dient dem Ziel, das Grundzentrum Südeichsfeld durch die Eingliederung zu stärken.

Zwischen der Gemeinde Südeichsfeld und der Gemeinde Hallungen bestehen intensive infrastrukturelle, gesellschaftliche und historische Verflechtungsbeziehungen.

Die antragstellenden Gemeinden sind in einem gemeinsamen, homogenen landschaftlichen Kontext aus Wald und landwirtschaftlich genutzten Flächen um die Siedlungsteile eingebettet. Die Gemeinden teilen einen ländlich-dörflichen Charakter.

Die durch die Eingliederung der Gemeinde Hallungen vergrößerte Gemeinde Südeichsfeld weist ein kompaktes Gemeindegebiet auf. Die Fläche der neuen Struktur beträgt etwa 64 Quadratkilometer und hat eine Ost-West-Ausdehnung von etwa 11,2 Kilometern sowie eine Nord-Süd-Ausdehnung von etwa 11,1 Kilometern. Die von der Gemeinde Hallungen entfernteste Ortschaft Lengenfeld unterm Stein der Gemeinde Südeichsfeld liegt 14 Kilometer entfernt und ist über die Landesstraßen 2107 und 2104 sowie die Kreisstraße 501 in 18 Minuten mit dem motorisierten Individualverkehr zu erreichen. Die Ortschaft Heyerode, in der auch die Gemeindeverwaltung Südeichsfeld ihren Sitz hat, ist 3,5 Kilometer entfernt und über die Landesstraße 2107 in etwa 5 Minuten zu erreichen. Infolge des Landkreiswechsels ist es erforderlich, die neue Ortschaft Hallungen der Gemeinde Südeichsfeld in den öffentlichen Nahverkehr des Unstrut-Hainich-Kreises zu integrieren.

Als Grundzentrum verfügt die Gemeinde Südeichsfeld über Einrichtungen mit überörtlicher Bedeutung sowie umfassende Angebote von Gütern und Dienstleistungen des qualifizierten Grundbedarfs, die auch von den Einwohnerinnen und Einwohnern umliegender Gemeinden einschließlich der Gemeinde Hallungen genutzt werden können. Insbesondere in den Ortsteilen Heyerode, Diedorf und Lengenfeld unterm Stein weist die Gemeinde eine breite Ausstattung an Einrichtungen der Daseinsvorsorge auf, wie etwa mehrere Einzelhandelseinrichtungen, Ärzte, Zahnarzt, Apotheke, Post, Bank, Gastronomie, Kindergarten, Grund- und Regelschule sowie Gymnasium, Freibad und eine Veranstaltungsstätte. Auf-

grund der geringen Einwohnerzahl verfügt die Gemeinde Hallungen über keine besonderen Ausstattungsmerkmale.

Zwischen der Gemeinde Südeichsfeld und der Gemeinde Hallungen besteht bereits eine enge interkommunale Zusammenarbeit. Beide Gemeinden sind Mitglieder im Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Obereichsfeld (WAZ), dessen Sitz sich in der Stadt Heiligenstadt befindet.

Des Weiteren besteht eine gemeinsame Mitgliedschaft im Tourismusverband "Welterberegion Wartburg-Hainich", durch die das Zusammenwachsen der neu zu gliedernden Strukturen im Tourismusbereich gefördert wird. Rad- und Wanderwege sowie touristische Knotenpunkte verfügen über eine einheitliche Ausschilderung und Gestaltung und werden als Einheit wahrgenommen.

Darüber hinaus bestehen traditionelle und historische Verbindungen zwischen der Gemeinde Hallungen und der Ortschaft Heyerode der Gemeinde Südeichsfeld, die insbesondere aus der geringen Entfernung zwischen beiden Orten resultieren und bis ins Mittelalter zurückreichen. Die heutige Landesstraße 2027 war bereits früher eine wichtige Handelsstraße, die das Thüringische Gebiet mit dem Eichsfeld verband. Ungefähr in der Mitte zwischen beiden Orten befindet sich die "Obermühle", in welcher die Bauern beider Dörfer ihr Mehl mahlen ließen und die aus diesem Grund schon damals Treff- und Handelspunkt für die Menschen aus beiden Orten war.

In den Jahren von 1952 bis 1956 war Hallungen administrativ dem Landkreis Mühlhausen zugeordnet. Einige Strukturen, wie beispielsweise die Zuständigkeit des Mühlhäuser Grundbuchamtes oder die medizinische ambulante und stationäre Versorgung in der Stadt Mühlhausen/Thüringen, hatten bis Ende der 1970iger Jahre Bestand. Die Zugehörigkeit zur Mühlhäuser Verwaltung ist gegenwärtig bei vielen Einwohnerinnen und Einwohnern noch präsent.

Die gut ausgeprägte Infrastruktur der Gemeinde Südeichsfeld führt auch dazu, dass viele Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Hallungen die Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Zahnärzte und Apotheke im Nachbarort nutzen.

In den Gemeinden Hallungen und Südeichsfeld leben Menschen evangelischer und katholischer Religionszugehörigkeit. Kirchliche Feiern werden oft gemeinsam veranstaltet, auch in ökumenischer Form.

Durch die unmittelbare Nähe beider Gemeinden und die fußläufige Erreichbarkeit in etwa 45 Minuten war und ist es üblich, Volks- und Traditionsfeste wie Pfingsten oder Kirchweih gemeinsam zu feiern. So entstanden über die Jahre auch zahlreiche familiäre Verbindungen zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Hallungen und insbesondere den Ortschaften Heyerode und Diedorf der Gemeinde Südeichsfeld.

Die freiwilligen Feuerwehren arbeiten bereits seit vielen Jahren zusammen. Insbesondere im Bereich der Feuerwehrvereine und der Jugendfeuerwehren bestehen enge Kontakte.

Neben dem Feuerwehrverein gibt es in der Gemeinde Hallungen den Heimatverein. Schon jetzt ist das Vereinsleben eng mit dem in der Gemeinde Südeichsfeld verbunden, insbesondere hinsichtlich der Ortschaft

Heyerode. Die Gemeinde Hallungen betreibt mit der Ortschaft Heyerode der Gemeinde Südeichsfeld das Waldbad "Ritzenhausen". Aufgrund der Beliebtheit des kleinen Freibades bei der Einwohnerschaft der benachbarten Gemeinden Südeichsfeld und Vogtei gibt es einen gemeinsamen Förderverein für das Schwimmbad in Hallungen.

Die Gemeinde Südeichsfeld hat verschiedene kleine Gewerbeflächen mit einer Vielzahl von Kleinstgewerbetreibenden. Sie zählt zu den wirtschaftlich starken Gemeinden des Unstrut- Hainich-Kreises. Die Gemeinde Hallungen verfügt über keinen eigenen Gewerbestandort.

Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Hallungen besuchen derzeit noch das Gymnasium in der Stadt Eisenach und die Regelschule im Ortsteil Mihla der Stadt Amt Creuzburg. Die Landgemeinde Südeichsfeld verfügt über alle Schultypen von der Grundschule über eine Gemeinschaftsschule und ein Gymnasium sowie über insgesamt fünf Kindertagesstätten in unterschiedlicher Trägerschaft mit einer Gesamtkapazität von 370 Plätzen. Die Kinder aus der Gemeinde Hallungen können zukünftig auch hier betreut und beschult werden.

Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt in der Gemeinde Südeichsfeld mit 1.005 Euro und in der Gemeinde Hallungen liegt mit 419 Euro über dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 413 Euro

Die Steuereinnahmen je Einwohner betragen in der Gemeinde Südeichsfeld 584 Euro und in der Gemeinde Hallungen 656 Euro. Sie liegen damit jeweils unter dem vom Landesamt für Statistik ermittelten Landesdurchschnitt von 915 Euro je Einwohner.

Es ist zu erwarten, dass die finanzielle und personelle Leistungskraft zur Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Vergrößerung der Gemeinde Südeichsfeld gesteigert werden kann.

Da die Gemeinde Hallungen für die Umsetzung der Neugliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" auszugliedern und diese somit zu verkleinern ist, sind auch die Belange der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" und ihrer weiteren Mitgliedsgemeinden zu berücksichtigen. Insoweit wird zunächst auf die Ausführungen zu Absatz 2 verwiesen.

Die umliegenden Gemeinden und zentralen Orte, insbesondere die Städte Amt Creuzburg und Treffurt im Wartburgkreis sowie die übrigen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal", werden durch die Eingliederung der Gemeinde Hallungen in die Gemeinde Südeichsfeld auch im Übrigen nicht geschwächt oder in ihrer Entwicklung behindert. Ihnen verbleiben ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten. Zwar bestehen zwischen der Gemeinde Hallungen und den anderen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" insbesondere Verflechtungen auf der Verwaltungsebene. Die in der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" verbleibenden Gemeinden werden jedoch zusammen im Jahr 2035 voraussichtlich 8.200 Einwohner haben. Insoweit besteht für diese auch künftig die Möglichkeit, sich zu einer leitliniengerechten Gemeindestruktur zusammenzufinden.

Zu Absatz 5:

Dieser Absatz regelt, dass zwischen der Verwaltungsgemeinschaft "Hainich-Werratal" und der Gemeinde Südeichsfeld als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Hallungen eine Auseinandersetzung nach § 19 durchzu-

führen ist. Sollten die Beteiligten eine Vermögensaufteilung vorliegend nicht anstreben, kann nach § 19 Abs. 2 Satz 3 in dem Auseinandersetzungsvertrag geregelt werden, dass keine Aufteilung von Vermögen vorgenommen werden soll.

Zu § 10

Die Neugliederung der Gemeindestrukturen im Rahmen dieses Gesetzes sowie weiterer perspektivisch folgender Neugliederungsmaßnahmen soll zur Schaffung einer landesweit ausgewogenen und leitbildgerechten Gesamtstruktur führen.

Freiwillige Gemeindeneugliederungen, die im Zuge dieses Gemeindeneugliederungsgesetzes gebildet werden, können daher mit Blick auf das Ziel einer flächendeckenden Neugliederung der gemeindlichen Strukturen nicht in jedem Fall abschließenden Charakter haben. Es ist vielmehr damit zu rechnen, dass im Zuge späterer Neugliederungsmaßnahmen weitere Gemeinden den mit diesem Gesetz gebildeten Strukturen zugeordnet werden müssen, damit leitbildgerechte flächendeckende Gemeindegebietsstrukturen in Thüringen entstehen können.

Das gilt sowohl für Eingliederungen von Gemeinden in die mit diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden als auch für Eingliederungen der mit diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden in andere Gemeinden. Entsprechendes gilt für Zusammenschlüsse.

Keinen abschließenden Charakter haben insbesondere solche freiwilligen Neugliederungen, welche die Mindesteinwohnerzahl von 6.000 bezogen auf das Jahr 2035 nicht erreichen und daher nur als Schritt zu einer leitbild- und leitliniengerechten Gemeindestruktur zu betrachten sind.

Mit dieser Regelung soll verhindert werden, dass sich aus den Neugliederungen dieses Gesetzes ein Vertrauenstatbestand bei den neu gegliederten Gemeinden dahin gehend bildet, dass zu dieser neuen Struktur keine weiteren Gemeinden zugeordnet werden können oder dass durch diese Neugliederungen ausgeschlossen wird, dass die neu gegliederten Gemeinden in andere Gemeinden eingegliedert oder mit anderen Gemeinden zusammengeschlossen werden.

Zu § 11

Zu den Absätzen 1 bis 8:

Mit den Bestimmungen werden die Regelungen des § 9 Abs. 5 ThürKO in Verbindung mit § 128 ThürKO und § 37 Abs. 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) umgesetzt.

Die Bestimmungen gewährleisten, dass die Bürgerinnen und Bürger einer eingegliederten Gemeinde oder eines eingegliederten Gemeindeteils im Gemeinderat der aufnehmenden Gemeinde durch ihre bei der letzten Gemeinderatswahl gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger oder deren Nachrückerinnen oder Nachrücker entsprechend den Vorgaben des § 9 Abs. 5 Satz 1 bis 3 ThürKO angemessen repräsentiert werden.

Nach dem in Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes und Artikel 95 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen verankerten verfassungsrechtlichen Grundsatz muss die gesamte Bevölkerung einer Gemeinde eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren,

freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist. Dies führt jedoch nicht dazu, dass nach der Vergrößerung einer Gemeinde zwingend eine Neuwahl stattzufinden hat. Vielmehr ist der Gesetzgeber nach der obergerichtlichen Rechtsprechung (Urteil des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt vom 20. Januar 2011, Az.: LVG 22/10) berechtigt, zur Vermeidung eines Eingriffs in die Wahlperiode der gewählten Gemeinde- oder Stadtratsmitglieder der aufnehmenden Gemeinde eine gesetzliche Regelung zu treffen, die eine Mindestrepräsentation und damit eine Annäherung an den von der Verfassung für den Normalfall vorgegebenen Zustand der Repräsentation aller Bürgerinnen und Bürger in der aufnehmenden Gemeinde ermöglicht.

Für den Fall der Eingliederung einer Gemeinde in eine andere Gemeinde hat der Gesetzgeber in § 9 Abs. 5 Satz 1 und 2 ThürKO eine entsprechende allgemeine Entsenderregelung festgelegt.

Für den im vorliegenden Gesetz enthaltenen Sonderfall einer Gemeindeteilung und Eingliederung der Teilgebiete in mehrere andere Gemeinden wird diese Entsenderregelung entsprechend angewendet. In diesem Fall repräsentieren die einrückenden Gemeinderatsmitglieder der aufgelösten Gemeinde die neu hinzugekommenen Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinderäten mehrerer aufnehmender Gemeinden. Um die Bürgerinnen und Bürger eines eingegliederten Gebietsteils der aufgelösten Gemeinde im Gemeinderat der aufnehmenden Gemeinde repräsentieren zu können, müssen die einrückenden Gemeinderatsmitglieder wahlberechtigte Bürgerinnen beziehungsweise Bürger dieses eingegliederten Gebietsteils sein, also insbesondere in dem entsprechenden Gebietsteil ihren Aufenthalt haben. Soweit aus dem eingegliederten Gebietsteil der aufgelösten Gemeinde keine wahlberechtigten Gemeinderatsmitglieder oder deren Nachfolger in den Gemeinderat der aufnehmenden Gemeinde einrücken können, bleibt der jeweilige Gemeinderatssitz unbesetzt.

Das Verfahren der Erweiterung des Gemeinderates ist für den Fall der Eingliederung einer Gemeinde in eine andere Gemeinde in § 9 Abs. 5 Satz 4 bis 6 ThürKO festgelegt. Die Regelungen finden im Fall einer Gemeindeteilung und Eingliederung der Teilgebiete in mehrere andere Gemeinden entsprechende Anwendung.

Nach § 9 Abs. 5 Satz 4 ThürKO stellt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister der aufnehmenden Gemeinde die neuen Gemeinderatsmitglieder nach dem Ergebnis der letzten Gemeinderatswahl in der eingegliederten Gemeinde entsprechend § 19 Abs. 6 und § 22 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) fest und macht die Feststellung entsprechend § 9 Abs. 6 ThürKWG öffentlich bekannt. Die Amtszeit der neuen Gemeinderatsmitglieder beginnt am Tag nach der Annahme des Amtes; die §§ 23 und 29 ThürKWG gelten entsprechend.

In § 22 Abs. 1 ThürKWG werden bei einer Verhältniswahl die Einzelheiten zur Verteilung der Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge geregelt. Die einem Wahlvorschlag danach zufallenden Sitze werden den im Wahlvorschlag enthaltenen Bewerberinnen und Bewerbern in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahlen zugewiesen. Haben mehrere Bewerberinnen und Bewerber die gleiche Stimmenzahl, so entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag nach § 22 Abs. 5 ThürKWG. Fallen einem Wahlvorschlag mehr Sitze zu, als der Wahlvorschlag Bewerberinnen und Bewerber enthält, bleiben nach § 22 Abs. 4 ThürKWG die übrigen Sitze unbesetzt.

Im Fall einer Gemeindeteilung kommt § 22 Abs. 4 ThürKWG bei der Erweiterung des Gemeinderates der jeweils aufnehmenden Gemeinde zur Anwendung, wenn auf einen Wahlvorschlag mehr Sitze entfallen, als im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Eingliederung in dem jeweils eingegliederten Gebiet wahlberechtigte Gemeinderatsmitglieder oder deren Nachrücker vorhanden sind.

In § 9 Abs. 5 Satz 1 ThürKO in Verbindung § 128 ThürKO und § 37 Abs. 1 ThürKWG ist vorgesehen, dass sich die Anzahl der einrückenden Gemeinderatsmitglieder nach dem Verhältnis der Einwohnerzahlen richtet und dass insoweit der letzte fortgeschriebene Stand der Bevölkerung zugrunde zu legen ist, der vom Landesamt für Statistik früher als drei Monate vor dem Tag der Wahl der Gemeinderatsmitglieder zum Beginn der laufenden gesetzlichen Amtszeit veröffentlicht wurde. Maßgeblich ist daher vorliegend der Stand der Bevölkerung zum 30. Juni 2018. Da bei Gemeindeteilungen die Einwohnerzahlen der jeweils eingegliederten Gebietsteile heranzuziehen sind und entsprechende Daten durch das Landesamt für Statistik nicht erhoben werden, wurde in diesen Fällen auf die Daten der Einwohnermeldeämter zurückgegriffen.

Zu Absatz 9:

Wird eine Gemeinde durch die Eingliederung von Gemeinden vergrößert, gibt § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürKO der aufnehmenden Gemeinde das Recht, die Zahl ihrer zu wählenden Gemeinderatsmitglieder für einen befristeten Zeitraum zu erhöhen. Mit Absatz 9 ist sichergestellt, dass diese Regelung auch dann Anwendung findet, wenn eine Gemeinde nicht durch die Eingliederung einer vollständigen Gemeinde, sondern im Fall einer Gemeindeteilung durch die Eingliederung von Gebietsteilen einer Gemeinde vergrößert wird.

Zu § 12

Zu Absatz 1:

Die Bestimmung regelt die Weitergeltung des bisherigen Ortsrechts in Fällen der Eingliederung von Gemeinden oder Gemeindeteilen, bis es durch neues Ortsrecht der aufnehmenden Gemeinde ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt. Grundsätzlich ist das Ortsrecht spätestens bis zum Ende des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres anzupassen.

Zugleich wird festgelegt, dass die Hauptsatzungen der einzugliedernden Gemeinden beziehungsweise die Hauptsatzungen, die für das einzugliedernde Gemeindegebiet gelten, mit der Eingliederung außer Kraft treten. Für das einzugliedernde Gemeindegebiet gilt mit der Eingliederung die Hauptsatzung der aufnehmenden Gemeinde.

Zu Absatz 2:

Die Bestimmung regelt die Weitergeltung des bisherigen Ortsrechts in Fällen des Zusammenschlusses von Gemeinden zu einer neuen Gemeinde, soweit es nicht durch die Gemeindeauflösungen gegenstandslos geworden ist. Ein neues einheitliches Ortsrecht ist spätestens bis zum Ablauf des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres zu schaffen.

Zu Absatz 3:

Nach der Regelung sind bei allen Neugliederungen von Gemeinden nach diesem Gesetz unterschiedliche Grundsteuerhebesätze und Gewerbesteuerhebesätze spätestens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2026 anzupassen.

Zu Absatz 4:

Wie bei der Fortgeltung des bisherigen Ortsrechts nach einer Eingliederung von Gemeinden gilt in den Gemeindegebieten, die aus einem Landkreis ausgegliedert und in einen anderen Landkreis eingegliedert werden, das bisherige Kreisrecht fort, bis es von dem um das Gemeindegebiet vergrößerten Landkreis ersetzt wird oder aus anderen Gründen außer Kraft tritt. Der vergrößerte Landkreis kann das bisherige Kreisrecht ersetzen, indem er sein Recht auf das eingegliederte Gebiet erstreckt oder neues Recht schafft. Das bisherige Kreisrecht ist spätestens bis zum Ablauf des auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Kalenderjahres anzupassen.

Zu § 13

Zu Absatz 1:

In Absatz 1 wird zur Rechtsstellung der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bei der Neugliederung von Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften auf das geltende Landesrecht verwiesen.

Zu Absatz 2:

Nach § 14 Abs. 1 des Thüringer Beamtengesetzes (ThürBG) treten die Betroffenen kraft Gesetzes in den Dienst der vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinde über, wenn die aufgelöste Gemeinde vollständig in dieser aufgeht. In diesem Fall bedarf es lediglich einer schriftlichen Bestätigung der Fortsetzung des Beamtenverhältnisses beziehungsweise der Übernahme als Versorgungsempfängerin oder Versorgungsempfänger beim neuen Dienstherrn.

Zu Absatz 3:

Geht eine Gemeinde im Wege der anteiligen Eingliederung vollständig in mehreren anderen Gemeinden auf, sind die an der Neugliederung beteiligten Gemeinden verpflichtet, einvernehmlich im Rahmen einer pflichtgemäßen Ermessensentscheidung zu bestimmen, welche Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von welcher Körperschaft übernommen werden. Das insoweit erforderliche Einvernehmen, das heißt die Willensübereinstimmung der an der Neugliederung beteiligten Körperschaften, wird über einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, einen Personalüberleitungsvertrag, hergestellt. Der Personalüberleitungsvertrag kann grundsätzlich vor Inkrafttreten der Neugliederung unter Beteiligung der aufzulösenden Gemeinde oder nach der Neugliederung durch die vergrößerten Gemeinden geschlossen werden. Er sollte jedoch bis zum Ablauf des Tages vor dem Aufgabenübergang geschlossen worden sein, damit unmittelbar im Anschluss daran die Übernahmeverfügungen durch die aufnehmenden Gemeinden erlassen werden können.

Eine Vereinbarung über einen erforderlichen finanziellen Ausgleich der Personalkosten für diejenigen Beamtinnen und Beamten, die später auf der Grundlage eines Personalüberleitungsvertrages von den beteiligten Gemeinden übernommen werden, beziehungsweise der Versorgungslasten für zu übernehmende Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, die nicht vom Kommunalen Versorgungsverband Thüringen übernommen werden, ist ebenfalls in den Personalüberleitungsvertrag aufzunehmen.

Wesentliches Kriterium für die anteilig zu übernehmenden Beamtinnen und Beamten ist zunächst der dienstrechtliche Grundsatz, dass das Personal der Aufgabe folgt. Darüber hinaus ist der jeweilige Zuwachs der Einwohnerinnen und Einwohner in den vergrößerten Gemeinden ein weiteres wichtiges Kriterium. Die vergrößerten Gemeinden sollen in erster Linie diejenigen Beamtinnen und Beamten übernehmen, deren Aufgaben durch die Eingliederung des jeweiligen Gebietsteils der aufgelösten Gemeinde betroffen sind. Des Weiteren ist den Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern Gelegenheit zu geben, ihre Präferenz für einen neuen Dienstherrn zu bekunden. Die vorgetragene Präferenz soll, soweit dies möglich ist, berücksichtigt werden. Zu diesem Zweck ist ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen. Weiterhin sind Kriterien, die Rückschlüsse auf die Mobilität der Beamtinnen und Beamten zulassen, wie beispielsweise die Entfernung zwischen Wohnung und künftiger Dienststelle oder auch familiäre oder gesundheitliche Besonderheiten, angemessen zu berücksichtigen.

Die Übernahme der Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erfolgt durch Verfügung, die durch die Gemeinde zu erlassen ist, die künftig deren neuer Dienstherr sein wird. Gegen die Verfügung können die Betroffenen den Verwaltungsweg beschreiten. Um die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung durch die neuen Gemeinden nicht zu gefährden, wird die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage ausgeschlossen.

Für den Fall, dass zum Zeitpunkt der Gemeindeneugliederung noch keine Einigung der beteiligten Gemeinden hinsichtlich der Personalüberleitung vorliegt, ist vorgesehen, dass die Beamtinnen und Beamten der aufgelösten Gemeinden zunächst in den Dienst der Körperschaft übertreten, die gesetzlich zum Rechtsnachfolger bestimmt wurde.

Zu Absatz 4:

In Absatz 4 finden sich für Strukturänderungen von Verwaltungsgemeinschaften, bei denen keine Rechtsnachfolge angeordnet ist, vergleichbare Regelungen wie in Absatz 3. Die dortigen Erläuterungen gelten somit entsprechend.

Abweichungen von Absatz 3 ergeben sich insoweit, als im Fall der Neugliederung einer Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung einzelner Mitgliedsgemeinden nur ein Teil des Personals überzuleiten und daher eine diesbezügliche Auswahlentscheidung zu treffen ist.

Zu Absatz 5:

In Satz 1 ist das weitere Verfahren festgelegt, soweit sich die betroffenen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften in den Fällen der Absätze 3 und 4 nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von sechs Monaten einvernehmlich darüber einigen, welche Bediensteten sowie Versorgungsemp-

fängerinnen und Versorgungsempfänger von welcher Gemeinde beziehungsweise Verwaltungsgemeinschaft zu übernehmen sind. Kommt eine Einigung nicht zustande, ist es im Interesse der Betroffenen notwendig, die Zuständigkeit der Rechtsaufsichtsbehörde festzulegen, die deren zukünftige Anstellungskörperschaft oder den für die Versorgung zuständigen Dienstherrn festlegt. Die Zuordnung der Zuständigkeit auf die obere Rechtsaufsichtsbehörde ist erforderlich, um zu gewährleisten, dass die Entscheidungen über die Übernahme der betroffenen Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger einheitlich im Lichte der beamtenrechtlichen Grundsätze getroffen werden. Mit Satz 2 werden die Verfahrensrechte der betroffenen Beamtinnen und Beamten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger für den Fall einer Entscheidung der hierfür zuständigen oberen Rechtsaufsichtsbehörde festgelegt.

Zu Absatz 6:

Durch Satz 1 werden Versetzungen in den einstweiligen Ruhestand nach § 29 Abs. 1 Satz 1 ThürBG ab dem Zeitpunkt des Übergangs der Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamten, also derjenigen, die keine kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten sind, für die Dauer von drei Jahren aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Neugliederung der Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft stehen, ausgeschlossen. Dies ermöglicht es den durch dieses Gesetz neu gebildeten und vergrößerten Gemeinden sowie neu gegliederten Verwaltungsgemeinschaften und deren Mitarbeitern, sich während des Übergangs- und Anpassungszeitraums gänzlich auf die Aufgabenerfüllung zu konzentrieren. Der Zeitraum von drei Jahren ist aufgrund der demographischen Entwicklung und des damit einhergehenden Ausscheidens dienstälterer Bediensteter sowie der Altersstruktur der vorhandenen Beamtinnen und Beamten ausreichend. In Satz 2 ist festgelegt, dass nach Ablauf der drei Jahre eine weitere Frist von sechs Monaten zu beachten ist.

Zu Absatz 7:

Nach den Sätzen 1 und 2 ist vorgesehen, dass die von der Gemeinde-neugliederung betroffenen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften frühzeitig bei bestimmten Personalmaßnahmen zusammenarbeiten. Durch diese Zusammenarbeit sollen Maßnahmen des für Inneres und Kommunales zuständigen Ministeriums nach § 17 ThürBG, die einen stärkeren Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung darstellen würden, möglichst vermieden werden. Satz 2 erstreckt das Erfordernis des gegenseitigen Einvernehmens auch auf die Maßnahmen Versetzung und Abordnung, die über den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gemeindeneugliederung hinaus wirksam sind. Diese Personalmaßnahmen können langfristige Auswirkungen auf den Personalhaushalt der betroffenen Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft und damit auch auf den Personalhaushalt der neu gebildeten und vergrößerten Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften haben. Nach Satz 3 sind solche Personalmaßnahmen ausgenommen, die durchzuführen sind, weil die betroffenen Beamtinnen und Beamten einen Rechtsanspruch auf Vollzug der Maßnahme haben, den der Dienstherr zu erfüllen hat, beispielsweise die Ernennung zur Beamtin oder zum Beamten auf Lebenszeit nach erfolgreichem Abschluss der Probezeit.

Zu Absatz 8:

Die Regelung verweist auf das bestehende Recht zu den Rechtsgebieten Umzugskosten und Trennungsgeld.

Zu Absatz 9:

Satz 1 greift den Regelungsgegenstand des § 29 ThürBG auf und konkretisiert ihn für die von der Auflösung einer Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft betroffenen hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten, das heißt für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Beigeordnete und Gemeinschaftsvorsitzende. Die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ist erforderlich, da für diesen Personenkreis ein gleich zu bewertendes Wahlamt, das ihrem bisherigen Wahlamt nach Bedeutung und Inhalt entspricht, nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nicht mehr vorhanden ist beziehungsweise nur durch eine erneute Wahl erreicht werden kann. Durch Satz 1 ist eine Versetzung der Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten in den einstweiligen Ruhestand durch die Rechtsnachfolger ihrer bisherigen Dienstherrn nicht erforderlich.

In Satz 2 wird auf das geltende Thüringer Beamtenversorgungsgesetz (ThürBeamtVG) verwiesen. Nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 ThürBeamtVG ist grundsätzlich Voraussetzung für die Gewährung eines Ruhegehalts, dass der Beamte beziehungsweise die Beamtin eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren abgeleistet hat. Daher ist es nach § 32 Beamtenstatusgesetz in Verbindung mit § 34 Abs. 1 ThürBG auch Voraussetzung für die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, dass eine entsprechende versorgungsrechtliche Wartezeit von fünf Jahren erfüllt wird. Ohne die Erfüllung dieser Wartezeit sind die Betroffenen in der Regel zu entlassen und können auch nicht in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Aus Fürsorgegründen ist in solchen Fällen nach § 41 ThürBeamtVG die Gewährung eines Übergangsgeldes vorgesehen. Für die Erfüllung der versorgungsrechtlichen Wartezeit von fünf Jahren sind nur ruhegehaltstfähige Dienstzeiten sowie Zeiten einzurechnen, die kraft gesetzlicher Vorschrift als ruhegehaltstfähig gelten. Die Dienstzeit ist dabei grundsätzlich "abzuleisten", das heißt aktiv wahrzunehmen.

Nach § 77 Abs. 1 ThürBeamtVG gelten für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten auf Zeit die Bestimmungen für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit entsprechend, soweit im Thüringer Beamtenversorgungsgesetz nichts anderes bestimmt ist. Hinsichtlich der Wartezeit nach § 11 Abs. 1 ThürBeamtVG ist nichts anderes bestimmt. Damit die betroffenen kommunalen Wahlbeamtinnen und Wahlbeamten durch die Neugliederung versorgungsrechtlich keinen Nachteil erleiden, stellt Satz 3 als Ausnahmeregelung im Sinne des § 77 Abs. 1 ThürBeamtVG sicher, dass die Dienstzeit im Sinne von § 11 Abs. 1 Nr. 1 ThürBeamtVG und § 34 Abs. 1 ThürBG (Wartezeit) als abgeleistet gilt, wenn bis zum Ende der regulären Amtszeit eine Dienstzeit von mindestens fünf Jahren erreicht worden wäre.

Zu § 14

Zu Absatz 1:

Geht eine aufgelöste Gemeinde durch Eingliederung oder Zusammenschluss vollständig in einer anderen Gemeinde auf, werden ihre Tarifbeschäftigten in den Dienst der vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinde übernommen. Durch Absatz 1 ist klargestellt, dass die Arbeitsverhältnisse der Tarifbeschäftigten und die Ausbildungsverhältnisse der Auszubildenden so, wie sie zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Gemeindeneugliederung bestehen, mit allen Rechten und Pflichten auf die vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinden als Arbeitgeber übergehen.

Zu Absatz 2:

Geht eine aufgelöste Gemeinde durch anteilige Eingliederung vollständig in mehreren anderen Gemeinden auf, werden die an der Neugliederung beteiligten Gemeinden verpflichtet, sich über eine anteilige Übernahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Auszubildenden und über einen erforderlichen finanziellen Ausgleich für gegebenenfalls entstandene Personalkosten zu einigen. Zur weiteren Begründung wird auf die Ausführungen in der Begründung zu § 13 Abs. 3 verwiesen.

Zu Absatz 3:

Absatz 3 enthält für Strukturänderungen von Verwaltungsgemeinschaften, bei denen keine Rechtsnachfolge angeordnet ist, vergleichbare Regelungen wie Absatz 2 und zugleich eine Parallelregelung zu § 13 Abs. 3. Zur weiteren Begründung wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Zu Absatz 4:

Absatz 4 regelt das weitere Verfahren für den Fall, dass die in den Absätzen 2 und 3 vorgesehene Vereinbarung der betroffenen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften nicht innerhalb der gesetzlichen Frist von sechs Monaten zustande kommt. Zur weiteren Begründung wird auf die Ausführungen zu § 13 Abs. 5 verwiesen.

Zu Absatz 5:

Absatz 5 enthält Regelungen für den Fall, dass im Rahmen einer kreisübergreifenden Gemeindeneugliederung und der damit verbundenen Kreisgebietsänderung Aufgaben eines Landkreises ganz oder teilweise auf einen anderen Landkreis übergehen. Insoweit ist vorgesehen, dass Tarifbeschäftigte des abgebenden Landkreises, die ausschließlich mit der Wahrnehmung der übergehenden Aufgaben betraut sind, in den Dienst des Landkreises übernommen werden, auf den die Aufgaben übergehen. Dies gilt beispielsweise für das technische Personal einer Schule in der Schulträgerschaft des abgebenden Landkreises, die im Zuge der Neugliederung in die Schulträgerschaft des aufnehmenden Landkreises wechselt.

Der Übergang der Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse erfolgt wie in den Fällen des Absatzes 1 in entsprechender Anwendung von § 613a des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Nehmen Tarifbeschäftigte nur teilweise Aufgaben wahr, die im Zuge der Kreisgebietsänderung auf einen anderen Landkreis übergehen, haben die Landkreise die Möglichkeit, in dem Auseinandersetzungsvertrag nach § 19 auch interessengerechte Regelungen zu einer Personalübernahme und Erstattung von Personalkosten zu treffen.

Zu Absatz 6:

Jegliche Rechtsnachteile für die Tarifbeschäftigten sollen ausgeschlossen werden. Der erreichte rechtliche Besitzstand soll gewahrt und insbesondere tarifrechtlich maßgebliche Zeiten so berücksichtigt werden, als wenn sie bei der neuen Arbeitgeberin, der vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinde oder der neu gegliederten Verwaltungsgemeinschaft, zurückgelegt worden wären.

Zu Absatz 7:

Mit den Sätzen 1 und 2 wird geregelt, dass sich die für den Beamtenbereich geltende Regelung des § 9 Abs. 7 auch auf den Tariffbereich erstreckt. Da es im Beamtenbereich die Instrumente Entfristung oder Verlängerung (von Beamtenverhältnissen) nicht gibt, bedarf es in Satz 3 einer gesetzlichen Fiktion, diese arbeitsrechtlichen Maßnahmen wie eine Neueinstellung zu behandeln. In Satz 4 ist die entsprechende Anwendung der beamtenrechtlichen Vorschriften über Umzugskosten und Trennungsgeld auch für den Bereich der übergegangenen Tarifbeschäftigten geregelt.

Zu Absatz 8:

Durch die Regelung des Satzes 1 werden betriebsbedingte Kündigungen aus Gründen, die im Zusammenhang mit der Neugliederung der Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft stehen, ab dem Zeitpunkt des Übergangs des Beschäftigungsverhältnisses für die Dauer von drei Jahren ausgeschlossen. Dies ermöglicht es den durch dieses Gesetz vergrößerten und neu gebildeten Gemeinden sowie neu gegliederten Verwaltungsgemeinschaften und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sich während des Übergangs- und Anpassungszeitraums gänzlich auf die Aufgabenerfüllung zu konzentrieren. Durch die Regelung in Satz 2 betrifft dieser Ausschluss jedoch nicht Änderungskündigungen, die wegen eines Wechsels des Arbeitsortes erforderlich werden. Durch Satz 3 wird darüber hinaus klargestellt, dass personen- oder verhaltensbedingte Kündigungen von der Kündigungsschutzregelung des Satzes 1 unberührt bleiben.

Zu § 15

Durch die Regelung wird der in § 32 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Personalvertretungsgesetzes (ThürPersVG) festgelegte Grundsatz, dass bei Umorganisationen von Dienststellen und Körperschaften die Personalräte neu zu wählen sind, aufgehoben. Es wird aus Gründen der einfacheren Rechtsanwendung unter teilweise sprachlicher Bezugnahme auf § 32 Abs. 3 ThürPersVG festgelegt, wann im Zusammenhang mit der Neugliederung einer Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft eine Neuwahl der Personalvertretung unter Anwendung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes durchzuführen ist. Die Amtszeit der neu gewählten Personalräte richtet sich nach § 27 Abs. 4 ThürPersVG.

Zu § 16

In Satz 1 ist festgelegt, wann in den Dienststellen der nach diesem Gesetz vergrößerten und neu gebildeten Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften die Schwerbehindertenvertretungen zu wählen sind. Durch Satz 2 wird sichergestellt, dass zu jedem Zeitpunkt eine Schwerbehindertenvertretung vorhanden ist. In Satz 3 wird die Zuständigkeit der bisherigen Schwerbehindertenvertretungen geregelt, bis in der Dienststelle der vergrößerten und neu gebildeten Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften eine neue Schwerbehindertenvertretung gewählt ist.

Zu § 17

Durch diese Bestimmung wird das Verfahren sowohl zur Bestellung von vorläufigen Gleichstellungsbeauftragten für die durch dieses Gesetz vergrößerten und neu gebildeten Gemeinden oder Verwaltungsgemeinschaften als auch die Bestellung der neuen Gleichstellungsbeauftragten

geregelt. Die Bestellung einer vorläufigen Gleichstellungsbeauftragten und damit auch die spätere Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten für die vergrößerte oder neu gebildete Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft sind nur erforderlich, wenn die aufgelöste Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft über eine Gleichstellungsbeauftragte verfügte und diese in den Dienst der vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft tritt.

Zu § 18

Die Bestimmung enthält Regelungen über eine Auseinandersetzung für die Fälle, in denen eine Gemeinde aufgelöst, ihr Gebiet geteilt und in mehrere Gemeinden eingegliedert wird. In diesen Fällen ist mit der Aufteilung des Gemeindegebietes auch eine Veränderung beziehungsweise Verteilung der kommunalen Aufgaben der aufgelösten Gemeinde auf die aufnehmenden Gemeinden verbunden. Diese Veränderung muss sich in einer Anpassung der bestehenden Rechtsverhältnisse der aufnehmenden Gemeinden insbesondere auch vor dem Hintergrund widerspiegeln, dass das Gesetz nur eine der aufnehmenden Gemeinden zur Gesamtrechtsnachfolgerin der aufgelösten Gemeinde bestimmt.

Zu den Absätzen 1 bis 3:

Das Gesetz sieht in Absatz 1 eine Regelung der Rechtsfolgen durch eine Vereinbarung der aufnehmenden Gemeinden vor. Die konkrete Ausgestaltung der Auseinandersetzung soll insbesondere vor dem Hintergrund des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung den Beteiligten selbst überlassen bleiben. Ohne eine solche Vereinbarung blieben die gebotenen Änderungen unter anderem für das Vermögen, das der Aufgabenerfüllung dient, sowie für etwaige aufgabenbezogene vertragliche Rechte und Pflichten unberücksichtigt. Deshalb wird durch das Gesetz den betroffenen Gemeinden eine sach- und interessengerechte Korrektur durch eine Auseinandersetzung aufgegeben. Sie erfolgt durch die Vereinbarung der Beteiligten individuell und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten.

Lediglich Grundstücke werden in Absatz 2 von Gesetzes wegen nach ihrer Belegenheit den aufnehmenden Gemeinden zugeordnet.

Nach Absatz 3 Satz 1 sollen sich die Vertragsparteien für den Auseinandersetzungsvertrag sowohl an der Aufgabe orientieren, der das Vermögen dient, als auch an dem Umfang, in dem die kommunalen Aufgaben von den aufnehmenden Gemeinden zu erfüllen sind. Nach Absatz 3 Satz 2 kann in den Auseinandersetzungsvertrag eine Regelung über einen finanziellen Ausgleich aufgenommen werden, wenn besondere Gründe dies geboten erscheinen lassen. Das kann der Fall sein, wenn eine entschädigungslose Übertragung von Vermögensgegenständen zu einer unbilligen, einseitigen Belastung eines Beteiligten führen würde. Es geht also nicht um den Ausgleich eines jeden Vermögensverlustes im Sinne eines Wertausgleiches. Vielmehr ist im Grundsatz von einer entschädigungslosen Übertragung auszugehen. Ein Ausgleich kommt nur ausnahmsweise in Betracht, wenn besondere Umstände hinzutreten, die durch eine wesentliche Mehrbelastung eines Beteiligten das Ziel der Vermögensverschiebung in Frage stellen, der allen Beteiligten die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben ermöglichen soll. Dies könnte etwa der Fall sein, wenn aus der Beschaffung, Erhaltung, Sanierung oder sonstigen investiven Maßnahmen in Bezug auf einen Vermögensgegenstand Kreditverpflichtungen in nicht unerheblichem Umfang allein von der Gesamtrechtsnachfolgerin zu tragen wären, obwohl der ent-

sprechende Vermögensgegenstand aufgrund seiner Belegenheit einer anderen aufnehmenden Gemeinde zugeordnet wird und die Gesamtrechtsnachfolgerin dadurch in der Erfüllung der von ihr sonst wahrzunehmenden Angelegenheiten beeinträchtigt, die aufnehmende Gemeinde aber unangemessen entlasten würde. In Betracht kommt ein finanzieller Ausgleich auch dann, wenn abweichend von Absatz 3 Satz 1 eine Vermögenszuordnung nicht erfolgen soll, etwa wegen der Unteilbarkeit von Vermögen. Die Beteiligten können sich hierüber ebenso wie über einen finanziellen Ausgleich für diesen Fall verständigen. Hierfür wird in Absatz 3 Satz 3 die gesetzliche Grundlage geschaffen.

Mit Satz 4 wird schließlich klargestellt, dass auch für die Beteiligung an Unternehmen einer aufgelösten Gemeinde die erforderliche Auseinandersetzung entsprechend den in den Sätzen 1 bis 3 normierten Grundsätzen erfolgt.

Die gesetzlich geregelte freiwillige Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden ist abschließend in diesem Gesetz geregelt. Der Rückgriff auf die Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen ist ausgeschlossen; insbesondere § 5 des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen findet keine Anwendung.

Zu Absatz 4:

Die Regelung räumt den Beteiligten für den Abschluss des Auseinandersetzungsvertrages eine Jahresfrist ab dem Inkrafttreten der Neugliederung der Gemeinde ein. Den Beteiligten steht damit ein angemessener Zeitraum zur Verfügung, ihre Rechtsverhältnisse zu klären und trotzdem zeitnah durch eine Vermögensauseinandersetzung die kontinuierliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Fehlt es nach der gesetzlich vorgesehenen Jahresfrist noch ganz oder teilweise an der notwendigen Vereinbarung, muss im Interesse der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung und der hierfür erforderlichen sächlichen Ausstattung die fehlende Auseinandersetzung anderweitig herbeigeführt werden. Deshalb hat nach Fristablauf das Landesverwaltungsamt die Auseinandersetzung durch Verwaltungsakt zu verfügen. Da dieses Gesetz eine Auflösung von Gemeinden und die Eingliederung ihres Gebietes in mehrere Gemeinden kreisübergreifend vorsieht, ist das Landesverwaltungsamt dem Rechtsgedanken des § 118 Abs. 1 Satz 2 ThürKO folgend zur Entscheidung nach Absatz 4 berufen. Es hat zuvor im Rahmen einer durchzuführenden Anhörung die Interessen der aufnehmenden Gemeinden zu ermitteln und diese in seine Abwägung für die vom Gesetz vorgesehene Entscheidung nach billigem Ermessen einzubeziehen. Kriterium für die zu treffende Entscheidung ist die in Absatz 3 geregelte Verteilung der Vermögensgegenstände nach ihrem Aufgabenbezug und dem Umfang der Aufgabenwahrnehmung, sofern nicht unter Billigkeitsgesichtspunkten anderen Kriterien der Vorrang zu geben ist. Kommen die aufnehmenden Gemeinden im Laufe des Verfahrens und gegebenenfalls mit Unterstützung und Beratung durch das Landesverwaltungsamt selbst noch zu einer Einigung über die erforderliche Vereinbarung, hat diese bis zur Bestandskraft des Verwaltungsaktes Vorrang vor der behördlichen Entscheidung.

Zu § 19

Die Vorschrift enthält Regelungen über eine Auseinandersetzung für die Fälle, in denen eine Gemeinde aus einer Verwaltungsgemeinschaft ausgegliedert wird, um die Gemeinde entsprechend ihrem Antrag außerhalb

der Verwaltungsgemeinschaft neu zu gliedern oder einer anderen Verwaltungsgemeinschaft zuzuordnen.

Zu den Absätzen 1 und 2:

Mit dem Ausscheiden der Gemeinde verliert die Verwaltungsgemeinschaft auch die Zuständigkeit für die insoweit bislang wahrgenommenen Angelegenheiten der Gemeinde. Das Gesetz trägt diesem Umstand Rechnung und sieht in Absatz 1 eine Regelung der Rechtsfolgen durch eine Vereinbarung der Betroffenen vor. Es überlässt vor dem Hintergrund des kommunalen Selbstverwaltungsrechts die Details den Betroffenen, die diese Details in einem Auseinandersetzungsvertrag regeln. Ohne eine solche Vereinbarung bliebe die Zuständigkeitsänderung unter anderem für das Vermögen, das der Aufgabenerfüllung dient, für etwaige aufgabenbezogene vertragliche Rechte und Pflichten und so weiter unberücksichtigt. Deshalb gibt das Gesetz den Betroffenen eine sach- und interessengerechte Korrektur durch eine Auseinandersetzung auf.

Die konkrete Ausgestaltung der Auseinandersetzung soll insbesondere vor dem Hintergrund des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung den Beteiligten selbst überlassen bleiben. Sie erfolgt durch die Vereinbarung der Beteiligten individuell und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten. Nach Absatz 2 Satz 1 sollen sich die Vertragsparteien dabei sowohl an der Aufgabe orientieren, der das Vermögen dient, als auch an dem Umfang, in dem sich die Erfüllung der jeweiligen Aufgabe für die Verwaltungsgemeinschaft ändert.

Zu den Einzelheiten der Regelungen eines Auseinandersetzungsvertrages (§ 19 Abs. 2 Satz 2 bis 4) gilt das zu § 18 Abs. 3 Satz 2 und 3 Ausgeführte entsprechend.

Die gesetzlich geregelte freiwillige Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden ist abschließend in diesem Gesetz geregelt. Der Rückgriff auf die Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen ist ausgeschlossen; insbesondere § 5 des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen findet keine Anwendung.

Zu Absatz 3:

Die Regelung räumt den Beteiligten für den Abschluss des Auseinandersetzungsvertrages eine Jahresfrist ab dem Inkrafttreten der Neugliederung der Gemeinde ein. Den Beteiligten steht damit ein angemessener Zeitraum zur Verfügung, ihre Rechtsverhältnisse zu klären und trotzdem zeitnah durch eine Vermögensauseinandersetzung die kontinuierliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Fehlt es nach der gesetzlich vorgesehenen Jahresfrist noch ganz oder teilweise an der notwendigen Vereinbarung, muss im Interesse der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung und der hierfür erforderlichen sächlichen Ausstattung die fehlende Auseinandersetzung anderweitig herbeigeführt werden. Deshalb hat nach Fristablauf die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde die Auseinandersetzung durch Verwaltungsakt zu verfügen. Sie hat zuvor im Rahmen einer durchzuführenden Anhörung die Interessen der Verwaltungsgemeinschaft und der ausgegliederten Gemeinde beziehungsweise ihrer Rechtsnachfolgerin zu ermitteln und diese in ihre Abwägung für die vom Gesetz vorgesehene Entscheidung nach billigem Ermessen einzubeziehen. Kriterium für die zu treffende Entscheidung ist die in Absatz 2 geregelte Verteilung der Vermögensgegenstände nach ihrem Aufgabenbezug und dem Umfang der Aufgabenwahrnehmung, sofern nicht unter

Billigkeitsgesichtspunkten anderen Kriterien der Vorrang zu geben ist. Kommen die Beteiligten im Laufe des Verfahrens der Rechtsaufsicht und gegebenenfalls mit deren Unterstützung und Beratung selbst noch zu einer Einigung über die erforderliche Vereinbarung, hat diese bis zur Bestandskraft des Verwaltungsaktes Vorrang vor der Entscheidung der Rechtsaufsicht.

Zu § 20

Zu den Absätzen 1 bis 3:

Erfolgt eine Gemeindeneugliederung kreisübergreifend, erfährt auch das Landkreisgebiet eine Änderung. Dies ist der Fall, wenn das Gemeindegebiet einer aufgelösten Gemeinde ganz oder teilweise in eine oder mehrere Gemeinden in benachbarten Landkreisen eingegliedert wird. Da sich die Zuständigkeit der Landkreise allein auf ihr jeweiliges Landkreisgebiet bezieht, folgen aus solchen Neugliederungsmaßnahmen Änderungen in der Aufgabenwahrnehmung der betroffenen Landkreise. Es wird daher in Absatz 1 Satz 1 bestimmt, dass in solchen Fällen eine Auseinandersetzung stattzufinden hat. In Absatz 1 Satz 2 ist insoweit eine Regelung der Rechtsfolgen durch eine Vereinbarung der Betroffenen vorgesehen. Sie erfolgt durch den Auseinandersetzungsvertrag individuell und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten. Das Gesetz überlässt so vor dem Hintergrund des kommunalen Selbstverwaltungsrechts die Details den Betroffenen. Ohne eine solche Vereinbarung bliebe die Zuständigkeitsänderung unter anderem für das Vermögen, das der Aufgabenerfüllung dient, sowie für etwaige aufgabenbezogene vertragliche Rechte und Pflichten unberücksichtigt. Deshalb gibt das Gesetz den Betroffenen eine sach- und interessengerechte Korrektur durch eine Auseinandersetzung auf.

Lediglich für Grundstücke trifft bereits das Gesetz eine Regelung. Ergibt sich infolge der Neugliederung für ein kreiseigenes Grundstück, dass es nunmehr im Gebiet eines anderen Landkreises liegt, wird dieses Grundstück durch Absatz 2 Satz 1 von Gesetzes wegen nach seiner Belegenheit dem aufnehmenden Landkreis zugeordnet. Hierbei sieht Absatz 2 Satz 2 vor, dass der aufnehmende Landkreis mit dem Eigentumserwerb zugleich als Rechtsnachfolger in die mit dem Grundstück einschließlich seiner wesentlichen Bestandteile verbundenen öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen eintritt, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

In Absatz 3 wird festgelegt, nach welchen Maßstäben die in Absatz 1 angeordnete Auseinandersetzung erfolgen soll, wenn spezialgesetzlich nichts anderes geregelt ist. Mit dem Verweis auf den Vorrang anderer gesetzlicher Bestimmungen wird gewährleistet, dass im Rahmen der Auseinandersetzung speziellere fachgesetzliche Regelungen und deren Wertungen beziehungsweise Vorgaben nicht unterlaufen werden. Nach Absatz 3 Satz 1 sollen sich die Landkreise bei der Auseinandersetzung sowohl an der Aufgabe orientieren, der das Vermögen dient, als auch an dem Umfang, in dem sich die Erfüllung der jeweiligen Aufgabe für die beteiligten Landkreise ändert. Spezialgesetzliche Regelungen finden sich etwa für den Wechsel der Straßenbaulast in § 11 des Thüringer Straßengesetzes sowie § 6 des Bundesfernstraßengesetzes.

Zu den Einzelheiten der Regelungen eines Auseinandersetzungsvertrages (§ 20 Abs. 3 Satz 2 und 3) gilt das zu § 18 Abs. 3 Satz 2 und 3 Ausgeführte entsprechend.

Die gesetzlich geregelte freiwillige Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden ist abschließend in diesem Gesetz geregelt. Der Rückgriff auf die Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen ist ausgeschlossen; insbesondere § 5 des Thüringer Gesetzes über die Finanzierung der staatlichen Schulen findet keine Anwendung.

Zu Absatz 4:

Die Regelung räumt den betroffenen Landkreisen für den Abschluss des Auseinandersetzungsvertrages eine Jahresfrist ab dem Inkrafttreten der Neugliederung der Gemeinde ein. Ihnen steht damit ein angemessener Zeitraum zur Verfügung, ihre Rechtsverhältnisse zu klären und trotzdem zeitnah durch eine Vermögensauseinandersetzung die kontinuierliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Fehlt es nach der gesetzlich vorgesehenen Jahresfrist noch ganz oder teilweise an der notwendigen Vereinbarung, muss im Interesse der Sicherstellung der Aufgabenerfüllung und der hierfür erforderlichen sächlichen Ausstattung die fehlende Auseinandersetzung anderweitig herbeigeführt werden. Deshalb hat nach Fristablauf das Landesverwaltungsamt als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde die Auseinandersetzung durch Verwaltungsakt zu verfügen. Es hat zuvor im Rahmen einer durchzuführenden Anhörung die Interessen der betroffenen Landkreise zu ermitteln und diese in seine Abwägung für die vom Gesetz vorgesehene Entscheidung nach billigem Ermessen einzubeziehen. Kriterium für die zu treffende Entscheidung ist die in Absatz 3 geregelte Verteilung der Vermögensgegenstände nach ihrem Aufgabenbezug und dem Umfang der Aufgabenwahrnehmung, sofern nicht unter Billigkeitsgesichtspunkten anderen Kriterien der Vorrang zu geben ist. Kommen die Landkreise im Laufe des Verfahrens und gegebenenfalls mit Unterstützung und Beratung durch das Landesverwaltungsamt selbst noch zu einer Einigung über die erforderliche Vereinbarung, hat diese bis zur Bestandskraft des Verwaltungsaktes Vorrang vor der Entscheidung durch Verwaltungsakt.

Zu § 21

Zu Absatz 1:

Mit Absatz 1 wird klargestellt, dass durch die in diesem Gesetz vorgenommenen Neugliederungen keine Veränderung der Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner eintritt, soweit diese von der Dauer ihres Wohnens oder ihres Aufenthalts in der Gemeinde oder im Landkreis abhängen.

Zu Absatz 2:

In Satz 1 wird klargestellt, dass die Einwohnerzahl durch Addition der Einwohnerzahlen der an der jeweiligen Neugliederung beteiligten Gebietskörperschaften oder der eingegliederten Teile von Gebietskörperschaften zu ermitteln ist, wenn sie für eine gesetzliche Bestimmung maßgeblich ist.

Die Sätze 2 bis 4 enthalten spezielle Regelungen für den in § 3 vorgesehenen Neugliederungsfall einer Gemeindeteilung. Wird eine Gemeinde anteilig in mehrere Gemeinden eingegliedert, ist die Anwendung von gesetzlichen Bestimmungen, die an der Einwohnerzahl eines Landkreises oder einer Gemeinde oder an der Zahl der im Zuge einer kommunalen Neugliederung aufgenommenen Einwohnerinnen und Einwohner anknüpfen, mit Schwierigkeiten verbunden. Nach den entsprechenden

gesetzlichen Bestimmungen ist regelmäßig die durch das Landesamt für Statistik festgestellte Einwohnerzahl maßgeblich. Das Landesamt für Statistik verfügt jedoch nicht über die Einwohnerzahlen der Ortsteile einer Gemeinde, die im Falle einer Gemeindeteilung in verschiedene andere Gemeinden eingegliedert werden. Somit fehlt es an den erforderlichen statistisch festgestellten Daten, um die Zahl der jeweils in die aufnehmenden Gemeinden wechselnden Einwohnerinnen und Einwohner und somit auch die durch die Neugliederung veränderten Einwohnerzahlen der aufnehmenden Gemeinden sowie der betroffenen Landkreise rechtssicher zu bestimmen.

Um bei der Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen rechtliche Unsicherheiten zu vermeiden, wird daher mit Satz 2 ein konkretes Aufteilungsverhältnis für die Einwohnerzahl der Gemeinde Rodeberg festgelegt, welche nach § 3 anteilig mit mehreren Gemeinden neu gegliedert wird. Hiernach entfallen 23,56 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Rodeberg auf den Ortsteil Eigenrieden, dessen Gebiet in die Stadt Mühlhausen/Thüringen eingegliedert wird und 76,44 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner auf den Ortsteil Struth, dessen Gebiet in die Stadt Dingelstädt eingegliedert wird und zugleich aus dem Unstrut-Hainich-Kreis in den Landkreis Eichsfeld wechselt. Die Anwendung des gesetzlich festgelegten Aufteilungsverhältnisses auf die jeweilige durch das Landesamt für Statistik festgestellte Einwohnerzahl der Gemeinde Rodeberg ermöglicht in Verbindung mit der Regelung des Satzes 1 eine rechtssichere Feststellung der gesetzlich maßgeblichen Einwohnerzahlen.

Das gesetzlich festgelegte Aufteilungsverhältnis von 23,56 Prozent zu 76,44 Prozent entspricht dem Bevölkerungsschlüssel zum Stand 31. Dezember 2021, den die Städte Mühlhausen/Thüringen und Dingelstädt sowie die Gemeinde Rodeberg auf Basis der Daten des zuständigen Einwohnermeldeamtes in dem zwischen ihnen geschlossenen koordinationsrechtlichen Vertrag festgelegt und zum Maßstab für die Aufteilung von Vermögen und Personal der Gemeinde Rodeberg bestimmt haben.

Das festgelegte Aufteilungsverhältnis gilt grundsätzlich für alle genannten gesetzlich maßgeblichen Einwohnerzahlen der betroffenen Gemeinden und Landkreise, unabhängig von ihrem jeweiligen Stichtag.

Satz 3 sieht vor, dass die Regelung in Satz 2 nur Anwendung findet, soweit noch keine durch das Landesamt für Statistik fortgeschriebenen Einwohnerzahlen für die neu gegliederten Gemeinden und Landkreise vorliegen. Damit wird zugleich klargestellt, dass das Landesamt für Statistik bei der Fortschreibung der betreffenden Einwohnerzahlen nicht an das gesetzlich festgelegte Aufteilungsverhältnis der Einwohner der Gemeinde Rodeberg gebunden ist.

Soweit gesetzlich nicht anders bestimmt, ist das in Satz 2 festgelegte Aufteilungsverhältnis nach Satz 4 Nummer 1 für weitere gesetzlich fixierte Berechnungsgrößen, die gemeindescharf vorliegen, heranzuziehen. Dies sind zum Beispiel die Personen in Bedarfsgemeinschaften und die Eingliederungshilfeempfänger, die für die Ermittlung der sozialen Kreisschlüsselzuweisung von Bedeutung sind (§ 13 Abs. 1 ThürFAG) sowie die Kinder im Alter von null bis sechs Jahren (§ 9 Abs. 2 ThürFAG). In diesen Fällen wird unterstellt, dass die zu bestimmende Berechnungsgröße in dem festgelegten Aufteilungsverhältnis auf die beiden Ortsteile der Gemeinde Rodeberg und somit auf die aufnehmenden Gemeinden sowie die betroffenen Landkreise entfällt.

Soweit Berechnungsgrößen statistisch nur auf der Ebene der Landkreise vorliegen, beispielhaft sind hier die Hilfen nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch zu nennen, die ebenfalls zur Bestimmung der sozialen Kreisschlüsselmasse erforderlich sind (§ 13 Abs. 1 ThürFAG) und gesetzlich nichts Abweichendes bestimmt ist, werden sie nach Satz 4 Nummer 2 für Gemeinden im Verhältnis ihrer Einwohnerzahl zur Einwohnerzahl des abgebenden Landkreises bestimmt. Im Falle der Gemeinde Rodeberg sind die über das Aufteilungsverhältnis nach Satz 2 ermittelten Einwohner der Ortsteile maßgeblich.

Zu § 22

Im Vollzug dieses Gesetzes werden Maßnahmen notwendig, die mit einer Gebührenpflicht verbunden sind. Durch diese Bestimmung wird deshalb im Rahmen des Landesrechts die Freistellung von Kosten für solche notwendigen Rechtshandlungen geregelt. Ein Anspruch auf Kostenerstattung für die Einwohnerinnen und Einwohner wegen anfallender Kosten in der Folge dieses Gesetzes ist mit der Regelung nicht verbunden. Wenn, wie beispielsweise bei Adressenänderungen in den Fahrzeugpapieren, die Kosten aufgrund von Bundesrecht erhoben werden, richten sich die Möglichkeiten der Kostenfreistellung ebenfalls nach Bundesrecht.

Zu § 23

Zu Absatz 1:

Die Regelungen der Rechtsnachfolge nach diesem Gesetz gelten nicht für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden und die Beteiligung an Zweckvereinbarungen; insoweit bleibt es bei den allgemeinen Bestimmungen nach den §§ 14 und 39 des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit.

Zu Absatz 2:

Mit dieser speziellen Bestimmung, die die Anwendbarkeit der übrigen Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit unberührt lässt, wird sichergestellt, dass ein Ausgleich zwischen dem Interesse der Aufgabe des Zweckverbandes, also dem öffentlichen Interesse einer geordneten Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Wasserver- und Abwasserentsorgung und dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht, insbesondere in Form der Organisationshoheit, stattfindet. Einerseits wird der neuen Körperschaft mit ausreichender Zeit die Möglichkeit gegeben, ihr weiteres Verhalten zu bestimmen und andererseits wird durch die Bestimmung gewährleistet, dass die Aufgabe des Verbandes nicht unmittelbar nach Neugliederung der Mitglieder durch mögliche Kündigungen so weit erschwert wird, dass die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung gefährdet wäre. Schließlich stellt die Bestimmung sicher, dass nach einem Zeitraum von 18 Monaten der Zweckverband seine Planungen für die zukünftige Aufgabenerfüllung, auch beispielsweise im Hinblick auf Investitionsplanungen, mit Gewissheit über sein zukünftiges Aufgabengebiet, seine Mitglieder und damit letztlich auch seine finanzielle Situation, uneingeschränkt fortführen kann.

Zu Absatz 3:

Die Verlängerung der Frist von drei Monaten auf ein Jahr soll sicherstellen, dass die betroffenen neuen kommunalen Körperschaften nach Wirksamwerden der Neugliederungen auf der Grundlage dieses Ge-

setzes ausreichend Zeit haben, um sachgerechte Entscheidungen treffen zu können.

Zu Absatz 4:

Mit dieser Regelung sollen für eine Übergangszeit von drei Jahren auch Zweckverbände mit einem Mitglied weiterbestehen können, die ohne diese Regelung bereits mit der Gemeindeneugliederung aufgelöst wären. Die Zweckverbände können diese Zeit nicht nur für die Suche nach neuen Mitgliedern nutzen und so ihre Auflösung verhindern, sondern auch für die Entwicklung von Optimierungsstrategien für die Auflösung des Zweckverbandes. Dies betrifft beispielsweise auch Fragen der steuerlichen Folgen der Auflösung, die geprüft und beeinflusst werden können.

Zu Absatz 5:

Mit dieser speziellen Bestimmung wird ohne Rücksicht auf die Regelungen in einer wirksamen Verbandssatzung des Zweckverbandes gefordert, dass in den Fällen eines Austrittes oder eines Ausschlusses auf der Grundlage dieses Gesetzes ein Konzept für die Auseinandersetzung mit bestimmten Mindestanforderungen vom Zweckverband erstellt und der Aufsichtsbehörde vorgelegt wird. Eine Entscheidung über die Genehmigung des Austrittes oder eines Ausschlusses darf in diesen Fällen durch die Aufsichtsbehörde nicht erfolgen, ohne dass dieses Konzept vorliegt. Die Prüfung, ob Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, muss dieses Konzept einbeziehen. Ein Konzept, das die Mindestanforderungen nicht erfüllt, ist kein Konzept im Sinne dieser Bestimmung. Um das Verfahren in einem Zeitraum abzuarbeiten, der eine stetige geordnete Aufgabenerfüllung gewährleistet, hat der Zweckverband für die Erarbeitung des Konzeptes eine Frist von einem Jahr einzuhalten.

Zu § 24

Zu Absatz 1:

In Absatz 1 wird geregelt, dass die vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinden die offenen Jahresrechnungen oder Jahresabschlüsse aller Haushaltsjahre der bisherigen Gemeinden erstellen.

In die Stadt Dingelstädt wird der Ortsteil Struth der aufzulösenden Gemeinde Rodeberg eingegliedert. Hierdurch nimmt die Stadt Dingelstädt die meisten Einwohnerinnen und Einwohner der aufgelösten Gemeinde Rodeberg im Verhältnis zu deren Gesamteinwohnerzahl auf. Des Weiteren befindet sich in diesem Ortsteil der Sitz der aufzulösenden Gemeinde Rodeberg. Mit der Regelung in Satz 2 wird deshalb bestimmt, dass die Stadt Dingelstädt die offenen Jahresrechnungen der aufzulösenden Gemeinde Rodeberg erstellt.

Die Zuständigkeit für die örtliche Prüfung und die Rechtsaufsicht verbleibt im Hinblick auf die Jahresrechnungen und Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe der bisherigen Gemeinde Rodeberg beim Unstrut-Hainich-Kreis, da dieser bis zum Zeitpunkt der Neugliederung für die Wahrnehmung der örtlichen Prüfung und der Rechtsaufsicht in Bezug auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde Rodeberg zuständig war und über das entsprechende Erfahrungswissen verfügt. Zudem entspricht diese gesetzliche Festlegung im Hinblick auf die örtliche Prüfung auch dem Willen der an dieser Neugliederung beteiligten Gemeinden. Gemäß § 81 Abs. 2 ThürKO kann ein Rechnungsprüfungsamt für seine Prüfungstätigkeit gegenüber Gemeinden ohne eigenes Prüfungsamt Gebühren

und notwendige Auslagen erheben. Somit ist durch diese Zuständigkeitsregelung weder für den Unstrut-Hainich-Kreis noch für den Landkreis Eichsfeld oder die Stadt Dingelstädt im Ergebnis eine finanzielle Schlechterstellung gegeben.

Zu Absatz 2:

Mit Satz 1 wird klargestellt, dass die vergrößerte oder neu gebildete Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft unter Wahrung der Einheit des Haushaltsjahres und unter Berücksichtigung des vergrößerten oder neugebildeten Gemeindegebietes auf eine neue Grundlage stellen soll.

In Satz 2 wird die vorläufige Haushaltsführung der vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinde geregelt, solange die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 noch nicht in Kraft getreten ist.

Durch Satz 3 wird die Einheitlichkeit des Haushaltsjahres und dessen Gleichlauf mit dem Kalenderjahr sichergestellt.

Zu Absatz 3:

Nach Satz 1 gelten für das Haushaltsjahr 2024 entsprechend der Regelung des Absatzes 2 im Rahmen einer vorläufigen Haushaltsführung die diesbezüglichen Fortgeltungsregelungen der Thüringer Kommunalordnung oder des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik (ThürKDG).

Mit den Sätzen 2 bis 5 wird bestimmt, wie die Fortgeltungsregelungen im Fall der Auflösung und Teilung einer Gemeinde verbunden mit der Eingliederung der Gemeindeteile in mehrere Gemeinden anteilig beziehungsweise in Ansehung des Stellenplans zu vollziehen sind. Den Vorrang hat dabei ein zwischen den Gemeinden vertraglich vereinbarter Aufteilungsmaßstab nach Satz 2. In den Sätzen 3 und 4 wird der Aufteilungsmaßstab für die Fortgeltungsregelungen im Fall einer fehlenden vertraglichen Einigung bestimmt. Der Stellenplan kann nur unter Beachtung der Bestimmungen zum Personalübergang fortgelten.

Zu Absatz 4:

In Absatz 4 Satz 1 wird klargestellt, dass für die doppisch wirtschaftenden vergrößerten oder neu gebildeten Gemeinden die Bestimmungen des Thüringer Gesetzes über die kommunale Doppik uneingeschränkt gelten, soweit in diesem Gesetz keine Ausnahmen bestimmt sind. Durch § 27 Abs. 3 in Verbindung mit § 30 Abs. 5 ThürKDG wird die Kontinuität von bereits doppisch erfassten Wertansätzen gewährleistet und zusätzlicher Aufwand für eine Neubewertung von Vermögen und Schulden vermieden.

Mit Satz 2 wird im Fall der Eingliederung einer kameral wirtschaftenden Gemeinde oder von Gemeindeteilen in eine doppisch wirtschaftende Gemeinde verdeutlicht, dass die Vermögensgegenstände, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der aufgelösten kameral wirtschaftenden Gemeinde entsprechend den Bestimmungen für die Wertansätze in der Eröffnungsbilanz nach § 30 ThürKDG für die doppische Haushaltswirtschaft der aufnehmenden Gemeinde zu erfassen sind. Der Durchführung dieses Bewertungsprozesses soll die Übergangsregelung des § 40a ThürKDG dienen.

Zu § 25

Zu den Absätzen 1 und 2:

Soweit durch kreisübergreifende Neugliederungen Landkreise netto Einwohnerinnen und Einwohner verlieren, resultieren hieraus nach den Regelungen des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes, welches zur Bedarfsbestimmung bei der Ermittlung der Schlüsselzuweisungen für Kreisaufgaben als auch der Festsetzung des Mehrbelastungsausgleichs auf die Einwohnerzahl abstellt, finanzielle Einbußen für die betroffenen Landkreise.

Weiterhin verlieren die betroffenen Landkreise infolge der kreisübergreifenden Neugliederungen auch kreis- und schulumlagepflichtige Gemeinden oder Teile dieser Gemeinden, so dass auch hier mit entsprechenden Einnahmerückgängen zu rechnen ist.

Generell ist davon auszugehen, dass mit dem Wechsel der Einwohnerinnen und Einwohner keine unmittelbare Anpassung der bestehenden Strukturen - insbesondere im Personalbereich - möglich sein wird. Dies gilt nicht für die Zweckausgaben, die dem Grunde nach direkt an die Fallzahlen gekoppelt sind. Daher ist es sachgerecht, die tatsächliche finanzielle Belastung der Landkreise im Jahr 2024 mit der Hälfte des errechneten Betrages anzusetzen. Der Ansatz von 50 Prozent der einnahmeseitig ermittelten Verluste wurde für das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 unter Einbeziehung der korrespondierenden ausgabeseitigen Entlastungen fachlich festgelegt und soll beibehalten werden, auch wenn die kreisliche Schlüsselzuweisung zum Jahr 2023 in der Weise modifiziert wurde, dass sich die kreisliche Schlüsselmasse zu 60 Prozent aus einer sozialen Kreisschlüsselmasse und zu 40 Prozent aus einer allgemeinen Kreisschlüsselmasse zusammensetzt. Der Bereich der allgemeinen kreislichen Schlüsselzuweisungen wird hierbei in stärkerem Maße Bedarfe abdecken, die nicht ad hoc mit dem Kreiswechsel in gleichem Umfang zurückgehen, während die sozialen Kreisschlüsselzuweisungen mit dem Fokus auf soziale Zweckausgaben in einem größerem Umfang Bedarfe berücksichtigen, die zeitnah zu entsprechenden neugliederungsbedingten Ausgaberrückgängen führen sollten. Vor diesem Hintergrund wäre auch eine hohe Kompensation der allgemeinen Kreisschlüsselzuweisungen und eine ausbleibende oder nur geringe Kompensation der sozialen Kreisschlüsselzuweisungen denkbar. Vorgesehen wird, die Kompensationsregelungen nicht noch weiter auszudifferenzieren und damit weniger transparent zu gestalten, sondern an der bislang praktizierten 50-Prozent-Kompensationsregelung festzuhalten, zumal die Kompensationszahlung in Summe abhängig von der konkreten Gestaltung kaum abweichen würde. Zudem wurde der Anteil der Zweckausgaben der Landkreise auf Basis der Jahresrechnungsstatistik 2020 überprüft und liegt weiterhin bei rund 50 Prozent der Gesamtausgaben, so dass auch dies für die Beibehaltung der 50-Prozent-Kompensation der gesamten Kreisschlüsselzuweisungen spricht. Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass die Kompensationsregelungen die Anpassungsprozesse in den Kommunen erleichtern sollen und nicht darauf gerichtet sind, bestimmte Belastungen eins zu eins zu kompensieren.

Der jeweilige Betrag wird in den Folgejahren um je ein Viertel reduziert, da mit fortschreitender Zeit auch eine Anpassung der Strukturen möglich ist.

Zu den Absätzen 3 und 4:

Dem Unstrut-Hainich-Kreis werden Kompensationszahlungen für einen längeren Zeitraum, bis zum Jahr 2029 gewährt.

Maßgebliches Kriterium für die Bemessung der in § 25 vorgesehenen Kompensationszahlungen für die Landkreise ist neben der Höhe der neugliederungsbedingten Einnahmeverluste der Zeitraum, in welchem den Landkreisen voraussichtlich eine Anpassung ihrer Strukturen an die neuen Gegebenheiten möglich sein wird.

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass die Landkreise bei verhältnismäßig geringen Einwohnerverlusten, wie sie seit der 6. Legislaturperiode bei kreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen auftraten, regelmäßig in der Lage sind, ihre Strukturen innerhalb von vier Jahren weitgehend anzupassen. Es ist daher im Grundsatz ein vierjähriger Zuwendungszeitraum vorgesehen.

Kommt es jedoch durch eine Kreisgebietsänderung oder mehrere Kreisgebietsänderungen innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums zu einem umfangreicheren Einwohnerverlust eines Landkreises, ist davon auszugehen, dass die erforderlichen strukturellen Anpassungen mit erhöhten Herausforderungen verbunden sind und einen längeren Zeitraum erfordern.

Der Unstrut-Hainich-Kreis war aufgrund der kreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen nach § 1 des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 (ThürGNGG 2023) bereits zum 1. Januar 2023 von einer Kreisgebietsänderung betroffen und verlor hierdurch etwa 3,8 Prozent seiner Einwohnerschaft. Es handelte sich dabei in Relation zur Einwohnerzahl des Landkreises um den höchsten prozentualen Einwohnerverlust eines Landkreises im Rahmen der seit der 6. Legislaturperiode umgesetzten kreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen.

Im Zuge der Umsetzung von § 3 des vorliegenden Gesetzes wird der Unstrut-Hainich-Kreis zum 1. Januar 2024 von einem weiteren Einwohnerverlust in Höhe von etwa 1,4 Prozent seiner derzeitigen Bevölkerung (unter Anrechnung des Einwohnerzuwachses aufgrund der Gebietsänderung nach § 9 Abs. 3 Satz 1) betroffen sein und damit innerhalb eines Zeitraums von nur einem Jahr insgesamt mehr als fünf Prozent seiner ursprünglichen Bevölkerung verlieren.

Es wird davon ausgegangen, dass ein Einwohnerverlust entsprechenden Ausmaßes nicht innerhalb des gleichen Zeitraums von vier Jahren strukturell ausgleichbar ist wie im Falle der Einwohnerverluste, die mit den bisherigen kreisübergreifenden Gemeindeneugliederungen verbunden waren.

Der Unstrut-Hainich-Kreis erhält daher abschmelzende Kompensationsleistungen für einen Zeitraum von sechs Jahren.

Zu Absatz 5:

Die Kompensationsleistungen sind im Jahr 2024 vollständig vom Landesverwaltungsamt zu bescheiden und auszuzahlen. Zur Sicherung einer Verwendung der Mittel durch den Landkreis im jeweiligen Haushaltsjahr sieht Satz 3 die Bildung und schrittweise Auflösung einer entsprechenden Rücklage vor. Die Regelungen haben in ihrem Anwendungsbereich Vor-

rang gegenüber § 22 Abs. 2 der Thüringer Verordnung über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden.

Zu § 26

Zu den Absätzen 1 und 2:

Bei den betroffenen Verwaltungsgemeinschaften handelt es sich um diejenigen, aus denen durch dieses Gesetz Mitgliedsgemeinden ausgegliedert werden. Hieraus resultieren nach den Regelungen des Thüringer Finanzausgleichgesetzes, welches zur Bedarfsbestimmung bei der Festsetzung des Mehrbelastungsausgleichs auf die Einwohnerzahl abstellt, finanzielle Einbußen für die betroffenen Verwaltungsgemeinschaften.

Weitere Einnahmerückgänge entstehen für die betroffenen Verwaltungsgemeinschaften infolge der Ausgliederung von Mitgliedsgemeinden bei den Umlagen der Verwaltungsgemeinschaften, die regelmäßig nach den Einwohnern bestimmt werden. In Absatz 2 werden hiervon 90 Prozent angenommen, da in Höhe von zehn Prozent von ausgabeseitigen Entlastungen auszugehen ist (Zweckausgaben).

So ist davon auszugehen, dass mit der Ausgliederung von Mitgliedsgemeinden keine unmittelbare Anpassung der bestehenden Strukturen - insbesondere im Personalbereich - möglich sein wird. Dies gilt jedoch nicht für die Zweckausgaben, die nach der Jahresrechnung der Verwaltungsgemeinschaften für das Jahr 2020 aufgerundet zehn Prozent der Summe der Ausgaben der Hauptgruppen vier bis acht ausmachen. Daher ist es sachgerecht, die tatsächliche finanzielle Belastung der Verwaltungsgemeinschaften im Jahr 2024 mit 90 Prozent der errechneten Beträge anzusetzen. Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass die Kompensationsregelung die Anpassungsprozesse in den Verwaltungsgemeinschaften erleichtern soll und nicht darauf gerichtet ist, bestimmte Belastungen eins zu eins zu kompensieren.

Der Kompensationsbetrag für das Jahr 2024 wird in den Folgejahren um je ein Viertel reduziert, da mit fortschreitender Zeit auch eine Anpassung der Strukturen möglich ist.

Zu Absatz 3:

Die Kompensationszahlungen sind im Jahr 2024 vollständig vom Landesverwaltungsamt zu bescheiden und auszuzahlen. Zur Sicherung einer Verwendung der Mittel durch die Verwaltungsgemeinschaft im jeweiligen Haushaltsjahr sehen die Sätze 3 und 4 die Bildung und schrittweise Auflösung einer entsprechenden Rücklage (Kameralistik) beziehungsweise eines entsprechenden passiven Rechnungsabgrenzungspostens (Doppik) vor.

Zu § 27

Nach § 3 Abs. 2 Satz 1 des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) ist Voraussetzung für die Gewährung einer Strukturbegleithilfe unter anderem, dass an der freiwilligen Neugliederung zumindest eine Gemeinde beteiligt ist, die zum 31. Dezember 2020 verpflichtet war, ein Haushaltssicherungskonzept gemäß § 53 a ThürKO oder § 4 ThürKDG aufzustellen oder fortzuschreiben. Ebenso setzt die Gewährung einer besonderen Entschuldungshilfe nach § 4 Abs. 2 Satz 1 Buchstabe b ThürGFfG unter anderem die Verpflichtung der neu gegliederten Gemeinde voraus, zum Stichtag 31. De-

zember 2020 ein Haushaltssicherungskonzept nach § 53 a ThürKO oder § 4 ThürKDG aufzustellen oder fortzuschreiben.

Bei einigen mit dem vorliegenden Gesetz neu gegliederten Gemeinden lagen die gesetzlichen Voraussetzungen für das Bestehen einer Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zum maßgeblichen Stichtag zwar vor. Jedoch hatte die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde jeweils eine Ausnahme von der entsprechenden Verpflichtung zugelassen. Um Rechtsunsicherheiten beim Vollzug des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen in diesen Fällen auszuschließen, stellt § 27 klar, dass die für die Gewährung der Strukturbegleithilfe und der besonderen Entschuldungshilfe jeweils bestehende Voraussetzung der Verpflichtung der Gemeinde, ein Haushaltssicherungskonzept gemäß § 53 a ThürKO oder § 4 ThürKDG aufzustellen, auch dann als erfüllt gilt, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 53 a Abs. 1 Satz 2 ThürKO oder § 4 Abs. 1 Satz 2 ThürKDG eine Ausnahme von der Verpflichtung zur Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zugelassen hat.

Zu § 28

Diese Bestimmung dient der Klarstellung, dass Status- und Funktionsbezeichnungen jeweils für alle Geschlechter gelten.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 1 § 9 Abs. 1 wird die Gemeinde Frankenroda aufgelöst und in die Stadt Amt Creuzburg eingegliedert. Hierdurch ergibt sich redaktioneller Anpassungsbedarf in der Anlage zum Thüringer Gerichtsstandortgesetz, der mit Artikel 2 Nr. 1 durch die Streichung des Wortes "Frankenroda," umgesetzt wird.

Nach Artikel 1 § 9 Abs. 4 wird die Gemeinde Hallungen aus dem Wartburgkreis in die Gemeinde Südeichsfeld im Unstrut-Hainich-Kreis eingegliedert. Das Gebiet der Gemeinde Hallungen wechselt nach Artikel 1 § 9 Abs. 3 in den Unstrut-Hainich-Kreis. Zur Herstellung der Einräumigkeit geht damit die gerichtliche Zuständigkeit für das Gebiet der bisherigen Gemeinde Hallungen nach dem Inkrafttreten dieses Mantelgesetzes vom Bezirk des Amtsgerichts Eisenach in den Bezirk des Amtsgerichts Mühlhausen über. Eine Änderung des Wortlauts der Anlage zum Thüringer Gerichtsstandortgesetz bedarf es nur hinsichtlich der Streichung der Gemeinde Hallungen innerhalb der bisherigen Zuständigkeit des Amtsgerichts Eisenach, die in Artikel 2 Nr. 1 erfolgt. Die Zuständigkeit des Amtsgerichts Mühlhausen umfasst damit auch nach Inkrafttreten dieses Gesetzes den gesamten Unstrut-Hainich-Kreis.

Verbunden mit dem Wechsel des Landkreises ist ebenfalls eine Änderung der Zuständigkeit der Bezirke der Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichte. Das Gebiet der bisherigen Gemeinde Hallungen wechselt aufgrund der Kreisgebietsänderung:

1. vom Bezirk des Arbeitsgerichts Suhl in den Bezirk des Arbeitsgerichts Nordhausen,
2. vom Bezirk des Sozialgerichts Gotha in den Bezirk des Sozialgerichts Nordhausen und
3. vom Bezirk des Verwaltungsgerichts Meiningen in den Bezirk des Verwaltungsgerichts Weimar.

Einer Anpassung der jeweiligen Ausführungsgesetze, das heißt des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Arbeitsgerichtsgesetzes, des

Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Sozialgerichtsgesetz und des Thüringer Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung, bedarf es hierzu nicht.

Nach Artikel 1 § 3 Abs. 1 wird die Gemeinde Rodeberg im Unstrut-Hainich-Kreis aufgelöst. Das bisher zum Unstrut-Hainich-Kreis gehörende Gebiet des Ortsteils Struth wird nach Artikel 1 § 3 Abs. 2 in das Gebiet des Landkreises Eichsfeld eingegliedert. Die Einräumigkeit nach § 12 Abs. 1 Satz 3 ThürGFVG ist hergestellt, indem die Zuständigkeit für das Gebiet des Ortsteils Struth nach dem Inkrafttreten dieses Mantelgesetzes in den Bezirk des Amtsgerichts Heilbad Heiligenstadt aufgrund der Eingliederung in den Landkreis Eichsfeld wechselt. Einer Änderung des Wortlauts der Anlage zum Thüringer Gerichtsstandortgesetz bedarf es diesbezüglich nicht, da der Bezirk des Amtsgerichts Heilbad Heiligenstadt den Landkreis Eichsfeld umfasst.

Im Landkreis Greiz werden mit Artikel 1 § 5 Abs. 2 die Gemeinde Wünschendorf/Elster, die bisher im Amtsgerichtsbezirk Gera liegt, und die Stadt Berga/Elster, die bisher zum Amtsgerichtsbezirk Greiz gehört, zu einer neuen Gemeinde zusammengeschlossen. Die neue Gemeinde führt den Namen Berga-Wünschendorf und wird aus Gründen der Einräumigkeit nach Artikel 2 Nr. 3 dem Amtsgerichtsbezirk Greiz zugeordnet. Die Benennung der aufgelösten Gemeinde Wünschendorf/Elster wird mit dem Änderungsbefehl in Artikel 2 Nr. 2 in der Anlage zum Thüringer Gerichtsstandortgesetz gestrichen.

Zu Artikel 3

Zu Nummer 1:

Das Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen sieht in § 1 vor, dass Gemeinden, die in den Jahren 2022 bis 2026 freiwillig durch Eingliederung oder Zusammenschluss zu einer Einheits- oder Landgemeinde neu gegliedert werden, nach Maßgabe der §§ 2 bis 4 ThürGFfG eine finanzielle Förderung in Form von Neugliederungsprämien, Strukturbegleithilfen und besonderen Entschuldungshilfen erhalten.

Der ursprünglich bis zum Jahr 2026 geregelte Förderzeitraum wird durch Artikel 3 auf einen Zeitraum bis zum Ablauf des Jahres 2024 verkürzt.

Die Anpassung erfolgt vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Herausforderungen für den Landeshaushalt und der nicht hinreichend absehbaren weiteren Entwicklung der finanziellen Gegebenheiten. Mit der Änderung soll eine finanzielle Vorfestlegung für den Zeitraum nach der regulären Neuwahl des Landtags im Jahr 2024 verhindert und dem neuen Gesetzgeber eine eigenständige Entscheidung über die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung freiwilliger Gemeindeneugliederungen auf Basis der dann bestehenden Rahmenbedingungen ermöglicht werden. Die Gesetzesanpassung soll bereits mit dem vorliegenden Gesetz erfolgen, um hinsichtlich der Verkürzung des Förderzeitraums möglichst frühzeitig Klarheit für die Gemeinden in Thüringen zu schaffen.

Zu Nummer 2:

Zur Klarstellung wird eine entsprechende Gleichstellungsbestimmung eingefügt.

Zu Nummer 3:

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung aufgrund der durch Nummer 2 vorgesehenen Änderung.

Zu Artikel 4

Die Regelung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes.

2. Vom Einbringer übersandte Daten

VG Oppurg

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Projektstelle Jugend-Check Thüringen beim Kompetenzzentrum Jugend-Check</td> <td>Anstalt des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Seydelstraße 18</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10117 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Projektstelle Jugend-Check Thüringen beim Kompetenzzentrum Jugend-Check	Anstalt des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Seydelstraße 18	Postleitzahl, Ort	10117 Berlin
	Name	Organisationsform									
	Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, Projektstelle Jugend-Check Thüringen beim Kompetenzzentrum Jugend-Check	Anstalt des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Seydelstraße 18									
Postleitzahl, Ort	10117 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Die Durchführung des Jugend-Check Thüringen. Im Rahmen des Jugend-Checks werden Gesetzentwürfe der Thüringer Landesregierung auf ihre möglichen Auswirkungen auf junge Menschen geprüft. So werden beabsichtigte und nicht beabsichtigte Auswirkungen der Vorhaben auf junge Menschen sichtbar. Der Jugend-Check Thüringen wird derzeit in einem dreijährigen Modellprojekt erprobt (2022 – 2025). Er ist ein Projekt des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung und wird vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport gefördert. Grundlage für den Jugend-Check Thüringen ist der Kabinettsbeschluss des Thüringer Kabinetts vom 23. November 2021.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<p>Gesetzentwürfe der Thüringer Landesregierung werden vor dem zweiten Kabinettsdurchgang durch die Projektstelle Jugend-Check Thüringen (ProJCT) auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen überprüft. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Analyse werden als Jugend-Checks veröffentlicht, welche die möglichen Auswirkungen und betroffene Gruppen junger Menschen detailliert aufzeigen und durch Quellenangaben belegen. Durch die ProJCT erfolgt keine Bewertung des Gesetzentwurfs.</p> <p>Zum ThürGNNG 2023 wurde bereits im Jahr 2022 ein Jugend-Check durchgeführt, welcher im vorliegenden Jugend-Check aktualisiert und erweitert wurde. Neu hinzugekommen sind mögliche Auswirkungen auf Schülerinnen und Schüler betroffener Schulen, welche den Landkreis wechseln. Künftig soll sich im Rahmen der Gemeindeneugliederung die Landkreiszugehörigkeit einzelner Ortsteile von Gemeinden ändern (§§ 3 Abs. 2 S. 1; 9 Abs. 3 S. 1, Abs. 4; 12 Abs. 4 ThürGNNG 2024). Das könnte für Schülerinnen und Schüler betroffener Schulen zu Unsicherheiten bezüglich ihres Schulbesuchs führen. Denn die Landkreise sind als Schulträger für das Vorhalten des notwendigen Schulangebots verantwortlich. Mit dem Landkreiswechsel könnte es daher zu Änderungen kommen. Diese Unsicherheit könnte gerade den Schulalltag in Abschlussklassen erschweren.</p> <p>Durch die Neuregelung sollen zudem u.a. Ausbildungsverhältnisse aus den aufzulösenden Gemeinden vollständig in andere bzw. neu gebildete Gemeinden eingegliedert werden (§ 14 Abs. 1 und Abs. 2 ThürGNNG 2024). Durch die Übertragung könnte es für betroffene Auszubildende zu einem Wechsel der Ausbilderin oder des Ausbilders kommen. Junge Auszubildende könnten durch den Wechsel und den damit ggf. verbundenen Wegfall einer zentralen Vertrauensperson in ihrem Ausbildungsprozess verunsichert werden, was ihren weiteren Ausbildungsverlauf destabilisieren könnte. Durch die Änderungen des Ortsrechts der von der Neugliederung betroffenen Gemeinden (§ 12 Abs. 1 und Abs. 2 ThürGNNG 2024), könnten junge Eltern aus einer sich auflösenden Gemeinde schwieriger einen Platz für ihr Kind in ihrer nächstgelegenen Kindertagesstätte finden. Denn sie müssten aufgrund der vergrößerten Gemeindefläche eventuell längere Wege zu Kindertagesstätten, die zu ihrer neuen Gemeinde gehören und in denen ihre Kinder vorrangig einen Platz erhalten können, in Kauf nehmen. Gerade junge Eltern könnten allerdings besonders auf eine wohnortsnahe Kinderbetreuung bzw. eine solche mit guter Anbindung an den ÖPNV angewiesen sein.</p>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 05.05.2023	



Jugend-Check Thüringen

Der Jugend-Check Thüringen ist ein Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung. Mit ihm werden die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf junge Menschen in Thüringen zwischen dem Eintritt in die Sekundarstufe bis zum Ende der Ausbildung aufgezeigt.

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Stand: 04.04.2023)

Der Gesetzesentwurf zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften soll das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 (ThürGNNG 2024) einführen.¹ Zudem sollen hierdurch notwendig werdende Anpassungen des Thüringer Gerichtsstandortgesetzes erfolgen.² Das ThürGNNG 2024 dient der Umsetzung der aktuellen freiwillig eingereichten Neugliederungsanträge der Gemeinden, die zur Steigerung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft führen sollen.³ Die Regelungen des ThürGNNG 2024 orientieren sich stark an den Regelungen des Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2023 (ThürGNNG 2023).⁴ Das Gesetz soll am 01. Januar 2024 in Kraft treten, vgl. Art. 3 Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften.

Folgende zentrale Auswirkungen wurden identifiziert:

- Durch die Neuregelung sollen u.a. Ausbildungsverhältnisse aus den aufzulösenden Gemeinden vollständig in andere bzw. neu gebildete Gemeinden eingegliedert werden (§ 14 Abs. 1 und Abs. 2 ThürGNNG 2024). Durch die Übertragung könnte es für betroffene Auszubildende zu einem Wechsel der Ausbilderin oder des Ausbilders kommen. Dies könnte gerade in denjenigen Gemeinden der Fall sein, wo die Beschäftigten der aufzulösenden Gemeinde auf verschiedene Gemeinden aufgeteilt werden (§ 14 Abs. 2 ThürGNNG 2024). Junge Auszubildende könnten durch den Wechsel und den damit ggf. verbundenen Wegfall einer zentralen Vertrauensperson in ihrem Ausbildungsprozess verunsichert werden, was ihren weiteren Ausbildungsverlauf destabilisieren könnte.
- Durch die Änderungen des Ortsrechts der von der Neugliederung betroffenen Gemeinden (§ 12 Abs. 1 und Abs. 2 ThürGNNG 2024), könnten junge Eltern aus einer sich auflösenden Gemeinde schwieriger einen Platz für ihr Kind in ihrer nächstgelegenen Kindertagesstätte finden. Denn sie müssten aufgrund der vergrößerten Gemeindefläche eventuell längere Wege zu Kindertagesstätten, die zu ihrer neuen Gemeinde gehören und in denen ihre Kinder vorrangig einen Platz erhalten können, in Kauf nehmen. Gerade junge Eltern könnten allerdings besonders auf eine wohnortsnahe Kinderbetreuung bzw. eine solche mit guter Anbindung an den ÖPNV angewiesen sein.
- Künftig soll sich im Rahmen der Gemeindeneugliederung die Landkreiszugehörigkeit einzelner Ortsteile von Gemeinden ändern (§§ 3 Abs. 2 S. 1; 9 Abs. 3 S. 1, Abs. 4; 12 Abs. 4 ThürGNNG 2024). Das könnte für SchülerInnen und Schüler betroffener Schulen zu Unsicherheiten bezüglich ihres Schulbesuchs führen. Denn die Landkreise sind als Schulträger für das Vorhalten des notwendigen Schulangebots verantwortlich. Mit dem Landkreiswechsel könnte es daher zu Änderungen kommen. Diese Unsicherheit könnte gerade den Schulalltag in Abschlussklassen erschweren.





Betroffene Gruppen junger Menschen

Normadressatinnen und -adressaten sind in der für den Jugend-Check Thüringen relevanten Altersgruppe junge Menschen, die bei den Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen arbeiten, die von den Neugliederungen im vorliegenden Gesetz betroffen sind. Dies können sowohl junge Auszubildende als auch junge Tarifbeschäftigte sein.

Betroffen sind zudem junge Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden, welche von der Gemeinde-neugliederung im vorliegenden Gesetz betroffen sind. In Thüringen sind acht Prozent der Bevölkerung zwischen 15 und 25 Jahre alt. In den betroffenen Landkreisen ist die Verteilung ähnlich bzw. liegt leicht darunter (vor allem Landkreis Greiz mit sieben Prozent junge Menschen von 15 bis 25 Jahren).⁵ Besonders betroffen sind dabei junge Eltern. Zudem sind insbesondere Schülerinnen und Schüler betroffen, die in Gemeinden leben, welche neuen Landkreisen zugeordnet werden sollen. Auch junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung nach dem Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII), die in Gemeinden leben, welche neuen Landkreisen zugeordnet werden sollen, sind besonders betroffen.

Auswirkungen auf junge Menschen

Betroffene Lebensbereiche

☒ Familie ☒ Freizeit/Kultur ☒ Bildung/Erziehung/Arbeit ☐ Umwelt/Gesundheit ☐ Politik/Gesellschaft

Änderung kommunaler Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse: Übergang, Sicherung und Beteiligung

§§ 1 Abs. 1 und Abs. 2; 2 Abs. 1 und Abs. 2; 3 Abs. 1 - 4; 4 Abs. 1; 5 Abs. 1 und Abs. 2; 6 Abs. 1 und Abs. 2; 7 Abs. 1; 8 Abs. 1; 9 Abs. 1 - 4; 14 Abs. 1 - 5, Abs. 8 S. 1; 20 Abs. 1 ThürGNNG 2024

Die Neuregelung soll solche Gemeinden, die freiwillig einen Antrag auf Neugliederung gestellt haben und deren Neugliederung aus Sicht der Landesregierung dem öffentlichen Wohl entspricht,⁶ auflösen und in andere bestehende Gemeinden eingliedern oder neue Gemeinden bilden, vgl. §§ 1 Abs. 2; 2 Abs. 2; 3 Abs. 1 - 4; 4 Abs. 1; 5 Abs. 2; 7 Abs. 1; 8 Abs. 1; 9 Abs. 1 und Abs. 4 ThürGNNG 2024. Hierdurch sollen sich teilweise auch die Zugehörigkeit zu Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen ändern, vgl. §§ 1 Abs. 1; 2 Abs. 1; 3 Abs. 2; 5 Abs. 1; 6 Abs. 1 und Abs. 2; 9 Abs. 2 und Abs. 3 ThürGNNG 2024.

Tarifbeschäftigten und Ausbildungsverhältnisse aus den aufzulösenden Gemeinden sollen in die neu gebildeten bzw. erweiterten Gemeinden überführt werden, vgl. § 14 Abs. 1 ThürGNNG 2024. Nach der Neuregelung sollen zudem anteilig Tarifbeschäftigte⁷ von aufzulösenden Gemeinden, die in mehrere andere Gemeinden eingegliedert werden, unter Berücksichtigung der mitgeteilten Präferenzen sowie Kriterien wie z.B. Mobilität, Betreuung oder Pflege eines minderjährigen Kindes oder anderen pflegebedürftigen Angehörigen verteilt werden, vgl. § 14 Abs. 2 ThürGNNG 2024.

Eine entsprechende Verteilung soll auch bei der Auflösung und Neugliederung von Verwaltungsgemeinschaften vorgenommen werden, vgl. § 14 Abs. 3 ThürGNNG 2024. Die Personalverteilung soll durch Verträge zwischen den beteiligten Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften bis sechs Monate nach der Neugliederung geregelt werden, vgl. § 14 Abs. 2 S. 2; Abs. 3 S. 1 ThürGNNG 2024. Sollten die Beteiligten





keinen solchen Vertrag rechtzeitig abschließen, entscheidet das Landesverwaltungsamt, nach Anhörung der betroffenen Personen, über die Verteilung, vgl. § 14 Abs. 4 ThürGNNG 2024.

Zudem sollen mit der Neuregelung Tarifbeschäftigten und Ausbildungsverhältnisse von anderen Landkreisen übernommen werden, wenn sich durch die Neugliederungen die Aufgaben der Beschäftigten vollständig auf diese Landkreise verschieben, vgl. § 14 Abs. 5 ThürGNNG 2024. Für Tarifbeschäftigte und Auszubildende deren Aufgabenbereiche nur teilweise auf einen anderen Landkreis übergehen, sollen die beteiligten Landkreise in den abzuschließenden Auseinandersetzungsverträgen Vereinbarungen zur Personalverteilung schließen können, vgl. § 20 Abs. 1 ThürGNNG.⁸

Die Neuregelung soll ferner betriebsbedingte Kündigungen aus Gründen, die im Zusammenhang mit den Neugliederungen stehen, für drei Jahre ab dem Zeitpunkt des Übergangs des Arbeitsverhältnisses ausschließen, vgl. § 14 Abs. 8 S. 1 ThürGNNG.

Die Übertragung des Ausbildungsverhältnisses auf eine andere Gemeinde könnte sich auf die Ausbildungsbedingungen von jungen Auszubildenden in den Gemeindeverwaltungen der betroffenen Gemeinden auswirken. Junge Menschen können sich hier zum Beispiel zur Verwaltungsfachangestellten, zum Straßenwart oder zur Gärtnerin mit Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau ausbilden lassen.⁹ Durch die Übertragung könnte es für junge Auszubildende in der Gemeindeverwaltung zu einem Wechsel der Ausbilderin oder des Ausbilders kommen. Dies könnte gerade in denjenigen Gemeinden der Fall sein, wo die Beschäftigten der aufzulösenden Gemeinde auf verschiedene Gemeinden aufgeteilt werden.¹⁰ Die Beziehung zwischen den Auszubildenden und der jeweiligen Ausbilderin bzw. dem jeweiligen Ausbilder spielt allerdings eine zentrale Rolle auf dem Weg zum erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung.¹¹ Junge Auszubildende könnten durch den Wechsel und den damit ggf. verbundenen Wegfall einer zentralen Begleitungs- und Vertrauensperson in ihrem Ausbildungsprozess verunsichert werden, was den weiteren Ausbildungsverlauf destabilisieren könnte. Besonders wenn die Aufgaben der jungen Auszubildenden zudem durch die Aufteilung der Gemeinde auf verschiedene Gemeinden nur zum Teil weiter bestehen und daher neu aufgeteilt werden müssen, könnte es für junge Auszubildende zu Unsicherheiten kommen, wo und wie sie nach der Neugliederung beschäftigt sein werden. Dieselben Unsicherheiten können sich für junge Auszubildende ergeben, die in betroffenen Verwaltungsgemeinschaften oder Landkreisen tätig sind und deren Aufgaben durch die Neugliederungen ganz oder teilweise auf andere Verwaltungsgemeinschaften oder Landkreise verteilt werden. Eine besondere Berücksichtigung der Beziehung der jungen Auszubildenden zu ihrer jeweiligen Ausbilderin bzw. ihrem jeweiligen Ausbilder könnte diese jungen Menschen dabei unterstützen, den Übergang in die veränderte Ausbildungssituation in der neuen Gemeinde gelingend zu gestalten. Die mögliche Unsicherheit die junge Auszubildende spüren könnten, würde womöglich besonders in den Fällen stark wirken, in denen sich die Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften oder Landkreise nicht auf eine Personalaufteilung innerhalb von sechs Monaten einigen können. Hier wüssten die Betroffenen über einen längeren Zeitraum nicht sicher, wo sie ihre Ausbildung dann weiterführen und später abschließen werden.

Auch der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen im Zusammenhang mit den Neugliederungen für die Dauer von drei Jahren ab dem Zeitpunkt des Übergangs des Arbeitsverhältnisses könnte sich auf junge Beschäftigte der betroffenen Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise auswirken. Denn junge Beschäftigte könnten sich vermehrt Sorgen um ihre Übernahme nach Ende der Ausbildung machen, da sie aufgrund des auslaufenden Ausbildungsverhältnisses





nicht denselben Schutz ihres Arbeitsplatzes für drei Jahre genießen wie ihre Kolleginnen und Kollegen, sondern nur bis zum Ende des Ausbildungsvertrags. Zwar liegt Thüringen bundesweit auf dem zweiten Platz der Angebots-Nachfrage-Relation von Ausbildungsplätzen zu Ausbildungssuchenden¹³; zudem werden in den nächsten zehn Jahren ca. 30 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen ausscheiden,¹⁴ was auf eine erhöhte Chance auf eine Weiterbeschäftigung nach Ausbildungsende hindeutet. Werden junge Auszubildende allerdings nicht übernommen, könnte es für sie schwierig sein, aufgrund der ländlichen Struktur der betroffenen Gebiete¹⁵ alternative Arbeitsplätze zu finden.

Die Gemeindeneugliederungen könnten für junge Auszubildende und minderjährige Beschäftigte zudem zu mehr Beteiligungsmöglichkeiten führen. Denn wenn nach der Eingliederung mindestens fünf Beschäftigte vorhanden sind, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder sich in einer beruflichen Ausbildung befinden, müssten Jugend- und Auszubildendenvertretungen gebildet werden.¹⁶ Wenn Gemeinden zusammengelegt werden, gibt es eventuell erstmals genug junge Beschäftigte für eine solche Vertretung. Auch ist es möglich, dass durch die Eingliederung in einen größeren Landkreis junge Auszubildende der einzugliedernden Gemeinden erstmals von den vorhandenen Strukturen der Jugend- und Auszubildendenvertretung der aufnehmenden Gemeinde profitieren könnten. Dies kann die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der jungen Auszubildenden der Kommunen stärken. Junge Beschäftigte könnten dann von einer erhöhten Aufmerksamkeit für ihre Belange profitieren.

Mögliche Verlängerung der Anfahrtswege und Änderung der Kosten der Kindertagesbetreuung

§ 12 Abs. 1 und Abs. 2 ThürGNNG 2024

Die Neuregelung soll festlegen, dass das bisher geltende Ortsrecht der Gemeinden, die von den Neugliederungen betroffen sind, überwiegend weiter gilt, bis es durch das Ortsrecht der aufnehmenden oder neuen Gemeinde ersetzt wird, vgl. § 12 Abs. 1 und Abs. 2 ThürGNNG 2024. So sollen dann z.B. die Benutzungsordnungen für Tageseinrichtungen für Kinder der aufnehmenden Gemeinde gelten. Diese regeln u.a., welche Kinder berechtigt sind, die Kindertageseinrichtung zu besuchen. Hier besteht oft Vorrang für die Kinder der eigenen Gemeinde.¹⁶

Durch die Gemeindeneugliederung könnten junge Eltern aus einer sich auflösenden Gemeinde schwieriger einen Platz für ihr Kind in ihrer nächstgelegenen Kindertagesstätte finden. Denn sie müssten aufgrund der vergrößerten Gemeindefläche eventuell längere Wege zu Kindertagesstätten, die zu ihrer neuen Gemeinde gehören und in denen ihre Kinder vorrangig einen Platz erhalten können, in Kauf nehmen. Gerade junge Eltern könnten allerdings besonders auf eine wohnortsnahe Kinderbetreuung bzw. eine solche mit guter Anbindung an den ÖPNV angewiesen sein. Denn junge Menschen nutzen im Alltag öfter als ältere öffentliche Verkehrsmittel oder gehen zu Fuß.¹⁷ Aufgrund des tendenziell geringeren Einkommens junger Menschen¹⁸, könnten für diejenigen junge Eltern mit eigenem Auto zudem höhere Spritkosten aufgrund längerer Anfahrtswege bei einer Anfahrt mit dem PKW besonders ins Gewicht fallen.

Besonders betroffen könnten junge Eltern sein, deren Gemeindegebiet auf mehrere aufnehmende Gemeinden aufgeteilt wird, wie z.B. bei der Gemeinde Rodeberg.¹⁹ Ist eine Kindertagesstätte bereits mit Kindern aus der aufnehmenden Gemeinde voll, könnten junge Eltern im Ortsteil der





aufgelösten Gemeinde, welcher nun einer anderen Gemeinde angegliedert wird, dort schwieriger einen Kitaplatz bekommen. Sie müssten dann ggf. auf eine Kindertagesstätte in einem Ortsteil der neu gebildeten größeren Gemeinde ausweichen.

Zudem könnte die Gemeindeneugliederung und eine damit einhergehende Anpassung der Satzungen für Kindertageseinrichtungen auch zu einer Veränderung der Gebühren für die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder in kommunaler Trägerschaft führen. So betragen beispielsweise die Gebühren in der Gemeinde Rodeberg für die Betreuung eines Kindes ab einem Jahr bis zu 175 Euro pro Monat für eine tägliche Betreuung für bis zu neun Stunden; in der Stadt Dingelstädt, zu welcher der Rodeberger Ortsteil Struth wechseln soll, liegen die Gebühren für dieselbe Betreuung laut Satzung bei bis zu 219 Euro pro Monat.²⁰ Gerade junge Menschen verfügen allerdings oft über ein geringes Einkommen.²¹ Die Anpassung der Satzungen im Bereich der Kindertageseinrichtungen durch die Gemeindeneugliederung könnte daher eine finanzielle Mehrbelastung für junge Eltern, welche ihre Kinder in kommunalen Kindertageseinrichtungen betreuen lassen möchten, zur Folge haben. Andererseits könnten junge Eltern bei Zuordnung zu einer Gemeinde mit niedrigeren Kitagebühren finanziell entlastet werden.

Mögliche Unsicherheiten durch neue Zuständigkeiten in den Bereichen Jugend und Schule

§§ 3 Abs. 2 S. 1; 9 Abs. 3 S. 1, Abs. 4; 12 Abs. 4 ThürGNNG 2024

Die Neuregelung soll teilweise die Landkreiszugehörigkeit aufzulösender Gemeinde ändern, vgl. §§ 3 Abs. 2 S. 1; 9 Abs. 3 S. 1 ThürGNNG 2024. So soll der Ortsteil Struth der hierbei aufgelösten Gemeinde Rodeberg aus dem Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis in die Stadt Dingelstädt im Landkreis Eichsfeld eingegliedert werden, vgl. § 3 Abs. 2 S. 1 ThürGNNG 2024. Die Gemeinde Hallungen aus dem Wartburgkreis soll aufgelöst und in die Gemeinde Südeichsfeld im Unstrut-Hainich-Kreis eingegliedert werden, vgl. § 9 Abs. 3 S. 1, Abs. 4 ThürGNNG 2024.

Entsprechend soll das bisher geltende Kreisrecht für Gemeinden, deren Landkreiszugehörigkeit sich ändert, bis zur Geltung des Kreisrechts des neuen Landkreises fortgelten, vgl. § 12 Abs. 4 ThürGNNG 2024.

Ändert sich aufgrund des vorliegenden Gesetzentwurfs die Landkreiszugehörigkeit der Gemeinden bzw. einzelner Ortsteile, kann dies für Schülerinnen und Schüler betroffener Schulen zu Unsicherheiten bezüglich ihres Schulbesuchs führen. Denn die Landkreise (und kreisfreien Städte) sind als Schulträger für das Vorhalten des notwendigen Schulangebots und der erforderlichen Schulanlagen verantwortlich.²² Da dem Schulträger auch die Festlegung der Schulbezirke²³ obliegt, könnten diese Änderungen dazu führen, dass für Schülerinnen und Schüler nach der Neugliederung andere Schulen zuständig sind.²⁴ Dies und die Ungewissheit, ob sich etwas aktuell oder zukünftig ändert, könnte zu Unsicherheiten bei den Schülerinnen und Schüler führen. Das dürfte besonders für die Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule im Rodeberger Ortsteil Struth relevant sein, da diese nach der geplanten Änderung in das Gebiet des Landkreises Eichsfeld wechseln würde²⁵ und sich somit ihre Schulträgerschaft ändert. So beschwichtigt zwar eine Informationsbroschüre der Stadt Dingelstädt, dass die Schule im Ortsteil Struth auch nach der Eingliederung des Ortsteils fortbestehe.²⁶ Insbesondere für Schülerinnen und Schülern der Abschlussklassen könnten sich solche Unsicherheiten bezüglich der Sicherstellung des Schulstandorts jedoch erschwerend auf ihren Schulalltag auswirken.





Auch könnte es für Schülerinnen und Schüler, welche in den betroffenen Gemeinden leben, im Rahmen der Schülerbeförderung zu Unsicherheiten kommen. Denn wenn ihre Wohnadresse nun zu einem neuen Landkreis gehört, so ist dieser auch für ihre Beförderung zuständig.²⁷ Durch die Neuregelung kann es sowohl für diejenigen Schülerinnen und Schüler zu Änderungen kommen, die durch den Landkreis befördert werden, als auch für solche, denen Fahrtkosten erstattet werden.²⁸ Wird der Wechsel im laufenden Schuljahr vollzogen, könnte es bei den betroffenen Schülerinnen und Schülern zu Unklarheiten kommen. Schülerinnen und Schüler könnten dann womöglich beim falschen Landkreis ihren Antrag auf Kostenerstattung stellen oder die Auszahlung könnte sich durch den Behördenwechsel verzögern. Dies könnte besonders Familien mit geringem Einkommen, welche auf die Kostenerstattungen angewiesen sind, vor Herausforderungen stellen.

Durch die Änderung der Landkreiszugehörigkeit der Gemeinden könnte es zudem zu Unsicherheiten bezüglich der Weiterfinanzierung von Angeboten für junge Menschen kommen, welche ihre Grundlage im Jugendförderplan des abgebenden Landkreises haben. Hierzu gehören Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit (wie z.B. Jugendräume), der Jugendsozialarbeit (wie z.B. Angebote zum Übergang zwischen Schule und Beruf) und der Jugendverbandsarbeit.²⁹ Studienergebnisse weisen darauf hin, dass jungen Menschen im ländlichen Raum im Gegensatz zu jungen Menschen in urbanen Gebieten weniger Möglichkeiten der Freizeitgestaltung haben³⁰ und ihnen Treffpunkte für Jugendliche an ihren Wohnorten fehlen.³¹ Werden bestehende Angebote und ihre jeweilige Finanzierung nicht in den Jugendförderplan des aufnehmenden Landkreises integriert und die notwendige Finanzierung dieser Angebote gesichert, könnten bestehende Angebote wegfallen. Junge Menschen könnten dann weniger Möglichkeiten der niederschweligen wohnortnahen Freizeitgestaltung haben. Diese sind allerdings gerade für junge Menschen wichtig, denn Angebote der Kinder- und Jugendarbeit können jungen Menschen Möglichkeitsräume und Treffpunkte bieten,³² welche sie bei den in der Jugendphase zentralen Herausforderungen der Verselbstständigung und Selbstpositionierung³³ unterstützen können. Hierbei spielt auch der Zugang zu sozialpädagogischen Unterstützungs- und Begleitungsangeboten eine Rolle.³⁴ Zu diesen könnten junge Menschen schwieriger Zugang finden, wenn diese nicht mehr vor Ort stattfinden bzw. durch Fachkräfte der offenen Kinder- und Jugendarbeit am Wohnort vermittelt werden.

Durch die geplante Änderung des Landkreises könnten sich zudem für junge Menschen, welche im Rahmen der Hilfen zur Erziehung³⁵ Unterstützung in Anspruch nehmen, Auswirkungen ergeben. Denn die Landkreise sind auch Träger der öffentlichen Jugendhilfe.³⁶ So könnte sich durch die geplanten Landkreiswechsel die Ansprechperson im Jugendamt für junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung verändern. Dieser Wechsel der Sachbearbeiterin bzw. des Sachbearbeiters und die notwendige Zeit der Einarbeitung dieser sowie die Klärung von Fragen der Kostenübernahme, könnte dazu führen, dass sich die Feststellung des aktuellen Hilfebedarfs und die Erbringung geeigneter Hilfen für junge Menschen verzögern. Durch die Coronapandemie kam es in den vergangenen Jahren bereits teils zu einem eingeschränkten Kontakt zu den jungen Hilfeempfängerinnen und -empfängern, in dessen Zuge u.a. auch Hilfeplangespräche ausgesetzt oder verschoben wurden.³⁷ Junge Menschen, welche vom Jugendamt unterstützt werden, könnten durch die Änderungen der Landkreiszugehörigkeit ihrer Wohnsitzgemeinde nun abermals Verzögerungen in ihrer Unterstützung erfahren. Dies könnte besonders für die vom Landkreiswechsel betroffenen jungen Menschen aus der Gemeinde Hallungen und dem Rodeberger Ortsteil Struth relevant sein.





- ¹ Vgl. „Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften“, 4. April 2023, 4.
- ² Vgl. „Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften“, 4.
- ³ Vgl. „Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften“, 2.
- ⁴ Zum ThürGNNG 2023 wurde bereits im Jahr 2022 ein Jugend-Check durchgeführt. Aufgrund der Ähnlichkeit der Regelungen bestehen große Überschneidungen bei den beiden Jugend-Checks. Aus Gründen der Vollständigkeit und Übersichtlichkeit wurde dennoch ein vollständiger Jugend-Check zum ThürGNNG 2024 durchgeführt und nicht mit Verweisen gearbeitet. Der Jugend-Check zum ThürGNNG 2023 ist hier verfügbar: <https://www.jugend-check-thueringen.de/alle-jugend-checks/gemeindeneugliederungsgesetz/>.
- ⁵ Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik, „Bevölkerung nach Altersgruppen und Kreisen in Thüringen“, 2021, <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kro00103%7C%7C> (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023).
- ⁶ Vgl. „Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften“, 2.
- ⁷ Es wird davon ausgegangen, dass Ausbildungsverhältnisse ebenfalls unter den Begriff der Tarifbeschäftigungen in § 14 Abs. 2 – 4 ThürGNNG 2024 fallen. Anders als in § 14 Abs. 1 S. 3 und Abs. 5 S. 3 ThürGNNG 2024 wird die Anwendbarkeit nicht ausdrücklich auf Ausbildungsverhältnisse erweitert. Jedoch wird in § 14 ThürGNNG nicht auf spezifische Tarifverträge, sondern nur grundsätzlich auf Tarifbeschäftigungen abgestellt. Somit dürften auch die tarifvertraglich geregelten Ausbildungsverhältnisse – vgl. § 1 Tarifvertrag für Auszubildende des öffentlichen Dienstes – Allgemeiner Teil (TVAöD-AT) – unter den Begriff der Tarifbeschäftigungen fallen.
- ⁸ Vgl. dazu zudem „Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften“, 94.
- ⁹ Beispielhafte Ausbildungsberufe der Stadt Mühlhausen, welche vom vorliegenden Gesetzentwurf betroffen ist. Vgl. Stadt Mühlhausen, „Ausbildung in der Stadtverwaltung Mühlhausen“, o. J., <https://www.muehlhausen.de/rathaus-erkunden/ausbildung-in-der-stadtverwaltung/> (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023).
- ¹⁰ Vgl. § 3 ThürGNNG 2024.
- ¹¹ Vgl. Gerda Jasper u. a., „Ausbildungsabbrüche vermeiden – neue Ansätze und Lösungsstrategien“, Berufsbildungsforschung (Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2009), 20.
- ¹² Vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung, „Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2022“, Vorabversion (Bonn, 2022), 20.
- ¹³ Vgl. DBB Beamtenbund und Tarifunion, „Monitor öffentlicher Dienst 2022“ (Berlin, 2021), 24, https://www.thueringer-beamtenbund.de/fileadmin/user_upload/www_thueringer-beamtenbund_de/pdf/2022/2022_monitor-oe-d.pdf (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023).
- ¹⁴ Vgl. „Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften“, 37.
- ¹⁵ Vgl. § 57 Thüringer Personalvertretungsgesetz (ThürPersVG).
- ¹⁶ Vgl. z.B. § 3 der „Satzung über die Benutzung der Kindertageseinrichtung ‚Ich bin Ich‘, Rodeberg der Gemeinde Rodeberg“, Juni 2021.
- ¹⁷ Vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, „Mobilität in Deutschland. Ergebnisbericht“ (Bonn, 2018), 50, https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/mid-ergebnisbericht.pdf?__blob=publicationFile (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023).
- ¹⁸ Vgl. Eurostat, „Durchschnittliches und Median-Einkommen nach Alter und Geschlecht - EU-SILC und ECHP Erhebungen“ (2022, o. J.), [https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_dio3\\$DV_405/default/table?lang=de](https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/ilc_dio3$DV_405/default/table?lang=de) (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023). Daten von 2021 zu den Altersklassen „12 bis 17 Jahre“, „18 bis 24 Jahre“ und „25 bis 54 Jahre“.
- ¹⁹ Vgl. § 3 ThürGNNG 2024.
- ²⁰ Vgl. § 8 Abs. 2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Tageseinrichtung für Kinder in kommunaler Trägerschaft und die Inanspruchnahme von Verpflegungsangeboten der Gemeinde Anrode und § 8 Abs. 2 Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft und die Inanspruchnahme von Verpflegungsangeboten der Stadt Dingelstädt.





- ²¹ So betrug das Medianeinkommen junger Menschen im Alter von 16-24 Jahren im Jahr 2020 in Deutschland 23.907€, für Menschen im Alter von 25-54 Jahren 28.176€. Vgl. Eurostat, „Durchschnittliches und Median-Einkommen nach Alter und Geschlecht - EU-SILC und ECHP Erhebungen“ (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023). Daten von 2021 zu den Altersklassen „12 bis 17 Jahre“, „18 bis 24 Jahre“ und „25 bis 54 Jahre“.
- ²² Vgl. § 13 Abs. 2 S. 1, 2 Thüringer Schulgesetz (ThürSchulG).
- ²³ Im Einvernehmen mit dem zuständigen Ministerium, vgl. § 14 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 ThürSchulG.
- ²⁴ Der Wohnsitz der Schülerinnen und Schüler in einem Schulbezirk regelt, welche Schule für diese zuständig ist. Vgl. § 14 Abs. 1 S. 2 Hs. 1 ThürSchulG.
- ²⁵ Vgl. „Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften“, 56 ff.; vgl. Stadt Dingelstädt, „Starkes Struth in einer starken Gemeinschaft. Bürgerinformation zur Gemeindefusion“, o. J., 14 f., https://www.dingelstaedt.de/wp-content/uploads/Buergerbrochure_Struth_komprimiertz.pdf (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023).
- ²⁶ Vgl. Stadt Dingelstädt, „Starkes Struth in einer starken Gemeinschaft. Bürgerinformation zur Gemeindefusion“, 14f.
- ²⁷ Vgl. § 4 Abs. 1 S. 1, 2 Thüringer Gesetz über die Finanzierung der staatlichen Schulen (ThürSchFG).
- ²⁸ Vgl. § 4 Abs. 3 S. 1 ThürSchFG.
- ²⁹ Vgl. z.B. Unstrut-Hainich-Kreis, „Jugendförderplan des Unstrut-Hainich-Kreises für den Zeitraum 2023-2027“ (Mühlhausen, 2022), <https://unstrut-hainich-kreis.de/index.php/downloads/file/1160-jugendfoerderplan-2023-2027> (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023).
- ³⁰ Vgl. BT-Drucksache 18/11050, „15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland“ (Berlin, 2017).
- ³¹ Vgl. Wolfgang Antes, Udo Wenzl, und Stefanie Wichmann, „Jugend im Ländlichen Raum Baden-Württembergs. Aufwachsen – Mitgestalten – Leben“ (Sersheim: Jugendstiftung Baden-Württemberg, 2022), 31, https://www.jugendstiftung.de/wp-content/uploads/2022/01/Studie_Land_220110.pdf (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023); vgl. Unstrut-Hainich-Kreis, „Jugendförderplan des Unstrut-Hainich-Kreises für den Zeitraum 2023-2027“, 10 (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023).
- ³² Vgl. BT-Drucksache 18/11050, „15. KJB“, 394.
- ³³ Vgl. BT-Drucksache 18/11050, 98.
- ³⁴ Vgl. BT-Drucksache 18/11050, 394.
- ³⁵ Vgl. §§ 27-35 SGB VIII.
- ³⁶ Vgl. § 1 Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz (ThürKJHAG).
- ³⁷ Vgl. Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen in der Kinder- und Jugendhilfe, „Positionspapier. Wir brauchen eine Politik, die sich was traut! Es braucht auch in Coronazeiten endlich eine jugendgerechte Politik!“, 2022, 4, https://www.gehoert-werden.de/media/filer_public/dc/cf/dccfae7a-8c8c-42f8-b17b-6fc9682ae1dd/bundi_wir_brauchen_eine_politik_die_sich_was_traut.pdf (zuletzt aufgerufen am: 02.05.2023).



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Interkommunalverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	siehe Stellungnahme.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen
in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des
Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erft, den 08.05.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeinde-neugliederungen.		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde Alperstedt	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Alperstedt, über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6
	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteiligungG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteiligungG) Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kollada, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? 	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert? <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteiligungG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber! 	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

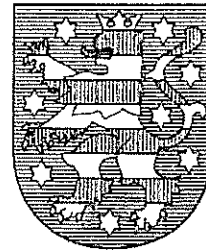
Ort, Datum	Unterschrift
Alperstedt, den 25.6.23	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwantsee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Akz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennet nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

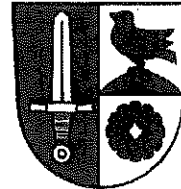
1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

- Anlage 1 -

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Anfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde Birkenfelde</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde Birkenfelde</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Im Graben 41</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">37318 Birkenfelde</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Birkenfelde	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Birkenfelde	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Graben 41	Postleitzahl, Ort	37318 Birkenfelde
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Birkenfelde	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Birkenfelde									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Graben 41									
Postleitzahl, Ort	37318 Birkenfelde										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
	Postleitzahl, Ort										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Birkenfelde, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

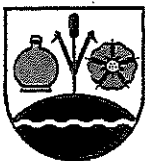
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach-Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

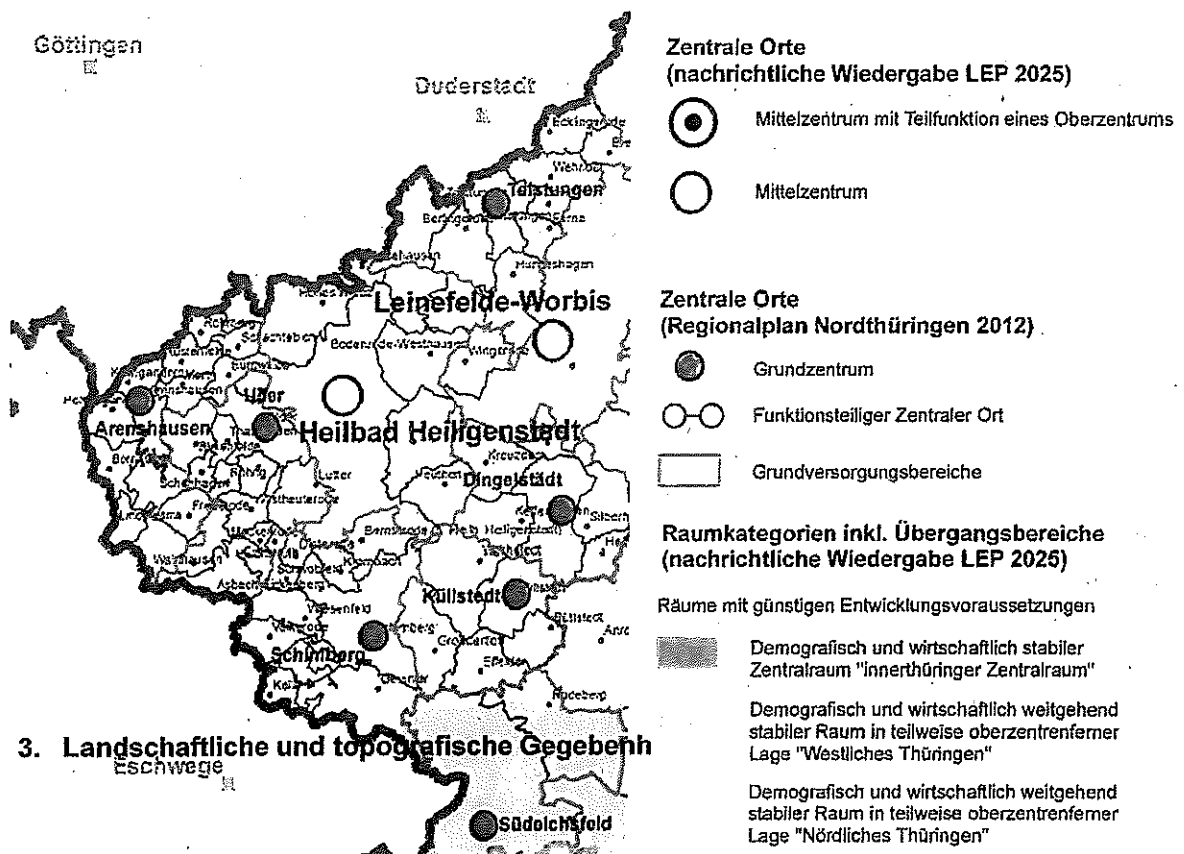
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

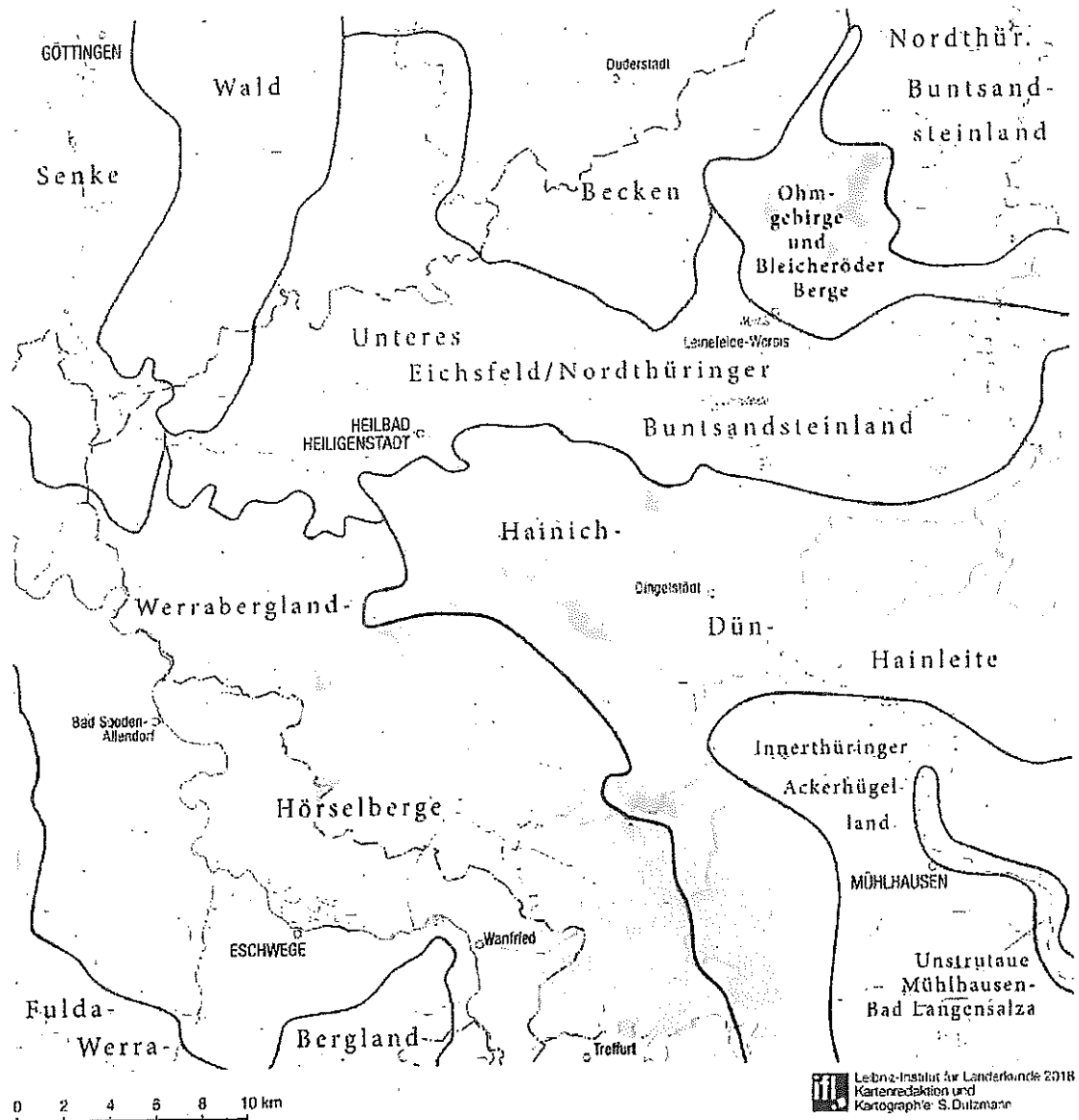


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindezusammenschlusses eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüstheuterode, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüstheuterode sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt

*) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



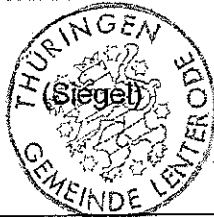
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



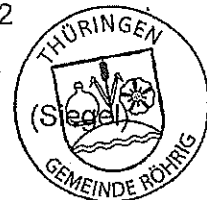
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



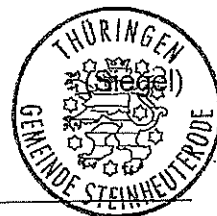
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



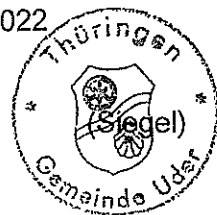
Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

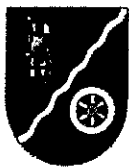




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

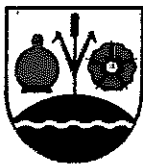
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

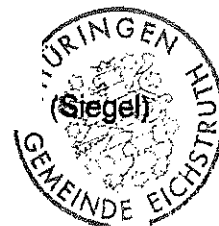
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



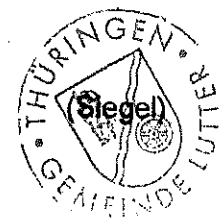
Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



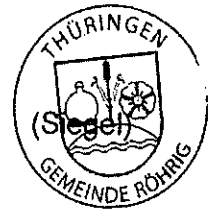
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



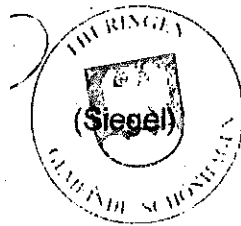
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



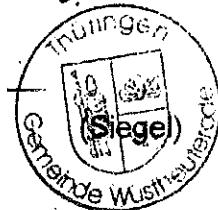
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Gemeinde Dietzenrode/Vatterode</td> <td style="border: none;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Gemeinde Dietzenrode/Vatterode</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Dorfstraße 8</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">37318 Vatterode</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Dietzenrode/Vatterode	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Dietzenrode/Vatterode	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße 8	Postleitzahl, Ort	37318 Vatterode
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Dietzenrode/Vatterode	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Dietzenrode/Vatterode									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße 8									
Postleitzahl, Ort	37318 Vatterode										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Dietzenrode/Vatterode, 18.04.2023	

Beschluss Nr. 3/2023
Erklärung erfüllende Gemeinde

Der Gemeinderat der Gemeinde Dietzenrode/Vatterode beschließt in seiner Sitzung am 3. April 2023:

Die Gemeinde Dietzenrode/Vatterode wird ab 1. Januar 2024 von der Gemeinde Uder entsprechend § 51 ThürKO erfüllt.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|--|-------|
| ▪ gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates: | 7 |
| ▪ davon anwesend: | 2... |
| ▪ Ja-Stimmen: | 5... |
| ▪ Nein-Stimmen: | 2... |
| ▪ Enthaltungen: | 1.... |

Bürgermeister



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde Eckstedt	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Eckstedt über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6
	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilKO)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilKO)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilKO)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilKO)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

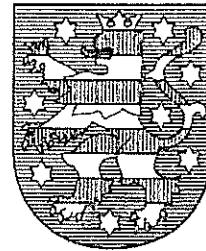
Ort, Datum	Unterschrift
Eckstedt, den 25. April 2023	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwanssee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Aktz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennet nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

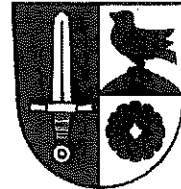
1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-Abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKG weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

- Anlage 1 -

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Anfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leibbildkonformer Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Eichstruth</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Eichstruth</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Dorfstraße 17</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Eichstruth</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Eichstruth	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Eichstruth	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße 17	Postleitzahl, Ort	37318 Eichstruth
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Eichstruth	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Eichstruth									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße 17									
Postleitzahl, Ort	37318 Eichstruth										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse										
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Eichstruth, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

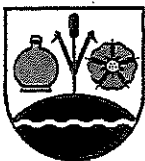
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach-Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

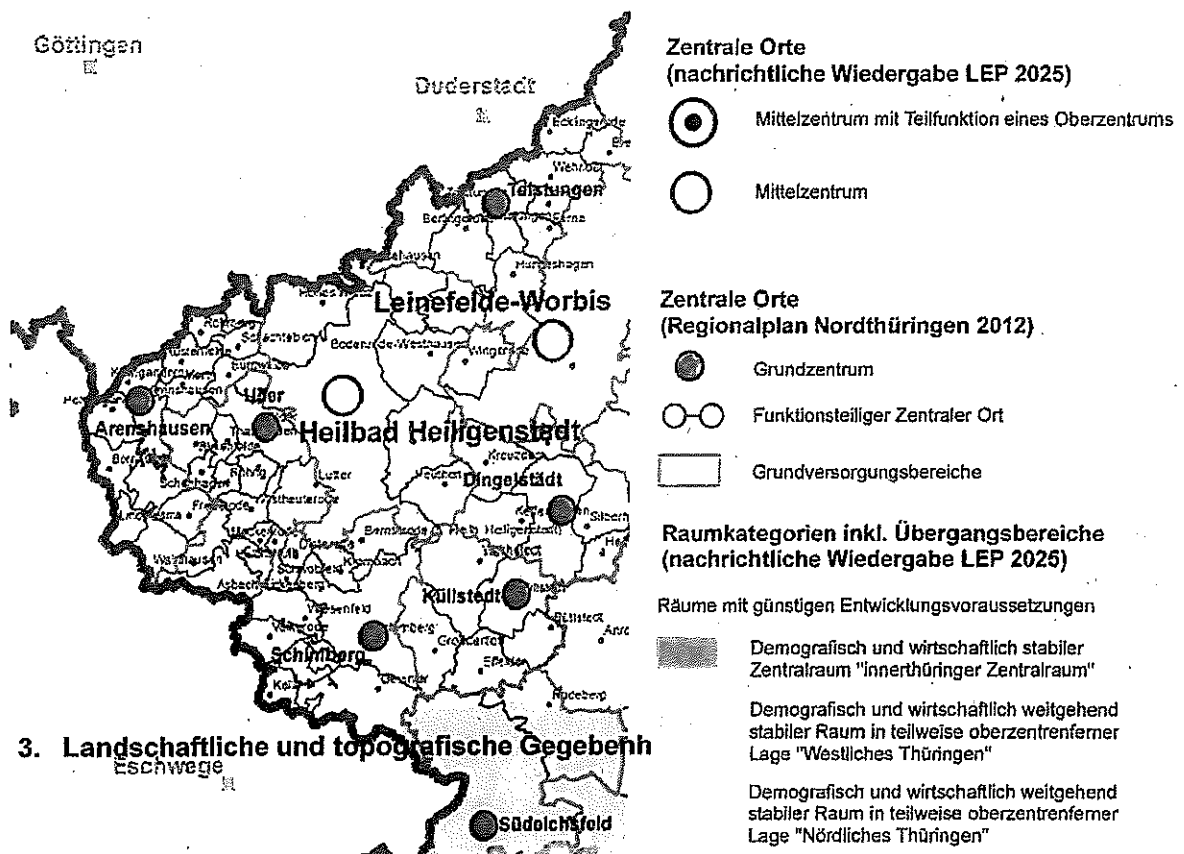
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

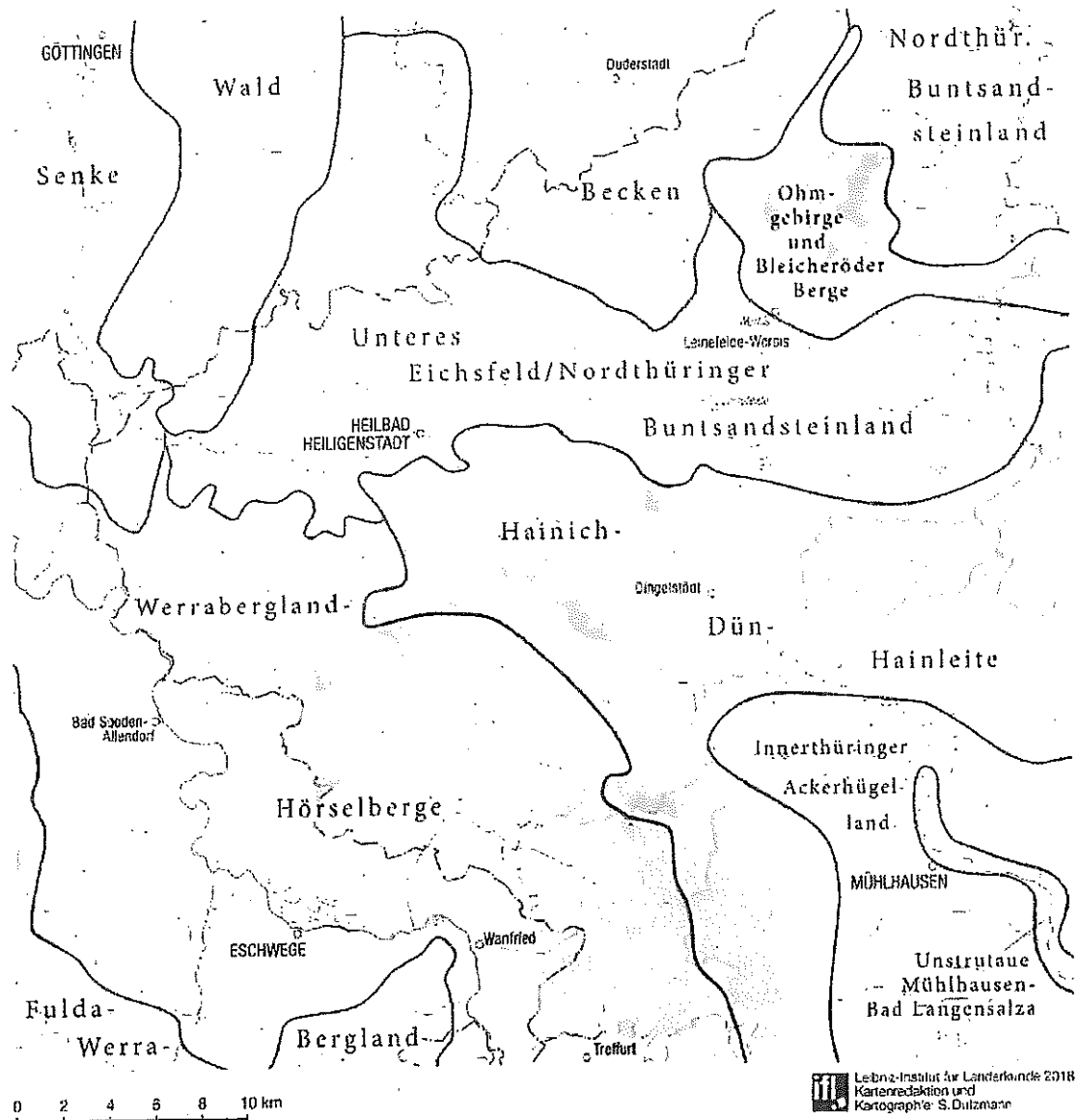


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindegemeinschafts eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt

*) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationaler werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



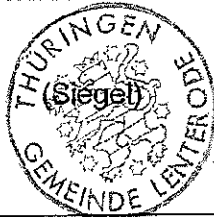
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



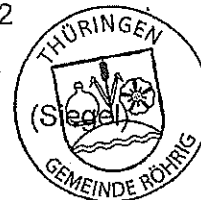
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



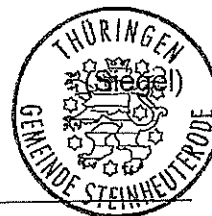
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin





Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

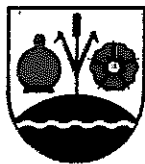
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

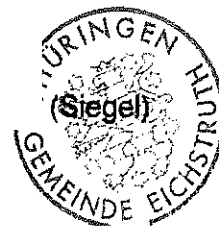
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



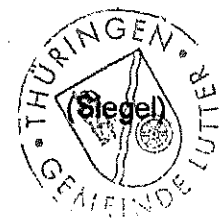
Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



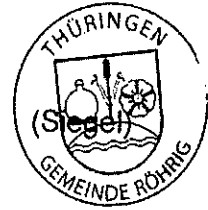
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



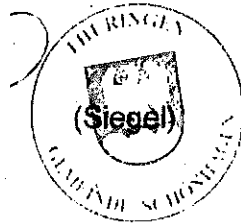
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



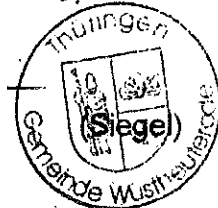
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">i</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Seniorenrat Frankenroda</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vier-Helmig-Werkstatt</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Practeniasplatz 2</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99851 Aufkreuzberg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	i	Seniorenrat Frankenroda	Geschäfts- oder Dienstadresse	Vier-Helmig-Werkstatt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Practeniasplatz 2	Postleitzahl, Ort	99851 Aufkreuzberg
	Name	Organisationsform									
	i	Seniorenrat Frankenroda									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Vier-Helmig-Werkstatt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Practeniasplatz 2									
Postleitzahl, Ort	99851 Aufkreuzberg										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeisterin	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Gemeinde Frankendorf, Bürgermeisterin Erka Helling, und der Gemeinderat der Gemeinde Frankendorf befürworten den B.C.-Entwurf zur Stadt, im Kreisberg.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
20.4.2023 Frankfurt	

An das
Thüringer Ministerium für
Inneres und Kommunales
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Betrifft: Antrag auf Gebietsänderung, Begründung
hier: Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg

Sehr geehrter Herr Minister Georg Maier,

die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda stellen aufgrund ihrer Beschlüsse des Gemeinderates Frankenroda und des Stadtrates der Stadt Amt Creuzburg und nach vorherigen Einwohnerversammlungen den Antrag auf Gebietsänderung gemäß § 9 ThürKO mit dem Ziel des Beitritts der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Die Beschlüsse hatten folgende Abstimmungsergebnisse:
Gemeinderat der Gemeinde Frankenroda tagte am 29. März 2022. Von 7 Stimmberechtigten (6 Gemeinderatsmitglieder + die Bürgermeisterin) waren 6 Gemeinderatsmitglieder und die Bürgermeisterin anwesend. Mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wurde der Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg beschlossen.

Stadtrat der Stadt Amt Creuzburg tagte am 22. Juni 2022. Von 21 Stimmberechtigten (20 Stadtratsmitglieder + der Bürgermeister) waren 15 Stadtratsmitglieder und der Bürgermeister anwesend. Mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wurde die Eingliederung der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg beschlossen.

Den Beschlussfassungen in den Parlamenten gingen Einwohnerversammlungen in beiden Kommunen voraus, in denen die Bürger angehört wurden. Es wurden keinerlei Bedenken gegenüber dem Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg vorgetragen.

Begründung zur Entscheidung:

Räumliche Lage, Entfernung zu Grund- und Mittelzentren:

Mit der Bildung der Stadt Amt Creuzburg zum 1. Januar 2020 mit den Ortsteilen Creuzburg, Scherbda, Mihla und Ebenshausen wurde die Gemeinde Frankenroda von drei Seiten hinsichtlich der Angrenzung von der Stadt Amt Creuzburg eingeschlossen. Lediglich nach Westen zu entlang der Werra grenzt die Stadt Treffurt an. Nach Nordosten gibt es eine kleine gemeinsame Grenze zur Nachbargemeinde Nazza.

Die Verkehrsanbindung zu Treffurt und Nazza sind allerdings, außer durch Radwege und Feldwege, nicht vorhanden, während die Kreisstraße K5 Frankenroda mit den Ortsteilen Ebenshausen und Mihla der Stadt Amt Creuzburg verbindet.

Die Stadt Amt Creuzburg ist durch den Ortsteil Mihla nach dem Landesentwicklungsprogramm 2025 und dem Regionalplan Südwestthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Durch den Zusammenschluss der Gemeinde Frankenroda mit der Stadt Amt Creuzburg würde eine Stärkung des Grundzentrums erfolgen.

Die Funktionen der Daseinsvorsorge der Gemeinde Frankenroda sind ohnehin auf Mihla und die dortigen Möglichkeiten ausgerichtet.

Infrastrukturelle Beziehungen:

Die Erreichbarkeit der Stadt Amt Creuzburg mit dem neuen Ortsteil Frankenroda im öffentlichen Nahverkehr in 10 Minuten und 5 Minuten im motorisierten Individualverkehr wird nicht überschritten.

Gleichwohl sind die aktuellen Angebote im öffentlichen Nahverkehr sehr ausgedünnt und werden immer wieder hinsichtlich einer besseren Anbindung durch die Stadt Amt Creuzburg angemahnt. Über Jahrzehnte hinweg gibt es gewachsene Pendlerstrukturen und Bewegungen der Frankenrodaer Bürgerinnen und Bürger, die in den Betrieben und Firmen im Gebiet der Stadt Amt Creuzburg, insbesondere im Ortsteil Mihla, arbeiten. Über Mihla ist die Erreichbarkeit der Stadt Eisenach gegeben. Besonders intensive infrastrukturelle Beziehungen bestehen im Bereich der Kinderbetreuung und der Schulbildung. Viele Eltern aus Frankenroda nutzen die Angebote der beiden Kitas im OT Mihla, die Regelschüler aus Frankenroda werden in der sanierten und ausgebauten Regelschule „Thomas Müntzer“ in Mihla unterrichtet.

Interkommunale Zusammenarbeit:

Die Aufgaben der Trinkwasserversorgung und der Entwässerung werden im OT Mihla durch den WAZ Heiligenstadt wahrgenommen. Frankenroda wird ebenfalls durch den WAZ betreut, wodurch sich hinsichtlich der Stabilität der Versorgung keine Veränderung ergeben wird.

Die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda verbindet seit Jahren gemeinsame markungsübergreifende Projekte, so der Verlauf des zentralen Werratalradweges, aber auch verschiedene Projekte im Zusammenhang mit der Werratouristik.

Die touristische Infrastruktur ist durch verbindende Wander- und Reitwege, gemeinsame Vermarktung von touristischen Attraktionen, wie das „Dr. Ernst Wiedemann“ Bad in Mihla, die Mountain- Bike Strecke bei Ebenau, die Museen und Ausstellungen in Creuzburg und Mihla, sehr intensiv entwickelt. Für die Stadt Amt Creuzburg kämen mit dem Beitritt der Gemeinde die Angebote in Frankenroda, so das „Holzmuseum“, eine private Bierbrauerei, das Naherholungsgebiet „Probsteizella“ mit Campingplatz, Gaststätte, Reitanlagen sowie sportlichen Bereichen inklusive der intensiv ausgebauten touristischen Infrastruktur am Werraufser hinzu und könnten gemeinsam besser vermarktet, unterhalten und betrieben werden.

Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge:

Die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda gehören zu einem Brandabschnitt im Wartburgkreis. Die Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes werden durch die jetzigen Stützpunktfeuerwehren Creuzburg und Mihla wahrgenommen.

Die Zusammenarbeit, insbesondere mit der Stützpunktwehr Mihla, mit der FFW Frankenroda hat seit Jahren ein stabiles Niveau erreicht.

Mit dem Beitritt der Gemeinde Frankenroda ist geplant, hinsichtlich der Wehren in Frankenroda und Ebenhausen vor dem Hintergrund ständiger Personalprobleme und der Beschaffung von Feuerwehrentechnik über neue und intensivere Strukturen nachzudenken, die Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung, auf ein höheres Niveau zu bringen, ohne das Bestehen der jeweiligen Wehren anzugreifen.

Hier wird den beiden Stützpunktwehren der Stadt Amt Creuzburg und dem Stadtbrandmeister die Hauptaufgabe in der Erarbeitung und Umsetzung dieser Strukturen zukommen.

Kindertagesstätten sind in der Stadt Amt Creuzburg flächendeckend und bedarfsgerecht vorhanden. Es gibt drei kommunale Einrichtungen (eine in Creuzburg und zwei in Mihla) unter freier Trägerschaft, die schon jetzt auch durch Kinder aus Frankenroda genutzt werden.

In Frankenroda ist ein Jugendclub in Eigenregie vorhanden. Dieser könnte beim Beitritt zur Stadt Amt Creuzburg in die Vertragsverhältnisse mit der Johanniter-Unfallhilfe e. V., als Träger der Jugendarbeit, eingebunden werden und so unter fachgerechter Anleitung eine höhere Ausstrahlung erreichen.

In der Stadt Amt Creuzburg sind kommunale Spiel-, Sport-, Bolz- und Übungsplätze sowie kommunale Turnhallen vorhanden, die auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen und entsprechend genutzt werden. Der Spielplatz in Frankenroda würde unter der Maßgabe und nach dem Wunsch der Frankenrodaer Bürgerinnen und Bürger in dieses System eingebunden und durch die Stadt gefördert werden.

Beide Kommunen, die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda, betreiben eigene Bürgerhäuser. Deren Betreuung würde mit dem Beitritt nach einem einheitlichen Konzept erfolgen und allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda besitzen eigene Friedhöfe, die durch die Stadt bzw. durch die Gemeinde unterhalten und finanziert werden. Nach dem Wunsch der Gemeinde Frankenroda soll nach dem Beitritt der Gemeinde der Friedhof in Frankenroda nach dem Beispiel des Orteils Mihla neugestaltet werden.

Traditionelle und historische Verbindungen:

Das „Amt Creuzburg“ war in der Vergangenheit eine Verwaltungsstruktur in unserer Region, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Bestand hatte.

Zum historischen „Amt Creuzburg“ gehörten vom 15. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts neben der Amtsstadt Creuzburg, mit dem Sitz des Amtes auf der Burg, weitere Adels- und Amtsdörfer des heutigen Wartburgkreises, die sich weitgehend mit den Mitgliedsgemeinden der jetzigen Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal decken. Lediglich die Dörfer Nazza, Lauterbach und Hallungen zählten aufgrund der kleinstaatlichen Strukturen zum Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha und gehörten dadurch zeitweise dem „Amt Hainek“ an, hatten aber trotzdem durch Besitzverschränkungen und Rechte immer enge Verbindungen zum „Amt Creuzburg“.

Das trifft auch auf die Gemeinde Frankenroda zu, die aber juristisch durch das „Amt Creuzburg“ geleitet wurde.

Mit der Gründung der Stadt Amt Creuzburg sollte auf historischer Wurzel bei einer über Jahrhunderte hinweg bestehender Identität zu dieser Verwaltungsstruktur wiederbelebt werden.

Dies birgt die Möglichkeit in sich, dass sich andere Gemeinden des ehemaligen Amtes der neuen Einheitsgemeinde anschließen können, ohne ihre historische Identität zu verlieren.

Genau dies geschieht jetzt mit dem Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg.

Die Identifikation mit der neuen Struktur und den jeweiligen Kommunen ist somit auch aus der Historie begründet.

Bevölkerungsentwicklung:

Einwohnerzahlen Stand 31.12.2021:

- Stadt Amt Creuzburg: 4694
- Gemeinde Frankenroda: 320

Der demographische Wandel wirkt sich auch in den ländlich geprägten Gemeinden des Wartburgkreises aus.

Allerdings ist es in den letzten Jahren gelungen, den Rückgang der Einwohnerzahlen zu bremsen, zu minimieren. Frankenroda weist seit einigen Jahren sogar leichte Zuwächse zur Einwohnerzahl aus.

Zukünftig wird sich die wirtschaftlich stabile Situation der Stadt Amt Creuzburg positiv auch auf die beitretende Gemeinde Frankenroda auswirken.

Mit der Erweiterung der Stadt Amt Creuzburg könnten auch auf Bezug der Einwohnerentwicklung günstige Voraussetzungen geschaffen werden, den allgemeinen Trend des Bevölkerungsrückganges zu stoppen, ins Gegenteil zu verkehren und zudem Anreiz dafür zu schaffen, dass weitere Gemeinden des früheren „Amtes Creuzburg“ der nunmehrigen Einheitsgemeinde beitreten!

Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden:

Durch die Eingliederung werden finanzielle Ressourcen gebündelt. Dies ermöglicht auch dringend benötigte Investitionen in größerem Umfang in den dann einzelnen Ortsteilen, insbesondere in Frankenroda.

Die Gemeinde Frankenroda erreicht seit Jahren Einnahmen z. B. aus Gewerbesteuern in Höhe von bis zu 40.000 € und verfügt über eine Rücklage in Höhe von etwa 140.000 €.

Die Stadt Amt Creuzburg verfügt über eine solide Haushaltssituation. Diese wird durch den Beitritt der Gemeinde Frankenroda weiter stabilisiert und ausgebaut.

Die Fusionsprämie des Landes ist natürlich kein ausschließlicher aber ein wesentlicher Punkt in der Entwicklung des Beitritts.

Im Beitrittsvertrag wurde von der Gemeinde Frankenroda festgeschrieben, welche investiven Maßnahmen zukünftig umgesetzt werden sollen. Dem hat der Stadtrat der Stadt Amt Creuzburg zugestimmt.

Ortsteile mit Ortsteilverfassung:

Nach dem Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg wird diese aus den Ortsteilen Creuzburg, Scherbda, Mihla, Buchenau, Ebenshausen und Frankenroda bestehen.

Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften:

Die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda gehören der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal an.

Die jetzigen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal, die bestrebt sind, ihre Eigenständigkeit in der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal so lange wie möglich zu wahren, werden durch den Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg nicht nachhaltig geschwächt.

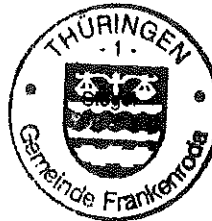
Wir bitten daher um wohlwollende Prüfung unseres Antrages auf Gebietsänderung.

Stadt Amt Creuzburg, Gemeinde Frankenroda, am 23.08.2022

Bürgermeister der Stadt Amt Creuzburg:



Bürgermeister der Gemeinde Frankenroda:



Anlagen:

- Vertrag über die Eingliederung zwischen der Gemeinde Frankenroda und der Stadt Amt Creuzburg mit Anlage 1 und 2
- Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Frankenroda vom 31.05.2022 zur Eingliederung der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg mit der Erklärung zur formellen Rechtmäßigkeit des Beschlusses
- Beschluss des Stadtrates der Stadt Amt Creuzburg vom 23.06.2022 über die Eingliederung der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg mit der Erklärung zur formellen Rechtmäßigkeit des Beschlusses

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen													
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Glaschhausen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft öffentl. Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Dorfstr. 42</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37308 Glaschhausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Glaschhausen	Körperschaft öffentl. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Dorfstr. 42	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	37308 Glaschhausen		
	Name	Organisationsform											
	Gemeinde Glaschhausen	Körperschaft öffentl. Rechts											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Dorfstr. 42											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)												
Postleitzahl, Ort	37308 Glaschhausen												
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Wohnadresse</td> </tr> </table> <p style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Wohnadresse</td> </tr> </table> <p style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; text-align: center;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Wohnadresse</td> </tr> </table> <p style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse											
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeisterin, Aufgabenverwaltung gem. (Ehrenamt.) Thüringer Kommunalordnung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf kommunale Neugliederung	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gesehausen, 02.05.2023	



Stadt Heilbad Heiligenstadt



Gemeinde Hohes Kreuz



Gemeinde Glasehausen

Antrag auf Gemeindeneugliederung

der Gemeinde Hohes Kreuz (für die Ortsteile Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streltholz) und der Gemeinde Glasehausen in die Stadt Heilbad Heiligenstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Hohes Kreuz beantragt mit Inkrafttreten des 4. Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNNG 2024) ihre Auflösung und die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Bischhagen
- Mengelrode
- Siemerode
- Streltholz

In die Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Die Gemeinde Glasehausen beantragt mit Inkrafttreten des 4. Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNNG 2024) ihre Auflösung und die Eingliederung in die Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Es wird beantragt, dass § 45 Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung für die aufgelöste Gemeinde Hohes Kreuz nicht zur Anwendung kommen soll. Stattdessen sollen gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz die bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Stadt Heilbad Heiligenstadt übergeleitet werden. § 45 Absatz 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) soll mit Wirksamwerden der Bestandsänderung für die aufgelöste Gemeinde Glasehausen, begrenzt auf den Zeitraum der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Stadtrates, zur Anwendung kommen.

Jeder Ortsteil führt seinen bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namen der Stadt Heilbad Heiligenstadt als Ortsteilnamen fort.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbeileithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GV131. S. 231) zur Anwendung kommen.

Es wird beantragt, dass die Vereinbarungen aus den Koordinationsrechtlichen Verträgen zwischen der Stadt Heilbad Heiligenstadt, der Gemeinde Hohes Kreuz, der Gemeinde Glasehausen und der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal im zukünftigen ThürGNNG soweit erforderlich aufgenommen werden.

Bürgermeister
Heilbad Heiligenstadt

Bürgermeister
Hohes Kreuz

Bürgermeisterin
Glasehausen

Anlage zum Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinde Hohes Kreuz (für die Ortsteile Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streitholz) und der Gemeinde Glasehausen in die Stadt Heilbad Heiligenstadt

ABWÄGUNG GEMEINWOHLBELANGE

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen gemäß dem Beschluss des Thüringer Landtages vom 13. Dezember 2017.

Der demografische Wandel, die angespannte Haushaltslage, die Fragen nach der eigenen Leistungsfähigkeit und nach leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen zwang die Gemeinden ihre „Eigenständigkeit“ auf den Prüfstand zu stellen.

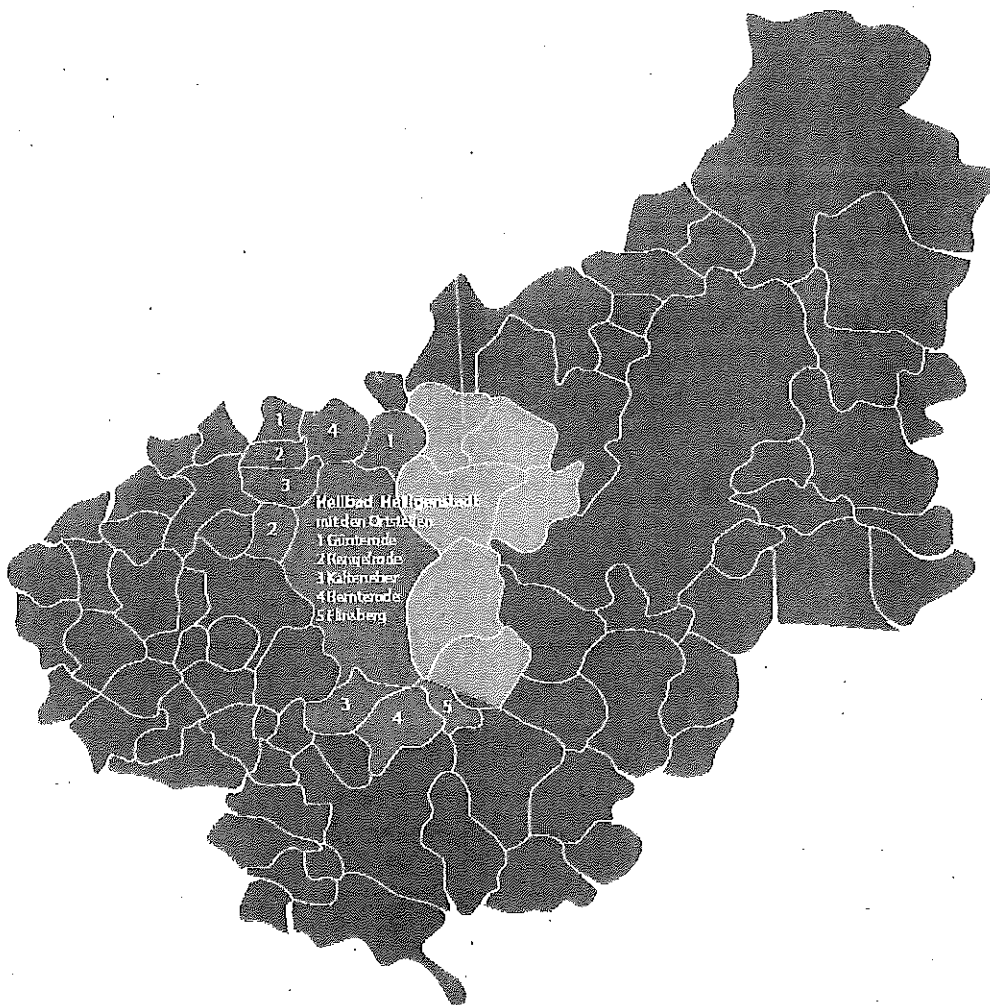
Im Ergebnis wurden in beiden Gemeinden im Sommer 2022 Bürgerbefragungen zur Gemeindeneugliederung durchgeführt. Hierbei entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mit absoluten Mehrheiten für die Auflösung ihrer Einheitsgemeinden und einen Beitritt zur Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Inhalt

Räumliche Lage, örtliche Zugehörigkeit	2
Infrastrukturelle Beziehungen	4
Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge	4
Schulstruktur nur informativ	5
traditionelle, landsmannschaftliche und historische Verbindungen, Vereine und Kirchengemeinden	5
Bevölkerungsentwicklung	6
Finanzielle Situation	6
Bau- und Gewerbegebiete einschließlich der konkreten Lage,	7
derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung	8
Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gebietskörperschaften	8
Bürgerbeteiligung	8

Räumliche Lage, örtliche Zugehörigkeit

Der Landkreis Eichsfeld liegt im Nordwesten des Freistaats Thüringen, eingebettet zwischen dem Harz im Norden, der Werra und dem hessischen Bergland im Südwesten und dem Thüringer Becken im Südosten. Nachbarkreise sind im Norden der niedersächsische Landkreis Göttingen, im Osten der Landkreis Nordhausen, im Südosten der Kyffhäuserkreis, im Süden der Unstrut-Hainich-Kreis und im Westen der hessische Werra-Meißner-Kreis.



Die Gemeinde Hohes Kreuz entstand 1991 aus einem Zusammenschluss der Gemeinden Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streitholz. Benannt wurde die Gemeinde nach der gleichnamigen, etwa 371 m hohen Anhöhe zwischen den Orten Streitholz und Bischhagen. Das Gemeindegebiet erstreckt sich von der thüringisch-niedersächsischen Grenze im Norden bis zur Bundesautobahn 38 im Süden. Die Gemeinde Hohes Kreuz gehört seit 1992 zur Verwaltungsgemeinschaft „Leinetal“ mit Sitz in Bodenrode. Am 31.12.2021 lebten in der Gemeinde 1.246 Einwohner.

Bischhagen

Bischhagen liegt ungefähr sechs Kilometer nordwestlich von Heilbad Heiligenstadt an der Thüringer Landesstraße 1005 und der Deutschen Märchenstraße nahe der niedersächsisch-thüringischen Grenze. Umliegende Orte sind Siemerode, Streitholz und Vogelsang in Niedersachsen.

Mengelrode

Mengelrode liegt ca. vier Kilometer im nordwestlichen Teil des Kreises Heiligenstadt auf einer mittleren Höhe von 260 m über NN. Umliegende Orte sind Streitholz, Schachtebich und die Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt.

Siemerode

Siemerode liegt ca. fünf Kilometer nördlich von Heilbad Heiligenstadt auf einer mittleren Höhe von 308 m über NN. Der Ort liegt an der Thüringer Landesstraße 1005 und der Deutschen Märchenstraße nahe der niedersächsisch-thüringischen Grenze. Umliegende Orte sind Bischhagen, Streitholz, der Heiligenstädter Ortsteil Günterode und Weißenborn in Niedersachsen.

Streitholz

Streitholz ist der kleinste der vier Ortsteile der Gemeinde Hohes Kreuz. Streitholz liegt ca. fünf Kilometer nordwestlich von der Kreisstadt Heiligenstadt entfernt. Der Ort befindet sich an der Straße zwischen Mengelrode und Bischhagen (beides Ortsteile von Hohes Kreuz). Über diese Straße ist Streitholz an die Thüringer Landesstraße 1002 (Deutsche Märchenstraße) angebunden. Umliegende Orte sind weiterhin Siemerode, die Gemeinde Freienhagen und Vogelsang in Niedersachsen.

Glasehausen

Glasehausen liegt ungefähr 7 Kilometer nördlich von Heiligenstadt, unmittelbar an der niedersächsisch-thüringischen Landesgrenze. Nachbarorte sind die in Niedersachsen gelegenen Ortsteile der Gemeinde Gleichen Weißenborn im Westen und Etzenborn im Nordosten sowie der Ortsteil der Stadt Heilbad Heiligenstadt Günterode im Süden. Verwaltungsmäßig gehört der Ort ebenfalls zur Verwaltungsgemeinschaft Leinetal.

Infrastrukturelle Beziehungen

Infrastrukturell ist die Stadt Heilbad Heiligenstadt mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteilen durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. Erreicht werden die Gemeinden über die Anschlussstelle „Heilbad Heiligenstadt“ an der Bundesautobahn 38. Derzeit bestehen in alle Orte gute ÖPNV-Anbindungen nach Heilbad Heiligenstadt. Der Anschluss an den regionalen und überregionalen Bahnverkehr befindet sich ebenfalls in der Kreisstadt. Ein Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile untereinander.

Die Berufstätigen sind vorrangig Pendler in Richtung Göttingen, Heilbad Heiligenstadt oder Duderstadt.

Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie die Abfallentsorgung erfolgen über den Zweckverband WAZ Obereichsfeld und die Eichsfeldwerke, beide ansässig in Heilbad Heiligenstadt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortsteilen vorhanden. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Stadt auch in Zukunft sorgen.

Zwei vollzeitbeschäftigte Beschäftigte erledigen als Gemeindearbeiter die innerörtlichen Pflege- und Instandhaltungsarbeiten.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt mit ihren 10 Ortsteilen verfügt zukünftig über 9 Kindertagesstätten in der Kernstadt und den Ortsteilen mit einer Gesamtkapazität von 920 Plätzen. Derzeit verfügt die Stadt Heilbad Heiligenstadt über eine Gesamtkapazität 841 Plätzen, es befinden sich 659 Plätze in freier Trägerschaft und 182 Plätze im städtischen Kindergarten. Ab 2024 kommen im Ortsteil Siemerode 46 Plätze und im Ortsteile Mengelrode 33 Plätze hinzu. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine gute Belegung aus. Kapazitätsprobleme für die Zukunft können nicht ausgeschlossen werden, da sich die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Zuzüge noch nicht abschätzen lassen.

In der Stadt Heilbad Heiligenstadt kooperiert die Stadtverwaltung in der Jugendarbeit mit der Villa Lampe, die zurzeit auch die Jugendtreffs im Ortsteil Günterode betreut. Die Jugendclubs /Jugendtreffs in den Ortsteilen werden selbstverständlich erhalten und soweit gewünscht auch fortgeführt. Damit soll zukünftig auch die Jugendarbeit in den einzelnen Ortsteilen der Stadt ausgebaut werden.

In der Gemeinde Hohes Kreuz und in Glasehausen gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten. Die durch die Orte führenden Buslinien gewährleisten jedoch eine gute Anbindung insbesondere

in Richtung Heilbad Heiligenstadt, so dass dort auch die Mehrzahl der Einwohner die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen und die medizinische Versorgung wahrnehmen.

Die Pflichtaufgabe Feuerwehr hat einen besonderen Stellenwert. Insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind, ist eine interkommunale Zusammenarbeit bereits jetzt gelebte Praxis. Es bestehen Beziehungen zu den Feuerwehren der Gemeinde Hohes Kreuz, gemeinsame Übungsabende finden auch heute schon statt. Gemeindeübergreifende Einsätze sind schon heute Realität. Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht in besonderem Maß angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch effizienter machen.

Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran. Auch hier ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit geplant. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation zwischen den Ortsteilen der Stadt Heilbad Heiligenstadt und den umliegenden Gemeinden ist schon heute gelebte Praxis.

Schulstruktur - nur informativ

Die Grundschüler werden derzeit in Siemerode unterrichtet, während die Regelschüler und Gymnasialschüler mehrheitlich die Schulen in Heilbad Heiligenstadt besuchen.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt verfügt für die Schüler der Stadt und der umliegenden Gemeinden über drei Grundschulen, zwei Regelschulen, zwei Gymnasien und zwei berufsbildende Schulen.

traditionelle und historische Verbindungen, Vereine und Kirchengemeinden

Das Ortsleben in den Ortsteilen wird maßgeblich geprägt durch die Sportvereine, Heimatvereine, Freiwilligen Feuerwehren und die Kirchengemeinden. Die naturgemäß hohe gegenseitige Durchdringung befördert eine gute Zusammenarbeit untereinander, mit den Nachbargemeinden und mit dem Gemeinderat.

In der überwiegend römisch-katholisch geprägten Stadt Heilbad Heiligenstadt sind vier Pfarrgemeinden, zwei Kapellen und das katholische Bildungshaus „Marcel Callo“ ansässig. Auch die Gemeinden im Umfeld sind überwiegend katholisch und zählen zum Dekanat Heiligenstadt.

Die Pfarrei St. Nikolaus Siemerode – mit den Kirchorten St. Matthias Bischhagen, St. Georg Günterode, St. Maria Magdalena Mengelrode, St. Johannes der Täufer Glasehausen, St. Johannes der Evangelist Streitholz und der Kapelle St. Maria Magdalena Siemerode umfasst unter anderem bereits heute fünf Orte des zukünftigen Stadtgebietes.

Bevölkerungsentwicklung

Trotz reizvoller Landschaft, lebendigem Dorfleben und guter verkehrstechnischer Anbindung ist die Einwohnerzahl in der Gemeinde Hohes Kreuz von 1.606 (1994) auf 1.246 (2021) geschrumpft. Die Gemeinde Glasehausen hatte einen Einwohnerrückgang von 173 auf 144 zu verzeichnen. Neben der allgemeinen demographischen Entwicklung kann dafür sicher auch das Fehlen von Bauplätzen mitverantwortlich gemacht werden.

Finanzielle Situation

Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden erlaubt keine „großen Sprünge“. Eckwerte der karmal geführten Haushalte der Gemeinden sind:

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt
Gemeinde Hohes Kreuz	1.679.800 €	166.600 €
Gemeinde Glasehausen	188.500 €	36.500 €

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt ist eine der wenigen Kommunen, die sich den Herausforderungen des doppelten Rechnungssystems stellte und seit dem 01.01.2011 nach diesen Grundsätzen arbeitet. Seit diesem Zeitpunkt kann die Stadt Heilbad Heiligenstadt jedes Jahr sowohl in der Planung als auch in der Jahresrechnung einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Alle Aufwendungen können über Erträge finanziert werden und somit die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Stadt sichern. Auch im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum zeigt sich dieser Trend sowohl positiv als auch steigend. Somit steht auch zukünftig die Wirtschaftlichkeit der Stadt Heilbad Heiligenstadt auf einem sicheren Fundament. Im investiven Bereich wurden seit dem Jahr 2011 rund 95 Millionen Euro investiert. Vier der fünf Ortsteile konnten über das Projekt „Dorferneuerung“ saniert werden. Die Ortsteile Kalteneber und Bernterode sind noch bis 2024 Förderschwerpunkte.

Die Pro-Kopf-Verschuldung nimmt seit dem Jahr 1999 kontinuierlich ab und beträgt zum jetzigen Zeitpunkt 305 € je Einwohner. Obwohl in den vergangenen Jahren ein hohes Investitionsvolumen zu finanzieren war, konnte dies bisher ohne eine zusätzliche Kreditaufnahme erfolgen.

Auch Im Haushaltsjahr 2022 wurde ein ausgeglichener Haushalt von der Kommunalaufsicht des Landkreises genehmigt. Investitionen werden in einer Gesamthöhe von 10,6 Mio. € durchgeführt, welche durch Drittmittel sowie durch eigene erwirtschaftete Mittel finanziert werden. Ein Investitionskredit deckt den restlichen Teil des Investitionsvolumens ab. Die Neuverschuldung erfolgt moderat, sodass die dauernde Leistungsfähigkeit über den Finanzplanungszeitraum gesichert ist. Der Stand der liquiden Mittel beträgt zum Jahresende ca. 627 T€.

Bau- und Gewerbegebiete

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt nimmt als Kreisstadt des Landkreises Eichsfeld, als Kurstadt sowie als Mittelzentrum zentralörtliche und übergreifende Aufgaben für die Region wahr. Hieraus ergeben sich die besonderen Anforderungen an die Bereitstellung von Wohnbauflächen, gewerblichen und sonstigen Bauflächen.

Wohnbauflächen

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt hat in den vergangenen umfangreiche Wohnbauflächen neu ausgewiesen und erschlossen. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Ausweisung neuer Eigenheimstandorte im Nordwesten und Südwesten der Stadt. Sämtliche Wohnbaugrundstücke sind zwischenzeitlich vergeben und ganz überwiegend bebaut. Aufgrund der weiter bestehenden Nachfrage plant die Stadt aktuell die Ausweisung neuer Wohnbauflächen angrenzend an das Wohngebiet Hohes Rott mit einer Fläche von ca. 11 ha. Daneben wurden in den Ortsteilen Rengelrode sowie Kalteneber neue Baugebiete erschlossen, aktuell entsteht ein neues Wohngebiet im Ortsteil Günterode.

Gewerbliche Bauflächen

Seit den 1990er Jahren wurden in der Stadt ca. 185 ha Gewerbliche Bauflächen entwickelt bzw. neu ausgewiesen. Die Gewerbegebiete im Süden und Westen der Stadt wurden im Wesentlichen als Altstandorte fortgeführt, diese umfassen eine Fläche von rd. 47 ha. Die Ausweisung des neuen Gewerbegebietes im Osten der Stadt erfolgte bereits seit Beginn der 1990er Jahre und umfasst eine Fläche von ca. 60 ha. Eine wesentliche Erhöhung der Nachfrage ergab sich mit dem Neubau der A 38. Dieser Nachfrage konnte mit der Neu-Ausweisung von den Gewerbegebieten an der A 38 – West und Ost mit einer Gesamtfläche von rd. 80 ha entsprochen werden. Aktuell sind Gewerbegrundstücke noch im Gewerbegebiet A 38 – Ost verfügbar, bei Notwendigkeit ist eine räumliche Erweiterung planerisch bereits vorbereitet.

derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung

Das Gemeindegebiet Hohes Kreuz gliedert sich bisher in die Ortsteile Siemerode, Mengelrode, Bischhagen und Streitholz. Alle vier Ortsteile erhielten nach der Hauptsatzung der Gemeinde eine Ortsteilverfassung gemäß § 45 ThürKO. Die Wahl der Mitglieder des Ortsteilrats erfolgte bisher durch eine Bürgerversammlung des Ortsteils.

Auf die gesetzliche Einführung der Ortsteilverfassung für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz sowie die Überleitung des bisherigen Bürgermeisters und der bisherigen Gemeinderatsmitglieder nach § 45 Abs. 8 ThürKO wird mit der Eingliederung verzichtet. Stattdessen sollen die gemäß der Hauptsatzung in der aufgelösten Gemeinde bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilbürgermeister und Ortsteilratsmitglieder in die Stadt Heilbad Heiligenstadt übergeleitet werden. Hierzu wird ein entsprechender Antrag nach § 45 Abs. 9 ThürKO gestellt.

Das Gemeindegebiet Glasehausen wurde in gemäß der Hauptsatzung in keine weiteren Ortschaften bzw. Ortsteile eingeteilt. Mit Wirksamwerden der Bestandsänderung wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortsteilverfassung eingeführt. Die bisherige Bürgermeisterin der aufgelösten Gemeinde ist für die Dauer ihrer verbleibenden Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamte zur Ortsteilbürgermeisterin zu ernennen.

Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gebietskörperschaften

Nachteile für die Nachbargemeinden der Stadt Heilbad Heiligenstadt sowie der Gemeinde Hohes Kreuz und Glasehausen werden nicht gesehen.

Im Zusammenhang mit der Gemeindeneugliederung erfolgt eine Ausgliederung der Gemeinden Hohes Kreuz und Glasehausen aus der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal. Diese wird mit reduzierter Mitgliederzahl fortbestehen. Im Neugliederungsgesetz wird angeordnet, dass zwischen der Verwaltungsgemeinschaft und der Rechtsnachfolgerin der ausgegliederten Gemeinden eine Auseinandersetzung stattzufinden hat. Für die verbleibenden Gemeinden der jetzigen VG Leinetal werden evtl. finanzielle Mehrbelastungen durch eine Neuorganisation der VG-Umlage entstehen.

Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben. Dies war trotz der Covid-19 Krise zu jeder Zeit gegeben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Hohes Kreuz und der Stadt Heilbad Heiligenstadt wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Stadtratsratssitzungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Ortsteilratssitzungen sowie bei Bürgerbefragungen bezüglich einer möglichen Gemeindefusion aktiv beteiligt.

Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, den Ortsteilen und der Gemeinde Hohes Kreuz und auch der Gemeinde Glasehausen durch die Tagespresse zur geplanten Gemeindefusion laufend informiert.

Hervorzuheben ist hier die Bürgerbefragung, die per Abstimmung bei der Wahl oder per Briefwahl ab dem 16. Lebensjahr durchgeführt wurde. In allen Ortsteilen der Gemeinden Hohes Kreuz und in der Gemeinde Glasehausen ergab sich ein klares Votum für den Beitritt zur Stadt Heilbad Heiligenstadt. Die Bürger und Bürgerinnen stimmten in den Ortsteilen wie folgt ab:

Bischhagen	89,01%
Mengelrode	98,11%
Siemerode	83,97%
Streitholz	91,66%

In Glasehausen fand ein Bürgervotum im Rahmen einer Einwohnerversammlung statt. Hier entschieden sich 92,7% der Bürgerinnen und Bürger für einen Beitritt zur Stadt Heilbad Heiligenstadt.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?									
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeinde-neugliederungen									
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)								
	<table border="1"> <tr> <td>Name Gemeinde Großmölsen</td> <td>Organisationsform Gebietskörperschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde Großmölsen über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Erfurter Straße 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99195 Schloßvippach</td> </tr> </table>	Name Gemeinde Großmölsen	Organisationsform Gebietskörperschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Großmölsen über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
Name Gemeinde Großmölsen	Organisationsform Gebietskörperschaft								
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Großmölsen über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach								
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6								
Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach								
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)								
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td colspan="2">Straße, Hausnummer</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname								
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)									
Straße, Hausnummer									
Postleitzahl, Ort									

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG) Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
5.	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

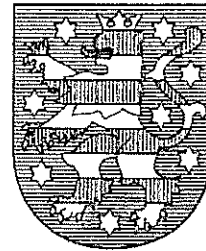
Ort, Datum	Unterschrift
Großmölsen, den 4.5.2023	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwansee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Aktz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennt nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-Abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

- Anlage 1 -

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Anfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leibbildkonformer Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeinde-neugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Gemeinde Großneuhaußen</td> <td style="border: none;">Körperschaft des öffentl. Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Schulstraße 201A, 99625 Großneuhaußen</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Großneuhaußen	Körperschaft des öffentl. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Schulstraße 201A, 99625 Großneuhaußen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Großneuhaußen	Körperschaft des öffentl. Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Schulstraße 201A, 99625 Großneuhaußen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Gemeinde Vogelsberg soll in die VG Kollada eingegliedert werden.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Großneuhausen, 25.04.2023	



Gemeinde Großneuhausen

Der Bürgermeister



Beschlussvorlage an den Gemeinderat Großneuhausen

Verwaltungsgemeinschaft Kölleda Gemeinschaftsvorsitzender	Datum:	31.05.2022	
	Sitzungsdatum:	09.06.2022	
	Status:	öffentlich	
Bearbeitungszeichen:			
Aktenzeichen: 0061	HH-Stelle:	Bezeichnung:	HH-Ansatz

Betreff: Neugliederung Gemeinde Vogelsberg und VG Kölleda

Sachverhalt:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindeneugliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (TMIK Rundschreiben vom 31.05.2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (TMIK Information zu Gemeindeneugliederungen Stand 25.01.2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGN GG 2019, S.77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 01.01.2020 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der VGs „An der Marke“ und „Gramme-Aue“ entstand ist. Mit der Bildung der VG „Gramme-Vippach“ sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen.¹ Beispielsweise durch die Bildung eines gemeinsamen Bauhofes oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGN GG 2019, S. 76-77). Mittlerweile hat sich gezeigt, dass die

VG „Gramme-Vippach“ für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der VG Kölleda verwirklichen kann. Zur VG Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.).

Der Gemeinderat von Vogelsberg hat am 19. Mai 2022 über den Beitritt der Gemeinde zur VG Kölleda zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen positiven Beschluss gefasst. Infrage kommen der 01. Januar 2023 oder 2024. Wahrscheinlicher ist nach derzeitiger Rechtslage 2024.

Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde Vogelsberg und der VG Kölleda und ihrer Mitgliedsgemeinden zu erwarten.

Aus finanzieller Sicht würde der Beitritt für die VG Kölleda nach jetzigem Stand jährliche Mehreinnahmen von ca. 100.000 € bedeuten (100 € Umlage + 43 Mehrbelastungsausgleich x 700 Einwohner). Die zu erwartenden Mehraufwendungen durch eine höhere Umlage an die Stadt Kölleda sowie evtl. Personalzuwachs (max. 1,0 VbE) würden überkompensiert. Insgesamt würde durch den Einwohnerzuwachs die dauernde Leistungsfähigkeit der VG gestärkt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Großneuhausen beschließt:

1. Die Gemeinde Großneuhausen stimmt den Beitritt der Gemeinde Vogelsberg zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda zu.
2. Die Neugliederung soll zum 01.01.2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 01.01.2024.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Bürgermeister

Protokoll der Gemeinderatssitzung von Großneuhausen vom 09.06.2022 TOP: 6

Beschluss-Nr. GNH / 73 / 2022

Der Gemeinderat von Großneuhausen beschließt

- ☒ wie beantragt
☐ unter Abänderung/Ergänzung (s. Rückseite)
☐ Verweisung an _____
mit/ohne abschließende Beschlussfassung
☐ Wiedervorlage

Gesetzliche Anzahl d. Mitglieder des Gemeinderates: 8 + 1, davon anwesend: 8 + 1

Abstimmungsergebnis:



9.. Ja-Stimmen
0.. Nein-Stimmen
0.. Enthaltungen

Bürgermeister

Hiermit wird amtlich beglaubigt, dass die vor-/umstehende
Abschrift/Ablichtung mit der vorgelegten Urschrift/
Ausfertigung/beglaubigten/einfachen Abschrift/Ablichtung

der/des

.....
.....

Übereinstimmt.
Die Beglaubigung wird durch den Vorst.

erfolgt.

Stadt Kölleda

Wohlfarth, den 03.08.2022



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1-2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde Großrudestedt	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Großrudestedt über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6
	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1-2 ThürBeteilidokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteiligungG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteiligungG)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Köllda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltkanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteiligungG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBewG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

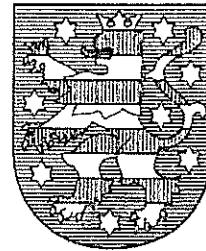
Ort, Datum	Unterschrift
Großrudestedt, den 14.05.2023	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwansee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Akz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennt nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

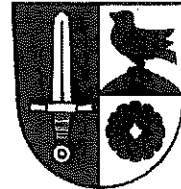
1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

- Anlage 1 -

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Anfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leibbildkonformer Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Hellingen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">VG Hainich-Werratal</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Praetoriusplatz 2</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99831 Aut Gredburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gemeinde Hellingen	Geschäfts- oder Dienstadresse	VG Hainich-Werratal	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Praetoriusplatz 2	Postleitzahl, Ort	99831 Aut Gredburg
	Name	Organisationsform									
		Gemeinde Hellingen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	VG Hainich-Werratal									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Praetoriusplatz 2									
Postleitzahl, Ort	99831 Aut Gredburg										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister der Gemeinde Hallungen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Gemeinde Hallungen und der Gemeinderat der Gemeinde Hallungen befürworten die Eingliederung in die Landgemeinde Siebelsfeld und den damit verbundenen Wechsel vom Wirkungskreis zum Landkreis Ustret-Helmstedt	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hallungen, d. 20.4.23	

Begründung zum Antrag auf Gebietsänderung der Gemeinden Südeichsfeld und Hallungen

Sehr geehrter Herr Minister Maier,

die Gemeinden Hallungen (Wartburgkreis) und Südeichsfeld (Unstrut-Hainich-Kreis) stellen gemäß § 9 Abs. 2 ThürKO i.V.m. § 92 ThürKO den Antrag auf Gebietsänderung mit dem Ziel des Beitritts der Gemeinde Hallungen zur Landgemeinde Südeichsfeld sowie des damit verbundenen Kreiswechsels in den Unstrut-Hainich-Kreis zum nächst möglichen Zeitpunkt.

In der Gemeinde Hallungen fand diesbezüglich eine Einwohnerversammlung statt in deren Verlauf deutlich wurde, dass die Einwohner der Gemeinden diesen Schritt befürworten. Daraufhin fassten die Gemeinderäte beider Gemeinden übereinstimmende Beschlüsse, welche diesem Antrag zu Grunde liegen.

Der Gemeinderat Hallungen tagte am 01.09.2022. Anwesend waren 6 Gemeinderäte und der Bürgermeister. Mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wurde der Beitritt der Gemeinde Hallungen zur Landgemeinde Südeichsfeld beschlossen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Südeichsfeld tagte am 25.08.2022. Anwesend waren 15 Gemeinderäte und der Bürgermeister. Mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wurde der Beitritt der Gemeinde Hallungen zur Landgemeinde Südeichsfeld beschlossen.

Begründung der Entscheidung

Räumliche Lage, Entfernung zu Grund- und Mittelzentren

Die Gemeinde Hallungen ist die nördlichste Gemeinde des Wartburgkreises. Die nördliche Gemarkungsgrenze zur Landgemeinde Südeichsfeld bildet zugleich die Kreisgrenze zwischen dem Wartburgkreis und dem Unstrut-Hainich-Kreis. Somit grenzt Hallungen unmittelbar an das Grundzentrum Südeichsfeld. Westlich grenzt Hallungen an die Stadt Treffurt, jedoch ohne eine direkte Verkehrsverbindung. Im Nordosten grenzt Hallungen an die Gemeinde Vogtel und im Süden an die Gemeinde Nazza. Hallungen ist Mitgliedsgemeinde der VG Hainich-Werratal. In südlicher Richtung erreicht man das Grundzentrum Amt Creuzburg (OT Mihla) nach ca. 10 km und den Verwaltungssitz (OT Creuzburg) nach ca. 18 km. Über die Landesstraße L2027 sind es ca. 15 km zum Mittelzentrum Mühlhausen, welches auch Sitz der Kreisverwaltung des Unstrut-Hainich-Kreises ist. In Richtung Süden sind es über die L2027 und L1016 ca. 28 km zum Mittelzentrum Eisenach und weiter über die B19 58 km zur Kreisstadt Bad Salzungen des Wartburgkreises.

Somit sind bei einem Kreiswechsel Hallungens keine Nachteile bei der Grundversorgung bzw. der Verfügbarkeit von Ämtern und Behörden zu erwarten.

Infrastrukturelle Beziehungen, Grundversorgungsbereiche

Als Mitgliedsgemeinde des Wartburgkreises und der VG Hainich-Werratal ist Hallungen bislang den Grundversorgungsbereichen Mihla und Eisenach zugeordnet. Diese Versorgungsbereiche sind auch durch den ÖPNV gut zu erreichen. Die Fahrzeit beträgt jedoch mindestens 1.08 h von Hallungen nach Eisenach und ist, besonders für den Schülerverkehr, recht lang. Mit dem PKW ist Mihla in ca. 10 min, Creuzburg in ca. 15 min und Eisenach in ca. 30 min erreichbar.

Durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Grundzentrum Südeichsfeld nutzen jedoch zahlreiche Einwohner Hallungens bereits jetzt die Infrastruktur der Ortschaft Heyerode, welche nach ca. 4km oder 4 min mit dem PKW erreichbar ist. Bei einem Kreiswechsel müsste die neue Ortschaft Hallungen in den ÖPNV des Unstrut-Hainich-Kreises eingegliedert werden und die Buslinie Mühlhausen-Heyerode bis Hallungen verlängert werden. Eine entsprechende Buswendestelle ist vorhanden. Idealerweise könnte die landesbedeutsame Linie 160 von Eisenach nach Mühlhausen am Abzweig der L2027 die L1016 verlassen und über Hallungen-Heyerode-Oberdorla nach Mühlhausen geführt werden. Dann wären sowohl das Mittelzentrum Eisenach als auch das Mittelzentrum Mühlhausen ideal erreichbar. Da der Unstrut-Hainich-Kreis im Jahr 2023 ein neues Nahverkehrskonzept beschließen wird, sollte diese Möglichkeit kurzfristig ernsthaft geprüft werden.

Kommunale Daseinsvorsorge, Infrastruktur

Mit der gewünschten Eingliederung wird Hallungen Bestandteil des Grundzentrums Südeichsfeld und kann die damit einhergehenden Vorteile (z.B. Ausweisung von Wohngebieten oder Gewerbeflächen, Nutzung verschiedener Förderprogramme) nutzen.

Im Bereich Wasser/Abwasser gehören sowohl Hallungen als auch Südeichsfeld seit 2005 dem WAZ Obereichsfeld an. Die Wasser- und Abwassernetze einschließlich Löschwasserversorgung sind gut ausgebaut und miteinander verbunden. Diesbezüglich wird sich für die Einwohner Hallungens nichts ändern, da das Gebührenniveau beim WAZ einheitlich geregelt ist.

Die Freiwillige Feuerwehr Hallungen bleibt als eigenständige Wehr bestehen und wird in die Stützpunktwehr Südeichsfeld integriert.

In Hallungen leben derzeit 12 Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren. Diese werden zur Zeit in Einrichtungen in Nazza (Kita), Mihla (Regelschule) und Eisenach (Gymnasium) betreut. Es wurde vereinbart, dass die Kinder, sofern gewünscht, ihre jetzigen Einrichtungen bis zum Ende der schulischen Ausbildung weiter besuchen können. Die Landgemeinde Südeichsfeld hält mehrere Kitas und alle Schultypen von der Grundschule über eine Gemeinschaftsschule und ein Gymnasium vor, sodass zukünftig, oder wenn gewünscht auch ab 2024, die Kinder aus Hallungen auch hier betreut und beschult werden können. Die zwischen Hallungen und der Gemeinde Nazza bestehende Zweckvereinbarung zur Vorhaltung von Kitaplätzen kann daher aufgelöst werden und belastet nicht mehr den Haushalt.

Die Gemeinde Hallungen betreibt das Waldbad „Ritzenhausen“. Dieses kleine Freibad ist sehr beliebt auch bei den Einwohnern der Nachbargemeinden Südeichsfeld und Vogtei. Daher sind alle drei Gemeinden Mitglieder im Förderverein des Waldbades. Die Gemeinden sind sich darüber einig, dass das Bad weiter betrieben und in der jetzigen Art unterhalten wird da es einen großen Freizeitwert für die gesamte Region darstellt.

Im Bereich Regionalentwicklung und Tourismus sind beide Gemeinden Mitglieder im Tourismusverband „Welterberegion Wartburg-Hainich“. Daher kommt auch hier die touristische Infrastruktur aus einer Hand. Rad- und Wanderwege sowie touristische Knotenpunkte verfügen über eine einheitliche Ausschilderung und Gestaltung und werden als Einheit wahrgenommen.

Traditionelle und historische Verbindungen

Die traditionellen und historischen Verbindungen zwischen den Orten Hallungen und Heyerode reichen schon auf Grund der geringen Entfernung zwischen beiden Orten bis ins Mittelalter zurück. Die heutige L 2027 war schon damals eine wichtige Handelsstraße, welche das Thüringische Gebiet mit dem Eichsfeld verband. Etwa in der Mitte zwischen beiden Orten befindet sich die „Obermühle“ in welcher die Bauern aus beiden Dörfern ihr

Mehl mahlen ließen und die so schon damals Treff- und Handelspunkt für die Menschen aus beiden Orten war.

In den Jahren von 1952 bis 1956 war Hallungen administrativ dem Landkreis Mühlhausen zugeordnet. Einige Strukturen, wie z.B. die Zuständigkeit des Mühlhäuser Grundbuchamtes oder die medizinische Versorgung ambulant und stationär in Mühlhausen, hatten bis Ende der 1970iger Jahre Bestand. Die Zugehörigkeit zur Mühlhäuser Verwaltung ist bei vielen Einwohnern noch heute präsent.

Sowohl in Hallungen als auch in Südeichsfeld leben Menschen evangelischer und katholischer Religionszugehörigkeit. Oft werden kirchliche Feiern gemeinsam veranstaltet, heute oft auch in ökumenischer Form.

Die unmittelbare Nähe beider Orte ermöglichte schon immer die fußläufige Erreichbarkeit in ca. 45 Minuten. Daher war es schon immer üblich, Volks- und Traditionsfeste wie Pfingsten oder Kirchweih gemeinsam zu feiern. So entstanden über die Jahre auch zahlreiche familiäre Verbindungen zwischen Hallungen und den Orten der Gemeinde Südeichsfeld, vor allem nach Heyerode und Diedorf.

Die gut ausgeprägte Infrastruktur der Gemeinde Südeichsfeld führt auch dazu, dass viele Hallunger die Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Zahnärzte und Apotheke im Nachbarort nutzen.

Bevölkerungsentwicklung

Die Landgemeinde Südeichsfeld hat z. Zt. Ca. 6650 Einwohner und hält diese Zahl relativ stabil. Hallungen hat aktuell 183 Einwohner. Hiervon sind 45,2% 60 Jahre und älter. Damit ist abzusehen, dass die bisherige positive Entwicklung des Ortes nur im Anschluss an eine größere Struktur fortgesetzt werden kann. Der geeignetste Partner hierfür ist, wie in der gesamten Begründung dargestellt, die Landgemeinde Südeichsfeld. Diese wiederum wird durch den Bevölkerungszuwachs weiter stabilisiert und entwickelt sich leitbildkonform.

Nach der erfolgten Eingliederung besteht die Landgemeinde Südeichsfeld aus den 9 Ortschaften

Diedorf
Faulungen
Hallungen
Heyerode
Hildebrandshausen
Katharinenberg
Lengefeld unterm Stein
Schierschwende
Wendehausen

Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

Die Landgemeinde Südeichsfeld zählt zu den wirtschaftlich starken Gemeinden des Unstrut-Hainich-Kreises. Sie verfügt über einen ausgeglichenen Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 11.247.00 € €, davon im Verwaltungshaushalt 9.555.000 € und im Vermögenshaushalt 1.692.000€ (Stand Jahresrechnung 2021).

Das Haushaltsvolumen der Gemeinde Hallungen beträgt (Stand Jahresabschluss 2021) 382.600 €, davon im Verwaltungshaushalt 319.000 € und im Vermögenshaushalt 67.800 €. Es konnte 2021 eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt von 54.000 € erwirtschaftet werden. Die freie Spitze betrug 49.600 €, die allgemeine Rücklage 56.800 €. Aus der Sanierung der Feuerwehr und des Dorfgemeinschaftshauses sind noch ca. 77.000 € Schulden zu tilgen. Das entspricht ca. 420,00 € pro Einwohner.

Gemessen an der Größe Hallungen ist somit auch hier von einem gesunden Haushalt zu sprechen. Hallungen ist weder in der Haushaltssicherung noch wurden Kassenkredite in Anspruch genommen.

Die in Aussicht stehende Neugliederungsprämie von ca. 1,33 Mio € wird die Finanzlage der Landgemeinde Südeichsfeld weiter stabilisieren und soll laut Eingliederungsvertrag teilweise für Investitionen in die Infrastruktur der Gemeinde Hallungen verwandt werden.

Auswirkungen auf angrenzende Gebietskörperschaften

Hallungen ist Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal. Diese besteht z. Zt. aus den Gemeinden Berka v.d.H., Bischofroda, Frankenroda, Hallungen, Krauthausen, Lauterbach und Nazza sowie der Stadt Amt Creuzburg. Insgesamt hat die VG ca. 9500 Einwohner. Durch das Ausscheiden von Hallungen wird der Bestand der VG nicht gefährdet. Eine Vermögens- oder Personalausgleich findet nicht statt. Durch die dann fehlende Umlage von Hallungen entsteht der VG ein Verlust von derzeit ca. 25.000 €, welcher durch die verbliebenen Mitglieder auszugleichen ist.

Auf eventuelle Neugliederungsabsichten der verbleibenden Mitgliedsgemeinden der VG Hainich-Werratal hat das Ausscheiden von Hallungen keine Auswirkungen, da es sich geografisch gesehen um eine Randgemeinde handelt.

Auch auf die beiden beteiligten Landkreise wird diese Neugliederung auf Grund der geringen Größe und Einwohnerzahl Hallungen keinen wesentlichen Einfluss haben.

22/02/22



22.9.2022



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE HERBENHOF</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">KÖRPERSCHAFT D. ÖFFENTL. RECHTS</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">GEMEINDEVERWALTUNG GEORGENTHAL</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">TANBACHER STR. 2</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99887 GEORGENTHAL</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE HERBENHOF	KÖRPERSCHAFT D. ÖFFENTL. RECHTS	Geschäfts- oder Dienstadresse	GEMEINDEVERWALTUNG GEORGENTHAL	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	TANBACHER STR. 2	Postleitzahl, Ort	99887 GEORGENTHAL
	Name	Organisationsform									
	BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE HERBENHOF	KÖRPERSCHAFT D. ÖFFENTL. RECHTS									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	GEMEINDEVERWALTUNG GEORGENTHAL									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	TANBACHER STR. 2									
Postleitzahl, Ort	99887 GEORGENTHAL										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	GEMEINDLICHER BÜRGERMEISTER	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	ANTRAG AUF EINGLIEDERUNG DER GEMEINDE HERRENHOF IN DIE LANDGEMEINDE GEORGLINTHAL	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

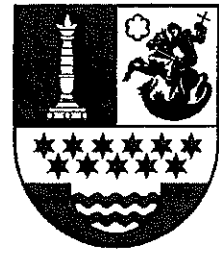
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
HESSEN Hof, 18.06.2017	

Landgemeinde Georgenthal

mit den Ortschaften Altenbergen, Catterfeld, Engelsbach, Georgenthal, Gospiteroda, Hohenkirchen, Leina, Petriroda, Schönau vor dem Walde und Wipperoda
Erfüllende Gemeinde nach § 51 ThürKO für die Gemeinden Emleben und Herrenhof



Gemeindeverwaltung Georgenthal • Tambacher Str. 2 • 99887 Georgenthal

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales

über

Landratsamt Gotha
Kommunalaufsicht

Posteingang LRA Gotha	
Kommunalaufsicht	
Ild. Nr.	
18. NOV. 2022	
298655	
WV	Kolleg:
RL	

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom:

Datum:

18.11.2022

Antrag auf Bestandsänderung nach § 9 Abs. 1 Thüringer Kommunalordnung

Hier: Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal zum
01.01.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stellen die Landgemeinde Georgenthal und die Gemeinde Herrenhof den Antrag zur Bildung einer neuen Gemeindestruktur gem. Artikel 92 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 9 der Thüringer Kommunalordnung.

Der Gemeinderat der Landgemeinde Georgenthal hat in seiner Sitzung vom 15.09.2022 mit Beschluss Nr. 53/2022 die Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal beschlossen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Herrenhof hat in seiner Sitzung vom 07.11.2022 mit Beschluss Nr. 36/2022 die Auflösung der Gebietskörperschaft seiner Gemeinde und mit Beschluss Nr. 37/2022 die Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal beschlossen.

Im Rahmen der Einwohnerversammlungen der Landgemeinde Georgenthal am 08.09.2022 und der Gemeinde Herrenhof am 24.10.2022 wurden die Einwohner der betroffenen Gemeinden vor den Beschlussfassungen informiert und gehört. Dabei wurden die Gründe des öffentlichen Wohls

Öffnungszeiten der Gemeinde

Mo 09.00-11.00 Uhr
Di 09.00-11.00 Uhr und 14.00-18.00 Uhr
Do 09.00-11.00 Uhr und 14.00-16.00 Uhr
Fr 09.00-11.00 Uhr

nach § 9 Abs. 1 ThürKO ausführlich erörtert. Nach den Beschlussfassungen erfolgte eine Information der Bürger im Amtsblatt der Landgemeinde Georgenthal.

Für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Herrenhof soll gem. § 45a Abs. 11 ThürKO eine Ortschaftsverfassung eingeführt werden. Der bisherige Bürgermeister der aufgelösten Gemeinde Herrenhof soll für die Dauer seiner verbleibenden Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortschaftsbürgermeister ernannt werde. Die bisherigen Gemeinderatsmitglieder sollen für die Dauer der verbleibenden Amtszeit zu Ortschaftsratsmitgliedern werden.

Die mit der Auflösung der Gemeinde Herrenhof und der Eingliederung in die Landgemeinde Georgenthal entstehenden Rechts- und Verwaltungsfragen werden im „Vertrag über die Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal“ festgeschrieben. Diesem Vertrag wurde nach Beratungen in den Gremiensitzungen der Landgemeinde Georgenthal zugestimmt und der Bürgermeister am 15.09.2022 durch Beschluss Nr. 54/2022 zur Unterzeichnung ermächtigt. Der Gemeinderat der Gemeinde Herrenhof beriet ebenfalls über den Vertrag in seinen Sitzungen und ermächtigte den Bürgermeister mit Beschluss Nr. 38/2022 am 07.11.2022 zur Unterzeichnung.

Der Antrag zur Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Herrenhof wird über den Dienstweg am 18.11.2022 beim Landratsamt Gotha, Kommunalaufsicht, eingereicht.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister

“ Bürgermeister

Antragsbegründung

Seit der Bildung der Landgemeinde Georgenthal zum 01.01.2020 kann diese auf eine positive Entwicklung in allen Bereichen verweisen. Mit der geplanten Eingliederung der Gemeinde Herrenhof soll dieser Trend fortgeführt werden.

Durch das Einbinden von Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal könnte im Jahr 2035 die Zielgröße von über 6.000 Einwohnern erreicht werden, um nach den Regelungen des Neugliederungsgesetzes als Grundzentrum eingestuft zu werden. Bereits mit der Bildung der Landgemeinde Georgenthal im Jahr 2020 durch den Zusammenschluss der Gemeinden Georgenthal, Hohenkirchen, Petriroda und der Verwaltungsgemeinschaft Leinatal konnte die Funktion eines zentralen Ortes unter Bündelung der vorhandenen Kräfte und Ressourcen wahrgenommen werden und eine umfassende kommunale Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Mit der Eingliederung einer weiteren Gemeinde und zeitgleichem Wegfall der erfüllenden Gemeinde könnten die kommunalen Aufgaben selbstständiger umgesetzt werden und es böten sich bessere Gestaltungs- und Planungsmöglichkeiten einschließlich einer effektiveren und flexibleren Mittelverwendung. Zusätzlich könnte ein Anwachsen der Landgemeinde Georgenthal deren Attraktivität als regionaler Arbeitgeber steigern.

Regionale Verflechtungsbeziehungen zwischen der Landgemeinde Georgenthal und der Gemeinde Herrenhof

1. Räumliche Lage, Entfernung zu Grund- und Mittelzentren

Die Gemeinden liegen am Eingang des Thüringer Waldes. Sie befinden sich zwischen den Grundzentren Tambach-Dietharz und Ohrdruf sowie dem Mittelzentrum Gotha. Die Gemeinde Herrenhof befindet sich entlang der L1028 zwischen den Ortschaften Georgenthal und Hohenkirchen der Landgemeinde.

2. Zentralörtliche Einstufung und Zugehörigkeit zu einem mittelzentralen Funktionsraum bzw. Grundversorgungsbereich

Bei der Fusion der Gemeinden erfüllen diese die Funktionen eines zentralen Ortes wobei auch grundzentrale Funktionen gegeben sind.

Aufgrund der räumlichen Nähe zur BAB 4, zur B 247 und zur B 88 sind die Landeshauptstadt Erfurt als Oberzentrum, die Kreisstadt Gotha sowie die benachbarten Grundzentren Ohrdruf, Tambach-Dietharz und Friedrichroda mit dem ÖPNV und dem Individualverkehr für die Bürgerinnen und Bürger der Landgemeinde Georgenthal gut erreichbar. Die Ortschaften der Landgemeinde Georgenthal und die Gemeinde Herrenhof als Teil des mittelzentralen

Funktionsraums Gotha nutzen die durch ihre Lagegunst möglichen Interaktions- und Verflechtungsbeziehungen untereinander.

Die Erweiterung der Landgemeinde Georgenthal entspricht dem Prinzip der Integrierten ländlichen Entwicklung (LEP Thüringen 2025, Ziffer 3.1.2, S.49), das die eigenständige Entwicklung durch kooperatives Handeln fördert. Dies ist in der angestrebten neuen Gebietskörperschaft gegeben.

3. Infrastrukturelle Beziehungen:

3.1. Öffentlicher Personennahverkehr

Mit den Linien der Nahverkehrsgesellschaft des Landkreises Gotha bestehen mehrere Anbindungen an den ÖPNV. Die Linien 845, 846, 850, 851, 852, 853, 857, 860, 865 bieten für die Ortschaften Mobilität u.a. in Richtung Ohrdruf, Tambach-Dietharz, Friedrichroda, Oberhof, Bad Tabarz, Schmalkalden und Gotha. Dabei verbinden mehrere der Linien die Landgemeinde Georgenthal mit der Gemeinde Herrenhof. In Gotha besteht eine Anbindung an den Regional- und Fernverkehr der Deutschen Bahn AG, Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH oder Süd Thüringen Bahn.

3.2 Einkaufsmöglichkeiten

Super- und Discountmärkte Netto, Edeka und Nahkauf, mehrere Bäcker und Fleischer (Ortschaften Georgenthal, Gospiteroda, Schönau v.d.W., Leina), Minimarkt (Ortschaft Petriroda), Bekleidungsgeschäfte, Floristen etc.

3.3 Arbeitsplätze

Im Gebiet der Landgemeinde Georgenthal liegen mehrere Gewerbegebiete (gemeinsames Gewerbegebiet Ohrdruf-Herrenhof-Hohenkirchen, Gewerbegebiet Schönau v.d.W.), die für viele Bürger und Bürgerinnen aller Ortschaften Beschäftigung bieten und durch die räumliche Nähe verkehrstechnisch gut zu erreichen sind. Weiterhin sind mehrere kleine und mittelständische Unternehmen in der Landgemeinde ansässig und die gute Anbindung an das Fernstraßenverkehrsnetz ermöglicht eine rasche Verbindung in die größeren Städte Gotha, Eisenach und Erfurt.

3.4 Dienstleistungen

In den Ortschaften Georgenthal und Schönau v.d.W. befindet sich jeweils eine Arztpraxis für Allgemein Medizin, eine Zahnarztpraxis ist ebenfalls in der Ortschaft Georgenthal

vorhanden. Weitere Dienstleistungen im Bereich der Landgemeinde Georgenthal sind u.a. eine Zweigstelle der Kreissparkasse (Filiale mit Terminals), Post-Filialen, Physiotherapeuten, Kosmetik- und Fußpflegeunternehmen, Apotheke, Friseure, mehrere Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe, Versicherungsgesellschaften, Hundeschule etc.

4. Technische Infrastruktur /interkommunale Zusammenarbeit

- Mitgliedschaft der Landgemeinde Georgenthal und Gemeinde Herrenhof im WAZV Apfelstädt-Ohra
- Mitgliedschaft der Landgemeinde Georgenthal im WAZV Gotha- und Landkreisgemeinden
- Mitgliedschaft der Landgemeinde Georgenthal und der Gemeinde Herrenhof im Gewässerunterhaltungsverband Hörsel-Nesse
- Kommunalbeteiligung der Landgemeinde Georgenthal und der Gemeinde Herrenhof in der KEBT
- Kommunalbeteiligung der Landgemeinde Georgenthal in der Ohra-Energie GmbH
- Mitgliedschaft der Landgemeinde Georgenthal bei den Kommunalen Arbeitsgemeinschaften KAG „Rund um den Inselsberg“, KAG „Geopark-Inselsberg-Drei Gleichen“ und „KAG der staatlich anerkannten Erholungsorte“

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge:

5.1 Jugendeinrichtungen

Mehrere Jugendeinrichtungen sind in der Landgemeinde Georgenthal und der Gemeinde Herrenhof vorhanden und werden von Jugendsozialarbeitern des Kreisjugendringes Gotha bzw. der Gemeinde betreut.

5.2 Sportstätten

Sportplätze, Sporthallen (u.a. mit Umkleide- und Sanitärbereich), zwei Schwimmbäder, Kegelbahnen (u.a. mit Umkleide- und Sanitärbereich), Tennisplatz, Skateranlage, Paintballanlage, Bolzplatz etc. sind in der Landgemeinde Georgenthal vorhanden.

5.3 Feuerwehr

Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Freiwilligen Feuerwehren aller Ortschaften bei der Ausbildung und bei Einsätzen im Einzugsgebiet werden seit jeher großgeschrieben. Die Feuerwehren gehören zum Kreisbrandabschnitt Süd.

5.4 Kindertagesstätten

Unter kommunaler Trägerschaft befinden sich Einrichtungen der Kindertagesstätten in Altenbergen, Georgenthal, Leina, Schönau v.d.W. und Herrenhof.

5.5 Friedhöfe

In allen Orten befinden sich Friedhöfe in kommunaler Trägerschaft.

5.6 Vereine

In den Ortschaften der Landgemeinde finden sich vorrangig ehrenamtliche Vereine:

- Sportvereine (Fußball-, Schützen-, Pferde-, Volleyball-, Tischtennis-, Kegelerverein etc.)
- Kultur-/Heimat- und Geschichtsvereine (Kirmes-, Kulturpflege-, Partnerschafts- und Fördervereine etc.)
- Karnevalsvereine
- Rassegeflügelvereine
- Pfadfinder

6. Traditionelle und historische Verbindungen, Vereine

Die Vereine unserer Region (Kirmesvereine, Faschingsvereine, Sportvereine, Feuerwehrvereine, Traditions- und Kulturvereine) arbeiten in der Region seit vielen Jahren gemeinsam. Gegenseitige Besuche oder gemeinsam organisierte und ortschaftsübergreifende Veranstaltungen sind selbstverständlich.

7. Schulstrukturen

In den Orten Georgenthal und Schönau v.d.W. gibt es jeweils eine staatliche Grundschule (Grundschule „Dr. Louis Mayer“ und Grundschule „Christian Ludwig Brehm“). Die Schüler aus Petriroda besuchen die Grundschule „Burgenland“ in der Gemeinde Drei Gleichen in der Ortschaft Günthersleben Wechmar. Realschulen sind in Tambach-Dietharz („Am Rennsteig“), Friedrichroda („Helene Lange“) und der Gemeinde Drei Gleichen („Burgenland“) vorhanden. Für den gymnasialen Schulweg stehen den Schülern der Landgemeinde Georgenthal das Gymnasium „Ernestinum“ in Gotha, das „Perthes-Gymnasium“ in Friedrichroda sowie das Gymnasium „Gleichense“ in Ohrdruf zur Verfügung.

8. Landschaftliche und topografische Gegebenheiten

Die Landgemeinde Georgenthal liegt zwischen den Bergen und Tälern entlang der Flüsse Leina und Apfelstädt und wird von zahlreichen Bachläufen und Teichen durchzogen und geprägt. Landschaftsprägende Höhenzüge der Region sind der Hirzberg und der Boxberg, die von weitläufigen Wäldern bedeckt sind.

9. Bevölkerungsentwicklung

Statistische Erhebung der Einwohnerzahlen und deren Entwicklung

			Prognose
Gemeinde	31.12.1994	31.12.2022	2035
Landgemeinde			
Georgenthal	7058	7214	5584
Gemeinde			
Herrenhof	853	733	658
Gesamt	7911	7947	6242

Durch die Entstehung von Wohngebieten waren vor allem in den Jahren um die Jahrtausendwende Einwohnerzuwächse zu verzeichnen. Durch die zwischenzeitliche Altersverschiebung war dieser Trend rückläufig. Gegenwärtig tritt ein sogenannter Generationswechsel ein; die von der älteren Generation überwiegend in 1- und 2-Personen-Haushalten bewohnten Häuser werden von jungen Familien übernommen und sorgen so für eine Belebung der Orte.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

Finanzielle Situation der Landgemeinde Georgenthal

Mit Jahresabschluss 2021 konnte die Gemeinde Georgenthal eine freie Finanzspitze in der dauernden Leistungsfähigkeit in Höhe von ca. 2,97 Mio erwirtschaften. Des Weiteren wurden der allgemeinen Rücklage ein Betrag in Höhe von ca. 1,175 Mio Euro zugeführt. Mit Jahresrechnung 2021 hat die Gemeinde Georgenthal somit einen Rücklagenbestand von ca. 4,71 Mio Euro.

Der Haushaltsplan der Gemeinde Georgenthal ist im Haushaltsjahr 2022 und den Finanzplanungsjahren 2023-2025 ausgeglichen. Die Gemeinde Georgenthal kann in jedem Haushaltsjahr die nach § 22 Abs. 1 ThürGemHV geforderte Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt erwirtschaften.

Sowie im Haushaltsjahr 2022 als auch in den Finanzplanungsjahren ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Die im Finanzplan vorgesehen Investitionsmaßnahmen können vollumfänglich aus dem Rücklagenbestand der Gemeinde Georgenthal finanziert werden.

Finanzielle Situation der Gemeinde Herrenhof

In der Gemeinde Herrenhof liegt keine beschlossene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 vor. Zu dem derzeitig vorliegenden Entwurf ist es notwendig ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen, da die Übersicht über die dauernde Leistungsfähigkeit sowohl in den Vorjahren als auch in den Finanzplanungsjahren Fehlbeträge ausweist.

11. Bau- und Gewerbegebiete einschließlich der konkreten Lage

- Planungsverband „Gemeinsames Gewerbegebiet Ohrdruf – Herrenhof – Hohenkirchen“
- Gewerbegebiet Schönau v.d.W. in Richtung Wipperoda
- Gewerbeflächen Herrenhof Richtung Hohenkirchen

12. Derzeitige Ortschaften mit Ortschaftsverfassung

Die Landgemeinde Georgenthal beinhaltet die Ortschaften mit Ortschaftsverfassung: Altenbergen, Catterfeld, Engelsbach, Georgenthal, Gospiteroda, Hohenkirchen, Leina, Petriroda, Schönau v.d.W. und Wipperoda.

13. Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften

Angrenzende Gebietskörperschaften werden durch die Bildung der erweiterten Landgemeinde in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht beeinträchtigt. Bestehende Kommunalstrukturen werden in ihrer Gesamtheit zusammengefasst. Die Stadt Gotha als Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums hat Möglichkeiten der Vergrößerung in Richtung Norden, Osten und Westen. Damit wird die für Thüringen prägende Vielfalt bewahrt (siehe Untertitel LEP).

Die an die Gemeinde Georgenthal angrenzende Stadt Tambach-Dietharz ist im LEP Thüringen 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Die gemeinsame Bildung einer Landgemeinde mit den Gemeinden Emleben, Georgenthal, Herrenhof, Hohenkirchen, Leinatal, Petiroda und der Stadt Tambach-Dietharz scheiterte im Vorfeld.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Hohen Krenz</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft öffentl. Recht</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Buckberg 95a</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37308 Hohen Krenz OT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Hohen Krenz	Körperschaft öffentl. Recht	Geschäfts- oder Dienstadresse	Buckberg 95a	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	37308 Hohen Krenz OT
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Hohen Krenz	Körperschaft öffentl. Recht									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Buckberg 95a									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	37308 Hohen Krenz OT										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Erfüllung hoheitlicher Aufgaben gem. ThürKO</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Antrag auf Fusion mit Stadt Heilbad Heiligenstadt</i>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	<i>Freiwilliger Antrag</i>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hohen Krons, 02.05. '23	

THÜRINGEN

SEICHEN



Stadt Heilbad Heiligenstadt



Gemeinde Hohes Kreuz



Gemeinde Glasehausen

Antrag auf Gemeindeneugliederung

der Gemeinde Hohes Kreuz (für die Ortsteile Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streltholz) und der Gemeinde Glasehausen in die Stadt Heilbad Heiligenstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Hohes Kreuz beantragt mit Inkrafttreten des 4. Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNNG 2024) ihre Auflösung und die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Bischhagen
- Mengelrode
- Siemerode
- Streltholz

In die Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Die Gemeinde Glasehausen beantragt mit Inkrafttreten des 4. Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNNG 2024) ihre Auflösung und die Eingliederung in die Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Es wird beantragt, dass § 45 Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung für die aufgelöste Gemeinde Hohes Kreuz nicht zur Anwendung kommen soll. Stattdessen sollen gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz die bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Stadt Heilbad Heiligenstadt übergeleitet werden. § 45 Absatz 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) soll mit Wirksamwerden der Bestandsänderung für die aufgelöste Gemeinde Glasehausen, begrenzt auf den Zeitraum der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Stadtrates, zur Anwendung kommen.

Jeder Ortsteil führt seinen bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namen der Stadt Heilbad Heiligenstadt als Ortsteilnamen fort.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVl3l. S. 231) zur Anwendung kommen.

Es wird beantragt, dass die Vereinbarungen aus den Koordinationsrechtlichen Verträgen zwischen der Stadt Heilbad Heiligenstadt, der Gemeinde Hohes Kreuz, der Gemeinde Glasehausen und der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal im zukünftigen ThürGNNG soweit erforderlich aufgenommen werden.

Bürgermeister
Heilbad Heiligenstadt

Bürgermeister
Hohes Kreuz

Bürgermeisterin
Glasehausen

Anlage zum Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinde Hohes Kreuz (für die Ortsteile Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streitholz) und der Gemeinde Glasehausen in die Stadt Heilbad Heiligenstadt

ABWÄGUNG GEMEINWOHLBELANGE

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen gemäß dem Beschluss des Thüringer Landtages vom 13. Dezember 2017.

Der demografische Wandel, die angespannte Haushaltslage, die Fragen nach der eigenen Leistungsfähigkeit und nach leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen zwang die Gemeinden ihre „Eigenständigkeit“ auf den Prüfstand zu stellen.

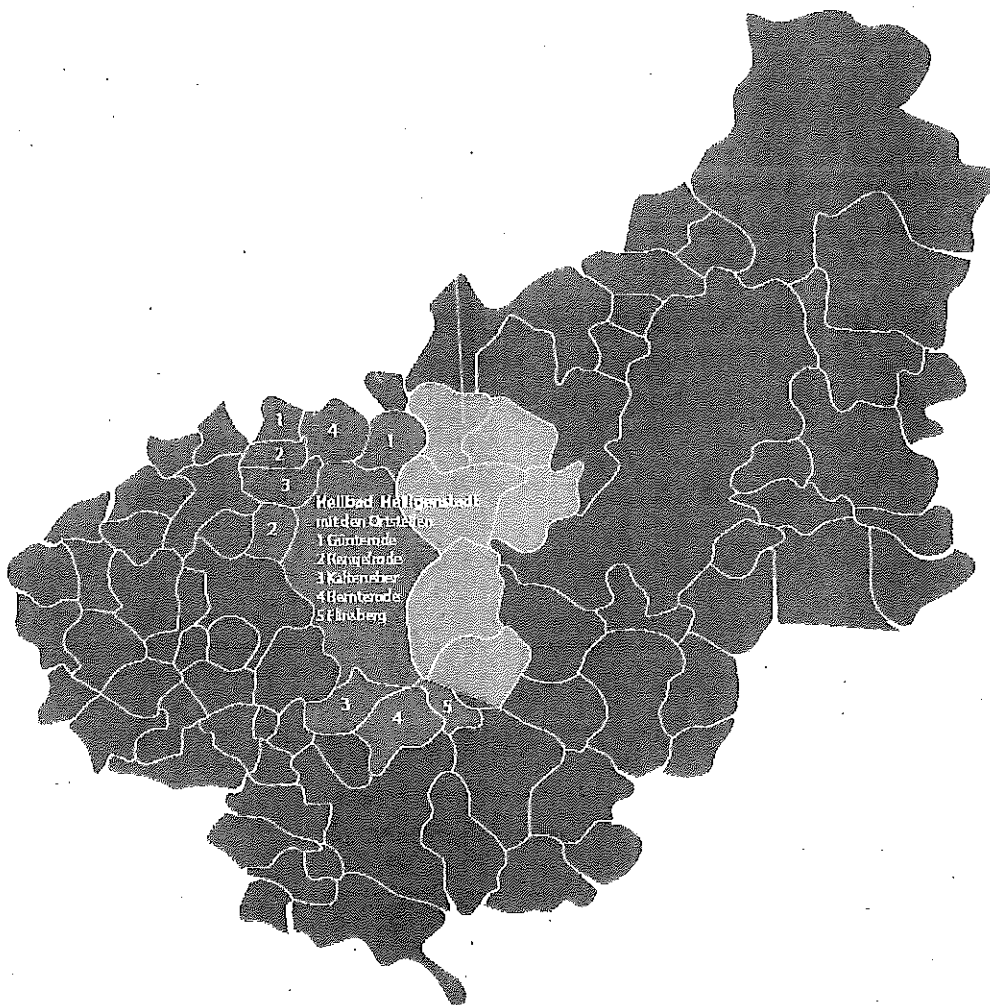
Im Ergebnis wurden in beiden Gemeinden im Sommer 2022 Bürgerbefragungen zur Gemeindeneugliederung durchgeführt. Hierbei entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mit absoluten Mehrheiten für die Auflösung ihrer Einheitsgemeinden und einen Beitritt zur Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Inhalt

Räumliche Lage, örtliche Zugehörigkeit	2
Infrastrukturelle Beziehungen	4
Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge	4
Schulstruktur nur informativ	5
traditionelle, landsmannschaftliche und historische Verbindungen, Vereine und Kirchengemeinden	5
Bevölkerungsentwicklung	6
Finanzielle Situation	6
Bau- und Gewerbegebiete einschließlich der konkreten Lage,	7
derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung	8
Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gebietskörperschaften	8
Bürgerbeteiligung	8

Räumliche Lage, örtliche Zugehörigkeit

Der Landkreis Eichsfeld liegt im Nordwesten des Freistaats Thüringen, eingebettet zwischen dem Harz im Norden, der Werra und dem hessischen Bergland im Südwesten und dem Thüringer Becken im Südosten. Nachbarkreise sind im Norden der niedersächsische Landkreis Göttingen, im Osten der Landkreis Nordhausen, im Südosten der Kyffhäuserkreis, im Süden der Unstrut-Hainich-Kreis und im Westen der hessische Werra-Meißner-Kreis.



Die Gemeinde Hohes Kreuz entstand 1991 aus einem Zusammenschluss der Gemeinden Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streitholz. Benannt wurde die Gemeinde nach der gleichnamigen, etwa 371 m hohen Anhöhe zwischen den Orten Streitholz und Bischhagen. Das Gemeindegebiet erstreckt sich von der thüringisch-niedersächsischen Grenze im Norden bis zur Bundesautobahn 38 im Süden. Die Gemeinde Hohes Kreuz gehört seit 1992 zur Verwaltungsgemeinschaft „Leinetal“ mit Sitz in Bodenrode. Am 31.12.2021 lebten in der Gemeinde 1.246 Einwohner.

Bischhagen

Bischhagen liegt ungefähr sechs Kilometer nordwestlich von Heilbad Heiligenstadt an der Thüringer Landesstraße 1005 und der Deutschen Märchenstraße nahe der niedersächsisch-thüringischen Grenze. Umliegende Orte sind Siemerode, Streitholz und Vogelsang in Niedersachsen.

Mengelrode

Mengelrode liegt ca. vier Kilometer im nordwestlichen Teil des Kreises Heiligenstadt auf einer mittleren Höhe von 260 m über NN. Umliegende Orte sind Streitholz, Schachtebich und die Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt.

Siemerode

Siemerode liegt ca. fünf Kilometer nördlich von Heilbad Heiligenstadt auf einer mittleren Höhe von 308 m über NN. Der Ort liegt an der Thüringer Landesstraße 1005 und der Deutschen Märchenstraße nahe der niedersächsisch-thüringischen Grenze. Umliegende Orte sind Bischhagen, Streitholz, der Heiligenstädter Ortsteil Günterode und Weißenborn in Niedersachsen.

Streitholz

Streitholz ist der kleinste der vier Ortsteile der Gemeinde Hohes Kreuz. Streitholz liegt ca. fünf Kilometer nordwestlich von der Kreisstadt Heiligenstadt entfernt. Der Ort befindet sich an der Straße zwischen Mengelrode und Bischhagen (beides Ortsteile von Hohes Kreuz). Über diese Straße ist Streitholz an die Thüringer Landesstraße 1002 (Deutsche Märchenstraße) angebunden. Umliegende Orte sind weiterhin Siemerode, die Gemeinde Freienhagen und Vogelsang in Niedersachsen.

Glasehausen

Glasehausen liegt ungefähr 7 Kilometer nördlich von Heiligenstadt, unmittelbar an der niedersächsisch-thüringischen Landesgrenze. Nachbarorte sind die in Niedersachsen gelegenen Ortsteile der Gemeinde Gleichen Weißenborn im Westen und Etzenborn im Nordosten sowie der Ortsteil der Stadt Heilbad Heiligenstadt Günterode im Süden. Verwaltungsmäßig gehört der Ort ebenfalls zur Verwaltungsgemeinschaft Leinetal.

Infrastrukturelle Beziehungen

Infrastrukturell ist die Stadt Heilbad Heiligenstadt mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteilen durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. Erreicht werden die Gemeinden über die Anschlussstelle „Heilbad Heiligenstadt“ an der Bundesautobahn 38. Derzeit bestehen in alle Orte gute ÖPNV-Anbindungen nach Heilbad Heiligenstadt. Der Anschluss an den regionalen und überregionalen Bahnverkehr befindet sich ebenfalls in der Kreisstadt. Ein Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile untereinander.

Die Berufstätigen sind vorrangig Pendler in Richtung Göttingen, Heilbad Heiligenstadt oder Duderstadt.

Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie die Abfallentsorgung erfolgen über den Zweckverband WAZ Obereichsfeld und die Eichsfeldwerke, beide ansässig in Heilbad Heiligenstadt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortsteilen vorhanden. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Stadt auch in Zukunft sorgen.

Zwei vollzeitbeschäftigte Beschäftigte erledigen als Gemeindearbeiter die innerörtlichen Pflege- und Instandhaltungsarbeiten.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt mit ihren 10 Ortsteilen verfügt zukünftig über 9 Kindertagesstätten in der Kernstadt und den Ortsteilen mit einer Gesamtkapazität von 920 Plätzen. Derzeit verfügt die Stadt Heilbad Heiligenstadt über eine Gesamtkapazität 841 Plätzen, es befinden sich 659 Plätze in freier Trägerschaft und 182 Plätze im städtischen Kindergarten. Ab 2024 kommen im Ortsteil Siemerode 46 Plätze und im Ortsteile Mengelrode 33 Plätze hinzu. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine gute Belegung aus. Kapazitätsprobleme für die Zukunft können nicht ausgeschlossen werden, da sich die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Zuzüge noch nicht abschätzen lassen.

In der Stadt Heilbad Heiligenstadt kooperiert die Stadtverwaltung in der Jugendarbeit mit der Villa Lampe, die zurzeit auch die Jugendtreffs im Ortsteil Günterode betreut. Die Jugendclubs /Jugendtreffs in den Ortsteilen werden selbstverständlich erhalten und soweit gewünscht auch fortgeführt. Damit soll zukünftig auch die Jugendarbeit in den einzelnen Ortsteilen der Stadt ausgebaut werden.

In der Gemeinde Hohes Kreuz und in Glasehausen gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten. Die durch die Orte führenden Buslinien gewährleisten jedoch eine gute Anbindung insbesondere

in Richtung Heilbad Heiligenstadt, so dass dort auch die Mehrzahl der Einwohner die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen und die medizinische Versorgung wahrnehmen.

Die Pflichtaufgabe Feuerwehr hat einen besonderen Stellenwert. Insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind, ist eine interkommunale Zusammenarbeit bereits jetzt gelebte Praxis. Es bestehen Beziehungen zu den Feuerwehren der Gemeinde Hohes Kreuz, gemeinsame Übungsabende finden auch heute schon statt. Gemeindeübergreifende Einsätze sind schon heute Realität. Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht in besonderem Maß angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch effizienter machen.

Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran. Auch hier ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit geplant. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation zwischen den Ortsteilen der Stadt Heilbad Heiligenstadt und den umliegenden Gemeinden ist schon heute gelebte Praxis.

Schulstruktur - nur informativ

Die Grundschüler werden derzeit in Siemerode unterrichtet, während die Regelschüler und Gymnasialschüler mehrheitlich die Schulen in Heilbad Heiligenstadt besuchen.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt verfügt für die Schüler der Stadt und der umliegenden Gemeinden über drei Grundschulen, zwei Regelschulen, zwei Gymnasien und zwei berufsbildende Schulen.

traditionelle und historische Verbindungen, Vereine und Kirchengemeinden

Das Ortsleben in den Ortsteilen wird maßgeblich geprägt durch die Sportvereine, Heimatvereine, Freiwilligen Feuerwehren und die Kirchengemeinden. Die naturgemäß hohe gegenseitige Durchdringung befördert eine gute Zusammenarbeit untereinander, mit den Nachbargemeinden und mit dem Gemeinderat.

In der überwiegend römisch-katholisch geprägten Stadt Heilbad Heiligenstadt sind vier Pfarrgemeinden, zwei Kapellen und das katholische Bildungshaus „Marcel Callo“ ansässig. Auch die Gemeinden im Umfeld sind überwiegend katholisch und zählen zum Dekanat Heiligenstadt.

Die Pfarrei St. Nikolaus Siemerode – mit den Kirchorten St. Matthias Bischhagen, St. Georg Günterode, St. Maria Magdalena Mengelrode, St. Johannes der Täufer Glasehausen, St. Johannes der Evangelist Streitholz und der Kapelle St. Maria Magdalena Siemerode umfasst unter anderem bereits heute fünf Orte des zukünftigen Stadtgebietes.

Bevölkerungsentwicklung

Trotz reizvoller Landschaft, lebendigem Dorfleben und guter verkehrstechnischer Anbindung ist die Einwohnerzahl in der Gemeinde Hohes Kreuz von 1.606 (1994) auf 1.246 (2021) geschrumpft. Die Gemeinde Glasehausen hatte einen Einwohnerrückgang von 173 auf 144 zu verzeichnen. Neben der allgemeinen demographischen Entwicklung kann dafür sicher auch das Fehlen von Bauplätzen mitverantwortlich gemacht werden.

Finanzielle Situation

Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden erlaubt keine „großen Sprünge“. Eckwerte der karmal geführten Haushalte der Gemeinden sind:

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt
Gemeinde Hohes Kreuz	1.679.800 €	166.600 €
Gemeinde Glasehausen	188.500 €	36.500 €

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt ist eine der wenigen Kommunen, die sich den Herausforderungen des doppelten Rechnungssystems stellte und seit dem 01.01.2011 nach diesen Grundsätzen arbeitet. Seit diesem Zeitpunkt kann die Stadt Heilbad Heiligenstadt jedes Jahr sowohl in der Planung als auch in der Jahresrechnung einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Alle Aufwendungen können über Erträge finanziert werden und somit die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Stadt sichern. Auch im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum zeigt sich dieser Trend sowohl positiv als auch steigend. Somit steht auch zukünftig die Wirtschaftlichkeit der Stadt Heilbad Heiligenstadt auf einem sicheren Fundament. Im investiven Bereich wurden seit dem Jahr 2011 rund 95 Millionen Euro investiert. Vier der fünf Ortsteile konnten über das Projekt „Dorferneuerung“ saniert werden. Die Ortsteile Kalteneber und Bernterode sind noch bis 2024 Förderschwerpunkte.

Die Pro-Kopf-Verschuldung nimmt seit dem Jahr 1999 kontinuierlich ab und beträgt zum jetzigen Zeitpunkt 305 € je Einwohner. Obwohl in den vergangenen Jahren ein hohes Investitionsvolumen zu finanzieren war, konnte dies bisher ohne eine zusätzliche Kreditaufnahme erfolgen.

Auch Im Haushaltsjahr 2022 wurde ein ausgeglichener Haushalt von der Kommunalaufsicht des Landkreises genehmigt. Investitionen werden in einer Gesamthöhe von 10,6 Mio. € durchgeführt, welche durch Drittmittel sowie durch eigene erwirtschaftete Mittel finanziert werden. Ein Investitionskredit deckt den restlichen Teil des Investitionsvolumens ab. Die Neuverschuldung erfolgt moderat, sodass die dauernde Leistungsfähigkeit über den Finanzplanungszeitraum gesichert ist. Der Stand der liquiden Mittel beträgt zum Jahresende ca. 627 T€.

Bau- und Gewerbegebiete

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt nimmt als Kreisstadt des Landkreises Eichsfeld, als Kurstadt sowie als Mittelzentrum zentralörtliche und übergreifende Aufgaben für die Region wahr. Hieraus ergeben sich die besonderen Anforderungen an die Bereitstellung von Wohnbauflächen, gewerblichen und sonstigen Bauflächen.

Wohnbauflächen

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt hat in den vergangenen umfangreiche Wohnbauflächen neu ausgewiesen und erschlossen. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Ausweisung neuer Eigenheimstandorte im Nordwesten und Südwesten der Stadt. Sämtliche Wohnbaugrundstücke sind zwischenzeitlich vergeben und ganz überwiegend bebaut. Aufgrund der weiter bestehenden Nachfrage plant die Stadt aktuell die Ausweisung neuer Wohnbauflächen angrenzend an das Wohngebiet Hohes Rott mit einer Fläche von ca. 11 ha. Daneben wurden in den Ortsteilen Rengelrode sowie Kalteneber neue Baugebiete erschlossen, aktuell entsteht ein neues Wohngebiet im Ortsteil Günterode.

Gewerbliche Bauflächen

Seit den 1990er Jahren wurden in der Stadt ca. 185 ha Gewerbliche Bauflächen entwickelt bzw. neu ausgewiesen. Die Gewerbegebiete im Süden und Westen der Stadt wurden im Wesentlichen als Altstandorte fortgeführt, diese umfassen eine Fläche von rd. 47 ha. Die Ausweisung des neuen Gewerbegebietes im Osten der Stadt erfolgte bereits seit Beginn der 1990er Jahre und umfasst eine Fläche von ca. 60 ha. Eine wesentliche Erhöhung der Nachfrage ergab sich mit dem Neubau der A 38. Dieser Nachfrage konnte mit der Neu-Ausweisung von den Gewerbegebieten an der A 38 – West und Ost mit einer Gesamtfläche von rd. 80 ha entsprochen werden. Aktuell sind Gewerbegrundstücke noch im Gewerbegebiet A 38 – Ost verfügbar, bei Notwendigkeit ist eine räumliche Erweiterung planerisch bereits vorbereitet.

derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung

Das Gemeindegebiet Hohes Kreuz gliedert sich bisher in die Ortsteile Siemerode, Mengelrode, Bischhagen und Streitholz. Alle vier Ortsteile erhielten nach der Hauptsatzung der Gemeinde eine Ortsteilverfassung gemäß § 45 ThürKO. Die Wahl der Mitglieder des Ortsteilrats erfolgte bisher durch eine Bürgerversammlung des Ortsteils.

Auf die gesetzliche Einführung der Ortsteilverfassung für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz sowie die Überleitung des bisherigen Bürgermeisters und der bisherigen Gemeinderatsmitglieder nach § 45 Abs. 8 ThürKO wird mit der Eingliederung verzichtet. Stattdessen sollen die gemäß der Hauptsatzung in der aufgelösten Gemeinde bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilbürgermeister und Ortsteilratsmitglieder in die Stadt Heilbad Heiligenstadt übergeleitet werden. Hierzu wird ein entsprechender Antrag nach § 45 Abs. 9 ThürKO gestellt.

Das Gemeindegebiet Glasehausen wurde in gemäß der Hauptsatzung in keine weiteren Ortschaften bzw. Ortsteile eingeteilt. Mit Wirksamwerden der Bestandsänderung wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortsteilverfassung eingeführt. Die bisherige Bürgermeisterin der aufgelösten Gemeinde ist für die Dauer ihrer verbleibenden Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamte zur Ortsteilbürgermeisterin zu ernennen.

Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gebietskörperschaften

Nachteile für die Nachbargemeinden der Stadt Heilbad Heiligenstadt sowie der Gemeinde Hohes Kreuz und Glasehausen werden nicht gesehen.

Im Zusammenhang mit der Gemeindeneugliederung erfolgt eine Ausgliederung der Gemeinden Hohes Kreuz und Glasehausen aus der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal. Diese wird mit reduzierter Mitgliederzahl fortbestehen. Im Neugliederungsgesetz wird angeordnet, dass zwischen der Verwaltungsgemeinschaft und der Rechtsnachfolgerin der ausgegliederten Gemeinden eine Auseinandersetzung stattzufinden hat. Für die verbleibenden Gemeinden der jetzigen VG Leinetal werden evtl. finanzielle Mehrbelastungen durch eine Neuorganisation der VG-Umlage entstehen.

Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben. Dies war trotz der Covid-19 Krise zu jeder Zeit gegeben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Hohes Kreuz und der Stadt Heilbad Heiligenstadt wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Stadtratsratssitzungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Ortsteilratssitzungen sowie bei Bürgerbefragungen bezüglich einer möglichen Gemeindefusion aktiv beteiligt.

Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, den Ortsteilen und der Gemeinde Hohes Kreuz und auch der Gemeinde Glasehausen durch die Tagespresse zur geplanten Gemeindefusion laufend informiert.

Hervorzuheben ist hier die Bürgerbefragung, die per Abstimmung bei der Wahl oder per Briefwahl ab dem 16. Lebensjahr durchgeführt wurde. In allen Ortsteilen der Gemeinden Hohes Kreuz und in der Gemeinde Glasehausen ergab sich ein klares Votum für den Beitritt zur Stadt Heilbad Heiligenstadt. Die Bürger und Bürgerinnen stimmten in den Ortsteilen wie folgt ab:

Bischhagen	89,01%
Mengelrode	98,11%
Siemerode	83,97%
Streitholz	91,66%

In Glasehausen fand ein Bürgervotum im Rahmen einer Einwohnerversammlung statt. Hier entschieden sich 92,7% der Bürgerinnen und Bürger für einen Beitritt zur Stadt Heilbad Heiligenstadt.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeinde-neugliederungen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde Kleinmölsen	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Kleinmölsen über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6
	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die enthaltenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBewG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

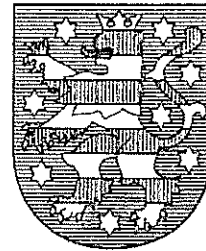
Ort, Datum	Unterschrift
Kleinmölsen, den 17.09.2015	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwanee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Akz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennt nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-Abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKG weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

- Anlage 1 -

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Abfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leibbildkonformer Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"><i>Gemeinde Kleinenhaußen</i></td> <td style="border: none;"><i>Körperschaft des öff. Rechts</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"><i>Ringstraße 68 A</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"><i>99825 Kleinenhaußen</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Gemeinde Kleinenhaußen</i>	<i>Körperschaft des öff. Rechts</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Ringstraße 68 A</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>99825 Kleinenhaußen</i>	Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	<i>Gemeinde Kleinenhaußen</i>	<i>Körperschaft des öff. Rechts</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Ringstraße 68 A</i>									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>99825 Kleinenhaußen</i>									
Postleitzahl, Ort											
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Gemeinde Vogelsberg soll in die VG Kollida eingegliedert werden	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Kleinwiesau, 27.04.2023	

**Gemeinde Kleinneuhausen**

Der Bürgermeister


**Beschlussvorlage an den
Gemeinderat Kleinneuhausen**

Verwaltungsgemeinschaft Kölleda Gemeinschaftsvorsitzender Sachbearbeiter:	Datum:	25.05.2022	
	Sitzungsdatum:	01.06.2022	
	Status:	öffentlich	
Bearbeitungszeichen:			
Aktenzeichen: 0061	HH-Stelle:	Bezeichnung:	HH-Ansatz

Betreff: Neugliederung Gemeinde Vogelsberg und VG Kölleda
Sachverhalt:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindeneugliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (TMIK Rundschreiben vom 31.05.2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohlprüfung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (TMIK Information zu Gemeindeneugliederungen Stand 25.01.2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S.77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 01.01.2020 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der VGs „An der Marke“ und „Gramme-Aue“ entstand ist. Mit der Bildung der VG „Gramme-Vippach“ sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die Bildung eines gemeinsamen Bauhofes oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen

(Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNNG 2019, S. 76-77). Mittlerweile hat sich gezeigt, dass die VG „Gramme-Vippach“ für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der VG Kölleda verwirklichen kann. Zur VG Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.).

Der Gemeinderat von Vogelsberg hat am 19. Mai 2022 über den Beitritt der Gemeinde zur VG Kölleda zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen positiven Beschluss gefasst. Infrage kommen der 01. Januar 2023 oder 2024. Wahrscheinlicher ist nach derzeitiger Rechtslage 2024.

Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde Vogelsberg und der VG Kölleda und ihrer Mitgliedsgemeinden zu erwarten.

Aus finanzieller Sicht würde der Beitritt für die VG Kölleda nach jetzigem Stand jährliche Mehreinnahmen von ca. 100.000 € bedeuten (100 € Umlage + 43 Mehrbelastungsausgleich x 700 Einwohner). Die zu erwartenden Mehraufwendungen durch eine höhere Umlage an die Stadt Kölleda sowie evtl. Personalzuwachs (max. 1,0 VbE) würden überkompensiert. Insgesamt würde durch den Einwohnerzuwachs die dauernde Leistungsfähigkeit der VG gestärkt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Kleinneuhäusen beschließt:

1. Die Gemeinde Kleinneuhäusen stimmt den Beitritt der Gemeinde Vogelsberg zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda zu.
2. Die Neugliederung soll zum 01.01.2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 01.01.2024.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Bürgermeister

Protokoll der Gemeinderatssitzung von Kleinneuhäusen vom 01.06.2022 TOP: 5

Beschluss-Nr. KNH 1 56 1 2022

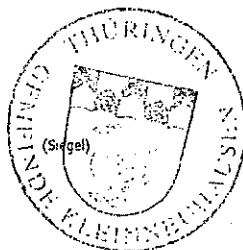
Der Gemeinderat von Kleinneuhäusen beschließt

- ☒ wie beantragt
unter Abänderung/Ergänzung (s. Rückseite)
Verweisung an _____
mit/ohne abschließende Beschlussfassung
Wiedervorlage

Gesetzliche Anzahl d. Mitglieder des Gemeinderates: 6 + 1, davon anwesend: 5+1

Abstimmungsergebnis:

Bürgermeister



6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Hiermit wird amtlich beglaubigt, dass die vor-/umstehende
Abschrift/Ablichtung mit der vorgelegten Urschrift/
Ausfertigung/beglaubigten/einfachen/Abschrift/Ablichtung

der/des

Beschluss

(Name, Unterschrift, Datum)

(Gemeindeamt)

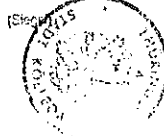
Die Beglaubigung ist nur zur Vorlage bei

erteilt.

Stadt Kölleda

Kölleda

den 09.08.2022



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Lenterode</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Lenterode</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Friedensstraße 53</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Lenterode</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Lenterode	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Lenterode	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedensstraße 53	Postleitzahl, Ort	37318 Lenterode
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Lenterode	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Lenterode									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedensstraße 53									
Postleitzahl, Ort	37318 Lenterode										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5. verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Lenterode, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

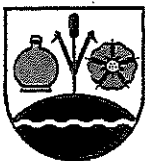
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach- Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

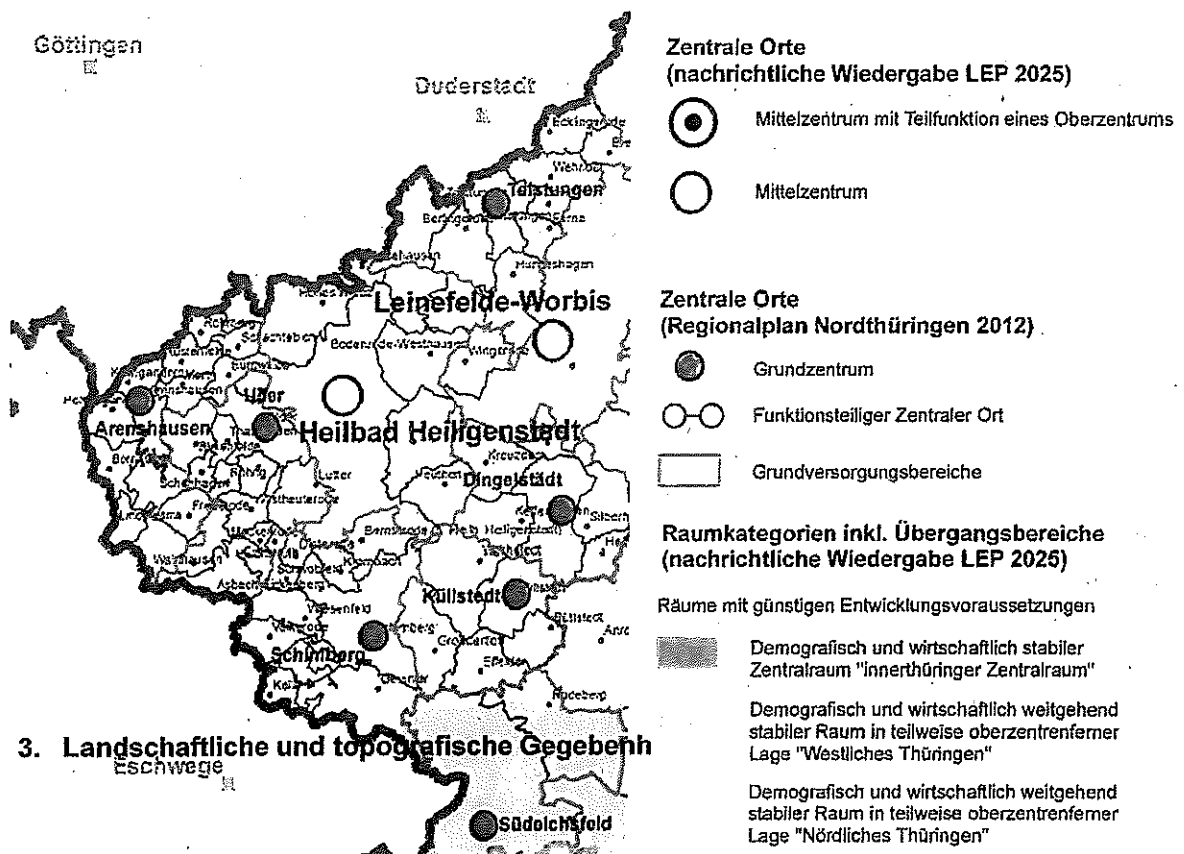
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

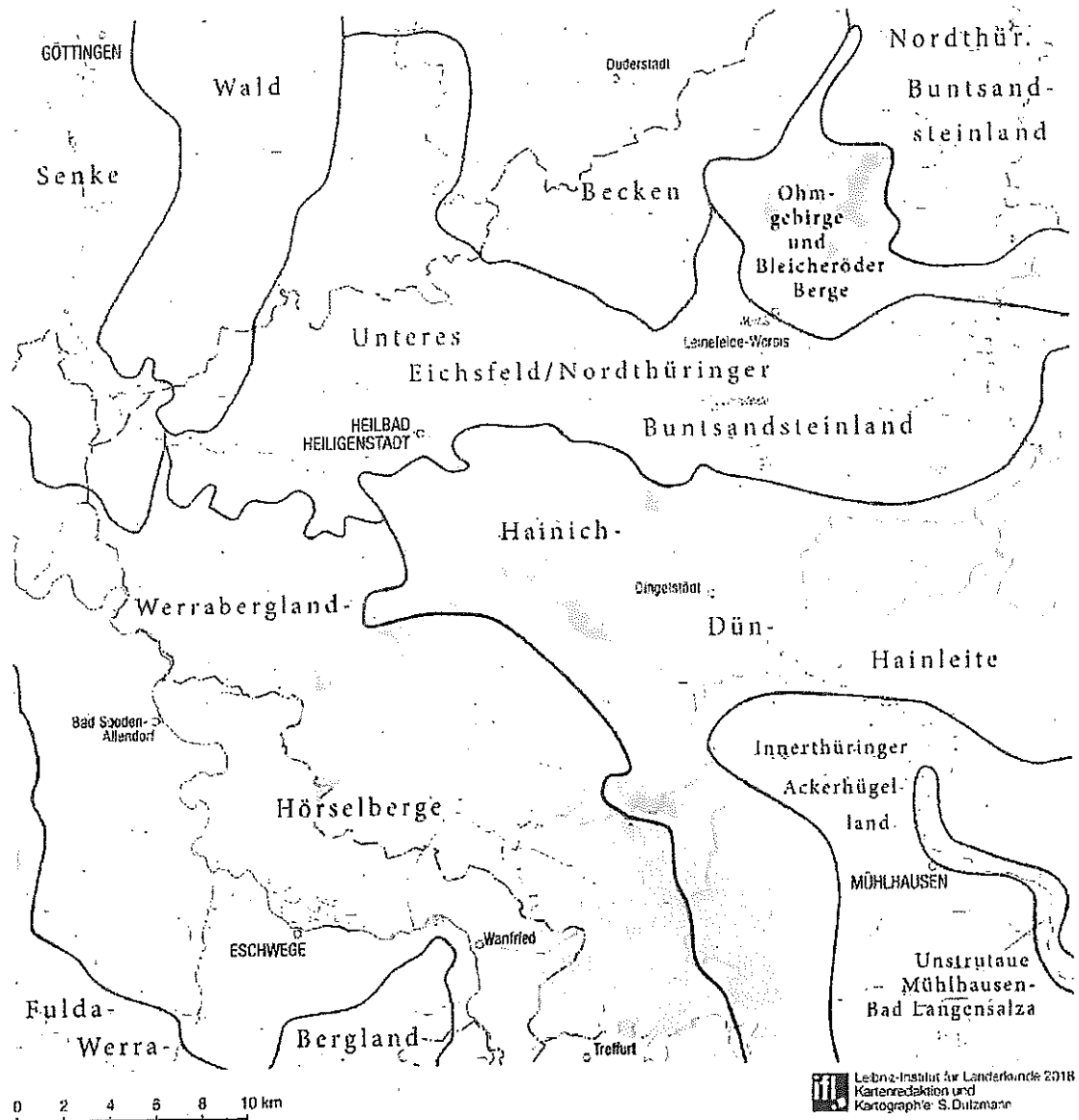


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindegemeinschafts eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt
 *) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



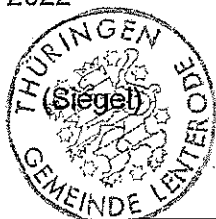
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



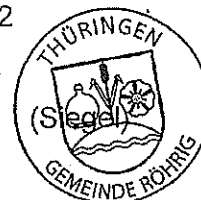
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

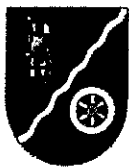




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

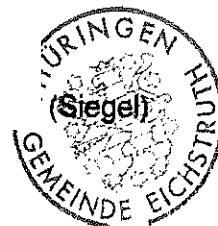
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



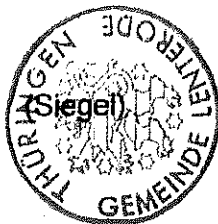
Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



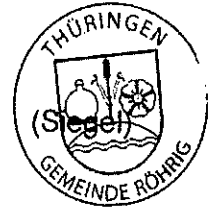
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



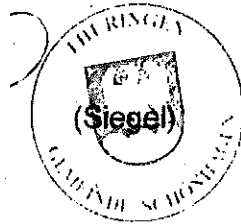
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



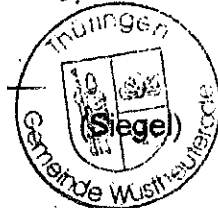
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Lutter</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Lutter</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Am Anger 4</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Lutter</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Lutter	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Lutter	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Anger 4	Postleitzahl, Ort	37318 Lutter
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Lutter	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Lutter									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Anger 4									
Postleitzahl, Ort	37318 Lutter										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Lutter, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

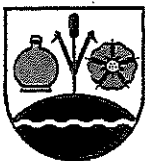
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach-Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

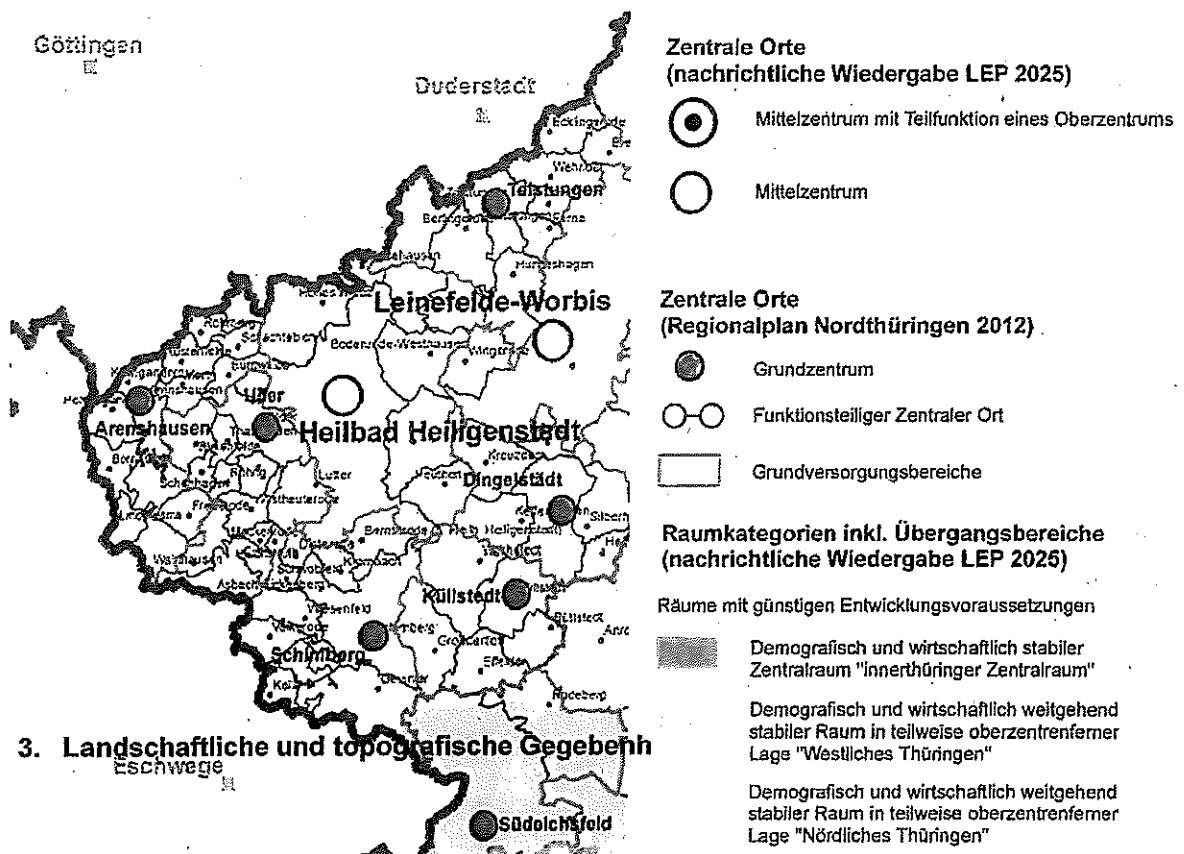
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

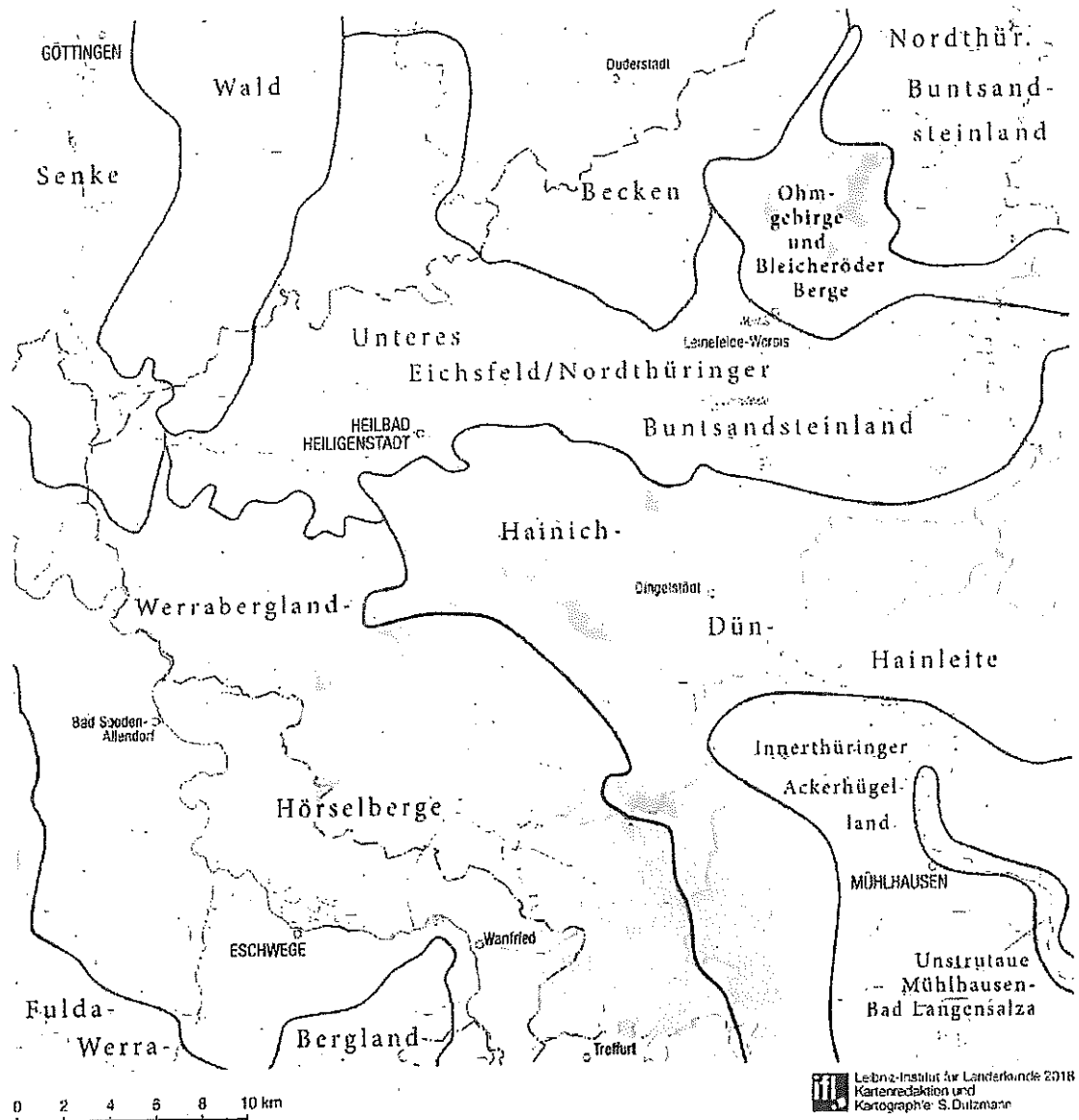


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindegemeinschafts eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt
 *) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



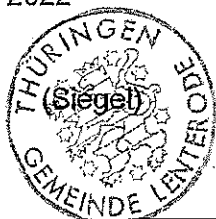
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



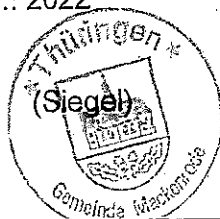
Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



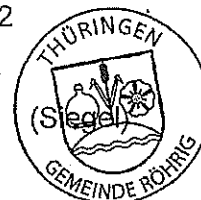
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



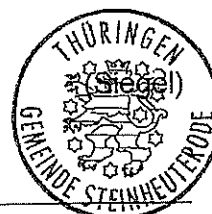
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

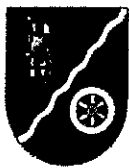




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

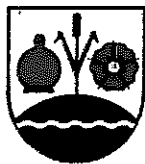
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

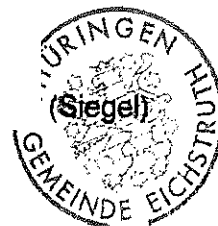
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



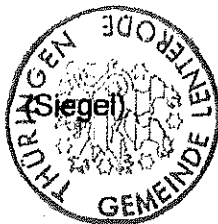
Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



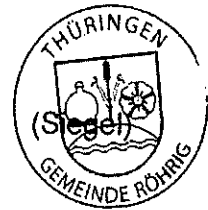
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



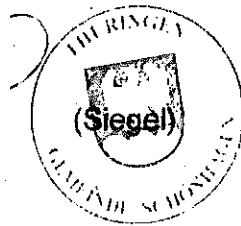
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



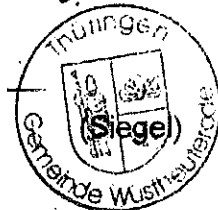
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Gemeinde Mackenrode</td> <td style="border: none;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Gemeinde Mackenrode</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Hauptstraße 9</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">37318 Mackenrode</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Mackenrode	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Mackenrode	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptstraße 9	Postleitzahl, Ort	37318 Mackenrode
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Mackenrode	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Mackenrode									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptstraße 9									
Postleitzahl, Ort	37318 Mackenrode										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mackenrode, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

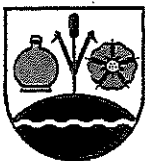
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach- Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

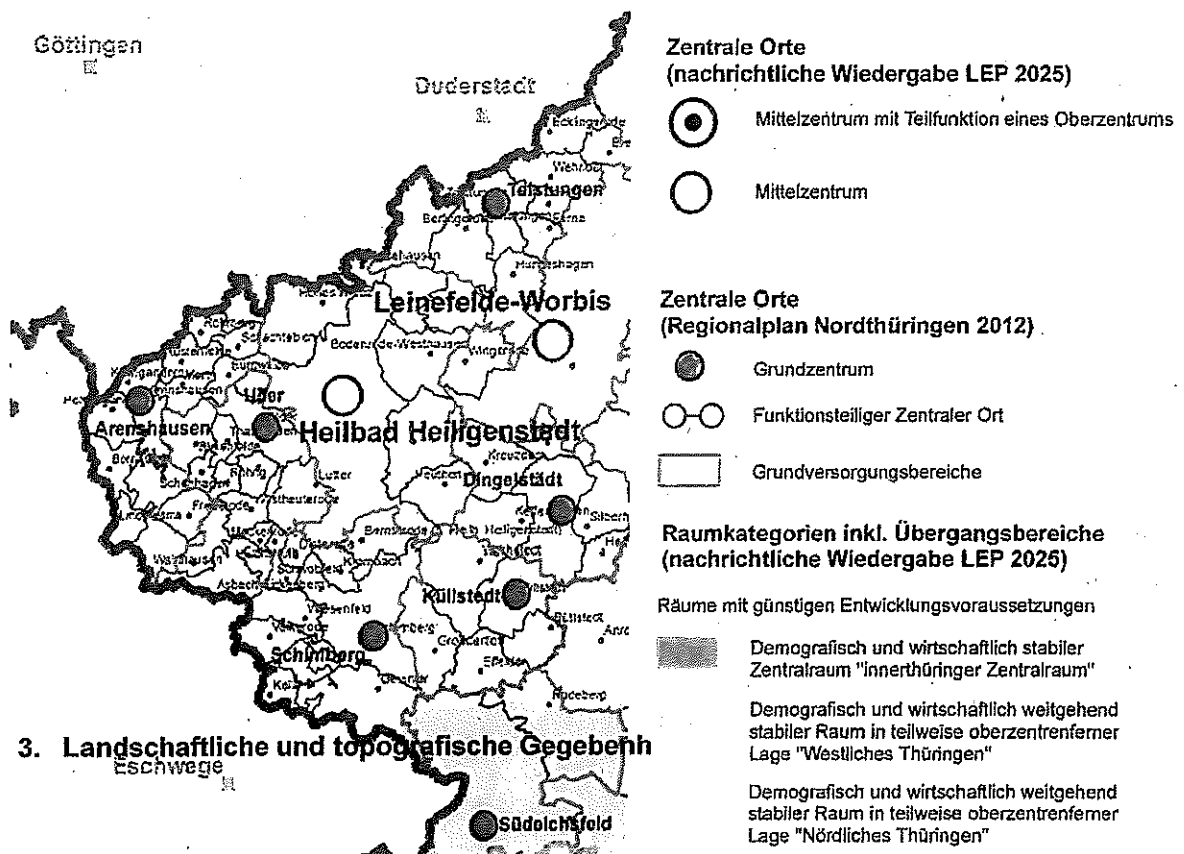
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

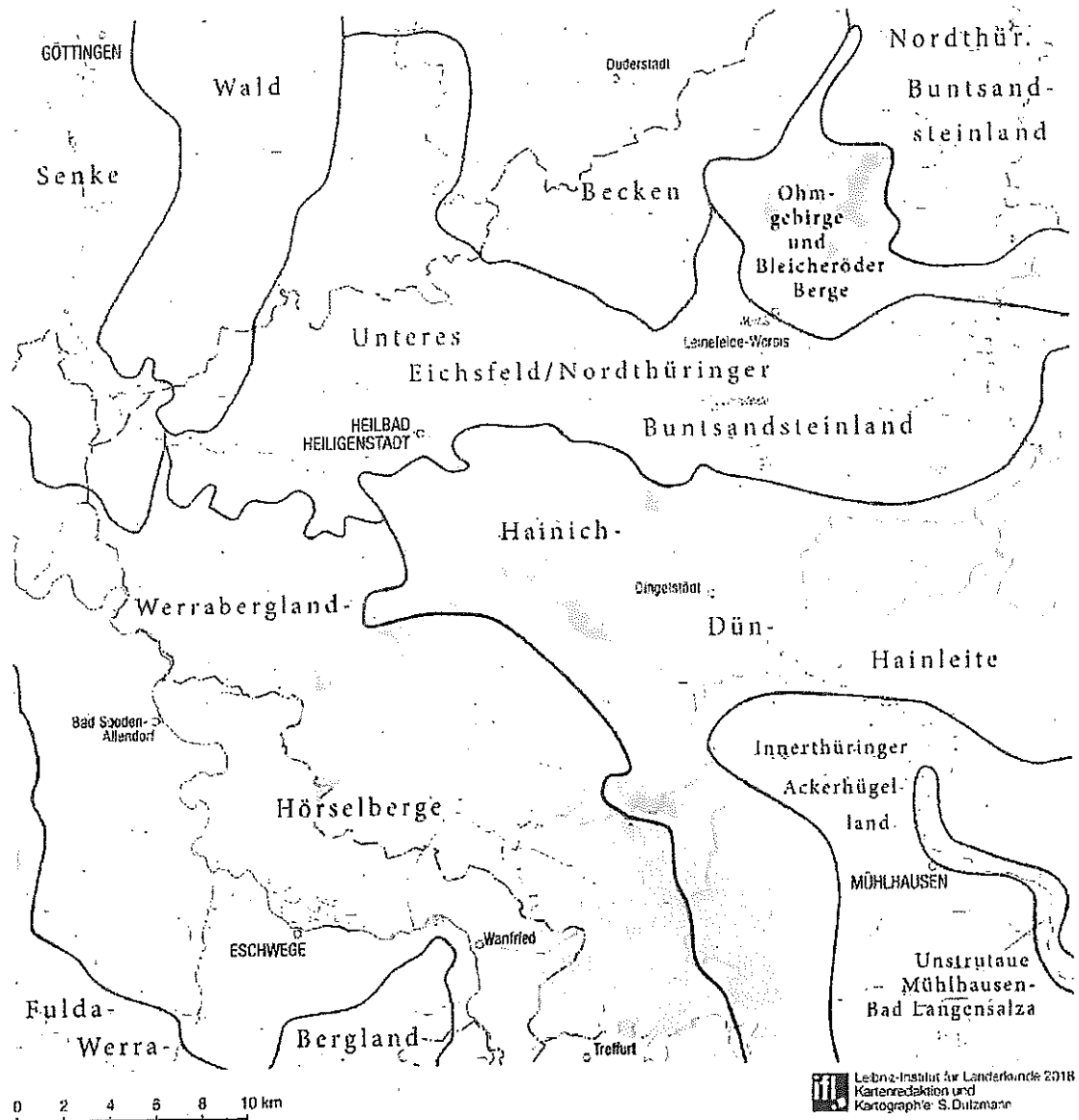


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindegemeinschafts eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt

*) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



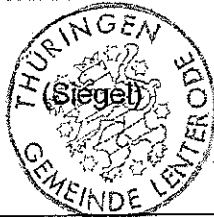
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



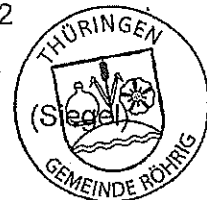
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



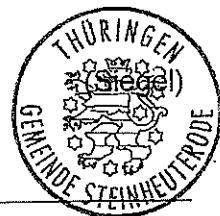
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



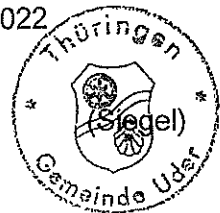
Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

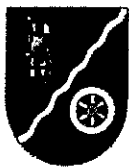




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

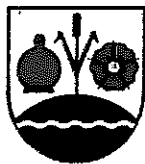
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

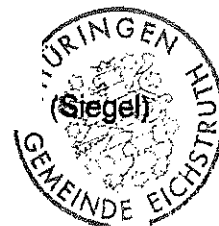
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



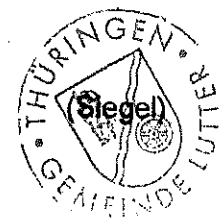
Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



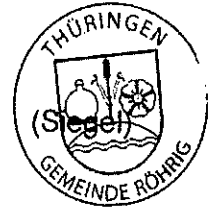
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



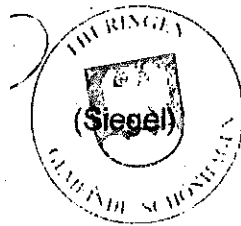
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



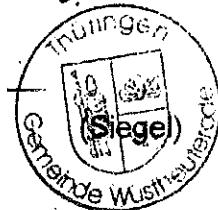
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde Markvippach</td> <td>Gebietskörperschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde Markvippach über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Erfurter Straße 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99195 Schloßvippach</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Markvippach	Gebietskörperschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Markvippach über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
Name	Organisationsform										
Gemeinde Markvippach	Gebietskörperschaft										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Markvippach über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6										
Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small></p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBewBokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

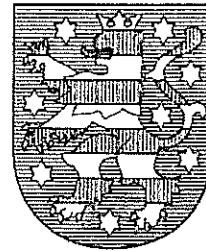
Ort, Datum	Unterschrift
Markvippach, den 10.05.23	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwanssee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Aktz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennet nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

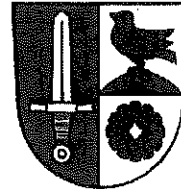
1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

- Anlage 1 -

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Anfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leibbildkonformer Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde Nöda	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Nöda über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6
	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBewG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBewG)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBewG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBewG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

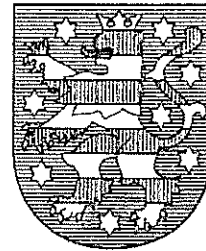
Ort, Datum	Unterschrift
Nöda, den	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwansee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Aktz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennet nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

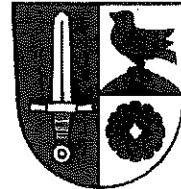
1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

- Anlage 1 -

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Abfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leibbildkonformer Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
3.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde Ollendorf</td> <td>Gebietskörperschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde Ollendorf über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Erfurter Straße 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99195 Schloßvippach</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Ollendorf	Gebietskörperschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Ollendorf über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Ollendorf	Gebietskörperschaft									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Ollendorf über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6									
Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
4.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBetr(dok))	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen
In den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des
Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

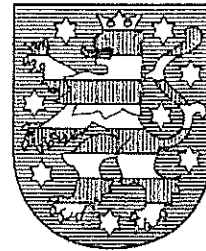
Ort, Datum	Unterschrift
Ollendorf, den 24.01.23	Gemeinde Ollendorf

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwansee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Akz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angehörige: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennt nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

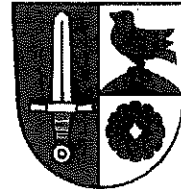
1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBERG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

- Anlage 1 -

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Abfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde Oskamondra</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Körperschaft des öffentl. Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Hauptstraße 74, 99636 Oskamondra</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Oskamondra	Körperschaft des öffentl. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Hauptstraße 74, 99636 Oskamondra	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Oskamondra	Körperschaft des öffentl. Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Hauptstraße 74, 99636 Oskamondra									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeisterin	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Gemeinde Vogelsberg soll in die VG Kollada eingegliedert werden.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Osthamondra, 25.04.2023	



Gemeinde Ostramondra
Die Bürgermeisterin



Beschlussvorlage an den Gemeinderat Ostramondra

Verwaltungsgemeinschaft Kölleda Gemeinschaftsvorsitzender <u>Sachbearbeiter:</u>	Datum:	24.05.2022	
	Sitzungsdatum:	31.05.2022	
	Status:	öffentlich	
Bearbeitungszeichen:			
Aktenzeichen: 0061	HH-Stelle:	Bezeichnung:	HH-Ansatz

Betreff: Neugliederung Gemeinde Vogelsberg und VG Kölleda

Sachverhalt:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindeneugliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (TMIK Rundschreiben vom 31.05.2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (TMIK Information zu Gemeindeneugliederungen Stand 25.01.2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S.77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 01.01.2020 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der VGs „An der Marke“ und „Gramme-Aue“ entstand ist. Mit der Bildung der VG „Gramme-Vippach“ sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die Bildung eines gemeinsamen Bauhofes oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung

zum 2. ThürGNNG 2019, S. 76-77). Mittlerweile hat sich gezeigt, dass die VG „Gräme-Vippach“ für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der VG Kölleda verwirklichen kann. Zur VG Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.).

Der Gemeinderat von Vogelsberg hat am 19. Mai 2022 über den Beitritt der Gemeinde zur VG Kölleda zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen positiven Beschluss gefasst. Infrage kommen der 01. Januar 2023 oder 2024. Wahrscheinlicher ist nach derzeitiger Rechtslage 2024.

Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde Vogelsberg und der VG Kölleda und ihrer Mitgliedsgemeinden zu erwarten.

Aus finanzieller Sicht würde der Beitritt für die VG Kölleda nach jetzigem Stand jährliche Mehreinnahmen von ca. 100.000 € bedeuten (100 € Umlage + 43 Mehrbelastungsausgleich x 700 Einwohner). Die zu erwartenden Mehraufwendungen durch eine höhere Umlage an die Stadt Kölleda sowie evtl. Personalzuwachs (max. 1,0 VbE) würden überkompensiert. Insgesamt würde durch den Einwohnerzuwachs die dauernde Leistungsfähigkeit der VG gestärkt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Gemeinde Ostramondra beschließt:

1. Die Gemeinde Ostramondra stimmt den Beitritt der Gemeinde Vogelsberg zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda zu.
2. Die Neugliederung soll zum 01.01.2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 01.01.2024.
3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Temme
Bürgermeisterin

Protokoll der Gemeinderatssitzung von Ostramondra vom 31.05.2022 TOP: 5

Beschluss-Nr. 011 / 53 / 2022

Der Gemeinderat von Ostramondra beschließt

- ☒ wie beantragt
unter Abänderung/Ergänzung (s. Rückseite)
Verweisung an _____
mit/ohne abschließende Beschlussfassung
Wiedervorlage

Gesetzliche Anzahl d. Mitglieder des Gemeinderates: 6 + 1, davon anwesend: ...5+1

Abstimmungsergebnis:

Bürgermeisterin



6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Hiermit wird amtlich beglaubigt, dass die vor-/umstehende
Abschrift/Ablichtung mit der vorgelegten Urschrift/
Ausfertigung/beglaubigten/einfachen/Abschrift/Ablichtung

des/des

.....
.....

Übereinstimmt.
Die Beglaubigung
.....

erteilt.

Statt Kölleda

....., den 03.06.2022



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen													
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; text-align: center; vertical-align: middle;"> <i>Gemeinde</i> Gemeinde Rodeberg <small>Der Bürgermeister</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; text-align: center; vertical-align: middle;"><i>Longe Straße 11</i></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; text-align: center; vertical-align: middle;"><i>99576 Rodeburg</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		<i>Gemeinde</i> Gemeinde Rodeberg <small>Der Bürgermeister</small>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Longe Straße 11</i>	Postleitzahl, Ort	<i>99576 Rodeburg</i>		
	Name	Organisationsform											
		<i>Gemeinde</i> Gemeinde Rodeberg <small>Der Bürgermeister</small>											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Longe Straße 11</i>											
Postleitzahl, Ort	<i>99576 Rodeburg</i>												
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 30px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse												
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Verwaltung / Aufsicht</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Eintrag auf Neufassung</i>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rodeburg, 17.04.2013	

STADT



MÜHLHAUSEN/THÜRINGEN

GEMEINDE



RODEBERG

Thüringer Landesverwaltungsamt
Jorge-Semprún-Platz 4
99423 Weimar

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen

Datum

09.02.2023

Gemeinsamer Antrag auf Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Mühlhausen/Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Präsident,

bei der hier beantragten Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Mühlhausen/Thüringen verweisen wir zunächst auf das Abstimmungsergebnis der Bürgerinnen und Bürger Eigenriedens vom 03.04.2022.
90,46 % der teilnehmenden Bürgerschaft sprach sich für eine freiwillige Eingliederung ihres Ortsteils in die Stadt Mühlhausen/Thüringen aus.

Die freiwillige Auflösung der Gemeinde Rodeberg und die Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden in die Stadt Mühlhausen/Thüringen entspricht nicht nur dem Bürgerwillen sondern folgt auch dem Landesentwicklungsprogramm 2025 und dem Regionalplan Nordthüringen. Danach soll der Stadt- und Umlandraum von Mühlhausen als herausgehobener räumlicher Leistungsträger mit überregionaler Bedeutung im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich gesichert und als bedeutender Standort im nationalen Wettbewerb sowie als Impulsgeber für die Region weiterentwickelt werden. Logische Folge ist die Vergrößerung dieses Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums durch Eingliederungen angrenzender Gemeinden, sofern diese Eingliederungen keine negativen Auswirkungen auf andere Mittel- oder Grundzentren haben.

Bei der Betrachtung der Sinnhaftigkeit der Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Mühlhausen/Thüringen wurden folgende Prämissen berücksichtigt:

- Stärkung der Stadt Mühlhausen/Thüringen als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums durch die Eingliederung,
- Beachtung der Stadt-Umland-Beziehungen unter besonderer Würdigung der Entwicklungschancen der Stadt einerseits und des ländlichen Raumes anderseits,
- Würdigung struktureller Verflechtungen mit anderen angrenzenden Grundzentren,
- Erhalt und Stärkung des ländlichen Raumes, insbesondere der örtlichen Gemeinschaft.

Entsprechend den „Allgemeinen Anwendungshinweisen für freiwillige Neugliederungen kreisangehöriger Gemeinden“ sollen für eine sachgerechte Bewertung möglicher Eingliederungen entscheidungserhebliche Gesichtspunkte herausgearbeitet und abgewogen werden. Große Bedeutung

haben dabei die regionalen Verflechtungsbeziehungen zwischen den betroffenen kommunalen Strukturen.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindegliederungen (ThürGGFG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen zu lassen.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen sowie ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederte Gemeinde entfallen zu lassen.

Bestehende strukturelle Beziehungen des Ortsteils Eigenrieden zur Kernstadt von Mühlhausen/Thüringen

Der Ortsteil Eigenrieden der derzeitigen Gemeinde Rodeberg gehört gemäß dem Einzelhandelskonzept vom März 2015 zum Marktgebiet der Stadt Mühlhausen/Thüringen. Die nicht in der Gemeinde selbst arbeitende Bevölkerung pendelt zur Arbeit vorwiegend nach Mühlhausen. Mit dem Bus ist das Stadtzentrum von Mühlhausen direkt erreichbar. Die Fahrzeit beträgt von Eigenrieden bis zum „Zentralen Omnibusbahnhof“ (ZOB) durchschnittlich 13 Minuten und zum Bahnhof Mühlhausen (Thür.) durchschnittlich 17 Minuten. Das ÖPNV-Netz ist vorrangig auf Mühlhausen ausgerichtet. Durchgehende Busverbindungen zu anderen Grundzentren in Thüringen gibt es nicht. Es besteht jedoch eine überregionale durchgehende Busverbindung zur Stadt Eschwege in Hessen.

Das Zentrum von Mühlhausen lässt sich von Eigenrieden aus mittels PKW in ca. 10 Minuten erreichen. Ausweislich der Verkehrsmengenkarte sind die lokalen Verkehrsströme des Ortsteils Eigenrieden vorrangig in Richtung Mühlhausen gerichtet, untergeordnet auch in Richtung Eschwege, da die B 249 länderübergreifenden Charakter hat und die Großräume Mühlhausen und Eschwege verbindet.

Zur Zeit nutzen 5 Kinder aus dem Ortsteil Eigenrieden Kindertagesstätten in Mühlhausen. Die schulpflichtigen Kinder besuchen als weiterführende Schulen vorrangig die Mühlhäuser Gymnasien, einige auch das Gymnasium in Lengenfeld unterm Stein (Gemeinde Südeichsfeld).

Die Bewohner des Ortsteiles Eigenrieden nutzen die zahlreichen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Stadt Mühlhausen.

Die fachärztliche Versorgung der Bevölkerung des Ortsteils Eigenrieden erfolgt bei den zahlreichen in Mühlhausen ansässigen Fachärzten. Die medizinische Versorgung im Krankenhaus wie auch die Notfallversorgung wird über das Hufelandklinikum in Mühlhausen abgesichert.

Traditionelle und historische Strukturen, Religion

Kerngebiet des Grundversorgungsbereiches Mühlhausen ist das Territorium der ehemals Freien Reichsstadt Mühlhausen, die bis 1802 existierte. Dieses Gebiet ist traditionell von der Konfession her evangelisch. Zum ehemals reichsstädtischen Gebiet gehörten neben der heutigen Stadt Mühlhausen (außer deren Ortsteil Seebach), die gesamte Gemeinde Unstruttal (mit Ausnahme der Ortsteile Menteroda, Urbach, Zauröden und Kleinkeula) sowie der Ortsteil Eigenrieden der bisherigen Gemeinde Rodeberg.

Die Stadt Mühlhausen/Thüringen (einschließlich sämtlicher heutiger Ortsteile inkl. des zukünftigen Ortsteils Eigenrieden) ist seit 1802/1815 Teil des Königreichs Preußen. Mit der preußischen Kreiseinteilung im Jahre 1816 entstand der Landkreis Mühlhausen in Thüringen, zu dem u.a. auch die Stadt Mühlhausen (inkl. ihrer Ortsteile) gehört. So ziert auch das Eigenrieder Wappen das Mühl-

häuser Rathaus und im Ratssaal befindet sich eine Ratsbank mit den eingeschnitzten Insignien von Eigenrieden und zeugt von einem Ratssitz der Eigenrieder in der ehemals Freien Reichsstadt.

Bedingt durch die Zugehörigkeit Eigenriedens zur ehemaligen Freien Reichsstadt Mühlhausen besitzt die Stadt heute noch umfangreichen Grundbesitz in der Gemarkung Eigenrieden, insbesondere Waldflächen und Ackerland so u.a. auch Teile des Mühlhäuser Stadtwaldes, welcher traditionell als ein wichtiges Naherholungsgebiet der Stadt fungiert. Die Stadt Mühlhausen ist mit einer Grundstücksgröße von über 826 ha der größte Grundbesitzer in diesem Ortsteil.

Zweckverbandsstrukturen, Feuerwehr

Die Stadt Mühlhausen/Thüringen und die Gemeinde Rodeberg mit dem Ortsteil Eigenrieden gehören unterschiedlichen Zweckverbänden an. Regionale Verbandsverflechtungen bestehen kaum.

Zudem erfolgt die Abwasserentsorgung der Gemeinde Rodeberg über einen kommunalen Eigenbetrieb. Die Trinkwasserversorgung gewährleistet der Zweckverband Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband Großbartloff.

Das bisherige Stadtgebiet von Mühlhausen/Thüringen gehört – neben anderen Gemeinden – zum Verbandsgebiet der Zweckverbände Trinkwasserversorgung Mühlhausen und Unstruttal bzw. Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland.

Die aufnehmenden Gemeinden Mühlhausen und Dingelstädt haben sich vertraglich verpflichtet, sachgerechte und zukunftsichere Versorgungsstrukturen zu gewährleisten.

Dies wird auch gelingen; im Hinblick auf den Abwassereigenbetrieb Rodeberg bedarf es jedoch der Unterstützung des Freistaates.

Die Stadt Dingelstädt, als möglicher Rechtsnachfolger der Gemeinde Rodeberg, beantragt Beihilfe für die Erstellung eines aktuellen Strukturkonzeptes für den Abwassereigenbetrieb der Gemeinde Rodeberg. Dieser Antrag wird nachdrücklich unterstützt und soweit erforderlich oder sachdienlich auch durch die Gemeinde Rodeberg und die Stadt Mühlhausen/Thüringen gestellt.

Die Stadt Dingelstädt beantragt den vorzeitigen Maßnahmenbeginn nach Antragstellung durch die Gemeinde Rodeberg, für die Beihilfe zum Strukturkonzept „Abwassereigenbetrieb“. Ggf. könnte die Beihilfe der Gemeinde Rodeberg noch im Jahr 2023 zur Verfügung gestellt werden. Auch dieser Antrag wird unterstützt und gilt, soweit erforderlich oder sachdienlich, durch die unterzeichnenden Gemeinden als gestellt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, nachdem die Verbindlichkeiten des Abwasserbetriebes der Gemeinde Rodeberg entfallen. Weiterhin wird beantragt, die ab dem 1. Januar 2024 fälligen Verpflichtungen, die sich aus dem Abwassereigenbetrieb Rodeberg ergeben, ebenfalls entfallen zu lassen. Dies sollte bis zum Übergang des Abwassereigenbetriebs Rodeberg an den Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZ) Obereichsfeld und Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland gelten.

Für den weiteren Investitionsstau beim Abwassereigenbetrieb Rodeberg beantragen wir Beihilfen zur Ertüchtigung und Sanierung der abwassertechnischen Anlagen. Diese Beihilfen sollten nach Rechtsübergang des Abwassereigenbetriebs Rodeberg auf den WAZ Obereichsfeld und den Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland für beide Zweckverbände bestehen bleiben.

Wir verweisen darauf, dass abwassertechnisch noch kurzfristiger Handlungsbedarf mit hohen spezifischen Investitionen besteht. Die Aufwendungen für einen dringend erforderlichen Verbindungssammler vom Gewerbegebiet zur Ortskanalisation von Eigenrieden mit Querung der Bundesstraße

B 249 und einen weiteren Verbindungssammler nach Mühlhausen/Thüringen bzw. der Errichtung einer neuen Ortsteilkäranlage wurden zuletzt auf mehrere Millionen Euro geschätzt.

Die Mühlhäuser Feuerwehr ist eine leistungsfähige Stützpunktfeuerwehr. Die bestehende Ortsteilfeuerwehr wird in die Organisations- und Einsatzstruktur der Freiwilligen- und Berufsfeuerwehr der Stadt Mühlhausen/Thüringen integriert. Solange die Einsatzbereitschaft gegeben ist, wird der Fortbestand als Ortsteilfeuerwehr garantiert.

Finanzielle Situation

Um eine gewisse Vergleichbarkeit zu gewährleisten, soll als Maßstab die Pro-Kopf-Verschuldung herangezogen werden:

Gemeinde	Einwohner o. NW 31.12.2021	Schulden (in €) zum 31.12.2021	Pro-Kopf- Verschuldung (in €)
Mühlhausen	35799	6.318.270,76	176,00
Rodeberg	2033	2.261.000,00	1.112,14

Ortsteile und Ortsteilverfassung

Der Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg verfügt über eine Ortsteilverfassung. Insoweit wird der Antrag gestellt, dass entgegen § 45 Abs. 8 ThürKO stattdessen gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Rodeberg der Ortsteil Eigenrieden mit Ortsteilverfassung einschließlich ihres Ortsbürgermeisters und ihrer Ortsratsmitglieder in die vergrößerte Stadt Mühlhausen/Thüringen übergeleitet werden.

Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften

Grundsätzlich sollen in Thüringen die Mittelzentren durch Eingliederungen gestärkt werden, sofern damit keine negativen Auswirkungen auf andere Mittel- oder Grundzentren verbunden sind. Die Stadt Mühlhausen/Thüringen legt Wert darauf, sich nicht auf Kosten anderer Grund- oder Mittelzentren zu vergrößern. Bei der anstehenden Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden soll dieser behutsam integriert, der ländliche Raum erhalten und entwickelt werden. Durch die Eingliederung des zum Grundversorgungsbereich der Stadt Mühlhausen/Thüringen gehörenden Ortsteils in die Stadt lassen sich keine negativen Auswirkungen auf andere Grund- oder Mittelzentren feststellen.

Zusammenfassung

Unabhängig von einem hohen sozialen und kulturellen Engagement der Einwohner Eigenriedens ist die Stadt Mühlhausen/Thüringen auch für deren Einwohner Einkaufszentrum, wichtiger Arbeitsort sowie wichtiges kulturelles und soziales Zentrum.

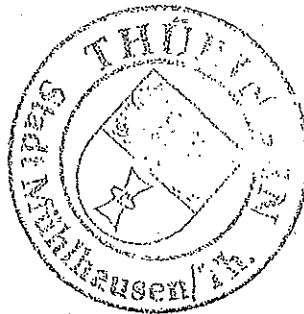
Die Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Mühlhausen/Thüringen ist aus beider Sicht sinnvoll, nicht nur um die aus regionalplanerischer und politischer Sicht notwendige Stärkung des Mittelzentrums Mühlhausen zu erreichen, sondern auch den Bürgern aus Eigenrieden eine zukunfts feste, verlässliche und leistungsorientierte öffentliche Verwaltung auf Dauer zu gewährleisten.

Durch die beteiligten Vertretungskörperschaften wurden Eingliederungsverträge beschlossen und im Rahmen eines Koordinationsrechtlichen Vertrages die Grundsätze der Auseinandersetzung einvernehmlich festgelegt.

Auf Grund der hier aufgeführten Fakten ist eine Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden geboten. Die Eingliederung bedarf jedoch weitergehender struktureller und finanzieller Unterstützung durch den Freistaat Thüringen. Das von der Landesregierung vorgegebene Ziel der Stärkung der Stellung Mühlhausens als bedeutendes Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums im nordwestlichen Thüringen wird erreicht.

Mit freundlichen Grüßen

Oberbürgermeister



Bürgermeister



Dem Antrag beigefügt sind folgende Unterlagen:

1. Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden,
2. Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Mühlhausen/Thüringen, der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg vom 09.12.2022,
3. Eingliederungsvertrag vom 09.12.2022,
4. Einladungsschreiben der Stadt- und Gemeinderatssitzungen,
5. öffentliche Bekanntmachungen der Stadt- und Gemeinderatssitzungen,
6. Auszug der Niederschriften der Stadt- und Gemeinderatssitzungen.



STADT DINGELSTÄDT

Übersicht über Unterlagen für:

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinde Rodeberg (für den Ortsteil Struth) in die Stadt Dingelstädt

1. **Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinde Rodeberg (für den Ortsteil Struth) in die Stadt Dingelstädt**
2. **Vertrag über die Fusion (Gemeindezusammenschluss) zur Stadt Dingelstädt**
3. **Beschlüsse zum Vertrag über die Fusion:**
Stadt Dingelstädt – Beschluss-Nr.: 1/425/30/2022 und Beschluss-Nr.: 1/447/31/2022
Gemeinde Rodeberg – Beschluss-Nr.: 205-24/2022 und Beschluss-Nr.: 201-23/2022
4. **Koordinationsrechtlicher Vertrag über die Regularien zur Auflösung der Gemeinde Rodeberg und dem Beitritt der jeweiligen Ortsteile der Gemeinde Rodeberg zur Stadt Mühlhausen und Stadt Dingelstädt**
5. **Beschlüsse zum Koordinationsrechtlichen Vertrag:**
Stadt Dingelstädt – Beschluss-Nr.: 1/424/30/2022
Gemeinde Rodeberg – Beschluss-Nr.: 202-23/2022
6. **Einladungsschreiben Stadt- und Gemeinderatssitzungen:**
Stadt Dingelstädt – Einladungen zur 30. Stadtratssitzung vom 29.11.2022 und 31. Stadtratssitzung vom 22.12.2022
Gemeinde Rodeberg – Einladungen zur 23. Gemeinderatssitzung vom 30.11.2022 und 24. Gemeinderatssitzung vom 08.12.2022
7. **Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt- und Gemeinderatssitzungen:**
Stadt Dingelstädt – Öffentliche Bekanntmachungen zur 30. Stadtratssitzung vom 29.11.2022 und 31. Stadtratssitzung vom 22.12.2022
Gemeinde Rodeberg – Öffentliche Bekanntmachungen zur 23. Gemeinderatssitzung vom 30.11.2022 und 24. Gemeinderatssitzung vom 08.12.2022
8. **Niederschriften der Stadt- und Gemeinderatssitzungen:**
Stadt Dingelstädt – Niederschriften zur 30. Öffentlichen Stadtratssitzung vom 29.11.2022 und 31. Öffentlichen Stadtratssitzung vom 22.12.2022
Gemeinde Rodeberg – Niederschriften zur 23. Öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 30.11.2022 und 24. Gemeinderatssitzung vom 08.12.2022



Stadt Dingelstädt



Gemeinde Rodeberg (für den Ortsteil Struth)

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinde Rodeberg (für den Ortsteil Struth) in die Stadt Dingelstädt

die Gemeinde Rodeberg beantragt mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden 2024 (ThürGNNG) ihre Auflösung und die Eingliederung ihres Ortsteiles Struth in die Stadt Dingelstädt.

Es wird beantragt, dass § 45a Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll. Stattdessen soll gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Rodeberg der bestehende Ortsteil Struth mit Ortsteilverfassung, einschließlich ihrer Ortsteilorgane, in die Stadt Dingelstädt übergeleitet werden.

In allen Ortsteilen der Gemeinde Rodeberg ist eine Ortsteilverfassung gemäß ThürKO eingeführt. Die Stadt Dingelstädt ist gemäß § 45a ThürKO eine Landgemeinde und verfügt über eine Ortschaftsverfassung. Im Zuge der Neugliederung soll der einzugliedernde Ortsteil mit seiner Ortsteilverfassung in eine Ortschaft mit Ortschaftsverfassung überführt werden.

Der einzugliedernde Ortsteil der Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) in die Stadt Dingelstädt führt seinen bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namen "Stadt Dingelstädt" fort. Der Stadt Dingelstädt wurde gemäß § 5 ThürKO im ThürGNNG 2019 genehmigt, die Bezeichnung „Stadt“ zu führen.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, sowie ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von

Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederte Gemeinde entfallen zu lassen.

Es wird beantragt, dass die Vereinbarungen (z.B. Gemarkungsgrenzen, Vermögensaufteilungen, ggf. Aktien) aus dem „Koordinationsrechtlichen Vertrag“ zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg im zukünftigen ThürGNGG 2024, soweit erforderlich, aufgenommen werden.

Es wird beantragt, die Kreisgrenze auf Grundlage der zukünftigen Gemarkungsgrenzen der Stadt Dingelstädt mit der Ortschaft Struth (siehe „Koordinationsrechtlicher Vertrag“ über die Regularien zur Auflösung der Gemeinde Rodeberg und den Beitritt der jeweiligen Ortsteile der Gemeinde Rodeberg zur Stadt Mühlhausen und Stadt Dingelstädt vom 09.12.2022 Anlage 5) zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich neu festzulegen bzw. festzusetzen.

Es wird beantragt, die Verbindlichkeiten der Gemeinde Rodeberg gegenüber dem Landkreis Unstrut – Hainich niederzuschlagen.

Exkurs zu intra- und transkommunalen Standorträumen im Bereich der Stadt Dingelstädt

Der Freistaat Thüringen geht in seinem im Jahr 2014 novellierten Landesentwicklungsplan (LEP TH 2025) von dem Territorialprinzip hinsichtlich der Zuordnung zentralörtlichen Funktionen aus. Entsprechend heißt es in der Begründung des LEP 2025 zum Grundsatz 2.2.1:

„Zentrale Orte sind Gemeinden, die aufgrund ihrer Einwohnerzahl, ihrer Lage im Raum, ihrer Funktion und ihrer zentral - örtlichen Ausstattung Schwerpunkte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens im Freistaat Thüringen bilden. Sie übernehmen entsprechend ihrer Funktion und Einstufung im zentralörtlichen System Aufgaben für ihr aus mehreren Ortsteilen bestehendes Gemeindegebiet und/oder für die Gemeinden ihres jeweiligen Versorgungsbereichs. Als Zentraler Ort werden Gemeinden gemäß § 6 Abs. 1 ThürKO ausgewiesen.“

Anschließend wird in Grundsatz 2.2.3 Satz 1 u. 2 eine räumliche Funktionsbündelung angeregt und der zentralörtliche Status für das gesamte Gemeindegebiet dargestellt.

„Zentralörtliche Funktionen sollen innerhalb der als Zentraler Ort bestimmten Gemeinde räumlich so angeordnet werden, dass sie aus ihrem Verflechtungsbereich gut erreichbar sind. Eine Funktionsbündelung soll erhalten bzw. angestrebt werden.“ (G 2.2.3, S. 1 u. 2).

Aus diesem Grund sehen wir nicht nur die Stadt Dingelstädt mit ihren zukünftig 10 Ortschaften in dieser zentralörtlichen Funktion. Vielmehr sollte die zukünftige Stadt Dingelstädt aus den Ortschaften der Verwaltungsgemeinschaft Obereichsfeld mit ihren Gemeinden Büttstedt, Küllstedt, Wachstedt, Effelder und Großbartloff und ggf. der Gemeinde Heuthen aus der sich in Auflösung befindlichen Verwaltungsgemeinschaft Leintal bestehen.

Dies sollte auch in der nun mehr anstehenden Fortschreibung des LEP 2025 berücksichtigt werden. Hier sind im ersten Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsprogramms

Thüringen in den Abschnitten 1.1, 2.2 und 2.3 vom 22. November 2022 die Verwaltungsgemeinschaft Westerwald – Obereichsfeld und die Gemeinde Heuthen dem Mittelbereich Heilbad Heiligenstadt und der Ortschaft Struth dem Mittelbereich Mühlhausen Thüringen zugeordnet. Eine Änderung der Zuordnung wie vor beschrieben wird hier angeregt.

Mit dem LEP 2025 neu eingeführt wird der Begriff bzw. die Leitvorstellung der „mittelzentralen Funktionsräume“ zu denen sich die Stadt Dingelstädt im Städteverbund mit der Stadt Leinefelde – Worbis und der Stadt Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt zukünftig sieht. Ein entsprechendes Regionales Entwicklungskonzept (REK „Obereichsfeld“) wurde hierzu erarbeitet. Weiterhin ist die Gründung einer Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Obereichsfeld“ beschlossen.

Gemeindliches Entwicklungskonzept (GEK) und Dorferneuerung

Die Stadt Dingelstädt beantragt Fördermittel aus der Dorferneuerung für die Aufstellung eines gemeindlichen Entwicklungskonzeptes (GEK) für die Ortschaft Struth und vorzeitigen Maßnahmenbeginn für die Erstellung des GEK, möglichst noch im Jahr 2023. Ein weiterführender Antrag ist noch durch die Stadt Dingelstädt zu stellen.

Die Stadt Dingelstädt bittet um Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm, nicht nur für die Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella, sondern weiterhin auch für die Ortschaft Struth. Hierzu ist Grundvoraussetzung, dass gemeindliche Entwicklungskonzept (GEK) für vorgenannte Ortschaften zu erstellen.

Überführung des Abwassereigenbetriebes Rodeberg in den Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZ) Obereichsfeld – Eichsfeldwerke GmbH und Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland

Der Abwassereigenbetrieb der Gemeinde Rodeberg soll aufgelöst und die Abwasserbeseitigungsanlagen der Gemeinde Rodeberg Ortsteil Struth in den Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZ) Obereichsfeld – Eichsfeldwerke GmbH überführt werden. Die Abwasserbeseitigungsanlagen der Gemeinde Rodeberg, Ortsteil Eigenrieden sollen in den Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland überführt werden.

Die Stadt Dingelstädt, als möglicher Rechtsnachfolger der Gemeinde Rodeberg, beantragt strukturelle Beihilfe für die Erstellung eines aktuellen Sanierungskonzeptes für den Abwassereigenbetrieb der Gemeinde Rodeberg.

Die Stadt Dingelstädt beantragt den vorzeitigen Maßnahmenbeginn nach Antragstellung durch die Gemeinde Rodeberg, für die Beihilfe zum Strukturkonzept „Abwassereigenbetrieb“. Ggf. könnte die Beihilfe der Gemeinde Rodeberg noch im Jahr 2023 zur Verfügung gestellt werden.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, nachdem die Verbindlichkeiten des Abwasserbetriebes der Gemeinde Rodeberg auf den Rechtsnachfolger entfallen. Weiterhin wird beantragt, die ab dem 1. Januar 2024 fälligen Verpflichtungen, die sich aus dem Abwassereigenbetrieb Rodeberg ergeben, ebenfalls

entfallen zu lassen. Dies sollte bis zum Übergang des Abwassereigenbetriebs Rodeberg an den Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZ) Obereichsfeld – Eichsfeldwerke GmbH und Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland gelten.

Die Verbindlichkeiten würden nach ersten aktuellen Berechnungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC und einer Zuordnung der Verbindlichkeiten nach den Buchwerten, nur für den WAZ Obereichsfeld, ca. 1.400 T€ betragen.

Für den weiteren Investitionsstau beim Abwassereigenbetrieb Rodeberg beantragen wir Beihilfen zur Ertüchtigung und Sanierung der abwassertechnischen Anlagen. Diese Beihilfen sollten nach Rechtsübergang des Abwassereigenbetriebs Rodeberg auf den WAZ Obereichsfeld für den WAZ Obereichsfeld bestehen bleiben.

Wir verweisen darauf, dass abwassertechnisch noch kurzfristiger Handlungsbedarf mit hohen spezifischen Investitionen besteht. Die Aufwendungen für ein Regenüberlaufbecken (RÜB), Pumpwerk, Pumpendruckleitung und Kläranlagenerweiterung wurden zuletzt durch den Eigenbetrieb auf ca. 2.000 T€ geschätzt.

Das Investitionsvolumen bis 2028 beträgt danach 2.500 T€ oder ca. 500 T€ pro Jahr. Berücksichtigt sind hier bereits Pauschalpositionen (Reko, HAL, Erweiterung, Straßenbau, etc.) i.H.v. 100 T€/Jahr.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
 - Gemeinde Rodeberg
 - Stadt Dörlitz
- Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dörlitz und der Gemeinde Rodeberg mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dörlitz und der Gemeinde Rodeberg für den Ortsteil Struth (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Stadt- und Gemeinderatssitzungen

Angelegenheiten, die zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich zu regeln sind (z. B. Schulen, ÖPNV, Entsorgung), sind kein Bestandteil dieses Antrags. Ausgenommen hiervon sind Belange der Feuerwehren.

Begründung:

Einleitung - Das Eichsfeld

Eine in diesem Zusammenhang sehr bezeichnende Kennzeichnung des Eichsfeldes findet sich in einem maschinengeschriebenen Manuskript von Dr. Johannes Müller, Gymnasiallehrer und Direktor des Eichsfelder Heimatmuseums in Heiligenstadt, aus dem Jahre 1947.¹

Darin heißt es: „Zwischen Harz und Werra, im Quellgebiet der Unstrut und Leine, liegt das Eichsfeld, ein von anmutigen Tälern durchflutetes Hügelland, das den Übergang von Niedersachsen nach Thüringen und Hessen darstellt. Es ist nicht Niedersachsen, nicht Hessen, nicht Thüringen, sondern als Bindeglied zwischen ihnen, das sich landschaftlich, volklich und kulturell merklich von seiner Umgebung abhebt; denn Länder und Stämme passen nicht immer und überall genau aufeinander, sondern lassen vielfach kleine und größere Übergänge und Bindeglieder übrig so auch hier zwischen Harz und Thüringer Wald. Zum Vergleich könnte man die Schweiz das Grenzland zwischen Deutschland, Italien und Frankreich, heranziehen.“¹

Werner Riese sieht in den Eichsfeldern sogar eine „eigenständige Volksgruppe“.¹¹

„Ein Sofa Gebilde eines abgeschlossenen Raumes“ attestiert 1973 Rainer Lepsius.¹²

Für Petra Behrens bildet das Eichsfeld „einen geschlossenen, sich von seiner Umgebung abhebenden Kulturraum“.¹³

Der Eichsfelder Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg im heutigen Kontext zu den Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen

Der demografische Wandel und die angespannte Haushaltslage, die Fragen nach der eigenen Leistungsfähigkeit, nach leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen und territorialer Zugehörigkeit zum „historischen“ Eichsfeld wurden von dem Ortsteil Struth erneut auf den Prüfstand gestellt.

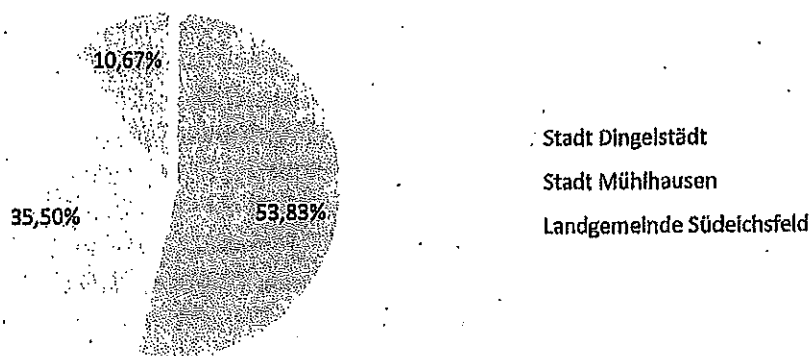
Im Ergebnis wurde in der Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) 2022 eine Bürgerbefragung zur Gemeindeneugliederung und dem damit verbundenen möglichen Landkreiswechsel durchgeführt. In der Zeit vom 26.09. - 07.10.2022 stimmten die Bürgerinnen und Bürger aus dem Ortsteil Struth per Briefwahl ab, ob ihr Ortsteil zum 1. Januar 2024 mit der Stadt Dingelstädt, der Stadt Mühlhausen oder der Gemeinde Südeichsfeld fusionieren soll. Hierbei entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit für die Auflösung ihrer Gemeinde Rodeberg und den Beitritt des Ortsteiles Struth zur Stadt Dingelstädt.

Bei der Abstimmung wurde mit einer Wahlbeteiligung von über 80% das Ergebnis wie folgt erreicht / festgelegt:

- Stadt Dingelstädt: 53,83 %
- Stadt Mühlhausen: 35,50 %

- Landgemeinde Südeichsfeld: 10,67%

Stimmenauszählung Struth



Der Ortsteil Struth entschied damit zugleich, den Landkreiswechsel vom Landkreis Unstrut – Hainich in den Landkreis Eichsfeld vollziehen zu wollen.

Die Stärkung der lokalen Demokratie und der bürgerschaftlichen Teilhabe spielten bei der Zukunftsorientierung der Kommune ebenfalls eine wichtige Rolle. So entschied sich der Ortsteil Struth, der „Stadt Dingelstädt“ beizutreten. Dies bedeutet auch einen Systemwechsel von der Einheitsgemeinde zur Landgemeinde.

Die einzugliedernde Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) soll in der Stadt Dingelstädt gleichberechtigt weitergeführt werden. Vor allem das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger und das landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl zum Eichsfeld sollen gestärkt werden. Weiterhin könnten die zukünftigen finanziellen Herausforderungen zum Wohle der gesamten neuen Gemeinde „Stadt Dingelstädt“ besser gemeistert werden.

Ziel der Stadt Dingelstädt mit ihren zukünftig zehn Ortschaften ist es, eine zukunftsichere Stadt zu sein, die im Landesentwicklungsplan 2025 als Mittelzentrum ausgewiesen wird.

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen, gemäß dem Beschluss des Thüringer Landtages vom 13. Dezember 2017.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Rückblick - Gemeindewechsel zwischen den thüringischen Landkreisen

Blieben im Wesentlichen die Gemeindezuordnungen zwischen den Unter- und Obereichsfelder Verwaltungsgliederungen seit 1816 unverändert, so vollzogen sich im

Zuständigkeitsbereich des Regierungsbezirks Erfurt fortlaufend Gemeindeverschiebungen auf Kreisebene.²

Diese waren sowohl den anvisierten Größenvorgaben geschuldet - suchten daneben aber auch Befriedung für die ehemaligen reichsfreien Städte Mühlhausen und Nordhausen, die zunächst keinerlei verwaltungsgeschichtliche Traditionen für das ländliche Umland mitbrachten, dennoch aber insbesondere gegenüber Heiligenstadt aufbegehrten.²

Die hier vorhandene Verwaltungstradition drückte sich im Vorhandensein von entsprechenden Gebäuden aus, über die Mühlhausen nicht verfügte. Dieses war der Grund, weshalb unmittelbar nach der 1802 erfolgten preußischen Inbesitznahme der ehemals kurmainzischen Gebiete in Mitteldeutschland die „*Königlich Preußische zur Interim-Verwaltung und Organisation des Eichfeldes und der Städte Mühlhausen und Nordhausen verordnete Kommission*“ ihren Sitz in Heiligenstadt nahm — doch schon gut ein Jahr später an Erfurt verlor.²

Dennoch blieb Heiligenstadt mit der Kriegs- und Domänenkammer bedeutend und erfuhr in der französischen Zeit zwischen 1806 und 1813 noch eine Aufwertung mit dem Sitz des Harzdepartements.

Die Dörfer um Mühlhausen mit der Vogtei Dorla und der Ganerbschaft Treffurt gehörten bis dahin zum Eichsfelder Oberkreis nach Heiligenstadt, wechselten aber mit einer großen Anzahl südeichsfeldischer Dörfer zu dem 1816 gegründeten Kreis Mühlhausen.²

Im folgenden Jahrhundert gab es sehr häufige Kreisverschiebungen von Dörfern — auch nach Nordhausen und wieder zurück.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kreise Heiligenstadt und Worbis zum Landkreis Eichsfeld mit Verweis auf die geschichtliche Verbundenheit im Eichsfeld zusammengelegt und 1946 in „Kreis Worbis mit Sitz in Heiligenstadt“ umbenannt, bevor hieraus im Jahre 1952 wieder die Kreise Heiligenstadt und Worbis wurden.

Exkurs zum Dorf Struth unter preußischer und französischer Herrschaft 1802 – 1818

Friedrich Wilhelm III. wird Landesherr des Eichsfeldes.

Im Luneviller Frieden vom 09.02.1801 wurden, um die weltlichen Fürsten für die linkerheinischen Gebiete zu entschädigen, sämtliche Besitzungen der Erzbischöfe und Bischöfe säkularisiert. Der König von Preußen, Friedrich Wilhelm III. (1797 - 1840), hatte schon vor dem Reichsdeputationshauptschluss vom 25.02.1803 zu Regensburg durch Geheimverhandlungen mit Napoleon für seine verloren gegangenen linksrheinischen Gebiete Cleve, Mörs und Geldern im Vertrag vom 20.05.1802 seine Ausgleichsgebiete im Voraus zugesprochen bekommen.

Von Napoleon hatte der preußische König auch das Recht erhalten, die ihm zugesprochenen Gebiete besetzen zu dürfen. Von diesem Recht machten die Preußen am 3. August 1802 umgehend Gebrauch. Zu den Gebieten, die Preußen zugefallen waren,

gehörten auch das Eichsfeld (mit der Gemeinde Struth), Erfurt und die beiden freien Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen.

Nach der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt am 14.10.1806 wurde Friedrich Wilhelm III. im Frieden zu Tilsit am 09.07.1807 gezwungen, seine Gebiete westlich der Elbe, darunter auch das Eichsfeld (mit der Gemeinde Struth), an Napoleon abzutreten.

Diese preußischen Gebiete, dazu das Kurfürstentum Hessen, Braunschweig und den südlichen Teil von Hannover vereinigte Napoleon zu dem Königreich Westfalen mit der Hauptstadt Kassel. Seinen Bruder Jerome (zu deutsch Hyronimus) bestimmte er zum König über dieses Territorium, das nach französischem Vorbild in Departements eingeteilt wurde. Struth gehörte zum Harz-Departement, Distrikt Heiligenstadt, Kanton Dörna.

Nach der Völkerschlacht bei Leipzig am 18.10.1813 war die Herrschaft Napoleons gebrochen. Auch die Regierung des westfälischen Königs Jerome war zu Ende, er flüchtete nach Frankreich.

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen übernahm wieder seine früheren durch den Frieden von Tilsit (vom 09.07.1807) abgetretenen Gebiete. Das Untereichsfeld mit den Kreisen Duderstadt, Gieboldehausen und Lindau kamen nach Hannover (Übergabe 09.01.1816).

Das Dorf Struth kam zum Kreis Mühlhausen. Eine Rückkehr in das Eichsfeld war bis zum heutigen Tag nicht mehr möglich.

Real - Case - Szenario in den Jahren 2021 bis 2024

Besonders von dieser Entwicklung betroffen waren alle Ortschaften der zukünftigen Landgemeinde "Stadt Dingelstädt". Realistisch wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinden im heutigen Unstrut-Hainich-Kreis.

Ganz in diesem Sinne hat die hiervon betroffene Gemeinde Rodeberg (Eichsfeldortsteil Struth) im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Bürgerbefragungen durchgeführt, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis Eichsfeld sehen und zwar in einer verlässlichen und stabilen Verwaltungsstruktur bei der "Stadt Dingelstädt".



Der Ortsteil Struth liegt unmittelbar an der Gemarkungsgrenze zur Stadt Dingelstädt. Hier verläuft zurzeit auch die Landkreisgrenze zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich.

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren zehn Ortschaften bildet eine raumordnerische Einheit zu den benachbarten Grundzentren der Verwaltungsgemeinschaft Westerwald-Obereichsfeld (5 km Entfernung), der Einheitsgemeinde Gemeinde Unstruttal (10 km Entfernung) sowie der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal (6 km Entfernung).

Im Norden grenzt das Mittelzentrum Stadt Leinefelde-Worbis (12 km Entfernung) an und im Westen liegt das Mittelzentrum mit der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt (16 km Entfernung).

Das Mittelzentrum mit Teilaufgaben eines Oberzentrums, die ehemalige freie Reichsstadt und heutige Kreisstadt Mühlhausen/Thüringen ist ca. 20 km entfernt und liegt südlich zum Obereichsfeld.



2. Zentralörtliche Einstufung der Stadt Dingelstädt (Stand 01.01.2023)

Die Stadt Dingelstädt mit ihren neun Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt, Helmsdorf, Hüpstedt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf, Silberhausen und Zella erfüllt als starkes Grundzentrum in vielen Bereichen schon jetzt mittelzentrale Funktionen.

Für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger stehen folgende Einrichtungen zur Verfügung:

- Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit Kinderheilkunde und Jugendmedizin, Urologie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- 5 Praxen für Allgemeinmedizin / teilweise mit 2 Medizinern je Praxis
- 7 Zahnarztpraxen
- 1 Tierarztpraxis
- 3 Heilpraktiker
- 1 Internistin
- 11 Praxen für Physiotherapie
- Stadtbibliothek, Gemeindebibliotheken in Bickenriede, Helmsdorf und Kreuzebra
- Heimatstuben in allen Ortschaften
- Freibad Stadt Dingelstädt
- Hallenbad Stadt Dingelstädt
- Kunstrasenplatz / Stadion
- Jugendclub Stadt Dingelstädt „Club D“
- 3D - Familienkino Stadt Dingelstädt
- 1 Jugendzimmer in Helmsdorf, 1 Jugendclub in Kreuzebra
- 3 Apotheken
- 1 kommunale Kindertageseinrichtung „BUMMI“
- 7 Kindertageseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft
- 2 Kindertagesmuttereinrichtungen
- 1 Altenpflegezentrum
- 2 Altenpflegeeinrichtungen
- 1 Einrichtung für Betreutes Wohnen „Caritativer Pflegedienst Eichsfeld gGmbH“
- Einrichtungen für körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen (St. Klara Wohnheim, St. Joseph Kinder- und Jugendhaus)
- Seniorenbeirat
- 9 Freiwillige Feuerwehren
- 9 Friedhöfe
- 9 Sportplätze
- 15 Spielplätze
- 2 Hotels
- 12 Gasthäuser teilweise mit Ferienwohnungen
- mehrere Restaurants
- 5 Ladestationen für E-Autos,

die deutlich mehr als die Grundversorgung sichern. Mit der Fusion des Ortsteiles Struth wird dieses Angebot deutlich erweitert. Somit werden die Ansprüche an ein Mittelzentrum weiter manifestiert.

Die Stadt Dingelstädt ist von jeher Wirtschaftsstandort im Obereichsfeld. Die Industriebetriebe, die mittelständischen Firmen, die Handwerksbetriebe, die Landwirtschaftsbetriebe und der Handel stellen das Rückgrat der heimischen Wirtschaft dar.

Die bereits bestehende enge Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen ist Kernpunkt der Wirtschaftsförderung der Stadt Dingelstädt und soll zukünftig mit der neu einzugliedernden Ortschaft Struth weiter ausgebaut werden.

Die Neugliederung ist aus wirtschaftlicher Sicht positiv zu betrachten. Sie trägt zur weiteren Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes im „Obereichsfeld“ bei.

Die Stadt Dingelstädt hat insgesamt eine Industrie- und Gewerbefläche von 77,54 ha, wovon 70,62 ha belegt sind. Die größten Gewerbeflächen liegen in der Ortschaft Dingelstädt.

Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger (auch aus dem Ortsteil der neu aufzunehmenden Gemeinde) in den zahlreichen Unternehmen der Stadt Dingelstädt tätig.

Die in dem aufzunehmenden Ortsteil der Gemeinde Rodeberg vorhandenen Wirtschaftsstrukturen werden durch Eingliederung in die Stadt Dingelstädt langfristig gesichert und erhalten, was ein Zusammenwachsen nachhaltig fördern wird.

Einwohnerzahlen der Ortschaften / Ortsteile zum 31.12.2022 (Stand Einwohnermeldeamt):

Beberstedt	606 EW
Bickenriede	1.440 EW
Dingelstädt	4.519 EW
Helmsdorf	503 EW
Hüpstedt	1.576 EW
Kefferhausen	728 EW
Kreuzebra	719 EW
Silberhausen	633 EW
Zella	279 EW
Struth	1.560 EW

Gesamt: 12.563 EW

3. Infrastrukturelle Beziehungen

Infrastrukturell ist die Stadt Dingelstädt mit der einzugliedernden Gemeinde und deren Ortsteil Struth durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. So sind die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg über die Landstraße L1008 zu erreichen.

Die Entfernung des Ortsteiles Struth zum Hauptverwaltungssitz der Stadt Dingelstädt, Ortschaft Dingelstädt, beträgt ca. 13 km.

Derzeit bestehen gute ÖPNV-Anbindungen der bestehenden Ortschaften der Stadt Dingelstädt zum Verwaltungssitz in der Ortschaft Dingelstädt. Ziel ist es, den einzugliedernden Ortsteil in die bereits vorhandene ÖPNV-Struktur des Landkreises Eichsfeld einzubinden.

Weiterhin verfügt die Stadt Dingelstädt über einen Anschluss an den überregionalen Bahnverkehr Erfurt - Gotha - Leinefelde - Göttingen.

4. Technische Infrastruktur/ interkommunale Zusammenarbeit

Die Stadt Dingelstädt ist Mitglied im Wasserleitungsverband (WLV) Ost-Obereichsfeld mit Sitz in der Ortschaft Helmsdorf. Die Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) ist Mitglied im Obereichsfeldischen-Wasserleitungsverband mit Sitz in Großbartloff.

Die Stadt Dingelstädt ist Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Obereichsfeld (WAZ) mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt. Die Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) ist Mitglied im Abwasserverband Rodeberg (Abwassereigenbetrieb der Gemeinde Rodeberg).

Weiterhin sind die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg Mitglieder in insgesamt fünf Gewässerunterhaltungsverbänden. Dem Gewässerunterhaltungsverband „Obere Unstrut / Notter“ und dem Gewässerunterhaltungsverband „Leine / Frieda / Rosoppe“ gehören sowohl die Stadt Dingelstädt, als auch die Gemeinde Rodeberg an. Die Stadt Dingelstädt ist weiterhin Mitglied im Gewässerunterhaltungsverband „Helme / Ohne / Wipper“. Die Gemeinde Rodeberg ist zusätzlich Mitglied im Gewässerunterhaltungsverband „Hörsel-Nesse“.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V.

Somit bestehen hier schon heute enge Verflechtungen.

Auch im Bereich des Gesundheits- und Rehabilitationssports gibt es seit mehr als 10 Jahren intensive Kontakte zu dem Fitness- und Gesundheitszentrum (FGZ) Dingelstädt, die nicht nur durch Bürgerinnen und Bürger der jetzigen Stadt Dingelstädt, sondern auch von Einwohnern der Gemeinde Rodeberg intensiv genutzt werden.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 10 Ortschaften verfügt zukünftig über 9 Kindertagesstätten - bestehend aus zwei kommunalen Einrichtungen (in der Ortschaft Dingelstädt - 1 mit 158 Plätzen und in der Ortschaft Struth - 1 mit 145 Plätzen) und 7 Einrichtungen in katholischer Trägerschaft (in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt - 2, Kefferhausen, Kreuzebra, Hüpstedt und Silberhausen) mit einer Gesamtkapazität von 774 Plätzen. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine gute Belegung aus. Kapazitätsprobleme für die Zukunft sind zurzeit nicht erkennbar. Ausreichend KITA - Plätze für Kleinkindbetreuung sind ebenfalls vorhanden.

Darüber hinaus betreibt die Stadt Dingelstädt Jugendclubs / Jugendtreffs in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt, Hüpstedt, Kefferhausen, Kreuzebra und Helmsdorf. Der Jugendclub / Jugendtreff in der Ortschaft Struth wird selbstverständlich erhalten und soweit gewünscht auch fortgeführt. Damit soll zukünftig auch die Jugendarbeit in den einzelnen Ortschaften der Stadt Dingelstädt ausgebaut werden. Im Jugendförderplan des Landkreises Eichsfeld (Beschluss des Kreistages 2021) wurden bereits jetzt zusätzliche Personalkapazitäten für die Stadt Dingelstädt beschlossen.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortschaften / Ortsteilen vorhanden. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Stadt Dingelstädt auch in Zukunft Rechnung tragen.

Um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Ortschaften der Stadt Dingelstädt zu erreichen wird beantragt, den Zeitrahmen für die Städtebauförderung der Stadt Dingelstädt bis zum Jahr 2033 neu festzusetzen.

Die Stadt Dingelstädt hat im Rahmen der Städtebauförderung zur Sanierung der Altstadt die Möglichkeit, bis zum Jahr 2026 Maßnahmen für die Altstadt zu beantragen und umzusetzen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein aktuelles Handlungsfeld von Staat und Kommunen. Sie konkretisieren sich insbesondere über den physischen und funktionalen Zugang zu Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in differenziert strukturierten ländlichen Räumen.

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Ortschaften der (Landgemeinde) Stadt Dingelstädt herzustellen, insbesondere in der zukünftigen Ortschaft Struth zu ermöglichen, sind hier vordringlich Investitionen (Straßenbau, B -Planerschließungen, GEK, ISEK, Flächennutzungsplanungen, Dorfgemeinschaftshaus und Sportstättenrevitalisierung einschließlich Bau eines Kunstrasenplatzes) zu tätigen.

Aus diesem Grund würde die Stadt Dingelstädt die noch notwendigen Altstadtinvestitionen über einen Förder-/Beantragungszeitraum bis zum Jahr 2033 strecken und die dadurch entstehende freie Finanzspitze für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt, Zella, aber vor allen Dingen in der zukünftigen Ortschaft Struth einsetzen.

Dies würde den gemeindlichen Frieden und den Zusammenhalt nachhaltig stärken.

Ebenso wird um Unterstützung bei der Herrichtung einer gemeindlichen Sportanlage in der zukünftigen Ortschaft Struth gebeten.

Es wird darum gebeten, für das Jahr 2024 / 2025 GFAW – Mittel zu Gunsten des Projektes „Revitalisierung Sportanlagen Ortschaft Struth“ „umzuschichten“. Dieses Projekt müsste noch neu bei der GFAW Thüringen - Sportstättenförderung beantragt werden.

Die Stadt Dingelstädt hat als Antragssteller unter der Antragsstellernummer: 11104318

Aktenzeichen: ISS220001

bei der GFAW Thüringen (Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH) folgendes Projekt:

Ersatzneubau des Funktionsgebäudes auf der Sportentwicklungsfläche an der Bahnhofstraße in der Ortschaft Dingelstädt beantragt. Hierfür wurden Fördermittel in Höhe von 896.851,20 € in Aussicht gestellt.

Die Stadt Dingelstädt beantragt die vorgesehenen Fördermittel in Höhe von 896.851,20 € für vorgenanntes Projekt zugunsten einer Revitalisierung der maroden Sportanlagen in der Ortschaft Struth zu verlagern.

In der Ortschaft Struth sollte nach Möglichkeit ein Kunstrasenplatz mit entsprechenden Nebenanlagen sowie zeitgemäßen energieeffizienten Beleuchtungsanlagen entstehen.

Die 120 Vereine der Stadt Dingelstädt stehen in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt, Helmsdorf, Hüpstedt, Kefferhausen, Kreuzebra, Silberhausen und Zella allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 25 Sportvereine
- 13 musikalische Vereine
- 6 Schützenvereine
- 10 Kirmes & Handwerksvereine
- 4 Karnevalsvereine
- 13 Feuerwehrvereine & DRK
- 10 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 6 Gartenvereine
- 8 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 4 Heimatvereine
- 13 Senioren, Frauen & Familienvereine
- 8 Förderevereine

Die Ortschaft Struth mit 16 Vereinen ist schon jetzt eng mit dem Vereinsleben in der Stadt Dingelstädt verbunden.

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 10 Ortschaften würde dann über 136 Vereine verfügen.

Auch jetzt schon nehmen viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine setzen mit ihren gestalteten Höhepunkten (Kirmesfesten, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste,

Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.) Impulse für ein gemeinsames Miteinander der Stadt- und Dorfgemeinschaften.

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit, sowohl in der Stadt Dingelstädt als auch in dem einzugliedernden Ortsteil und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens.

Das Familienzentrum „Kloster Kerbscher Berg“ ist bereits heute schon überregionaler Anlaufpunkt für die ganze Familie. Bei Spielkreisen, Kursangeboten und Themenabenden können sich Familien kennenlernen.

5.1. Feuerwehren

Insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind, ist eine interkommunale Zusammenarbeit bereits jetzt gelebte Praxis.

Darüber hinaus hat die Pflichtaufgabe Feuerwehr einen besonderen Stellenwert: Es bestehen partnerschaftliche Beziehungen zu der Feuerwehr der Gemeinde Rodeberg. Regelmäßige Wehrleitersitzungen und landkreisübergreifende Einsätze sind schon heute Realität.

Auch hier spielt der festgelegte Einsatz- und Verflechtungsbereich im Brandschutz und der allgemeinen Hilfeleistung eine förderliche Rolle, da alle Feuerwehren auch über Kreisgrenzen hinweg im Austausch stehen.

Vorhandene ortstellübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung angepasst werden. Durch den Wegfall des Drehleiterstandortes Struth, erweitert sich der Ausrückebereich des Drehleiterstandortes Dingelstädt, um das Gebiet der Ortschaft Struth.

Die gute Zusammenarbeit wird durch die Kreisbrandinspektoren der Landkreise Unstrut – Hainich, Eichsfeld, Werra – Meißner und den Stadtbrandmeister, sowie den jeweiligen Wehrführer bestätigt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch effizienter und leistungsfähiger machen.

Dennoch konnte der Abzug der Drehleiter (DLAK) „Florian Struth 33“ zum 30.11.2023 nicht verhindert werden. Die Feuerwehr Struth verliert ein taktisch wertvolles Einsatzfahrzeug. In der Einsatzabteilung der Feuerwehr Struth sind derzeit 67 Kameradinnen und Kameraden mit hohem Ausbildungsniveau tätig.

Nach Abstimmungen mit den Kreisbrandinspektoren und den umliegenden Feuerwehren des Landkreises Unstrut - Hainich und des Landkreises Eichsfeld wäre eine neue Aufgabenzuweisung im Bereich Katastrophenschutz (z.B. Einsatzmöglichkeiten, Hochwasser - Starkregenschutz, Einsatzmöglichkeit für den Teilabschnitt der B249) für die Feuerwehr Struth notwendig.

Es wird in diesem Antrag die Neubeschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges „GW – Logistik (GW-L2)“ beantragt, für die Feuerwehr der Ortschaft Struth, dass im Rahmen der Stufe II und III der ThürFwOrgVO eingesetzt werden könnte. Bei dem Fahrzeug sollte es sich um einen Gerätewagen Logistik Katastrophenschutz mit Kran handeln.

Zum Fahrzeug sollte neben dem Kran unter anderem eine Wechselbrücke mit Ausrüstung zum Hochwasser- / Starkregenschutz bzw. Brandbekämpfung gehören.

Das Fahrzeug sollte weiterhin mit den Modulen Löschwasserförderung, Ölwehr und dem Unwettermodul als Staffelfahrzeug mit einer Besatzungsstärke 1/5 ausgestattet sein.

Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran. Auch hier ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit geplant. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur für die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt.

Der hohe Ausbildungsstand der Feuerwehr Struth ergänzt die vorhandenen Strukturen der bisherigen Feuerwehren der Stadt Dingelstädt.

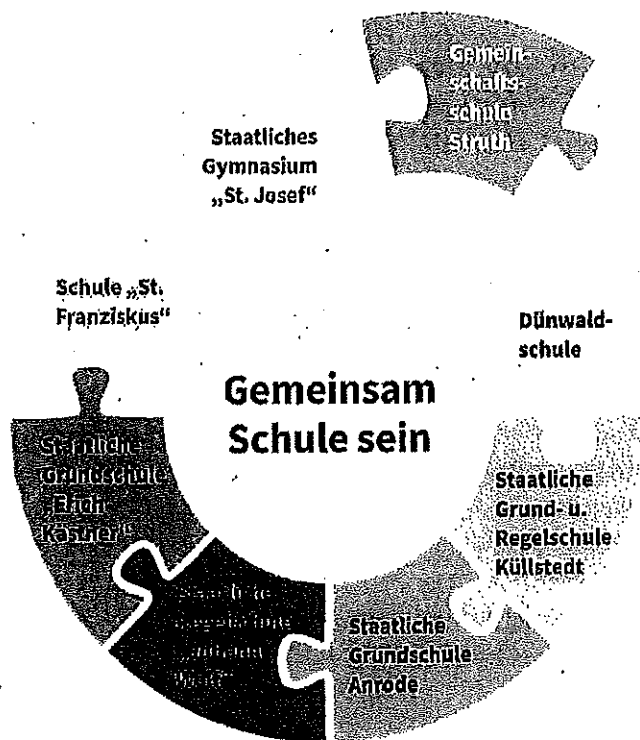
6. Schulstruktur - Aufgabe des Landkreises Eichsfeld (nur informativ)

Die zukünftige Stadt Dingelstädt bietet ihren Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, an einer ortsnahen Schulbildung von der Grundschule bis zum Gymnasium teilzuhaben.

Weiterhin besteht in der "Franziskusschule" die Möglichkeit für geistig behinderte Kinder und Jugendliche eine Schulausbildung zu absolvieren. Die Kinder und Jugendlichen mit Handicap werden hier individuell gefördert.

So besuchen zum jetzigen Zeitpunkt bereits Schülerinnen und Schüler aus dem Ortsteil Struth das Gymnasium in der Ortschaft Dingelstädt. Durch die Schulringstruktur im Landkreis Eichsfeld wird die vorhandene Gemeinschaftsschule Struth in den bereits vorhandenen Schulring integriert, was weitere Synergien für Schüler und Lehrer ermöglicht. Die Stadt Dingelstädt verfügt schon jetzt über:

- 1 Grundschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt und umliegenden Gemeinden
- 1 Grundschule Bickenriede
- 1 Regelschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt
- 1 Gymnasium - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt sowie weiteren 20 Orten des Landkreises Eichsfeld und des Unstrut-Hainich-Kreises
- 1 Förderschule für geistig behinderte Kinder und Jugendliche in freier Trägerschaft
- 1 Gemeinschaftsschule in Hüpstedt
- 1 Gemeinschaftsschule in Struth - TGS Rodeberg



Schulring im Landkreis Eichsfeld

7. Historische, traditionelle und landsmannschaftliche Verbindungen

Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, suchen die Eichsfelder einen Zusammenhalt in einer staatlich verankerten und mit der Wahrnehmung übergemeindlicher kommunaler Aufgaben betrauten Struktur, die ihrer Wesensart entspricht. Nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahrhunderte eignet sich hierfür am besten das Rechtsinstitut des Landkreises. Im Falle des Landkreises Eichsfeld, scheint dieses zurückliegend ausgesprochen gut zu funktionieren. Das beweisen nicht nur die vergleichsweise hohen Wahlbeteiligungen, als auch die sich in ihnen bestätigende personelle und inhaltliche Kontinuität. Hierauf gestützt konnte sich das Kreisgebiet aus der einstigen Zugehörigkeit zum „Armenhaus Preußens“ in die Spitzengruppe der thüringischen Städte und Landkreise emporarbeiten. Beredter Ausdruck hierfür sind die positiven Spitzenwerte in allen entscheidenden Parametern, wie Arbeitslosigkeit, Investitionsquoten, soziale Situation etc., – und dies bei einer kumulierten Schuldenfreiheit des Landkreises Eichsfeld mit freier positiver Liquidität.³

Wenn also die Vereinigung des Ober- und Untereichsfeldes auch gegenwärtig in einer einheitlichen staatlich-kommunalen Gliederung nicht zu erreichen ist, dann sollte dieses zumindest dafürsprechen, das thüringische Eichsfeld in seiner jetzigen Landkreisgliederung unangetastet zu belassen. Dieses ist sowohl in einem landsmannschaftlichen Sinne geboten, als auch von der wirtschaftlichen Verfasstheit des Landkreises her problemlos möglich. Damit würde die Geschichte auch im 3. Jahrhundert der bestehenden regionalen Teilung offengehalten. Alles andere würde unweigerlich zu regionalen Spannungen führen, die niemand wollen kann.^{3 & 66}

Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreis Eichsfeld, brachte die historischen, traditionellen und landsmannschaftlichen Verbindungen folgendermaßen auf den Punkt: *"Im Zentrum steht dabei die katholische Prägung der eichsfeldischen Kultur. Vor dem Hintergrund ihrer jesuitischen geschichtlichen Begründung ist sie weitaus tiefer im Charakter von Landschaft und Menschen verankert, als dieses selbst von ihren kirchlichen Institutionen her vorgetragen wird.*

Konfessionsübergreifend ist dieses Charakteristikum gleichermaßen den Eichsfeldern evangelischen Glaubensbekenntnisses eigen. Im Eichsfeld ist deshalb „katholisch“ nicht nur Ausdruck einer konfessionellen Kirchenzugehörigkeit, sondern Markenzeichen für die „landsmannschaftliche“ Beziehung von Menschen zu der ihnen angestammten Umgebung. Die dem „Sächsischen Sorben-Gesetz“ vorangestellte Präambel ließe sich - in Analogie - ebenso auf das Eichsfeld übertragen.⁶⁸ Dass dieses auch der Thüringische Landesgesetzgeber bislang so gesehen hat, wird u. a. in seiner Feiertagsgesetzgebung deutlich, in welcher er den „Fronleichnamstag“ ausnahmsweise für das Eichsfeld als gesetzlichen Feiertag ermöglicht hat.⁶⁹ Die hierin enthaltene Referenz an die kulturelle Identität des Eichsfeldes darf nicht durch eine rein schematische Implementierung in rein dem Nützlichkeitsaspekt folgende neue Verwaltungsstrukturen infrage gestellt werden.“¹³

Kurzdarstellung der jüngsten Geschichte

Die jetzigen Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen sind seit dem 01. April 1991 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Dingelstädt gewesen. Hervorgegangen ist die Verwaltungsgemeinschaft aus einem 1975 gegründeten Gemeindeverband. Am 18. Dezember 2018 wurde durch den Thüringer Landtag das Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden beschlossen. In dem Gesetz wurde geregelt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt zum 31. Dezember 2018 aufgelöst und ab dem 01. Januar 2019 die Stadt Dingelstädt neu gegründet wird. Dem Gesetz gingen die Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden voraus, die die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt und die Fusion zur Stadt Dingelstädt beinhalteten.

Die Gemeinde Dingelstädt, der am 14. Februar 1859 das Stadtrecht verliehen wurde, wird durch die Neugliederung mit den Ortschaften nun deutlich erweitert. Durch die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft und die Bildung der Stadt Dingelstädt mit ihren 5 Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen wurde eine neue Form der kommunalen Selbstverwaltung „implementiert“, die "Landgemeinde".

Zum 01.01.2023 traten die Ortschaften Beberstedt und Hüpstedt (vorher Gemeinde Dünwald) sowie die Gemeinden Bickenriede und Zella (vorher Gemeinde Anrode) der Stadt Dingelstädt bei. Die Stadt Dingelstädt gehört dem Landkreis Eichsfeld und die Gemeinde Rodeberg dem Landkreis Unstrut-Hainich an.

Mit dieser Antragstellung auf Beitritt der Gemeinde Rodeberg / Ortsteil Struth zur Stadt Dingelstädt erweitert sich eine zukunftsorientierte und tragfähige Verwaltungsstruktur im Obereichsfeld. Zwischen den Mittelzentren Heilbad Heiligenstadt, Leinefelde-Worbis und Mühlhausen etabliert sich die Stadt Dingelstädt mit ihren dann 10 Ortschaften als vierter mittelmittler Bereich im Nordwesten Thüringens.

8. Religion

Für Hans-Georg Wehling stellt das Eichsfeld, „als ein geschlossenes katholisches Gebiet inmitten eines protestantischen Umfeldes, eine Besonderheit, eine Enklave, dar; sichtbar an Kirchen, Kapellen, Wegkreuzen, Klüsen, Wallfahrtsorten und Wallfahrten - das von dorthier, gerade im nichtkatholischen Umfeld, seine Identität und seinen Zusammenhalt ableite.“¹⁰

Infolge seiner bis zum Jahre 1802 währenden 800-jährigen Zugehörigkeit zum Kurfürstentum und Erzbistum Mainz entwickelte sich das Eichsfeld im Zuge der Gegenreformation zu einer mehrheitlich katholisch-konfessionellen Insel im sächsisch-thüringischen Verschmelzungsraum in der Mitte Deutschlands.

Als eine solche, „bildet sie auch heute noch ein nahezu geschlossenes katholisches Siedlungsgebiet mit eigenen Bräuchen, kulturellen Prägungen und Mentalitäten sowie mit eigenem Selbstverständnis inmitten einer sonst konfessionellen und weltanschaulichen Diaspora. Die Stärke der Bindekräfte vermochte es, die eigene kulturelle Prägung selbst unter dem Druck der totalitären Systeme der beiden letzten Jahrhunderte zu bewahren.“¹

Bis heute ist dieses Territorium das einzige größere geschlossene katholische Gebiet Mitteldeutschlands und der einzige Landkreis in den neuen Bundesländern, der eine katholische Bevölkerungsmehrheit aufweist.¹

Besonders die katholische Kirche, zu der heute 72 % der Einwohner gehören, stellt die prägendste Kraft in dieser Kulturlandschaft dar. Mit ihrem festgefügtten Werte- und Normensystem bot die Kirche die primäre Orientierung im Alltag der Menschen. Die Gläubigen fühlten sich von einer tief verwurzelten Frömmigkeit und Glaubenspraxis getragen; ein dichtes Geflecht katholischer Institutionen, wie z. B. Pfarrhäuser, Schulen oder Vereine und Presseorgane, prägten Zelterfahrung und Lebensstil von Kindern und Jugendlichen ebenso wie den von Erwachsenen bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.¹

Die starke Prägung der Katholiken durch ihre je eigenen Lebens- und Gemeinschaftsformen wirkte sich in verschiedenen Bereichen aus, so im Wahlverhalten, im Brauchtum, in Feierformen, auf sozialem Gebiet usw.. In den beiden Diktaturen 1933 bis 1989 wurden diese Erfahrungen verstärkt durch eine Klerus- und gemeindezentrierte Kirche unter Wegfall des Vereinskatholizismus, sodass sich zahlreiche Eigen- und Besonderheiten länger im Obereichsfeld als anderenorts erhalten konnten.¹

Eine solche allumfassende, relativ geschlossene katholische Lebenswelt wird häufig als **Milieu beschrieben, das konfessionell determiniert ist**, wobei der Begriff oft nur abgrenzend definiert, wer und was dazugehört.“¹⁴

Alle zehn künftigen Ortsteile der Stadt Dingelstädt sind überwiegend katholischer Konfession. Die seelsorgerische Betreuung wird durch vier katholische Pfarreien organisiert.

Die katholische **Pfarrei St. Gertrud Dingelstädt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen gehören, die Pfarrei ist außerdem Sitz des Dekanats Dingelstädt.

Die katholische **Pfarrei St. Martin Hüpstedt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Beberstedt, Helmsdorf, Hüpstedt und Zella gehören, ist vor mehr als 70 Jahren durch das Bistum Erfurt dem Dekanat Dingelstädt zugeordnet worden.

Die katholische **Pfarrei St. Georg und Juliana Küllstedt**, zu der die Kirchgemeinden Bickenriede, Büttstedt, Küllstedt und Wachstedt gehören.

Die katholische **Pfarrei St. Anna - Lengefeld unterm Stein**, zu der die Kirchgemeinden Effelder; Faulungen; Großbartloff; Hildebrandshausen; Lengenfeld unterm Stein; **Struth**, gehören.

Wallfahrtsstätten im Dekanat Dingelstädt / Stadt Dingelstädt / Pfarreien im Obereichsfeld

Werdigshäuser Kirche, Wallfahrtskirche St. Cyriakus

Wallfahrt zum Hochfest Dreifaltigkeit und zu St. Cyriakus (1. Sonntag im August)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Kefferhausen

Kleine Kirche, Wallfahrtskirche St. Marien

Wallfahrt zum Fest Mariä Geburt (um den 8. September)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Dingelstädt

Kirche St. Martin, Beberstedt

Wallfahrt zum Rosenkranzaltar mit Krautweihe am Sonntag nach Mariä Himmelfahrt

Pfarrei St. Martin / Ortschaft Beberstedt

Die Wallfahrt Krautweihe Beberstedt und die „Marienwallfahrt zur Maria im Busch“ in Dingelstädt sind auch überregional bekannt.

Wallfahrt zum Annaberg bei Struth – Wallfahrtsort zu Ehren der heiligen Anna, Annaberg genannt

Kirchliche oder caritative Einrichtungen in der Stadt Dingelstädt

Klosterkirche Kerbscher Berg, Kirche St. Petrus Baptista und Gefährten mit Familienzentrum

Dingelstädt

Kefferhäuser Straße 24

37351 Stadt Dingelstädt

Alten- und Pflegezentrum "Haus Loulse"

Dingelstädt

Birkunger Straße 9

37351 Stadt Dingelstädt

St. Joseph Kinder- und Jugendhaus
Raphaelsheim gGmbH / Heim für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung
Dingelstädt
Riethstieg 3
37351 Stadt Dingelstädt

St. Franziskus-Schule der Raphaelsheim gGmbH
Staatlich anerkannte katholische Förderschule für geistig Behinderte
Dingelstädt
Riethstieg 9
37351 Stadt Dingelstädt

Zu der Evangelischen Pfarrei Dingelstädt, Bahnhofstraße 18, 37351 Stadt Dingelstädt mit der 150 Jahre alten Kirche St. Johannes-Apostel in Dingelstädt gehören die Ortschaften Dingelstädt und Helmsdorf mit eigenen Kirchengebäuden.

Die evangelische Gemeinde Anrode mit der Kirche St. Georg in Dörna gehört zum evangelischem Pfarramt Dörna Blaschke.
Es bestehen regelmäßige Kontakte und es gibt gemeinsame kirchliche / ökumenische Veranstaltungen der Kirchengemeinden.

Insgesamt sind vier katholische Pfarreien und zwei evangelische Pfarreien im Gemeindegebiet verortet.

8.1. Tourismus

Das klare Bekenntnis der Stadt Dingelstädt zum Tourismus soll in Anspruch und Vision der Tourismusstrategie der Stadt weiter verankert werden.

Die Stadt Dingelstädt wird ihren Tourismusverbund mit dem Eichsfeld und dem Freistaat Thüringen ausbauen! Entscheidend ist, die Qualität der Angebote und damit einhergehend die Wertschöpfung aus dem Tourismus zu erhöhen.

Innerhalb der Region kommt es künftig darauf an, das Tourismusbewusstsein auf allen Ebenen und damit die Anerkennung für die Leistungskraft und vielfältigen positiven Effekte der Branche zu stärken. Der Tourismus leistet wichtige Beiträge für die Regionalentwicklung und die Lebensqualität in unserer Stadt Dingelstädt, unserem Landkreis Eichsfeld und unserem Freistaat Thüringen. Er ist wichtiger Standortfaktor.

Ziel muss es sein, die Stadt Dingelstädt nicht nur als ein begehrtes Urlaubsziel, sondern auch als attraktiven Wirtschaftsstandort zu präsentieren. Eine Stadt Dingelstädt mit den dann 10 Ortschaften würde die Tourismusentwicklung weiter voranbringen und stärken.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg sind bereits Mitglied im HVE. Eine wichtige Aufgabe des HVE Eichsfeld Touristik e. V. (HVE) ist die Heimat- und Kulturpflege. So unterstützt der HVE die Wanderwegewarte der Region oder begleitet Entwicklungen

rund um konkrete Wanderwege wie dem Eichsfeld-Wanderweg, dem Naturparkweg „Leine-Werra“ oder dem Pilgerweg Loccum-Volkenroda.

Ein zukünftiges besonderes Merkmal der Stadt Dingelstädt wären die drei Klöster („Kloster Zella“ (Ortschaft Struth), „Kloster Kerbscher Berg“ (Ortschaft Dingelstädt), „Kloster Anrode“ (Ortschaft Bickenriede)) in der Gemarkung Dingelstädt.

Ein weiteres Beschäftigungsfeld des HVE ist die touristische Qualitätssicherung. Der Verband berät hinsichtlich von Qualitätsregeln wie „Wanderbares Deutschland“ oder „Bett & Bike“ und führt selbst Sterne Klassifizierungen des Deutschen Tourismusverbandes durch.

8.1.1 Radtourismus

Das sogenannte Dingelstädter Radwegekreuz am „Alten Dingelstädter Bahnhof“ ist gut ins Thüringer Radwegenetz eingebunden. Von hier aus können Fahrradfreunde auf gut beschilderten Radwegen in alle Himmelsrichtungen fahren. Das Radwegekreuz ist zugleich der Beginn des einmaligen und beliebten Kanonenbahnradweges, der durch die Gemeinde Anrode bis zum Werratal-Radweg führt.

Radfahrer können ebenso von der Ortschaft Dingelstädt aus über Radwegeverbindungen zum Unstrut-Hahle-Radweg, Unstrut-Leine-Radweg und dem Unstrut Radweg gelangen. Eine touristische Anbindung des „Klosters Zella“ an das überregionale Radwegenetz ist bereits heute über den Kanonenbahnradweg (Abfahrt: Lengefeld unterm Stein) vorhanden. Das „Kloster Zella“ gehört zur Ortschaft Struth.

Eine Radwege-Anbindung an den vorgenannten Radweg über Bickenriede nach Struth streben wir ebenso an. Einheimische und auswärtige Radfreunde können so über einen verbindenden Weg einen Anschluss an das überregionale Radwegenetz erhalten.

8.1.2 Wandertourismus:

Das Eichsfeld-Lied (1. & 2. Strophe)

*Bist du gewandert durch die Welt, auf jedem Weg und Pfade,
Schlugst auf in Nord und Süd dein Zelt, an Alp und Meergestade:
Hast du mein Eichsfeld nicht geseh'n mit seinen burggekrönten Höh'n
Und kreuzfidelen Sassen, dein Rühmen magst du lassen!*

*Dort, wo die junge Leine fließt, die Unstrut wallt zu Tale,
Der Hülfsenberg die Werra grüßt, der Ohmberg seine Hahle,
Die Wipper flutet durch die Au, landauf, landab, welch feine Schau
Auf Tal und Hügelketten und schmucke Siedelstätten!*

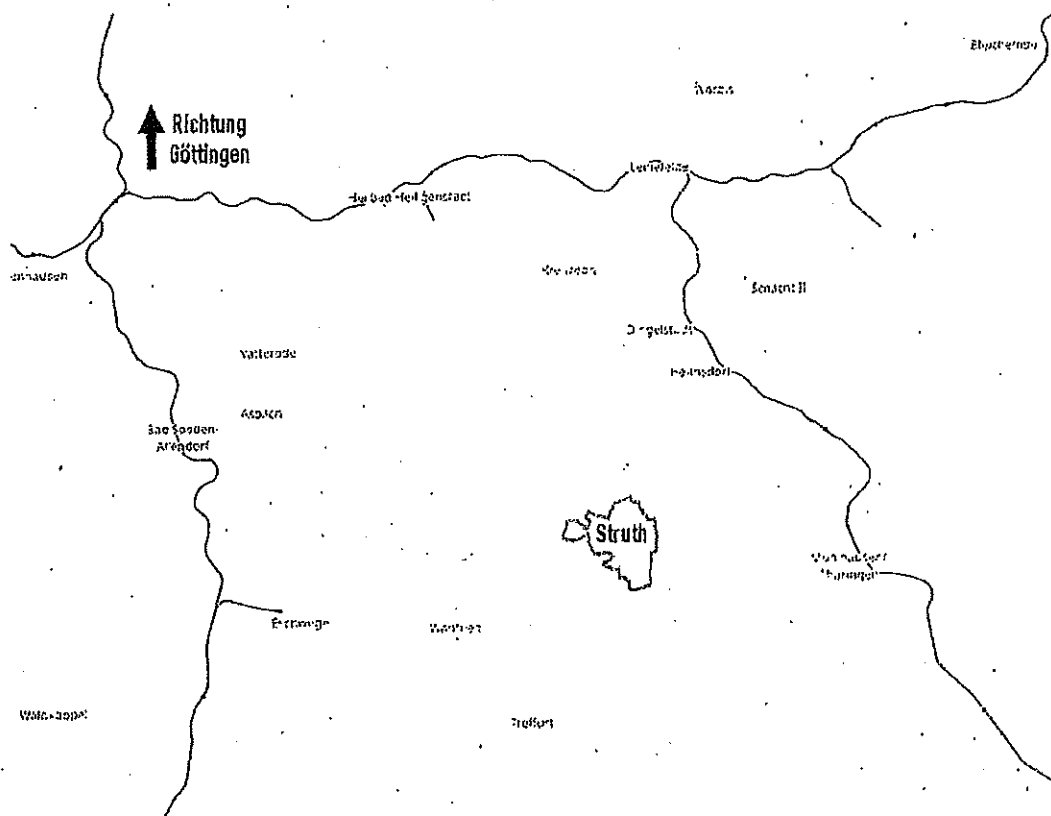
Die Eichsfeld-Hymne wurde im Jahre 1902 von dem Priester L. geboren am 09. März 1856 in Holungen, gestorben 1907 in Südafrika, geschrieben und beschreibt noch heute in prägnanter Weise unter anderem den Wandertourismus.

Im schönen Obereichsfeld braucht es nicht viel Zeit und Aufwand, um in die Natur zu gelangen. Auf ausgewiesenen Wanderwegen kann man schnell dem Alltag entkommen.

So bietet beispielsweise das etwa 515 m hohe Plateau „Hockelrain“ einen prächtigen Blick über unsere Ortschaften der Stadt Dingelstädt und lädt mit seinen Rastmöglichkeiten zum Verweilen ein.

Außerdem haben wir die Umsetzung und Vermarktung gemeinsamer Wanderrouten fest im Blick (z. B. TOP Wanderweg Scharfenstein). Fast täglich erreichen uns Anfragen von Gästen, die gern unsere Rad- und Wanderwege erkunden wollen und mehrtägige Besuche in unserer Region planen. Es lohnt sich, dieses Potenzial zu bündeln und auszubauen.

9, Landschaftliche und topographische Gegebenheiten



Mitten in Deutschland, im nordwestlichen Teil des Landes Thüringens, im Landkreis Eichsfeld liegt die Stadt Dingelstädt. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Autobahn 38, dicht an der Grenze zu Hessen und Niedersachsen.

Die Stadt Dingelstädt liegt an der oberen Unstrut mit der Unstrutquelle in der Ortschaft Kefferhausen. Dingelstädt ist am westlichen Rand einer Mulde im oberen Unstruttal gelegen und wird umrahmt von den allmählich ansteigenden Höhen der mit Laubbäumen bewaldeten Muschelkalk-Hochfläche des oberen Eichsfelds.

Im Norden begrenzt der Höhenzug „Dün“ das Stadtgebiet. Die Stadt ist flächenmäßig (ca. 107 km²) und von der Einwohnerzahl (ca. 11.000 Einwohner) bereits jetzt die drittgrößte Gemeinde im Landkreis Eichsfeld.

Durch die Fusion mit dem Ortsteil Struth würde die Stadt Dingelstädt sowohl von der Fläche, als auch von den Einwohnern um mehr als 12 % wachsen.

10. Bevölkerung und Flächenentwicklung

Der demographische Wandel ist, sowohl heute als auch in den kommenden Jahren, die große Herausforderung für die Gemeindeentwicklung.

Die beantragenden Gemeinden (Stadt Dingelstädt und Gemeinde Rodeberg mit dem Ortsteil Struth) haben zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 12.563 Einwohnern und eine Gesamtfläche von ca. 123,49 km².

Gemäß den Eckpunkten des Leitbildes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen wird bei der Bildung von Einheitsgemeinden eine Mindesteinwohnergröße von 6.000 Einwohnern im Jahr 2035 angestrebt.

Bezogen auf den beantragten Beitritt wird nach Schätzung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2035 vollumfänglich erfüllt und sogar deutlich überschritten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation und Entwicklung der Stadt Dingelstädt auch im Jahr 2035 die Erfüllung der Aufgaben als sicher anzunehmen ist.

Um der demografischen Entwicklung positiv entgegenzuwirken, werden seit 2018 Bebauungspläne für die Schaffung von Wohnungseigentum entwickelt, geplant und seit 2021 umgesetzt.

So werden zurzeit ca. 100 Baugrundstücke im gesamten Stadtgebiet neu ausgewiesen. Gleiches soll selbstverständlich auch für die zukünftige Ortschaft Struth gelten.

Die Stadt Dingelstädt nimmt seit 2022 an der Dorferneuerung für die Ortschaften Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen teil. Ziel ist es auch, die Kerne der einzelnen Ortschaften aufzuwerten. Parallel dazu schaffen wir derzeit Voraussetzungen zur Nutzung und Revitalisierung vorhandener Gewerbeflächen.

Eine der ersten wichtigen Hauptaufgaben nach dem Beitritt der Ortschaft Struth wird die Erstellung eines gemeindlichen Entwicklungskonzeptes (GEK) sein, das wiederum Grundvoraussetzung für die Aufnahme der Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt, Struth und Zella in des Dorferneuerungsprogramm ist.

11. Finanzielle Situationen der beteiligten Gemeinden

Die Haushaltssituationen in der Gemeinde Rodeberg ist als sehr angespannt zu betrachten. Die Haushaltssituation der Stadt Dingelstädt stellt sich hingegen als verhalten positiv dar.

Die Stadt Dingelstädt (mit Ihren 5 Ortschaften) weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 202 € auf (Stand 31.12.2022). Die Stadt Dingelstädt (mit Ihren 9 Ortschaften) weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 331 € auf (Stand 01.01.2023).

Die Stadt Dingelstädt hat im Vermögenshaushalt im Haushaltsjahr 2022 (Stadt Dingelstädt mit Ihren 5 Ortschaften) ein Volumen von 5.009.700 € und in 2023 (Stadt Dingelstädt mit Ihren 9 Ortschaften) in Höhe von 8.569.000 € vorgesehen.

Die Rücklagen der Stadt Dingelstädt (mit Ihren 5 Ortschaften) betrugen zum Stand 31.12.2022 insgesamt 372.958,00 €. Die vergleichsweise geringe Rücklage ist dadurch bedingt, dass begonnenen Baumaßnahmen aufgrund der Inflation und der Baupreissteigerung fertiggestellt werden mussten. Somit war eine Entnahme aus der Rücklage von 985.800 € im Jahr 2022 notwendig.

Nach dem Beitritt der Gemeinden Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella zur Stadt Dingelstädt am 01.01.2023 wird die Rücklage der Stadt Dingelstädt nicht nennenswert steigen, da nur mit der Mindestrücklage der Beitrittsorte gerechnet werden kann. Gleiches gilt nach dem Beitritt des Ortsteils Struth.

Da der Schuldenstand steigt, jedoch keine weitere „Hochzeitsprämie“ zur Haushaltsentlastung gezahlt wird, ist es unerlässlich, dass die Stadt Dingelstädt von Verbindlichkeiten, die aus dem Abwassereigenbetrieb entstehen könnten, befreit wird. Andersfalls droht das Abrutschen in die Haushaltssicherung für die gesamte Stadt Dingelstädt.

Sollten die Verbindlichkeiten aus dem Abwassereigenbetrieb entfallen, kann nach der Gemeindeneugliederung die Haushaltssituation der neuen Stadt Dingelstädt mit ihren dann 10 Ortschaften als ausgeglichen eingestuft werden.

Die Verschuldung der Stadt Dingelstädt wird dann allerdings weiter ansteigen, da die Neugliederungsprämie ausschließlich nur noch für die Ortschaft Struth mit ca. 300T€ gezahlt wird.

Die im Wege der Gebietsreform zu übernehmenden Kreditverbindlichkeiten lassen die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich anwachsen, diese liegt dann mit ca. 429 €/Einwohner über der bisherigen pro Kopfverschuldung der Stadt Dingelstädt mit 331€.

Im Einzelnen stellen sich die finanziellen Situationen der beteiligten Gemeinden wie folgt dar:

Verbindlichkeiten durch Kredite zum 31.12.2022:

Stadt Dingelstädt (mit ihren 9 Ortschaften):	3.552.238,00 €
Struth (zzt. Gemeinde Rodeberg)	1.838.212,00 €

Gesamtschulden zum 01.01.2024

5.390.450,00 €

Durch die im Zuge der Gemeindegebietsreform ausgereichten Neugliederungsprämien und beantragten Strukturbegleithilfen sowie die besonderen Entschuldungshilfen gelingt es, den durch die Neugliederung auftretenden finanziellen Aufwand in gewissem Umfang abzufedern und den Gesamtschuldenstand signifikant unter 5.390.450 € zu senken.

Der erhebliche Sanierungsstau in den zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt, **Struth** und Zella kann aber nur bedingt abgefedert werden. Besonders die Revitalisierung der Sportanlagen der Ortschaft Struth und die Herausforderungen bei der Pflichtaufgabe Ersatzbeschaffung für ein Feuerwehrfahrzeug „Logistik GW - L2“ werden in den kommenden Jahren zur großen finanziellen Herausforderung für die Stadt Dingelstädt werden.

Mit der Gemeindeneugliederung kommt die Gemeinde Rodeberg aus ihrer finanziellen Notlage. Insbesondere wird die Thematik Abwassereigenbetrieb nachhaltig gelöst.

Mit dem Beitritt der zukünftigen Ortschaft Struth wird für diese Ortschaft eine stabile Haushaltslage erreicht. Die dauernde Leistungsfähigkeit wird gewährleistet und somit sind auch wieder Investitionen in der zukünftigen Ortschaft möglich.

Die Stadt Dingelstädt wird in der Lage sein, die hinzutretende Verschuldung nach und nach abzubauen und gleichzeitig ein gewisses Maß an Investitionen in allen zehn Ortschaften zu gewährleisten.

Die Steuereinnahmekraft wird durchschnittlich steigen. Zurzeit beträgt die Steuereinnahmekraft 766,15 € / Einwohner.

12. Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gemeinden

Die Auflösung der Gemeinde Rodeberg und die Zuordnung zu den Städten Mühlhausen und Dingelstädt führt zu einer neuen Kreisgrenze zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich.

Die neuen Gemarkungsgrenzen zwischen der Stadt Mühlhausen und der Stadt Dingelstädt wurden in den Koordinationsrechtlichen Verträgen genau festgelegt. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemarkungsgrenzen auch die neue Landkreisgrenzen abbilden könnte.

Die umliegenden Gemeinden und zentralen Orte – Insbesondere die Städte Heilbad Heiligenstadt und Leinefelde-Worbis aber auch die Stadt Mühlhausen - werden ihrerseits durch den Beitritt der Ortschaft Struth zur Stadt Dingelstädt nicht geschwächt oder gar in ihrer Entwicklung behindert.

Insbesondere der Stadt Mühlhausen (Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums) verbleiben noch ausreichend räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für eine leitliniengerechte Entwicklung.

Weiterhin lässt die Fusion der Stadt Dingelstädt die Möglichkeit offen, sich als Mittelzentrum zwischen den oben genannten Städten zu etablieren.

Negative Auswirkungen durch die Neugliederung der Stadt Dingelstädt auf weitere angrenzende Gemeinden sind daher nicht erkennbar.

13. Grundlegende Kriterien der Neugliederung

Die in diesem Antrag vorgetragenen Argumente und Beispiele zeigen, dass man - wenn zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen werden - Schwierigkeiten überwunden und Aufgaben gelöst werden, man somit eine „gedeihte Entwicklung“ des Gemeinwesens erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jede Ortschaft ihre „Seele“ hat und sich im Gesamtgefüge wiederfinden muss.

Mit dem unterzeichneten koordinationsrechtlichen Vertrag und dem Fusionsvertrag greifen alle kommunalpolitischen Verantwortungsträger die Geschichte ihrer Region in gleicher Weise auf und führen das Erbe unserer Vorfahren, nicht nur im Obereichsfeld, zusammen.

Mit Gründung der Landgemeinde „Stadt Dingelstädt“ am 01.01.2019 bestehend aus den Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen wurde ein neuer Weg gegangen. Es galt und gilt leistungsfähige Strukturen aufzubauen! Diesen Weg haben wir konsequent weiterverfolgt. Am 01.01.2023 traten die Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella der Stadt Dingelstädt bei. Der Beitritt der zukünftigen Ortschaft Struth ist somit ein weiterer Schritt, um eine leistungsfähige Verwaltungsstruktur für alle zehn Ortschaften der Stadt Dingelstädt zu erreichen.

Unter dem Motto: Stärkere Gemeinden = größere Chancen

In der Rückschau kann bestätigt werden, dass dies bis jetzt vollumfänglich gelungen ist. In der zukünftigen Stadt Dingelstädt mit ihren 10 Ortschaften wird es umso wichtiger, Vertrauen aufzubauen.

Hier sind alle kommunalpolitischen Akteure gefordert. Es wird Diskussionen geben über den Weg zur Lösung der anstehenden Aufgaben, denn es sind demokratische Institutionen. Dennoch sollte berücksichtigt werden: Jedes positiv erlebte Beispiel einer Bürgerin oder eines Bürgers in der Praxis kann mehr bewirken, als alle noch so vielversprechenden theoretischen Ausführungen.

Darum geht es in der neuen Landgemeinde mit dem Namen „Stadt Dingelstädt“ mit ihren dann 10 Ortschaften Vertrauen schaffen unter den Mandatsträgern, Vertrauen zwischen Bürgermeister, Rat und Verwaltung und vor allem Vertrauen der Bürgerschaft zu uns.

Was ist weiterhin zu tun? Vieles ist vorgegeben in den Fusionsverträgen. Die Fusionsverträge sind Dokumente der Vernunft, sorgfältig ausgewogen unter dem Motto: „Gleiche unter Gleichen“. Sie sind gewissermaßen eines der beiden Standbeine, auf denen sich nun alle zukünftig 10 Ortschaften auf den Weg begeben. Das andere Standbein ist schlicht und einfach das Gesetz, die Gemeindeordnung.

14. Raumordnung – LEP 2025

Überörtliche Maßstäbe, unter anderem die Ziele der Raumordnung und Landesentwicklung, werden berührt. Welche Auswirkungen die Gemeindefusion auf den LEP 2025 haben wird, lässt sich zurzeit nicht abschätzen und ist nicht Bestandteil dieses Antrages. Jedoch bleibt anzumerken, dass die Stadt Dingelstädt mit den Städten Heilbad Heiligenstadt und Leinefelde – Worbis ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) auf den Weg gebracht hat.

Das derzeit geltende Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 (LEP 2025) ist als Rechtsverordnung der Landesregierung im Juli 2014 in Kraft getreten, sodass auf Grund der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen, insbesondere in den Bereichen Gemeindeneugliederung und Energie, eine (Teil-)Fortschreibung geboten erscheint. Neben den Gliederungspunkten „Handlungsbezogene Raumkategorien“ und „Energie“ sollen die Bestimmungen über „Zentrale Orte und überörtlich bedeutsame Gemeindefunktionen“ sowie „Mittelzentrale Funktionsräume“ aktualisiert werden.

Von den beschriebenen Planungsabsichten der Landesregierung ist auch der Raum um Leinefelde-Worbis/Heilbad Heiligenstadt/ Stadt Dingelstädt betroffen. Zum einen sind die derzeitigen zentralörtlichen Funktionen (Leinefelde-Worbis und Heilbad Heiligenstadt jeweils als Mittelzentren und die Stadt Dingelstädt als Grundzentrum) betroffen. Zum anderen ergeben sich durch die bereits erfolgten und noch in Vorbereitung befindlichen Gemeindeneugliederungen bis Ende 2023 erhebliche Änderungen. Die Region Obereichsfeld wächst räumlich zusammen und wird nach Abschluss der Gemeindeneugliederungen etwa 50.000 Einwohner aufweisen.

Damit wird bis Ende 2024 im Nordwesten Thüringens ein Raumgefüge entstehen, das mit dem in Südthüringen (Raum um Suhl, Zella-Mehlis, Schleusingen und Oberhof) oder dem Städtedreieck am Saalebogen (Saalfeld, Rudolstadt, Bad Blankenburg) in vielerlei Hinsicht vergleichbar ist. So weist die Region Obereichsfeld dann in etwa eine ähnliche Bevölkerungszahl auf wie der Raum in Südthüringen oder das Städtedreieck am Saalebogen.

Mit der Erarbeitung des Regionalen Entwicklungskonzept (REK) wird grundsätzlich das Ziel verfolgt, die Fähigkeit der drei Städte Leinefelde-Worbis, Heilbad Heiligenstadt und Dingelstädt, also der Region Obereichsfeld, nach Abschluss der Gemeindeneugliederungen Ende 2023 gemeinsam und funktionsteilig ein Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums bilden können, fachlich fundiert zu beschreiben.

15. Verwaltung:

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger in dem Sinne, dass zukünftig Leistungen angeboten werden, zu denen die Gemeinde Rodeberg vorher nicht in der Lage war.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Stadt Dingelstädt befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Verwaltungen, Vereine und Feuerwehren. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 10 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Dingelstädt gesichert und ausgebaut werden kann. Weiterhin ermöglicht die Eingliederung eine verbesserte Grundausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge, welche deutlich über die eines Grundzentrums hinausgeht.

Als Beispiel für die interkommunale Zusammenarbeit zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg kann die gemeinsame Personalverwaltung und Lohnabrechnung genannt werden, die bereits jetzt schon praktiziert wird.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

16. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Rodeberg und der Stadt Dingelstädt wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Stadtratsratssitzungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Ortschaftsratssitzungen, Treffen auf Vereinsebene, Treffen der Feuerwehren, in den Kirchengemeinden sowie bei Bürgerbefragungen, bezüglich der möglichen Gemeindefusion und des Wechsels in den Landkreis Eichsfeld, aktiv beteiligt.

Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg durch die jeweiligen Amtsblätter und der Tagespresse zur geplanten Gemeindefusion fortlaufend informiert.

Hervorzuheben ist hier die Bürgerbefragung (per Briefwahl ab dem 16. Lebensjahr) im Ortsteil Struth, der Gemeinde Rodeberg, die ein klares Votum ergeben hat. Bei einer Wahlbeteiligung von über 80 % haben sich 53,83 % der Bürgerinnen und Bürger für den Wechsel in den Landkreis Eichsfeld und den Beitritt zur Stadt Dingelstädt entschieden.

Fazit:

Die vorgetragenen Verweise stellen nur einen Ausschnitt eines durchgängigen Wunsches der Eichsfelder im Verlauf der letzten 222 Jahre dar, bei einer sich bietenden Gelegenheit, wieder in einer staatlich-kommunalen Rechtsform zusammenkommen zu wollen.

Realistisch und wünschenswert wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld, unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth), aus dem heutigen Unstrut-Hainich-Kreis.

Ganz in diesem Sinne hat die hiervon betroffene Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth), im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Verträge geschlossen, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis-Eichsfeld und der Stadt Dingelstädt sehen.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

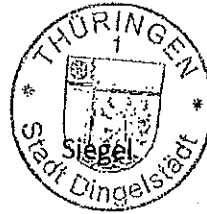
Bürgermeister der Stadt Dingelstädt
Dingelstädt, den 31.01.2023

Quellenverzeichnis:

- 1 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 4 ff.
- 2 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 10, 11
- 3 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 5, 6, 15, 16 ff.
- 9 Müller, Johannes: Das Eichsfeld. Maschinengeschriebenes Manuskript Eichsfelder Heimatmuseum Hellingenstadt
- 10 Wehling, Hans-Georg: Das katholische Milieu im Eichsfeld. In: Das Eichsfeld - Ein deutscher Grenzraum. Düsseldorf 2002.
- 11 Riese, Werner: Das Eichsfeld. Entwicklungsprobleme einer Landschaft Heidelberg 1980.
- 12 Lepsius, M. Rainer: Parteilensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Deutsche Parteien vor 1918. Köln 1973.
- 13 Behrens, Petra: Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur. Heimatpropaganda, regional kulturelle Aktivitäten und Konstruktion der Region Eichsfeld zwischen 1918 und 1961. Baden-Baden 2012.
- 14 Müller, Torsten: Mitteilung vom 10.12.2016.
- 41 Hussong, Ulrich, Die Einteilung des Eichsfeldes in Landkreise zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In Eichsfeld-Jahrbuch 7 (1999), S.185 ff.
- 66 Verfahren beim Bundeslandwechsel von Landkreisen/Kommunen, Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, Deutscher Bundestag 2016, WD 3 - 3000 - 057/16.
- 67 Vgl. Fußnote 20.
- 68 "Präambel"
- In Anerkennung des Willens des sorbischen Volkes, das in der Nieder- und Oberlausitz seine angestammte Heimat hat und seine Sprache und Kultur bis in die heutige Zeit bewahrt hat, seine Identität auch in Zukunft zu erhalten, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Sorben außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland keinen Mutterstaat haben, der sich ihnen verpflichtet fühlt und Sorge für den Schutz und die Bewahrung ihrer Sprache, Kultur und Überlieferung trägt, im Bewusstsein, dass der Schutz, die Pflege und Entwicklung der sorbischen Werte sowie die Erhaltung und Stärkung des sorbisch-deutschen Charakters der Lausitz im Interesse des Freistaates Sachsen liegen, in Erkenntnis, dass das Recht auf die nationale und ethnische Identität sowie die Gewährung der Gesamtheit der Volksgruppen- und Minderheitenrechte keine Gabe und kein Privileg, sondern Teil der universellen Menschen- und Freiheitsrechte sind, in Erfüllung der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten internationalen Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen, unter Berufung auf Artikel 3 des Grundgesetzes, Artikel 35 des Einigungsvertrages, ergänzt um die Protokollnotiz Nummer 14, und die Verfassung des Freistaates Sachsen beschließt der Sächsische Landtag, ausgehend von Artikel 6 der Sächsischen Verfassung, das nachstehende Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sorbengesetz - SächsSorbG)."
- 69 Vgl. Thüringer Feler- und Gedenktagsgesetz (ThürFGTG) vom 21. Dezember 1994

Antragsunterzeichnung:

Bürgermeister Stadt Dingelstädt
Dingelstädt, den



Bürgermeister Gemeinde Rodeberg
Dingelstädt, den



Anlagen:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtlicher Vertrag

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Röhrig</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Röhrig</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Hauptstraße 15</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Röhrig</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Röhrig	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Röhrig	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptstraße 15	Postleitzahl, Ort	37318 Röhrig
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Röhrig	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Röhrig									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptstraße 15									
Postleitzahl, Ort	37318 Röhrig										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBefeldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Röhrig, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

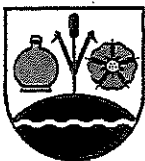
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach-Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

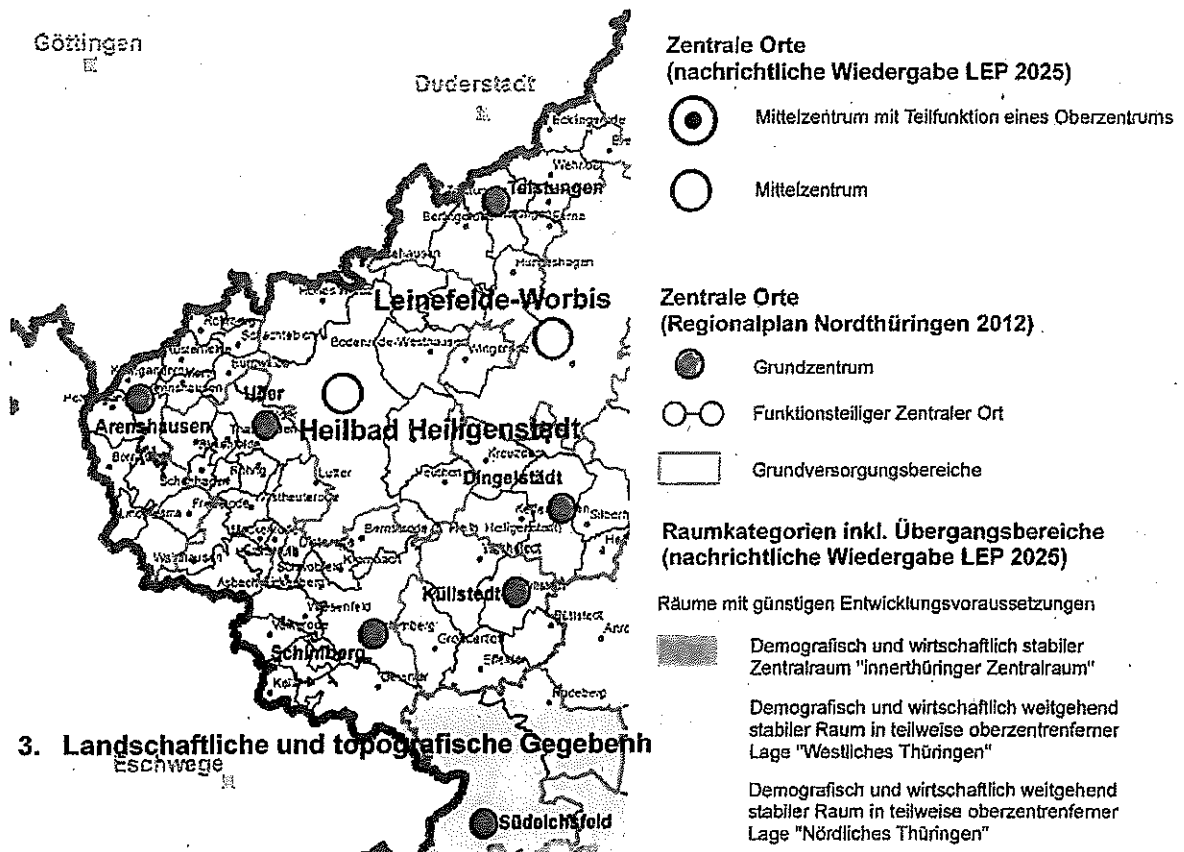
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

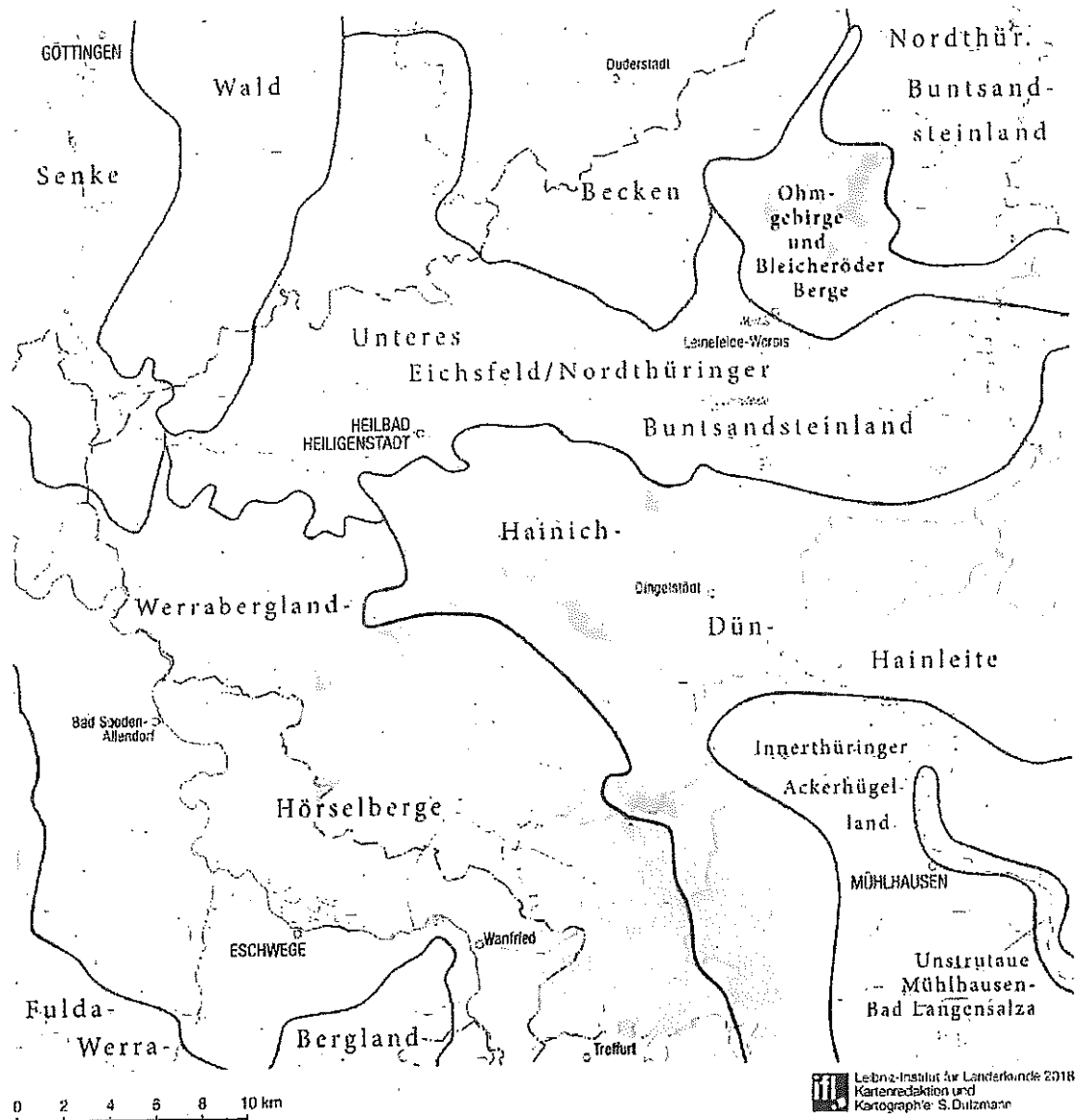


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindegemeinschafts eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt
 *) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



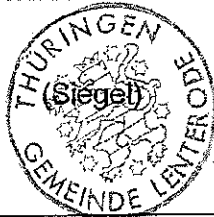
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



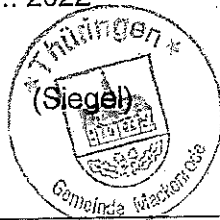
Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



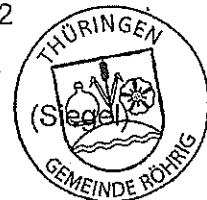
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



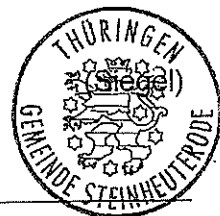
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



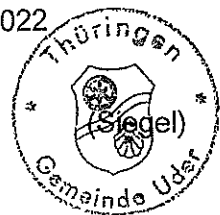
Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

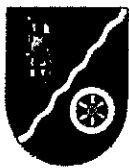




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

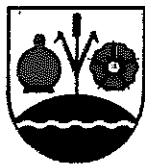
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

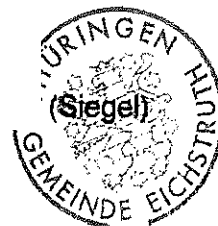
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



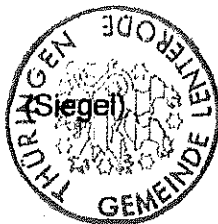
Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



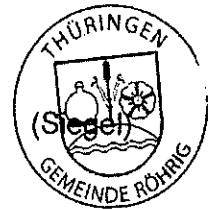
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



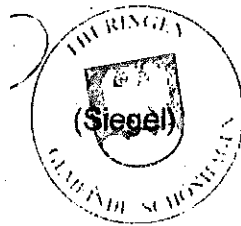
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



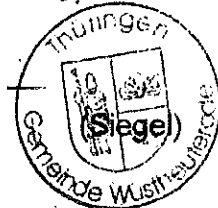
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde Schloßvippach</td> <td>Gebietskörperschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde Schloßvippach über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Erfurter Straße 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99195 Schloßvippach</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Schloßvippach	Gebietskörperschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Schloßvippach über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Schloßvippach	Gebietskörperschaft									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Schloßvippach über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6									
Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort		
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

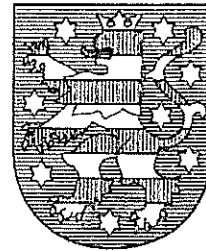
Ort, Datum	Unterschrift
Schloßvippach, den 20.04.2023	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwansee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Aktz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon (Zentrale):	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennet nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-Abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKG weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

- Anlage 1 -

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Abfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeinde-neugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Schönhagen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Schönhagen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Dorfstraße</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Schönhagen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Schönhagen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Schönhagen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße	Postleitzahl, Ort	37318 Schönhagen
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Schönhagen	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Schönhagen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße									
Postleitzahl, Ort	37318 Schönhagen										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Schönhagen, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

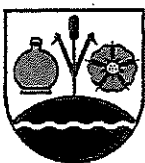
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach-Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

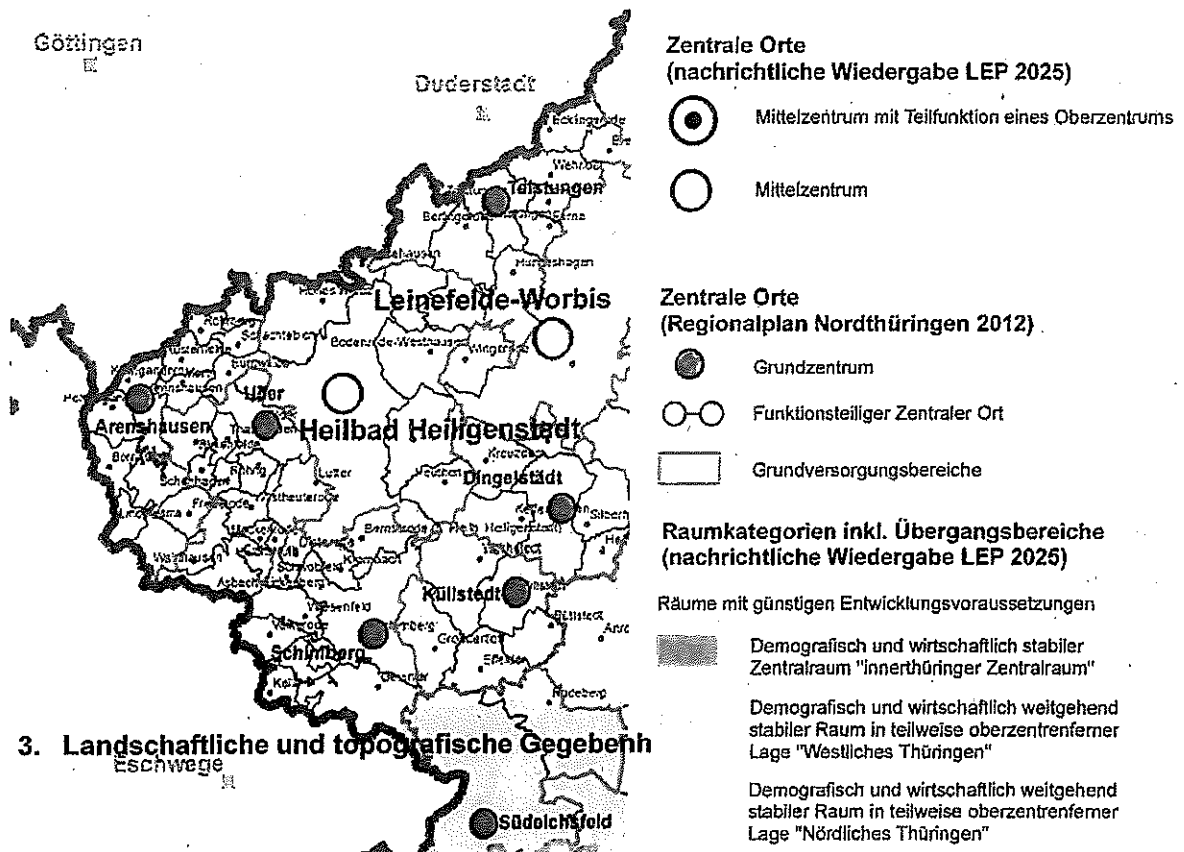
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

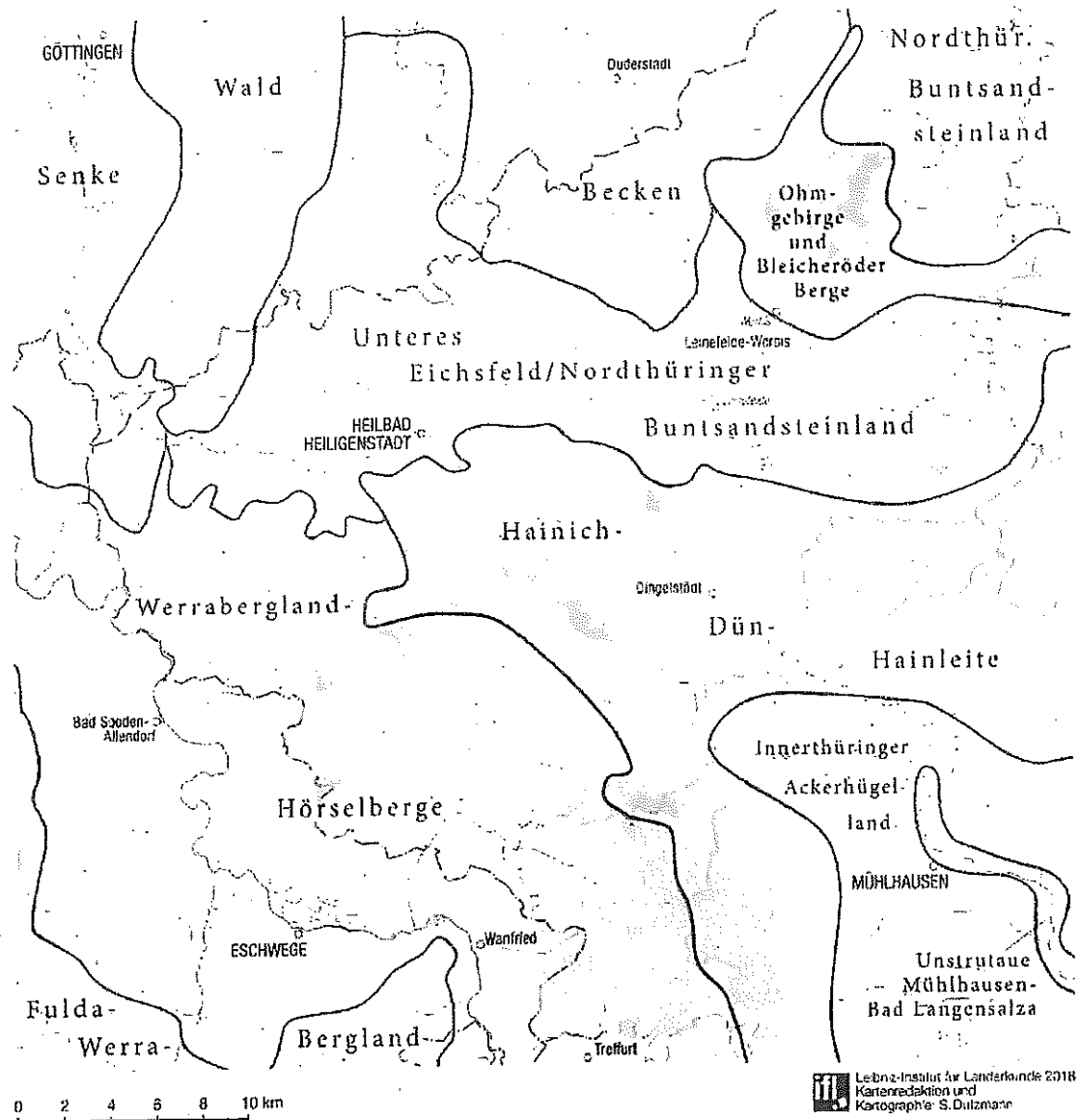


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindegemeinschafts eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt

*) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



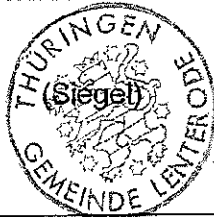
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



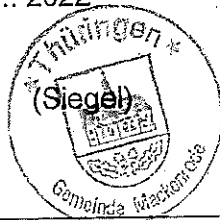
Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



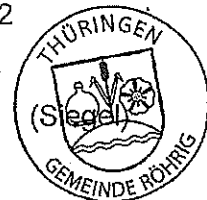
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



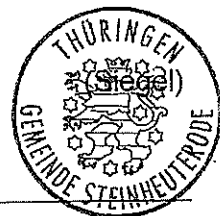
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



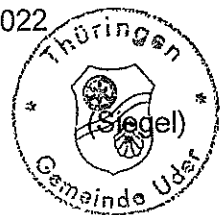
Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

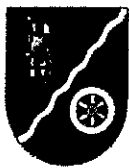




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

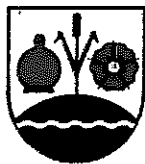
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

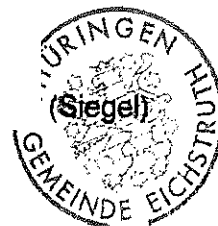
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



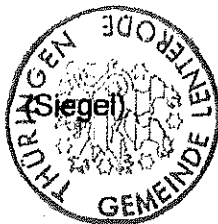
Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



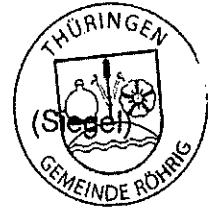
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



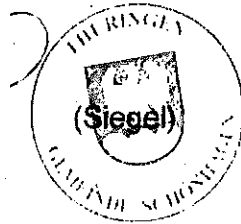
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



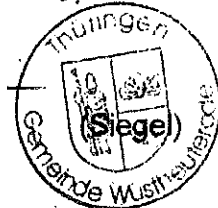
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeinde-neugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde Schönstedt</td> <td>Gebietskörperschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde Schönstedt über Gemeindeverwaltung Unstrut-Hainich</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Marktstraße 48</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99991 Unstrut-Hainich</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Schönstedt	Gebietskörperschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Schönstedt über Gemeindeverwaltung Unstrut-Hainich	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Marktstraße 48	Postleitzahl, Ort	99991 Unstrut-Hainich
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Schönstedt	Gebietskörperschaft									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Schönstedt über Gemeindeverwaltung Unstrut-Hainich									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Marktstraße 48									
Postleitzahl, Ort	99991 Unstrut-Hainich										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Geschäfts- oder Dienstadresse Wohnadresse </div> <div style="font-size: small; margin-top: 5px;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</div> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Geschäfts- oder Dienstadresse Wohnadresse </div> <div style="font-size: small; margin-top: 5px;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</div>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Geschäfts- oder Dienstadresse Wohnadresse </div> <div style="font-size: small; margin-top: 5px;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</div>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Schönstedt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Gemeinderat der Gemeinde Schönstedt hat in seiner Sitzung am 04.07.2022 die Auflösung und Eingliederung der Gemeinde Schönstedt in die Gemeinde Unstrut-Hainich beschlossen. Am 08.11.2022 wurde der gemeinsame Eingliederungsvertrag unterzeichnet. Die Einwohner der Gemeinde Schönstedt wurden am 23.06.2022 bzw. am 24.06.2022 nach der Beschlussfassung informiert und ihre Meinung angehört. Die bestehenden Ortsteile Schönstedt und Alterstedt sollen in die Gemeinde Unstrut-Hainich übergeleitet werden. Die vergrößerte Gemeinde Unstrut-Hainich wird ihre Hauptsatzung zur Einführung der Ortsteilverfassung ab 01.01.2024 entsprechend ändern.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Gemeinsamer Antrag zur Eingliederung der Gemeinde Schönstedt in die Landgemeinde Unstrut-Hainich	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

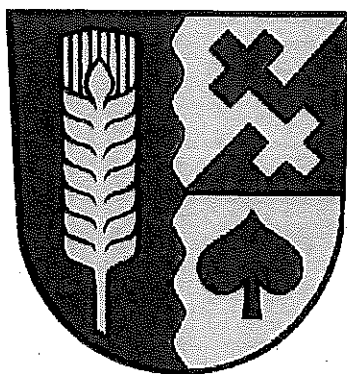
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtertransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

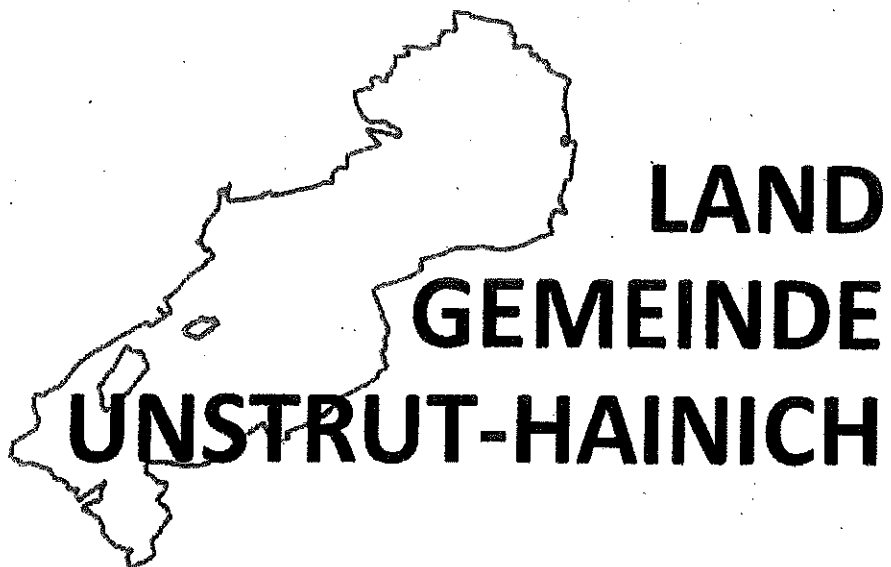
Ort, Datum	Unterschrift
Schönstedt, 24.04.2023	

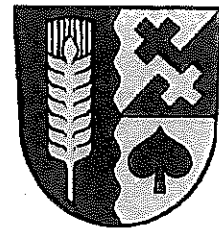
Gemeinde Schönstedt

Antrag zur Eingliederung der Gemeinde Schönstedt
in die Landgemeinde Unstrut-Hainich



GEMEINDE SCHÖNSTEDT





GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Gemeindeverwaltung Unstrut-Hainich, Sitz Großengottern
Marktstraße 48, 99991 Unstrut-Hainich

Thüringer Ministerium für Inneres und
Kommunales
Steigerstraße 24
99096 Erfurt
über Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis
- Kommunalaufsicht -

Ihr Schreiben vom:
Ihr Zeichen:
Unser Zeichen:

Datum: 08.11.2022

**Gemeinsamer Antrag mit Antragsbegründung
zur Eingliederung der Gemeinde Schönstedt in die Landgemeinde Unstrut-Hainich**

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Unstrut-Hainich und Schönstedt stellen auf freiwilliger Basis den übereinstimmenden Antrag, dass die Gemeinde Schönstedt aufgelöst und das Gebiet der aufgelösten Gemeinde in die Landgemeinde Unstrut-Hainich eingegliedert werden soll.

Wir beantragen weiterhin, dass § 45 Abs. 11 ThürKO mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll und stattdessen die gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Schönstedt zum Zeitpunkt der Gemeindeneugliederung bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung Schönstedt und Alterstedt einschließlich ihrer Ortsteilbürgermeister und Ortsteilratsmitglieder auf die Ortschaftsebene der vergrößerten Landgemeinde Unstrut-Hainich übergeleitet werden sollen.

Antragsbegründung:

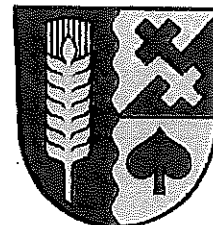
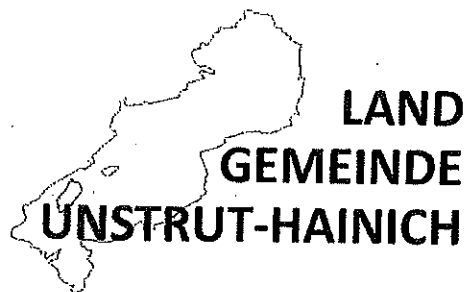
In den beteiligten Gemeinden leben (Stand nach Einwohnermeldeamt) folgende Einwohner:

	zum 31.12.2021	zum 30.06.2022
Schönstedt:	1.332	1.328
Unstrut-Hainich:	5.172	5.217
Insgesamt:	6.504	6.545

Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: info@LG-Unstrut-Hainich.de



GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Das Territorium der beteiligten Gemeinden grenzt im Nordwesten an die Gemeinden Vogtei, Kammerforst und Oppershausen, im Norden an die Stadt Mühlhausen, die Gemeinde Körner sowie die Stadt Nottertal – Heilinger Höhen, im Osten und Süden an die Stadt Bad Langensalza sowie im (Süd-)Westen an mehrere Gemeinden im Wartburgkreis an.

Die Landgemeinde Unstrut-Hainich besteht seit dem 01.01.2019 und wurde im Rahmen des 1. Gemeindeneugliederungsgesetzes 2019 aus den vormaligen 6 selbständigen Gemeinden Altengottern, Flarchheim, Großengottern, Heroldshausen, Mülverstedt und Weberstedt gegründet, die bereits seit 1993 der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaft mit gleichem Namen angehörten. Die Gemeinde Schönstedt, welche zuvor seit 1997 ebenfalls Mitglied der ehemaligen VG war, hatte sich zum Zeitpunkt der Gründung der Landgemeinde entschieden, dieser nicht beizutreten und sich von dieser erfüllen zu lassen. Auf Grund des damaligen guten Finanzstatus konnte sich Schönstedt nicht für die Mitgründung entscheiden und wollte selbständig bleiben.

Bei der damaligen „Namenswahl“ spielten die Landschaftsbestandteile – der Nationalpark Hainich und die Unstrut – die entscheidende Rolle. Auch die Gemeinde Schönstedt wird durch den Nationalpark direkt tangiert.

Die starke Bindung und die Zusammengehörigkeit zwischen den Gemeinden sind geprägt von gemeinsamen Aktivitäten, welche leider aufgrund des jüngsten Pandemiegeschehens nicht konsequent durchgeführt werden konnten. Es besteht aber nun wieder die Hoffnung, Gemeinsames wie z. B. verschiedene Seniorenveranstaltungen oder das Sängertreffen durchzuführen.

Der Thüringer Landtag hat am 13.12.2017 einen Beschluss über die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen unter Berücksichtigung des Urteils des ThürVerfGH vom 9. Juni 2017 gefasst.

Entsprechend dieses Leitbildes haben sich die heutigen Ortschaften der Landgemeinde Unstrut-Hainich zur selbigen zusammengeschlossen. Um die bestehende Struktur und die aufgebauten sehr guten Beziehungen zu erhalten hatte sich die Gemeinde Schönstedt damals bereits dazu entschieden, sich von der neugegründeten Landgemeinde erfüllen zu lassen. Die nunmehr mehr als 25-jährige gemeinsame Verwaltung spiegelt dies auch wieder.

Seit dem Bestehen der Landgemeinde ist ein stetiges weiteres Zusammenwachsen zu verzeichnen. Gemeinsame Projekte werden aufgegriffen und für alle Ortschaften zielführend vorangetrieben. Beispielhaft sei dabei die Erarbeitung eines Gemeindlichen Entwicklungskonzeptes (GEK) für die Landgemeinde zu benennen. Eine Einbindung der Gemeinde Schönstedt in dieses ist bereits im Vorgriff auf deren Eingliederung erfolgt.

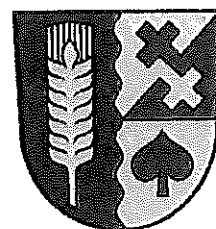
Für die Gemeinde Schönstedt stellt die Eingliederung in die Landgemeinde einen Beitritt in gewachsene Strukturen und ein Fortbestehen ihrer Ortsteile Alterstedt und Schönstedt mit Ortschaftsverfassung in dieser Verwaltungsform dar. Mit der Eingliederung der Gemeinde Schönstedt erfahren die jetzigen in unseren antragstellenden Gemeinden lebenden 6545 Einwohner durch die erweiterte Landgemeinde eine stabile Verwaltungsform.

Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: Info@LG-Unstrut-Hainich.de

Die im Brief genannte e-Mail-Adresse dient nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.



GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Bereits bei der Bildung der Landgemeinde wurde auf das im Landesentwicklungsplan 2025 ausgewiesene Grundzentrum „Großengottern“ verwiesen. Die Erweiterung der Landgemeinde trägt zur Stärkung des bereits im Landesentwicklungsplan 2025 ausgewiesenen Grundzentrums Großengottern bei. Die im LEP geforderten Funktionen werden bereits erfüllt. Ohne auf alle Bereiche eingehen zu wollen, möchten wir die Wichtigsten ansprechen:

Die Grundversorgung bzw. die Daseinsfürsorge sind für alle Einwohner gesichert. Es bestehen Lebensmittelmärkte, Praxen von Allgemeinmedizinerinnen und Zahnärzten, Physiotherapien, Apotheke, Kreditinstitute, Kitas in 5 Orten, zwei Grundschulen, Regelschule, Gymnasium mit dazugehörigen Sporthallen und -plätzen sowie eine Bibliothek und ein Freibad. Die verkehrstechnischen Anbindungen sind durch die B 247, verschiedene Landes- (L 1042, L 2103) und Kreisstraßen, die unsere Gemeinden verbinden, durch ÖPNV und in Großengottern und Schönstedt durch die Anbindung an das Bahnnetz gegeben. Schwerpunkt der nächsten Jahre ist der Bau der Ortsumfahrungen im Verlauf der B 247, um die Ortschaften Großengottern und Schönstedt zu entlasten. Bei stetig wachsendem Verkehrsaufkommen ist das für die Orte von enormer Bedeutung.

Die enge Zusammenarbeit bei kommunalen Zweckverbänden (Trink- u. Abwasser, Gewässerunterhaltung) und Vereinen (gemeinsame Feuerwehrrübungen, gemeinsame Veranstaltungen für alle Senioren) spricht ebenso für sich.

Im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit sind die Gemeinden Schönstedt und Unstrut-Hainich in Trinkwasser-, Abwasser- und Bodenverbänden organisiert. Die Gemeinde Unstrut-Hainich ist durch den Anschluss an die zentrale Trinkwasserversorgung der Ortschaften Großengottern, Flarchheim, Heroldshausen, Mülverstedt und Weberstedt, Mitglied im Trinkwasserzweckverband „Hainich“. Für den Anschluss der Ortschaft Altengottern an die zentrale Trinkwasserversorgung ist die Gemeinde Unstrut-Hainich Mitglied im Verbandswasserwerk Bad Langensalza in der auch die Gemeinde Schönstedt Mitglied ist und von ihr Trinkwasser bezieht. Über diese Verbände besteht schon über Jahrzehnte ein Miteinander.

Im Tourismusverband der Welterberegion sind sowohl die Gemeinde Schönstedt als auch die Landgemeinde vertreten. Als Mitglieder tragen sie zur touristischen Vermarktung unserer Heimatorte bei. Die Mitgliedschaft der Gemeinden in der Regionalen Arbeitsgemeinschaft (RAG) des Unstrut-Hainich-Kreises gewährleistet eine bestmögliche Ausnutzung der vorhandenen Fördermöglichkeiten.

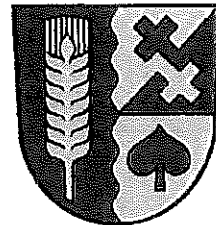
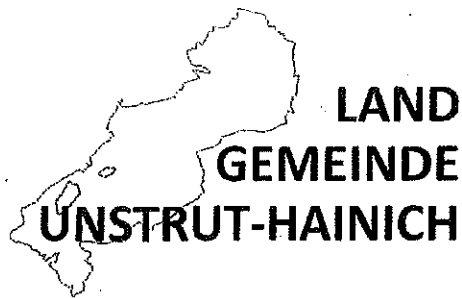
Nicht nur die ausgeprägte Infrastruktur lässt die Menschen hier auf dem Lande gut leben, viele Einwohner haben ihren festen Arbeitsplatz bei großen Arbeitgebern wie z. B. dem Ziegelwerk der Creaton AG in Großengottern, der Agrargenossenschaft Großengottern e. G., der Agrargenossenschaft Mülverstedt e. G., der Sauerkonservenfabrik Schweizer in Großengottern, des Getränkevertriebes Heinemann in Großengottern, dem Flanschenwerk Thal in Schönstedt oder sind in diversen heimischen Handwerkerfirmen sowie in angesiedelten Gewerbegebieten beschäftigt.

Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: Info@LG-Unstrut-Hainich.de

Die im Brief genannte e-Mail-Adresse dient nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.



GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Ein reges Vereinsleben existiert sowohl in den Ortschaften der Gemeinde Unstrut-Hainich als auch in der Gemeinde Schönstedt. Zahlreiche große und kleine Vereine (Fußball, Karneval, Schützen, Feuerwehr, Chöre, Landfrauen und -senioren, Landmaschinen, Reit- u. Hundesport, Kleingarten, Rassegeflügel- und Kaninchenzucht, Heimatvereine) um nur einige zu nennen, gewährleisten Jung und Alt eine sinnvolle und erholsame Freizeitgestaltung. Dabei ist insbesondere zu erwähnen, dass sich im Bereich der Zusammenarbeit der Chöre, welche in den Ortschaften Flarchheim, Großengottern, Mülverstedt und Weberstedt aber auch in der Gemeinde Schönstedt mit verschiedenen Repertoire agieren, in diesem Jahr wieder das jährliches Zusammentreffen in Form eines Chortreffens organisiert wurde.

Im Bereich der kommunalen Daseinsfürsorge bestehen vielfältige Strukturen, die bereits die Grundlage für ein Zusammenarbeiten und -leben sind. Beide Gemeinden sind in einem Wirkungsbereich der Feuerwehr unter demselben Kreisbrandinspektor vereint. Die Feuerwehren der Gemeinde Unstrut-Hainich und der Gemeinde Schönstedt werden bereits zum jetzigen Zeitpunkt bei der Erstellung des Feuerwehrbedarfskonzeptes berücksichtigt.

Mit der Jugendbetreuung ist ein Jugendpfleger in der Landgemeinde beauftragt, dessen gute Arbeit sich mittlerweile über Jahre bewährt hat. Dafür bringt die Gemeinde Unstrut-Hainich einen finanziellen Eigenanteil auf. Organisiert werden überörtliche Sportveranstaltungen (Fußball, Volleyball, Tennis), Spieleabende bis hin zu Lan-Partys, je nach Interesse der Jugendlichen. Bei Ämterbesuchen werden sie begleitet. Selbstverständlich wird die Aufgabe des Jugendpflegers auch um die Tätigkeit in Alterstedt und Schönstedt erweitert.

Die in kommunaler Trägerschaft befindlichen Kindertageseinrichtungen arbeiten schon seit Jahren miteinander zusammen. Zwischen den Leiterinnen der Einrichtungen besteht ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch, der dazu dient, sich über neue Gesetzlichkeiten, über die Zusammenarbeit mit der Verwaltung oder über Personalprobleme zu beraten. Weiterbildungsveranstaltungen werden unter Regie der Fachaufsicht des Kreises gemeinsam organisiert und durchgeführt.

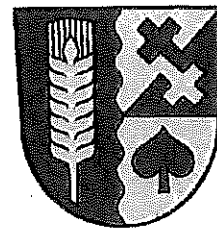
Für den Bauhof der Gemeinde Unstrut-Hainich wird derzeit ein Konzept erarbeitet, bei dem bereits auch der Bauhof der Gemeinde Schönstedt mit einbezogen wird. Der Bauhof der Gemeinde Schönstedt ist bedingt durch minimale Personalbesetzung kaum noch in der Lage, die anstehenden Pflichtaufgaben zu erfüllen. Dies trägt zur Unzufriedenheit der Einwohner bei. Ein Zusammengehen der Bauhöfe, mit dann deutlich höherer und flexiblerer Einsatzkraft, kann Abhilfe schaffen. Die deutlich bessere Ausnutzung des vorhandenen Maschinen-, Geräte- und Fahrzeugparks bringt eine finanzielle Entlastung.

Im Bereich der Seniorenarbeit wird ortsübergreifend zusammengearbeitet, wobei vieles über Wohlfahrtsverbände (AWO, VdK) organisiert wird. Höhepunkt war der jährlich veranstaltete Seniorenfasching, bei dem die Faschingsvereine zusammen ein buntes Programm, im Wechsel jeweils in einem anderen Ort, aufführen. Für die Senioren wird ein kostenloser Bustransfer organisiert. Leider musste dies pandemiebedingt ausfallen, soll aber zielführend wieder stattfinden.

Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: Info@LG-Unstrut-Hainich.de



GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Die finanzielle Leistungskraft unserer Gemeinden hängt sehr stark von Größe, verkehrstechnischer Lage und Ansiedlung bestimmter Firmen und damit einhergehenden Gewerbesteuererträgen ab. Nach der Erweiterung der Landgemeinde und der damit verbundenen Neugliederungsprämie würde sich ein Gebilde mit stärkerer Finanzkraft ergeben. Daneben kommt dem gemeinsamen GEK eine besondere Bedeutung zu. So soll ab 2024 auch eine gemeinsame bzw. einheitliche Förderkette genutzt werden, um veranschlagte Investitionen und Vorhaben umzusetzen.

Sämtliche angeführten Gesichtspunkte sprechen für die Eingliederung der Gemeinde Schönstedt in die Gemeinde Unstrut-Hainich.

Allein die bis hierher vorgetragenen Gründe sprechen dafür, dass die Gemeinde Unstrut-Hainich, insbesondere die Ortschaft Großengottern die Vorgaben eines zentralen Ortes erfüllt und auch nach Fortschreibung des LEP 2025 als Grundzentrum bestens weiterbestehen und funktionieren wird. Dabei wird die künftige Ortschaft Schönstedt die zweitgrößte Einheit darstellen.

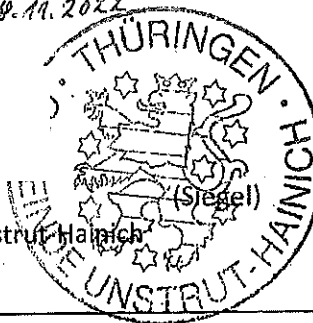
So wie im Eckpunktepapier gefordert, soll die künftige Gemeindestruktur so entwickelt werden, dass die Versorgungs- und Entwicklungsfähigkeit flächendeckend erhalten bleibt. Die Interessen von Gemeinden mit Versorgungs- und Entwicklungsfunktion für ihr Umland sollen besonders berücksichtigt werden. Damit werden die gewachsenen Strukturen und die verbundenen Verflechtungsbeziehungen und traditionellen Bindungen gewahrt, gestärkt und nicht zerschnitten. Die im Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ getroffene Aussage, dass bei Neugliederung der gemeindlichen Ebene regelmäßig von den Grenzen der derzeitigen kommunalen Strukturen ausgegangen werden soll und die Gebiete dieser Strukturen zusammengeschlossen werden sollen, wird durch die Erweiterung der Landgemeinde Unstrut-Hainich um die jetzige Gemeinde Schönstedt erfüllt.

Letztendlich kann mit der Eingliederung der Gemeinde Schönstedt die Landgemeinde Unstrut-Hainich als zukunfts- und lebensfähige sowie gut funktionierende Einheit zwischen den Mittelzentren Mühlhausen und Bad Langensalza gestärkt werden.

Für unsere Einwohner würde eine Erweiterung der Landgemeinde keine Einschnitte bedeuten und die hier dargestellten überwiegenden Belange des Gemeinwohls würden gegen jedwede andere Entscheidung sprechen.

Schönstedt, den 08.11.2022

Bürgermeister
Landgemeinde Unstrut-Hainich



Gemeinde Schönstedt



Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: Info@LG-Unstrut-Hainich.de

Die im Brief genannte e-Mail-Adresse dient nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

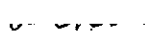
Bitte gut leserblich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeinde neugliederungen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde Spröttau	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Spröttau über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6
	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBewGKokG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBewGKokG)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBewGKokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltkanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBewGKokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBewG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

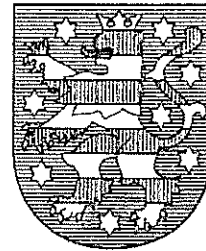
Ort, Datum	Unterschrift
Spröttau, den 25.04.2023	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwansee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Aktz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennet nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein. Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

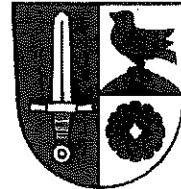
1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-Abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

- Anlage 1 -

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Anfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leistungsfähiger Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Steinheuterode</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Steinheuterode</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Dorfstraße 1</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Steinheuterode</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Steinheuterode	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Steinheuterode	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße 1	Postleitzahl, Ort	37318 Steinheuterode
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Steinheuterode	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Steinheuterode									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße 1									
Postleitzahl, Ort	37318 Steinheuterode										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Steinheuterode, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

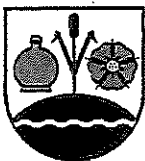
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach- Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

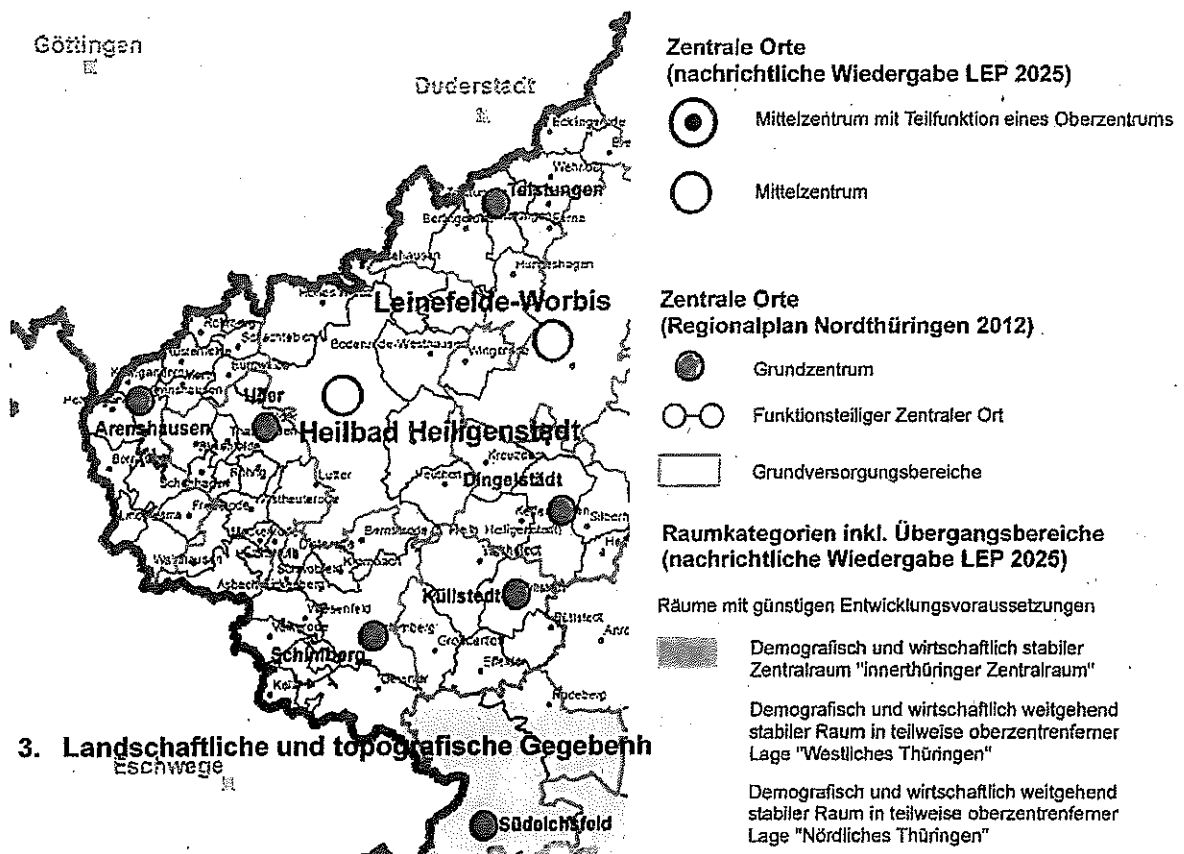
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



3. Landschaftliche und topografische Gegebenheiten

Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

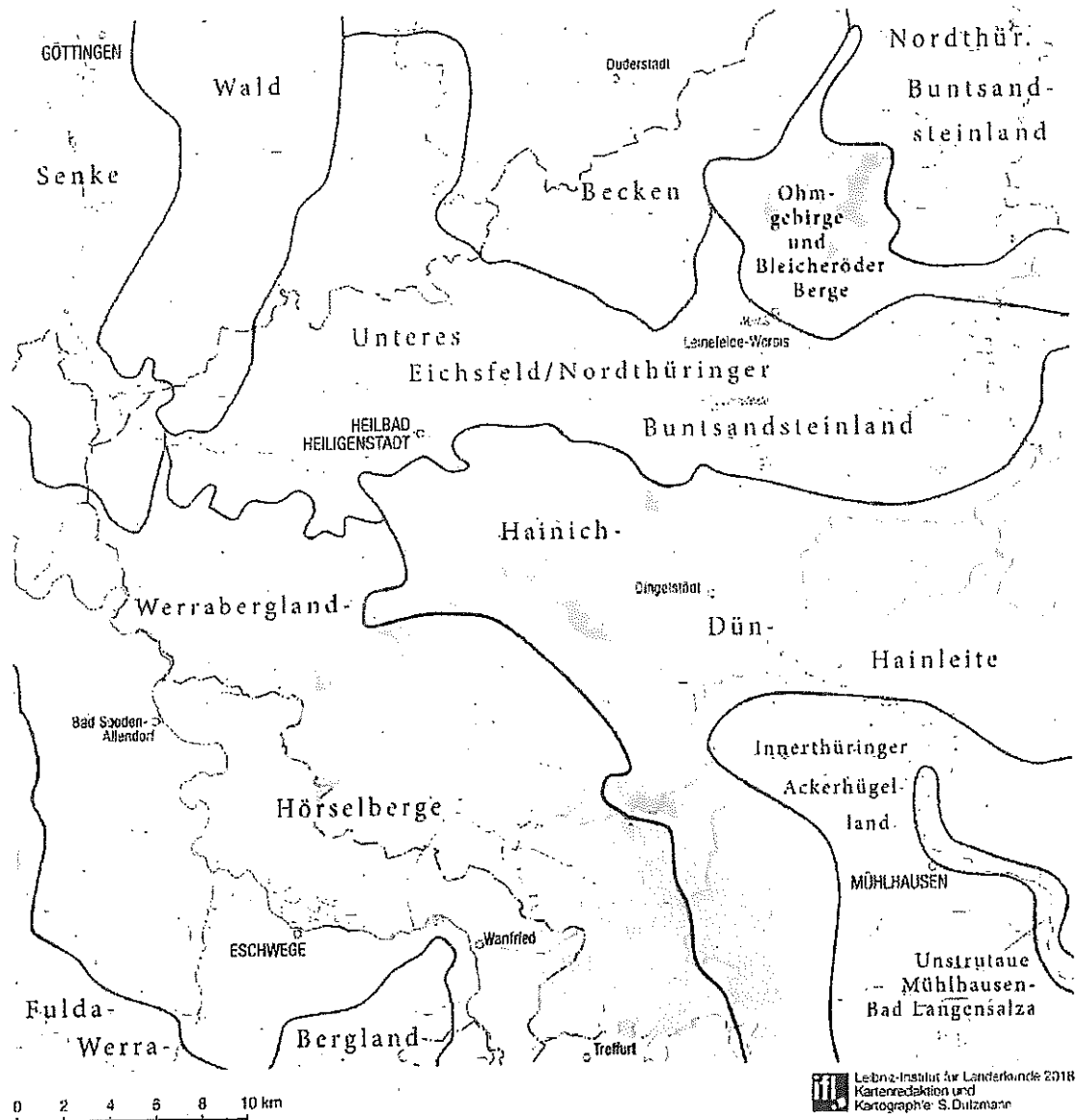


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindezusammenschlusses eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt

*) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



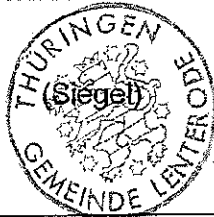
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



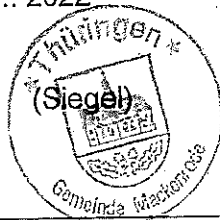
Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



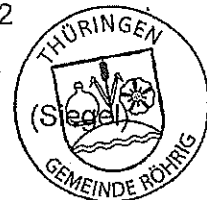
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



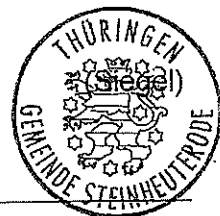
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



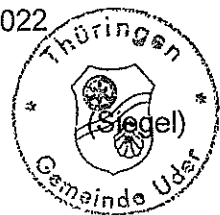
Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

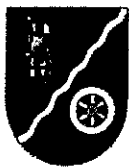




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

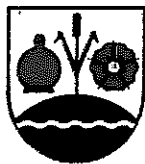
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

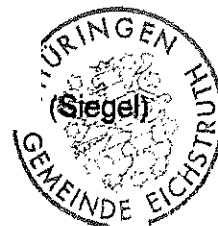
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



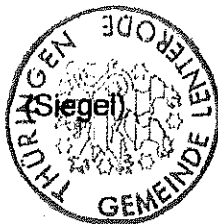
Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



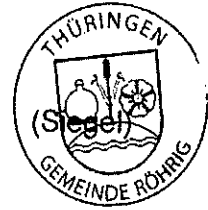
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



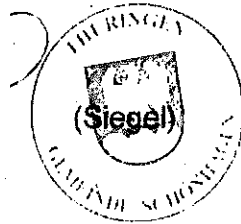
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



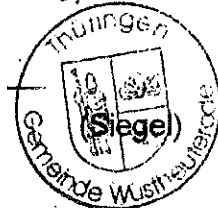
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Gemeinde Südeichsfeld</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Hauptstraße 22</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99988 Heyerode</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Südeichsfeld		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptstraße 22	Postleitzahl, Ort	99988 Heyerode
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Südeichsfeld										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptstraße 22									
Postleitzahl, Ort	99988 Heyerode										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<p><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antragsteller Fusion Gemeinde Hallung mit der LG Südeichsfeld!	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Antragsteller s.o.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Heyerode, 21.04.2023	

~~GEORGINA GÜBEL~~
- Ortsbürgermeisterin -
99933 Heyerode, Hauptstraße 22

Begründung zum Antrag auf Gebietsänderung der Gemeinden Südeichsfeld und Hallungen

Sehr geehrter Herr Minister Maier,

die Gemeinden Hallungen (Wartburgkreis) und Südeichsfeld (Unstrut-Hainich-Kreis) stellen gemäß § 9 Abs. 2 ThürKO i.V.m. § 92 ThürKO den Antrag auf Gebietsänderung mit dem Ziel des Beitritts der Gemeinde Hallungen zur Landgemeinde Südeichsfeld sowie des damit verbundenen Kreiswechsels in den Unstrut-Hainich-Kreis zum nächst möglichen Zeitpunkt.

In der Gemeinde Hallungen fand diesbezüglich eine Einwohnerversammlung statt in deren Verlauf deutlich wurde, dass die Einwohner der Gemeinden diesen Schritt befürworten. Daraufhin fassten die Gemeinderäte beider Gemeinden übereinstimmende Beschlüsse, welche diesem Antrag zu Grunde liegen.

Der Gemeinderat Hallungen tagte am 01.09.2022. Anwesend waren 6 Gemeinderäte und der Bürgermeister. Mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wurde der Beitritt der Gemeinde Hallungen zur Landgemeinde Südeichsfeld beschlossen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Südeichsfeld tagte am 25.08.2022. Anwesend waren 15 Gemeinderäte und der Bürgermeister. Mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wurde der Beitritt der Gemeinde Hallungen zur Landgemeinde Südeichsfeld beschlossen.

Begründung der Entscheidung

Räumliche Lage, Entfernung zu Grund- und Mittelzentren

Die Gemeinde Hallungen ist die nördlichste Gemeinde des Wartburgkreises. Die nördliche Gemarkungsgrenze zur Landgemeinde Südeichsfeld bildet zugleich die Kreisgrenze zwischen dem Wartburgkreis und dem Unstrut-Hainich-Kreis. Somit grenzt Hallungen unmittelbar an das Grundzentrum Südeichsfeld. Westlich grenzt Hallungen an die Stadt Treffurt, jedoch ohne eine direkte Verkehrsverbindung. Im Nordosten grenzt Hallungen an die Gemeinde Vogtel und im Süden an die Gemeinde Nazza. Hallungen ist Mitgliedsgemeinde der VG Hainich-Werratal. In südlicher Richtung erreicht man das Grundzentrum Amt Creuzburg (OT Mihla) nach ca. 10 km und den Verwaltungssitz (OT Creuzburg) nach ca. 18 km. Über die Landesstraße L2027 sind es ca. 15 km zum Mittelzentrum Mühlhausen, welches auch Sitz der Kreisverwaltung des Unstrut-Hainich-Kreises ist. In Richtung Süden sind es über die L2027 und L1016 ca. 28 km zum Mittelzentrum Eisenach und weiter über die B19 58 km zur Kreisstadt Bad Salzungen des Wartburgkreises.

Somit sind bei einem Kreiswechsel Hallungens keine Nachteile bei der Grundversorgung bzw. der Verfügbarkeit von Ämtern und Behörden zu erwarten.

Infrastrukturelle Beziehungen, Grundversorgungsbereiche

Als Mitgliedsgemeinde des Wartburgkreises und der VG Hainich-Werratal ist Hallungen bislang den Grundversorgungsbereichen Mihla und Eisenach zugeordnet. Diese Versorgungsbereiche sind auch durch den ÖPNV gut zu erreichen. Die Fahrzeit beträgt jedoch mindestens 1.08 h von Hallungen nach Eisenach und ist, besonders für den Schülerverkehr, recht lang. Mit dem PKW ist Mihla in ca. 10 min, Creuzburg in ca. 15 min und Eisenach in ca. 30 min erreichbar.

Durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Grundzentrum Südeichsfeld nutzen jedoch zahlreiche Einwohner Hallungens bereits jetzt die Infrastruktur der Ortschaft Heyerode, welche nach ca. 4km oder 4 min mit dem PKW erreichbar ist. Bei einem Kreiswechsel müsste die neue Ortschaft Hallungen in den ÖPNV des Unstrut-Hainich-Kreises eingegliedert werden und die Buslinie Mühlhausen-Heyerode bis Hallungen verlängert werden. Eine entsprechende Buswendestelle ist vorhanden. Idealerweise könnte die landesbedeutsame Linie 160 von Eisenach nach Mühlhausen am Abzweig der L2027 die L1016 verlassen und über Hallungen-Heyerode-Oberdorla nach Mühlhausen geführt werden. Dann wären sowohl das Mittelzentrum Eisenach als auch das Mittelzentrum Mühlhausen ideal erreichbar. Da der Unstrut-Hainich-Kreis im Jahr 2023 ein neues Nahverkehrskonzept beschließen wird, sollte diese Möglichkeit kurzfristig ernsthaft geprüft werden.

Kommunale Daseinsvorsorge, Infrastruktur

Mit der gewünschten Eingliederung wird Hallungen Bestandteil des Grundzentrums Südeichsfeld und kann die damit einhergehenden Vorteile (z.B. Ausweisung von Wohngebieten oder Gewerbeflächen, Nutzung verschiedener Förderprogramme) nutzen.

Im Bereich Wasser/Abwasser gehören sowohl Hallungen als auch Südeichsfeld seit 2005 dem WAZ Obereichsfeld an. Die Wasser- und Abwassernetze einschließlich Löschwasserversorgung sind gut ausgebaut und miteinander verbunden. Diesbezüglich wird sich für die Einwohner Hallungens nichts ändern, da das Gebührenniveau beim WAZ einheitlich geregelt ist.

Die Freiwillige Feuerwehr Hallungen bleibt als eigenständige Wehr bestehen und wird in die Stützpunktwehr Südeichsfeld integriert.

In Hallungen leben derzeit 12 Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren. Diese werden zur Zeit in Einrichtungen in Nazza (Kita), Mihla (Regelschule) und Eisenach (Gymnasium) betreut. Es wurde vereinbart, dass die Kinder, sofern gewünscht, ihre jetzigen Einrichtungen bis zum Ende der schulischen Ausbildung weiter besuchen können. Die Landgemeinde Südeichsfeld hält mehrere Kitas und alle Schultypen von der Grundschule über eine Gemeinschaftsschule und ein Gymnasium vor, sodass zukünftig, oder wenn gewünscht auch ab 2024, die Kinder aus Hallungen auch hier betreut und beschult werden können. Die zwischen Hallungen und der Gemeinde Nazza bestehende Zweckvereinbarung zur Vorhaltung von Kitaplätzen kann daher aufgelöst werden und belastet nicht mehr den Haushalt.

Die Gemeinde Hallungen betreibt das Waldbad „Ritzenhausen“. Dieses kleine Freibad ist sehr beliebt auch bei den Einwohnern der Nachbargemeinden Südeichsfeld und Vogtei. Daher sind alle drei Gemeinden Mitglieder im Förderverein des Waldbades. Die Gemeinden sind sich darüber einig, dass das Bad weiter betrieben und in der jetzigen Art unterhalten wird da es einen großen Freizeitwert für die gesamte Region darstellt.

Im Bereich Regionalentwicklung und Tourismus sind beide Gemeinden Mitglieder im Tourismusverband „Welterberegion Wartburg-Hainich“. Daher kommt auch hier die touristische Infrastruktur aus einer Hand. Rad- und Wanderwege sowie touristische Knotenpunkte verfügen über eine einheitliche Ausschilderung und Gestaltung und werden als Einheit wahrgenommen.

Traditionelle und historische Verbindungen

Die traditionellen und historischen Verbindungen zwischen den Orten Hallungen und Heyerode reichen schon auf Grund der geringen Entfernung zwischen beiden Orten bis ins Mittelalter zurück. Die heutige L 2027 war schon damals eine wichtige Handelsstraße, welche das Thüringische Gebiet mit dem Eichsfeld verband. Etwa in der Mitte zwischen beiden Orten befindet sich die „Obermühle“ in welcher die Bauern aus beiden Dörfern ihr

Mehl mahlen ließen und die so schon damals Treff- und Handelspunkt für die Menschen aus beiden Orten war.

In den Jahren von 1952 bis 1956 war Hallungen administrativ dem Landkreis Mühlhausen zugeordnet. Einige Strukturen, wie z.B. die Zuständigkeit des Mühlhäuser Grundbuchamtes oder die medizinische Versorgung ambulant und stationär in Mühlhausen, hatten bis Ende der 1970iger Jahre Bestand. Die Zugehörigkeit zur Mühlhäuser Verwaltung ist bei vielen Einwohnern noch heute präsent.

Sowohl in Hallungen als auch in Südeichsfeld leben Menschen evangelischer und katholischer Religionszugehörigkeit. Oft werden kirchliche Feiern gemeinsam veranstaltet, heute oft auch in ökumenischer Form.

Die unmittelbare Nähe beider Orte ermöglichte schon immer die fußläufige Erreichbarkeit in ca. 45 Minuten. Daher war es schon immer üblich, Volks- und Traditionsfeste wie Pfingsten oder Kirchweih gemeinsam zu feiern. So entstanden über die Jahre auch zahlreiche familiäre Verbindungen zwischen Hallungen und den Orten der Gemeinde Südeichsfeld, vor allem nach Heyerode und Diedorf.

Die gut ausgeprägte Infrastruktur der Gemeinde Südeichsfeld führt auch dazu, dass viele Hallunger die Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Zahnärzte und Apotheke im Nachbarort nutzen.

Bevölkerungsentwicklung

Die Landgemeinde Südeichsfeld hat z. Zt. Ca. 6650 Einwohner und hält diese Zahl relativ stabil. Hallungen hat aktuell 183 Einwohner. Hiervon sind 45,2% 60 Jahre und älter. Damit ist abzusehen, dass die bisherige positive Entwicklung des Ortes nur im Anschluss an eine größere Struktur fortgesetzt werden kann. Der geeignetste Partner hierfür ist, wie in der gesamten Begründung dargestellt, die Landgemeinde Südeichsfeld. Diese wiederum wird durch den Bevölkerungszuwachs weiter stabilisiert und entwickelt sich leitbildkonform.

Nach der erfolgten Eingliederung besteht die Landgemeinde Südeichsfeld aus den 9 Ortschaften

Diedorf
Faulungen
Hallungen
Heyerode
Hildebrandshausen
Katharinenberg
Lengefeld unterm Stein
Schierschwende
Wendehausen

Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

Die Landgemeinde Südeichsfeld zählt zu den wirtschaftlich starken Gemeinden des Unstrut-Hainich-Kreises. Sie verfügt über einen ausgeglichenen Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 11.247.00 € €, davon im Verwaltungshaushalt 9.555.000 € und im Vermögenshaushalt 1.692.000€ (Stand Jahresrechnung 2021).

Das Haushaltsvolumen der Gemeinde Hallungen beträgt (Stand Jahresabschluss 2021) 382.600 €, davon im Verwaltungshaushalt 319.000 € und im Vermögenshaushalt 67.800 €. Es konnte 2021 eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt von 54.000 € erwirtschaftet werden. Die freie Spitze betrug 49.600 €, die allgemeine Rücklage 56.800 €. Aus der Sanierung der Feuerwehr und des Dorfgemeinschaftshauses sind noch ca. 77.000 € Schulden zu tilgen. Das entspricht ca. 420,00 € pro Einwohner.

Gemessen an der Größe Hallungen ist somit auch hier von einem gesunden Haushalt zu sprechen. Hallungen ist weder in der Haushaltssicherung noch wurden Kassenkredite in Anspruch genommen.

Die in Aussicht stehende Neugliederungsprämie von ca. 1,33 Mio € wird die Finanzlage der Landgemeinde Südeichsfeld weiter stabilisieren und soll laut Eingliederungsvertrag teilweise für Investitionen in die Infrastruktur der Gemeinde Hallungen verwandt werden.

Auswirkungen auf angrenzende Gebietskörperschaften

Hallungen ist Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal. Diese besteht z. Zt. aus den Gemeinden Berka v.d.H., Bischofroda, Frankenroda, Hallungen, Krauthausen, Lauterbach und Nazza sowie der Stadt Amt Creuzburg. Insgesamt hat die VG ca. 9500 Einwohner. Durch das Ausscheiden von Hallungen wird der Bestand der VG nicht gefährdet. Eine Vermögens- oder Personalausgleich findet nicht statt. Durch die dann fehlende Umlage von Hallungen entsteht der VG ein Verlust von derzeit ca. 25.000 €, welcher durch die verbliebenen Mitglieder auszugleichen ist.

Auf eventuelle Neugliederungsabsichten der verbleibenden Mitgliedsgemeinden der VG Hainich-Werratal hat das Ausscheiden von Hallungen keine Auswirkungen, da es sich geografisch gesehen um eine Randgemeinde handelt.

Auch auf die beiden beteiligten Landkreise wird diese Neugliederung auf Grund der geringen Größe und Einwohnerzahl Hallungen keinen wesentlichen Einfluss haben.

22/02/22



22.9.2022



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none; text-align: center;"><i>Gemeinde Sükefeld</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none; text-align: center;"><i>Rainstr. 25</i></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none; text-align: center;"><i>98617 Sükefeld</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		<i>Gemeinde Sükefeld</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rainstr. 25</i>	Postleitzahl, Ort	<i>98617 Sükefeld</i>
	Name	Organisationsform									
		<i>Gemeinde Sükefeld</i>									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	<i>Rainstr. 25</i>									
Postleitzahl, Ort	<i>98617 Sükefeld</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)
	Bürgermeisterin
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)
	Gemeindeneugliederung - Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die Stadt Meiningen
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?
	Auftrag auf Gemeindeneugliederung
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!

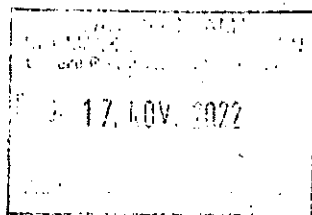
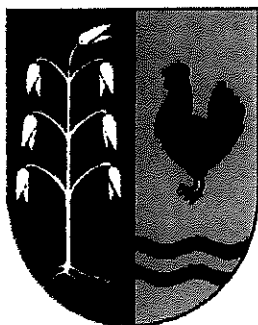
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gückfeld, 24.04.23	



Gemeinde Sülzfeld



Stadt Meiningen



STADT MEININGEN · 98605 Meiningen · Postfach 100-553

Thüringer Ministerium für Inneres und
Kommunales
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Stadt Meiningen
Der Bürgermeister

Datum:

16. 11. 2022

Über

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen
Untere Rechtsaufsichtsbehörde
Obertshäuser Platz 1
98617 Meiningen

Antrag auf Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die Stadt Meiningen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Meiningen und die Gemeinde Sülzfeld stellen hiermit den Antrag auf
Auflösung der Gemeinde Sülzfeld und Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die
Stadt Meiningen.

1

Der Gemeinderat Sülzfeld hat am 05.09.2022 nach vorangegangener Bürgerbeteiligung beschlossen, die Gemeinde Sülzfeld aufzulösen und in die Stadt Meiningen einzugliedern. Am 10.10.2022 hat der Gemeinderat Sülzfeld beschlossen, den vorher ausgehandelten Eingliederungsvertrag abzuschließen. Übereinstimmende Beschlüsse hat der Stadtrat Meiningen nach vorangegangener Bürgerbeteiligung am 21.09.2022 in seiner Sitzung am 04.10.2022 gefasst. Der Eingliederungsvertrag wurde am 10.10.2022 unterzeichnet.

Ferner wird beantragt, die in der Thüringer Verordnung über die Anerkennung einer Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Sülzfeld und der Stadt Meiningen vom 16. Juni 1995 (GVBl. 1995, S. 242) anerkannte Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Sülzfeld auf die Stadt Meiningen gleichzeitig aufzuheben.

Die nachbenannten für die Antragstellung erforderlichen Unterlagen sind der Anlage zu diesem Schreiben beigelegt.

Begründung:

Die Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die Stadt Meiningen entspricht dem Leitbild und den Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen und erfüllt die dort vorgegebenen Voraussetzungen, die in der nachfolgenden Begründung dargelegt werden. Sie soll Grundlage für die Weiterentwicklung einer auch zukünftig leistungs- und verwaltungsstarken Kreisstadt Meiningen sein.

Das Leitbild sieht als Ziel der Gebietsreform die Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften vor, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Zentralörtliche Strukturen sollen gestärkt werden.

Die Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die Stadt Meiningen schafft langfristig die Grundlage dafür, dass mittel- und langfristig Effizienzgewinne erreicht beziehungsweise Einsparpotenziale genutzt werden können.

Sie zielt auf den Erhalt und die weitere Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Kreisstadt ab und soll gewährleisten, dass diese dauerhaft in der Lage ist, die ihr obliegenden Aufgaben im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts in geordneter Haushaltswirtschaft sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrnehmen zu können.

Dies beinhaltet auch die geordnete Weiterentwicklung eines qualifizierten und spezialisierten Personalbestands der den zunehmend komplexer werdenden Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge dauerhaft gewachsen ist und dem Anpassungsbedarf an die Weiterentwicklung der technischen Infrastrukturen, vor allem im Bereich der Informationstechnologie genügt.

Die Gemeinde Sülzfeld liegt südlich von Meiningen. Sie gehört zum unmittelbaren Stadt-Umland-Bereich des Mittelzentrums Stadt Meiningen. Die Stadt Meiningen ist gemäß Landesentwicklungsprogramm 2025 und Regionalplan Südwestthüringen als Mittelzentrum ausgewiesen.

Aufgrund der räumlichen Nähe und der starken Orientierung auf die Stadt Meiningen bestehen vielfältige traditionelle, gesellschaftliche, verwaltungsmäßige und infrastrukturelle Verflechtungsbeziehungen zwischen Sülzfeld und Meiningen. Sülzfeld gehört zum Grundversorgungsbereich Meiningens.

Die Stadt Meiningen ist aufgrund der Thüringer Verordnung über die Anerkennung einer Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Herpf, Rippershausen, Sülzfeld und Untermaßfeld und der Stadt Meiningen vom 16. Juni 1995 (GVBl. 1995, S. 242) erfüllende Gemeinde der Gemeinde Sülzfeld und erledigt seither deren Verwaltungsaufgaben.

Die Eingliederung in die Stadt Meiningen ist die Fortsetzung der langjährigen Verwaltungsbeziehung und entspricht dem Grundsatz der Stärkung zentralörtlicher Strukturen. Auch den Belangen der Regionalentwicklung und der Landesplanung wird mit der Eingliederung Sülzfelds ins Mittelzentrum entsprochen.

Zwischen der Stadt Meiningen und der Gemeinde Sülzfeld bestehen intensive infrastrukturelle, gesellschaftliche und historische Verflechtungsbeziehungen.

Historische Bindungen in den Bereichen Verwaltung und Justiz bestanden zwischen der Stadt Meiningen und der Gemeinde Sülzfeld in unterschiedlichen Konstellationen seit Jahrhunderten. Die Grafschaft Henneberg mit ihren Ämtern, in deren Bereich Sülzfeld lag, wurde Mitte des 16. Jahrhunderts zunächst unter eine gemeinsame ernestinische und albertinische Verwaltung mit Sitz in Meiningen gestellt. Ab 1680 gehörte Sülzfeld zum Herzogtum Sachsen-Meiningen. Die Hochgerichtsbarkeit in Meiningen, Sülzfeld und den umliegenden Orten und Wüstungen oblag von alters her der Zent Meiningen. Bei der großen Reorganisation der meiningischen Verwaltung 1829 wurden die Ämter Maßfeld und Meiningen zum „Verwaltungsamt Meiningen“ vereint. Justiz und Verwaltung wurden völlig getrennt und neben dem Verwaltungsamt das „Kreisgericht Meiningen“ gebildet. Bei einer strukturellen Neuordnung des Herzogtums Sachsen-Meiningen im Jahr 1868 wurde das Verwaltungsamt Meiningen aufgelöst und mit anderen Verwaltungsämtern des Meiningener Unterlands dem neu gegründeten Landkreis Meiningen angegliedert. Meiningen, die Hauptstadt von Sachsen-Meiningen, wurde somit auch zur Kreisstadt.

Die alltäglichen Beziehungen der Einwohner von Sülzfeld sind schon immer überwiegend in Richtung der Stadt Meiningen ausgebildet. Meiningen ist auch heute der Arbeitsplatzschwerpunkt.

Sülzfeld liegt zwischen Meiningen und dem durch das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (ThürGN 2019) vom 18. Dezember 2018 mit Wirkung zum 1. Januar 2019 in die Stadt Meiningen eingegliederten Ortsteil Henneberg. Die Stadt Meiningen war aufgrund der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Henneberg und der Stadt Meiningen vom 9. April 1996 (GVBl. 1996, S. 43) bis zur Eingliederung erfüllende Gemeinde der ehemaligen Gemeinde Henneberg, die wie Sülzfeld ebenfalls von der Stadt Meiningen verwaltet wurde.

Eine gemeinsame Gemarkungsgrenze gibt es zwischen Meiningen und Ortsteil Henneberg aus diesem Grund nicht. Durch Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die Stadt Meiningen würde dies bereinigt werden können.

Insgesamt entspricht die beantragte Eingliederung allen Vorgaben des Leitbilds und der Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen und ist bei Würdigung der Summe aller zu berücksichtigenden Punkte daher gerechtfertigt.

Sülzfeld und die übrigen von der Stadt Meiningen aufgrund der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Herpf, Rippershausen, Sülzfeld und Untermaßfeld und der Stadt Meiningen, der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Stepfershausen und der Stadt Meiningen und über die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft „Vordere Rhön“ vom 8. Juli 1996 (GVBl. 1996, S. 140) und der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Henneberg und der Stadt Meiningen vom 25. März 1996 (GVBl. 1996, S. 43) bilden gemeinsam mit ihrer erfüllenden Gemeinde Stadt Meiningen seit Mitte der neunziger Jahre ein zusammenhängendes und gut funktionierendes gewachsenes Verwaltungsgebiet, in dem die Verwaltungseinheit schon seit 1996 bereits vollzogen ist. Die Personalstruktur und Sachausstattung der Verwaltung Meiningens ist den Anforderungen an die Verwaltung des vorhandenen Verwaltungsgebiets entsprechend entwickelt.

Die ehemals von Meiningen verwalteten Gemeinden Herpf (2010), Henneberg (2019) und Stepfershausen (2019) sind inzwischen bereits in die Stadt Meiningen eingegliedert. Verhandlungen der Stadt Meiningen über Eingliederungen der übrigen verwalteten Gemeinden sind aufgenommen worden. Die zuvor nicht von der Stadt Meiningen verwalteten Gemeinden Walldorf und Wallbach wurden 2019 ebenfalls in die Stadt Meiningen eingegliedert.

Die Entfernung zwischen dem Stadtzentrum Meiningen (Markt) und dem Ortsmittelpunkt der Gemeinde Sülzfeld beträgt 6 km Luftlinie/ 7,4 km Fahrtstrecke.

Die zwischen Meiningen und Sülzfeld bestehenden engen Verflechtungsbeziehungen spiegeln sich auch im Infrastrukturbereich wider. Meiningen und Sülzfeld sind durch den überregionalen Verkehrsweg L 3019 (ehemals B 19) und den Meiningen-Haßfurt-Radweg miteinander direkt verbunden. Sie sind durch günstige Busverbindungen mehrmals täglich wechselseitig erreichbar. Sülzfeld ist Mitglied im Kommunalen Wasser- und Abwasserzweckverband Meininger Umland (KWA), der Geschäftsbesorger des kommunalen Eigenbetriebs „Sülzfelder Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ ist. Im Bereich der Daseinsvorsorge pflegen beide Gemeinden eine enge interkommunale Zusammenarbeit.

Bedingt durch die räumliche Nähe werden von den Sülzfelder Bürgern die umfangreichen Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge in Meiningen genutzt. Die Stadt hält darüber hinaus zahlreiche hochwertige Funktionen für die Gemeinde Sülzfeld wie zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten, Klinikum, Ärzte, Kreditinstitute, Theater, Museen sowie weitere Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen vor.

Eine enge Zusammenarbeit Sülzfelds und Meiningens ist zur sinnvollen Verknüpfung touristischer Angebote wünschenswert. Als Beispiele seien die historisch bedeutsamen Bauwerke Schloss und Gut Amalienruh, das Fachwerkhaus Pächtershaus aus dem Jahr 1629 (ursprünglich ein Reithof, Lehen der Grafen von Henneberg) sowie die befestigte Dorfkirche St. Veit und die einzigartige Kulturlandschaft Sülzfelds genannt.

Auch im Bereich der Bildungsangebote gibt es eine starke Verflechtung. Die Schüler der Gemeinde Sülzfeld besuchen überwiegend die beiden Meininger Gymnasien und andere weiterführende und berufsbildende Einrichtungen in Meiningen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Freiwilligen Feuerwehren wird seit vielen Jahren gepflegt und funktioniert sehr gut. Meiningen nimmt für die Gemeinde Sülzfeld die Aufgaben der Stützpunktfeuerwehr wahr. Dazu gehören gemeinsame Schulungs- und Ausbildungsmaßnahmen, die Prüfung von Ausrüstungsgegenständen sowie weitere Beratungs- und Unterstützungsleistungen.

Im Einsatzfall sind beide Wehren bei Bedarf im jeweils benachbarten Gemeindegebiet zur Stelle.

Durch eine Eingliederung Sülzfelds wird der Stadt-Umland-Bereich des Mittelzentrums Meiningen besser geordnet. Beide Gemeinden können vorhandene Potenziale zusammenführen, bestehende Kooperationen ausbauen und wirkungsorientierter nutzen. Das Mittelzentrum kann als Arbeitsplatzstandort und Anbieter vielfältigster Leistungen der Daseinsvorsorge für Sülzfeld dauerhaft gestärkt werden. Für die Einwohner Sülzfelds kann die Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge verbessert werden. Insgesamt bringt die Eingemeindung Sülzfelds in das Mittelzentrum die kommunalen Strukturen mit den tatsächlichen Verflechtungsbeziehungen in Übereinstimmung.

Maßgebliche Rahmenbedingung der Leistungsfähigkeit einer Kommune ist in erster Linie ihre Einwohnerzahl.

Die Stadt Meiningen hat derzeit 27.464 (31.12.2021) Einwohner und die Gemeinde Sülzfeld 828 (31.12.2021) Einwohner. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete gemeinsame Einwohnerzahl von Meiningen und Sülzfeld beträgt insgesamt 23.160 Einwohner (Meiningen 22.440 / Sülzfeld 720).

Die Stadt Meiningen hat die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2022 mit einem Gesamtumfang in Höhe von 61.013.900 € im Februar 2022 beschlossen.

Die rechtsaufsichtliche Würdigung liegt mit Schreiben vom 23.02.2022 vor.

Nach § 53 Abs. 3 ThürKO muss der Haushaltsplan in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein. Der Haushalt der Stadt Meiningen für das Haushaltsjahr 2022 erfüllt diese Verpflichtung wie auch in den Jahren zuvor.

Die geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt beträgt in diesem Jahr 1.646.100 €. Durch die mit 304.300 € veranschlagten ordentlichen Tilgungsleistungen errechnet sich in diesem Jahr eine freie Finanzspitze in Höhe von 1.341.800 €. Entsprechend der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit gemäß § 4 Nr. 4 ThürGemHV kann die Mindestzuführung auch in den weiteren Finanzplanungsjahren bis 2025 und darüber hinaus erwirtschaftet werden. Zusätzlich wird eine freie Finanzspitze zwischen 1.624.700 und 2.504.300 € ausgewiesen. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Meiningen ist damit nachgewiesen.

Der Schuldenstand zu Beginn des Jahres 2022 beträgt 1.749.248 €. Die Gesamtverschuldung der Stadt Meiningen könnte sich zum Jahresende durch die veranschlagten ordentlichen Tilgungsleistungen und nach einer geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 1.400.000 € auf 2.804.954 € belaufen, dies sind 114,31 € je Einwohner. Voraussichtlich kann jedoch auf die Neuaufnahme eines Kredites verzichtet werden. Im Finanzplanungszeitraum bis 2025 sind keine neuen Kreditaufnahmen durch die Stadt vorgesehen.

Die Mindestrücklage der Stadt Meiningen beträgt 812.978 €. Nach dem Jahresabschluss 2021 beläuft sich der Stand der allgemeinen Rücklage auf 8.844.045 €. Entsprechend der Vorgaben des Haushaltsplans 2022 müssen der Rücklage in diesem Jahr voraussichtlich 3.439.000 € entnommen werden. Die vorzuhaltende Mindestrücklage ist damit gewährleistet. Zudem stehen der Stadt weitere Mittel für Investitionen in den Folgejahren zur Verfügung.

Den vorgenannten Fakten ist zu entnehmen, dass die Stadt Meiningen im Jahr 2022 und in den Folgejahren über eine solide Finanzausstattung verfügt.

Die Gemeinde Sülzfeld hat die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2022 mit einem Gesamtumfang in Höhe von 1.344.500 € im April 2022 beschlossen. Die rechtsaufsichtliche Würdigung liegt mit Schreiben vom 31.05.2022 vor.

Die geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt beträgt in diesem Jahr 41.800 €. Durch die mit 20.200 € veranschlagten ordentlichen Tilgungsleistungen errechnet sich in diesem Jahr eine freie Finanzspitze in Höhe von 21.600 €.

Entsprechend der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit gemäß § 4 Nr. 4 ThürGemHV kann die Mindestzuführung in den Finanzplanungsjahren bis 2023 und 2024 nicht erreicht werden. Hier zeigen sich Fehlbeträge in Höhe von 43.500 € (2023) und 300 € (2024). Im Finanzplanungsjahr 2025 wird wieder eine freie Finanzspitze von 18.000 € erwartet.

Der Schuldenstand zu Beginn des Jahres 2022 beträgt 1.939.400 €. Die Gesamtverschuldung der Gemeinde Sülzfeld wird sich zum Jahresende durch die veranschlagten ordentlichen Tilgungsleistungen auf 1.919.200 € belaufen, dies sind 2.317,87 € je Einwohner. Im Finanzplanungszeitraum bis 2025 sind keine neuen Kreditaufnahmen durch die Gemeinde vorgesehen. Die Zinsbindung des Kredits läuft jedoch im Jahr 2023 aus, so dass höhere Zinszahlungen zu erwarten sind.

Die Mindestrücklage der Gemeinde Sülzfeld beträgt 23.103 €. Nach dem Jahresabschluss 2021 beläuft sich der Stand der allgemeinen Rücklage auf 668.325 €.

Entsprechend der Vorgaben des Haushaltsplans 2022 können der Rücklage in diesem Jahr voraussichtlich 142.200 € zugeführt werden. Die vorzuhaltende Mindestrücklage ist damit gewährleistet.

Die Gemeinde Sülzfeld hat im April 2022 ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen, welches jährlich fortzuschreiben ist. Dieses wurde mit Schreiben vom 15.06.2022 von der Unteren Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt.

Durch bereits umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen ist zu erwarten, dass die Gemeinde die dauernde Leistungsfähigkeit, mit Ausnahme der Jahre 2023 und 2024, ab dem Jahr 2025 in geringem Umfang wieder erreicht.

Im Haushaltssicherungskonzept wird der Investitionsbedarf in den nächsten 10 Jahren auf ca. 4.000.000 € geschätzt. Vorwiegend betrifft dies Investitionen im Abwasserbereich und in die gemeindliche Infrastruktur. Der genaue Finanzbedarf bezieht sich nach den Ergebnissen des Abwasserbeseitigungskonzeptes, welches gegenwärtig erstellt wird. Die notwendigen Maßnahmen in der Gemeinde können mit der voraussichtlichen freien Finanzspitze bzw. der vorhandenen Rücklage nicht finanziert werden. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel reichen nicht aus, um den vorhandenen Investitionsstau zu beseitigen. Die Finanzierung durch Fremdmittel, wie z.B. Kredite, ist angesichts der hohen Verschuldung der Gemeinde und der daraus resultierenden Erhöhung von Zins- und Tilgungsleistungen nicht möglich. Die dauernde Leistungsfähigkeit würde sich bei einer noch höheren Verschuldung nachhaltig verschlechtern.

Die Umsetzung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen ist gegenwärtig nicht angedacht. Die Konsolidierungseffekte sind in Summe auch nicht ausreichend, um die finanziellen Mittel zum Abbau des Investitionsstaus vorzuhalten. Die Gemeinde Sülzfeld ist durch die dauerhafte schwierige finanzielle Situation zukünftig nicht in der Lage, aus eigenen finanziellen Mitteln ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Im Ergebnis der Darstellung der Situation der beteiligten Gemeinden dient der Zusammenschluss der Stadt Meiningen mit der Gemeinde Sülzfeld der Erhöhung der finanziellen Leistungsfähigkeit im zukünftigen Ortsteil Sülzfeld sowie dem Erhalt und der weiteren Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der dann gebildeten kommunalen Gebietskörperschaft insgesamt und gewährleistet, dass Meiningen und

Sülzfeld zusammen dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben in geordneter Haushaltswirtschaft sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Die Fläche des Stadtgebietes Meiningen beträgt 105,64 km².

Die Gemeinde Sülzfeld erstreckt sich über eine Gesamtfläche von 17,39 km².

„Die Kreisstadt Meiningen stellt mit rund 10.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Stadtgebiet einen wichtigen Arbeitsstandort in Südthüringen dar. In dem seit 1991 fertig gestellten Gewerbe- und Industriegebiet „Dreißigacker“ konnten auf ca. 90 ha Gesamtnettofläche mehr als 80 Unternehmen angesiedelt werden, die in einem Branchenmix aus Maschinen- und Anlagenbau, Mikroelektronik, Gesundheitstechnik sowie Nahrungsmittelindustrie tätig sind. Bis auf wenige Restflächen ist die Belegung der verfügbaren Flächen sehr weit fortgeschritten. Die Erweiterungsmöglichkeiten an diesem Standort sind zudem sehr begrenzt.

Das erst 2013 fertiggestellte Industriegebiet „Rohrer Berg“ mit einer Gesamtnettofläche ca. 30,4 ha liegt in unmittelbarer Nähe der Autobahnanschlussstelle Meiningen-Nord an der A 71 (ca. 2 km entfernt) sowie des Stadtzentrums (ca. 1 km entfernt). Bis auf wenige Restflächen sind alle verfügbaren Flächen verkauft, eine Erweiterung des Gebietes ist nicht möglich.

Das Gewerbegebiet Dreißigacker sowie das Industriegebiet „Rohrer Berg“ liegen auf rund 450 m hohen Hochplateaus westlich bzw. östlich des Meininger Stadtkerns. Beide Gebiete sind sowohl über den ÖPNV als auch über öffentliche Erschließungsstraßen sowie fuß- und radläufige Verbindungen an das restliche Stadtgebiet angeschlossen.

Im Ortsteil Walldorf befindet sich ein Gewerbegebiet mit einer Gesamtnettofläche ca. 18 ha an der B19, in dem mehrere Industriebetriebe, Abbruch- und Recycling Firmen, Transportunternehmen sowie diverse Dienstleistungs- und Ausbildungsbetriebe ansässig sind. An diesem Standort bestehen Erweiterungsmöglichkeiten. Die infrage kommenden Flächen sollen entwickelt werden.

Zudem bieten das Helios Klinikum Meiningen sowie die daran angegliederten Medizinischen Einrichtungen, das Meininger Theater sowie das Dampfkloswerk weitere wesentliche Bausteine im Gesamtangebot. Hinzu kommen weitere nicht als Gewerbegebiet ausgewiesene Einzelstandorte, die das Angebot ergänzen bzw. komplettieren. Ein zusätzliches Flächenpotenzial von ca. 7 ha im Bereich ehemaliger Bahnanlagen versucht die Stadt derzeit zu entwickeln.

Die Stadt Meiningen hält über das Stadtgebiet verteilt ca. 20 rechtskräftige B-Pläne für Wohnbebauung vor. Weitere mögliche Standorte werden derzeit untersucht bzw. entwickelt. Bestehende Bebauungspläne sowie der Flächennutzungsplan wurden und werden kontinuierlich fortgeschrieben und den tatsächlichen Erfordernissen angepasst. Weitere neue B-Pläne befinden sich in Aufstellung.

Zudem legt die Stadt Meiningen nach wie vor einen besonderen Wert auf die Entwicklung ihrer ausgewiesenen Sanierungs-, Erhaltungs- und Stadtumbaugebiete. Es gilt der Grundsatz „innen vor außen“, um einen zusätzlichen Flächenverbrauch möglichst zu vermeiden bzw. zu minimieren, den historischen Stadtkern zu stabilisieren und als kulturelles und urbanes Zentrum weiterzuentwickeln.

Stadt Meiningen hat sechs Ortsteile mit Ortsteilverfassung. Es handelt sich um den vor dem Beitritt im Jahr 1990 eingegliederten Ortsteil Dreißigacker, den im Jahr 2010 aufgrund des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2010 vom 18. November 2010 (GVBl. S. 325) eingegliederten Ortsteil Herpf, die aufgrund Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (ThürGNGG 2019) vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 765) eingegliederten Ortsteile Henneberg, Einödhausen und Unterharles (mit gemeinsamer Ortsteilverfassung), Walldorf und Wallbach sowie die aufgrund Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften vom 10. Oktober 2019 GVBl. S. 385) eingegliederten Ortsteile Stepfershausen und Träbes (mit gemeinsamer Ortsteilverfassung).

Die beantragte Aufhebung der in der Thüringer Verordnung über die Anerkennung einer Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Herpf, Rippershausen, Sülzfeld und Untermaßfeld und der Stadt Meiningen vom 16. Juni 1995 (GVBl. 1995, S. 242) anerkannte Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Sülzfeld auf die Stadt Meiningen ist für die vorliegend angestrebte Eingliederung erforderlich.

Die beantragte Eingliederung tangiert die Interessen der übrigen von der Stadt Meiningen verwalteten Gemeinden nicht.

Es ist nicht zu erwarten, dass die beantragte Eingliederung und Aufhebung der genannten Thüringer Verordnung signifikante Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsgemeinschaft und die anderen Mitgliedsgemeinden haben wird. Im Gegenteil trägt die Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld, wie oben bereits dargelegt zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung bei, was den übrigen von der Stadt Meiningen verwalteten Gemeinden auch zugute kommt.

Die Gemeinde Sülzfeld grenzt östlich an die Gemeinde Grabfeld mit einer Fläche von 121,07 km² und 12 Ortsteilen. Nordwestlich grenzt sie an die Gemeinde Rhönblick mit 10 Ortsteilen und einer Fläche von 78,72 km² an. Eine wegen der jeweils gemeinsamen Gemarkungsgrenzen alternativ theoretisch denkbare Eingliederung in eine der beiden angrenzenden Nachbargemeinden wäre nur dann sinnvoll, wenn sich hierdurch eine leitbildgerechte Gemeindestruktur herbeiführen ließe. Wie sich aus den nachfolgenden Ausführungen entnehmen lässt, ist dies nicht der Fall.

Nach den Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden hat die Bildung von Einheitsgemeinden als Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde oder von Landgemeinden, deren jeweilige Mindesteinwohnergröße 6.000 Einwohner bezogen auf das Jahr 2035 betragen soll, Vorrang.

Die Gemeinde Rhönblick hat derzeit 2643 (31. Dez. 2021) Einwohner. Nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik beträgt die prognostizierte Einwohnerzahl der Gemeinde Rhönblick im Jahr 2035 insgesamt 2230 Einwohner.

Die Gemeinde Grabfeld hat derzeit 5.610 (31. Dez. 2021) Einwohner. Nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik beträgt die prognostizierte Einwohnerzahl der Gemeinde Grabfeld im Jahr 2035 insgesamt 4940 Einwohner.

Eine denkbare Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld mit einer prognostizierten Einwohnerzahl von 720 im Jahr 2035 in eine der beiden Gemeinden würde weder für Grabfeld noch für Rhönblick ausreichen, um eine dem Leitbild und den Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen entsprechende zukunftsfähige Gebietskörperschaft zu bilden.

Die Gesamteinwohnerzahl läge bei Hinzurechnung der prognostizierten Einwohnerzahl von 720 für Sülzfeld jeweils deutlich unter der erforderlichen Mindesteinwohnerzahl von 6.000. Die für die Gemeinde Grabfeld errechnete Gesamteinwohnerzahl läge bei lediglich 5.660.

Die Gemeinde Rhönblick würde eine Gesamteinwohnerzahl von 2.950 erreichen, was nicht einmal der Hälfte der erforderlichen Mindesteinwohnerzahl entspräche.

Sowohl die Gemeinde Rhönblick als auch die Gemeinde Grabfeld würden gemeinsam mit der Gemeinde Sülzfeld im Ergebnis nicht die vorgegebene Mindesteinwohnergröße 6.000 Einwohner erreichen. Es ist daher nicht zu erwarten, dass eine dementsprechend gebildete Gebietskörperschaft dauerhaft leistungs- und verwaltungsstark genug wäre, die ihr obliegenden Aufgaben ausreichend sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Dem Interesse der Stärkung des Mittelzentrums Stadt Meiningen durch Eingliederung Sülzfelds ist unter Berücksichtigung der Vorgaben des Leitbilds und der Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen im Ergebnis der vorzunehmenden am Gemeinwohl zu orientierenden Abwägung der Vorrang einzuräumen.

Sofern die Einreichung weiterer Unterlagen oder Erklärungen erforderlich ist, bitten wir höflich um dies mitzuteilen. Die Stadt Meiningen und die Gemeinde Sülzfeld sind an einer möglichst raschen Umsetzung der Eingliederungsbeschlüsse interessiert. Wir bitten Sie daher, das erforderliche Verfahren möglichst zügig durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister
Stadt Meiningen

Bürgermeisterin
Gemeinde Sülzfeld

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Thalwenden</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Thalwenden</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Udersche Straße 18</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Thalwenden</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Thalwenden	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Thalwenden	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Udersche Straße 18	Postleitzahl, Ort	37318 Thalwenden
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Thalwenden	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Thalwenden									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Udersche Straße 18									
Postleitzahl, Ort	37318 Thalwenden										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Thalwenden, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

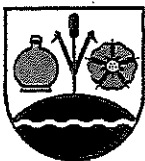
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach-Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

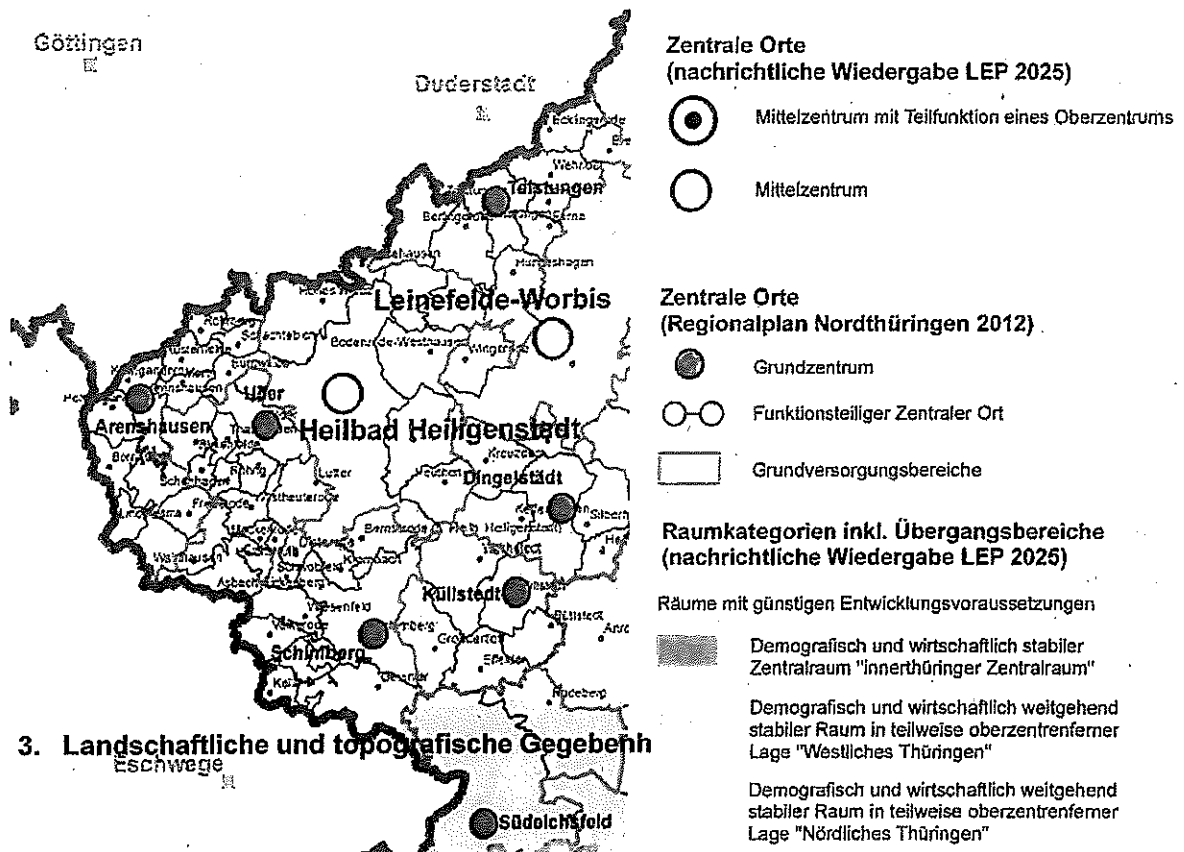
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

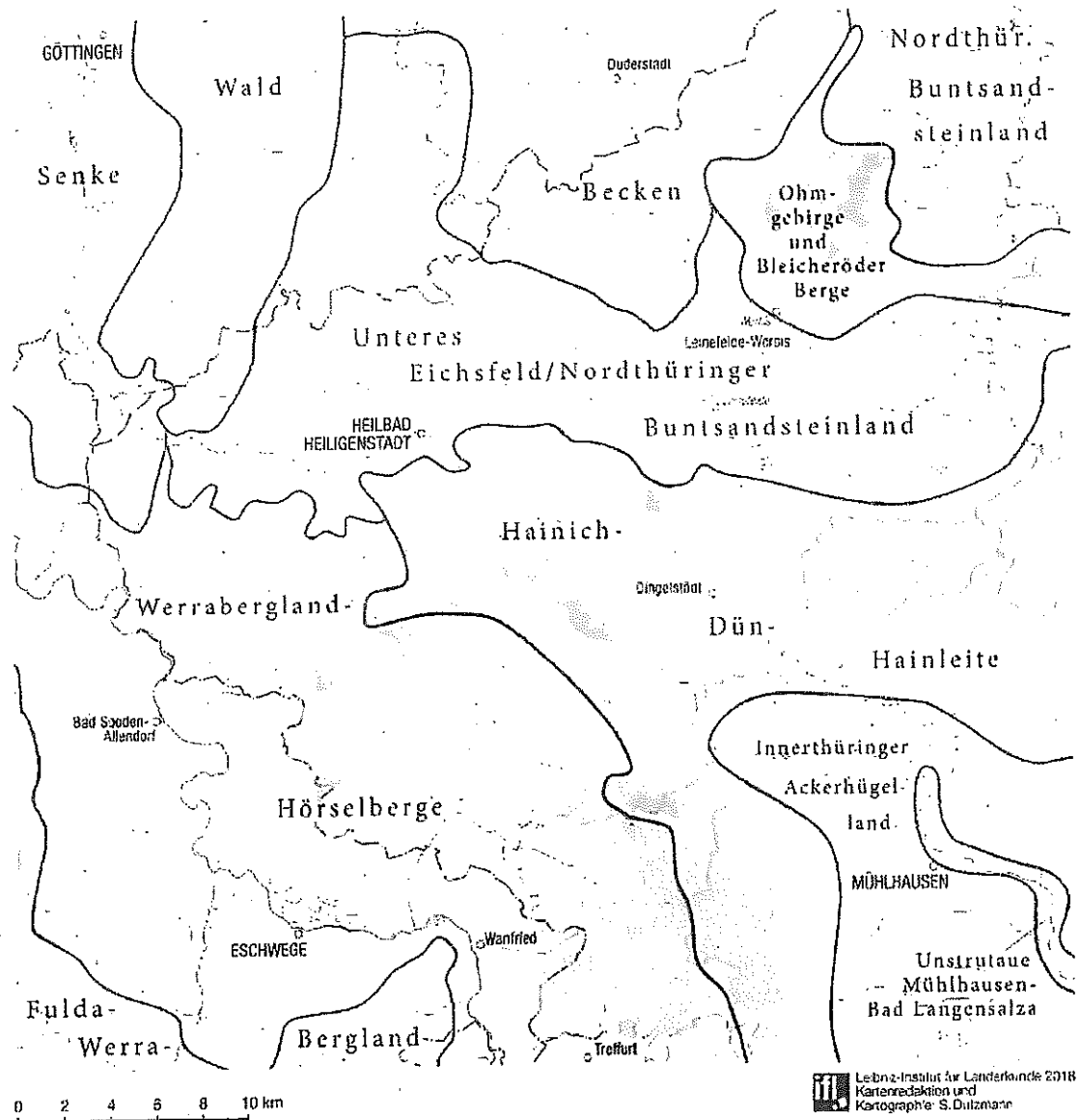


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindegemeinschafts eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt
 *) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



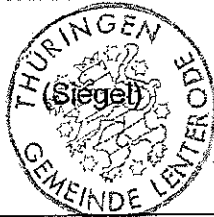
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



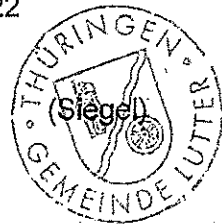
Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



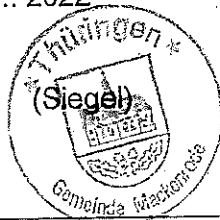
Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



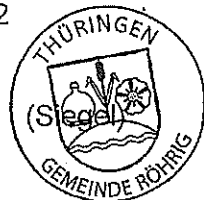
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



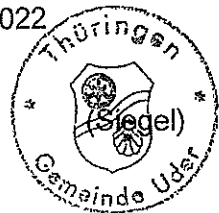
Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin





Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

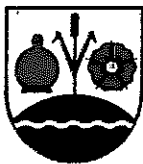
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

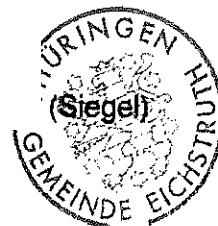
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



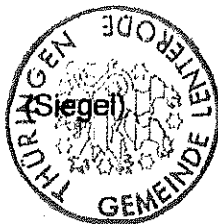
Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



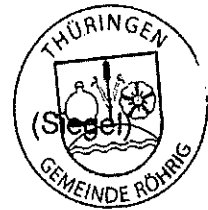
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



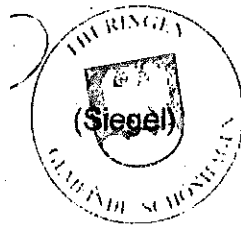
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



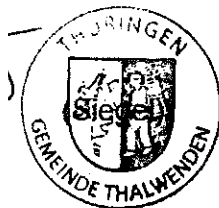
Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Uder</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Uder</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße der Einheit 135 a</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Uder</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Uder	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Uder	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Straße der Einheit 135 a	Postleitzahl, Ort	37318 Uder
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Uder	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Uder									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Straße der Einheit 135 a									
Postleitzahl, Ort	37318 Uder										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse										
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Uder, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

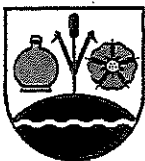
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach-Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

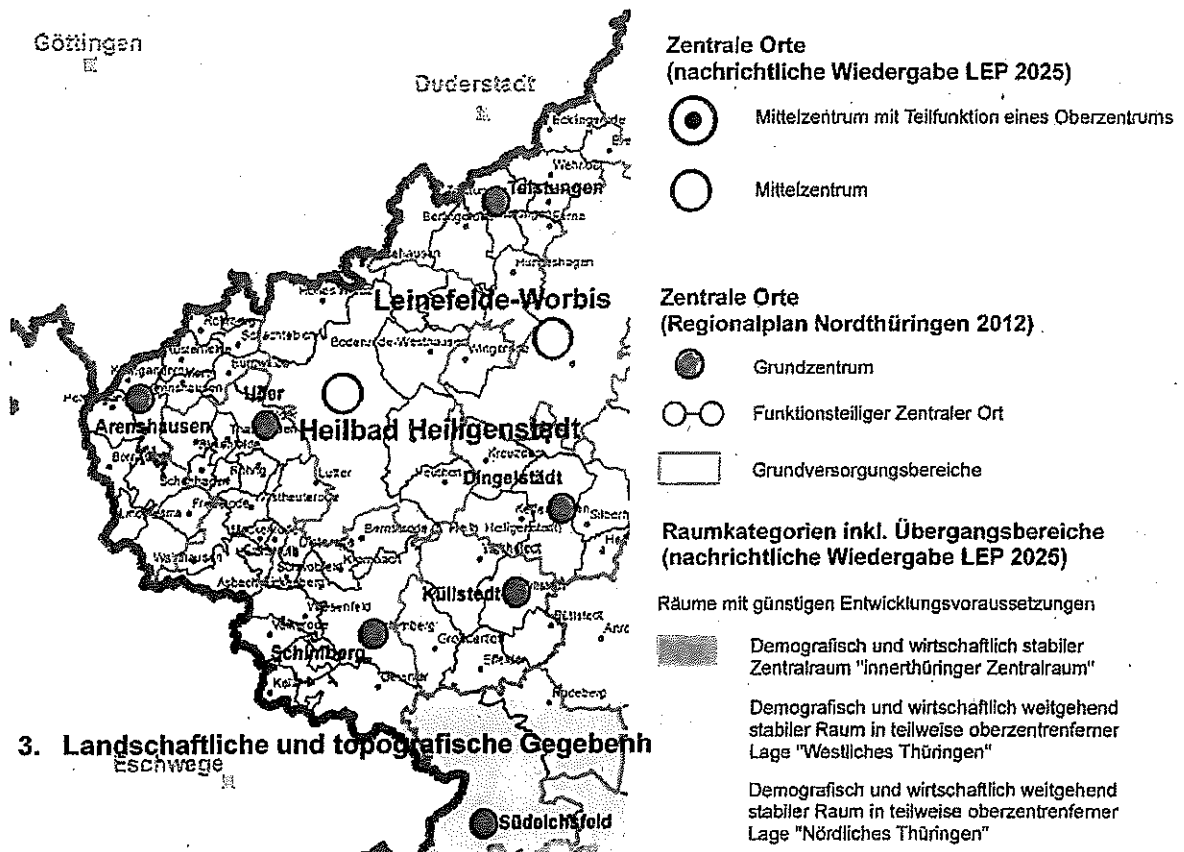
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

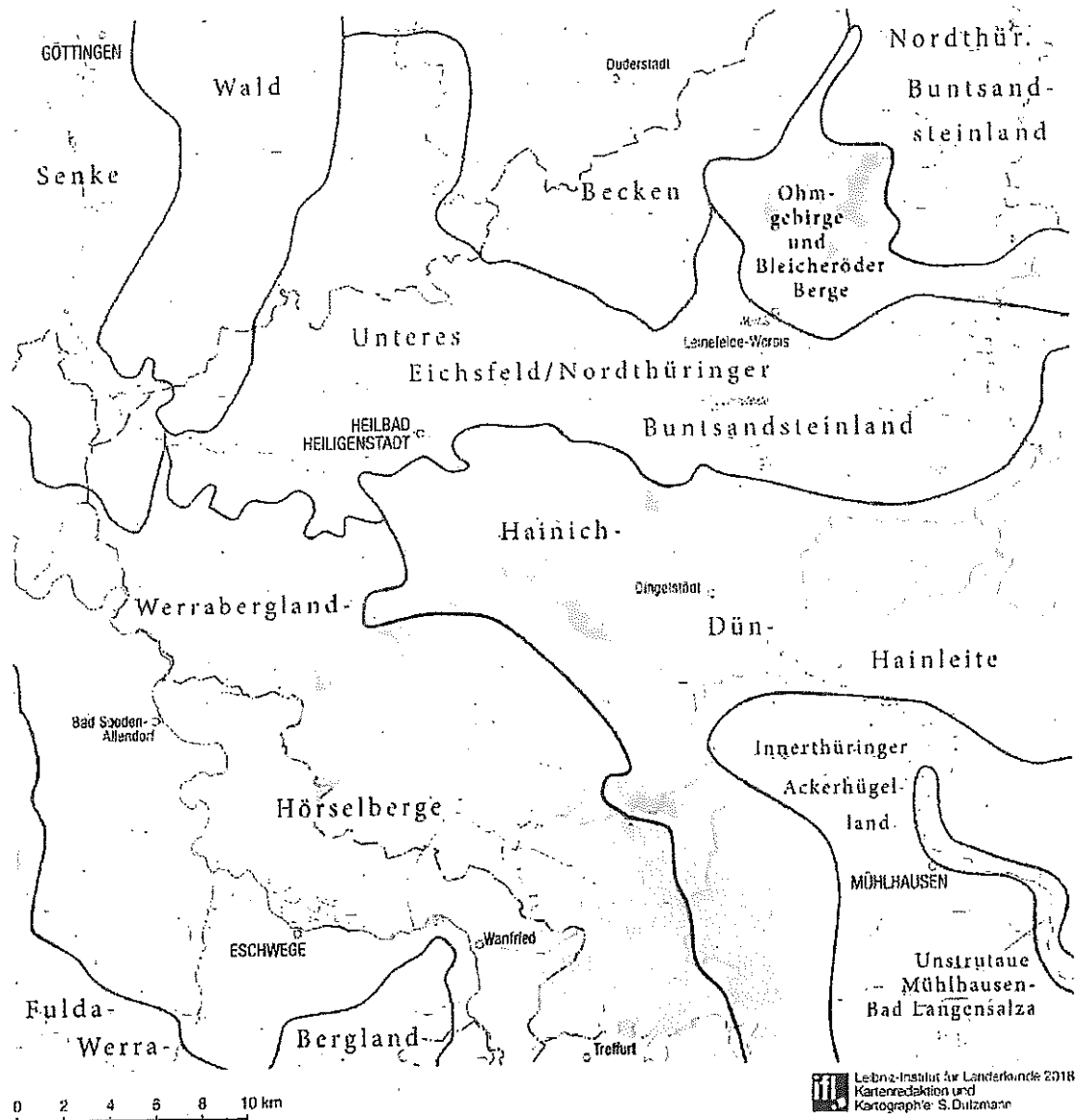


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindegemeinschafts eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt
 *) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationaler werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



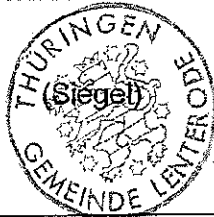
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



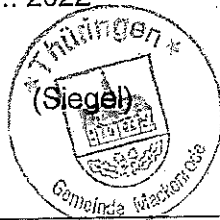
Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



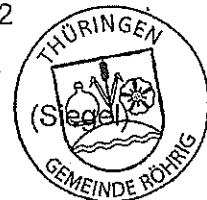
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



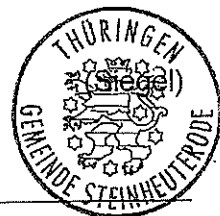
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



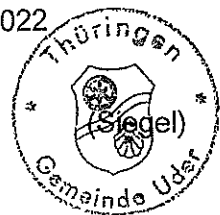
Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

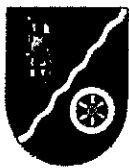




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

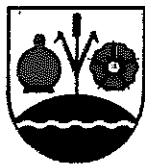
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

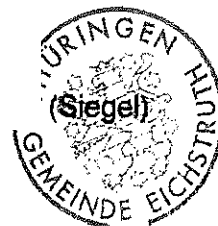
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



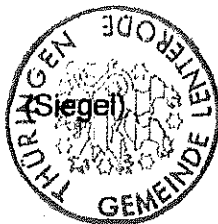
Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



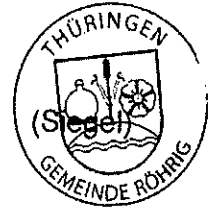
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



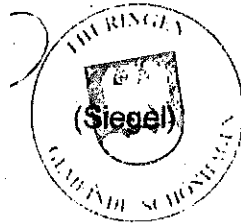
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



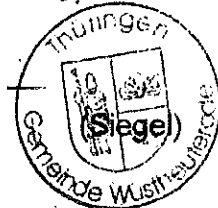
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde Udestedt	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Udestedt über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6
	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBewG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

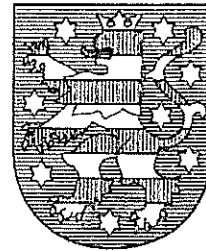
Ort, Datum	Unterschrift
Udestedt, den 27.04.2023	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwanee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Akz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon (Zentrale):	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennet nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein. Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

- Anlage 1 -

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Abfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leibbildkonformer Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belänge der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Gemeindeverwaltung Unstrut-Hainich	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeindeverwaltung Unstrut-Hainich Sitz Großengottern
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Marktstraße 48
	Postleitzahl, Ort	99991 Unstrut-Hainich
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
2.	Name	Vorname
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort		

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Gemeinderat der Gemeinde Unstrut-Hainich hat in seiner Sitzung am 13.07.2022 die Eingliederung der Gemeinde Schönstedt in die Gemeinde Unstrut-Hainich beschlossen. Am 08.11.2022 wurde der gemeinsame Eingliederungsvertrag unterzeichnet. Die Einwohner der Gemeinde Unstrut-Hainich wurden am 15.07.2022 nach der Beschlussfassung informiert und ihre Meinung angehört. Die bestehenden Ortsteile Schönstedt und Alterstedt sollen in die Gemeinde Unstrut-Hainich übergeleitet werden. Die vergrößerte Gemeinde Unstrut-Hainich wird ihre Hauptsatzung zur Einführung der Ortsteilverfassung ab 01.01.2024 entsprechend ändern.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Gemeinsamer Antrag zur Eingliederung der Gemeinde Schönstedt in die Landgemeinde Unstrut-Hainich	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

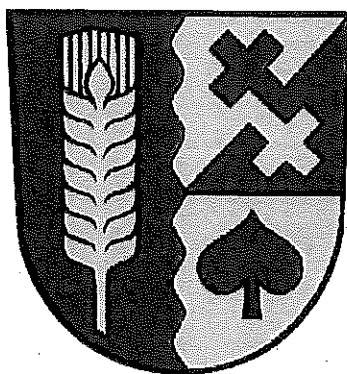
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

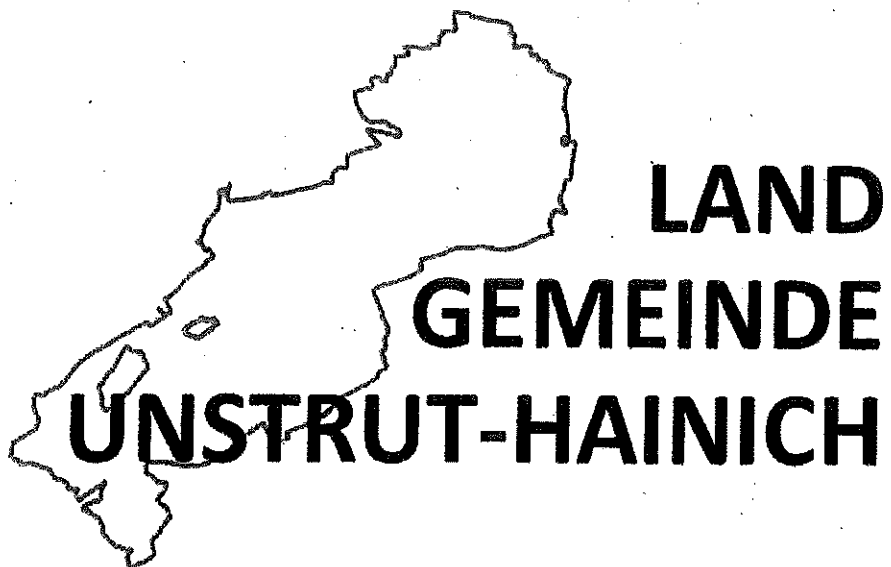
Ort, Datum	Unterschrift
Unstrut-Hainich, 21.04.2023	

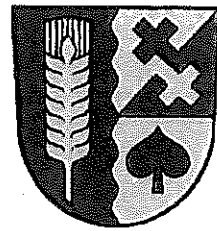
Gemeindeverwaltung
Unstrut-Hainich
Sitz Großengottern
Marktstraße 48
99991 Unstrut-Hainich

Antrag zur Eingliederung der Gemeinde Schönstedt
in die Landgemeinde Unstrut-Hainich



GEMEINDE SCHÖNSTEDT





GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Gemeindeverwaltung Unstrut-Hainich, Sitz Großengottern
Marktstraße 48, 99991 Unstrut-Hainich

Thüringer Ministerium für Inneres und
Kommunales
Steigerstraße 24
99096 Erfurt
über Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis
- Kommunalaufsicht -

Ihr Schreiben vom:
Ihr Zeichen:
Unser Zeichen:

Datum: 08.11.2022

**Gemeinsamer Antrag mit Antragsbegründung
zur Eingliederung der Gemeinde Schönstedt in die Landgemeinde Unstrut-Hainich**

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Unstrut-Hainich und Schönstedt stellen auf freiwilliger Basis den übereinstimmenden Antrag, dass die Gemeinde Schönstedt aufgelöst und das Gebiet der aufgelösten Gemeinde in die Landgemeinde Unstrut-Hainich eingegliedert werden soll.

Wir beantragen weiterhin, dass § 45 Abs. 11 ThürKO mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll und stattdessen die gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Schönstedt zum Zeitpunkt der Gemeindeneugliederung bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung Schönstedt und Alterstedt einschließlich ihrer Ortsteilbürgermeister und Ortsteilratsmitglieder auf die Ortschaftsebene der vergrößerten Landgemeinde Unstrut-Hainich übergeleitet werden sollen.

Antragsbegründung:

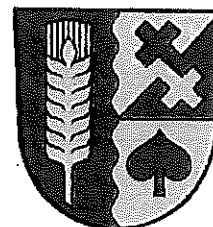
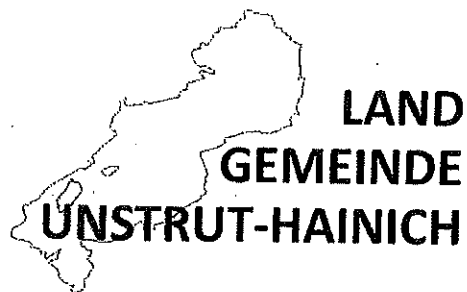
In den beteiligten Gemeinden leben (Stand nach Einwohnermeldeamt) folgende Einwohner:

	zum 31.12.2021	zum 30.06.2022
Schönstedt:	1.332	1.328
Unstrut-Hainich:	5.172	5.217
Insgesamt:	6.504	6.545

Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: info@LG-Unstrut-Hainich.de



GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Das Territorium der beteiligten Gemeinden grenzt im Nordwesten an die Gemeinden Vogtei, Kammerforst und Oppershausen, im Norden an die Stadt Mühlhausen, die Gemeinde Körner sowie die Stadt Nottetal – Heilinger Höhen, im Osten und Süden an die Stadt Bad Langensalza sowie im (Süd-)Westen an mehrere Gemeinden im Wartburgkreis an.

Die Landgemeinde Unstrut-Hainich besteht seit dem 01.01.2019 und wurde im Rahmen des 1. Gemeindeneugliederungsgesetzes 2019 aus den vormaligen 6 selbständigen Gemeinden Altengottern, Flarchheim, Großengottern, Heroldshausen, Mülverstedt und Weberstedt gegründet, die bereits seit 1993 der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaft mit gleichem Namen angehörten. Die Gemeinde Schönstedt, welche zuvor seit 1997 ebenfalls Mitglied der ehemaligen VG war, hatte sich zum Zeitpunkt der Gründung der Landgemeinde entschieden, dieser nicht beizutreten und sich von dieser erfüllen zu lassen. Auf Grund des damaligen guten Finanzstatus konnte sich Schönstedt nicht für die Mitgründung entscheiden und wollte selbständig bleiben.

Bei der damaligen „Namenswahl“ spielten die Landschaftsbestandteile – der Nationalpark Hainich und die Unstrut – die entscheidende Rolle. Auch die Gemeinde Schönstedt wird durch den Nationalpark direkt tangiert.

Die starke Bindung und die Zusammengehörigkeit zwischen den Gemeinden sind geprägt von gemeinsamen Aktivitäten, welche leider aufgrund des jüngsten Pandemiegeschehens nicht konsequent durchgeführt werden konnten. Es besteht aber nun wieder die Hoffnung, Gemeinsames wie z. B. verschiedene Seniorenveranstaltungen oder das Sängertreffen durchzuführen.

Der Thüringer Landtag hat am 13.12.2017 einen Beschluss über die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen unter Berücksichtigung des Urteils des ThürVerfGH vom 9. Juni 2017 gefasst.

Entsprechend dieses Leitbildes haben sich die heutigen Ortschaften der Landgemeinde Unstrut-Hainich zur selbigen zusammengeschlossen. Um die bestehende Struktur und die aufgebauten sehr guten Beziehungen zu erhalten hatte sich die Gemeinde Schönstedt damals bereits dazu entschieden, sich von der neugegründeten Landgemeinde erfüllen zu lassen. Die nunmehr mehr als 25-jährige gemeinsame Verwaltung spiegelt dies auch wieder.

Seit dem Bestehen der Landgemeinde ist ein stetiges weiteres Zusammenwachsen zu verzeichnen. Gemeinsame Projekte werden aufgegriffen und für alle Ortschaften zielführend vorangetrieben. Beispielhaft sei dabei die Erarbeitung eines Gemeindlichen Entwicklungskonzeptes (GEK) für die Landgemeinde zu benennen. Eine Einbindung der Gemeinde Schönstedt in dieses ist bereits im Vorgriff auf deren Eingliederung erfolgt.

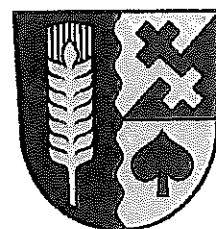
Für die Gemeinde Schönstedt stellt die Eingliederung in die Landgemeinde einen Beitritt in gewachsene Strukturen und ein Fortbestehen ihrer Ortsteile Alterstedt und Schönstedt mit Ortschaftsverfassung in dieser Verwaltungsform dar. Mit der Eingliederung der Gemeinde Schönstedt erfahren die jetzigen in unseren antragstellenden Gemeinden lebenden 6545 Einwohner durch die erweiterte Landgemeinde eine stabile Verwaltungsform.

Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: Info@LG-Unstrut-Hainich.de

Die im Brief genannte e-Mail-Adresse dient nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.



GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Bereits bei der Bildung der Landgemeinde wurde auf das im Landesentwicklungsplan 2025 ausgewiesene Grundzentrum „Großengottern“ verwiesen. Die Erweiterung der Landgemeinde trägt zur Stärkung des bereits im Landesentwicklungsplan 2025 ausgewiesenen Grundzentrums Großengottern bei. Die im LEP geforderten Funktionen werden bereits erfüllt. Ohne auf alle Bereiche eingehen zu wollen, möchten wir die Wichtigsten ansprechen:

Die Grundversorgung bzw. die Daseinsfürsorge sind für alle Einwohner gesichert. Es bestehen Lebensmittelmärkte, Praxen von Allgemeinmedizinerinnen und Zahnärzten, Physiotherapien, Apotheke, Kreditinstitute, Kitas in 5 Orten, zwei Grundschulen, Regelschule, Gymnasium mit dazugehörigen Sporthallen und -plätzen sowie eine Bibliothek und ein Freibad. Die verkehrstechnischen Anbindungen sind durch die B 247, verschiedene Landes- (L 1042, L 2103) und Kreisstraßen, die unsere Gemeinden verbinden, durch ÖPNV und in Großengottern und Schönstedt durch die Anbindung an das Bahnnetz gegeben. Schwerpunkt der nächsten Jahre ist der Bau der Ortsumfahrungen im Verlauf der B 247, um die Ortschaften Großengottern und Schönstedt zu entlasten. Bei stetig wachsendem Verkehrsaufkommen ist das für die Orte von enormer Bedeutung.

Die enge Zusammenarbeit bei kommunalen Zweckverbänden (Trink- u. Abwasser, Gewässerunterhaltung) und Vereinen (gemeinsame Feuerwehrrübungen, gemeinsame Veranstaltungen für alle Senioren) spricht ebenso für sich.

Im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit sind die Gemeinden Schönstedt und Unstrut-Hainich in Trinkwasser-, Abwasser- und Bodenverbänden organisiert. Die Gemeinde Unstrut-Hainich ist durch den Anschluss an die zentrale Trinkwasserversorgung der Ortschaften Großengottern, Flarchheim, Heroldshausen, Mülverstedt und Weberstedt, Mitglied im Trinkwasserzweckverband „Hainich“. Für den Anschluss der Ortschaft Altengottern an die zentrale Trinkwasserversorgung ist die Gemeinde Unstrut-Hainich Mitglied im Verbandswasserwerk Bad Langensalza in der auch die Gemeinde Schönstedt Mitglied ist und von ihr Trinkwasser bezieht. Über diese Verbände besteht schon über Jahrzehnte ein Miteinander.

Im Tourismusverband der Welterberegion sind sowohl die Gemeinde Schönstedt als auch die Landgemeinde vertreten. Als Mitglieder tragen sie zur touristischen Vermarktung unserer Heimatorte bei. Die Mitgliedschaft der Gemeinden in der Regionalen Arbeitsgemeinschaft (RAG) des Unstrut-Hainich-Kreises gewährleistet eine bestmögliche Ausnutzung der vorhandenen Fördermöglichkeiten.

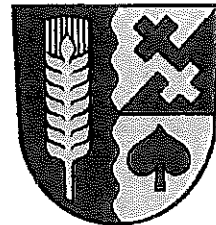
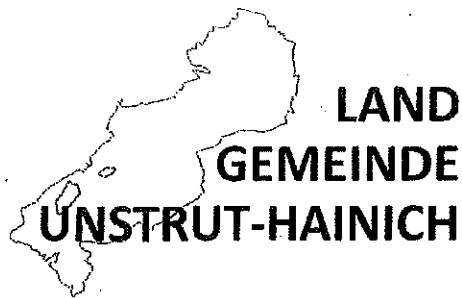
Nicht nur die ausgeprägte Infrastruktur lässt die Menschen hier auf dem Lande gut leben, viele Einwohner haben ihren festen Arbeitsplatz bei großen Arbeitgebern wie z. B. dem Ziegelwerk der Creaton AG in Großengottern, der Agrargenossenschaft Großengottern e. G., der Agrargenossenschaft Mülverstedt e. G., der Sauerkonservenfabrik Schweizer in Großengottern, des Getränkevertriebes Heinemann in Großengottern, dem Flanschenwerk Thal in Schönstedt oder sind in diversen heimischen Handwerkerfirmen sowie in angesiedelten Gewerbegebieten beschäftigt.

Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: Info@LG-Unstrut-Hainich.de

Die im Brief genannte e-Mail-Adresse dient nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.



GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Ein reges Vereinsleben existiert sowohl in den Ortschaften der Gemeinde Unstrut-Hainich als auch in der Gemeinde Schönstedt. Zahlreiche große und kleine Vereine (Fußball, Karneval, Schützen, Feuerwehr, Chöre, Landfrauen und -senioren, Landmaschinen, Reit- u. Hundesport, Kleingarten, Rassegeflügel- und Kaninchenzucht, Heimatvereine) um nur einige zu nennen, gewährleisten Jung und Alt eine sinnvolle und erholsame Freizeitgestaltung. Dabei ist insbesondere zu erwähnen, dass sich im Bereich der Zusammenarbeit der Chöre, welche in den Ortschaften Flarchheim, Großengottern, Mülverstedt und Weberstedt aber auch in der Gemeinde Schönstedt mit verschiedenen Repertoire agieren, in diesem Jahr wieder das jährliches Zusammentreffen in Form eines Chortreffens organisiert wurde.

Im Bereich der kommunalen Daseinsfürsorge bestehen vielfältige Strukturen, die bereits die Grundlage für ein Zusammenarbeiten und -leben sind. Beide Gemeinden sind in einem Wirkungsbereich der Feuerwehr unter demselben Kreisbrandinspektor vereint. Die Feuerwehren der Gemeinde Unstrut-Hainich und der Gemeinde Schönstedt werden bereits zum jetzigen Zeitpunkt bei der Erstellung des Feuerwehrbedarfskonzeptes berücksichtigt.

Mit der Jugendbetreuung ist ein Jugendpfleger in der Landgemeinde beauftragt, dessen gute Arbeit sich mittlerweile über Jahre bewährt hat. Dafür bringt die Gemeinde Unstrut-Hainich einen finanziellen Eigenanteil auf. Organisiert werden überörtliche Sportveranstaltungen (Fußball, Volleyball, Tennis), Spieleabende bis hin zu Lan-Partys, je nach Interesse der Jugendlichen. Bei Ämterbesuchen werden sie begleitet. Selbstverständlich wird die Aufgabe des Jugendpflegers auch um die Tätigkeit in Alterstedt und Schönstedt erweitert.

Die in kommunaler Trägerschaft befindlichen Kindertageseinrichtungen arbeiten schon seit Jahren miteinander zusammen. Zwischen den Leiterinnen der Einrichtungen besteht ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch, der dazu dient, sich über neue Gesetzlichkeiten, über die Zusammenarbeit mit der Verwaltung oder über Personalprobleme zu beraten. Weiterbildungsveranstaltungen werden unter Regie der Fachaufsicht des Kreises gemeinsam organisiert und durchgeführt.

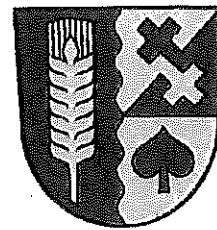
Für den Bauhof der Gemeinde Unstrut-Hainich wird derzeit ein Konzept erarbeitet, bei dem bereits auch der Bauhof der Gemeinde Schönstedt mit einbezogen wird. Der Bauhof der Gemeinde Schönstedt ist bedingt durch minimale Personalbesetzung kaum noch in der Lage, die anstehenden Pflichtaufgaben zu erfüllen. Dies trägt zur Unzufriedenheit der Einwohner bei. Ein Zusammengehen der Bauhöfe, mit dann deutlich höherer und flexiblerer Einsatzkraft, kann Abhilfe schaffen. Die deutlich bessere Ausnutzung des vorhandenen Maschinen-, Geräte- und Fahrzeugparks bringt eine finanzielle Entlastung.

Im Bereich der Seniorenarbeit wird ortsübergreifend zusammengearbeitet, wobei vieles über Wohlfahrtsverbände (AWO, VdK) organisiert wird. Höhepunkt war der jährlich veranstaltete Seniorenfasching, bei dem die Faschingsvereine zusammen ein buntes Programm, im Wechsel jeweils in einem anderen Ort, aufführen. Für die Senioren wird ein kostenloser Bustransfer organisiert. Leider musste dies pandemiebedingt ausfallen, soll aber zielführend wieder stattfinden.

Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: Info@LG-Unstrut-Hainich.de



GEMEINDE SCHÖNSTEDT

Die finanzielle Leistungskraft unserer Gemeinden hängt sehr stark von Größe, verkehrstechnischer Lage und Ansiedlung bestimmter Firmen und damit einhergehenden Gewerbesteuererträgen ab. Nach der Erweiterung der Landgemeinde und der damit verbundenen Neugliederungsprämie würde sich ein Gebilde mit stärkerer Finanzkraft ergeben. Daneben kommt dem gemeinsamen GEK eine besondere Bedeutung zu. So soll ab 2024 auch eine gemeinsame bzw. einheitliche Förderkette genutzt werden, um veranschlagte Investitionen und Vorhaben umzusetzen.

Sämtliche angeführten Gesichtspunkte sprechen für die Eingliederung der Gemeinde Schönstedt in die Gemeinde Unstrut-Hainich.

Allein die bis hierher vorgetragenen Gründe sprechen dafür, dass die Gemeinde Unstrut-Hainich, insbesondere die Ortschaft Großengottern die Vorgaben eines zentralen Ortes erfüllt und auch nach Fortschreibung des LEP 2025 als Grundzentrum bestens weiterbestehen und funktionieren wird. Dabei wird die künftige Ortschaft Schönstedt die zweitgrößte Einheit darstellen.

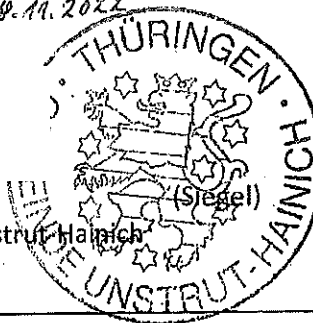
So wie im Eckpunktepapier gefordert, soll die künftige Gemeindestruktur so entwickelt werden, dass die Versorgungs- und Entwicklungsfähigkeit flächendeckend erhalten bleibt. Die Interessen von Gemeinden mit Versorgungs- und Entwicklungsfunktion für ihr Umland sollen besonders berücksichtigt werden. Damit werden die gewachsenen Strukturen und die verbundenen Verflechtungsbeziehungen und traditionellen Bindungen gewahrt, gestärkt und nicht zerschnitten. Die im Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“ getroffene Aussage, dass bei Neugliederung der gemeindlichen Ebene regelmäßig von den Grenzen der derzeitigen kommunalen Strukturen ausgegangen werden soll und die Gebiete dieser Strukturen zusammengeschlossen werden sollen, wird durch die Erweiterung der Landgemeinde Unstrut-Hainich um die jetzige Gemeinde Schönstedt erfüllt.

Letztendlich kann mit der Eingliederung der Gemeinde Schönstedt die Landgemeinde Unstrut-Hainich als zukunfts- und lebensfähige sowie gut funktionierende Einheit zwischen den Mittelzentren Mühlhausen und Bad Langensalza gestärkt werden.

Für unsere Einwohner würde eine Erweiterung der Landgemeinde keine Einschnitte bedeuten und die hier dargestellten überwiegenden Belange des Gemeinwohls würden gegen jedwede andere Entscheidung sprechen.

Schönstedt, den 08.11.2022

Bürgermeister
Landgemeinde Unstrut-Hainich



Gemeinde Schönstedt



Öffnungszeiten:

Montag: 9.00 – 12.00 Uhr
Dienstag: 9.00 – 12.00 und 13.00 – 18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00 – 12.00 Uhr

Telefon: 036022/942-0
Telefax: 036022/942-31
Internet: www.LG-Unstrut-Hainich.de
e-Mail: Info@LG-Unstrut-Hainich.de

Die im Brief genannte e-Mail-Adresse dient nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Unterbodnitz</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Dorfsstraße 10a</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">07646, Unterbodnitz</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gemeinde Unterbodnitz	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfsstraße 10a	Postleitzahl, Ort	07646, Unterbodnitz		
	Name	Organisationsform											
		Gemeinde Unterbodnitz											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfsstraße 10a											
Postleitzahl, Ort	07646, Unterbodnitz												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"><small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse											
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- unzureichende Erfüllung der Aufgaben von VG - Mitgliedland / Täter (aufgrund Kleinteiligkeit der Strukturen) → Leistungsfähigkeit fehlt zur sach- gerechten Erfüllung / Durchführung der Aufgaben - räuml. Nähe zu angrenzenden Mitgliedsgemeinden des VG Suhl. Saaktal	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Unterbodnitz, 25.04.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gemeinde Vogelsberg</td> <td>Gebietskörperschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde Vogelsberg über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Erfurter Straße 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99195 Schloßvippach</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Vogelsberg	Gebietskörperschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Vogelsberg über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Vogelsberg	Gebietskörperschaft									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Vogelsberg über Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6									
Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort		
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilKokG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 und § 3 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilKokG)	
	<i>Stellungnahme zur beabsichtigten Neugliederung, da die Gemeinde Vogelsberg eine der antragstellenden (Gebiets)Körperschaften ist. Begründung: Warum die Gemeinde in das Gesetz zur Neugliederung 2023 aufgenommen werden will.</i>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilKokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilKokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBewG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

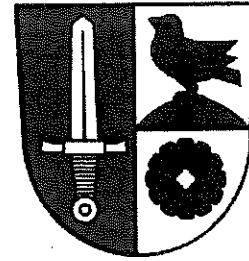
Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift	
Vogelsberg, den 04.05.2023		

GEMEINDE VOGELSBERG

- Der Bürgermeister -

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach • Lütnerer Straße 6 • 99195 Schlößvippach

Thüringer Ministerium für Inneres und
Kommunales
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Posteingang LRA 10.06.2022
Poststelle emark50004
Ifd. Nr.: 00000032
DMS SSID:

022
12

über

Thüringer Landesverwaltungsamt
Referat 240
Jorge-Semprún-Platz 4
99423 Weimar

Posteingang LRA 10.06.2022
Poststelle emark50004F
Ifd. Nr.: 00000032
DMS SSID:

Ihre Nachricht, Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:

Datum:
08.06.2022

Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg

Anlage: 1 Band

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragt die Gemeinde Vogelsberg auf Grundlage des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022

1. die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und
2. die Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg möglichst zum 1. Januar 2023, hilfsweise zum 1. Januar 2024.

Postanschrift: Gemeinde,
Neue Straße 6
99610 Vogelsberg

Postanschrift: VG Gramme-Vippach,
Lütnerer Straße 6
99195 Schlößvippach

Sprechzeiten: Bürgermeister
Montag 17.00 bis 18.00 Uhr

Sprechzeiten: VG Gramme-Vippach
Montag und
Donnerstag 09.00 bis 12.00 Uhr
Dienstag 09.00 bis 12.00 Uhr
13.00 bis 18.00 Uhr
09.00 bis 12.00 Uhr

Telefon 036372 90340
Telefax 036372 97558
E-Mail post@vogel-berg-thueringen.de

Telefon Zentrale 036371 54000
Telefax 036371 54029
Homepage www.gramme-vippach.de
E-Mail post-tele@gramme-vippach.de

* Hinweis zur elektronischen Kommunikation:
Die genannten E-Mail-Adressen dienen nur für den Empfang offizieller Mitteilungen. Eine Haftung für die Verlässlichkeit und den Verschleiß der elektronischen Kommunikation kann nicht übernommen werden.

Hinweis zur Datenverarbeitung:
Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte in der Datenschutz-Gesetzgebung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den nachfolgenden öffentlichen Informationschriften.

Diesem Antrag ist die mit dem Antrag im Zusammenhang stehende Verfahrensakte als Anlage beigelegt, die ebenfalls die Begründung für die beantragte Ausgliederung enthält.

Mit freundlichen Grüßen



Bürgermeister

GEMEINDE VOGELSBERG

- Der Bürgermeister -

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



Neue Straße 3 - 99610 Vogelsberg- Tel.: 036372/90340
E- Mail: post@vogelsberg-thüringen.de

Landratsamt des Landkreises Sömmerda
Kommunalaufsicht
Bahnhofstraße 9
99610 Sömmerda

VG Gramme-Vippach				
AZ:				
Eingang:	01. JUNI 2022			
weiterzuleiten an:				
HA	OA	BA	EWO	STA
KA	ZV	AZV	PA	KÄ

Begründung der Gemeinde Vogelsberg zum Antrag aus der VG Gramme-Vippach zum 01.01.2023 auszutreten und der VG Kölleda beizutreten

Allgemeines

Die Gemeinde Vogelsberg beantragt den Wechsel von der VG Gramme-Vippach zur benachbarten VG Kölleda zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Alle Kommunen liegen im Landkreis Sömmerda.

Die Gemeinde Vogelsberg (700 Einwohner) gehört seit dem 31.12.2019 der zu diesem Zeitpunkt neu gegründeten VG Gramme-Vippach an. Diese VG entstand nach dem Zusammenschluss der vormaligen Verwaltungsgemeinschaften „An der Marke“ und „Gramme-Aue“.

Die VG Gramme-Vippach hat 9.120 Einwohner. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der VG Gramme-Vippach in der derzeitigen Struktur beträgt insgesamt 8.450 Einwohner. Die benachbarte VG Kölleda hat 4.029 Einwohner. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete Einwohnerzahl der VG Kölleda beträgt in der derzeitigen Struktur insgesamt 3.740 Einwohner.

Nach den Ergebnissen der 1. Gemeindebevölkerungsvorausberechnung (1. GemBv) wird die Einwohnerzahl der Gemeinde Vogelsberg bis 2035 konstant bei 700 Einwohner bleiben. Bei einem Wechsel der Gemeinde von der VG Gramme-Vippach zur VG Kölleda würden sich für 2035 daher folgende Einwohnerzahlen ergeben:

- VG Gramme-Vippach 7.750 Einwohner
- VG Kölleda: 4.440 Einwohner

Verflechtungsbeziehungen

Die Gemeinde Vogelsberg und die VG Kölleda sind einander benachbart und weisen untereinander infrastrukturelle, traditionelle und naturräumliche Verflechtungsbeziehungen auf. Diese Verflechtungsbeziehungen sind deutlich enger als zur jetzigen VG Gramme-Vippach.

Durch die räumliche Erweiterung ist für die Einwohner von Vogelsberg das territoriale Zusammengehörigkeitsgefühl verloren gegangen. Ein ursprünglich in Schloßvippach geplantes Bürgerbüro, ist nicht eingerichtet worden. Die meisten Bürgerangelegenheiten und Anfragen werden nun in Großrudestedt bearbeitet. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist Großrudestedt (12Km) für unsere Einwohner nicht zu erreichen. Auch für die Nutzung anderer Verkehrsmittel (Rad, Bus oder Bahn) besteht Straßennetzseitig keine Alternative.

Im Grundzentrum Kölleda (5Km) dagegen, können unsere Einwohner vielfältige Dinge erledigen (Arztbesuche, Apotheke, Einkäufe wie Lebensmittel, Landwaren usw.)

Ein wesentlicher Aspekt, der die zunehmende Verflechtung mit dem Gebiet Kölleda beschreibt, ist die steigende Anzahl von Einwohnern aus Vogelsberg, die im Gewerbegebiet Sömmerda/Kölleda neu geschaffene, interessante und moderne Arbeitsplätze nutzen.

Von den Schülern unserer Gemeinde, die eine weiterführende Schulform nutzen, wird vorrangig das Staatliche Gymnasium „Prof. Fritz Hofmann“ in Kölleda besucht. Die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten der gemeinsamen Sport- und Freizeitgestaltung (Freibad, Sport, Discos etc.) verbinden die Kinder/Jugendlichen aus unseren Dörfern und Städten miteinander.

Es gibt enge Kontakte zu den Vereinen in der VG Kölleda u.a. zu den Schützenvereinen Groß- und Kleinneuhausen zu den Sportvereinen sowie zum Faschingsverein in Kölleda. Einwohner aus Vogelsberg sind in Kölleda aktiv und umgekehrt.

In Kölleda gibt es für die Betreuung und Unterbringung von pflegebedürftigen Personen zwei Altenpflegeheime. Diese werden von den Senioren in unserer Gemeinde vorrangig genutzt. Der kurze Weg für die Angehörigen zu den Einrichtungen ist ein wichtiger Grund dafür.

Die Gemeinde Vogelsberg liegt in einem vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Gebiet. Der ortsansässige Agrarbetrieb war bei der Weiterentwicklung der Gemeinde stets ein wichtiger Partner.

Als Beispiel hierfür sei die Schaffung eines Fernwärmenetzes für ca. 120 Wohngebäude, Kindergarten, Schule und andere kommunale Einrichtungen genannt. Der ursprünglich in Vogelsberg ansässige Betrieb firmierte mit einem Agrarbetrieb in Kölleda. Die Gemeinden Vogelsberg, Klein- und Großneuhausen, sowie Kölleda einschließlich Battgendorf, Beichlingen und Altenbeichlingen haben für viele Belange, die sich aus der landwirtschaftlichen Produktion in ihrem Territorium ergeben, einen gemeinsamen Ansprechpartner.

Die Gemeinde Vogelsberg und die Gemeinden der VG Kölleda sind Mitglieder im Gewässerunterhaltungsverband Untere Unstrut/Helderbach sowie im Trinkwasserzweckverband Thüringer Becken.

Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft

Mit dem Beitritt der Gemeinde Vogelsberg zur VG Kölleda wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Da die Stadt Kölleda als Grundzentrum über eine Zweckvereinbarung und gegen Kostenerstattung einen großen Teil der Verwaltungsarbeit für die VG Kölleda übernimmt, wird auch die Stadt Kölleda durch die Strukturänderung gestärkt. Die VG Gramme-Vippach wird auch nach dem Austritt der Gemeinde Vogelsberg mit ca. 8.400 Einwohnern ausreichend leistungsstark sein.

Die Gemeinde Vogelsberg erhofft sich mehr kompetente und fachliche Unterstützung bei der regionalen Weiterentwicklung unserer Gemeinde zur Stärkung des ländlichen Raumes. Die im Vorfeld des Zusammenschlusses der Verwaltungsgemeinschaften An der Marke und Gramme-Aue geplante KAG zur Durchsetzung dieser Ziele wurde leider nicht weiterverfolgt. Nicht zuletzt durch die Randlage der Gemeinde in der VG Gramme-Vippach, welche wir auch in der VG Kölleda einnehmen würden, versprechen wir uns doch eine für unsere Gemeinde positive interkommunal bessere Zusammenarbeit.

Obwohl die Verwaltung der Kita durch das jetzige Amt als gut eingeschätzt wird, ist geplant hier neue Wege zu gehen und über eine Verwaltungsvereinbarung mit der VG Kölleda die angespannte Arbeitskräftesituation, sowie die Verpflegung und die Kitakosten zu harmonisieren.

Zeitpunkt der Neugliederung

Die Amtszeit des Gemeinschaftsvorsitzenden der VG Kölleda endet zum 31.12.2023. Die Gemeinde Vogelsberg sollte die Möglichkeit haben über den nächsten Gemeinschaftsvorsitz mit zu bestimmen. Daher ist ein In-Kraft-Treten der Neugliederung zum 01.01.2023 notwendig.

Prinzip der Freiwilligkeit

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNNG 2019, S.77).

Bürgermeister



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">Kommune</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">Gemeinde Wünschendorf/E</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">Poststraße 8</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">07570 Wünschendorf</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Kommune	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Wünschendorf/E	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Poststraße 8	Postleitzahl, Ort	07570 Wünschendorf
	Name	Organisationsform									
		Kommune									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Wünschendorf/E									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Poststraße 8									
Postleitzahl, Ort	07570 Wünschendorf										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Geschäfts- oder Dienstadresse Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Geschäfts- oder Dienstadresse Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> Geschäfts- oder Dienstadresse Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	ehrenamtlicher Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	gewünschte Fusion der Kommunen Berga + Wünschendorf/Elster	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Fusion der Kommunen Berga + Wünschendorf/Elster	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wünschendorf 04.07.23	

Gemeinde Wünschendorf/E.
Bürgermeister
Poststraße 8
07570 Wünschendorf/Elster
Tel: (036603) 607857
Fax: (036603) 88246

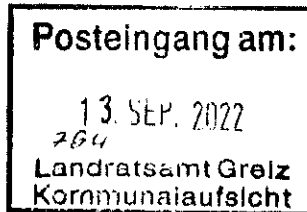


STADTVERWALTUNG BERGA/ELSTER



Stadtverwaltung Berga/E • Am Markt 2 • 07980 Berga/Elster

Kommunalaufsicht
Landratsamt Greiz
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz



buergermeister@
stadt-berga.de

Internet www.stadt-berga.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Gemeindeneugliederung

Sehr geehrter Herr

Berga/Elster, 6. September 2022

Beiliegend erhalten Sie in Abstimmung mit der Gemeinde Wünschendorf die erforderlichen Unterlagen für die Neugliederung der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster zum 1.1.2024 mit der Bitte, den entsprechenden Antrag beim Thüringer Ministerium Für Inneres und Kommunales einzureichen.

Die beiden Protokolle der Sitzungen des Stadtrates Berga und des Gemeinderates Wünschendorf werden erst in der 37. Kalenderwoche von den Gremien bestätigt und nachgereicht.

Eine Begründung des Antrages ist in den Sachdarstellungen der Beschlüsse enthalten.

Sollten noch Unterlagen benötigt werden, teilen Sie uns das bitte mit.

Für Rückfragen stehen Herr Bürgermeister Geelhaar und ich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister

Anlagen

Offnungszeiten:
Dienstag, Freitag: 09:00 - 12:00 Uhr
Dienstag: 14:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 13:00 - 15:00 Uhr

(Termine außerhalb der Öffnungszeiten
nach Vereinbarung)



Stadt Berga/Elster
Bürgermeister



Gemeinde Wünschendorf/Elster
Bürgermeister

Gemeinsamer Antrag der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster auf gemeindliche Neugliederung zum 01.01.2024

Hier: Auflösung der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster zum 31.12.2023 und Bildung einer neuen gemeinsamen und selbständigen Einheitsgemeinde mit dem Namen Stadt „Berga-Wünschendorf“ zum 01.01.2024

Begründung:

Die Stadt Berga/Elster hat mit seinen 13 Ortsteilen momentan ca. 3.200 Einwohner und große strukturelle Probleme. Die Einwohnerzahlen gehen auf Grund der demografischen Entwicklung stetig zurück. Dieser Prozess konnte zwar in den letzten Jahren etwas gehemmt werden, wird sich aber dennoch fortsetzen. So ist davon auszugehen, dass die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2030 die 3000-er Grenze unterschreiten wird und damit Berga/Elster auch den Status als Grundzentrum für die umliegende Region verlieren könnte. Außerdem befindet sich die Stadt Berga/Elster seit 2014 durchgängig in der Haushaltsicherung und ist zum Ausgleich des jährlichen Haushaltsplanes auf Bedarfszuweisungen durch den Freistaat Thüringen angewiesen.

Die Gemeinde Wünschendorf/Elster hat mit seinen 9 Ortsteilen momentan ca. 2.800 Einwohner und ist Mitglied in der Verwaltungsgemeinschaft „Wünschendorf“. Die Selbständigkeit und Einflussnahme auf Beschlüsse der VG ist gering, obwohl Wünschendorf/Elster Einwohnerstärkstes Mitglied ist. Die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten sind zunehmend eingeschränkt, auch weil Wünschendorf/Elster derzeit kein Grundzentrum ist.

Mit dem Zusammenschluss von Berga/Elster und Wünschendorf/Elster zu einer neuen, gemeinsamen und selbständigen Einheitsgemeinde entsteht eine zukunftsorientierte und handlungsfähige neue Stadt mit knapp 6.000 Einwohnern. Sie wird dann die viertgrößte Kommune im Landkreis Greiz sein. Die neue Stadt „Berga-Wünschendorf“ bleibt Grundzentrum für die Region. Eine entsprechende Zusage vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft liegt mit Schreiben vom 03.05.2022 vor.

Berga/Elster und Wünschendorf/Elster verbindet bereits jetzt sehr viel. Es gibt eine gemeinsame Ortsgrenze, d.h. man liegt räumlich nah aneinander. Die Strukturen beider Orte mit je einem Hauptort und mehreren Ortsteilen sind ähnlich. Es gibt gemeinsame Wanderwege und Radwanderwege. Die Wünschendorfer Regelschüler besuchen die Regelschule in Berga/Elster. Der Fluss Weiße Elster mit einer einmaligen und nahezu natürlichen Flusslandschaft verbindet beide Orte ebenso wie die direkte Bahnverbindung mit nur einem Halt in 7 Minuten, dass 18-mal täglich.

Gerade durch die Regelschule gibt es bereits heute eine Vielzahl von gesellschaftlichen Verknüpfungen zwischen unseren beiden Orten, ob Freundschaften oder Freizeitaktivitäten, aber auch Vereinstätigkeiten oder -mitgliedschaften. Auch die Kirchgemeinde oder weitere touristische Infrastruktur sind verbindende Elemente.

Weitere Kooperationen gibt es außerdem in den Bereichen Freiwillige Feuerwehr, den Bauhöfen und in der Bewältigung des Winterdienstes.

Nach der Fusion wird es in der Stadt „Berga-Wünschendorf“ 24 Ortsteile geben, davon 2 mit eigener Ortsteilverfassung und Ortsteilbürgermeistern, nämlich einmal den Ortsteil Berga und einmal den Ortsteil Wünschendorf. Die anderen 22 Ortsteile behalten ihren Status, allerdings ohne Ortsteilverfassung und Ortsteilbürgermeister.

Mit der Neugliederung verbessert sich nicht nur die finanzielle Situation, sondern auch die Außenwirkung wird sich erhöhen. Als viertgrößte Kommune im Landkreis Greiz und Grundzentrum für die umliegende Region wird sich auch die Ausstrahlungskraft gegenüber dem naheliegenden Oberzentrum und kreisfreien Stadt Gera und dem Mittelzentrum und Kreisstadt Greiz erhöhen.

Die neue Stadt „Berga-Wünschendorf“ bietet sich gleichzeitig für kleinere umliegende Kommunen an, durch weitere Neugliederungen in den nächsten Jahren, sich anzugliedern. Der Stadtrat Berga/Elster und der Gemeinderat Wünschendorf/Elster haben den Beschluss zur Neugliederung am 14.07.2022 beschlossen. Der Vertrag über den Zusammenschluss der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster wurde von beiden Bürgermeistern am 23.08.2022 unterzeichnet.

Die Einwohner von Berga/Elster wurden in einer öffentlichen Einwohnerversammlung am 14.06.2022 in Berga/Elster, die Einwohner von Wünschendorf/Elster in insgesamt 4 Einwohnerversammlungen (am 17.05. in Mosen, am 18.05. in Meilitz, am 19.05. und 16.06.2022 in Wünschendorf/Elster) informiert.

Berga/Elster, den 10.10.2022



Bürgermeister

Wünschendorf/Elster, den 10.10.2022



Bürgermeister

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Wüstheuterode</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde Wüstheuterode</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Bei der Kirche 2</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Wüstheuterode</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Wüstheuterode	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Wüstheuterode	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bei der Kirche 2	Postleitzahl, Ort	37318 Wüstheuterode
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Wüstheuterode	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde Wüstheuterode									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bei der Kirche 2									
Postleitzahl, Ort	37318 Wüstheuterode										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtertransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wüstheuterode, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

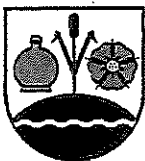
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach-Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

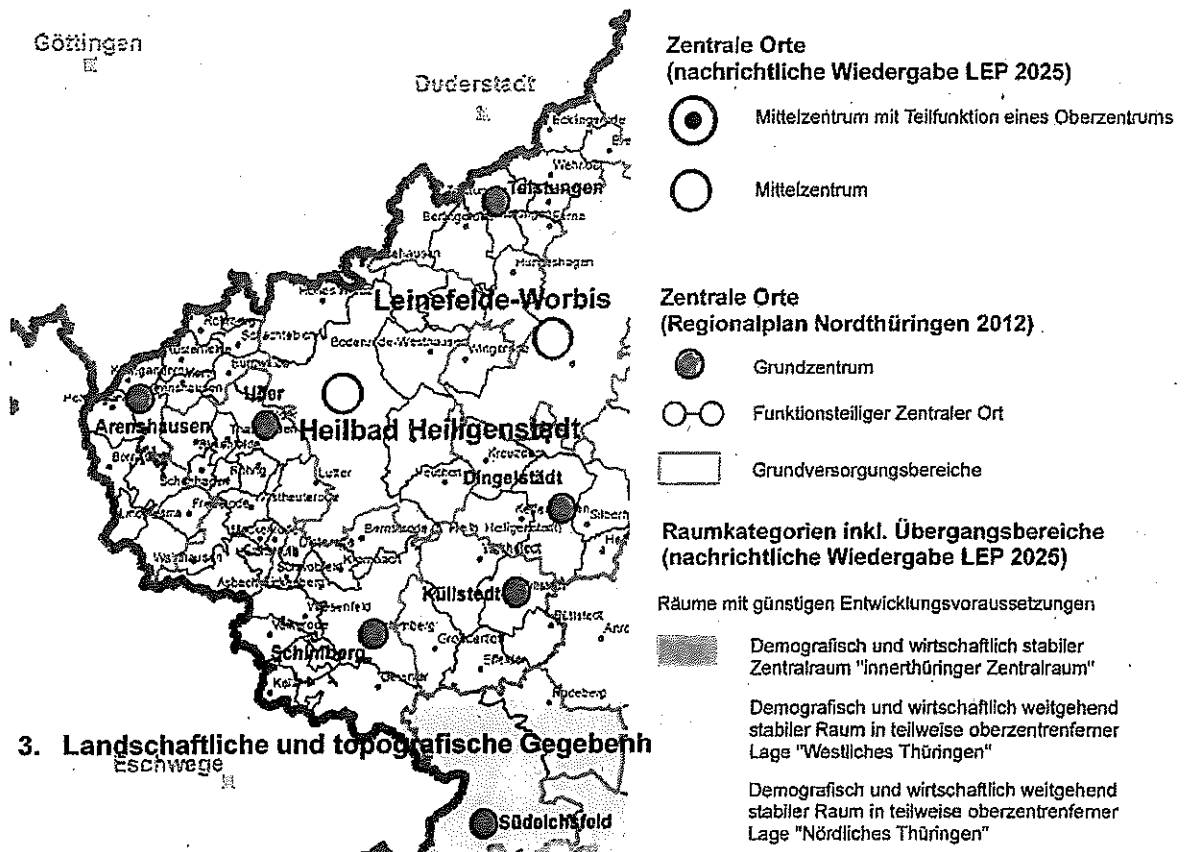
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

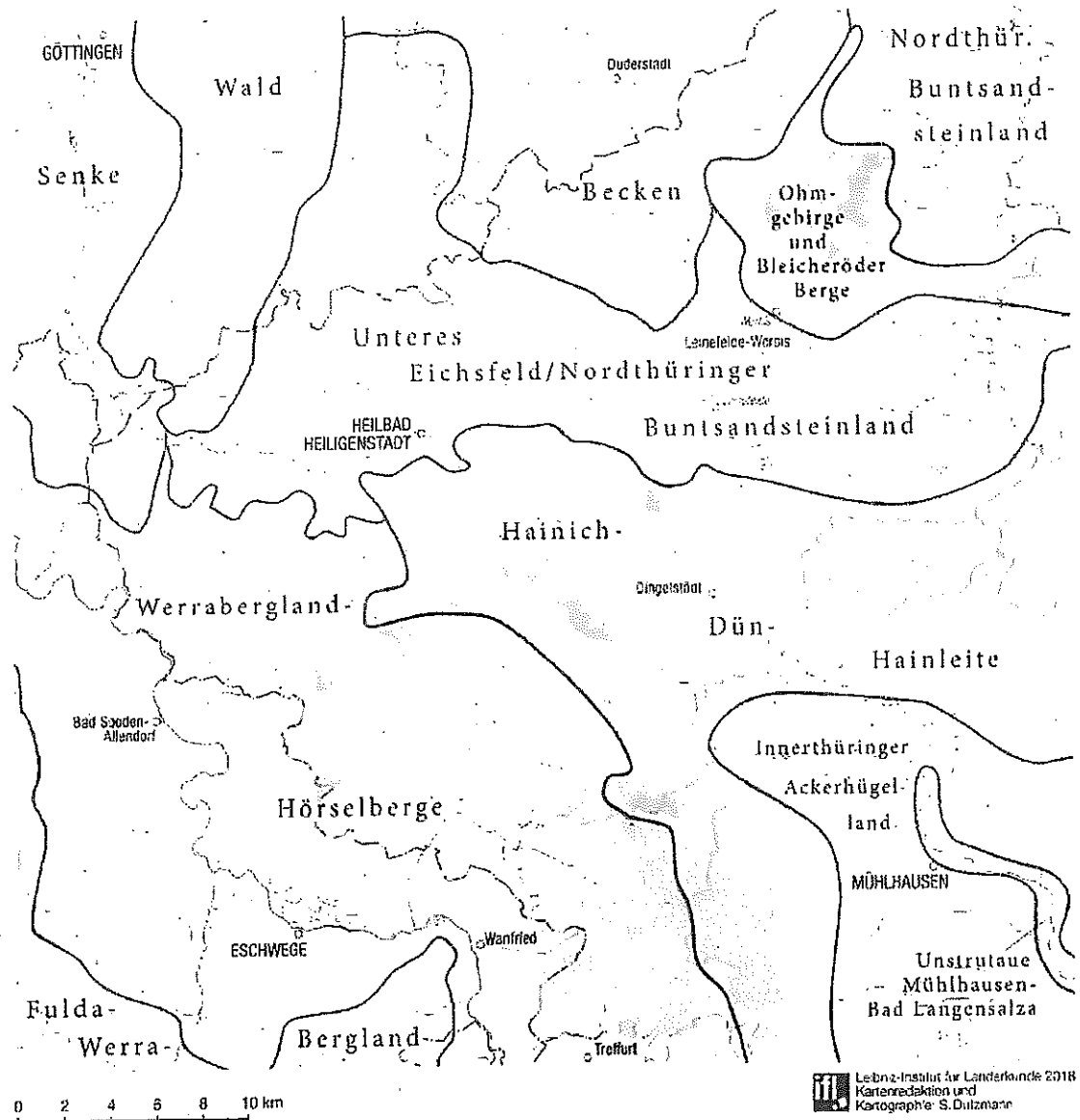


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindezusammenschlusses eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt

*) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönaue.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



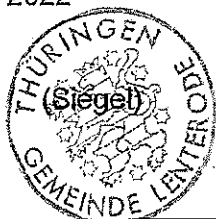
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



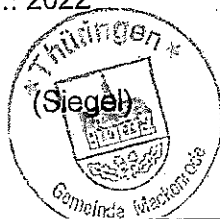
Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



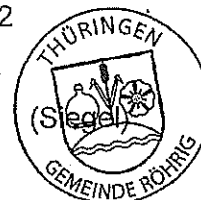
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



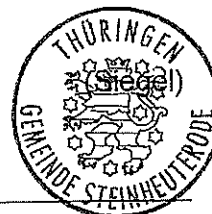
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

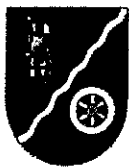




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

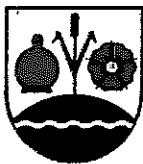
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

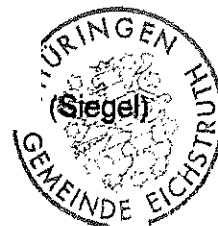
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



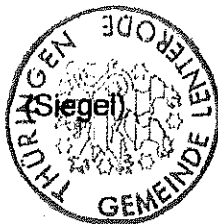
Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



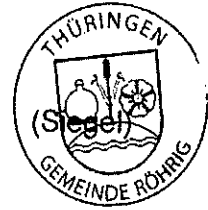
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



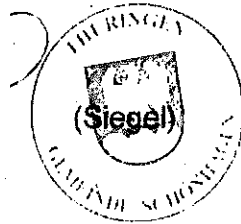
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



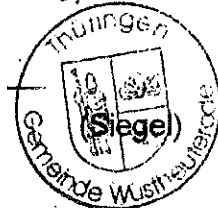
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Der Landeswahlleiter Thüringen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 90 01 63
	Postleitzahl, Ort	99104 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">BÜRGERMEISTER DER LANDGEMEINDE GEORGENTRAL</td> <td style="padding: 5px;">KÖRPERSCHAFT D. ÖFFENTL. RECHTS</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">TAMBACHER STR. 2</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99887 GEORGENTRAL</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	BÜRGERMEISTER DER LANDGEMEINDE GEORGENTRAL	KÖRPERSCHAFT D. ÖFFENTL. RECHTS	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	TAMBACHER STR. 2	Postleitzahl, Ort	99887 GEORGENTRAL
Name	Organisationsform										
BÜRGERMEISTER DER LANDGEMEINDE GEORGENTRAL	KÖRPERSCHAFT D. ÖFFENTL. RECHTS										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	TAMBACHER STR. 2										
Postleitzahl, Ort	99887 GEORGENTRAL										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	HAUPTAMTLICHER BÜRGERMEISTER	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	AUSDRAG AUF EINGLIEDERUNG DER GEMEINDE HERRENHOF IN DIE LANDGEMEINDE GEORGETHAL	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

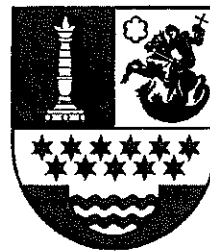
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
GEORGSBÜHNAL, 18.04.2023	

Landgemeinde Georgenthal

mit den Ortschaften Altenbergen, Catterfeld, Engelsbach, Georgenthal, Gospiteroda, Hohenkirchen, Leina, Petriroda, Schönau vor dem Walde und Wipperoda
Erfüllende Gemeinde nach § 51 ThürKO für die Gemeinden Emleben und Herrenhof



Gemeindeverwaltung Georgenthal • Tambacher Str. 2 • 99887 Georgenthal

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales

über

Landratsamt Gotha
Kommunalaufsicht

Posteingang LRA Gotha	
Kommunalaufsicht	
Ild. Nr.	
18. NOV. 2022	
298655	
WV	Kolleg:
RL	

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom:

Datum:

18.11.2022

Antrag auf Bestandsänderung nach § 9 Abs. 1 Thüringer Kommunalordnung

Hier: Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal zum
01.01.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stellen die Landgemeinde Georgenthal und die Gemeinde Herrenhof den Antrag zur Bildung einer neuen Gemeindestruktur gem. Artikel 92 der Verfassung des Freistaats Thüringen und § 9 der Thüringer Kommunalordnung.

Der Gemeinderat der Landgemeinde Georgenthal hat in seiner Sitzung vom 15.09.2022 mit Beschluss Nr. 53/2022 die Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal beschlossen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Herrenhof hat in seiner Sitzung vom 07.11.2022 mit Beschluss Nr. 36/2022 die Auflösung der Gebietskörperschaft seiner Gemeinde und mit Beschluss Nr. 37/2022 die Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal beschlossen.

Im Rahmen der Einwohnerversammlungen der Landgemeinde Georgenthal am 08.09.2022 und der Gemeinde Herrenhof am 24.10.2022 wurden die Einwohner der betroffenen Gemeinden vor den Beschlussfassungen informiert und gehört. Dabei wurden die Gründe des öffentlichen Wohls

Öffnungszeiten der Gemeinde

Mo 09.00-11.00 Uhr
Di 09.00-11.00 Uhr und 14.00-18.00 Uhr
Do 09.00-11.00 Uhr und 14.00-16.00 Uhr
Fr 09.00-11.00 Uhr

nach § 9 Abs. 1 ThürKO ausführlich erörtert. Nach den Beschlussfassungen erfolgte eine Information der Bürger im Amtsblatt der Landgemeinde Georgenthal.

Für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Herrenhof soll gem. § 45a Abs. 11 ThürKO eine Ortschaftsverfassung eingeführt werden. Der bisherige Bürgermeister der aufgelösten Gemeinde Herrenhof soll für die Dauer seiner verbleibenden Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortschaftsbürgermeister ernannt werde. Die bisherigen Gemeinderatsmitglieder sollen für die Dauer der verbleibenden Amtszeit zu Ortschaftsratsmitgliedern werden.

Die mit der Auflösung der Gemeinde Herrenhof und der Eingliederung in die Landgemeinde Georgenthal entstehenden Rechts- und Verwaltungsfragen werden im „Vertrag über die Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal“ festgeschrieben. Diesem Vertrag wurde nach Beratungen in den Gremiensitzungen der Landgemeinde Georgenthal zugestimmt und der Bürgermeister am 15.09.2022 durch Beschluss Nr. 54/2022 zur Unterzeichnung ermächtigt. Der Gemeinderat der Gemeinde Herrenhof beriet ebenfalls über den Vertrag in seinen Sitzungen und ermächtigte den Bürgermeister mit Beschluss Nr. 38/2022 am 07.11.2022 zur Unterzeichnung.

Der Antrag zur Eingliederung der Gemeinde Herrenhof in die Landgemeinde Herrenhof wird über den Dienstweg am 18.11.2022 beim Landratsamt Gotha, Kommunalaufsicht, eingereicht.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister

“ Bürgermeister

Antragsbegründung

Seit der Bildung der Landgemeinde Georgenthal zum 01.01.2020 kann diese auf eine positive Entwicklung in allen Bereichen verweisen. Mit der geplanten Eingliederung der Gemeinde Herrenhof soll dieser Trend fortgeführt werden.

Durch das Einbinden von Herrenhof in die Landgemeinde Georgenthal könnte im Jahr 2035 die Zielgröße von über 6.000 Einwohnern erreicht werden, um nach den Regelungen des Neugliederungsgesetzes als Grundzentrum eingestuft zu werden. Bereits mit der Bildung der Landgemeinde Georgenthal im Jahr 2020 durch den Zusammenschluss der Gemeinden Georgenthal, Hohenkirchen, Petriroda und der Verwaltungsgemeinschaft Leinatal konnte die Funktion eines zentralen Ortes unter Bündelung der vorhandenen Kräfte und Ressourcen wahrgenommen werden und eine umfassende kommunale Daseinsvorsorge gewährleistet werden. Mit der Eingliederung einer weiteren Gemeinde und zeitgleichem Wegfall der erfüllenden Gemeinde könnten die kommunalen Aufgaben selbstständiger umgesetzt werden und es böten sich bessere Gestaltungs- und Planungsmöglichkeiten einschließlich einer effektiveren und flexibleren Mittelverwendung. Zusätzlich könnte ein Anwachsen der Landgemeinde Georgenthal deren Attraktivität als regionaler Arbeitgeber steigern.

Regionale Verflechtungsbeziehungen zwischen der Landgemeinde Georgenthal und der Gemeinde Herrenhof

1. Räumliche Lage, Entfernung zu Grund- und Mittelzentren

Die Gemeinden liegen am Eingang des Thüringer Waldes. Sie befinden sich zwischen den Grundzentren Tambach-Dietharz und Ohrdruf sowie dem Mittelzentrum Gotha. Die Gemeinde Herrenhof befindet sich entlang der L1028 zwischen den Ortschaften Georgenthal und Hohenkirchen der Landgemeinde.

2. Zentralörtliche Einstufung und Zugehörigkeit zu einem mittelzentralen Funktionsraum bzw. Grundversorgungsbereich

Bei der Fusion der Gemeinden erfüllen diese die Funktionen eines zentralen Ortes wobei auch grundzentrale Funktionen gegeben sind.

Aufgrund der räumlichen Nähe zur BAB 4, zur B 247 und zur B 88 sind die Landeshauptstadt Erfurt als Oberzentrum, die Kreisstadt Gotha sowie die benachbarten Grundzentren Ohrdruf, Tambach-Dietharz und Friedrichroda mit dem ÖPNV und dem Individualverkehr für die Bürgerinnen und Bürger der Landgemeinde Georgenthal gut erreichbar. Die Ortschaften der Landgemeinde Georgenthal und die Gemeinde Herrenhof als Teil des mittelzentralen

Funktionsraums Gotha nutzen die durch ihre Lagegunst möglichen Interaktions- und Verflechtungsbeziehungen untereinander.

Die Erweiterung der Landgemeinde Georgenthal entspricht dem Prinzip der Integrierten ländlichen Entwicklung (LEP Thüringen 2025, Ziffer 3.1.2, S.49), das die eigenständige Entwicklung durch kooperatives Handeln fördert. Dies ist in der angestrebten neuen Gebietskörperschaft gegeben.

3. Infrastrukturelle Beziehungen:

3.1. Öffentlicher Personennahverkehr

Mit den Linien der Nahverkehrsgesellschaft des Landkreises Gotha bestehen mehrere Anbindungen an den ÖPNV. Die Linien 845, 846, 850, 851, 852, 853, 857, 860, 865 bieten für die Ortschaften Mobilität u.a. in Richtung Ohrdruf, Tambach-Dietharz, Friedrichroda, Oberhof, Bad Tabarz, Schmalkalden und Gotha. Dabei verbinden mehrere der Linien die Landgemeinde Georgenthal mit der Gemeinde Herrenhof. In Gotha besteht eine Anbindung an den Regional- und Fernverkehr der Deutschen Bahn AG, Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH oder Süd Thüringen Bahn.

3.2 Einkaufsmöglichkeiten

Super- und Discountmärkte Netto, Edeka und Nahkauf, mehrere Bäcker und Fleischer (Ortschaften Georgenthal, Gospiteroda, Schönau v.d.W., Leina), Minimarkt (Ortschaft Petriroda), Bekleidungsgeschäfte, Floristen etc.

3.3 Arbeitsplätze

Im Gebiet der Landgemeinde Georgenthal liegen mehrere Gewerbegebiete (gemeinsames Gewerbegebiet Ohrdruf-Herrenhof-Hohenkirchen, Gewerbegebiet Schönau v.d.W.), die für viele Bürger und Bürgerinnen aller Ortschaften Beschäftigung bieten und durch die räumliche Nähe verkehrstechnisch gut zu erreichen sind. Weiterhin sind mehrere kleine und mittelständische Unternehmen in der Landgemeinde ansässig und die gute Anbindung an das Fernstraßenverkehrsnetz ermöglicht eine rasche Verbindung in die größeren Städte Gotha, Eisenach und Erfurt.

3.4 Dienstleistungen

In den Ortschaften Georgenthal und Schönau v.d.W. befindet sich jeweils eine Arztpraxis für Allgemein Medizin, eine Zahnarztpraxis ist ebenfalls in der Ortschaft Georgenthal

vorhanden. Weitere Dienstleistungen im Bereich der Landgemeinde Georgenthal sind u.a. eine Zweigstelle der Kreissparkasse (Filiale mit Terminals), Post-Filialen, Physiotherapeuten, Kosmetik- und Fußpflegeunternehmen, Apotheke, Friseure, mehrere Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe, Versicherungsgesellschaften, Hundeschule etc.

4. Technische Infrastruktur /interkommunale Zusammenarbeit

- Mitgliedschaft der Landgemeinde Georgenthal und Gemeinde Herrenhof im WAZV Apfelstädt-Ohra
- Mitgliedschaft der Landgemeinde Georgenthal im WAZV Gotha- und Landkreiskommunen
- Mitgliedschaft der Landgemeinde Georgenthal und der Gemeinde Herrenhof im Gewässerunterhaltungsverband Hörsel-Nesse
- Kommunalbeteiligung der Landgemeinde Georgenthal und der Gemeinde Herrenhof in der KEBT
- Kommunalbeteiligung der Landgemeinde Georgenthal in der Ohra-Energie GmbH
- Mitgliedschaft der Landgemeinde Georgenthal bei den Kommunalen Arbeitsgemeinschaften KAG „Rund um den Inselsberg“, KAG „Geopark-Inselsberg-Drei Gleichen“ und „KAG der staatlich anerkannten Erholungsorte“

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge:

5.1 Jugendeinrichtungen

Mehrere Jugendeinrichtungen sind in der Landgemeinde Georgenthal und der Gemeinde Herrenhof vorhanden und werden von Jugendsozialarbeitern des Kreisjugendringes Gotha bzw. der Gemeinde betreut.

5.2 Sportstätten

Sportplätze, Sporthallen (u.a. mit Umkleide- und Sanitärbereich), zwei Schwimmbäder, Kegelbahnen (u.a. mit Umkleide- und Sanitärbereich), Tennisplatz, Skateranlage, Paintballanlage, Bolzplatz etc. sind in der Landgemeinde Georgenthal vorhanden.

5.3 Feuerwehr

Eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Freiwilligen Feuerwehren aller Ortschaften bei der Ausbildung und bei Einsätzen im Einzugsgebiet werden seit jeher großgeschrieben. Die Feuerwehren gehören zum Kreisbrandabschnitt Süd.

5.4 Kindertagesstätten

Unter kommunaler Trägerschaft befinden sich Einrichtungen der Kindertagesstätten in Altenbergen, Georgenthal, Leina, Schönau v.d.W. und Herrenhof.

5.5 Friedhöfe

In allen Orten befinden sich Friedhöfe in kommunaler Trägerschaft.

5.6 Vereine

In den Ortschaften der Landgemeinde finden sich vorrangig ehrenamtliche Vereine:

- Sportvereine (Fußball-, Schützen-, Pferde-, Volleyball-, Tischtennis-, Kegelerverein etc.)
- Kultur-/Heimat- und Geschichtsvereine (Kirmes-, Kulturpflege-, Partnerschafts- und Fördervereine etc.)
- Karnevalsvereine
- Rassegeflügelvereine
- Pfadfinder

6. Traditionelle und historische Verbindungen, Vereine

Die Vereine unserer Region (Kirmesvereine, Faschingsvereine, Sportvereine, Feuerwehrvereine, Traditions- und Kulturvereine) arbeiten in der Region seit vielen Jahren gemeinsam. Gegenseitige Besuche oder gemeinsam organisierte und ortschaftsübergreifende Veranstaltungen sind selbstverständlich.

7. Schulstrukturen

In den Orten Georgenthal und Schönau v.d.W. gibt es jeweils eine staatliche Grundschule (Grundschule „Dr. Louis Mayer“ und Grundschule „Christian Ludwig Brehm“). Die Schüler aus Petriroda besuchen die Grundschule „Burgenland“ in der Gemeinde Drei Gleichen in der Ortschaft Günthersleben Wechmar. Realschulen sind in Tambach-Dietharz („Am Rennsteig“), Friedrichroda („Helene Lange“) und der Gemeinde Drei Gleichen („Burgenland“) vorhanden. Für den gymnasialen Schulweg stehen den Schülern der Landgemeinde Georgenthal das Gymnasium „Ernestinum“ in Gotha, das „Perthes-Gymnasium“ in Friedrichroda sowie das Gymnasium „Gleichense“ in Ohrdruf zur Verfügung.

8. Landschaftliche und topografische Gegebenheiten

Die Landgemeinde Georgenthal liegt zwischen den Bergen und Tälern entlang der Flüsse Leina und Apfelstädt und wird von zahlreichen Bachläufen und Teichen durchzogen und geprägt. Landschaftsprägende Höhenzüge der Region sind der Hirzberg und der Boxberg, die von weitläufigen Wäldern bedeckt sind.

9. Bevölkerungsentwicklung

Statistische Erhebung der Einwohnerzahlen und deren Entwicklung

			Prognose
Gemeinde	31.12.1994	31.12.2022	2035
Landgemeinde			
Georgenthal	7058	7214	5584
Gemeinde			
Herrenhof	853	733	658
Gesamt	7911	7947	6242

Durch die Entstehung von Wohngebieten waren vor allem in den Jahren um die Jahrtausendwende Einwohnerzuwächse zu verzeichnen. Durch die zwischenzeitliche Altersverschiebung war dieser Trend rückläufig. Gegenwärtig tritt ein sogenannter Generationswechsel ein; die von der älteren Generation überwiegend in 1- und 2-Personen-Haushalten bewohnten Häuser werden von jungen Familien übernommen und sorgen so für eine Belebung der Orte.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

Finanzielle Situation der Landgemeinde Georgenthal

Mit Jahresabschluss 2021 konnte die Gemeinde Georgenthal eine freie Finanzspitze in der dauernden Leistungsfähigkeit in Höhe von ca. 2,97 Mio erwirtschaften. Des Weiteren wurden der allgemeinen Rücklage ein Betrag in Höhe von ca. 1,175 Mio Euro zugeführt. Mit Jahresrechnung 2021 hat die Gemeinde Georgenthal somit einen Rücklagenbestand von ca. 4,71 Mio Euro.

Der Haushaltsplan der Gemeinde Georgenthal ist im Haushaltsjahr 2022 und den Finanzplanungsjahren 2023-2025 ausgeglichen. Die Gemeinde Georgenthal kann in jedem Haushaltsjahr die nach § 22 Abs. 1 ThürGemHV geforderte Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt erwirtschaften.

Sowie im Haushaltsjahr 2022 als auch in den Finanzplanungsjahren ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Die im Finanzplan vorgesehen Investitionsmaßnahmen können vollumfänglich aus dem Rücklagenbestand der Gemeinde Georgenthal finanziert werden.

Finanzielle Situation der Gemeinde Herrenhof

In der Gemeinde Herrenhof liegt keine beschlossene Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 vor. Zu dem derzeitig vorliegenden Entwurf ist es notwendig ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen, da die Übersicht über die dauernde Leistungsfähigkeit sowohl in den Vorjahren als auch in den Finanzplanungsjahren Fehlbeträge ausweist.

11. Bau- und Gewerbegebiete einschließlich der konkreten Lage

- Planungsverband „Gemeinsames Gewerbegebiet Ohrdruf – Herrenhof – Hohenkirchen“
- Gewerbegebiet Schönau v.d.W. in Richtung Wipperoda
- Gewerbeflächen Herrenhof Richtung Hohenkirchen

12. Derzeitige Ortschaften mit Ortschaftsverfassung

Die Landgemeinde Georgenthal beinhaltet die Ortschaften mit Ortschaftsverfassung: Altenbergen, Catterfeld, Engelsbach, Georgenthal, Gospiteroda, Hohenkirchen, Leina, Petriroda, Schönau v.d.W. und Wipperoda.

13. Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften

Angrenzende Gebietskörperschaften werden durch die Bildung der erweiterten Landgemeinde in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht beeinträchtigt. Bestehende Kommunalstrukturen werden in ihrer Gesamtheit zusammengefasst. Die Stadt Gotha als Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums hat Möglichkeiten der Vergrößerung in Richtung Norden, Osten und Westen. Damit wird die für Thüringen prägende Vielfalt bewahrt (siehe Untertitel LEP).

Die an die Gemeinde Georgenthal angrenzende Stadt Tambach-Dietharz ist im LEP Thüringen 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Die gemeinsame Bildung einer Landgemeinde mit den Gemeinden Emleben, Georgenthal, Herrenhof, Hohenkirchen, Leinatal, Petiroda und der Stadt Tambach-Dietharz scheiterte im Vorfeld.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Saale-Holzland-Kreis, vertreten durch den Landrat</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Im Schloß</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07607 Eisenberg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Saale-Holzland-Kreis, vertreten durch den Landrat	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Schloß	Postleitzahl, Ort	07607 Eisenberg
Name	Organisationsform										
Saale-Holzland-Kreis, vertreten durch den Landrat	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Schloß										
Postleitzahl, Ort	07607 Eisenberg										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wahrnehmung bzw. Erfüllung öffentlicher Aufgaben des Staates oder andere Körperschaften öffentlichen Rechts sowie Verwaltung überörtlicher Angelegenheiten im Landkreis	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Ablehnung des Austritts der Gemeinde Unterbodnitz aus der Verwaltungsgemeinschaft (VG) "Hügeland/Täler" und Zuordnung zur VG "Südliches Saaleetal". Die Entlassung der Gemeinde aus der VG "Hügeland/Täler" hat für die übrigen Mitgliedsgemeinden eine Erhöhung der Verwaltungsgemeinschaftsumlage zur Folge. Der Austritt einer Gemeinde mit (nur) 189 Einwohnern führt zu keiner erheblichen Reduzierung der Verwaltungsaufgaben. Die Mehrausgaben, welche die anderen Gemeinden zu tragen hätten, würden zu einer weiteren Minderung der Leistungsfähigkeit dieser führen. Es sollte eine ganzheitliche Lösung für die Verwaltungsgemeinschaft angestrebt werden.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Eisenberg, 26.04.2023	

SAALE-HOLZLAND-KREIS DER LANDRAT

Landratsamt Postfach 1310 07602 Eisenberg
Vorab per E-Mail

Thüringer Ministerium
für Inneres und
Kommunales
Abteilung 3
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Aktz	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ant
M	01. Juni 2022				
S					
1	2	3	4		



07607 Eisenberg, im Schloß
Telefon 036691 70-100
Fax: 036691 42-160
E-Mail: landrat@lrashk.thueringen.de
De-Mail: landrat@saaleholzlandkreis.de-mail.de
Bedingungen zur Nutzung unserer elektronischen Postzugänge siehe: www.saaleholzlandkreis.de

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unsere Zeichen/ AZ

Datum
25.05.2022

Antrag der Gemeinde Unterbodnitz auf Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft „Hügelland-Täler“ und Zuordnung zur Verwaltungsgemeinschaft „Südliches Saaleetal“
hier: Stellungnahme des Saale-Holzland-Kreis zur Anhörung gem. § 46 Abs. 1 S. 2 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO)

Sehr geehrte Frau

mit Schreiben vom 29.04.2022 teilten Sie uns mit, dass der Antrag der Gemeinde Unterbodnitz auf Strukturänderung dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales am 31.03.2022 auf dem Postweg zugegangen ist und baten gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO hierzu Stellung zu nehmen.

Nach Beteiligung aller Fachämter des Landratsamtes teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Gegen die Entlassung der Gemeinde Unterbodnitz aus der Verwaltungsgemeinschaft Hügelland-Täler bestehen seitens des Landkreises erhebliche Bedenken.

Entsprechend § 46 Abs. 1 S. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, soweit Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Gründe des öffentlichen Wohls stehen der Bildung, Änderung und Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft insbesondere dann nicht entgegen, wenn die Maßnahme der Stärkung der Selbstverwaltungs- und Leistungskraft ihrer Mitglieder dient. Für die Entlassung von Mitgliedsgemeinden ist grundsätzlich Voraussetzung, dass die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsgemeinschaft gewahrt bleibt; andernfalls stünden der Entscheidung Gründe des öffentlichen Wohls entgegen (vgl. Uckel/Dressel/Noll, Thüringer Kommunalordnung, 93. Egl., Tn. 1.1 zu § 27).



Allgemeine Sprechzeiten
Vormittag
Mo - Di 08.30 bis 12.00 Uhr
Do - Fr 08.30 bis 12.00 Uhr
Mittwoch keine Sprechzeit
Nachmittag
Di 13.30 bis 15.30 Uhr
Do 13.30 bis 17.30 Uhr

Haus- und Lieferanschrift
im Schloß 07607 Eisenberg
Telefon 036691 115
Telefax 036691 70-166
E-Mail poststelle@lrashk.thueringen.de



Die Verwaltungsgemeinschaft Hügelland-Täler hat 4.947 Einwohner (Stand: 31.12.2020). Hiermit zählt sie zu einer der kleineren Verwaltungsgemeinschaften in Thüringen. Ihr gehören 22 Mitgliedsgemeinden an.

Die Verwaltungsgemeinschaftsumlage beträgt seit dem Jahr 2020 159 Euro pro Einwohner. Hiermit liegt sie 18 Euro über dem Landesdurchschnitt. Ursächlich für den Großteil der Ausgaben der Verwaltungsgemeinschaft sind die Personalausgaben, die mithin 85 % des Verwaltungshaushaltes umfassen.

Die Entlassung der Gemeinde Unterbodnitz hätte für die (Rest-)Gemeinden eine weitere Erhöhung der Umlage zur Folge, da nicht mit einer Minderung des Verwaltungspersonals zu rechnen ist. Der Austritt einer Gemeinde mit (nur) 189 Einwohnern führt nicht zu einer erheblichen Reduzierung der Verwaltungsaufgaben insgesamt.

Die Mehrausgaben, welche die anderen Gemeinden dann zu tragen hätten, würden zu einer weiteren Minderung der Leistungsfähigkeit der verbleibenden Gemeinden führen. Allein für 10 von 22 Mitgliedsgemeinden besteht derzeit die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts. Ohne die Zuweisung zur Stärkung der kreisangehörigen Kommunen in diesem Jahr und dem Vorjahr würde diese Pflicht nach § 53a Abs. 1 ThürKO noch mehr Mitgliedsgemeinden treffen.

Die von der Gemeinde Unterbodnitz vorgetragenen Gründe für einen Wechsel zur Verwaltungsgemeinschaft Südliches-Saaletal können zum Teil nachvollzogen werden. Es ist bekannt, dass einige Defizite bei der Aufgabenerfüllung durch die Verwaltungsgemeinschaft vorhanden sind. Doch sollte u.E. eine ganzheitliche Lösung für die Verwaltungsgemeinschaft angestrebt werden. Der Austritt einer einzelnen Gemeinde führt nicht zu einer Verbesserung, sondern wie bereits oben erwähnt, eher zu einer Verschlechterung der Situation für die (Rest-)Gemeinden, indem eine Minderung der Leistungsfähigkeit der (Rest-)Verwaltungsgemeinschaft zu erwarten ist.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt; Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">Stadt Amt Creuzburg</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">VG - Heinrich - Herrathel, Stadt Amt Creuzburg</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Praetorisplatz 2</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99831 Amt Creuzburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Stadt Amt Creuzburg	Geschäfts- oder Dienstadresse	VG - Heinrich - Herrathel, Stadt Amt Creuzburg	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Praetorisplatz 2	Postleitzahl, Ort	99831 Amt Creuzburg
	Name	Organisationsform									
		Stadt Amt Creuzburg									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	VG - Heinrich - Herrathel, Stadt Amt Creuzburg									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Praetorisplatz 2									
Postleitzahl, Ort	99831 Amt Creuzburg										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteiligungG)	
	Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteiligungG)	
	• Die Stadt Amt Creuzburg befürwortet den freiwilligen Beitritt der Gem. Frankroda zum Amt Creuzburg. • Erarbeitung und Verabschiedung eines Vertrages über den Beitritt.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteiligungG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Dmt Greizburg, 25.4.2023	

An das
Thüringer Ministerium für
Inneres und Kommunales
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Betrifft: Antrag auf Gebietsänderung, Begründung
hier: Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg

Sehr geehrter Herr Minister Georg Maier,

die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda stellen aufgrund ihrer Beschlüsse des Gemeinderates Frankenroda und des Stadtrates der Stadt Amt Creuzburg und nach vorherigen Einwohnerversammlungen den Antrag auf Gebietsänderung gemäß § 9 ThürKO mit dem Ziel des Beitritts der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Die Beschlüsse hatten folgende Abstimmungsergebnisse:
Gemeinderat der Gemeinde Frankenroda tagte am 29. März 2022. Von 7 Stimmberechtigten (6 Gemeinderatsmitglieder + die Bürgermeisterin) waren 6 Gemeinderatsmitglieder und die Bürgermeisterin anwesend. Mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wurde der Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg beschlossen.

Stadtrat der Stadt Amt Creuzburg tagte am 22. Juni 2022. Von 21 Stimmberechtigten (20 Stadtratsmitglieder + der Bürgermeister) waren 15 Stadtratsmitglieder und der Bürgermeister anwesend. Mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wurde die Eingliederung der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg beschlossen.

Den Beschlussfassungen in den Parlamenten gingen Einwohnerversammlungen in beiden Kommunen voraus, in denen die Bürger angehört wurden. Es wurden keinerlei Bedenken gegenüber dem Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg vorgetragen.

Begründung zur Entscheidung:

Räumliche Lage, Entfernung zu Grund- und Mittelzentren:

Mit der Bildung der Stadt Amt Creuzburg zum 1. Januar 2020 mit den Ortsteilen Creuzburg, Scherbda, Mihla und Ebenshausen wurde die Gemeinde Frankenroda von drei Seiten hinsichtlich der Angrenzung von der Stadt Amt Creuzburg eingeschlossen. Lediglich nach Westen zu entlang der Werra grenzt die Stadt Treffurt an. Nach Nordosten gibt es eine kleine gemeinsame Grenze zur Nachbargemeinde Nazza.

Die Verkehrsanbindung zu Treffurt und Nazza sind allerdings, außer durch Radwege und Feldwege, nicht vorhanden, während die Kreisstraße K5 Frankenroda mit den Ortsteilen Ebenshausen und Mihla der Stadt Amt Creuzburg verbindet.

Die Stadt Amt Creuzburg ist durch den Ortsteil Mihla nach dem Landesentwicklungsprogramm 2025 und dem Regionalplan Südwestthüringen als Grundzentrum ausgewiesen. Durch den Zusammenschluss der Gemeinde Frankenroda mit der Stadt Amt Creuzburg würde eine Stärkung des Grundzentrums erfolgen.

Die Funktionen der Daseinsvorsorge der Gemeinde Frankenroda sind ohnehin auf Mihla und die dortigen Möglichkeiten ausgerichtet.

Infrastrukturelle Beziehungen:

Die Erreichbarkeit der Stadt Amt Creuzburg mit dem neuen Ortsteil Frankenroda im öffentlichen Nahverkehr in 10 Minuten und 5 Minuten im motorisierten Individualverkehr wird nicht überschritten.

Gleichwohl sind die aktuellen Angebote im öffentlichen Nahverkehr sehr ausgedünnt und werden immer wieder hinsichtlich einer besseren Anbindung durch die Stadt Amt Creuzburg angemahnt. Über Jahrzehnte hinweg gibt es gewachsene Pendlerstrukturen und Bewegungen der Frankenrodaer Bürgerinnen und Bürger, die in den Betrieben und Firmen im Gebiet der Stadt Amt Creuzburg, insbesondere im Ortsteil Mihla, arbeiten. Über Mihla ist die Erreichbarkeit der Stadt Eisenach gegeben. Besonders intensive infrastrukturelle Beziehungen bestehen im Bereich der Kinderbetreuung und der Schulbildung. Viele Eltern aus Frankenroda nutzen die Angebote der beiden Kitas im OT Mihla, die Regelschüler aus Frankenroda werden in der sanierten und ausgebauten Regelschule „Thomas Müntzer“ in Mihla unterrichtet.

Interkommunale Zusammenarbeit:

Die Aufgaben der Trinkwasserversorgung und der Entwässerung werden im OT Mihla durch den WAZ Heiligenstadt wahrgenommen. Frankenroda wird ebenfalls durch den WAZ betreut, wodurch sich hinsichtlich der Stabilität der Versorgung keine Veränderung ergeben wird.

Die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda verbindet seit Jahren gemeinsame gemarkungsübergreifende Projekte, so der Verlauf des zentralen Werratalradweges, aber auch verschiedene Projekte im Zusammenhang mit der Werratouristik.

Die touristische Infrastruktur ist durch verbindende Wander- und Reitwege, gemeinsame Vermarktung von touristischen Attraktionen, wie das „Dr. Ernst Wiedemann“ Bad in Mihla, die Mountain-Bike Strecke bei Ebenau, die Museen und Ausstellungen in Creuzburg und Mihla, sehr intensiv entwickelt. Für die Stadt Amt Creuzburg kämen mit dem Beitritt der Gemeinde die Angebote in Frankenroda, so das „Holzmuseum“, eine private Bierbrauerei, das Naherholungsgebiet „Probsteizella“ mit Campingplatz, Gaststätte, Reitanlagen sowie sportlichen Bereichen inklusive der intensiv ausgebauten touristischen Infrastruktur am Werraufer hinzu und könnten gemeinsam besser vermarktet, unterhalten und betrieben werden.

Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge:

Die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda gehören zu einem Brandabschnitt im Wartburgkreis. Die Aufgaben des abwehrenden Brandschutzes werden durch die jetzigen Stützpunktfeuerwehren Creuzburg und Mihla wahrgenommen.

Die Zusammenarbeit, insbesondere mit der Stützpunktwehr Mihla, mit der FFW Frankenroda hat seit Jahren ein stabiles Niveau erreicht.

Mit dem Beitritt der Gemeinde Frankenroda ist geplant, hinsichtlich der Wehren in Frankenroda und Ebenhausen vor dem Hintergrund ständiger Personalprobleme und der Beschaffung von Feuerwehrentechnik über neue und intensivere Strukturen nachzudenken, die Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausbildung, auf ein höheres Niveau zu bringen, ohne das Bestehen der jeweiligen Wehren anzugreifen.

Hier wird den beiden Stützpunktwehren der Stadt Amt Creuzburg und dem Stadtbrandmeister die Hauptaufgabe in der Erarbeitung und Umsetzung dieser Strukturen zukommen.

Kindertagesstätten sind in der Stadt Amt Creuzburg flächendeckend und bedarfsgerecht vorhanden. Es gibt drei kommunale Einrichtungen (eine in Creuzburg und zwei in Mihla) unter freier Trägerschaft, die schon jetzt auch durch Kinder aus Frankenroda genutzt werden.

In Frankenroda ist ein Jugendclub in Eigenregie vorhanden. Dieser könnte beim Beitritt zur Stadt Amt Creuzburg in die Vertragsverhältnisse mit der Johanniter-Unfallhilfe e. V., als Träger der Jugendarbeit, eingebunden werden und so unter fachgerechter Anleitung eine höhere Ausstrahlung erreichen.

In der Stadt Amt Creuzburg sind kommunale Spiel-, Sport-, Bolz- und Übungsplätze sowie kommunale Turnhallen vorhanden, die auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen und entsprechend genutzt werden. Der Spielplatz in Frankenroda würde unter der Maßgabe und nach dem Wunsch der Frankenrodaer Bürgerinnen und Bürger in dieses System eingebunden und durch die Stadt gefördert werden.

Beide Kommunen, die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda, betreiben eigene Bürgerhäuser. Deren Betreuung würde mit dem Beitritt nach einem einheitlichen Konzept erfolgen und allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda besitzen eigene Friedhöfe, die durch die Stadt bzw. durch die Gemeinde unterhalten und finanziert werden. Nach dem Wunsch der Gemeinde Frankenroda soll nach dem Beitritt der Gemeinde der Friedhof in Frankenroda nach dem Beispiel des Orteils Mihla neugestaltet werden.

Traditionelle und historische Verbindungen:

Das „Amt Creuzburg“ war in der Vergangenheit eine Verwaltungsstruktur in unserer Region, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Bestand hatte.

Zum historischen „Amt Creuzburg“ gehörten vom 15. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts neben der Amtsstadt Creuzburg, mit dem Sitz des Amtes auf der Burg, weitere Adels- und Amtsdörfer des heutigen Wartburgkreises, die sich weitgehend mit den Mitgliedsgemeinden der jetzigen Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal decken. Lediglich die Dörfer Nazza, Lauterbach und Hallungen zählten aufgrund der kleinstaatlichen Strukturen zum Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha und gehörten dadurch zeitweise dem „Amt Hainek“ an, hatten aber trotzdem durch Besitzverschränkungen und Rechte immer enge Verbindungen zum „Amt Creuzburg“.

Das trifft auch auf die Gemeinde Frankenroda zu, die aber juristisch durch das „Amt Creuzburg“ geleitet wurde.

Mit der Gründung der Stadt Amt Creuzburg sollte auf historischer Wurzel bei einer über Jahrhunderte hinweg bestehender Identität zu dieser Verwaltungsstruktur wiederbelebt werden.

Dies birgt die Möglichkeit in sich, dass sich andere Gemeinden des ehemaligen Amtes der neuen Einheitsgemeinde anschließen können, ohne ihre historische Identität zu verlieren.

Genau dies geschieht jetzt mit dem Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg.

Die Identifikation mit der neuen Struktur und den jeweiligen Kommunen ist somit auch aus der Historie begründet.

Bevölkerungsentwicklung:

Einwohnerzahlen Stand 31.12.2021:

- Stadt Amt Creuzburg: 4694
- Gemeinde Frankenroda: 320

Der demographische Wandel wirkt sich auch in den ländlich geprägten Gemeinden des Wartburgkreises aus.

Allerdings ist es in den letzten Jahren gelungen, den Rückgang der Einwohnerzahlen zu bremsen, zu minimieren. Frankenroda weist seit einigen Jahren sogar leichte Zuwächse zur Einwohnerzahl aus.

Zukünftig wird sich die wirtschaftlich stabile Situation der Stadt Amt Creuzburg positiv auch auf die beitretende Gemeinde Frankenroda auswirken.

Mit der Erweiterung der Stadt Amt Creuzburg könnten auch auf Bezug der Einwohnerentwicklung günstige Voraussetzungen geschaffen werden, den allgemeinen Trend des Bevölkerungsrückganges zu stoppen, ins Gegenteil zu verkehren und zudem Anreiz dafür zu schaffen, dass weitere Gemeinden des früheren „Amtes Creuzburg“ der nunmehrigen Einheitsgemeinde beitreten!

Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden:

Durch die Eingliederung werden finanzielle Ressourcen gebündelt. Dies ermöglicht auch dringend benötigte Investitionen in größerem Umfang in den dann einzelnen Ortsteilen, insbesondere in Frankenroda.

Die Gemeinde Frankenroda erreicht seit Jahren Einnahmen z. B. aus Gewerbesteuern in Höhe von bis zu 40.000 € und verfügt über eine Rücklage in Höhe von etwa 140.000 €.

Die Stadt Amt Creuzburg verfügt über eine solide Haushaltssituation. Diese wird durch den Beitritt der Gemeinde Frankenroda weiter stabilisiert und ausgebaut.

Die Fusionsprämie des Landes ist natürlich kein ausschließlicher aber ein wesentlicher Punkt in der Entwicklung des Beitritts.

Im Beitrittsvertrag wurde von der Gemeinde Frankenroda festgeschrieben, welche investiven Maßnahmen zukünftig umgesetzt werden sollen. Dem hat der Stadtrat der Stadt Amt Creuzburg zugestimmt.

Ortsteile mit Ortsteilverfassung:

Nach dem Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg wird diese aus den Ortsteilen Creuzburg, Scherbda, Mihla, Buchenau, Ebenshausen und Frankenroda bestehen.

Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften:

Die Stadt Amt Creuzburg und die Gemeinde Frankenroda gehören der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal an.

Die jetzigen Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal, die bestrebt sind, ihre Eigenständigkeit in der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal so lange wie möglich zu wahren, werden durch den Beitritt der Gemeinde Frankenroda zur Stadt Amt Creuzburg nicht nachhaltig geschwächt.

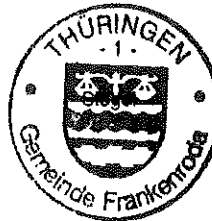
Wir bitten daher um wohlwollende Prüfung unseres Antrages auf Gebietsänderung.

Stadt Amt Creuzburg, Gemeinde Frankenroda, am 23.08.2022

Bürgermeister der Stadt Amt Creuzburg:



Bürgermeister der Gemeinde Frankenroda:



Anlagen:

- Vertrag über die Eingliederung zwischen der Gemeinde Frankenroda und der Stadt Amt Creuzburg mit Anlage 1 und 2
- Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Frankenroda vom 31.05.2022 zur Eingliederung der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg mit der Erklärung zur formellen Rechtmäßigkeit des Beschlusses
- Beschluss des Stadtrates der Stadt Amt Creuzburg vom 23.06.2022 über die Eingliederung der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg mit der Erklärung zur formellen Rechtmäßigkeit des Beschlusses

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeinde-neugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle; font-size: 1.2em;">Bürgermeister</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle;">Stadt Amt Creazburg</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle;">Michael-Prætorius-Platz 2</td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle;">99831 Amt Creazburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Bürgermeister	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadt Amt Creazburg	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Michael-Prætorius-Platz 2	Postleitzahl, Ort	99831 Amt Creazburg
	Name	Organisationsform									
		Bürgermeister									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadt Amt Creazburg									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Michael-Prætorius-Platz 2									
Postleitzahl, Ort	99831 Amt Creazburg										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

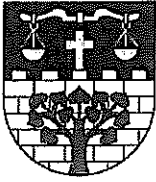
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister der Stadt Amt Creuzburg	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Prüfantrag an Freistaat Thüringen hinsichtlich der Möglichkeit der Stadt Amt Creuzburg, zukünftig als erfüllende Gemeinde für die restlichen Gemeinden der VG Hainich-Werratal tätig zu werden	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Laufende Anhörung zum Gesetzgebungs- vorhaben	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Amt Creuzburg, 13.06.2023	

Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal
 Stadt Amt Creuzburg
 Michael-Platz 2
 99131 Amt Creuzburg

 Stadt Amt Creuzburg	Sitzungsvorlage
	Sitzung-Nr. StR/2023/034
	öffentlich – beschließend –
Stadtrat Sitzungsdatum: 08.06.2023	Hauptabteilung
	Sachbearbeiter/in:

**TOP 07 Beanstandung des Beschlusses der Sitzung vom 4. Mai 2023
(Prüfauftrag zur Gebietsreform an das Land)**

Feststellungsbeschluss - Nichtigkeit des Beschlusses vom 04. Mai 2023 mit dem Beschlusstext: "Der Stadtrat des Amtes Creuzburg beschließt auf seiner Sitzung am 04. Mai 2023 den Bürgermeister zu beauftragen, dem Freistaat Thüringen den Wunsch der Stadt Amt Creuzburg anzutragen, künftig die Aufgaben einer erfüllenden Gemeinde für die Gemeinden Berka vor dem Hainich, Bischofroda, Lauterbach, Nazza und Krauthausen zu übernehmen. Dies soll sowohl gegenüber dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium erfolgen, als auch durch eine entsprechende Rückmeldung in der aktuell laufenden Anhörung der kommunalen Spitzenverbände"

Der Beschluss vom 04. Mai 2023 trägt keine Beschlussnummer.

Sachvortrag:

Der in der Stadtratssitzung am 04. Mai 2023 gefasste Beschluss „Der Stadtrat des Amtes Creuzburg beschließt auf seiner Sitzung am 04. Mai 2023 den Bürgermeister zu beauftragen, dem Freistaat Thüringen den Wunsch der Stadt Amt Creuzburg anzutragen, künftig die Aufgaben einer erfüllenden Gemeinde für die Gemeinden Berka vor dem Hainich, Bischofroda, Lauterbach, Nazza und Krauthausen zu übernehmen. Dies soll sowohl gegenüber dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium erfolgen, als auch durch eine entsprechende Rückmeldung in der aktuell laufenden Anhörung der kommunalen Spitzenverbände" wurde unter formalen Verstößen gegen die Kommunalordnung und die Geschäftsordnung der Stadt Amt Creuzburg gefasst und ist somit ungültig.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stellt in seiner Sitzung am 08. Juni 2023 die Nichtigkeit des Beschlusses: „Der Stadtrat des Amtes Creuzburg beschließt auf seiner Sitzung am 04. Mai 2023 den Bürgermeister zu beauftragen, dem Freistaat Thüringen den Wunsch der Stadt Amt Creuzburg anzutragen, künftig die Aufgaben einer erfüllenden Gemeinde für die Gemeinden Berka vor dem Hainich, Bischofroda, Lauterbach, Nazza und Krauthausen zu übernehmen. Dies soll sowohl gegenüber dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium erfolgen, als auch durch eine entsprechende Rückmeldung in der aktuell laufenden Anhörung der kommunalen Spitzenverbände" fest.

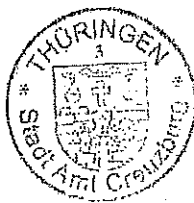
Abstimmungsergebnis:


Sitzung Nr.: StR/2023/034
Beschluss-Nr.: StR 2023/757

Gesetzliche Anzahl der Gremiumsmitglieder und des Bürgermeisters	21
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder und des Bürgermeisters	20
Ja - Stimmen	19
Nein - Stimmen	1
Stimmenthaltung	/
Persönlich beteiligt	/

Bürgermeister

Protokollant/in



 Stadt Amt Creuzburg	Sitzungsvorlage
	Sitzung-Nr. StR/2023/034
	öffentlich – beschließend –
Stadtrat Sitzungsdatum: 08.06.2023	Hauptabteilung
	Sachbearbeiter/in: I t

- TOP 08 Beschluss zur Beauftragung des Bürgermeisters, dem Freistaat Thüringen den Wunsch der Stadt Amt Creuzburg anzutragen, künftig die Aufgaben einer erfüllenden Gemeinde für die Gemeinden Berka vor dem Hainich, Bischofroda, Lauterbach, Nazza und Krauthausen zu übernehmen. Dies soll sowohl gegenüber dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium erfolgen als auch durch eine entsprechende Rückmeldung in der aktuell laufenden Anhörung der kommunalen Spitzenverbände.**
- Schlussfolgerungen der Beanstandung**

Sachvortrag:

Die ehemals aus elf Mitgliedsgemeinden bestehende Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal wird wegen der absehbaren Durchführung der beantragten Eingliederungen der Gemeinde Hallungen in die Gemeinde Südeichsfeld (Unstrut-Hainich-Kreis) sowie der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg zum Jahreswechsel 2023/2024 im nächsten Jahr aus nur noch sechs Mitgliedern bestehen. Da ab dem Jahr 2024 voraussichtlich mehr als die Hälfte (rund 54 Prozent) der durch die Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal verwalteten Einwohner in der Stadt Amt Creuzburg leben werden, ist es sachgerecht, die administrative Struktur der Verwaltungsgemeinschaft aufzugeben und deren Aufgaben für die selbstständig bleibenden Gemeinden der Stadt Amt Creuzburg zu übertragen.

Die Verwaltungsgemeinschaft hat derzeit eine hauptamtliche Gemeinschaftsvorsitzende, deren Amtszeit im 3. Quartal 2024 endet. Dieser bevorstehende Wechsel in den Ruhestand soll zum Anlass genommen werden, die Verwaltungsstruktur neu auszurichten. Da die Stadt Amt Creuzburg die Kosten für ihren hauptamtlichen Bürgermeister alleine trägt und es keines gesonderten hauptamtlichen Gemeinschaftsvorsitzenden mehr bedarf, tritt für die zu erfüllenden Gemeinden ein wirtschaftlicher Vorteil zu den allgemeinen Vorteilen einer schlankeren administrativen Struktur hinzu. Zudem bietet der Aufbau einer leistungsfähigen Stadtverwaltung, die Chance in Zeiten tiefgreifender technischer Veränderungen der Verwaltungsarbeit eine von Anfang an auf dem letzten Stand der Technik arbeitende Verwaltung zu etablieren. Den Mitarbeitern der Verwaltungsgemeinschaft soll dabei die Möglichkeit des Übergangs eröffnet werden. Durch eine zeitgemäße Gestaltung von Arbeitsplätzen und -abläufen sollen zusätzliche Belastungen beim Pendeln gegenüber dem status quo möglichst vermieden werden.

Eine erfüllende Gemeinde muss einen hauptamtlichen Bürgermeister haben (§ 51 Abs. 1 Satz 1 Thüringer Kommunalordnung). Diese Voraussetzung erfüllt die Stadt Amt Creuzburg derzeit nicht. Der amtierende ehrenamtliche Bürgermeister hat bei mehreren Gelegenheiten seine Bereitschaft erklärt, durch einen Rücktritt den Weg für Neuwahlen zu ebnen. Der Stadtrat nimmt dies dankbar zur Kenntnis und bittet den Bürgermeister darum, einen solchen Schritt zeitlich so zu planen, dass dem Landesgesetzgeber die mit diesem

Beschluss angestrebte Regelungsalternative mit der konkreten Perspektive einer rechtssicheren Umsetzung vorgeschlagen werden könnte.

Der Stadtrat hofft, dass die Umstellung auf die Erfüllung zugleich der Startpunkt für eine von Partnerschaft und Vertrauen geprägte Beziehung zu den dann zu erfüllenden Gemeinden wird. Derzeit hat die Landesregierung dem Gesetzgeber keine Veränderung der Verwaltungsstruktur vorgeschlagen. Ohne eine entsprechende Willensäußerung wird es weder für die Regierung noch für das Parlament einen Anlass geben, eine solche Regelungsalternative in Erwägung zu ziehen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt in seiner Sitzung am 08. Juni 2023 den Bürgermeister zu beauftragen, dem Freistaat Thüringen den Wunsch der Stadt Amt Creuzburg anzutragen, künftig die Aufgaben einer erfüllenden Gemeinde für die Gemeinden Berka vor dem Hainich, Bischofroda, Lauterbach, Nazza und Krauthausen zu übernehmen. Dies soll sowohl gegenüber dem für kommunale Angelegenheiten zuständigen Ministerium erfolgen als auch durch eine entsprechende Rückmeldung in der aktuell laufenden Anhörung der kommunalen Spitzenverbände.

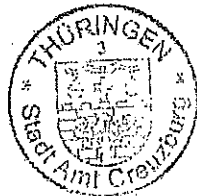
Abstimmungsergebnis:

Sitzung Nr.: StR/2023/034
Beschluss-Nr.: StR 2023/762

Gesetzliche Anzahl der Gremiumsmitglieder und des Bürgermeisters	21
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder und des Bürgermeisters	20
Ja - Stimmen	12
Nein - Stimmen	7
Stimmenthaltung	1
Persönlich beteiligt	/

Bürgermeister

Protokollant/in



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen													
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>												
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Stadt Beipja / Elster</td> <td>Gebietskörperschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Stadtwahlordnung</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Aum Markt 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07980 Beipja / Elster</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stadt Beipja / Elster	Gebietskörperschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtwahlordnung	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Aum Markt 2	Postleitzahl, Ort	07980 Beipja / Elster		
	Name	Organisationsform											
	Stadt Beipja / Elster	Gebietskörperschaft											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtwahlordnung											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Aum Markt 2											
Postleitzahl, Ort	07980 Beipja / Elster												
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</p>												
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse											
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Vertrag über den Zusammenschluß der Stadt Bayreuth/E. und der Gemeinde Hünshausen/E.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift	
Berga/Elster 01.7.2023		

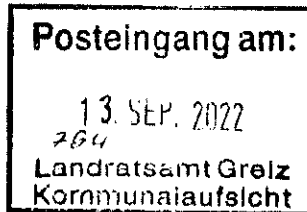


STADTVERWALTUNG BERGA/ELSTER



Stadtverwaltung Berga/E • Am Markt 2 • 07980 Berga/Elster

Kommunalaufsicht
Landratsamt Greiz
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz



buergermeister@
stadt-berga.de

Internet www.stadt-berga.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Gemeindeneugliederung

Sehr geehrter Herr

Berga/Elster, 6. September 2022

Beiliegend erhalten Sie in Abstimmung mit der Gemeinde Wünschendorf die erforderlichen Unterlagen für die Neugliederung der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster zum 1.1.2024 mit der Bitte, den entsprechenden Antrag beim Thüringer Ministerium Für Inneres und Kommunales einzureichen.

Die beiden Protokolle der Sitzungen des Stadtrates Berga und des Gemeinderates Wünschendorf werden erst in der 37. Kalenderwoche von den Gremien bestätigt und nachgereicht.

Eine Begründung des Antrages ist in den Sachdarstellungen der Beschlüsse enthalten.

Sollten noch Unterlagen benötigt werden, teilen Sie uns das bitte mit.

Für Rückfragen stehen Herr Bürgermeister Geelhaar und ich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister

Anlagen

Offnungszeiten:
Dienstag, Freitag: 09:00 - 12:00 Uhr
Dienstag: 14:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 13:00 - 15:00 Uhr

(Termine außerhalb der Öffnungszeiten
nach Vereinbarung)



Stadt Berga/Elster
Bürgermeister



Gemeinde Wünschendorf/Elster
Bürgermeister

Gemeinsamer Antrag der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster auf gemeindliche Neugliederung zum 01.01.2024

Hier: Auflösung der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster zum 31.12.2023 und Bildung einer neuen gemeinsamen und selbständigen Einheitsgemeinde mit dem Namen Stadt „Berga-Wünschendorf“ zum 01.01.2024

Begründung:

Die Stadt Berga/Elster hat mit seinen 13 Ortsteilen momentan ca. 3.200 Einwohner und große strukturelle Probleme. Die Einwohnerzahlen gehen auf Grund der demografischen Entwicklung stetig zurück. Dieser Prozess konnte zwar in den letzten Jahren etwas gehemmt werden, wird sich aber dennoch fortsetzen. So ist davon auszugehen, dass die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2030 die 3000-er Grenze unterschreiten wird und damit Berga/Elster auch den Status als Grundzentrum für die umliegende Region verlieren könnte. Außerdem befindet sich die Stadt Berga/Elster seit 2014 durchgängig in der Haushaltsicherung und ist zum Ausgleich des jährlichen Haushaltsplanes auf Bedarfszuweisungen durch den Freistaat Thüringen angewiesen.

Die Gemeinde Wünschendorf/Elster hat mit seinen 9 Ortsteilen momentan ca. 2.800 Einwohner und ist Mitglied in der Verwaltungsgemeinschaft „Wünschendorf“. Die Selbständigkeit und Einflussnahme auf Beschlüsse der VG ist gering, obwohl Wünschendorf/Elster Einwohnerstärkstes Mitglied ist. Die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten sind zunehmend eingeschränkt, auch weil Wünschendorf/Elster derzeit kein Grundzentrum ist.

Mit dem Zusammenschluss von Berga/Elster und Wünschendorf/Elster zu einer neuen, gemeinsamen und selbständigen Einheitsgemeinde entsteht eine zukunftsorientierte und handlungsfähige neue Stadt mit knapp 6.000 Einwohnern. Sie wird dann die viertgrößte Kommune im Landkreis Greiz sein. Die neue Stadt „Berga-Wünschendorf“ bleibt Grundzentrum für die Region. Eine entsprechende Zusage vom Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft liegt mit Schreiben vom 03.05.2022 vor.

Berga/Elster und Wünschendorf/Elster verbindet bereits jetzt sehr viel. Es gibt eine gemeinsame Ortsgrenze, d.h. man liegt räumlich nah aneinander. Die Strukturen beider Orte mit je einem Hauptort und mehreren Ortsteilen sind ähnlich. Es gibt gemeinsame Wanderwege und Radwanderwege. Die Wünschendorfer Regelschüler besuchen die Regelschule in Berga/Elster. Der Fluss Weiße Elster mit einer einmaligen und nahezu natürlichen Flusslandschaft verbindet beide Orte ebenso wie die direkte Bahnverbindung mit nur einem Halt in 7 Minuten, dass 18-mal täglich.

Gerade durch die Regelschule gibt es bereits heute eine Vielzahl von gesellschaftlichen Verknüpfungen zwischen unseren beiden Orten, ob Freundschaften oder Freizeitaktivitäten, aber auch Vereinstätigkeiten oder -mitgliedschaften. Auch die Kirchgemeinde oder weitere touristische Infrastruktur sind verbindende Elemente.

Weitere Kooperationen gibt es außerdem in den Bereichen Freiwillige Feuerwehr, den Bauhöfen und in der Bewältigung des Winterdienstes.

Nach der Fusion wird es in der Stadt „Berga-Wünschendorf“ 24 Ortsteile geben, davon 2 mit eigener Ortsteilverfassung und Ortsteilbürgermeistern, nämlich einmal den Ortsteil Berga und einmal den Ortsteil Wünschendorf. Die anderen 22 Ortsteile behalten ihren Status, allerdings ohne Ortsteilverfassung und Ortsteilbürgermeister.

Mit der Neugliederung verbessert sich nicht nur die finanzielle Situation, sondern auch die Außenwirkung wird sich erhöhen. Als viertgrößte Kommune im Landkreis Greiz und Grundzentrum für die umliegende Region wird sich auch die Ausstrahlungskraft gegenüber dem naheliegenden Oberzentrum und kreisfreien Stadt Gera und dem Mittelzentrum und Kreisstadt Greiz erhöhen.

Die neue Stadt „Berga-Wünschendorf“ bietet sich gleichzeitig für kleinere umliegende Kommunen an, durch weitere Neugliederungen in den nächsten Jahren, sich anzugliedern. Der Stadtrat Berga/Elster und der Gemeinderat Wünschendorf/Elster haben den Beschluss zur Neugliederung am 14.07.2022 beschlossen. Der Vertrag über den Zusammenschluss der Stadt Berga/Elster und der Gemeinde Wünschendorf/Elster wurde von beiden Bürgermeistern am 23.08.2022 unterzeichnet.

Die Einwohner von Berga/Elster wurden in einer öffentlichen Einwohnerversammlung am 14.06.2022 in Berga/Elster, die Einwohner von Wünschendorf/Elster in insgesamt 4 Einwohnerversammlungen (am 17.05. in Mosen, am 18.05. in Meilitz, am 19.05. und 16.06.2022 in Wünschendorf/Elster) informiert.

Berga/Elster, den 10.10.2022



Bürgermeister

Wünschendorf/Elster, den 10.10.2022



Bürgermeister

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Stadt Dingelstädt Gartenstr. 28 37351 Dingelstädt</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stadt Dingelstädt Gartenstr. 28 37351 Dingelstädt	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Stadt Dingelstädt Gartenstr. 28 37351 Dingelstädt	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	geschäftsführender Beamter / Verwaltungsteiler	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Stadt Dingelstädt ist einer der Fusionspartner und hat den koordinationsrechtl. Vertrag zwischen Mühlhausen / Rodeberg und Dingelstädt entworfen.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Teil d. Gesetzes	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift	
Dingelstädt, 11.05.23		



STADT DINGELSTÄDT

Übersicht über Unterlagen für:

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinde Rodeberg (für den Ortsteil Struth) in die Stadt Dingelstädt

- 1. Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinde Rodeberg (für den Ortsteil Struth) in die Stadt Dingelstädt**
- 2. Vertrag über die Fusion (Gemeindezusammenschluss) zur Stadt Dingelstädt**
- 3. Beschlüsse zum Vertrag über die Fusion:**
Stadt Dingelstädt – Beschluss-Nr.: 1/425/30/2022 und Beschluss-Nr.: 1/447/31/2022
Gemeinde Rodeberg – Beschluss-Nr.: 205-24/2022 und Beschluss-Nr.: 201-23/2022
- 4. Koordinationsrechtlicher Vertrag über die Regularien zur Auflösung der Gemeinde Rodeberg und dem Beitritt der jeweiligen Ortsteile der Gemeinde Rodeberg zur Stadt Mühlhausen und Stadt Dingelstädt**
- 5. Beschlüsse zum Koordinationsrechtlichen Vertrag:**
Stadt Dingelstädt – Beschluss-Nr.: 1/424/30/2022
Gemeinde Rodeberg – Beschluss-Nr.: 202-23/2022
- 6. Einladungsschreiben Stadt- und Gemeinderatssitzungen:**
Stadt Dingelstädt – Einladungen zur 30. Stadtratssitzung vom 29.11.2022 und 31. Stadtratssitzung vom 22.12.2022
Gemeinde Rodeberg – Einladungen zur 23. Gemeinderatssitzung vom 30.11.2022 und 24. Gemeinderatssitzung vom 08.12.2022
- 7. Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt- und Gemeinderatssitzungen:**
Stadt Dingelstädt – Öffentliche Bekanntmachungen zur 30. Stadtratssitzung vom 29.11.2022 und 31. Stadtratssitzung vom 22.12.2022
Gemeinde Rodeberg – Öffentliche Bekanntmachungen zur 23. Gemeinderatssitzung vom 30.11.2022 und 24. Gemeinderatssitzung vom 08.12.2022
- 8. Niederschriften der Stadt- und Gemeinderatssitzungen:**
Stadt Dingelstädt – Niederschriften zur 30. Öffentlichen Stadtratssitzung vom 29.11.2022 und 31. Öffentlichen Stadtratssitzung vom 22.12.2022
Gemeinde Rodeberg – Niederschriften zur 23. Öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 30.11.2022 und 24. Gemeinderatssitzung vom 08.12.2022



Stadt Dingelstädt



Gemeinde Rodeberg (für den Ortsteil Struth)

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinde Rodeberg (für den Ortsteil Struth) in die Stadt Dingelstädt

die Gemeinde Rodeberg beantragt mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden 2024 (ThürGNNG) ihre Auflösung und die Eingliederung ihres Ortsteiles Struth in die Stadt Dingelstädt.

Es wird beantragt, dass § 45a Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung nicht zur Anwendung kommen soll. Stattdessen soll gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Rodeberg der bestehende Ortsteil Struth mit Ortsteilverfassung, einschließlich ihrer Ortsteilorgane, in die Stadt Dingelstädt übergeleitet werden.

In allen Ortsteilen der Gemeinde Rodeberg ist eine Ortsteilverfassung gemäß ThürKO eingeführt. Die Stadt Dingelstädt ist gemäß § 45a ThürKO eine Landgemeinde und verfügt über eine Ortschaftsverfassung. Im Zuge der Neugliederung soll der einzugliedernde Ortsteil mit seiner Ortsteilverfassung in eine Ortschaft mit Ortschaftsverfassung überführt werden.

Der einzugliedernde Ortsteil der Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) in die Stadt Dingelstädt führt seinen bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namen "Stadt Dingelstädt" fort. Der Stadt Dingelstädt wurde gemäß § 5 ThürKO im ThürGNNG 2019 genehmigt, die Bezeichnung „Stadt“ zu führen.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, sowie ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von

Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederte Gemeinde entfallen zu lassen.

Es wird beantragt, dass die Vereinbarungen (z.B. Gemarkungsgrenzen, Vermögensaufteilungen, ggf. Aktien) aus dem „Koordinationsrechtlichen Vertrag“ zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg im zukünftigen ThürGNNG 2024, soweit erforderlich, aufgenommen werden.

Es wird beantragt, die Kreisgrenze auf Grundlage der zukünftigen Gemarkungsgrenzen der Stadt Dingelstädt mit der Ortschaft Struth (siehe „Koordinationsrechtlicher Vertrag“ über die Regularien zur Auflösung der Gemeinde Rodeberg und den Beitritt der jeweiligen Ortsteile der Gemeinde Rodeberg zur Stadt Mühlhausen und Stadt Dingelstädt vom 09.12.2022 Anlage 5) zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich neu festzulegen bzw. festzusetzen.

Es wird beantragt, die Verbindlichkeiten der Gemeinde Rodeberg gegenüber dem Landkreis Unstrut – Hainich niederzuschlagen.

Exkurs zu intra- und transkommunalen Standorträumen im Bereich der Stadt Dingelstädt

Der Freistaat Thüringen geht in seinem im Jahr 2014 novellierten Landesentwicklungsplan (LEP TH 2025) von dem Territorialprinzip hinsichtlich der Zuordnung zentralörtlichen Funktionen aus. Entsprechend heißt es in der Begründung des LEP 2025 zum Grundsatz 2.2.1:

„Zentrale Orte sind Gemeinden, die aufgrund ihrer Einwohnerzahl, ihrer Lage im Raum, ihrer Funktion und ihrer zentral - örtlichen Ausstattung Schwerpunkte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens im Freistaat Thüringen bilden. Sie übernehmen entsprechend ihrer Funktion und Einstufung im zentralörtlichen System Aufgaben für ihr aus mehreren Ortsteilen bestehendes Gemeindegebiet und/oder für die Gemeinden ihres jeweiligen Versorgungsbereichs. Als Zentraler Ort werden Gemeinden gemäß § 6 Abs. 1 ThürKO ausgewiesen.“

Anschließend wird in Grundsatz 2.2.3 Satz 1 u. 2 eine räumliche Funktionsbündelung angeregt und der zentralörtliche Status für das gesamte Gemeindegebiet dargestellt.

„Zentralörtliche Funktionen sollen innerhalb der als Zentraler Ort bestimmten Gemeinde räumlich so angeordnet werden, dass sie aus ihrem Verflechtungsbereich gut erreichbar sind. Eine Funktionsbündelung soll erhalten bzw. angestrebt werden.“ (G 2.2.3, S. 1 u. 2).

Aus diesem Grund sehen wir nicht nur die Stadt Dingelstädt mit Ihren zukünftig 10 Ortschaften in dieser zentralörtlichen Funktion. Vielmehr sollte die zukünftige Stadt Dingelstädt aus den Ortschaften der Verwaltungsgemeinschaft Obereichsfeld mit Ihren Gemeinden Büttstedt, Küllstedt, Wachstedt, Effelder und Großbartloff und ggf. der Gemeinde Heuthen aus der sich in Auflösung befindlichen Verwaltungsgemeinschaft Leintal bestehen.

Dies sollte auch in der nun mehr anstehenden Fortschreibung des LEP 2025 berücksichtigt werden. Hier sind im ersten Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsprogramms

Thüringen in den Abschnitten 1.1, 2.2 und 2.3 vom 22. November 2022 die Verwaltungsgemeinschaft Westerwald – Obereichsfeld und die Gemeinde Heuthen dem Mittelbereich Heilbad Heiligenstadt und der Ortschaft Struth dem Mittelbereich Mühlhausen Thüringen zugeordnet. Eine Änderung der Zuordnung wie vor beschrieben wird hier angeregt.

Mit dem LEP 2025 neu eingeführt wird der Begriff bzw. die Leitvorstellung der „mittelzentralen Funktionsräume“ zu denen sich die Stadt Dingelstädt im Städteverbund mit der Stadt Leinefelde – Worbis und der Stadt Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt zukünftig sieht. Ein entsprechendes Regionales Entwicklungskonzept (REK „Obereichsfeld“) wurde hierzu erarbeitet. Weiterhin ist die Gründung einer Kommunalen Arbeitsgemeinschaft „Obereichsfeld“ beschlossen.

Gemeindliches Entwicklungskonzept (GEK) und Dorferneuerung

Die Stadt Dingelstädt beantragt Fördermittel aus der Dorferneuerung für die Aufstellung eines gemeindlichen Entwicklungskonzeptes (GEK) für die Ortschaft Struth und vorzeitigen Maßnahmenbeginn für die Erstellung des GEK, möglichst noch im Jahr 2023. Ein weiterführender Antrag ist noch durch die Stadt Dingelstädt zu stellen.

Die Stadt Dingelstädt bittet um Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm, nicht nur für die Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella, sondern weiterhin auch für die Ortschaft Struth. Hierzu ist Grundvoraussetzung, dass gemeindliche Entwicklungskonzept (GEK) für vorgenannte Ortschaften zu erstellen.

Überführung des Abwassereigenbetriebes Rodeberg in den Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZ) Obereichsfeld – Eichsfeldwerke GmbH und Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland

Der Abwassereigenbetrieb der Gemeinde Rodeberg soll aufgelöst und die Abwasserbeseitigungsanlagen der Gemeinde Rodeberg Ortsteil Struth in den Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZ) Obereichsfeld – Eichsfeldwerke GmbH überführt werden. Die Abwasserbeseitigungsanlagen der Gemeinde Rodeberg, Ortsteil Eigenrieden sollen in den Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland überführt werden.

Die Stadt Dingelstädt, als möglicher Rechtsnachfolger der Gemeinde Rodeberg, beantragt strukturelle Beihilfe für die Erstellung eines aktuellen Sanierungskonzeptes für den Abwassereigenbetrieb der Gemeinde Rodeberg.

Die Stadt Dingelstädt beantragt den vorzeitigen Maßnahmenbeginn nach Antragstellung durch die Gemeinde Rodeberg, für die Beihilfe zum Strukturkonzept „Abwassereigenbetrieb“. Ggf. könnte die Beihilfe der Gemeinde Rodeberg noch im Jahr 2023 zur Verfügung gestellt werden.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, nachdem die Verbindlichkeiten des Abwasserbetriebes der Gemeinde Rodeberg auf den Rechtsnachfolger entfallen. Weiterhin wird beantragt, die ab dem 1. Januar 2024 fälligen Verpflichtungen, die sich aus dem Abwassereigenbetrieb Rodeberg ergeben, ebenfalls

entfallen zu lassen. Dies sollte bis zum Übergang des Abwassereigenbetriebs Rodeberg an den Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZ) Obereichsfeld – Eichsfeldwerke GmbH und Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland gelten.

Die Verbindlichkeiten würden nach ersten aktuellen Berechnungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC und einer Zuordnung der Verbindlichkeiten nach den Buchwerten, nur für den WAZ Obereichsfeld, ca. 1.400 T€ betragen.

Für den weiteren Investitionsstau beim Abwassereigenbetrieb Rodeberg beantragen wir Beihilfen zur Ertüchtigung und Sanierung der abwassertechnischen Anlagen. Diese Beihilfen sollten nach Rechtsübergang des Abwassereigenbetriebs Rodeberg auf den WAZ Obereichsfeld für den WAZ Obereichsfeld bestehen bleiben.

Wir verweisen darauf, dass abwassertechnisch noch kurzfristiger Handlungsbedarf mit hohen spezifischen Investitionen besteht. Die Aufwendungen für ein Regenüberlaufbecken (RÜB), Pumpwerk, Pumpendruckleitung und Kläranlagenerweiterung wurden zuletzt durch den Eigenbetrieb auf ca. 2.000 T€ geschätzt.

Das Investitionsvolumen bis 2028 beträgt danach 2.500 T€ oder ca. 500 T€ pro Jahr. Berücksichtigt sind hier bereits Pauschalpositionen (Reko, HAL, Erweiterung, Straßenbau, etc.) i.H.v. 100 T€/Jahr.

Dem Antrag sind beigefügt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Rodeberg
Stadt Dingelstädt
- Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Mühlhausen, der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Neugliederungsvertrag zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg für den Ortsteil Struth (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Stadt- und Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Stadt- und Gemeinderatssitzungen

Angelegenheiten, die zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich zu regeln sind (z. B. Schulen, ÖPNV, Entsorgung); sind kein Bestandteil dieses Antrags. Ausgenommen hiervon sind Belange der Feuerwehren.

Begründung:

Einleitung - Das Eichsfeld

Eine in diesem Zusammenhang sehr bezeichnende Kennzeichnung des Eichsfeldes findet sich in einem maschinengeschriebenen Manuskript von Dr. Johannes Müller, Gymnasiallehrer und Direktor des Eichsfelder Heimatmuseums in Heiligenstadt, aus dem Jahre 1947.¹

Darin heißt es: „Zwischen Harz und Werra, im Quellgebiet der Unstrut und Leine, liegt das Eichsfeld, ein von anmutigen Tälern durchflutetes Hügelland, das den Übergang von Niedersachsen nach Thüringen und Hessen darstellt. Es ist nicht Niedersachsen, nicht Hessen, nicht Thüringen, sondern als Bindeglied zwischen ihnen, das sich landschaftlich, volklich und kulturell merklich von seiner Umgebung abhebt; denn Länder und Stämme passen nicht immer und überall genau aufeinander, sondern lassen vielfach kleine und größere Übergänge und Bindeglieder übrig so auch hier zwischen Harz und Thüringer Wald. Zum Vergleich könnte man die Schweiz das Grenzland zwischen Deutschland, Italien und Frankreich, heranziehen.“¹

Werner Riese sieht in den Eichsfeldern sogar eine „eigenständige Volksgruppe“.¹¹

„Ein Sofaalgebilde eines abgeschlossenen Raumes“ attestiert 1973 Rainer Lepsius.¹²

Für Petra Behrens bildet das Eichsfeld „einen geschlossenen, sich von seiner Umgebung abhebenden Kulturraum“.¹³

Der Eichsfelder Ortsteil Struth der Gemeinde Rodeberg im heutigen Kontext zu den Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen

Der demografische Wandel und die angespannte Haushaltslage, die Fragen nach der eigenen Leistungsfähigkeit, nach leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen und territorialer Zugehörigkeit zum „historischen“ Eichsfeld wurden von dem Ortsteil Struth erneut auf den Prüfstand gestellt.

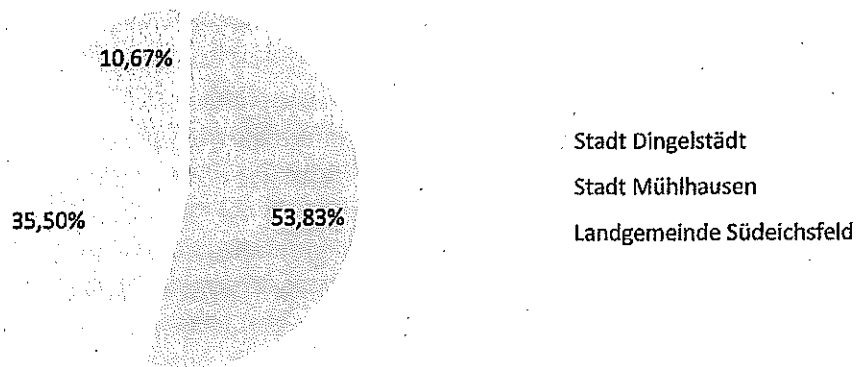
Im Ergebnis wurde in der Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) 2022 eine Bürgerbefragung zur Gemeindeneugliederung und dem damit verbundenen möglichen Landkreiswechsel durchgeführt. In der Zeit vom 26.09. - 07.10.2022 stimmten die Bürgerinnen und Bürger aus dem Ortsteil Struth per Briefwahl ab, ob ihr Ortsteil zum 1. Januar 2024 mit der Stadt Dingelstädt, der Stadt Mühlhausen oder der Gemeinde Südeichsfeld fusionieren soll. Hierbei entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit für die Auflösung ihrer Gemeinde Rodeberg und den Beitritt des Ortsteiles Struth zur Stadt Dingelstädt.

Bei der Abstimmung wurde mit einer Wahlbeteiligung von über 80% das Ergebnis wie folgt erreicht / festgelegt:

- Stadt Dingelstädt: 53,83 %
- Stadt Mühlhausen: 35,50 %

- Landgemeinde Südeichsfeld: 10,67%

Stimmenauszählung Struth



Der Ortsteil Struth entschied damit zugleich, den Landkreiswechsel vom Landkreis Unstrut – Hainich in den Landkreis Eichsfeld vollziehen zu wollen.

Die Stärkung der lokalen Demokratie und der bürgerschaftlichen Teilhabe spielten bei der Zukunftsorientierung der Kommune ebenfalls eine wichtige Rolle. So entschied sich der Ortsteil Struth, der „Stadt Dingelstädt“ beizutreten. Dies bedeutet auch einen Systemwechsel von der Einheitsgemeinde zur Landgemeinde.

Die einzugliedernde Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) soll in der Stadt Dingelstädt gleichberechtigt weitergeführt werden. Vor allem das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger und das landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl zum Eichsfeld sollen gestärkt werden. Weiterhin könnten die zukünftigen finanziellen Herausforderungen zum Wohle der gesamten neuen Gemeinde „Stadt Dingelstädt“ besser gemeistert werden.

Ziel der Stadt Dingelstädt mit ihren zukünftig zehn Ortschaften ist es, eine zukunftsichere Stadt zu sein, die im Landesentwicklungsplan 2025 als Mittelzentrum ausgewiesen wird.

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen, gemäß dem Beschluss des Thüringer Landtages vom 13. Dezember 2017.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Rückblick - Gemeindewechsel zwischen den thüringischen Landkreisen

Blieben im Wesentlichen die Gemeindezuordnungen zwischen den Unter- und Obereichsfelder Verwaltungsgliederungen seit 1816 unverändert, so vollzogen sich im

Zuständigkeitsbereich des Regierungsbezirks Erfurt fortlaufend Gemeindeverschiebungen auf Kreisebene.²

Diese waren sowohl den anvisierten Größenvorgaben geschuldet - suchten daneben aber auch Befriedung für die ehemaligen reichsfreien Städte Mühlhausen und Nordhausen, die zunächst keinerlei verwaltungsgeschichtliche Traditionen für das ländliche Umland mitbrachten, dennoch aber insbesondere gegenüber Heiligenstadt aufbegehrten.²

Die hier vorhandene Verwaltungstradition drückte sich im Vorhandensein von entsprechenden Gebäuden aus, über die Mühlhausen nicht verfügte. Dieses war der Grund, weshalb unmittelbar nach der 1802 erfolgten preußischen Inbesitznahme der ehemals kurmainzischen Gebiete in Mitteldeutschland die *„Königlich Preussische zur Interim-Verwaltung und Organisation des Eichfeldes und der Städte Mühlhausen und Nordhausen verordnete Kommission“* ihren Sitz in Heiligenstadt nahm — doch schon gut ein Jahr später an Erfurt verlor.²

Dennoch blieb Heiligenstadt mit der Kriegs- und Domänenkammer bedeutend und erfuhr in der französischen Zeit zwischen 1806 und 1813 noch eine Aufwertung mit dem Sitz des Harzdepartements.

Die Dörfer um Mühlhausen mit der Vogtei Dorla und der Ganerbschaft Treffurt gehörten bis dahin zum Eichsfelder Oberkreis nach Heiligenstadt, wechselten aber mit einer großen Anzahl südeichsfeldischer Dörfer zu dem 1816 gegründeten Kreis Mühlhausen.²

Im folgenden Jahrhundert gab es sehr häufige Kreisverschiebungen von Dörfern — auch nach Nordhausen und wieder zurück.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Kreise Heiligenstadt und Worbis zum Landkreis Eichsfeld mit Verweis auf die geschichtliche Verbundenheit im Eichsfeld zusammengelegt und 1946 in „Kreis Worbis mit Sitz in Heiligenstadt“ umbenannt, bevor hieraus im Jahre 1952 wieder die Kreise Heiligenstadt und Worbis wurden.

Exkurs zum Dorf Struth unter preußischer und französischer Herrschaft 1802 – 1818

Friedrich Wilhelm III. wird Landesherr des Eichsfeldes.

Im Luneviller Frieden vom 09.02.1801 wurden, um die weltlichen Fürsten für die linkerheinischen Gebiete zu entschädigen, sämtliche Besitzungen der Erzbischöfe und Bischöfe säkularisiert. Der König von Preußen, Friedrich Wilhelm III. (1797 - 1840), hatte schon vor dem Reichsdeputationshauptschluss vom 25.02.1803 zu Regensburg durch Geheimverhandlungen mit Napoleon für seine verloren gegangenen linksrheinischen Gebiete Cleve, Mörs und Geldern im Vertrag vom 20.05.1802 seine Ausgleichsgebiete im Voraus zugesprochen bekommen.

Von Napoleon hatte der preußische König auch das Recht erhalten, die ihm zugesprochenen Gebiete besetzen zu dürfen. Von diesem Recht machten die Preußen am 3. August 1802 umgehend Gebrauch. Zu den Gebieten, die Preußen zugefallen waren,

gehörten auch das Eichsfeld (mit der Gemeinde Struth), Erfurt und die beiden freien Reichsstädte Mühlhausen und Nordhausen.

Nach der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt am 14.10.1806 wurde Friedrich Wilhelm III. im Frieden zu Tilsit am 09.07.1807 gezwungen, seine Gebiete westlich der Elbe, darunter auch das Eichsfeld (mit der Gemeinde Struth), an Napoleon abzutreten.

Diese preußischen Gebiete, dazu das Kurfürstentum Hessen, Braunschweig und den südlichen Teil von Hannover vereinigte Napoleon zu dem Königreich Westfalen mit der Hauptstadt Kassel. Seinen Bruder Jerome (zu deutsch Hyronimus) bestimmte er zum König über dieses Territorium, das nach französischem Vorbild in Departements eingeteilt wurde. Struth gehörte zum Harz-Departement, Distrikt Heiligenstadt, Kanton Dörna.

Nach der Völkerschlacht bei Leipzig am 18.10.1813 war die Herrschaft Napoleons gebrochen. Auch die Regierung des westfälischen Königs Jerome war zu Ende, er flüchtete nach Frankreich.

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen übernahm wieder seine früheren durch den Frieden von Tilsit (vom 09.07.1807) abgetretenen Gebiete. Das Untereichsfeld mit den Kreisen Duderstadt, Gieboldehausen und Lindau kamen nach Hannover (Übergabe 09.01.1816).

Das Dorf Struth kam zum Kreis Mühlhausen. Eine Rückkehr in das Eichsfeld war bis zum heutigen Tag nicht mehr möglich.

Real - Case - Szenario in den Jahren 2021 bis 2024

Besonders von dieser Entwicklung betroffen waren alle Ortschaften der zukünftigen Landgemeinde "Stadt Dingelstädt". Realistisch wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinden im heutigen Unstrut-Hainich-Kreis.

Ganz in diesem Sinne hat die hiervon betroffene Gemeinde Rodeberg (Eichsfeldortsteil Struth) im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Bürgerbefragungen durchgeführt, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis Eichsfeld sehen und zwar in einer verlässlichen und stabilen Verwaltungsstruktur bei der "Stadt Dingelstädt".



Der Ortsteil Struth liegt unmittelbar an der Gemarkungsgrenze zur Stadt Dingelstädt. Hier verläuft zurzeit auch die Landkreisgrenze zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich.

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren zehn Ortschaften bildet eine raumordnerische Einheit zu den benachbarten Grundzentren der Verwaltungsgemeinschaft Westerwald-Obereichsfeld (5 km Entfernung), der Einheitsgemeinde Gemeinde Unstruttal (10 km Entfernung) sowie der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal (6 km Entfernung).

Im Norden grenzt das Mittelzentrum Stadt Leinefelde-Worbis (12 km Entfernung) an und im Westen liegt das Mittelzentrum mit der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt (16 km Entfernung).

Das Mittelzentrum mit Teilaufgaben eines Oberzentrums, die ehemalige freie Reichsstadt und heutige Kreisstadt Mühlhausen/Thüringen ist ca. 20 km entfernt und liegt südlich zum Obereichsfeld.



2. Zentralörtliche Einstufung der Stadt Dingelstädt (Stand 01.01.2023)

Die Stadt Dingelstädt mit ihren neun Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt, Helmsdorf, Hüpstedt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf, Silberhausen und Zella erfüllt als starkes Grundzentrum in vielen Bereichen schon jetzt mittelzentrale Funktionen.

Für das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger stehen folgende Einrichtungen zur Verfügung:

- Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit Kinderheilkunde und Jugendmedizin, Urologie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- 5 Praxen für Allgemeinmedizin / teilweise mit 2 Mediziner je Praxis
- 7 Zahnarztpraxen
- 1 Tierarztpraxis
- 3 Heilpraktiker
- 1 Internistin
- 11 Praxen für Physiotherapie
- Stadtbibliothek, Gemeindebibliotheken in Bickenriede, Helmsdorf und Kreuzebra
- Heimatstuben in allen Ortschaften
- Freibad Stadt Dingelstädt
- Hallenbad Stadt Dingelstädt
- Kunstrasenplatz / Stadion
- Jugendclub Stadt Dingelstädt „Club D“
- 3D - Familienkino Stadt Dingelstädt
- 1 Jugendzimmer in Helmsdorf, 1 Jugendclub in Kreuzebra
- 3 Apotheken
- 1 kommunale Kindertageseinrichtung „BUMMI“
- 7 Kindertageseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft
- 2 Kindertagesmuttereinrichtungen
- 1 Altenpflegezentrum
- 2 Altenpflegeeinrichtungen
- 1 Einrichtung für Betreutes Wohnen „Caritativer Pflegedienst Eichsfeld gGmbH“
- Einrichtungen für körperlich und geistig beeinträchtigte Menschen (St. Klara Wohnheim, St. Joseph Kinder- und Jugendhaus)
- Seniorenbeirat
- 9 Freiwillige Feuerwehren
- 9 Friedhöfe
- 9 Sportplätze
- 15 Spielplätze
- 2 Hotels
- 12 Gasthäuser teilweise mit Ferienwohnungen
- mehrere Restaurants
- 5 Ladestationen für E-Autos,

die deutlich mehr als die Grundversorgung sichern. Mit der Fusion des Ortsteiles Struth wird dieses Angebot deutlich erweitert. Somit werden die Ansprüche an ein Mittelzentrum weiter manifestiert.

Die Stadt Dingelstädt ist von jeher Wirtschaftsstandort im Obereichsfeld. Die Industriebetriebe, die mittelständischen Firmen, die Handwerksbetriebe, die Landwirtschaftsbetriebe und der Handel stellen das Rückgrat der heimischen Wirtschaft dar.

Die bereits bestehende enge Kooperation mit den ortsansässigen Unternehmen ist Kernpunkt der Wirtschaftsförderung der Stadt Dingelstädt und soll zukünftig mit der neu einzugliedernden Ortschaft Struth weiter ausgebaut werden.

Die Neugliederung ist aus wirtschaftlicher Sicht positiv zu betrachten. Sie trägt zur weiteren Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes im „Obereichsfeld“ bei.

Die Stadt Dingelstädt hat insgesamt eine Industrie- und Gewerbefläche von 77,54 ha, wovon 70,62 ha belegt sind. Die größten Gewerbeflächen liegen in der Ortschaft Dingelstädt.

Die ansässigen Firmen bieten zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze. Bereits jetzt sind viele Bürgerinnen und Bürger (auch aus dem Ortsteil der neu aufzunehmenden Gemeinde) in den zahlreichen Unternehmen der Stadt Dingelstädt tätig.

Die in dem aufzunehmenden Ortsteil der Gemeinde Rodeberg vorhandenen Wirtschaftsstrukturen werden durch Eingliederung in die Stadt Dingelstädt langfristig gesichert und erhalten, was ein Zusammenwachsen nachhaltig fördern wird.

Einwohnerzahlen der Ortschaften / Ortsteile zum 31.12.2022 (Stand Einwohnermeldeamt):

Beberstedt	606 EW
Bickenriede	1.440 EW
Dingelstädt	4.519 EW
Helmsdorf	503 EW
Hüpstedt	1.576 EW
Kefferhausen	728 EW
Kreuzebra	719 EW
Silberhausen	633 EW
Zella	279 EW
Struth	1.560 EW

Gesamt: 12.563 EW

3. Infrastrukturelle Beziehungen

Infrastrukturell ist die Stadt Dingelstädt mit der einzugliedernden Gemeinde und deren Ortsteil Struth durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. So sind die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg über die Landstraße L1008 zu erreichen.

Die Entfernung des Ortsteiles Struth zum Hauptverwaltungssitz der Stadt Dingelstädt, Ortschaft Dingelstädt, beträgt ca. 13 km.

Derzeit bestehen gute ÖPNV-Anbindungen der bestehenden Ortschaften der Stadt Dingelstädt zum Verwaltungssitz in der Ortschaft Dingelstädt. Ziel ist es, den einzugliedernden Ortsteil in die bereits vorhandene ÖPNV-Struktur des Landkreises Eichsfeld einzubinden.

Weiterhin verfügt die Stadt Dingelstädt über einen Anschluss an den überregionalen Bahnverkehr Erfurt - Gotha - Leinefelde - Göttingen.

4. Technische Infrastruktur/ interkommunale Zusammenarbeit

Die Stadt Dingelstädt ist Mitglied im Wasserleitungsverband (WLV) Ost-Obereichsfeld mit Sitz in der Ortschaft Helmsdorf. Die Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) ist Mitglied im Obereichsfeldischen-Wasserleitungsverband mit Sitz in Großbartloff.

Die Stadt Dingelstädt ist Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Obereichsfeld (WAZ) mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt. Die Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth) ist Mitglied im Abwasserverband Rodeberg (Abwassereigenbetrieb der Gemeinde Rodeberg).

Weiterhin sind die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg Mitglieder in insgesamt fünf Gewässerunterhaltungsverbänden. Dem Gewässerunterhaltungsverband „Obere Unstrut / Notter“ und dem Gewässerunterhaltungsverband „Leine / Frieda / Rosoppe“ gehören sowohl die Stadt Dingelstädt, als auch die Gemeinde Rodeberg an. Die Stadt Dingelstädt ist weiterhin Mitglied im Gewässerunterhaltungsverband „Helme / Ohne / Wipper“. Die Gemeinde Rodeberg ist zusätzlich Mitglied im Gewässerunterhaltungsverband „Hörsel-Nesse“.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V.

Somit bestehen hier schon heute enge Verflechtungen.

Auch im Bereich des Gesundheits- und Rehabilitationssports gibt es seit mehr als 10 Jahren intensive Kontakte zu dem Fitness- und Gesundheitszentrum (FGZ) Dingelstädt, die nicht nur durch Bürgerinnen und Bürger der jetzigen Stadt Dingelstädt, sondern auch von Einwohnern der Gemeinde Rodeberg intensiv genutzt werden.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 10 Ortschaften verfügt zukünftig über 9 Kindertagesstätten - bestehend aus zwei kommunalen Einrichtungen (in der Ortschaft Dingelstädt - 1 mit 158 Plätzen und in der Ortschaft Struth - 1 mit 145 Plätzen) und 7 Einrichtungen in katholischer Trägerschaft (in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt - 2, Kefferhausen, Kreuzebra, Hüpstedt und Silberhausen) mit einer Gesamtkapazität von 774 Plätzen. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine gute Belegung aus. Kapazitätsprobleme für die Zukunft sind zurzeit nicht erkennbar. Ausreichend KITA - Plätze für Kleinkindbetreuung sind ebenfalls vorhanden.

Darüber hinaus betreibt die Stadt Dingelstädt Jugendclubs / Jugendtreffs in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt, Hüpstedt, Kefferhausen, Kreuzebra und Helmsdorf. Der Jugendclub / Jugendtreff in der Ortschaft Struth wird selbstverständlich erhalten und soweit gewünscht auch fortgeführt. Damit soll zukünftig auch die Jugendarbeit in den einzelnen Ortschaften der Stadt Dingelstädt ausgebaut werden. Im Jugendförderplan des Landkreises Eichsfeld (Beschluss des Kreistages 2021) wurden bereits jetzt zusätzliche Personalkapazitäten für die Stadt Dingelstädt beschlossen.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortschaften / Ortsteilen vorhanden. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Stadt Dingelstädt auch in Zukunft Rechnung tragen.

Um die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Ortschaften der Stadt Dingelstädt zu erreichen wird beantragt, den Zeitrahmen für die Städtebauförderung der Stadt Dingelstädt bis zum Jahr 2033 neu festzusetzen.

Die Stadt Dingelstädt hat im Rahmen der Städtebauförderung zur Sanierung der Altstadt die Möglichkeit, bis zum Jahr 2026 Maßnahmen für die Altstadt zu beantragen und umzusetzen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind ein aktuelles Handlungsfeld von Staat und Kommunen. Sie konkretisieren sich insbesondere über den physischen und funktionalen Zugang zu Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in differenziert strukturierten ländlichen Räumen.

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Ortschaften der (Landgemeinde) Stadt Dingelstädt herzustellen, insbesondere in der zukünftigen Ortschaft Struth zu ermöglichen, sind hier vordringlich Investitionen (Straßenbau, B -Planerschließungen, GEK, ISEK, Flächennutzungsplanungen, Dorfgemeinschaftshaus und Sportstättenrevitalisierung einschließlich Bau eines Kunstrasenplatzes) zu tätigen.

Aus diesem Grund würde die Stadt Dingelstädt die noch notwendigen Altstadteinvestitionen über einen Förder-/Beantragungszeitraum bis zum Jahr 2033 strecken und die dadurch entstehende freie Finanzspitze für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt, Zella, aber vor allen Dingen in der zukünftigen Ortschaft Struth einsetzen.

Dies würde den gemeindlichen Frieden und den Zusammenhalt nachhaltig stärken.

Ebenso wird um Unterstützung bei der Herrichtung einer gemeindlichen Sportanlage in der zukünftigen Ortschaft Struth gebeten.

Es wird darum gebeten, für das Jahr 2024 / 2025 GFAW – Mittel zu Gunsten des Projektes „Revitalisierung Sportanlagen Ortschaft Struth“ „umzuschichten“. Dieses Projekt müsste noch neu bei der GFAW Thüringen - Sportstättenförderung beantragt werden.

Die Stadt Dingelstädt hat als Antragssteller unter der Antragsstellernummer: 11104318

Aktenzeichen: ISS220001

bei der GFAW Thüringen (Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung des Freistaats Thüringen mbH) folgendes Projekt:

Ersatzneubau des Funktionsgebäudes auf der Sportentwicklungsfläche an der Bahnhofstraße in der Ortschaft Dingelstädt beantragt. Hierfür wurden Fördermittel in Höhe von 896.851,20 € in Aussicht gestellt.

Die Stadt Dingelstädt beantragt die vorgesehenen Fördermittel in Höhe von 896.851,20 € für vorgenanntes Projekt zugunsten einer Revitalisierung der maroden Sportanlagen in der Ortschaft Struth zu verlagern.

In der Ortschaft Struth sollte nach Möglichkeit ein Kunstrasenplatz mit entsprechenden Nebenanlagen sowie zeitgemäßen energieeffizienten Beleuchtungsanlagen entstehen.

Die 120 Vereine der Stadt Dingelstädt stehen in den Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Dingelstädt, Helmsdorf, Hüpstedt, Kefferhausen, Kreuzebra, Silberhausen und Zella allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 25 Sportvereine
- 13 musikalische Vereine
- 6 Schützenvereine
- 10 Kirmes & Handwerksvereine
- 4 Karnevalsvereine
- 13 Feuerwehrvereine & DRK
- 10 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 6 Gartenvereine
- 8 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 4 Heimatvereine
- 13 Senioren, Frauen & Familienvereine
- 8 Fördervereine

Die Ortschaft Struth mit 16 Vereinen ist schon jetzt eng mit dem Vereinsleben in der Stadt Dingelstädt verbunden.

Die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 10 Ortschaften würde dann über 136 Vereine verfügen.

Auch jetzt schon nehmen viele Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine setzen mit ihren gestalteten Höhepunkten (Kirmesfesten, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste,

Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.) Impulse für ein gemeinsames Miteinander der Stadt- und Dorfgemeinschaften.

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit, sowohl in der Stadt Dingelstädt als auch in dem einzugliedernden Ortsteil und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens.

Das Familienzentrum „Kloster Kerbscher Berg“ ist bereits heute schon überregionaler Anlaufpunkt für die ganze Familie. Bei Spielkreisen, Kursangeboten und Themenabenden können sich Familien kennenlernen.

5.1. Feuerwehren

Insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind, ist eine interkommunale Zusammenarbeit bereits jetzt gelebte Praxis.

Darüber hinaus hat die Pflichtaufgabe Feuerwehr einen besonderen Stellenwert. Es bestehen partnerschaftliche Beziehungen zu der Feuerwehr der Gemeinde Rodeberg. Regelmäßige Wehrleitersitzungen und landkreisübergreifende Einsätze sind schon heute Realität.

Auch hier spielt der festgelegte Einsatz- und Verflechtungsbereich im Brandschutz und der allgemeinen Hilfeleistung eine förderliche Rolle, da alle Feuerwehren auch über Kreisgrenzen hinweg im Austausch stehen.

Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung angepasst werden. Durch den Wegfall des Drehleiterstandortes Struth, erweitert sich der Ausrückebereich des Drehleiterstandortes Dingelstädt, um das Gebiet der Ortschaft Struth.

Die gute Zusammenarbeit wird durch die Kreisbrandinspektoren der Landkreise Unstrut – Hainich, Eichsfeld, Werra – Meißner und den Stadtbrandmeister, sowie den jeweiligen Wehrführer bestätigt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch effizienter und leistungsfähiger machen.

Dennoch konnte der Abzug der Drehleiter (DLAK) „Florian Struth 33“ zum 30.11.2023 nicht verhindert werden. Die Feuerwehr Struth verliert ein taktisch wertvolles Einsatzfahrzeug. In der Einsatzabteilung der Feuerwehr Struth sind derzeit 67 Kameradinnen und Kameraden mit hohem Ausbildungsniveau tätig.

Nach Abstimmungen mit den Kreisbrandinspektoren und den umliegenden Feuerwehren des Landkreises Unstrut - Hainich und des Landkreises Eichsfeld wäre eine neue Aufgabenzuweisung im Bereich Katastrophenschutz (z.B. Einsatzmöglichkeiten, Hochwasser - Starkregenschutz, Einsatzmöglichkeit für den Teilabschnitt der B249) für die Feuerwehr Struth notwendig.

Es wird in diesem Antrag die Neubeschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges „GW – Logistik (GW-L2)“ beantragt, für die Feuerwehr der Ortschaft Struth, dass im Rahmen der Stufe II und III der ThürFwOrgVO eingesetzt werden könnte. Bei dem Fahrzeug sollte es sich um einen Gerätewagen Logistik Katastrophenschutz mit Kran handeln.

Zum Fahrzeug sollte neben dem Kran unter anderem eine Wechselbrücke mit Ausrüstung zum Hochwasser- / Starkregenschutz bzw. Brandbekämpfung gehören.

Das Fahrzeug sollte weiterhin mit den Modulen Löschwasserförderung, Ölwehr und dem Unwettermodul als Staffelfahrzeug mit einer Besatzungsstärke 1/5 ausgestattet sein.

Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran. Auch hier ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit geplant. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur für die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt.

Der hohe Ausbildungsstand der Feuerwehr Struth ergänzt die vorhandenen Strukturen der bisherigen Feuerwehren der Stadt Dingelstädt.

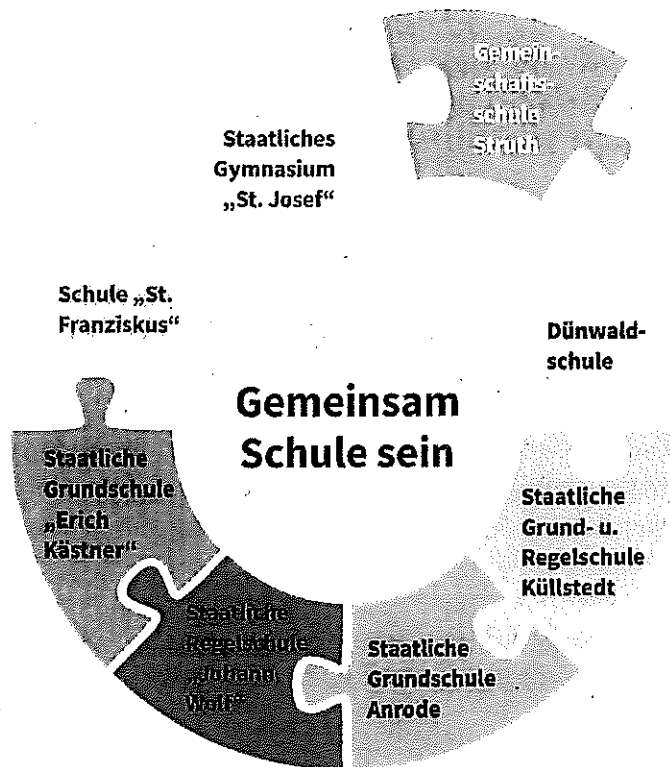
6. Schulstruktur - Aufgabe des Landkreises Eichsfeld (nur informativ)

Die zukünftige Stadt Dingelstädt bietet ihren Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, an einer ortsnahen Schulbildung von der Grundschule bis zum Gymnasium teilzuhaben.

Weiterhin besteht in der "Franziskusschule" die Möglichkeit für geistig behinderte Kinder und Jugendliche eine Schulausbildung zu absolvieren. Die Kinder und Jugendlichen mit Handicap werden hier individuell gefördert.

So besuchen zum jetzigen Zeitpunkt bereits Schülerinnen und Schüler aus dem Ortsteil Struth das Gymnasium in der Ortschaft Dingelstädt. Durch die Schulringstruktur im Landkreis Eichsfeld wird die vorhandene Gemeinschaftsschule Struth in den bereits vorhandenen Schulring integriert, was weitere Synergien für Schüler und Lehrer ermöglicht. Die Stadt Dingelstädt verfügt schon jetzt über:

- 1 Grundschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt und umliegenden Gemeinden
- 1 Grundschule Bickenriede
- 1 Regelschule - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt
- 1 Gymnasium - für Schüler aller Orte der Stadt Dingelstädt sowie weiteren 20 Orten des Landkreises Eichsfeld und des Unstrut-Hainich-Kreises
- 1 Förderschule für geistig behinderte Kinder und Jugendliche in freier Trägerschaft
- 1 Gemeinschaftsschule in Hüpstedt
- 1 Gemeinschaftsschule in Struth - TGS Rodeberg



Schulring im Landkreis Eichsfeld

7. Historische, traditionelle und landsmannschaftliche Verbindungen

Wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat, suchen die Eichsfelder einen Zusammenhalt in einer staatlich verankerten und mit der Wahrnehmung übergemeindlicher kommunaler Aufgaben betrauten Struktur, die ihrer Wesensart entspricht. Nach den Erfahrungen der letzten beiden Jahrhunderte eignet sich hierfür am besten das Rechtsinstitut des Landkreises. Im Falle des Landkreises Eichsfeld, scheint dieses zurückliegend ausgesprochen gut zu funktionieren. Das beweisen nicht nur die vergleichsweise hohen Wahlbeteiligungen, als auch die sich in ihnen bestätigende personelle und inhaltliche Kontinuität. Hierauf gestützt konnte sich das Kreisgebiet aus der einstigen Zugehörigkeit zum „Armenhaus Preußens“ in die Spitzengruppe der thüringischen Städte und Landkreise emporarbeiten. Beredter Ausdruck hierfür sind die positiven Spitzenwerte in allen entscheidenden Parametern, wie Arbeitslosigkeit, Investitionsquoten, soziale Situation etc., — und dies bei einer kumulierten Schuldenfreiheit des Landkreises Eichsfeld mit freier positiver Liquidität.³

Wenn also die Vereinigung des Ober- und Untereichsfeldes auch gegenwärtig in einer einheitlichen staatlich-kommunalen Gliederung nicht zu erreichen ist, dann sollte dieses zumindest dafürsprechen, das thüringische Eichsfeld in seiner jetzigen Landkreisgliederung unangetastet zu belassen. Dieses ist sowohl in einem landsmannschaftlichen Sinne geboten, als auch von der wirtschaftlichen Verfasstheit des Landkreises her problemlos möglich. Damit würde die Geschichte auch im 3. Jahrhundert der bestehenden regionalen Teilung offengehalten. Alles andere würde unweigerlich zu regionalen Spannungen führen, die niemand wollen kann.^{3 & 66}

Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld, brachte die historischen, traditionellen und landsmannschaftlichen Verbindungen folgendermaßen auf den Punkt: *"Im Zentrum steht dabei die katholische Prägung der eichsfeldischen Kultur. Vor dem Hintergrund ihrer jesuitischen geschichtlichen Begründung ist sie weitaus tiefer im Charakter von Landschaft und Menschen verankert, als dieses selbst von ihren kirchlichen Institutionen her vorgetragen wird.*

Konfessionsübergreifend ist dieses Charakteristikum gleichermaßen den Eichsfeldern evangelischen Glaubensbekenntnisses eigen. Im Eichsfeld ist deshalb „katholisch“ nicht nur Ausdruck einer konfessionellen Kirchenzugehörigkeit, sondern Markenzeichen für die „landsmannschaftliche“ Beziehung von Menschen zu der ihnen angestammten Umgebung. Die dem „Sächsischen Sorben-Gesetz“ vorangestellte Präambel ließe sich - in Analogie - ebenso auf das Eichsfeld übertragen.⁶⁸ Dass dieses auch der Thüringische Landesgesetzgeber bislang so gesehen hat, wird u. a. in seiner Feiertagsgesetzgebung deutlich, in welcher er den „Fronleichnamstag“ ausnahmsweise für das Eichsfeld als gesetzlichen Feiertag ermöglicht hat.⁶⁹ Die hierin enthaltene Referenz an die kulturelle Identität des Eichsfeldes darf nicht durch eine rein schematische Implementierung in rein dem Nützlichkeitsaspekt folgende neue Verwaltungsstrukturen infrage gestellt werden."³

Kurzdarstellung der jüngsten Geschichte

Die jetzigen Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen sind seit dem 01. April 1991 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Dingelstädt gewesen. Hervorgegangen ist die Verwaltungsgemeinschaft aus einem 1975 gegründeten Gemeindeverband. Am 18. Dezember 2018 wurde durch den Thüringer Landtag das Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden beschlossen. In dem Gesetz wurde geregelt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt zum 31. Dezember 2018 aufgelöst und ab dem 01. Januar 2019 die Stadt Dingelstädt neu gegründet wird. Dem Gesetz gingen die Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden voraus, die die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft Dingelstädt und die Fusion zur Stadt Dingelstädt beinhalteten.

Die Gemeinde Dingelstädt, der am 14. Februar 1859 das Stadtrecht verliehen wurde, wird durch die Neugliederung mit den Ortschaften nun deutlich erweitert. Durch die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft und die Bildung der Stadt Dingelstädt mit ihren 5 Ortschaften Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen wurde eine neue Form der kommunalen Selbstverwaltung „implementiert“, die "Landgemeinde".

Zum 01.01.2023 traten die Ortschaften Beberstedt und Hüpstedt (vorher Gemeinde Dünwald) sowie die Gemeinden Bickenriede und Zella (vorher Gemeinde Anrode) der Stadt Dingelstädt bei. Die Stadt Dingelstädt gehört dem Landkreis Eichsfeld und die Gemeinde Rodeberg dem Landkreis Unstrut-Hainich an.

Mit dieser Antragstellung auf Beitritt der Gemeinde Rodeberg / Ortsteil Struth zur Stadt Dingelstädt erweitert sich eine zukunftsorientierte und tragfähige Verwaltungsstruktur im Obereichsfeld. Zwischen den Mittelzentren Heilbad Heiligenstadt, Leinefelde-Worbis und Mühlhausen etabliert sich die Stadt Dingelstädt mit ihren dann 10 Ortschaften als vierter mittelmittler Bereich im Nordwesten Thüringens.

8. Religion

Für Hans-Georg Wehling stellt das Eichsfeld, „als ein geschlossenes katholisches Gebiet inmitten eines protestantischen Umfeldes, eine Besonderheit, eine Enklave, dar; sichtbar an Kirchen, Kapellen, Wegkreuzen, Klüsen, Wallfahrtsorten und Wallfahrten - das von dorthier, gerade im nichtkatholischen Umfeld, seine Identität und seinen Zusammenhalt ableite.“¹⁰

Infolge seiner bis zum Jahre 1802 währenden 800-jährigen Zugehörigkeit zum Kurfürstentum und Erzbistum Mainz entwickelte sich das Eichsfeld im Zuge der Gegenreformation zu einer mehrheitlich katholisch-konfessionellen Insel im sächsisch-thüringischen Verschmelzungsraum in der Mitte Deutschlands.

Als eine solche, „bildet sie auch heute noch ein nahezu geschlossenes katholisches Siedlungsgebiet mit eigenen Bräuchen, kulturellen Prägungen und Mentalitäten sowie mit eigenem Selbstverständnis inmitten einer sonst konfessionellen und weltanschaulichen Diaspora. Die Stärke der Bindekräfte vermochte es, die eigene kulturelle Prägung selbst unter dem Druck der totalitären Systeme der beiden letzten Jahrhunderte zu bewahren.“¹

Bis heute ist dieses Territorium das einzige größere geschlossene katholische Gebiet Mitteldeutschlands und der einzige Landkreis in den neuen Bundesländern, der eine katholische Bevölkerungsmehrheit aufweist.¹

Besonders die katholische Kirche, zu der heute 72 % der Einwohner gehören, stellt die prägendste Kraft in dieser Kulturlandschaft dar. Mit ihrem festgefügtten Werte- und Normensystem bot die Kirche die primäre Orientierung im Alltag der Menschen. Die Gläubigen fühlten sich von einer tief verwurzelten Frömmigkeit und Glaubenspraxis getragen; ein dichtes Geflecht katholischer Institutionen, wie z. B. Pfarrhäuser, Schulen oder Vereine und Presseorgane, prägten Zeiterfahrung und Lebensstil von Kindern und Jugendlichen ebenso wie den von Erwachsenen bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.¹

Die starke Prägung der Katholiken durch ihre je eigenen Lebens- und Gemeinschaftsformen wirkte sich in verschiedenen Bereichen aus, so im Wahlverhalten, im Brauchtum, in Feierformen, auf sozialem Gebiet usw.. In den beiden Diktaturen 1933 bis 1989 wurden diese Erfahrungen verstärkt durch eine Klerus - und gemeindezentrierte Kirche unter Wegfall des Vereinskatholizismus, sodass sich zahlreiche Eigen- und Besonderheiten länger im Obereichsfeld als anderenorts erhalten konnten.¹

Eine solche allumfassende, relativ geschlossene katholische Lebenswelt wird häufig als **Milieu beschrieben, das konfessionell determiniert** ist, wobei der Begriff oft nur abgrenzend definiert, wer und was dazugehört.“¹⁴

Alle zehn künftigen Ortsteile der Stadt Dingelstädt sind überwiegend katholischer Konfession. Die seelsorgerische Betreuung wird durch vier katholische Pfarreien organisiert.

Die katholische **Pfarrei St. Gertrud Dingelstädt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Dingelstädt, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen gehören, die Pfarrei ist außerdem Sitz des Dekanats Dingelstädt.

Die katholische **Pfarrei St. Martin Hüpstedt**, zu der seit 2008 die Kirchgemeinden Beberstedt, Helmsdorf, Hüpstedt und Zella gehören, ist vor mehr als 70 Jahren durch das Bistum Erfurt dem Dekanat Dingelstädt zugeordnet worden.

Die katholische **Pfarrei St. Georg und Juliana Küllstedt**, zu der die Kirchgemeinden Bickenriede, Büttstedt, Küllstedt und Wachstedt gehören.

Die katholische **Pfarrei St. Anna - Lengefeld unterm Stein**, zu der die Kirchgemeinden Effelder; Faulungen; Großbartloff; Hildebrandshausen; Lengefeld unterm Stein; **Struth** gehören.

Wallfahrtsstätten im Dekanat Dingelstädt / Stadt Dingelstädt / Pfarreien im Obereichsfeld

Werdigshäuser Kirche, Wallfahrtskirche St. Cyriakus

Wallfahrt zum Hochfest Dreifaltigkeit und zu St. Cyriakus (1. Sonntag im August)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Kefferhausen

Kleine Kirche, Wallfahrtskirche St. Marien

Wallfahrt zum Fest Mariä Geburt (um den 8. September)

Pfarrei St. Gertrud / Ortschaft Dingelstädt

Kirche St. Martin, Beberstedt

Wallfahrt zum Rosenkranzaltar mit Krautweihe am Sonntag nach Mariä Himmelfahrt

Pfarrei St. Martin / Ortschaft Beberstedt

Die Wallfahrt Krautweih Beberstedt und die „Marienwallfahrt zur Maria im Busch“ in Dingelstädt sind auch überregional bekannt.

Wallfahrt zum Annaberg bei Struth – Wallfahrtsort zu Ehren der heiligen Anna, Annaberg genannt

Kirchliche oder caritative Einrichtungen in der Stadt Dingelstädt

Klosterkirche Kerbscher Berg, Kirche St. Petrus Baptista und Gefährten mit Familienzentrum

Dingelstädt

Kefferhäuser Straße 24

37351 Stadt Dingelstädt

Alten- und Pflegezentrum "Haus Louise"

Dingelstädt

Birkunger Straße 9

37351 Stadt Dingelstädt

St. Joseph Kinder- und Jugendhaus
Raphaelsheim gGmbH / Heim für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung
Dingelstädt
Riethstieg 3
37351 Stadt Dingelstädt

St. Franziskus-Schule der Raphaelsheim gGmbH
Staatlich anerkannte katholische Förderschule für geistig Behinderte
Dingelstädt
Riethstieg 9
37351 Stadt Dingelstädt

Zu der Evangelischen Pfarrei Dingelstädt, Bahnhofstraße 18, 37351 Stadt Dingelstädt mit der 150 Jahre alten Kirche St. Johannes-Apostel in Dingelstädt gehören die Ortschaften Dingelstädt und Helmsdorf mit eigenen Kirchengebäuden.

Die evangelische Gemeinde Anrode mit der Kirche St. Georg in Dörna gehört zum evangelischem Pfarramt Dörna Blaschke.
Es bestehen regelmäßige Kontakte und es gibt gemeinsame kirchliche / ökumenische Veranstaltungen der Kirchengemeinden.

Insgesamt sind vier katholische Pfarreien und zwei evangelische Pfarreien im Gemeindegebiet verortet.

8.1. Tourismus

Das klare Bekenntnis der Stadt Dingelstädt zum Tourismus soll in Anspruch und Vision der Tourismusstrategie der Stadt weiter verankert werden.

Die Stadt Dingelstädt wird ihren Tourismusverbund mit dem Eichsfeld und dem Freistaat Thüringen ausbauen! Entscheidend ist, die Qualität der Angebote und damit einhergehend die Wertschöpfung aus dem Tourismus zu erhöhen.

Innerhalb der Region kommt es künftig darauf an, das Tourismusbewusstsein auf allen Ebenen und damit die Anerkennung für die Leistungskraft und vielfältigen positiven Effekte der Branche zu stärken. Der Tourismus leistet wichtige Beiträge für die Regionalentwicklung und die Lebensqualität in unserer Stadt Dingelstädt, unserem Landkreis Eichsfeld und unserem Freistaat Thüringen. Er ist wichtiger Standortfaktor.

Ziel muss es sein, die Stadt Dingelstädt nicht nur als ein begehrtes Urlaubsziel, sondern auch als attraktiven Wirtschaftsstandort zu präsentieren. Eine Stadt Dingelstädt mit den dann 10 Ortschaften würde die Tourismusentwicklung weiter voranbringen und stärken.

Die Stadt Dingelstädt und die Gemeinde Rodeberg sind bereits Mitglied im HVE. Eine wichtige Aufgabe des HVE Eichsfeld Touristik e. V. (HVE) ist die Heimat- und Kulturpflege. So unterstützt der HVE die Wanderwegewarte der Region oder begleitet Entwicklungen

rund um konkrete Wanderwege wie dem Eichsfeld-Wanderweg, dem Naturparkweg „Leine-Werra“ oder dem Pilgerweg Loccum-Volkenroda.

Ein zukünftiges besonderes Merkmal der Stadt Dingelstädt wären die drei Klöster („Kloster Zella“ (Ortschaft Struth), „Kloster Kerbscher Berg“ (Ortschaft Dingelstädt), „Kloster Anrode“ (Ortschaft Bickenriede)) in der Gemarkung Dingelstädt.

Ein weiteres Beschäftigungsfeld des HVE ist die touristische Qualitätssicherung. Der Verband berät hinsichtlich von Qualitätssiegeln wie „Wanderbares Deutschland“ oder „Bett & Bike“ und führt selbst Sterne Klassifizierungen des Deutschen Tourismusverbandes durch.

8.1.1 Radtourismus

Das sogenannte Dingelstädter Radwegekreuz am „Alten Dingelstädter Bahnhof“ ist gut ins Thüringer Radwegenetz eingebunden. Von hier aus können Fahrradfrende auf gut beschilderten Radwegen in alle Himmelsrichtungen fahren. Das Radwegekreuz ist zugleich der Beginn des einmaligen und beliebten Kanonenbahnradweges, der durch die Gemeinde Anrode bis zum Werratal-Radweg führt.

Radfahrer können ebenso von der Ortschaft Dingelstädt aus über Radwegeverbindungen zum Unstrut-Hahle-Radweg, Unstrut-Leine-Radweg und dem Unstrut Radweg gelangen. Eine touristische Anbindung des „Klosters Zella“ an das überregionale Radwegenetz ist bereits heute über den Kanonenbahnradweg (Abfahrt: Lengefeld unterm Stein) vorhanden. Das „Kloster Zella“ gehört zur Ortschaft Struth.

Eine Radwege-Anbindung an den vorgenannten Radweg über Bickenriede nach Struth streben wir ebenso an. Einheimische und auswärtige Radfreunde können so über einen verbindenden Weg einen Anschluss an das überregionale Radwegenetz erhalten.

8.1.2 Wandertourismus:

Das Eichsfeld-Lied (1. & 2. Strophe)

*Bist du gewandert durch die Welt, auf jedem Weg und Pfade,
Schlugst auf in Nord und Süd dein Zelt, an Alp und Meergestade:
Hast du mein Eichsfeld nicht geseh'n mit seinen burggekrönten Höh'n
Und kreuzfidelen Sassen, dein Rühmen magst du lassen!*

*Dort, wo die junge Leine fließt, die Unstrut wallt zu Tale,
Der Hülfsenberg die Werra grüßt, der Ohmberg seine Hahle,
Die Wipper flutet durch die Au, landauf, landab, welch feine Schau
Auf Tal und Hügelketten und schmucke Siedelstätten!*

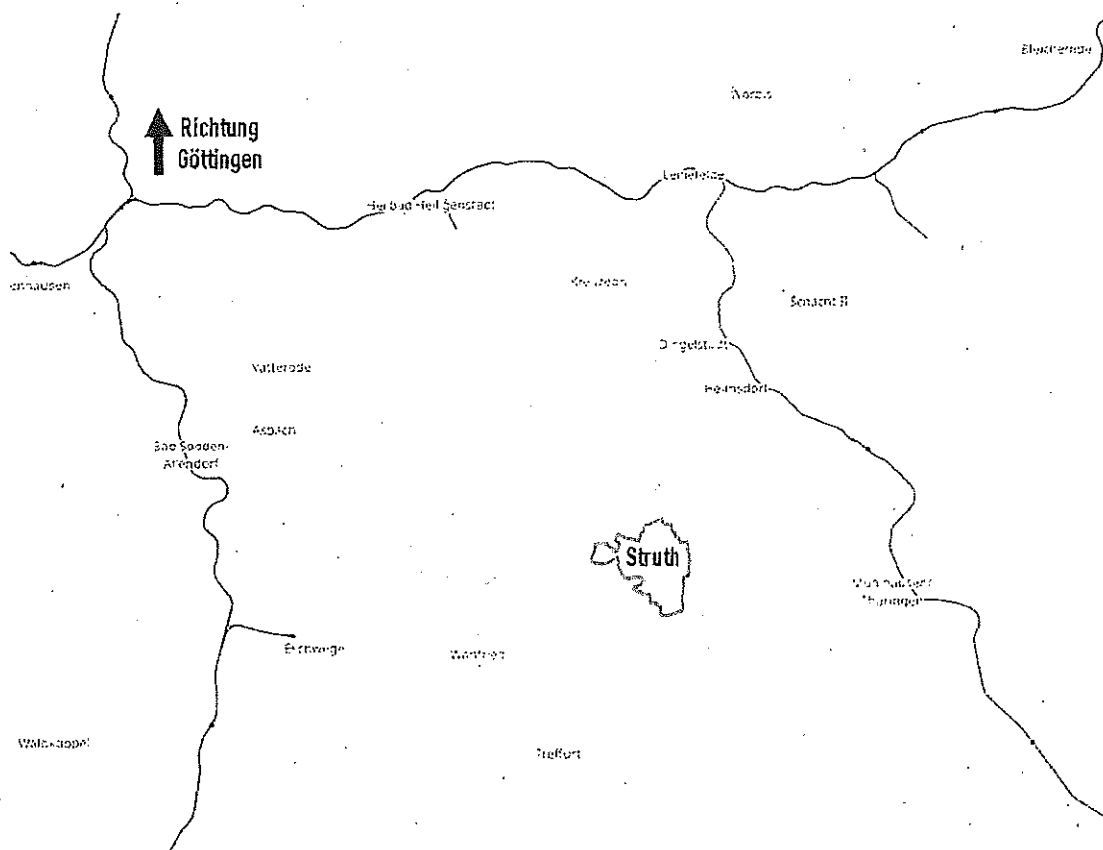
Die Eichsfeld-Hymne wurde im Jahre 1902 von dem Priester E. ... geboren am 09. März 1856 in Holungen, gestorben 1907 in Südafrika, geschrieben und beschreibt noch heute in prägnanter Weise unter anderem den Wandertourismus.

Im schönen Obereichsfeld braucht es nicht viel Zeit und Aufwand, um in die Natur zu gelangen. Auf ausgewiesenen Wanderwegen kann man schnell dem Alltag entkommen.

So bietet beispielsweise das etwa 515 m hohe Plateau „Hockelrain“ einen prächtigen Blick über unsere Ortschaften der Stadt Dingelstädt und lädt mit seinen Rastmöglichkeiten zum Verweilen ein.

Außerdem haben wir die Umsetzung und Vermarktung gemeinsamer Wanderrouen fest im Blick (z. B. TOP Wanderweg Scharfenstein). Fast täglich erreichen uns Anfragen von Gästen, die gern unsere Rad- und Wanderwege erkunden wollen und mehrtägige Besuche in unserer Region planen. Es lohnt sich, dieses Potenzial zu bündeln und auszubauen.

9. Landschaftliche und topographische Gegebenheiten



Mitten in Deutschland, im nordwestlichen Teil des Landes Thüringens, im Landkreis Eichsfeld liegt die Stadt Dingelstädt. Sie befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Autobahn 38, dicht an der Grenze zu Hessen und Niedersachsen.

Die Stadt Dingelstädt liegt an der oberen Unstrut mit der Unstrutquelle in der Ortschaft Kefferhausen. Dingelstädt ist am westlichen Rand einer Mulde im oberen Unstruttal gelegen und wird umrahmt von den allmählich ansteigenden Höhen der mit Laubbäumen bewaldeten Muschelkalk-Hochfläche des oberen Eichsfelds.

Im Norden begrenzt der Höhenzug „Dün“ das Stadtgebiet. Die Stadt ist flächenmäßig (ca. 107 km²) und von der Einwohnerzahl (ca. 11.000 Einwohner) bereits jetzt die drittgrößte Gemeinde im Landkreis Eichsfeld.

Durch die Fusion mit dem Ortsteil Struth würde die Stadt Dingelstädt sowohl von der Fläche, als auch von den Einwohnern um mehr als 12 % wachsen.

10. Bevölkerung und Flächenentwicklung

Der demographische Wandel ist, sowohl heute als auch in den kommenden Jahren, die große Herausforderung für die Gemeindeentwicklung.

Die beantragenden Gemeinden (Stadt Dingelstädt und Gemeinde Rodeberg mit dem Ortsteil Struth) haben zum 31. Dezember 2022 einen Einwohnerstand von 12.563 Einwohnern und eine Gesamtfläche von ca. 123,49 km².

Gemäß den Eckpunkten des Leitbildes für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen wird bei der Bildung von Einheitsgemeinden eine Mindesteinwohnergröße von 6.000 Einwohnern im Jahr 2035 angestrebt.

Bezogen auf den beantragten Beitritt wird nach Schätzung des Thüringer Landesamtes für Statistik die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2035 vollumfänglich erfüllt und sogar deutlich überschritten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der guten wirtschaftlichen Situation und Entwicklung der Stadt Dingelstädt auch im Jahr 2035 die Erfüllung der Aufgaben als sicher anzunehmen ist.

Um der demografischen Entwicklung positiv entgegenzuwirken, werden seit 2018 Bebauungspläne für die Schaffung von Wohnungseigentum entwickelt, geplant und seit 2021 umgesetzt.

So werden zurzeit ca. 100 Baugrundstücke im gesamten Stadtgebiet neu ausgewiesen. Gleiches soll selbstverständlich auch für die zukünftige Ortschaft Struth gelten.

Die Stadt Dingelstädt nimmt seit 2022 an der Dorferneuerung für die Ortschaften Kefferhausen, Kreuzebra, Helmsdorf und Silberhausen teil. Ziel ist es auch, die Kerne der einzelnen Ortschaften aufzuwerten. Parallel dazu schaffen wir derzeit Voraussetzungen zur Nutzung und Revitalisierung vorhandener Gewerbeflächen.

Eine der ersten wichtigen Hauptaufgaben nach dem Beitritt der Ortschaft Struth wird die Erstellung eines gemeindlichen Entwicklungskonzeptes (GEK) sein, das wiederum Grundvoraussetzung für die Aufnahme der Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt, Struth und Zella in des Dorferneuerungsprogramm ist.

11. Finanzielle Situationen der beteiligten Gemeinden

Die Haushaltssituationen in der Gemeinde Rodeberg ist als sehr angespannt zu betrachten. Die Haushaltssituation der Stadt Dingelstädt stellt sich hingegen als verhalten positiv dar.

Die Stadt Dingelstädt (mit Ihren 5 Ortschaften) weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 202 € auf (Stand 31.12.2022). Die Stadt Dingelstädt (mit Ihren 9 Ortschaften) weist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 331 € auf (Stand 01.01.2023).

Die Stadt Dingelstädt hat im Vermögenshaushalt im Haushaltsjahr 2022 (Stadt Dingelstädt mit Ihren 5 Ortschaften) ein Volumen von 5.009.700 € und in 2023 (Stadt Dingelstädt mit Ihren 9 Ortschaften) in Höhe von 8.569.000 € vorgesehen.

Die Rücklagen der Stadt Dingelstädt (mit Ihren 5 Ortschaften) betrugen zum Stand 31.12.2022 insgesamt 372.958,00 €. Die vergleichsweise geringe Rücklage ist dadurch bedingt, dass begonnenen Baumaßnahmen aufgrund der Inflation und der Baupreissteigerung fertiggestellt werden mussten. Somit war eine Entnahme aus der Rücklage von 985.800 € im Jahr 2022 notwendig.

Nach dem Beitritt der Gemeinden Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella zur Stadt Dingelstädt am 01.01.2023 wird die Rücklage der Stadt Dingelstädt nicht nennenswert steigen, da nur mit der Mindestrücklage der Beitrittsorte gerechnet werden kann. Gleiches gilt nach dem Beitritt des Ortsteils Struth.

Da der Schuldenstand steigt, jedoch keine weitere „Hochzeitsprämie“ zur Haushaltsentlastung gezahlt wird, ist es unerlässlich, dass die Stadt Dingelstädt von Verbindlichkeiten, die aus dem Abwassereigenbetrieb entstehen könnten, befreit wird. Andersfalls droht das Abrutschen in die Haushaltssicherung für die gesamte Stadt Dingelstädt.

Sollten die Verbindlichkeiten aus dem Abwassereigenbetrieb entfallen, kann nach der Gemeindeneugliederung die Haushaltssituation der neuen Stadt Dingelstädt mit ihren dann 10 Ortschaften als ausgeglichen eingestuft werden.

Die Verschuldung der Stadt Dingelstädt wird dann allerdings weiter ansteigen, da die Neugliederungsprämie ausschließlich nur noch für die Ortschaft Struth mit ca. 300T€ gezahlt wird.

Die im Wege der Gebietsreform zu übernehmenden Kreditverbindlichkeiten lassen die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich anwachsen, diese liegt dann mit ca. 429 €/Einwohner über der bisherigen pro Kopfverschuldung der Stadt Dingelstädt mit 331€.

Im Einzelnen stellen sich die finanziellen Situationen der beteiligten Gemeinden wie folgt dar:

Verbindlichkeiten durch Kredite zum 31.12.2022:

Stadt Dingelstädt (mit ihren 9 Ortschaften):	3.552.238,00 €
Struth (zzt. Gemeinde Rodeberg)	1.838.212,00 €

Durch die im Zuge der Gemeindegebietsreform ausgereichten Neugliederungsprämien und beantragten Strukturbegleithilfen sowie die besonderen Entschuldungshilfen gelingt es, den durch die Neugliederung auftretenden finanziellen Aufwand in gewissem Umfang abzufedern und den Gesamtschuldenstand signifikant unter 5.390.450 € zu senken.

Der erhebliche Sanierungsstau in den zukünftigen Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt, **Struth** und Zella kann aber nur bedingt abgefedert werden. Besonders die Revitalisierung der Sportanlagen der Ortschaft Struth und die Herausforderungen bei der Pflichtaufgabe Ersatzbeschaffung für ein Feuerwehrfahrzeug „Logistik GW - L2“ werden in den kommenden Jahren zur großen finanziellen Herausforderung für die Stadt Dingelstädt werden.

Mit der Gemeindeneugliederung kommt die Gemeinde Rodeberg aus ihrer finanziellen Notlage. Insbesondere wird die Thematik Abwassereigenbetrieb nachhaltig gelöst.

Mit dem Beitritt der zukünftigen Ortschaft Struth wird für diese Ortschaft eine stabile Haushaltslage erreicht. Die dauernde Leistungsfähigkeit wird gewährleistet und somit sind auch wieder Investitionen in der zukünftigen Ortschaft möglich.

Die Stadt Dingelstädt wird in der Lage sein, die hinzutretende Verschuldung nach und nach abzubauen und gleichzeitig ein gewisses Maß an Investitionen in allen zehn Ortschaften zu gewährleisten.

Die Steuereinnahmekraft wird durchschnittlich steigen. Zurzeit beträgt die Steuereinnahmekraft 766,15 € / Einwohner.

12. Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gemeinden

Die Auflösung der Gemeinde Rodeberg und die Zuordnung zu den Städten Mühlhausen und Dingelstädt führt zu einer neuen Kreisgrenze zwischen dem Landkreis Eichsfeld und dem Landkreis Unstrut – Hainich.

Die neuen Gemarkungsgrenzen zwischen der Stadt Mühlhausen und der Stadt Dingelstädt wurden in den Koordinationsrechtlichen Verträgen genau festgelegt. Es wäre wünschenswert, wenn die Gemarkungsgrenzen auch die neue Landkreisgrenzen abbilden könnte.

Die umliegenden Gemeinden und zentralen Orte – insbesondere die Städte Heilbad Heiligenstadt und Leinefelde-Worbis aber auch die Stadt Mühlhausen - werden ihrerseits durch den Beitritt der Ortschaft Struth zur Stadt Dingelstädt nicht geschwächt oder gar in ihrer Entwicklung behindert.

Insbesondere der Stadt Mühlhausen (Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums) verbleiben noch ausreichend räumliche Entwicklungsmöglichkeiten für eine leitliniengerechte Entwicklung.

Weiterhin lässt die Fusion der Stadt Dingelstädt die Möglichkeit offen, sich als Mittelzentrum zwischen den oben genannten Städten zu etablieren.

Negative Auswirkungen durch die Neugliederung der Stadt Dingelstädt auf weitere angrenzende Gemeinden sind daher nicht erkennbar.

13. Grundlegende Kriterien der Neugliederung

Die in diesem Antrag vorgetragenen Argumente und Beispiele zeigen, dass man - wenn zur richtigen Zeit die richtigen Entscheidungen getroffen werden - Schwierigkeiten überwunden und Aufgaben gelöst werden, man somit eine „gedeihliche Entwicklung“ des Gemeinwesens erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jede Ortschaft ihre „Seele“ hat und sich im Gesamtgefüge wiederfinden muss.

Mit dem unterzeichneten koordinationsrechtlichen Vertrag und dem Fusionsvertrag greifen alle kommunalpolitischen Verantwortungsträger die Geschichte ihrer Region in gleicher Weise auf und führen das Erbe unserer Vorfahren, nicht nur im Obereichsfeld, zusammen.

Mit Gründung der Landgemeinde „Stadt Dingelstädt“ am 01.01.2019 bestehend aus den Ortschaften Dingelstädt, Helmsdorf, Kefferhausen, Kreuzebra und Silberhausen wurde ein neuer Weg gegangen. Es galt und gilt leistungsfähige Strukturen aufzubauen! Diesen Weg haben wir konsequent weiterverfolgt. Am 01.01.2023 traten die Ortschaften Beberstedt, Bickenriede, Hüpstedt und Zella der Stadt Dingelstädt bei. Der Beitritt der zukünftigen Ortschaft Struth ist somit ein weiterer Schritt, um eine leistungsfähige Verwaltungsstruktur für alle zehn Ortschaften der Stadt Dingelstädt zu erreichen.

Unter dem Motto: Stärkere Gemeinden = größere Chancen

In der Rückschau kann bestätigt werden, dass dies bis jetzt vollumfänglich gelungen ist. In der zukünftigen Stadt Dingelstädt mit ihren 10 Ortschaften wird es umso wichtiger, Vertrauen aufzubauen.

Hier sind alle kommunalpolitischen Akteure gefordert. Es wird Diskussionen geben über den Weg zur Lösung der anstehenden Aufgaben, denn es sind demokratische Institutionen. Dennoch sollte berücksichtigt werden: Jedes positiv erlebte Beispiel einer Bürgerin oder eines Bürgers in der Praxis kann mehr bewirken, als alle noch so vielversprechenden theoretischen Ausführungen.

Darum geht es in der neuen Landgemeinde mit dem Namen „Stadt Dingelstädt“ mit ihren dann 10 Ortschaften Vertrauen schaffen unter den Mandatsträgern, Vertrauen zwischen Bürgermeister, Rat und Verwaltung und vor allem Vertrauen der Bürgerschaft zu uns.

Was ist weiterhin zu tun? Vieles ist vorgegeben in den Fusionsverträgen. Die Fusionsverträge sind Dokumente der Vernunft, sorgfältig ausgewogen unter dem Motto: „Gleiche unter Gleichen“. Sie sind gewissermaßen eines der beiden Standbeine, auf denen sich nun alle zukünftig 10 Ortschaften auf den Weg begeben. Das andere Standbein ist schlicht und einfach das Gesetz, die Gemeindeordnung.

14. Raumordnung – LEP 2025

Überörtliche Maßstäbe, unter anderem die Ziele der Raumordnung und Landesentwicklung, werden berührt. Welche Auswirkungen die Gemeindefusion auf den LEP 2025 haben wird, lässt sich zurzeit nicht abschätzen und ist nicht Bestandteil dieses Antrages. Jedoch bleibt anzumerken, dass die Stadt Dingelstädt mit den Städten Heilbad Heiligenstadt und Leinefelde – Worbis ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) auf den Weg gebracht hat.

Das derzeit geltende Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 (LEP 2025) ist als Rechtsverordnung der Landesregierung im Juli 2014 in Kraft getreten, sodass auf Grund der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklungen, insbesondere in den Bereichen Gemeindeneugliederung und Energie, eine (Teil-)Fortschreibung geboten erscheint. Neben den Gliederungspunkten „Handlungsbezogene Raumkategorien“ und „Energie“ sollen die Bestimmungen über „Zentrale Orte und überörtlich bedeutsame Gemeindefunktionen“ sowie „Mittelzentrale Funktionsräume“ aktualisiert werden.

Von den beschriebenen Planungsabsichten der Landesregierung ist auch der Raum um Leinefelde-Worbis/Heilbad Heiligenstadt/ Stadt Dingelstädt betroffen. Zum einen sind die derzeitigen zentralörtlichen Funktionen (Leinefelde-Worbis und Heilbad Heiligenstadt jeweils als Mittelzentren und die Stadt Dingelstädt als Grundzentrum) betroffen. Zum anderen ergeben sich durch die bereits erfolgten und noch in Vorbereitung befindlichen Gemeindeneugliederungen bis Ende 2023 erhebliche Änderungen. Die Region Obereichsfeld wächst räumlich zusammen und wird nach Abschluss der Gemeindeneugliederungen etwa 50.000 Einwohner aufweisen.

Damit wird bis Ende 2024 im Nordwesten Thüringens ein Raumgefüge entstehen, das mit dem in Südthüringen (Raum um Suhl, Zella-Mehlis, Schleusingen und Oberhof) oder dem Städtedreieck am Saalebogen (Saalfeld, Rudolstadt, Bad Blankenburg) in vielerlei Hinsicht vergleichbar ist: So weist die Region Obereichsfeld dann in etwa eine ähnliche Bevölkerungszahl auf wie der Raum in Südthüringen oder das Städtedreieck am Saalebogen.

Mit der Erarbeitung des Regionalen Entwicklungskonzept (REK) wird grundsätzlich das Ziel verfolgt, die Fähigkeit der drei Städte Leinefelde-Worbis, Heilbad Heiligenstadt und Dingelstädt, also der Region Obereichsfeld, nach Abschluss der Gemeindeneugliederungen Ende 2023 gemeinsam und funktionsteilig ein Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums bilden können, fachlich fundiert zu beschreiben.

15. Verwaltung:

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger in dem Sinne, dass zukünftig Leistungen angeboten werden, zu denen die Gemeinde Rodeberg vorher nicht in der Lage war.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Stadt Dingelstädt befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Verwaltungen, Vereine und Feuerwehren. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Stadt Dingelstädt mit ihren 10 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt Dingelstädt gesichert und ausgebaut werden kann. Weiterhin ermöglicht die Eingliederung eine verbesserte Grundausstattung der öffentlichen Daseinsvorsorge, welche deutlich über die eines Grundzentrums hinausgeht.

Als Beispiel für die interkommunale Zusammenarbeit zwischen der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg kann die gemeinsame Personalverwaltung und Lohnabrechnung genannt werden, die bereits jetzt schon praktiziert wird.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

16. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Rodeberg und der Stadt Dingelstädt wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Stadtratsratssitzungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Ortschaftsratssitzungen, Treffen auf Vereinsebene, Treffen der Feuerwehren, in den Kirchengemeinden sowie bei Bürgerbefragungen, bezüglich der möglichen Gemeindefusion und des Wechsels in den Landkreis Eichsfeld, aktiv beteiligt.

Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg durch die jeweiligen Amtsblätter und der Tagespresse zur geplanten Gemeindefusion fortlaufend informiert.

Hervorzuheben ist hier die Bürgerbefragung (per Briefwahl ab dem 16. Lebensjahr) im Ortsteil Struth, der Gemeinde Rodeberg, die ein klares Votum ergeben hat. Bei einer Wahlbeteiligung von über 80 % haben sich 53,83 % der Bürgerinnen und Bürger für den Wechsel in den Landkreis Eichsfeld und den Beitritt zur Stadt Dingelstädt entschieden.

Fazit:

Die vorgetragenen Verweise stellen nur einen Ausschnitt eines durchgängigen Wunsches der Eichsfelder im Verlauf der letzten 222 Jahre dar, bei einer sich bietenden Gelegenheit, wieder in einer staatlich-kommunalen Rechtsform zusammenkommen zu wollen.

Realistisch und wünschenswert wäre deshalb die Erweiterung des jetzigen Landkreises Eichsfeld, unter Einbeziehung der Eichsfeld-Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth), aus dem heutigen Unstrut-Hainich-Kreis.

Ganz in diesem Sinne hat die hiervon betroffene Gemeinde Rodeberg (Ortsteil Struth), im Zuge der anhaltenden Gebietsreformdiskussion entsprechende Beschlüsse gefasst und Verträge geschlossen, nach denen diese ihre Zukunft im Landkreis-Eichsfeld und der Stadt Dingelstädt sehen.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

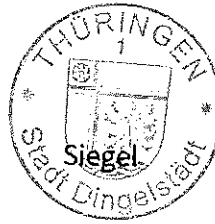
Bürgermeister der Stadt Dingelstädt
Dingelstädt, den 31.01.2023

Quellenverzeichnis:

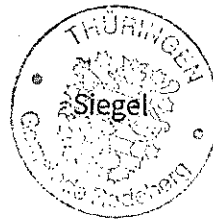
- 1 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 4 ff.
- 2 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 10, 11
- 3 Dr. Werner Henning, Landrat des Landkreises Eichsfeld: Zur Bedeutung des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes vom 9. Juni 2017 gegen das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen für den Landkreis Eichsfeld (GVBl. 2016 S. 242 ff.) S. 5, 6, 15, 16 ff.
- 9 Müller, Johannes: Das Eichsfeld. Maschinengeschriebenes Manuskript Eichsfelder Heimatmuseum Heiligenstadt
- 10 Wehling, Hans-Georg: Das katholische Milieu im Eichsfeld. In: Das Eichsfeld – Ein deutscher Grenzraum. Du-derstadt 2002.
- 11 Riese, Werner: Das Eichsfeld. Entwicklungsprobleme einer Landschaft Heidelberg 1980.
- 12 Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.
- 13 Behrens, Petra: Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur. Heimatpropaganda, regional kulturelle Aktivitäten und Konstruktion der Region Eichsfeld zwischen 1918 und 1961. Baden-Baden 2012.
- 14 Müller, Torsten: Mitteilung vom 10.12.2016.
- 41 Hussong, Ulrich, Die Einteilung des Eichsfeldes in Landkreise zu Beginn des 19. Jahrhunderts. In Eichsfeld-Jahrbuch 7 (1999), S. 185 ff.
- 66 Verfahren beim Bundeslandwechsel von Landkreisen/Kommunen, Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag, Deutscher Bundestag 2016, WD 3 - 3000 - 057/16.
- 67 Vgl. Fußnote 20.
- 68 "Präambel"
- In Anerkennung des Willens des sorbischen Volkes, das in der Nieder- und Oberlausitz seine angestammte Heimat hat und seine Sprache und Kultur bis in die heutige Zeit bewahrt hat, seine Identität auch in Zukunft zu erhalten, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Sorben außerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland keinen Mutterstaat haben, der sich ihnen verpflichtet fühlt und Sorge für den Schutz und die Bewahrung ihrer Sprache, Kultur und Überlieferung trägt, im Bewusstsein, dass der Schutz, die Pflege und Entwicklung der sorbischen Werte sowie die Erhaltung und Stärkung des sorbisch-deutschen Charakters der Lausitz im Interesse des Freistaates Sachsen liegen, in Erkenntnis, dass das Recht auf die nationale und ethnische Identität sowie die Gewährung der Gesamtheit der Volksgruppen- und Minderheitenrechte keine Gabe und kein Privileg, sondern Teil der universellen Menschen- und Freiheitsrechte sind, in Erfüllung der von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten internationalen Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung nationaler Minderheiten und Volksgruppen, unter Berufen auf Artikel 3 des Grundgesetzes, Artikel 35 des Einigungsvertrages, ergänzt um die Protokollnotiz Nummer 14, und die Verfassung des Freistaates Sachsen beschließt der Sächsische Landtag, ausgehend von Artikel 6 der Sächsischen Verfassung, das nachstehende Gesetz über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sorbengesetz - SächsSorbG)."
- 69 Vgl. Thüringer Feier- und Gedenktagsgesetz (ThürFGtG) vom 21. Dezember 1994

Antragsunterzeichnung:

Bürgermeister Stadt Dingelstädt
Dingelstädt, den



Bürgermeister Gemeinde Rodeberg
Dingelstädt, den



Anlagen:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden
- Neugliederungsverträge und dazugehörige Beschlüsse
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Koordinationsrechtlicher Vertrag

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Stadterwaltung</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft ö.R.</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Marktplatz</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">15</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">37308 Heiligenstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Stadterwaltung	Körperschaft ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Marktplatz	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	15	Postleitzahl, Ort	37308 Heiligenstadt
	Name	Organisationsform									
	Stadterwaltung	Körperschaft ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Marktplatz									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	15									
Postleitzahl, Ort	37308 Heiligenstadt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Heiligenstadt, 19.04.23	



Stadt Heilbad Heiligenstadt



Gemeinde Hohes Kreuz



Gemeinde Glasehausen

Antrag auf Gemeindeneugliederung

der Gemeinde Hohes Kreuz (für die Ortsteile Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streltholz) und der Gemeinde Glasehausen in die Stadt Heilbad Heiligenstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinde Hohes Kreuz beantragt mit Inkrafttreten des 4. Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNNG 2024) ihre Auflösung und die Eingliederung ihrer Ortsteile

- Bischhagen
- Mengelrode
- Siemerode
- Streltholz

In die Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Die Gemeinde Glasehausen beantragt mit Inkrafttreten des 4. Thüringer Gesetzes zur Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden (ThürGNNG 2024) ihre Auflösung und die Eingliederung in die Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Es wird beantragt, dass § 45 Abs. 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) mit Wirksamwerden der Bestandsänderung für die aufgelöste Gemeinde Hohes Kreuz nicht zur Anwendung kommen soll. Stattdessen sollen gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz die bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilorgane in die Stadt Heilbad Heiligenstadt übergeleitet werden. § 45 Absatz 8 Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) soll mit Wirksamwerden der Bestandsänderung für die aufgelöste Gemeinde Glasehausen, begrenzt auf den Zeitraum der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Stadtrates, zur Anwendung kommen.

Jeder Ortsteil führt seinen bisherigen Namen in Verbindung mit dem Namen der Stadt Heilbad Heiligenstadt als Ortsteilnamen fort.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVl3l. S. 231) zur Anwendung kommen.

Es wird beantragt, dass die Vereinbarungen aus den Koordinationsrechtlichen Verträgen zwischen der Stadt Heilbad Heiligenstadt, der Gemeinde Hohes Kreuz, der Gemeinde Glasehausen und der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal im zukünftigen ThürGNNG soweit erforderlich aufgenommen werden.

Bürgermeister
Heilbad Heiligenstadt

Bürgermeister
Hohes Kreuz

Bürgermeisterin
Glasehausen

Anlage zum Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinde Hohes Kreuz (für die Ortsteile Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streitholz) und der Gemeinde Glasehausen in die Stadt Heilbad Heiligenstadt

ABWÄGUNG GEMEINWOHLBELANGE

Grundlage des Antrags bilden die Eckpunkte des Leitbildes und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen gemäß dem Beschluss des Thüringer Landtages vom 13. Dezember 2017.

Der demografische Wandel, die angespannte Haushaltslage, die Fragen nach der eigenen Leistungsfähigkeit und nach leistungsfähigen Verwaltungsstrukturen zwang die Gemeinden ihre „Eigenständigkeit“ auf den Prüfstand zu stellen.

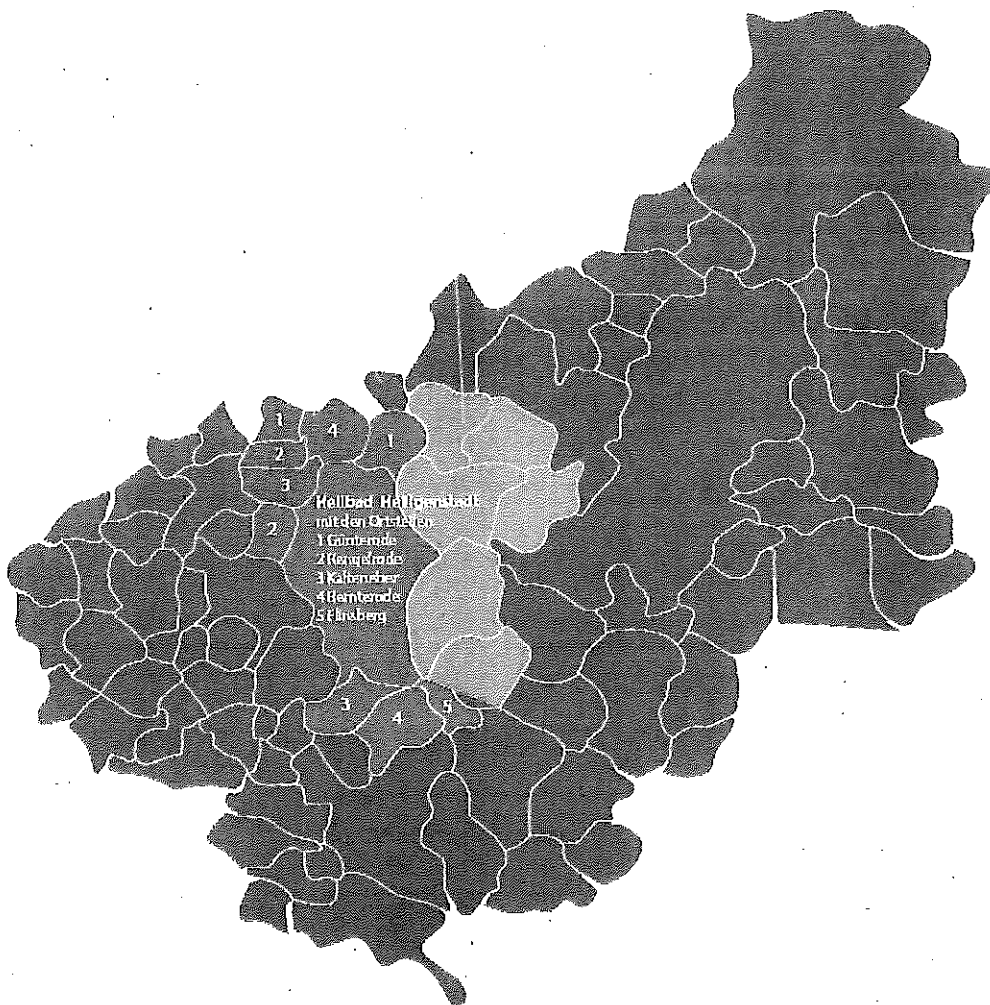
Im Ergebnis wurden in beiden Gemeinden im Sommer 2022 Bürgerbefragungen zur Gemeindeneugliederung durchgeführt. Hierbei entschieden sich die Bürgerinnen und Bürger mit absoluten Mehrheiten für die Auflösung ihrer Einheitsgemeinden und einen Beitritt zur Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Inhalt

Räumliche Lage, örtliche Zugehörigkeit	2
Infrastrukturelle Beziehungen	4
Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge	4
Schulstruktur nur informativ	5
traditionelle, landsmannschaftliche und historische Verbindungen, Vereine und Kirchengemeinden	5
Bevölkerungsentwicklung	6
Finanzielle Situation	6
Bau- und Gewerbegebiete einschließlich der konkreten Lage,	7
derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung	8
Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gebietskörperschaften	8
Bürgerbeteiligung	8

Räumliche Lage, örtliche Zugehörigkeit

Der Landkreis Eichsfeld liegt im Nordwesten des Freistaats Thüringen, eingebettet zwischen dem Harz im Norden, der Werra und dem hessischen Bergland im Südwesten und dem Thüringer Becken im Südosten. Nachbarkreise sind im Norden der niedersächsische Landkreis Göttingen, im Osten der Landkreis Nordhausen, im Südosten der Kyffhäuserkreis, im Süden der Unstrut-Hainich-Kreis und im Westen der hessische Werra-Meißner-Kreis.



Die Gemeinde Hohes Kreuz entstand 1991 aus einem Zusammenschluss der Gemeinden Bischhagen, Mengelrode, Siemerode und Streitholz. Benannt wurde die Gemeinde nach der gleichnamigen, etwa 371 m hohen Anhöhe zwischen den Orten Streitholz und Bischhagen. Das Gemeindegebiet erstreckt sich von der thüringisch-niedersächsischen Grenze im Norden bis zur Bundesautobahn 38 im Süden. Die Gemeinde Hohes Kreuz gehört seit 1992 zur Verwaltungsgemeinschaft „Leinetal“ mit Sitz in Bodenrode. Am 31.12.2021 lebten in der Gemeinde 1.246 Einwohner.

Bischhagen

Bischhagen liegt ungefähr sechs Kilometer nordwestlich von Heilbad Heiligenstadt an der Thüringer Landesstraße 1005 und der Deutschen Märchenstraße nahe der niedersächsisch-thüringischen Grenze. Umliegende Orte sind Siemerode, Streitholz und Vogelsang in Niedersachsen.

Mengelrode

Mengelrode liegt ca. vier Kilometer im nordwestlichen Teil des Kreises Heiligenstadt auf einer mittleren Höhe von 260 m über NN. Umliegende Orte sind Streitholz, Schachtebich und die Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt.

Siemerode

Siemerode liegt ca. fünf Kilometer nördlich von Heilbad Heiligenstadt auf einer mittleren Höhe von 308 m über NN. Der Ort liegt an der Thüringer Landesstraße 1005 und der Deutschen Märchenstraße nahe der niedersächsisch-thüringischen Grenze. Umliegende Orte sind Bischhagen, Streitholz, der Heiligenstädter Ortsteil Günterode und Weißenborn in Niedersachsen.

Streitholz

Streitholz ist der kleinste der vier Ortsteile der Gemeinde Hohes Kreuz. Streitholz liegt ca. fünf Kilometer nordwestlich von der Kreisstadt Heiligenstadt entfernt. Der Ort befindet sich an der Straße zwischen Mengelrode und Bischhagen (beides Ortsteile von Hohes Kreuz). Über diese Straße ist Streitholz an die Thüringer Landesstraße 1002 (Deutsche Märchenstraße) angebunden. Umliegende Orte sind weiterhin Siemerode, die Gemeinde Freienhagen und Vogelsang in Niedersachsen.

Glasehausen

Glasehausen liegt ungefähr 7 Kilometer nördlich von Heiligenstadt, unmittelbar an der niedersächsisch-thüringischen Landesgrenze. Nachbarorte sind die in Niedersachsen gelegenen Ortsteile der Gemeinde Gleichen Weißenborn im Westen und Etzenborn im Nordosten sowie der Ortsteil der Stadt Heilbad Heiligenstadt Günterode im Süden. Verwaltungsmäßig gehört der Ort ebenfalls zur Verwaltungsgemeinschaft Leinetal.

Infrastrukturelle Beziehungen

Infrastrukturell ist die Stadt Heilbad Heiligenstadt mit den einzugliedernden Gemeinden und deren Ortsteilen durch ein gut ausgebautes Straßenverkehrsnetz verbunden. Erreicht werden die Gemeinden über die Anschlussstelle „Heilbad Heiligenstadt“ an der Bundesautobahn 38. Derzeit bestehen in alle Orte gute ÖPNV-Anbindungen nach Heilbad Heiligenstadt. Der Anschluss an den regionalen und überregionalen Bahnverkehr befindet sich ebenfalls in der Kreisstadt. Ein Netz aus land- und forstwirtschaftlichen Wegen bietet zudem eine zusätzliche Verkehrsanbindung der einzelnen Ortsteile untereinander.

Die Berufstätigen sind vorrangig Pendler in Richtung Göttingen, Heilbad Heiligenstadt oder Duderstadt.

Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die Wasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie die Abfallentsorgung erfolgen über den Zweckverband WAZ Obereichsfeld und die Eichsfeldwerke, beide ansässig in Heilbad Heiligenstadt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen Ortsteilen vorhanden. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Stadt auch in Zukunft sorgen.

Zwei vollzeitbeschäftigte Beschäftigte erledigen als Gemeindearbeiter die innerörtlichen Pflege- und Instandhaltungsarbeiten.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt mit ihren 10 Ortsteilen verfügt zukünftig über 9 Kindertagesstätten in der Kernstadt und den Ortsteilen mit einer Gesamtkapazität von 920 Plätzen. Derzeit verfügt die Stadt Heilbad Heiligenstadt über eine Gesamtkapazität 841 Plätzen, es befinden sich 659 Plätze in freier Trägerschaft und 182 Plätze im städtischen Kindergarten. Ab 2024 kommen im Ortsteil Siemerode 46 Plätze und im Ortsteile Mengelrode 33 Plätze hinzu. Zum jetzigen Zeitpunkt weisen die Kindertagesstätten eine gute Belegung aus. Kapazitätsprobleme für die Zukunft können nicht ausgeschlossen werden, da sich die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Zuzüge noch nicht abschätzen lassen.

In der Stadt Heilbad Heiligenstadt kooperiert die Stadtverwaltung in der Jugendarbeit mit der Villa Lampe, die zurzeit auch die Jugendtreffs im Ortsteil Günterode betreut. Die Jugendclubs /Jugendtreffs in den Ortsteilen werden selbstverständlich erhalten und soweit gewünscht auch fortgeführt. Damit soll zukünftig auch die Jugendarbeit in den einzelnen Ortsteilen der Stadt ausgebaut werden.

In der Gemeinde Hohes Kreuz und in Glasehausen gibt es keine Einkaufsmöglichkeiten. Die durch die Orte führenden Buslinien gewährleisten jedoch eine gute Anbindung insbesondere

in Richtung Heilbad Heiligenstadt, so dass dort auch die Mehrzahl der Einwohner die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, Dienstleistungen und die medizinische Versorgung wahrnehmen.

Die Pflichtaufgabe Feuerwehr hat einen besonderen Stellenwert. Insbesondere für die Freiwilligen Feuerwehren, die in allen Ortsteilen eine tragende Säule des sozialen Lebens sind, ist eine interkommunale Zusammenarbeit bereits jetzt gelebte Praxis. Es bestehen Beziehungen zu den Feuerwehren der Gemeinde Hohes Kreuz, gemeinsame Übungsabende finden auch heute schon statt. Gemeindeübergreifende Einsätze sind schon heute Realität. Vorhandene ortsteilübergreifende Ausrückebereiche zu einem Einsatz müssen durch die Gemeindeneugliederung nicht in besonderem Maß angepasst werden. Bereits jetzt sind (zu den hinzukommenden Ortsteilen) gemeindeübergreifende Alarmierungen festgelegt. Durch die Neugliederung sollen auch künftig weitere Synergieeffekte im Bereich der Ausstattung erzielt werden, die die Feuerwehren noch effizienter machen.

Jugendfeuerwehren in den Ortsteilen führen junge Menschen an die verantwortungsvolle ehrenamtliche Tätigkeit der Feuerwehr heran. Auch hier ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit geplant. Hier muss besonders gewürdigt werden, dass die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die fachliche Ausbildung, sondern auch für die Freizeitgestaltung der jungen Leute eine große Rolle spielt. Eine enge Kooperation zwischen den Ortsteilen der Stadt Heilbad Heiligenstadt und den umliegenden Gemeinden ist schon heute gelebte Praxis.

Schulstruktur - nur informativ

Die Grundschüler werden derzeit in Siemerode unterrichtet, während die Regelschüler und Gymnasialschüler mehrheitlich die Schulen in Heilbad Heiligenstadt besuchen.

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt verfügt für die Schüler der Stadt und der umliegenden Gemeinden über drei Grundschulen, zwei Regelschulen, zwei Gymnasien und zwei berufsbildende Schulen.

traditionelle und historische Verbindungen, Vereine und Kirchengemeinden

Das Ortsleben in den Ortsteilen wird maßgeblich geprägt durch die Sportvereine, Heimatvereine, Freiwilligen Feuerwehren und die Kirchengemeinden. Die naturgemäß hohe gegenseitige Durchdringung befördert eine gute Zusammenarbeit untereinander, mit den Nachbargemeinden und mit dem Gemeinderat.

In der überwiegend römisch-katholisch geprägten Stadt Heilbad Heiligenstadt sind vier Pfarrgemeinden, zwei Kapellen und das katholische Bildungshaus „Marcel Callo“ ansässig. Auch die Gemeinden im Umfeld sind überwiegend katholisch und zählen zum Dekanat Heiligenstadt.

Die Pfarrei St. Nikolaus Siemerode – mit den Kirchorten St. Matthias Bischhagen, St. Georg Günterode, St. Maria Magdalena Mengelrode, St. Johannes der Täufer Glasehausen, St. Johannes der Evangelist Streitholz und der Kapelle St. Maria Magdalena Siemerode umfasst unter anderem bereits heute fünf Orte des zukünftigen Stadtgebietes.

Bevölkerungsentwicklung

Trotz reizvoller Landschaft, lebendigem Dorfleben und guter verkehrstechnischer Anbindung ist die Einwohnerzahl in der Gemeinde Hohes Kreuz von 1.606 (1994) auf 1.246 (2021) geschrumpft. Die Gemeinde Glasehausen hatte einen Einwohnerrückgang von 173 auf 144 zu verzeichnen. Neben der allgemeinen demographischen Entwicklung kann dafür sicher auch das Fehlen von Bauplätzen mitverantwortlich gemacht werden.

Finanzielle Situation

Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden erlaubt keine „großen Sprünge“. Eckwerte der karmal geführten Haushalte der Gemeinden sind:

	Verwaltungshaushalt	Vermögenshaushalt
Gemeinde Hohes Kreuz	1.679.800 €	166.600 €
Gemeinde Glasehausen	188.500 €	36.500 €

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt ist eine der wenigen Kommunen, die sich den Herausforderungen des doppelten Rechnungssystems stellte und seit dem 01.01.2011 nach diesen Grundsätzen arbeitet. Seit diesem Zeitpunkt kann die Stadt Heilbad Heiligenstadt jedes Jahr sowohl in der Planung als auch in der Jahresrechnung einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Alle Aufwendungen können über Erträge finanziert werden und somit die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Stadt sichern. Auch im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum zeigt sich dieser Trend sowohl positiv als auch steigend. Somit steht auch zukünftig die Wirtschaftlichkeit der Stadt Heilbad Heiligenstadt auf einem sicheren Fundament. Im investiven Bereich wurden seit dem Jahr 2011 rund 95 Millionen Euro investiert. Vier der fünf Ortsteile konnten über das Projekt „Dorferneuerung“ saniert werden. Die Ortsteile Kalteneber und Bernterode sind noch bis 2024 Förderschwerpunkte.

Die Pro-Kopf-Verschuldung nimmt seit dem Jahr 1999 kontinuierlich ab und beträgt zum jetzigen Zeitpunkt 305 € je Einwohner. Obwohl in den vergangenen Jahren ein hohes Investitionsvolumen zu finanzieren war, konnte dies bisher ohne eine zusätzliche Kreditaufnahme erfolgen.

Auch Im Haushaltsjahr 2022 wurde ein ausgeglichener Haushalt von der Kommunalaufsicht des Landkreises genehmigt. Investitionen werden in einer Gesamthöhe von 10,6 Mio. € durchgeführt, welche durch Drittmittel sowie durch eigene erwirtschaftete Mittel finanziert werden. Ein Investitionskredit deckt den restlichen Teil des Investitionsvolumens ab. Die Neuverschuldung erfolgt moderat, sodass die dauernde Leistungsfähigkeit über den Finanzplanungszeitraum gesichert ist. Der Stand der liquiden Mittel beträgt zum Jahresende ca. 627 T€.

Bau- und Gewerbegebiete

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt nimmt als Kreisstadt des Landkreises Eichsfeld, als Kurstadt sowie als Mittelzentrum zentralörtliche und übergreifende Aufgaben für die Region wahr. Hieraus ergeben sich die besonderen Anforderungen an die Bereitstellung von Wohnbauflächen, gewerblichen und sonstigen Bauflächen.

Wohnbauflächen

Die Stadt Heilbad Heiligenstadt hat in den vergangenen umfangreiche Wohnbauflächen neu ausgewiesen und erschlossen. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Ausweisung neuer Eigenheimstandorte im Nordwesten und Südwesten der Stadt. Sämtliche Wohnbaugrundstücke sind zwischenzeitlich vergeben und ganz überwiegend bebaut. Aufgrund der weiter bestehenden Nachfrage plant die Stadt aktuell die Ausweisung neuer Wohnbauflächen angrenzend an das Wohngebiet Hohes Rott mit einer Fläche von ca. 11 ha. Daneben wurden in den Ortsteilen Rengelrode sowie Kalteneber neue Baugebiete erschlossen, aktuell entsteht ein neues Wohngebiet im Ortsteil Günterode.

Gewerbliche Bauflächen

Seit den 1990er Jahren wurden in der Stadt ca. 185 ha Gewerbliche Bauflächen entwickelt bzw. neu ausgewiesen. Die Gewerbegebiete im Süden und Westen der Stadt wurden im Wesentlichen als Altstandorte fortgeführt, diese umfassen eine Fläche von rd. 47 ha. Die Ausweisung des neuen Gewerbegebietes im Osten der Stadt erfolgte bereits seit Beginn der 1990er Jahre und umfasst eine Fläche von ca. 60 ha. Eine wesentliche Erhöhung der Nachfrage ergab sich mit dem Neubau der A 38. Dieser Nachfrage konnte mit der Neu-Ausweisung von den Gewerbegebieten an der A 38 – West und Ost mit einer Gesamtfläche von rd. 80 ha entsprochen werden. Aktuell sind Gewerbegrundstücke noch im Gewerbegebiet A 38 – Ost verfügbar, bei Notwendigkeit ist eine räumliche Erweiterung planerisch bereits vorbereitet.

derzeitige Ortsteile mit Ortsteilverfassung

Das Gemeindegebiet Hohes Kreuz gliedert sich bisher in die Ortsteile Siemerode, Mengelrode, Bischhagen und Streitholz. Alle vier Ortsteile erhielten nach der Hauptsatzung der Gemeinde eine Ortsteilverfassung gemäß § 45 ThürKO. Die Wahl der Mitglieder des Ortsteilrats erfolgte bisher durch eine Bürgerversammlung des Ortsteils.

Auf die gesetzliche Einführung der Ortsteilverfassung für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde Hohes Kreuz sowie die Überleitung des bisherigen Bürgermeisters und der bisherigen Gemeinderatsmitglieder nach § 45 Abs. 8 ThürKO wird mit der Eingliederung verzichtet. Stattdessen sollen die gemäß der Hauptsatzung in der aufgelösten Gemeinde bestehenden Ortsteile mit Ortsteilverfassung einschließlich ihrer Ortsteilbürgermeister und Ortsteilratsmitglieder in die Stadt Heilbad Heiligenstadt übergeleitet werden. Hierzu wird ein entsprechender Antrag nach § 45 Abs. 9 ThürKO gestellt.

Das Gemeindegebiet Glasehausen wurde in gemäß der Hauptsatzung in keine weiteren Ortschaften bzw. Ortsteile eingeteilt. Mit Wirksamwerden der Bestandsänderung wird für den Rest der gesetzlichen Amtszeit und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortsteilverfassung eingeführt. Die bisherige Bürgermeisterin der aufgelösten Gemeinde ist für die Dauer ihrer verbleibenden Amtszeit unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamte zur Ortsteilbürgermeisterin zu ernennen.

Auswirkungen der Neugliederung auf angrenzende Gebietskörperschaften

Nachteile für die Nachbargemeinden der Stadt Heilbad Heiligenstadt sowie der Gemeinde Hohes Kreuz und Glasehausen werden nicht gesehen.

Im Zusammenhang mit der Gemeindeneugliederung erfolgt eine Ausgliederung der Gemeinden Hohes Kreuz und Glasehausen aus der Verwaltungsgemeinschaft Leinetal. Diese wird mit reduzierter Mitgliederzahl fortbestehen. Im Neugliederungsgesetz wird angeordnet, dass zwischen der Verwaltungsgemeinschaft und der Rechtsnachfolgerin der ausgegliederten Gemeinden eine Auseinandersetzung stattzufinden hat. Für die verbleibenden Gemeinden der jetzigen VG Leinetal werden evtl. finanzielle Mehrbelastungen durch eine Neuorganisation der VG-Umlage entstehen.

Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben. Dies war trotz der Covid-19 Krise zu jeder Zeit gegeben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Hohes Kreuz und der Stadt Heilbad Heiligenstadt wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Stadtratsratssitzungen, öffentliche Gemeinderatssitzungen, Ortsteilratssitzungen sowie bei Bürgerbefragungen bezüglich einer möglichen Gemeindefusion aktiv beteiligt.

Des Weiteren wurden die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt, den Ortsteilen und der Gemeinde Hohes Kreuz und auch der Gemeinde Glasehausen durch die Tagespresse zur geplanten Gemeindefusion laufend informiert.

Hervorzuheben ist hier die Bürgerbefragung, die per Abstimmung bei der Wahl oder per Briefwahl ab dem 16. Lebensjahr durchgeführt wurde. In allen Ortsteilen der Gemeinden Hohes Kreuz und in der Gemeinde Glasehausen ergab sich ein klares Votum für den Beitritt zur Stadt Heilbad Heiligenstadt. Die Bürger und Bürgerinnen stimmten in den Ortsteilen wie folgt ab:

Bischhagen	89,01%
Mengelrode	98,11%
Siemerode	83,97%
Streitholz	91,66%

In Glasehausen fand ein Bürgervotum im Rahmen einer Einwohnerversammlung statt. Hier entschieden sich 92,7% der Bürgerinnen und Bürger für einen Beitritt zur Stadt Heilbad Heiligenstadt.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen													
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none; text-align: center; font-family: cursive;">Stadt Meiningen</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none; text-align: center; font-family: cursive;">Schlossplatz 1.</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none; text-align: center; font-family: cursive;">98617 Meiningen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Stadt Meiningen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schlossplatz 1.	Postleitzahl, Ort	98617 Meiningen		
	Name	Organisationsform											
		Stadt Meiningen											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schlossplatz 1.											
Postleitzahl, Ort	98617 Meiningen												
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</p>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse												
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Gemeindefusion - Antrag zur Eingliederung der Gemeinde Stützfeld in die Stadt Künzing	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	freiwilliger Antrag auf Gemeindefusion beider Gemeinden	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

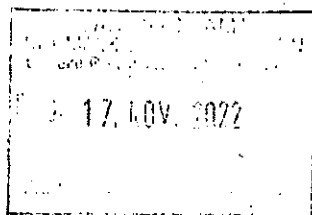
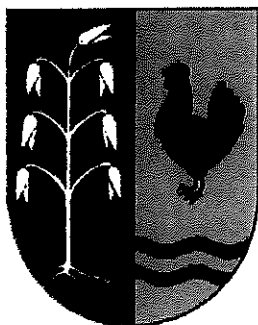
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Meiningen, 27.04.2023	



Gemeinde Sülzfeld



Stadt Meiningen



STADT MEININGEN · 98605 Meiningen · Postfach 100-553

Thüringer Ministerium für Inneres und
Kommunales
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Stadt Meiningen
Der Bürgermeister

Datum:

16. 11. 2022

Über

Landratsamt Schmalkalden-Meiningen
Untere Rechtsaufsichtsbehörde
Obertshäuser Platz 1
98617 Meiningen

Antrag auf Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die Stadt Meiningen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Meiningen und die Gemeinde Sülzfeld stellen hiermit den Antrag auf
Auflösung der Gemeinde Sülzfeld und Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die
Stadt Meiningen.

1

Der Gemeinderat Sülzfeld hat am 05.09.2022 nach vorangegangener Bürgerbeteiligung beschlossen, die Gemeinde Sülzfeld aufzulösen und in die Stadt Meiningen einzugliedern. Am 10.10.2022 hat der Gemeinderat Sülzfeld beschlossen, den vorher ausgehandelten Eingliederungsvertrag abzuschließen. Übereinstimmende Beschlüsse hat der Stadtrat Meiningen nach vorangegangener Bürgerbeteiligung am 21.09.2022 in seiner Sitzung am 04.10.2022 gefasst. Der Eingliederungsvertrag wurde am 10.10.2022 unterzeichnet.

Ferner wird beantragt, die in der Thüringer Verordnung über die Anerkennung einer Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Sülzfeld und der Stadt Meiningen vom 16. Juni 1995 (GVBl. 1995, S. 242) anerkannte Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Sülzfeld auf die Stadt Meiningen gleichzeitig aufzuheben.

Die nachbenannten für die Antragstellung erforderlichen Unterlagen sind der Anlage zu diesem Schreiben beigelegt.

Begründung:

Die Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die Stadt Meiningen entspricht dem Leitbild und den Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen und erfüllt die dort vorgegebenen Voraussetzungen, die in der nachfolgenden Begründung dargelegt werden. Sie soll Grundlage für die Weiterentwicklung einer auch zukünftig leistungs- und verwaltungsstarken Kreisstadt Meiningen sein.

Das Leitbild sieht als Ziel der Gebietsreform die Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften vor, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen. Zentralörtliche Strukturen sollen gestärkt werden.

Die Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die Stadt Meiningen schafft langfristig die Grundlage dafür, dass mittel- und langfristig Effizienzgewinne erreicht beziehungsweise Einsparpotenziale genutzt werden können.

Sie zielt auf den Erhalt und die weitere Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Kreisstadt ab und soll gewährleisten, dass diese dauerhaft in der Lage ist, die ihr obliegenden Aufgaben im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts in geordneter Haushaltswirtschaft sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrnehmen zu können.

Dies beinhaltet auch die geordnete Weiterentwicklung eines qualifizierten und spezialisierten Personalbestands der den zunehmend komplexer werdenden Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge dauerhaft gewachsen ist und dem Anpassungsbedarf an die Weiterentwicklung der technischen Infrastrukturen, vor allem im Bereich der Informationstechnologie genügt.

Die Gemeinde Sülzfeld liegt südlich von Meiningen. Sie gehört zum unmittelbaren Stadt-Umland-Bereich des Mittelzentrums Stadt Meiningen. Die Stadt Meiningen ist gemäß Landesentwicklungsprogramm 2025 und Regionalplan Südwestthüringen als Mittelzentrum ausgewiesen.

Aufgrund der räumlichen Nähe und der starken Orientierung auf die Stadt Meiningen bestehen vielfältige traditionelle, gesellschaftliche, verwaltungsmäßige und infrastrukturelle Verflechtungsbeziehungen zwischen Sülzfeld und Meiningen. Sülzfeld gehört zum Grundversorgungsbereich Meiningens.

Die Stadt Meiningen ist aufgrund der Thüringer Verordnung über die Anerkennung einer Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Herpf, Rippershausen, Sülzfeld und Untermaßfeld und der Stadt Meiningen vom 16. Juni 1995 (GVBl. 1995, S. 242) erfüllende Gemeinde der Gemeinde Sülzfeld und erledigt seither deren Verwaltungsaufgaben.

Die Eingliederung in die Stadt Meiningen ist die Fortsetzung der langjährigen Verwaltungsbeziehung und entspricht dem Grundsatz der Stärkung zentralörtlicher Strukturen. Auch den Belangen der Regionalentwicklung und der Landesplanung wird mit der Eingliederung Sülzfelds ins Mittelzentrum entsprochen.

Zwischen der Stadt Meiningen und der Gemeinde Sülzfeld bestehen intensive infrastrukturelle, gesellschaftliche und historische Verflechtungsbeziehungen.

Historische Bindungen in den Bereichen Verwaltung und Justiz bestanden zwischen der Stadt Meiningen und der Gemeinde Sülzfeld in unterschiedlichen Konstellationen seit Jahrhunderten. Die Grafschaft Henneberg mit ihren Ämtern, in deren Bereich Sülzfeld lag, wurde Mitte des 16. Jahrhunderts zunächst unter eine gemeinsame ernestinische und albertinische Verwaltung mit Sitz in Meiningen gestellt. Ab 1680 gehörte Sülzfeld zum Herzogtum Sachsen-Meiningen. Die Hochgerichtsbarkeit in Meiningen, Sülzfeld und den umliegenden Orten und Wüstungen oblag von alters her der Zent Meiningen. Bei der großen Reorganisation der meiningischen Verwaltung 1829 wurden die Ämter Maßfeld und Meiningen zum „Verwaltungsamt Meiningen“ vereint. Justiz und Verwaltung wurden völlig getrennt und neben dem Verwaltungsamt das „Kreisgericht Meiningen“ gebildet. Bei einer strukturellen Neuordnung des Herzogtums Sachsen-Meiningen im Jahr 1868 wurde das Verwaltungsamt Meiningen aufgelöst und mit anderen Verwaltungsämtern des Meininger Unterlands dem neu gegründeten Landkreis Meiningen angegliedert. Meiningen, die Hauptstadt von Sachsen-Meiningen, wurde somit auch zur Kreisstadt.

Die alltäglichen Beziehungen der Einwohner von Sülzfeld sind schon immer überwiegend in Richtung der Stadt Meiningen ausgebildet. Meiningen ist auch heute der Arbeitsplatzschwerpunkt.

Sülzfeld liegt zwischen Meiningen und dem durch das Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (ThürGNNG 2019) vom 18. Dezember 2018 mit Wirkung zum 1. Januar 2019 in die Stadt Meiningen eingegliederten Ortsteil Henneberg. Die Stadt Meiningen war aufgrund der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Henneberg und der Stadt Meiningen vom 9. April 1996 (GVBl. 1996, S. 43) bis zur Eingliederung erfüllende Gemeinde der ehemaligen Gemeinde Henneberg, die wie Sülzfeld ebenfalls von der Stadt Meiningen verwaltet wurde.

Eine gemeinsame Gemarkungsgrenze gibt es zwischen Meiningen und Ortsteil Henneberg aus diesem Grund nicht. Durch Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld in die Stadt Meiningen würde dies bereinigt werden können.

Insgesamt entspricht die beantragte Eingliederung allen Vorgaben des Leitbilds und der Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen und ist bei Würdigung der Summe aller zu berücksichtigenden Punkte daher gerechtfertigt.

Sülzfeld und die übrigen von der Stadt Meiningen aufgrund der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Herpf, Rippershausen, Sülzfeld und Untermaßfeld und der Stadt Meiningen, der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Stepfershausen und der Stadt Meiningen und über die Auflösung der Verwaltungsgemeinschaft „Vordere Rhön“ vom 8. Juli 1996 (GVBl. 1996, S. 140) und der Thüringer Verordnung über die Anerkennung der Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen der Gemeinde Henneberg und der Stadt Meiningen vom 25. März 1996 (GVBl. 1996, S. 43) bilden gemeinsam mit ihrer erfüllenden Gemeinde Stadt Meiningen seit Mitte der neunziger Jahre ein zusammenhängendes und gut funktionierendes gewachsenes Verwaltungsgebiet, in dem die Verwaltungseinheit schon seit 1996 bereits vollzogen ist. Die Personalstruktur und Sachausstattung der Verwaltung Meiningens ist den Anforderungen an die Verwaltung des vorhandenen Verwaltungsgebiets entsprechend entwickelt.

Die ehemals von Meiningen verwalteten Gemeinden Herpf (2010), Henneberg (2019) und Stepfershausen (2019) sind inzwischen bereits in die Stadt Meiningen eingegliedert. Verhandlungen der Stadt Meiningen über Eingliederungen der übrigen verwalteten Gemeinden sind aufgenommen worden. Die zuvor nicht von der Stadt Meiningen verwalteten Gemeinden Walldorf und Wallbach wurden 2019 ebenfalls in die Stadt Meiningen eingegliedert.

Die Entfernung zwischen dem Stadtzentrum Meiningen (Markt) und dem Ortsmittelpunkt der Gemeinde Sülzfeld beträgt 6 km Luftlinie/ 7,4 km Fahrtstrecke.

Die zwischen Meiningen und Sülzfeld bestehenden engen Verflechtungsbeziehungen spiegeln sich auch im Infrastrukturbereich wider. Meiningen und Sülzfeld sind durch den überregionalen Verkehrsweg L 3019 (ehemals B 19) und den Meiningen-Haßfurt-Radweg miteinander direkt verbunden. Sie sind durch günstige Busverbindungen mehrmals täglich wechselseitig erreichbar. Sülzfeld ist Mitglied im Kommunalen Wasser- und Abwasserzweckverband Meininger Umland (KWA), der Geschäftsbesorger des kommunalen Eigenbetriebs „Sülzfelder Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ ist. Im Bereich der Daseinsvorsorge pflegen beide Gemeinden eine enge interkommunale Zusammenarbeit.

Bedingt durch die räumliche Nähe werden von den Sülzfelder Bürgern die umfangreichen Angebote der kommunalen Daseinsvorsorge in Meiningen genutzt. Die Stadt hält darüber hinaus zahlreiche hochwertige Funktionen für die Gemeinde Sülzfeld wie zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten, Klinikum, Ärzte, Kreditinstitute, Theater, Museen sowie weitere Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen vor.

Eine enge Zusammenarbeit Sülzfelds und Meiningens ist zur sinnvollen Verknüpfung touristischer Angebote wünschenswert. Als Beispiele seien die historisch bedeutsamen Bauwerke Schloss und Gut Amalienruh, das Fachwerkhaus Pächtershaus aus dem Jahr 1629 (ursprünglich ein Reithof, Lehen der Grafen von Henneberg) sowie die befestigte Dorfkirche St. Veit und die einzigartige Kulturlandschaft Sülzfelds genannt.

Auch im Bereich der Bildungsangebote gibt es eine starke Verflechtung. Die Schüler der Gemeinde Sülzfeld besuchen überwiegend die beiden Meininger Gymnasien und andere weiterführende und berufsbildende Einrichtungen in Meiningen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Freiwilligen Feuerwehren wird seit vielen Jahren gepflegt und funktioniert sehr gut. Meiningen nimmt für die Gemeinde Sülzfeld die Aufgaben der Stützpunktfeuerwehr wahr. Dazu gehören gemeinsame Schulungs- und Ausbildungsmaßnahmen, die Prüfung von Ausrüstungsgegenständen sowie weitere Beratungs- und Unterstützungsleistungen.

Im Einsatzfall sind beide Wehren bei Bedarf im jeweils benachbarten Gemeindegebiet zur Stelle.

Durch eine Eingliederung Sülzfelds wird der Stadt-Umland-Bereich des Mittelzentrums Meiningen besser geordnet. Beide Gemeinden können vorhandene Potenziale zusammenführen, bestehende Kooperationen ausbauen und wirkungsorientierter nutzen. Das Mittelzentrum kann als Arbeitsplatzstandort und Anbieter vielfältigster Leistungen der Daseinsvorsorge für Sülzfeld dauerhaft gestärkt werden. Für die Einwohner Sülzfelds kann die Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge verbessert werden. Insgesamt bringt die Eingemeindung Sülzfelds in das Mittelzentrum die kommunalen Strukturen mit den tatsächlichen Verflechtungsbeziehungen in Übereinstimmung.

Maßgebliche Rahmenbedingung der Leistungsfähigkeit einer Kommune ist in erster Linie ihre Einwohnerzahl.

Die Stadt Meiningen hat derzeit 27.464 (31.12.2021) Einwohner und die Gemeinde Sülzfeld 828 (31.12.2021) Einwohner. Die für das Jahr 2035 vorausberechnete gemeinsame Einwohnerzahl von Meiningen und Sülzfeld beträgt insgesamt 23.160 Einwohner (Meiningen 22.440 / Sülzfeld 720).

Die Stadt Meiningen hat die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2022 mit einem Gesamtumfang in Höhe von 61.013.900 € im Februar 2022 beschlossen.

Die rechtsaufsichtliche Würdigung liegt mit Schreiben vom 23.02.2022 vor.

Nach § 53 Abs. 3 ThürKO muss der Haushaltsplan in jedem Haushaltsjahr ausgeglichen sein. Der Haushalt der Stadt Meiningen für das Haushaltsjahr 2022 erfüllt diese Verpflichtung wie auch in den Jahren zuvor.

Die geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt beträgt in diesem Jahr 1.646.100 €. Durch die mit 304.300 € veranschlagten ordentlichen Tilgungsleistungen errechnet sich in diesem Jahr eine freie Finanzspitze in Höhe von 1.341.800 €. Entsprechend der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit gemäß § 4 Nr. 4 ThürGemHV kann die Mindestzuführung auch in den weiteren Finanzplanungsjahren bis 2025 und darüber hinaus erwirtschaftet werden. Zusätzlich wird eine freie Finanzspitze zwischen 1.624.700 und 2.504.300 € ausgewiesen. Die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Meiningen ist damit nachgewiesen.

Der Schuldenstand zu Beginn des Jahres 2022 beträgt 1.749.248 €. Die Gesamtverschuldung der Stadt Meiningen könnte sich zum Jahresende durch die veranschlagten ordentlichen Tilgungsleistungen und nach einer geplanten Kreditaufnahme in Höhe von 1.400.000 € auf 2.804.954 € belaufen, dies sind 114,31 € je Einwohner. Voraussichtlich kann jedoch auf die Neuaufnahme eines Kredites verzichtet werden. Im Finanzplanungszeitraum bis 2025 sind keine neuen Kreditaufnahmen durch die Stadt vorgesehen.

Die Mindestrücklage der Stadt Meiningen beträgt 812.978 €. Nach dem Jahresabschluss 2021 beläuft sich der Stand der allgemeinen Rücklage auf 8.844.045 €. Entsprechend der Vorgaben des Haushaltsplans 2022 müssen der Rücklage in diesem Jahr voraussichtlich 3.439.000 € entnommen werden. Die vorzuhaltende Mindestrücklage ist damit gewährleistet. Zudem stehen der Stadt weitere Mittel für Investitionen in den Folgejahren zur Verfügung.

Den vorgenannten Fakten ist zu entnehmen, dass die Stadt Meiningen im Jahr 2022 und in den Folgejahren über eine solide Finanzausstattung verfügt.

Die Gemeinde Sülzfeld hat die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2022 mit einem Gesamtumfang in Höhe von 1.344.500 € im April 2022 beschlossen. Die rechtsaufsichtliche Würdigung liegt mit Schreiben vom 31.05.2022 vor.

Die geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt beträgt in diesem Jahr 41.800 €. Durch die mit 20.200 € veranschlagten ordentlichen Tilgungsleistungen errechnet sich in diesem Jahr eine freie Finanzspitze in Höhe von 21.600 €.

Entsprechend der Übersicht zur Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit gemäß § 4 Nr. 4 ThürGemHV kann die Mindestzuführung in den Finanzplanungsjahren bis 2023 und 2024 nicht erreicht werden. Hier zeigen sich Fehlbeträge in Höhe von 43.500 € (2023) und 300 € (2024). Im Finanzplanungsjahr 2025 wird wieder eine freie Finanzspitze von 18.000 € erwartet.

Der Schuldenstand zu Beginn des Jahres 2022 beträgt 1.939.400 €. Die Gesamtverschuldung der Gemeinde Sülzfeld wird sich zum Jahresende durch die veranschlagten ordentlichen Tilgungsleistungen auf 1.919.200 € belaufen, dies sind 2.317,87 € je Einwohner. Im Finanzplanungszeitraum bis 2025 sind keine neuen Kreditaufnahmen durch die Gemeinde vorgesehen. Die Zinsbindung des Kredits läuft jedoch im Jahr 2023 aus, so dass höhere Zinszahlungen zu erwarten sind.

Die Mindestrücklage der Gemeinde Sülzfeld beträgt 23.103 €. Nach dem Jahresabschluss 2021 beläuft sich der Stand der allgemeinen Rücklage auf 668.325 €.

Entsprechend der Vorgaben des Haushaltsplans 2022 können der Rücklage in diesem Jahr voraussichtlich 142.200 € zugeführt werden. Die vorzuhaltende Mindestrücklage ist damit gewährleistet.

Die Gemeinde Sülzfeld hat im April 2022 ein Haushaltssicherungskonzept beschlossen, welches jährlich fortzuschreiben ist. Dieses wurde mit Schreiben vom 15.06.2022 von der Unteren Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt.

Durch bereits umgesetzte Konsolidierungsmaßnahmen ist zu erwarten, dass die Gemeinde die dauernde Leistungsfähigkeit, mit Ausnahme der Jahre 2023 und 2024, ab dem Jahr 2025 in geringem Umfang wieder erreicht.

Im Haushaltssicherungskonzept wird der Investitionsbedarf in den nächsten 10 Jahren auf ca. 4.000.000 € geschätzt. Vorwiegend betrifft dies Investitionen im Abwasserbereich und in die gemeindliche Infrastruktur. Der genaue Finanzbedarf bezieht sich nach den Ergebnissen des Abwasserbeseitigungskonzeptes, welches gegenwärtig erstellt wird. Die notwendigen Maßnahmen in der Gemeinde können mit der voraussichtlichen freien Finanzspitze bzw. der vorhandenen Rücklage nicht finanziert werden. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel reichen nicht aus, um den vorhandenen Investitionsstau zu beseitigen. Die Finanzierung durch Fremdmittel, wie z.B. Kredite, ist angesichts der hohen Verschuldung der Gemeinde und der daraus resultierenden Erhöhung von Zins- und Tilgungsleistungen nicht möglich. Die dauernde Leistungsfähigkeit würde sich bei einer noch höheren Verschuldung nachhaltig verschlechtern.

Die Umsetzung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen ist gegenwärtig nicht angedacht. Die Konsolidierungseffekte sind in Summe auch nicht ausreichend, um die finanziellen Mittel zum Abbau des Investitionsstaus vorzuhalten. Die Gemeinde Sülzfeld ist durch die dauerhafte schwierige finanzielle Situation zukünftig nicht in der Lage, aus eigenen finanziellen Mitteln ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Im Ergebnis der Darstellung der Situation der beteiligten Gemeinden dient der Zusammenschluss der Stadt Meiningen mit der Gemeinde Sülzfeld der Erhöhung der finanziellen Leistungsfähigkeit im zukünftigen Ortsteil Sülzfeld sowie dem Erhalt und der weiteren Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der dann gebildeten kommunalen Gebietskörperschaft insgesamt und gewährleistet, dass Meiningen und

Sülzfeld zusammen dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben in geordneter Haushaltswirtschaft sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Die Fläche des Stadtgebietes Meiningen beträgt 105,64 km².

Die Gemeinde Sülzfeld erstreckt sich über eine Gesamtfläche von 17,39 km².

„Die Kreisstadt Meiningen stellt mit rund 10.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Stadtgebiet einen wichtigen Arbeitsstandort in Südthüringen dar. In dem seit 1991 fertig gestellten Gewerbe- und Industriegebiet „Dreißigacker“ konnten auf ca. 90 ha Gesamtnettofläche mehr als 80 Unternehmen angesiedelt werden, die in einem Branchenmix aus Maschinen- und Anlagenbau, Mikroelektronik, Gesundheitstechnik sowie Nahrungsmittelindustrie tätig sind. Bis auf wenige Restflächen ist die Belegung der verfügbaren Flächen sehr weit fortgeschritten. Die Erweiterungsmöglichkeiten an diesem Standort sind zudem sehr begrenzt.

Das erst 2013 fertiggestellte Industriegebiet „Rohrer Berg“ mit einer Gesamtnettofläche ca. 30,4 ha liegt in unmittelbarer Nähe der Autobahnanschlussstelle Meiningen-Nord an der A 71 (ca. 2 km entfernt) sowie des Stadtzentrums (ca. 1 km entfernt). Bis auf wenige Restflächen sind alle verfügbaren Flächen verkauft, eine Erweiterung des Gebietes ist nicht möglich.

Das Gewerbegebiet Dreißigacker sowie das Industriegebiet „Rohrer Berg“ liegen auf rund 450 m hohen Hochplateaus westlich bzw. östlich des Meininger Stadtkerns. Beide Gebiete sind sowohl über den ÖPNV als auch über öffentliche Erschließungsstraßen sowie fuß- und radläufige Verbindungen an das restliche Stadtgebiet angeschlossen.

Im Ortsteil Walldorf befindet sich ein Gewerbegebiet mit einer Gesamtnettofläche ca. 18 ha an der B19, in dem mehrere Industriebetriebe, Abbruch- und Recycling Firmen, Transportunternehmen sowie diverse Dienstleistungs- und Ausbildungsbetriebe ansässig sind. An diesem Standort bestehen Erweiterungsmöglichkeiten. Die infrage kommenden Flächen sollen entwickelt werden.

Zudem bieten das Helios Klinikum Meiningen sowie die daran angegliederten Medizinischen Einrichtungen, das Meininger Theater sowie das Dampfkloswerk weitere wesentliche Bausteine im Gesamtangebot. Hinzu kommen weitere nicht als Gewerbegebiet ausgewiesene Einzelstandorte, die das Angebot ergänzen bzw. komplettieren. Ein zusätzliches Flächenpotenzial von ca. 7 ha im Bereich ehemaliger Bahnanlagen versucht die Stadt derzeit zu entwickeln.

Die Stadt Meiningen hält über das Stadtgebiet verteilt ca. 20 rechtskräftige B-Pläne für Wohnbebauung vor. Weitere mögliche Standorte werden derzeit untersucht bzw. entwickelt. Bestehende Bebauungspläne sowie der Flächennutzungsplan wurden und werden kontinuierlich fortgeschrieben und den tatsächlichen Erfordernissen angepasst. Weitere neue B-Pläne befinden sich in Aufstellung.

Zudem legt die Stadt Meiningen nach wie vor einen besonderen Wert auf die Entwicklung ihrer ausgewiesenen Sanierungs-, Erhaltungs- und Stadtumbaugebiete. Es gilt der Grundsatz „innen vor außen“, um einen zusätzlichen Flächenverbrauch möglichst zu vermeiden bzw. zu minimieren, den historischen Stadtkern zu stabilisieren und als kulturelles und urbanes Zentrum weiterzuentwickeln.

Stadt Meiningen hat sechs Ortsteile mit Ortsteilverfassung. Es handelt sich um den vor dem Beitritt im Jahr 1990 eingegliederten Ortsteil Dreißigacker, den im Jahr 2010 aufgrund des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2010 vom 18. November 2010 (GVBl. S. 325) eingegliederten Ortsteil Herpf, die aufgrund Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (ThürGNGG 2019) vom 18. Dezember 2018 (GVBl. S. 765) eingegliederten Ortsteile Henneberg, Einödhausen und Unterharles (mit gemeinsamer Ortsteilverfassung), Walldorf und Wallbach sowie die aufgrund Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften vom 10. Oktober 2019 GVBl. S. 385) eingegliederten Ortsteile Stepfershausen und Träbes (mit gemeinsamer Ortsteilverfassung).

Die beantragte Aufhebung der in der Thüringer Verordnung über die Anerkennung einer Vereinbarung einer erfüllenden Gemeinde zwischen den Gemeinden Herpf, Rippershausen, Sülzfeld und Untermaßfeld und der Stadt Meiningen vom 16. Juni 1995 (GVBl. 1995, S. 242) anerkannte Übertragung von Verwaltungsaufgaben der Gemeinde Sülzfeld auf die Stadt Meiningen ist für die vorliegend angestrebte Eingliederung erforderlich.

Die beantragte Eingliederung tangiert die Interessen der übrigen von der Stadt Meiningen verwalteten Gemeinden nicht.

Es ist nicht zu erwarten, dass die beantragte Eingliederung und Aufhebung der genannten Thüringer Verordnung signifikante Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsgemeinschaft und die anderen Mitgliedsgemeinden haben wird. Im Gegenteil trägt die Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld, wie oben bereits dargelegt zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung bei, was den übrigen von der Stadt Meiningen verwalteten Gemeinden auch zugute kommt.

Die Gemeinde Sülzfeld grenzt östlich an die Gemeinde Grabfeld mit einer Fläche von 121,07 km² und 12 Ortsteilen. Nordwestlich grenzt sie an die Gemeinde Rhönblick mit 10 Ortsteilen und einer Fläche von 78,72 km² an. Eine wegen der jeweils gemeinsamen Gemarkungsgrenzen alternativ theoretisch denkbare Eingliederung in eine der beiden angrenzenden Nachbargemeinden wäre nur dann sinnvoll, wenn sich hierdurch eine leitbildgerechte Gemeindestruktur herbeiführen ließe. Wie sich aus den nachfolgenden Ausführungen entnehmen lässt, ist dies nicht der Fall.

Nach den Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden hat die Bildung von Einheitsgemeinden als Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde oder von Landgemeinden, deren jeweilige Mindesteinwohnergröße 6.000 Einwohner bezogen auf das Jahr 2035 betragen soll, Vorrang.

Die Gemeinde Rhönblick hat derzeit 2643 (31. Dez. 2021) Einwohner. Nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik beträgt die prognostizierte Einwohnerzahl der Gemeinde Rhönblick im Jahr 2035 insgesamt 2230 Einwohner.

Die Gemeinde Grabfeld hat derzeit 5.610 (31. Dez. 2021) Einwohner. Nach Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik beträgt die prognostizierte Einwohnerzahl der Gemeinde Grabfeld im Jahr 2035 insgesamt 4940 Einwohner.

Eine denkbare Eingliederung der Gemeinde Sülzfeld mit einer prognostizierten Einwohnerzahl von 720 im Jahr 2035 in eine der beiden Gemeinden würde weder für Grabfeld noch für Rhönblick ausreichen, um eine dem Leitbild und den Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen entsprechende zukunftsfähige Gebietskörperschaft zu bilden.

Die Gesamteinwohnerzahl läge bei Hinzurechnung der prognostizierten Einwohnerzahl von 720 für Sülzfeld jeweils deutlich unter der erforderlichen Mindesteinwohnerzahl von 6.000. Die für die Gemeinde Grabfeld errechnete Gesamteinwohnerzahl läge bei lediglich 5.660.

Die Gemeinde Rhönblick würde eine Gesamteinwohnerzahl von 2.950 erreichen, was nicht einmal der Hälfte der erforderlichen Mindesteinwohnerzahl entspräche.

Sowohl die Gemeinde Rhönblick als auch die Gemeinde Grabfeld würden gemeinsam mit der Gemeinde Sülzfeld im Ergebnis nicht die vorgegebene Mindesteinwohnergröße 6.000 Einwohner erreichen. Es ist daher nicht zu erwarten, dass eine dementsprechend gebildete Gebietskörperschaft dauerhaft leistungs- und verwaltungsstark genug wäre, die ihr obliegenden Aufgaben ausreichend sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Dem Interesse der Stärkung des Mittelzentrums Stadt Meiningen durch Eingliederung Sülzfelds ist unter Berücksichtigung der Vorgaben des Leitbilds und der Leitlinien für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen im Ergebnis der vorzunehmenden am Gemeinwohl zu orientierenden Abwägung der Vorrang einzuräumen.

Sofern die Einreichung weiterer Unterlagen oder Erklärungen erforderlich ist, bitten wir höflich um dies mitzuteilen. Die Stadt Meiningen und die Gemeinde Sülzfeld sind an einer möglichst raschen Umsetzung der Eingliederungsbeschlüsse interessiert. Wir bitten Sie daher, das erforderliche Verfahren möglichst zügig durchzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister
Stadt Meiningen

Bürgermeisterin
Gemeinde Sülzfeld

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen		
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>	
	Name	Organisationsform
	Stadt Mühlhausen/Thüringen	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Ratsstraße 25
	Postleitzahl, Ort	99974 Mühlhausen
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small></p>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Stadt Mühlhausen/Thüringen hat als antragstellende Gemeinde eine umfassende Begründung abgegeben.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz- dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mühlhausen, 25.04.2023	



Thüringer Landesverwaltungsamt
Jorge-Semprún-Platz 4
99423 Weimar

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen

Datum

09.02.2023

Gemeinsamer Antrag auf Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Mühlhausen/Thüringen

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Präsident,

bei der hier beantragten Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Mühlhausen/Thüringen verweisen wir zunächst auf das Abstimmungsergebnis der Bürgerinnen und Bürger Eigenriedens vom 03.04.2022.

90,46 % der teilnehmenden Bürgerschaft sprach sich für eine freiwillige Eingliederung ihres Ortsteils in die Stadt Mühlhausen/Thüringen aus.

Die freiwillige Auflösung der Gemeinde Rodeberg und die Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden in die Stadt Mühlhausen/Thüringen entspricht nicht nur dem Bürgerwillen sondern folgt auch dem Landesentwicklungsprogramm 2025 und dem Regionalplan Nordthüringen. Danach soll der Stadt- und Umlandraum von Mühlhausen als herausgehobener räumlicher Leistungsträger mit überregionaler Bedeutung im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich gesichert und als bedeutender Standort im nationalen Wettbewerb sowie als Impulsgeber für die Region weiterentwickelt werden. Logische Folge ist die Vergrößerung dieses Mittelzentrums mit Teilfunktionen eines Oberzentrums durch Eingliederungen angrenzender Gemeinden, sofern diese Eingliederungen keine negativen Auswirkungen auf andere Mittel- oder Grundzentren haben.

Bei der Betrachtung der Sinnhaftigkeit der Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Mühlhausen/Thüringen wurden folgende Prämissen berücksichtigt:

- Stärkung der Stadt Mühlhausen/Thüringen als Mittelzentrum mit Teilfunktionen eines Oberzentrums durch die Eingliederung,
- Beachtung der Stadt-Umland-Beziehungen unter besonderer Würdigung der Entwicklungschancen der Stadt einerseits und des ländlichen Raumes andererseits,
- Würdigung struktureller Verflechtungen mit anderen angrenzenden Grundzentren,
- Erhalt und Stärkung des ländlichen Raumes, insbesondere der örtlichen Gemeinschaft.

Entsprechend den „Allgemeinen Anwendungshinweisen für freiwillige Neugliederungen kreisangehöriger Gemeinden“ sollen für eine sachgerechte Bewertung möglicher Eingliederungen entscheidungserhebliche Gesichtspunkte herausgearbeitet und abgewogen werden. Große Bedeutung

haben dabei die regionalen Verflechtungsbeziehungen zwischen den betroffenen kommunalen Strukturen.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie, die Strukturbegleithilfen und die besonderen Entschuldungshilfen nach Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGGfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommen zu lassen.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen sowie ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederte Gemeinde entfallen zu lassen.

Bestehende strukturelle Beziehungen des Ortsteils Eigenrieden zur Kernstadt von Mühlhausen/Thüringen

Der Ortsteil Eigenrieden der derzeitigen Gemeinde Rodeberg gehört gemäß dem Einzelhandelskonzept vom März 2015 zum Marktgebiet der Stadt Mühlhausen/Thüringen. Die nicht in der Gemeinde selbst arbeitende Bevölkerung pendelt zur Arbeit vorwiegend nach Mühlhausen. Mit dem Bus ist das Stadtzentrum von Mühlhausen direkt erreichbar. Die Fahrzeit beträgt von Eigenrieden bis zum „Zentralen Omnibusbahnhof“ (ZOB) durchschnittlich 13 Minuten und zum Bahnhof Mühlhausen (Thür.) durchschnittlich 17 Minuten. Das ÖPNV-Netz ist vorrangig auf Mühlhausen ausgerichtet. Durchgehende Busverbindungen zu anderen Grundzentren in Thüringen gibt es nicht. Es besteht jedoch eine überregionale durchgehende Busverbindung zur Stadt Eschwege in Hessen.

Das Zentrum von Mühlhausen lässt sich von Eigenrieden aus mittels PKW in ca. 10 Minuten erreichen. Ausweislich der Verkehrsmengenkarte sind die lokalen Verkehrsströme des Ortsteils Eigenrieden vorrangig in Richtung Mühlhausen gerichtet, untergeordnet auch in Richtung Eschwege, da die B 249 länderübergreifenden Charakter hat und die Großräume Mühlhausen und Eschwege verbindet.

Zur Zeit nutzen 5 Kinder aus dem Ortsteil Eigenrieden Kindertagesstätten in Mühlhausen. Die schulpflichtigen Kinder besuchen als weiterführende Schulen vorrangig die Mühlhäuser Gymnasien, einige auch das Gymnasium in Lengenfeld unterm Stein (Gemeinde Südeichsfeld).

Die Bewohner des Ortsteiles Eigenrieden nutzen die zahlreichen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Stadt Mühlhausen.

Die fachärztliche Versorgung der Bevölkerung des Ortsteils Eigenrieden erfolgt bei den zahlreichen in Mühlhausen ansässigen Fachärzten. Die medizinische Versorgung im Krankenhaus wie auch die Notfallversorgung wird über das Hufelandklinikum in Mühlhausen abgesichert.

Traditionelle und historische Strukturen, Religion

Kerngebiet des Grundversorgungsbereiches Mühlhausen ist das Territorium der ehemals Freien Reichsstadt Mühlhausen, die bis 1802 existierte. Dieses Gebiet ist traditionell von der Konfession her evangelisch. Zum ehemals reichsstädtischen Gebiet gehörten neben der heutigen Stadt Mühlhausen (außer deren Ortsteil Seebach), die gesamte Gemeinde Unstruttal (mit Ausnahme der Ortsteile Menteroda, Urbach, Zauröden und Kleinkeula) sowie der Ortsteil Eigenrieden der bisherigen Gemeinde Rodeberg.

Die Stadt Mühlhausen/Thüringen (einschließlich sämtlicher heutiger Ortsteile inkl. des zukünftigen Ortsteils Eigenrieden) ist seit 1802/1815 Teil des Königreichs Preußen. Mit der preußischen Kreiseinteilung im Jahre 1816 entstand der Landkreis Mühlhausen in Thüringen, zu dem u.a. auch die Stadt Mühlhausen (inkl. ihrer Ortsteile) gehört. So ziert auch das Eigenrieder Wappen das Mühl-

häuser Rathaus und im Ratssaal befindet sich eine Ratsbank mit den eingeschnitzten Insignien von Eigenrieden und zeugt von einem Ratssitz der Eigenrieder in der ehemals Freien Reichsstadt.

Bedingt durch die Zugehörigkeit Eigenriedens zur ehemaligen Freien Reichsstadt Mühlhausen besitzt die Stadt heute noch umfangreichen Grundbesitz in der Gemarkung Eigenrieden, insbesondere Waldflächen und Ackerland so u.a. auch Teile des Mühlhäuser Stadtwaldes, welcher traditionell als ein wichtiges Naherholungsgebiet der Stadt fungiert. Die Stadt Mühlhausen ist mit einer Grundstücksgröße von über 826 ha der größte Grundbesitzer in diesem Ortsteil.

Zweckverbandsstrukturen, Feuerwehr

Die Stadt Mühlhausen/Thüringen und die Gemeinde Rodeberg mit dem Ortsteil Eigenrieden gehören unterschiedlichen Zweckverbänden an. Regionale Verbandsverflechtungen bestehen kaum.

Zudem erfolgt die Abwasserentsorgung der Gemeinde Rodeberg über einen kommunalen Eigenbetrieb. Die Trinkwasserversorgung gewährleistet der Zweckverband Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband Großbartloff.

Das bisherige Stadtgebiet von Mühlhausen/Thüringen gehört – neben anderen Gemeinden – zum Verbandsgebiet der Zweckverbände Trinkwasserversorgung Mühlhausen und Unstruttal bzw. Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland.

Die aufnehmenden Gemeinden Mühlhausen und Dingelstädt haben sich vertraglich verpflichtet, sachgerechte und zukunftsichere Versorgungsstrukturen zu gewährleisten.

Dies wird auch gelingen; im Hinblick auf den Abwassereigenbetrieb Rodeberg bedarf es jedoch der Unterstützung des Freistaates.

Die Stadt Dingelstädt, als möglicher Rechtsnachfolger der Gemeinde Rodeberg, beantragt Beihilfe für die Erstellung eines aktuellen Strukturkonzeptes für den Abwassereigenbetrieb der Gemeinde Rodeberg. Dieser Antrag wird nachdrücklich unterstützt und soweit erforderlich oder sachdienlich auch durch die Gemeinde Rodeberg und die Stadt Mühlhausen/Thüringen gestellt.

Die Stadt Dingelstädt beantragt den vorzeitigen Maßnahmenbeginn nach Antragstellung durch die Gemeinde Rodeberg, für die Beihilfe zum Strukturkonzept „Abwassereigenbetrieb“. Ggf. könnte die Beihilfe der Gemeinde Rodeberg noch im Jahr 2023 zur Verfügung gestellt werden. Auch dieser Antrag wird unterstützt und gilt, soweit erforderlich oder sachdienlich, durch die unterzeichnenden Gemeinden als gestellt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, nachdem die Verbindlichkeiten des Abwasserbetriebes der Gemeinde Rodeberg entfallen. Weiterhin wird beantragt, die ab dem 1. Januar 2024 fälligen Verpflichtungen, die sich aus dem Abwassereigenbetrieb Rodeberg ergeben, ebenfalls entfallen zu lassen. Dies sollte bis zum Übergang des Abwassereigenbetriebs Rodeberg an den Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZ) Obereichsfeld und Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland gelten.

Für den weiteren Investitionsstau beim Abwassereigenbetrieb Rodeberg beantragen wir Beihilfen zur Ertüchtigung und Sanierung der abwassertechnischen Anlagen. Diese Beihilfen sollten nach Rechtsübergang des Abwassereigenbetriebs Rodeberg auf den WAZ Obereichsfeld und den Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland für beide Zweckverbände bestehen bleiben.

Wir verweisen darauf, dass abwassertechnisch noch kurzfristiger Handlungsbedarf mit hohen spezifischen Investitionen besteht. Die Aufwendungen für einen dringend erforderlichen Verbindungssammelfer vom Gewerbegebiet zur Ortskanalisation von Eigenrieden mit Querung der Bundesstraße

B 249 und einen weiteren Verbindungssammler nach Mühlhausen/Thüringen bzw. der Errichtung einer neuen Ortsteilkläranlage wurden zuletzt auf mehrere Millionen Euro geschätzt.

Die Mühlhäuser Feuerwehr ist eine leistungsfähige Stützpunktfeuerwehr. Die bestehende Ortsteilfeuerwehr wird in die Organisations- und Einsatzstruktur der Freiwilligen- und Berufsfeuerwehr der Stadt Mühlhausen/Thüringen integriert. Solange die Einsatzbereitschaft gegeben ist, wird der Fortbestand als Ortsteilfeuerwehr garantiert.

Finanzielle Situation

Um eine gewisse Vergleichbarkeit zu gewährleisten, soll als Maßstab die Pro-Kopf-Verschuldung herangezogen werden:

Gemeinde	Einwohner o. NW 31.12.2021	Schulden (in €) zum 31.12.2021	Pro-Kopf- Verschuldung (in €)
Mühlhausen	35799	6.318.270,76	176,00
Rodeberg	2033	2.261.000,00	1.112,14

Ortsteile und Ortsteilverfassung

Der Ortsteil Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg verfügt über eine Ortsteilverfassung. Insoweit wird der Antrag gestellt, dass entgegen § 45 Abs. 8 ThürKO stattdessen gemäß der Hauptsatzung der aufgelösten Gemeinde Rodeberg der Ortsteil Eigenrieden mit Ortsteilverfassung einschließlich ihres Ortsbürgermeisters und ihrer Ortssteilratsmitglieder in die vergrößerte Stadt Mühlhausen/Thüringen übergeleitet werden.

Auswirkungen auf mögliche Neugliederungen angrenzender Gebietskörperschaften

Grundsätzlich sollen in Thüringen die Mittelzentren durch Eingliederungen gestärkt werden, sofern damit keine negativen Auswirkungen auf andere Mittel- oder Grundzentren verbunden sind. Die Stadt Mühlhausen/Thüringen legt Wert darauf, sich nicht auf Kosten anderer Grund- oder Mittelzentren zu vergrößern. Bei der anstehenden Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden soll dieser behutsam integriert, der ländliche Raum erhalten und entwickelt werden.

Durch die Eingliederung des zum Grundversorgungsbereich der Stadt Mühlhausen/Thüringen gehörenden Ortsteils in die Stadt lassen sich keine negativen Auswirkungen auf andere Grund- oder Mittelzentren feststellen.

Zusammenfassung

Unabhängig von einem hohen sozialen und kulturellen Engagement der Einwohner Eigenriedens ist die Stadt Mühlhausen/Thüringen auch für deren Einwohner Einkaufszentrum, wichtiger Arbeitsort sowie wichtiges kulturelles und soziales Zentrum.

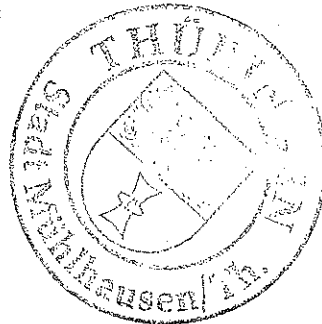
Die Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden der Gemeinde Rodeberg in die Stadt Mühlhausen/Thüringen ist aus beider Sicht sinnvoll, nicht nur um die aus regionalplanerischer und politischer Sicht notwendige Stärkung des Mittelzentrums Mühlhausen zu erreichen, sondern auch den Bürgern aus Eigenrieden eine zukunftsfeste, verlässliche und leistungsorientierte öffentliche Verwaltung auf Dauer zu gewährleisten.

Durch die beteiligten Vertretungskörperschaften wurden Eingliederungsverträge beschlossen und im Rahmen eines Koordinationsrechtlichen Vertrages die Grundsätze der Auseinandersetzung einvernehmlich festgelegt.

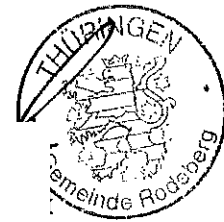
Auf Grund der hier aufgeführten Fakten ist eine Eingliederung des Ortsteils Eigenrieden geboten. Die Eingliederung bedarf jedoch weitergehender struktureller und finanzieller Unterstützung durch den Freistaat Thüringen. Das von der Landesregierung vorgegebene Ziel der Stärkung der Stellung Mühlhausens als bedeutendes Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums im nordwestlichen Thüringen wird erreicht.

Mit freundlichen Grüßen

Oberbürgermeister



Bürgermeister



Dem Antrag beigelegt sind folgende Unterlagen:

1. Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden,
2. Koordinationsrechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Mühlhausen/Thüringen, der Stadt Dingelstädt und der Gemeinde Rodeberg vom 09.12.2022,
3. Eingliederungsvertrag vom 09.12.2022,
4. Einladungsschreiben der Stadt- und Gemeinderatssitzungen,
5. öffentliche Bekanntmachungen der Stadt- und Gemeinderatssitzungen,
6. Auszug der Niederschriften der Stadt- und Gemeinderatssitzungen.

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzesentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzesentwurfs)?

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

1.

Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Stadt Rastenberg

Gemeinde

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Markt 1

Postleitzahl, Ort

99636 Rastenberg

Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Gemeinde Vogelsberg soll in die VG Kollada eingegliedert werden	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rastenberg, 29.04.23	



Beschlussvorlage an den Stadtrat der Stadt Rastenberg

Verwaltungsgemeinschaft Kölleda Gemeinschaftsvorsitzender <u>Sachbearbeiter:</u>			Datum:		02.05.2022	
			Sitzungsdatum:		09.05.2022	
			Status:		öffentlich	
			vorberatender Ausschuss			
			vom			
Bearb.zeichen:			<u>Abstimmungsergebnis des vorberatend. Ausschusses:</u>		Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:
					Enthaltungen:	
Aktenzeichen	0061		Haushaltsstelle:		Bezeichnung:	
					HH-Ansatz	

Betreff: Neugliederung Gemeinde Vogelsberg und VG Kölleda

Sachverhalt:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (TMIK Rundschreiben vom 31.05.2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohlprüfung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (TMIK Information zu Gemeindegliederungen Stand 25.01.2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S.77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 01.01.2020 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der VGs „An der Marke“ und „Gramme-Aue“ entstand ist. Mit der Bildung der VG „Gramme-Vippach“ sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die Bildung eines gemeinsamen Bauhofes oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76-77). Mittlerweile hat sich gezeigt, dass die VG „Gramme-Vippach“ für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der VG Kölleda verwirklichen kann. Zur VG Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.).

Der Gemeinderat von Vogelsberg wird daher am 19. Mai 2022 über den Beitritt der Gemeinde zur VG Kölleda zum nächstmöglichen Zeitpunkt beschließen. Infrage kommen der 01. Januar 2023 oder 2024. Wahrscheinlicher ist nach derzeitiger Rechtslage 2024.

Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde Vogelsberg und der VG Kölleda und ihrer Mitgliedsgemeinden zu erwarten.

Aus finanzieller Sicht würde der Beitritt für die VG Kölleda nach jetzigem Stand jährliche Mehreinnahmen von ca. 100.000 € bedeuten (100 € Umlage + 43 Mehrbelastungsausgleich x 700 Einwohner). Die zu erwartenden Mehraufwendungen durch eine höhere Umlage an die Stadt Kölleda sowie evtl. Personalzuwachs (max. 1,0 VbE) würden überkompensiert. Insgesamt würde durch den Einwohnerzuwachs die dauernde Leistungsfähigkeit der VG gestärkt werden.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Rastenberg beschließt:

1. Die Stadt Rastenberg stimmt den Beitritt der Gemeinde Vogelsberg zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda zu.
2. Die Neugliederung soll zum 01.01.2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 01.01.2024.
3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Bürgermeisterin

Protokoll der Stadtratssitzung von Rastenberg vom 09.05.2022 TOP: 5

Beschluss-Nr. RB / 126 / 2022

Der Stadtrat von Rastenberg beschließt

- ☒ wie beantragt
- ☐ unter Abänderung/Ergänzung (s. Rückseite)
- ☐ Verweisung an _____
mit/ohne abschließende Beschlussfassung
- ☐ Wiedervorlage

Gesetzliche Anzahl d. Mitglieder des Stadtrates: 14 + 1, davon anwesend: 12 + 1

Abstimmungsergebnis:

Bürgermeisterin



13 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Hiermit wird amtlich beglaubigt, dass die vor-/umstehende
Abschrift/Ablichtung mit der vorgelegten Urschrift/
Ausfertigung/beglaubigten/einfachen Abschrift/Ablichtung

der/des
Beschluss
(amtlich beglaubigt)

Übereinstimmend
Die Beglaubigung ist nur zur Verfertigung

erteilt

Stadt Kölleda

Winkel den 09.05.2022



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben - soweit für sie zutreffend - zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1,2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Rechnungshof
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1
	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1,2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Finanzkontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenz-dokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 09.05.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen:

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e. V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</p>											
3.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	Komm. Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Würden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen
in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des
Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 26.05.2023	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach	Gebietskörperschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erfurter Straße 6
	Postleitzahl, Ort	99195 Schloßvippach
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteiligungG)	
	Wahrnehmung von Aufgaben nach §§ 46 ff. ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteiligungG)	
	Ablehnung des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, da gegen die Ausgliederung insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteiligungG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokO)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

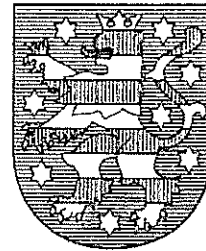
Ort, Datum	Unterschrift
Schloßvippach, den 19. April 2023	

VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT GRAMME-VIPPACH

- Der Gemeinschaftsvorsitzende -

Mitgliedsgemeinden:

Alperstedt, Eckstedt, Großmolsen, Großrudstedt (mit Ortsteilen Kleinrudstedt, Kranichborn und Schwansee), Kleinmolsen, Markvippach (mit Ortsteil Bachstedt), Nöda, Ollendorf, Schloßvippach (mit Ortsteil Dielsdorf), Spröttau, Udestedt, Vogelsberg



Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach
Erfurter Straße 6 • 99195 Schloßvippach

vorab per E-Mail: Ref31@tmik.thueringen.de

Thüringer Ministerium
für Inneres und Kommunales
Referat 31
Steigerstraße 24
99096 Erfurt

Für die Kommune: VG Gramme-Vippach

Bearbeiter/in:
Zimmer:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Aktz.	Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales				Ani
M	25. Juli 2022				
S					
1	2	3	4		

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Ihre Zeichen/
Ihre Nachricht vom:

Unsere Zeichen:

Stellungnahme der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zum Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Zu dem Antrag der Gemeinde Vogelsberg vom 8. Juni 2022 auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach und Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda wird im Rahmen der Anhörung der beteiligten Gemeinden, der betroffenen Landkreise sowie der von einer Änderung, Erweiterung oder Auflösung betroffenen Verwaltungsgemeinschaften durch das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales wie folgt Stellung genommen:

Der Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird

ABGELEHNT,

da gegen die Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach insbesondere Gründe des öffentlichen Wohls sprechen.

- Gemäß § 46 Abs. 1 Satz 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), können Verwaltungsgemeinschaften durch

Postanschriften:	Sitz: Erfurter Straße 6 99195 Schloßvippach	Angewählte: Bahnhofstraße 16 99195 Großrudstedt	Sprechzeiten:	Sitz Schloßvippach:	Nebensitz Großrudstedt:
Telefon/Zentrale:	036371 540-0	036204 570-0	Montag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Telefax:	036371 540-29	036204 570-16	Dienstag:	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Homepage:	www.gramme-vippach.de		Donnerstag:	09:00 bis 12:00 Uhr	(nur Einwohnermelde- und Standesamt) 09:00 bis 12:00 Uhr und 14:00 bis 18:00 Uhr
E-Mail:	poststelle@gramme-vippach.de		Freitag:	09:00 bis 12:00 Uhr	09:00 bis 12:00 Uhr
Bankverbindung:			Datenschutz- hinweis:	Informationen über die Verwendung personenbezogener Daten und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner u. Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte den jeweils maßgebenden allgemeinen Informationschriften.	

* Hinweise zur elektronischen Kommunikation:

Gesetz unter anderem geändert werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete Neugliederung auszurichten (vgl. ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - VerfGH 2/95, 6/95 -, juris Rn. 88). Außerdem ist der Gesetzgeber befugt, auch Interessen und Zwecke, die sich nicht unmittelbar aus einem Verfassungsgrundsatz ableiten lassen, in den Rang von Gründen des öffentlichen Wohls zu erheben, wobei aber übergeordneten Verfassungsprinzipien bzw. der verfassungsmäßigen Wertordnung Rechnung getragen werden muss (vgl. ThürVerfGH, a. a. O., juris Rn. 89). Der Staatsgerichtshof für das Land Baden-Württemberg hat in seinem Urteil vom 14. Februar 1975 – GR 11/74 – ausgeführt, dass dies der Fall ist, wenn Neugliederungen der Stärkung der kommunalen Leistungskraft und Verwaltungskraft dienen und die Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erhöhen. Da die hier aufgestellten Prämissen nach hiesigem Dafürhalten vergleichsweise herangezogen werden können, stehen vor diesem Hintergrund der durch die Gemeinde Vogelsberg beantragten Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Grämme-Vippach und der Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda, Gründe des öffentlichen Wohls entgegen; die Ausgliederung dient weder der Stärkung der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft noch lässt sich hieraus eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Gemeindeverwaltung erkennen.

Durch die beantragte Ausgliederung wird hingegen die Leistungs- und Verwaltungskraft der durch § 12 des Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 385), erst mit Wirkung vom 31. Dezember 2019 neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die für die ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden neben den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (§ 47 Abs. 1 Satz 1 ThürKO) auch die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der verwaltungsmäßige Vollzug der Beschlüsse der Mitgliedsgemeinden sowie die Besorgung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten obliegt, die für die Mitgliedsgemeinden keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (§ 47 Abs. 2 Satz 3 ThürKO), sowie der ihr angehörenden Mitgliedsgemeinden geschwächt. Da infolge der eingeräumten Frist zur Stellungnahme, die sich vollständig in der Urlaubszeit (Sommerferien) befindet, aufgrund von Kapazitätsproblemen kurzfristig keine vollständigen und tiefergehenden Untersuchungen zu den Auswirkungen der nunmehr beantragten Ausgliederung erfolgen konnten, sei nach cursorischer Prüfung zunächst darauf verwiesen, dass im Falle einer erfolgreichen Ausgliederung deren Einwohnerzahl um die der Gemeinde Vogelsberg von derzeit 9 083 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. 8 160 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) um 699 (Stand 31. Dezember 2021) bzw. 700 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) auf 8 384 (Stand: 31. Dezember 2021) bzw. auf 7 460 (prognostizierter Stand zum 31. Dezember 2040) absinken würde. Die in Rede stehende erfolgreiche Verringerung der Einwohnerzahlen der Verwaltungsgemeinschaft würde – ohne Berücksichtigung sich ergebender Kostensteigerungen – sodann zur Erhöhung des Umlagebedarfes der Verwaltungsgemeinschaft, mithin zu einer Mehrbelastung der in der Verwaltungsgemeinschaft verbleibenden Gemeinden i. H. v. mindestens 113.817,00 EUR führen, im Einzelnen

- a) jährliche Mindereinnahmen an Zuweisungen im Zusammenhang dem Mehrbelastungsausgleich nach § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürKAG) vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), i. H. v. 30.057,00 EUR¹ sowie
 - b) jährliche Mindereinnahmen an Umlage der Verwaltungsgemeinschaft i. H. v. 83.760,00 EUR².
2. Die durch die Gemeinde Vogelsberg im Rahmen der Beantragung der der Ausgliederung vorgetragenen Gründe für die Neugliederung liegen ausweislich des Beschlusses des Gemeinderates Nr. 01/21/2022 vom 19. Mai 2022 nicht vor. Weder überzeugt der Vortrag, dass die durch die Gemeinde bestrebten Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda erreicht werden können noch bestehen nach dort solche verfestigten Verflechtungsbeziehungen, wie zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
- a) Durch Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach mit § 12 des 2. ThürNGG 2019 wurde eine leistungsfähige, effiziente und nachhaltige Verwaltungsstruktur geschaffen, die für die Mitgliedsgemeinden die nach § 47 Abs. 2 Sätze 2 ff. ThürKO normierten Aufgaben wahrnimmt. So wurde – unbeschadet des sich aus der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft ergebenden Verwaltungs- und Organisationsaufwandes – insbesondere mit Amtsantritt des amtierenden Gemeinschaftsvorsitzenden eine einheitliche Verwaltung mit Ämterstruktur geschaffen. Die durch die Gemeinde Vogelsberg vorgetragene Ausnutzung und Bündelung vorhandener Potenziale sowie die Anpassung an die Anforderungen der demografischen Entwicklung ist erfolgt. Dies trifft ebenso für die gemeindeseitig beschriebene Ausnutzung von Synergieeffekten zu, soweit diese überhaupt in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltungsgemeinschaft fallen. Die Gemeinde Vogelsberg verkennet nämlich bei ihrer Argumentation, dass die Übertragung weiterer Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die Verwaltungsgemeinschaft so auch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, die Entwicklung von Konzepten, die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die Gewährleistung der effizienten Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegekonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen zuallererst in die Zuständigkeit der der Verwaltungsgemeinschaft angehörenden Mitgliedsgemeinden fällt. Schließlich beinhaltet die Begründung des dem Antrag auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses lediglich bloße Behauptungen und lässt eine fundierte Untersetzung völlig vermissen. In diesem Zusammenhang wird auf den Beschluss 75/2018 der Gemeinde Vogelsberg vom 29. November 2018 (Anlage 1) verwiesen, in dem der Bürgermeister ermächtigt wird, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen. Eine entsprechende Initiative ist bis heute nicht vom

¹ Die Berechnung erfolgte nach der Einwohnerzahl des § 23 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 ThürFAG. Bezogen auf eine mögliche Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg im Jahr 2024 wäre mithin die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2022. Da diese noch nicht verfügbar ist, wurde als Berechnungsgrundlage die Einwohnerzahl zum 31. Dezember 2021 zugrundegelegt.

² Die Berechnung erfolgte auf Basis der Einwohnerzahl des § 128 ThürKO i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 1 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) vom 16. August 1993 (GVBl. S. 530), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Mai 2022 (GVBl. S. 283), mit Stand vom 30. Juni 2018 mit dem Umlagebetrag der Verwaltungsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 2022 i. H. v. 120,00 EUR/Einwohner.

Bürgermeister der Gemeinde Vogelsberg erfolgt. Es ist daher davon auszugehen, dass diesbezüglich seinerseits gar kein größeres Interesse daran besteht.

- b) Trotz des Antrages der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft erfolgen durch diese weitere Vertiefungen der bestehenden Verflechtungsbeziehungen. So hat die Gemeinde erst eine Gemeinderatssitzung vor der Sitzung (I), in der der Antrag auf Ausgliederung beschlossen wurde, den Beschluss gefasst, mit dem weit überwiegenden Teil der weiteren Mitgliedsgemeinden eine Zweckvereinbarung zur Übertragung von Aufgaben zur Durchführung von Schlichtungsverfahren nach den Bestimmungen des Thüringer Schiedsstellengesetzes auf die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach zu übertragen (vgl. Beschluss Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022 (Anlage 2)). Vor diesem Hintergrund drängt sich nicht nur der Eindruck widersprüchlichen Verhaltens auf, sondern es verstärkt auch den Eindruck, die zur Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach bestehenden Verflechtungsbeziehungen ausdrücklich weiter verstärken und verfestigen zu wollen.
- c) Seitens der Gemeinde Vogelsberg wurden vor dem Hintergrund der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach die engen Verflechtungen mit den anderen elf Mitgliedsgemeinden als wesentliches Argument für die Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach benannt, so z. B. Beschluss Nr. 75/2018 vom 29. November 2018 (a. a. O.) und Beschluss Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019 (Anlage 3). Zwischenzeitlich wurden diese Bindungen weiter verstärkt (siehe den unter vorstehendem Buchst. b) erfolgten Vortrag). Entsprechend des Beschlusses der Gemeinde Vogelsberg Nr. 01/21/2022 der Gemeinde Vogelsberg vom 19. Mai 2022 werden jetzt plötzlich und erstmals die engen Verflechtungsbeziehungen mit den Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda als Argument für die Ausgliederung bzw. Eingliederung herangezogen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften sowie der Wechsel von einer Verwaltungsgemeinschaft in eine andere Verwaltungsgemeinschaft können nicht von derart willkürlichen und objektiv nicht nachvollziehbaren Entscheidungen abhängig sein. Das Allgemeinwohl und die Verlässlichkeit hinsichtlich der frisch gebildeten Verwaltungsstruktur „Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach“ stehen hierbei deutlich im Vordergrund und der beantragten Ausgliederung entgegen.
3. Ungeachtet des vorbezeichneten Entgegenstehens von Gründen des öffentlichen Wohls sowie vorliegenden widersprüchlichen Verhaltens der Gemeinde Vogelsberg bedeuten die Bestimmungen des § 46 Abs. 1 ThürKO jedoch nicht, die Änderung von Verwaltungsgemeinschaften könne durch den Gesetzgeber grenzenlos und willkürlich erfolgen. Der Gesetzgeber ist nämlich insbesondere den geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.
- Da, wie bereits angeführt, § 46 Abs. 1 ThürKO grundsätzlich keine Regelungen mehr zur Antragsberechtigung wie auch zu Mehrheiten zur Änderung einer Verwaltungsgemeinschaft enthält, gelten für die Verwaltungsgemeinschaft über § 52 Abs. 2 ThürKO die Bestimmungen zu den Zweckverbänden des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBl. S. 290), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (GVBl. S. 194), entsprechend. Mithin bedarf es für die Änderung der Verwaltungsgemeinschaft durch Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg nach § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 40 Abs. 1 Satz 1 ThürKGG zunächst eines Antrages der betreffenden Gemeinde an die Verwaltungsgemeinschaft, der seinerseits einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmenzahl der Gemeinschaftsversammlung

bedarf, um angenommen zu sein. Ein Antrag der Gemeinde Vogelsberg auf Ausgliederung liegt jedoch bisher ebenso wenig vor, wie ein der Ausgliederung stattgebender Beschluss der Gemeinschaftsversammlung.

Nach alledem bleibt daher festzustellen, dass einerseits gegen die seitens der Gemeinde Vogelsberg beantragte Ausgliederung aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach Gründe des öffentlichen Wohl sprechen und andererseits die Begründung des Antrages widersprüchlich und in sich nicht stimmig ist.

Schloßvippach, den 21. Juli 2022

Gemeinschaftsvorsitzender



Anlage 1

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 vom 29. November 2018

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.
Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

1. Gemeinde Vogelsberg

Anlage 2

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 03/20/2022 vom 7. April 2022

GEMEINDE VOGELSBURG

LANDKREIS SÖMMERDA / THÜRINGEN



B e s c h l u s s Nr. 01/21/2022

**Antrag auf Ausgliederung der Gemeinde Vogelsberg
aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sowie
auf Erweiterung der Verwaltungsgemeinschaft Kölleda um die Gemeinde Vogelsberg**

Auf Grundlage des § 22 Abs. 3 Satz 1 und des § 46 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Februar 2022 (GVBl. S. 87), hat der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg im öffentlichen Teil seiner Sitzung am 19. Mai 2022 beschlossen:

1. Der Gemeinderat beschließt den Austritt aus der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach.
2. Der Gemeinderat beschließt den Eintritt in die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda.
3. Die Neugliederung soll zum 1. Januar 2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 1. Januar 2021.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Begründung:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindegliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (Rundschreiben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMIK) vom 31. Mai 2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohl-Abwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der

{ 2 }

{ 2 }

Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (Information des IMK zu Gemeindeneugliederungen, Stand 25. Januar 2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKG weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (vgl. Gesetzesbegründung zum Zweiten Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 (2. ThürGNGG 2019) vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 1. Januar 2020 Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der Verwaltungsgemeinschaften An der Mark und Gramme-Aue entstanden ist. Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die professionelle Analyse der vorhandenen Strukturen in kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Konzepte zu entwickeln die das Wohnen und Leben auf dem Lande für junge Familien attraktiv macht, die effiziente Zusammenarbeit der Bauhöfe, die Entwicklung von Radwegkonzepten oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNGG 2019, S. 76 bis 77). Andererseits hat sich gezeigt, dass die Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft Kölleda verwirklichen kann.

Zur Verwaltungsgemeinschaft Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Arbeitsplätze, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.). Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde zu erwarten. Die Verwaltungsgemeinschaft Kölleda ist eine technisch und organisatorisch modern aufgestellte Verwaltung mit schlanken Strukturen, die zusammen mit der Stadt Kölleda einen Verwaltungsverbund mit über 10.000 Einwohnern bildet (Zweckvereinbarung vom 9. Juni 2020).

Abstimmungsergebnis:

gesetzliche Anzahl

der Mitglieder:

9

{ 3 }

{ 3 }

davon anwesend:	8
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	0

Bemerkung:

Auf Grundlage des § 38 Abs. 1 ThürKO war kein Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Vogelsberg, den 23. Mai 2022



Bürgermeister

Erster Beigeordneter

Anlage 3

Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Vogelsberg Nr. 35/2019 vom 22. Mai 2019

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

Beschluss-Nr. 35 / 2019

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 22.05.2019:

I.

Der Gemeinderat der Gemeinde Vogelsberg stimmt der Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960), lt. Anlage, zu.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1 Beigeordneter

Stellungnahme der Gemeinde Vogelsberg zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2019 und zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften (Thüringer Landtag - DS 6/6960)

Im Rahmen des vom Landratsamt des Landkreises Sömmerda mit Schreiben vom 08.04.2019 durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Entwurf des „2. ThürNGG 2019“ gibt die Gemeinde Vogelsberg folgende Stellungnahme bezüglich des § 11 zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in der Gemeinde Schloßvippach ab:

1. Die Gemeinde Vogelsberg bestätigt vollumfänglich die gemeinsame Stellungnahme der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ vom 13./14.02.2019 (siehe Anlage 1).
2. Ergänzend wird darauf verwiesen, dass am 30.10.2018 ein gemeinsames Gespräch der MdL's Claudia Scheerschmidt (SPD), Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen) und Frank Kuschel (Die Linke) mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ in Großrudestedt stattgefunden hat. Nach eingehender Diskussion schlug Herr Kuschel vor, dass die Gemeinden, wenn sie jetzt noch keine leitbildgerechten Strukturen beschließen würden, zumindest in den Gemeinderäten Beschlüsse fassen sollten, dass es sich bei der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ um einen ersten Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen handelt und dass sich die Gemeinden mittelfristig zu einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur weiterentwickeln wollen. Diesem Vorschlag von Herrn Kuschel sind elf der insgesamt zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften gefolgt. Der Beschluss der Gemeinde Vogelsberg Nr. 75/2018 wird als Anlage 2 beigelegt und nochmals bekräftigt.
3. Von den zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften haben elf Gemeinden für die in den Gesetzentwurf übernommenen Regelungen gestimmt. Lediglich die Gemeinde Großrudestedt hat hierzu keine Beschlüsse gefasst. Wir nehmen jedoch positiv zur Kenntnis, dass sich die Gemeinde Großrudestedt grundsätzlich auch für die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ausgesprochen hat. Eine abweichende Meinung gibt es lediglich bezüglich des zukünftigen Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft. Hier votiert Großrudestedt dafür, dass der Sitz in ihrer Gemeinde sein soll. Zwölf der elf Gemeinden haben sich jedoch für den Sitz in Schloßvippach entschieden, da Schloßvippach insgesamt gesehen über die umfassenderen Infrastruktureinrichtungen verfügt. Die möglicherweise bestehenden Befürchtungen, dass Großrudestedt durch die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit Sitz in Schloßvippach Nachteile erleiden würde, sind unbegründet. Alle zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich bereits im Jahr 2017 eindeutig für eine Verteilung der zukünftigen Verwaltung auf die Standorte Schloßvippach und Großrudestedt verständigt (siehe Anlage 3: Absichtserklärung beider VG's vom 22.11.2017 und Beschluss Vogelsberg Nr. 67/2018). Bei dem Aufbau dieser neuen Verwaltung soll dabei dem Einsatz der modernen Medien („Digitale Verwaltung“) ein ganz besonderer Stellenwert eingeräumt werden.
4. Der Gemeinderat bittet daher darum, dass auch unter Berücksichtigung des Vorschlags von MdL Frank Kuschel und der daraufhin gefassten Ergänzungsbeschlüsse der Gemeinderäte, der § 11 unverändert verabschiedet wird, zumal die Bildung der VG „Gramme-Vippach“ keinen sich möglicherweise in der Zukunft ergebenden Neugliederungserfordernissen bezüglich der Städte Erfurt und Sömmerda entgegensteht. Auf diese Tatsache hat bereits auch schon Herr MdL Frank Kuschel in der Plenarstimmung am 28.03.2019 hingewiesen und er hat angemerkt, dass daher eventuell ein entsprechender Passus in der Begründung zum Gesetz ergänzt werden könnte. Es liegt kein rechtlicher Grund vor, der gegen diese „Fusion“ der beiden Verwaltungsgemeinschaften spricht.

VG „Gramme Aue“
Bahnhofstraße 16
99195 Großrudstedt

VG „An der Marke“
Erfurter Straße 6
99195 Schloßvippach

- Anlage 1 -

An das
Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
Referat 3 1
Frau Barbara Moß
Stelgerstraße 24
99096 Erfurt

Entwurf eines Zweiten Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2019

Anfrage einer Stellungnahme von betroffenen Landkreisen, Verwaltungsgemeinschaften und
Gemeinden gem. § 46 Abs. 1 S. 2 ThürKO
Ihr Zeichen: 31-1482-4/2018
3276/2019)

Stellungnahme zur Neubildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme Vippach“

Präambel

Aufgrund der engen Zusammenarbeit der zwölf Gemeinden der beiden
Verwaltungsgemeinschaften „Gramme-Aue“ und „An der Marke“ haben sich die beteiligten
Gemeinden darauf geeinigt, eine gemeinsame Stellungnahme abzugeben.

Rechtliche Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Artikel 92 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen lässt Bestands- und Gebietsänderungen
von Gemeinden und Landkreisen nur aus Gründen des öffentlichen Wohls zu. Gemäß § 46 Abs. 1
ThürKO in der aufgrund der Nichtigkeit des Vorschaltgesetzes nach wie vor geltenden Fassung
können auf Antrag der beteiligten Gemeinden Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet,
geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht
entgegenstehen. Der Begriff des öffentlichen Wohls ist ein generalklauselartiger unbestimmter
Verfassungsbegriff, dessen Konkretisierung vorrangig Sache des demokratisch legitimierten
Parlaments ist. Dem Gesetzgeber obliegt es, die für ihn maßgeblichen Gemeinwohlgründe im
Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu bestimmen und an ihnen die konkrete
Neugliederung auszurichten.

Die Zuordnung der Gemeinde Großrudestedt zu der neuen Verwaltungsgemeinschaft entspricht den Belangen des öffentlichen Wohls § 46 Abs. 2 Satz 3 ThürKO, weil die Selbstständigkeit der Gemeinde in dieser Struktur gewahrt bleibt und die Zuordnung vor dem Hintergrund der Einwohnerzahl den geringsten Eingriff der vom Gesetzgeber in § 46 Abs. 3 ThürKO vorgesehenen Neugliederungsmöglichkeiten für gesetzeskonforme Verhältnisse darstellt. Darüber hinaus ist die Zuordnung zur neuen Verwaltungsgemeinschaft erforderlich, damit die Gemeinde Großrudestedt ohne Unterbrechung einer leistungsfähigen Verwaltungsstruktur angehört.

Strukturpolitische Würdigung der Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Mit der Bildung der neuen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ mit derzeit 9.232 Einwohnern (Thüringer Landesamt für Statistik, Stand: 31.12.2017) wird eine Verwaltungsstruktur geschaffen, die alle beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu bündeln und an die aktuellen Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen.

Darüber hinaus können die Planungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden, da eine abgestimmte Planung über ein wesentlich größeres, zusammenhängendes Gebiet leichter möglich ist. Dieses Ziel wurde bereits von allen zwölf Gemeinden einvernehmlich vereinbart. Des Weiteren beabsichtigen die zwölf Gemeinden, weitere Aufgaben ihres eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft zu übertragen (z.B. Bauhof, Kindergarten). Auf diese Weise sollen Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird als ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen gesehen, um sich mittelfristig kontinuierlich in Richtung leibbildkonformer Verwaltungsstrukturen weiterentwickeln zu können.

Diese o.g. Grundsätze werden von allen zwölf Gemeinden der beiden betroffenen Verwaltungsgemeinschaften getragen, wie in den weiter unten aufgeführten Darlegungen konkret belegt wird. Die Tatsache, dass die Gemeinde Großrudestedt den aktuellen Antrag zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht mitgetragen hat, ist lediglich darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde Großrudestedt den zukünftigen Sitz der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ lieber in Großrudestedt als in Schloßvippach sehen würde.

Entsprechend den Leitvorstellungen des LEP 2025 sollen ländlich geprägte Räume als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume gesichert werden. Dabei soll ihre Attraktivität als Natur-, Kultur- und Erholungsraum erhalten und qualitativ entwickelt werden. Einen solchen ländlich geprägten und zusammenhängenden Raum bilden die Gemeinden der zukünftigen

durch Zusammenschluss zu Planungsverbänden zur gemeinsamen Flächennutzungsplanung für einen gemeinsamen Versorgungsbereich wahrgenommen werden (funktionsteilige Zentrale Orte) können. Dieses wird u. a. von allen zwölf Gemeinden der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ im Zusammenhang mit der Bildung der KAG „Gramme-Vippach“ und der gemeinsamen Erstellung eines REK angestrebt.

Die Stärkung der zentralörtlichen Funktion kann zunehmend nur durch Bündelung der Kräfte und Ressourcen, durch weitgehende kooperative Leistungserbringung und durch Zusammenarbeit in Netzwerken erzielt werden. Durch Arbeitsteilung können Angebote der Daseinsvorsorge sowohl kostensparend und bedarfsgerecht, als auch langfristig und sozialverträglich gewährleistet werden. Ein funktionsteiliger Zentraler Ort setzt sich dementsprechend aus mindestens zwei selbständigen Gemeinden zusammen. Erst die gemeinsame Funktionsausübung führt in diesen Fällen zu dem für einen Zentralen Ort charakteristischen Funktionsspektrum, wobei sich die einzelnen Gemeinden mit ihren Funktionen komplementär ergänzen und nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Als funktionsteilige Zentrale Orte gelten insbesondere solche Gemeinden, die in einem engen siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehen und funktionale Mittelpunkte eines gemeinsamen Versorgungsbereiches, auch grenzüberschreitend, sind.

Diesen grundsätzlichen Erwägungen zum „funktionsteiligen Zentralen Ort“ folgend, haben bereits am 22.11.2018 die Bürgermeister aller zwölf Gemeinden der beiden Verwaltungsgemeinschaften eine gemeinsame Absichtserklärung zum Aufbau der zukünftigen Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ als Leitbild unterzeichnet (siehe Anlage).

In diesem Leitbild wird u. a. festgelegt, dass die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen soll. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften Nachteile erleiden. Weiter soll dabei auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Gemeinden bei der VG (Bauhöfe, Kindergärten) und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei den freiwilligen Feuerwehren ergeben.

Ergänzend hierzu wurden im Zeitraum zwischen dem 15.11.2018 und dem 12.12.2018 von 11 der zwölf Gemeinden (außer Großrudestedt) einheitliche Beschlüsse zur kontinuierlichen Weiterentwicklung gefasst (siehe Anlage). Hierbei wird betont, dass die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienterer Verwaltungsstrukturen ist. Gleichzeitig wird festgelegt, dass sich die Gemeinden innerhalb der neu gebildeten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ über die Zusammenlegung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen wollen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur erfolgen.

- Regelschule Schloßvippach für die Einzugsgebiete aller Gemeinden beider Verwaltungsgemeinschaften
- Abwasserzweckverband „Gramme-Vippach“ für die Gemeinden Alperstedt, Eckstedt, Großrudstedt, Markvippach, Schloßvippach und Udestedt

Abschließendes Votum zur Neubildung der VG „Gramme-Vippach“

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die Pflichtphase der flächendeckenden Gemeindegebietsreform noch nicht eingeleitet wurde.

Die Zusammenführung der bisher in zwei separaten Verwaltungsgemeinschaften handelnden zwölf Gemeinden zur einer sehr leistungsfähigen Verwaltungsstruktur mit der beabsichtigten Aufgabenerfüllung über den klassischen Verwaltungsbereich hinaus, ist eine gute Voraussetzung dafür, in dem prosperierenden Kernbereich unseres Landes zwischen den Zentren Erfurt, Weimar und Sömmerda eine kommunale Einheit zu schaffen, die diesen Zentren ein leistungsfähiger Partner sein kann. Dafür ist der Zusammenschluss beider Verwaltungsgemeinschaften der erste Schritt auf der Grundlage der Leitlinien der Gemeindegebietsreform in Thüringen.

Das Zusammenführen beider Verwaltungsgemeinschaften schafft die Voraussetzung für eine sich weiterentwickelnde stabile kommunale Einheit in einer sehr zentralen Lage unseres Freistaats. Die bereits jetzt schon bestehende gute wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wird sich in diesem Entwicklungskluster in der Mitte Thüringens weiter verstärken und die zu erwartenden Einwohnerzahlen werden sich daher auch innerhalb der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ nicht nur stabilisieren sondern sogar prosperieren.

Mit der Bildung der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ wird, in Verbindung mit den beschriebenen weiteren Maßnahmen und angestrebten Weiterentwicklungen, ein deutlicher Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums in Thüringen und zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen geleistet ohne dass das bisherige Gleichgewicht zwischen Stadt und Land gestört wird.

Gemeinde Vogelsberg
Gemeinderat

- Anlage 2 -

Beschluss-Nr. 75 / 2018

Auf der Grundlage der Thüringer Kommunalordnung –ThürKO- vom 16. August 1993 in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2018 (GVBl. S. 74) beschließt der Gemeinderat Vogelsberg in seiner Sitzung am 29.11.2018:

I.

Die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft "Gramme-Vippach" ist ein erster und sehr wichtiger Schritt zur Schaffung größerer und effizienter Verwaltungsstrukturen. Die Gemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften "Gramme-Aue" und "An der Marke" werden sich in dieser neuen Verwaltungseinheit über Zusammenlegungen einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungskreises verständigen und dabei immer weiter zusammen wachsen. Mittelfristig kann somit eine kontinuierliche Weiterentwicklung in Richtung einer leitbildkonformen Verwaltungsstruktur, auf der Grundlage der geltenden Rechtsnormen, erfolgen.

Der Bürgermeister wird hiermit ermächtigt, entsprechende Gespräche mit den Bürgermeister(inne)n der anderen Gemeinden frühzeitig zu führen und den Gemeinderat regelmäßig darüber zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen: keine

II.

Stimmenergebnis: von 8 gesetzlichen Gemeinderäten und dem Bürgermeister

9 Anwesend
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen



Bürgermeister

1. Beigeordneter

Verwaltungsgemeinschaft „An der Marke“, Erfurter Straße 6, 99195 Schloßvippach
Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Aue“, Bahnhofstraße 16, 99195 Großrudestedt
- Die Gemeinschaftsvorsitzenden -

- Anlage 3 -

**Absichtserklärung der Bürgermeister zum Aufbau der
Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach (VG-GV) - Leitbild**

Wir, die Bürgermeister der Gemeinden Alperstedt, Großmölsen, Großrudestedt mit den Ortsteilen Kleinrudestedt, Kranichborn und Schwansee, Eckstedt, Kleinmölsen, Markvippach mit Ortsteil Bachstedt, Nöda, Ollendorf, Schloßvippach mit Ortsteil Dielsdorf, Sprötau, Udestedt und Vogelsberg, erklären unsere Absicht, bei der Neugründung der VG Gramme-Vippach die Belange der Bürger aller unserer Mitgliedsgemeinden in den Vordergrund zu stellen.

Wir stellen uns das Ziel bei der Gestaltung der neuen Verwaltung auf Bürgerfreundlichkeit, Qualifikation der Mitarbeiter, Leistungsfähigkeit und effektives Zusammenwirken aller Ämter, im Interesse unserer Einwohner zu achten.

Unsere Verwaltung soll mit Herz und Verstand handeln, sich in die Perspektive unserer Bürgerinnen und Bürger versetzen und korrekt, rechtssicher und zügig entscheiden. Die Zusammenlegung der beiden Verwaltungsgemeinschaften verstehen wir als Chance.

Der Hauptsitz der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach wird Schloßvippach sein.

Die Verteilung der für eine Verwaltung erforderlichen Ämter wird zwischen den Sitzen der neuen Verwaltungsgemeinschaft in Schloßvippach und Großrudestedt abgestimmt und ausgewogen erfolgen. Keine der Gemeinden soll durch die Zusammenlegung Nachteile erleiden. Bei diesem Prozess setzen wir auf Konsens zwischen allen Dörfern unserer VG'en. Wir werden vor dem Hintergrund einer sparsamen Haushaltsführung für längere Zeit die in unseren Gemeinden vorhandenen Immobilien nutzen, um den Bürgern Serviceleistungen in unmittelbarer Nähe anzubieten. Dazu soll auch die Einrichtung von Bürgerbüros in Großrudestedt und Schloßvippach geprüft werden.

Im Rahmen einer Organisationsuntersuchung wird im Jahr 2018 für die Verwaltung ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan für die neue VG-GV erarbeitet. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, welche Möglichkeiten und Synergien sich durch die Bündelung von Aufgaben des Bauhofes bzw. der Kindergärten ergeben. Die bisher in den Verwaltungsgemeinschaften beschäftigten Beamten, Entgeltbeschäftigten und Arbeiter erhalten eine Beschäftigungsgarantie, die ihrem bisherigen Arbeitsvertrag entspricht.

Die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der „Freiwilligen Feuerwehren“ soll innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft „Gramme-Vippach“ intensiviert werden. Die Freiwilligen Feuerwehren in den Mitgliedsgemeinden bleiben bestehen. Die Stützpunktfeuerwehr in Großrudestedt wird erhalten und sukzessive modernisiert.

Großrudestedt, den 22.11.2017

Bgm. Gemeinde Alperstedt

Bgm. Gemeinde Großmölsen

Bgm. Gemeinde Großrudestedt

Bgm. Gemeinde Eckstedt

Bgm. Gemeinde Kleinmölsen

Bgm. Gemeinde Markvippach

Bgm. Gemeinde Nöda

Bgm. Gemeinde Ollendorf

Bgm. Gemeinde Schloßvippach

Bgm. Gemeinde Sprötau

Bgm. Gemeinde Udestedt

Bgm. Gemeinde Vogelsberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!


Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none; text-align: center;">Verwaltungsgemeinschaft</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">VG Hainich-Werratal</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Praetoriusplatz 2</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99831 Amt Cregburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Verwaltungsgemeinschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	VG Hainich-Werratal	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Praetoriusplatz 2	Postleitzahl, Ort	99831 Amt Cregburg
	Name	Organisationsform									
		Verwaltungsgemeinschaft									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	VG Hainich-Werratal									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Praetoriusplatz 2									
Postleitzahl, Ort	99831 Amt Cregburg										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Die VG Heinrich-Werratal befürwortet die Eingliederung der Gem. Heiligen in die Landgem. Süderfeld und den damit verbundenen Wechsel vom Wartburgkreis zum Landkreis Unstrut-Hainich.</i>	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Amst Cramberg, 18.04.2013</i>	

 Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal	Sitzungsvorlage
	Sitzung-Nr. GVers - VG/2023/008
	öffentlich – beschließend –
Gemeinschaftsversammlung Sitzungsdatum: 16.03.2023	Hauptabteilung
	Sachbearbeiter/in: _____

**TOP 13 Zustimmung der Gemeinschaftsversammlung zum Austritt der
Gemeinde Hallungen aus der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-
Werratal**

Sachvortrag:

Die Gemeinde Hallungen hat beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales einen Antrag auf Eingliederung der Gemeinde Hallungen in die Landgemeinde Südeichsfeld sowie den damit verbundenen Wechsel der Gemeinde aus dem Wartburgkreis in den Landkreis Unstrut-Hainich gestellt.

Gemäß § 5 Absatz 4.) Nr. 8 der Hauptsatzung der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal vom 27. Januar 2015 obliegt der Gemeinschaftsversammlung die Beratung und Beschlussfassung zu Gebiets- und Bestandsänderungen der Verwaltungsgemeinschaft.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinschaftsversammlung beschließt in ihrer Sitzung am 16. März 2023 der Eingliederung der Gemeinde Hallungen in die Landgemeinde Südeichsfeld sowie dem damit verbundenen Wechsel der Gemeinde aus dem Wartburgkreis in den Landkreis Unstrut-Hainich zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Sitzung Nr.: GVers - VG/2023/008
Beschluss-Nr.: GVers - VG 2023/176

Gesetzliche Anzahl der Gremiumsmitglieder und der Gemeinschaftsvorsitzenden	22
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder und der Gemeinschaftsvorsitzenden	16
Ja - Stimmen	16
Nein - Stimmen	0
Stimmenthaltung	2
Persönlich beteiligt	0

Vorsitzende



Protokollant/III

Hinweis:

Dieses Formular ist **vollständig ausgefüllt**, zusammen mit der **Ausfertigung des Beschlusses** und des ggf. **beglaubigten Satzungstextes** der Kommunalaufsicht vorzulegen.

Erklärung zur formellen Rechtmäßigkeit des Beschlusses über die

Zustimmung der Gemeinschaftsversammlung zum Austritt der Gemeinde Hallungen aus der
Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal

Der oben genannte Beschluss ist in der Sitzung der

Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal

am 16.03.2023

mit Beschluss Nummer GVers - VG 2023/176 gefasst worden. Die Beschlussfassung erfolgte in öffentlicher Sitzung der Gemeinschaftsversammlung.

Die Gemeinschaftsversammlung war beschlussfähig. Alle gesetzlichen Mitglieder sind vom / von der Gemeinschaftsvorsitzenden

am 6. März 2023

schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden. Die Ladungen gingen den gesetzlichen Mitgliedern

am 6. März 2023

zu. Damit ist die Ladung den Mitgliedern der Gemeinschaftsversammlung gemäß § 52 Abs. 2 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (ThürKO) i. V. m. § 29 Abs. 1 S. 2 Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) spätestens eine Woche vor der Sitzung zugegangen.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung sind

am 11. März 2023

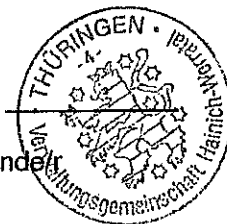
also spätestens am vierten Tag vor der Sitzung gemäß § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 29 Abs. 4 ThürKGG i. V. m. § 35 Abs. 6 S. 1 ThürKO in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt gemacht worden.

Bei der Beschlussfassung erfolgte keine Mitwirkung eines i. S. d. § 52 Abs. 2 ThürKO i. V. m. § 30 Abs. 4 ThürKGG befangenen Mitglieds der Gemeinschaftsversammlung.

Amt Creuzburg, 16.03.2023

Ort, Datum

Unterschrift, Siegel
Gemeinschaftsvorsitzende





Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Postleitzahl, Ort

Vereinsgemeinschaft
Gemeinschaft
Gemeinschaft

Dr. h. c. (h. n. c.)
Gemeinschaftsvorsitzender

2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG) *Nein*

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Was ist der **Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?**
(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)

Gemeinschaftsvorsitzender
(Leitung der Gemeindeverwaltung)

Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher

4.

- ☐ befürwortet,
☒ abgelehnt,
☐ ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?

Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen!

(§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)

S. Anlage

5.

Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen?

(§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)

☒ ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)

☐ nein

Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem **Anlass** haben Sie sich geäußert?

In welcher **Form** haben Sie sich geäußert?

☒ per E-Mail

☐ per Brief

6.

Haben Sie sich als **Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt?**

(§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)

☐ ja

☒ nein (weiter mit Frage 7)

Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren **Auftraggeber!**

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Feßnitz, 20.04.2023	

Verwaltungsgemeinschaft

„Hügelland/Täler“

Freistaat Thüringen



VG „Hügelland/Täler“ • Pfarrwinkel 10 • 07646 Tröbnitz

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen:
Unsere Nachricht vom:

Name:
Telefon: 036428 648
Telefax: 036428 648 48
E-Mail: @huegelland-taeler.de
Internet: www.huegelland-taeler.de

Datum: 29.03.2023

Werte Landtagsabgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Ihnen kurz ein sehr wichtiges Anliegen aus unserer VG berichten und Sie bitten diesem abzuweichen.

Wir sind von der Anzahl der Gemeinden her betrachtet die größte VG in Thüringen und liegen zentral zwischen Hermsdorf, Stadtroda und Jena.

Die Gemeinden stehen fest zu dem Konstrukt der Verwaltungsgemeinschaft und möchten daran auch unbedingt festhalten, da es sich über die vielen Jahren aus unserer Sicht bewährt hat.

Seit etwas über einem Jahr gibt es Bestrebungen der Mitgliedsgemeinde Unterbodnitz die VG zu verlassen und in die VG südliches Saaleetal zu wechseln. Sowohl die Bürgermeister der letzten Wahlperiode als auch die neu gewählten Bürgermeister, die auch für Ihre Gemeinderäte sprechen, möchten unbedingt, dass Unterbodnitz Teil unserer VG bleibt. Wir sehen uns als eine Familie und so sollte es auch bleiben.

Die Gemeinde Unterbodnitz fühlte sich hinsichtlich der Umsetzung von Beschlüssen unzureichend erfüllt. Beispiele werden nicht genannt, so dass die Aussage von mir als neuem Vorsitzenden der VG nicht eingehend geprüft werden kann. Fakt ist, dass es in der Vergangenheit zu Personalunterbesetzungen kam, die ich derzeit konsequent zu bereinigen versuche. So habe ich im Bereich Bau und Finanzen drei neue Mitarbeiterinnen eingestellt und habe so, die zeitweise vakanten Stellen mit fachlich geeignetem und sehr motiviertem Personal nachbesetzt.

Das heißt, dass evtl. Bearbeitungsstaus umgehend ausgemerzt werden und zukünftig nicht mehr auftreten.

Weiterhin wird die Kleingliedrigkeit angemaht, die sich aber nicht verändert durch einen Wechsel der VG. Bestrebungen sich mit einer anderen Gemeinde zusammenzuschließen, um die eigene Kleingliedrigkeit zu verändern, kann ich bei der Gemeinde Unterbodnitz nicht feststellen.

Gemeinschaftsvorsitzender	Sprechzeiten der Verwaltungsgemeinschaft
Montag, Freitag	09:00 Uhr – 12:00 Uhr
Dienstag	09:00 Uhr – 12:00 Uhr 13:00 Uhr – 15:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	09:00 Uhr – 12:00 Uhr 13:00 Uhr – 18:00 Uhr

Auch ist eine unterschiedliche Vorwahl der Gemeinden im Telefonnetz, die als Grund angeführt wird, nicht wirklich ein Wechselgrund und nichts Ungewöhnliches. Im Gegenteil, es gehört in der VG südliches Saaletal ebenfalls zur Normalität und das gleich mehrfach. Ebenso darf das Argument einer niedrigeren VG Umlage nicht greifen. Die ist zwar niedriger im südl. Saaletal, sie ist aber mit 14 €/Einwohner deutlich mehr gestiegen als bei uns mit 12€/Einwohner. Wenn man danach ginge müssten nicht nur in den VG's sondern auch in den Landkreisen ständige Wechsel passieren, denn heute ist es hier billiger und morgen dort.

Weiterhin wird angeführt, dass die Kinder in Kahla zur Schule gingen oder das Einkaufsverhalten nach Kahla ausgerichtet sei. Die Randgemeinden der VG südl. Saaletal kaufen überwiegend in Rudolstadt, Jena oder Blankenhain ein, was im Verfügungsbereich eines jeden Einzelnen ist und bleiben soll. Die Kinder werden sowohl in Rudolstadt als auch in Blankenhain beschult. Einen Ausschlag zum Wechsel in eine andere VG oder vielleicht in einen anderen Landkreis kann und darf davon nicht abhängig gemacht werden.

Dass die VG südl. Saaletal einen Aufwuchs von Mitgliedern und Einwohnern begrüßt ist nachvollziehbar. Aber ein argumentatives Einmischen in die Belange der bestehenden Strukturen scheint mir nicht angemessen zu sein.

Auch eine gemeinsame Mitgliedschaft im Zweckverband Wasser/Abwasser oder im Gewässerunterhaltungsverband kann kein greifendes Argument zum VG Wechsel darstellen, da auch hier übergreifende Mitgliedschaften in beiden VG's zu mehreren Institutionen, sei es der ZWA, JenaWasser, GUV Apolda, GUV Stadtroda usw. die verschiedenen Gemeinden argumentativ vereinen oder separieren könnten.

Zum Abschluss möchte ich ebenfalls anmerken, dass der oft benannte Ort Kahla gar nicht Mitglied in der VG südl. Saaletal ist und das auch nicht werden will, was der Stadtrat klar durch Beschluss dargestellt hat. Synergieeffekte ja, Zusammenschluss nein ist das dortige Motto.

Der Verbleib von Unterbodnitz in der VG Hügelland Täler hindert ebenfalls nichts an Synergien, sowohl in Richtung Kahla als auch in Richtung Stadtroda. Ein Verbleib in der VG Hügelland Täler scheint mir daher nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig um nicht durch unausgereifte Argumente Schneeball- oder Lawineneffekte herbeizuführen.

Dies ist im Übrigen auch einhellige Meinung unseres Landrates Andreas Heller. Ich bitte Sie höflichst, diese Argumentation in eine anstehende Gesetzesentscheidung einfließen zu lassen und einem Wechsel nicht zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Gemeinschaftsvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen													
1.	<p>Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small></p>												
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">VA Kollada</td> <td style="border: none;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Markt 24, 98625 Kollada</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	VA Kollada	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Markt 24, 98625 Kollada	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
	Name	Organisationsform											
	VA Kollada	Körperschaft des öffentlichen Rechts											
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Markt 24, 98625 Kollada											
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)												
Postleitzahl, Ort													
<p>2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p><small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small></p>													
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse												
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	Gemeinschaft vorstehend	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	- Die Gemeinde Vogelsberg soll in die VG Kollada eingegliedert werden.	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Kölleda, 24.04.23	



Verwaltungsgemeinschaft Kölleda

Gemeinschaftsvorsitzender

Beschlussvorlage an die Gemeinschaftsversammlung

Verwaltungsgemeinschaft Kölleda Gemeinschaftsvorsitzender	Datum:	20.05.2022	
	Sitzungsdatum:	28.06.2022	
	Status:	öffentlich	
Bearbeitungszeichen:			
Aktenzeichen: 0061	HH-Stelle:	Bezeichnung:	HH-Ansatz

Betreff: Neugliederung Gemeinde Vogelsberg und VG Kölleda

Sachverhalt:

Gemäß § 46 Abs. 1 ThürKO können Verwaltungsgemeinschaften durch Gesetz gebildet, geändert, erweitert oder aufgelöst werden, sofern Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Der Freistaat Thüringen setzt weiterhin auf Freiwilligkeit und darauf, dass die Städte und Dörfer eigenverantwortlich kommunale Strukturänderungen auf den Weg bringen. Freiwillige Gemeindeneugliederungen können daher wie bisher auf dem Dienstweg beantragt werden (TMIK Rundschreiben vom 31.05.2021).

Ob eine beantragte Neugliederung dem öffentlichen Wohl entspricht, entscheidet der Gesetzgeber im Rahmen einer Abwägung aller im konkreten Fall relevanten Gemeinwohlbelange. Die beantragte Neugliederung kann demnach in den Entwurf eines Neugliederungsgesetzes aufgenommen und umgesetzt werden, wenn im Ergebnis einer Abwägung die Gemeinwohlbelange, die für diese neue Struktur sprechen, diejenigen Gesichtspunkte überwiegen, die gegen die neue Struktur sprechen. Der Rahmen für die geschilderte Gemeinwohlabwägung wird durch das Leitbild und die Leitlinien der Gemeindegebietsreform bestimmt, die der Gesetzgeber für seine Neugliederungsmaßnahmen festgelegt hat (TMIK Information zu Gemeindeneugliederungen Stand 25.01.2022).

Zwar räumen die Leitlinien der Bildung von Einheits- und Landgemeinden den Vorrang ein. Zugleich wird aber dem Prinzip der Freiwilligkeit bei der erforderlichen Stärkung der Strukturen eine hohe Bedeutung eingeräumt. Die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft ist in § 46 Abs. 1 ThürKO weiterhin vorgesehen und durch die Leitlinien nicht ausgeschlossen worden. Soweit eine solche Strukturänderung der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dient und ihr keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen, ist sie weiterhin möglich und kann von den Gemeinden beantragt werden, solange die flächendeckende Gemeindegebietsreform noch nicht abgeschlossen ist (Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNNG 2019, S.77).

Die Gemeinde Vogelsberg ist seit 01.01.2020 Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft Gramme-Vippach, die aus dem Zusammenschluss der VGs „An der Marke“ und „Gramme-Aue“ entstand ist. Mit der Bildung der VG „Gramme-Vippach“ sollte eine Verwaltungsstruktur geschaffen werden, die die beteiligten Gemeinden in die Lage versetzt, die Verwaltung effizienter zu strukturieren, die vorhandenen Potenziale zu nutzen, zu bündeln und an die Anforderungen der demografischen Entwicklung anzupassen. Zudem sollten Synergieeffekte genutzt und die Struktur leistungsfähiger ausgestaltet werden, indem die Gemeinden weitere Aufgaben des eigenen Wirkungskreises auf die neue Verwaltungsgemeinschaft übertragen. Beispielsweise durch die Bildung eines gemeinsamen Bauhofes oder die gemeinsame Trägerschaft für Kindertageseinrichtungen

(Gesetzesbegründung zum 2. ThürGNNG 2019, S. 76-77). Mittlerweile hat sich gezeigt, dass die VG „Gramme-Vippach“ für die Gemeinde Vogelsberg nicht die geeignete Struktur ist, um diese Ziele zu erreichen bzw. einige der Ziele nicht mehr erreicht werden können. Der Gemeinderat ist daher nach intensiver Beratung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gemeinde diese Ziele besser in der VG Kölleda verwirklichen kann. Zur VG Kölleda und ihren Mitgliedsgemeinden bestehen zahlreiche regionale Verflechtungsbeziehungen (räumliche Nähe, Verkehrswege, Einkaufsmöglichkeiten, Schule etc.).

Der Gemeinderat von Vogelsberg hat am 19. Mai 2022 über den Beitritt der Gemeinde zur VG Kölleda zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen positiven Beschluss gefasst. Infrage kommen der 01. Januar 2023 oder 2024. Wahrscheinlicher ist nach derzeitiger Rechtslage 2024.

Aus der Neugliederung ist eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinde Vogelsberg und der VG Kölleda und ihrer Mitgliedsgemeinden zu erwarten.

Aus finanzieller Sicht würde der Beitritt für die VG Kölleda nach jetzigem Stand jährliche Mehreinnahmen von ca. 100.000 € bedeuten (100 € Umlage + 43 Mehrbelastungsausgleich x 700 Einwohner). Die zu erwartenden Mehraufwendungen durch eine höhere Umlage an die Stadt Kölleda sowie evtl. Personalzuwachs (max. 1,0 VbE) würden überkompensiert. Insgesamt würde durch den Einwohnerzuwachs die dauernde Leistungsfähigkeit der VG gestärkt werden.

Beschluss:

Die Gemeinschaftsversammlung der VG Kolleda beschließt:

1. Die Gemeinschaftsversammlung stimmt den Beitritt der Gemeinde Vogelsberg zur Verwaltungsgemeinschaft Kolleda zu.
2. Die Neugliederung soll zum 01.01.2023 in Kraft treten, hilfsweise zum 01.01.2024.
3. Der Gemeinschaftsvorsitzende der VG Kolleda wird beauftragt, den entsprechenden Neugliederungsantrag zu stellen.

Gemeinschaftsvorsitzender

Protokoll der Gemeinschaftsversammlung der VG Kolleda vom 28.06.2022 TOP: 5

Beschluss-Nr. VG / 34 / 2022

Die Gemeinschaftsversammlung der VG Kolleda beschließt

- ☒ wie beantragt
- ☐ unter Abänderung/Ergänzung (s. Rückseite)
- ☐ Verweisung an _____
mit/ohne abschließende Beschlussfassung
- ☐ Wiedervorlage

Gesetzliche Anzahl d. Mitglieder der Gemeinschaftsversammlung: 10 + 1, davon anwesend: 8 + 1

Abstimmungsergebnis:

Gemeinschaftsvorsitzender



8+1 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Hiermit wird amtlich beglaubigt, dass die vor-/umstehende
Abschrift/Ablichtung mit der vorgelegten Urschrift/
Ausfertigung/beglaubigten/einfachen Abschrift/Ablichtung

der/des

Beschluss

Übereinstimmend

Die Beglaubigung ist nur zur Ver

erfällt

Stadt Kolleda

von 08.08.2022

(Siegel)



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px;">Gemeinschaftsvorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft „Oppurg“, Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Verwaltungsgemeinschaft „Oppurg“</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Am Türkenhof 5</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07381 Oppurg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gemeinschaftsvorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft „Oppurg“, Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Verwaltungsgemeinschaft „Oppurg“	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Türkenhof 5	Postleitzahl, Ort	07381 Oppurg
	Name	Organisationsform									
		Gemeinschaftsvorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft „Oppurg“, Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Verwaltungsgemeinschaft „Oppurg“									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Türkenhof 5									
Postleitzahl, Ort	07381 Oppurg										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Gemeinschaftsvorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft „Oppurg“	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Kritik an den Ausführungen der Gesetzesbegründung zum Leitbild und den Leitlinien der Gemeindegebietsreform. - Plädoyer für Verwaltungsgemeinschaften. - Kritik am Ziel der Stärkung von Mittel- und Oberzentren durch die Eingliederung von Umlandgemeinden, den Vorrang der Bildung von Einheits- und Landgemeinden sowie das Ziel, Verwaltungsgemeinschaften und erfüllende Gemeinden zu Einheits- und Landgemeinden fortzuentwickeln. 	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales hat den Gemeinde- und Städtebund Thüringen (GStB) am 5. April 2023 im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Referentenentwurf des o. g. Gesetzes Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Der Gemeinschaftsvorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft „Oppurg“ hat per E-Mail gegenüber dem GStB Stellung genommen. Der GStB hat diese E-Mail mit seiner Stellungnahme vom 12. Mai 2023 an das Ministerium für Inneres und Kommunales weitergeleitet.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Hinweis: Mit E-Mail vom 27. Juni 2023 hat der Gemeinschaftsvorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft „Oppurg“ der Veröffentlichung seines Beitrages zugestimmt (s. Anlage).

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Sehr geehrter

mit Mail und anhängigem Schreiben vom 12.04.2023 (Anhang) wurde durch den GSTB um Stellungnahme gebeten.

Die neutrale Haltung des Schreibens teilt die VG Oppurg deutlich nicht.

Quelle: [gesetzentwurfes eines thueringer gesetzes zur th.pdf \(gstb-thueringen.de\)](https://www.gstb-thueringen.de/gesetzesentwurfes-eines-thueringer-gesetzes-zur-th.pdf)

Gesetzesentwurf der Landesregierung

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

S. 34

„Gemeinden, die im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 als Ober- oder Mittelzentrum ausgewiesen sind, sollen durch Eingliederungen von Umlandgemeinden gestärkt werden.(...) Die realen Verkehrsströme zeigen, dass Grenzen in Stadt-Umland-Bereichen vielfach nur administrativer Natur sind. Damit die Städte ihre Aufgaben weiterhin dauerhaft erfüllen können, soll die Stärkung der Ober- und Mittelzentren durch Eingliederung benachbarter Umlandgemeinden erfolgen, sofern dafür überwiegende Gemeinwohlgründe in jedem Einzelfall sprechen.“

à mit eingeschränktem Ermessen wird zum Ausdruck gebracht, dass nur in atypischen Fällen eine andere Alternative als Option angesehen wird, ergänzt wird dies mit unbestimmten und frei interpretierbaren Gemeinwohlgründen im Einzelfall. Hier wird inakzeptabel eine Entscheidung vorweggenommen bzw. wesentlich eingeschränkt, die es eben im Einzelfall geben muss.

S.35

„Auch die als Grundzentrum ausgewiesenen Gemeinden erfüllen neben dem Aufgabenumfang ihrer örtlichen Gemeinschaft Versorgungsfunktionen für benachbarte Gemeinden. Diese höhere Leistungs- und Verwaltungskraft gilt es, im Interesse einer Verbesserung der gesamten gemeindlichen Struktur des Landes zu erhalten und auszubauen. Die als Grundzentrum ausgewiesenen Gemeinden bilden in der Regel den Kern einer Neugliederungsmaßnahme. Hierbei wird es von den konkreten örtlichen Sachverhalten, insbesondere dem Verhältnis der Einwohnerzahlen und den tatsächlich vor Ort vorhandenen zentralörtlichen Funktionen abhängen, ob die Bildung einer leistungsstarken Gemeinde eher durch Eingliederung von benachbarten Gemeinden in die als Grundzentrum ausgewiesene Gemeinde oder durch Bildung einer neuen Gemeinde zu erreichen ist. Jede neu strukturierte Gemeinde soll in den genannten Raumordnungsplänen die Funktion eines Zentralen Ortes bereits innehaben oder im Zuge einer Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Thüringen 2025 nach der Gemeindeneugliederung übernehmen können.“

à Es wird klar zum Ausdruck gebracht, dass die regierenden Parteien am von der Mehrheit abgelehnten Konzept der Verwaltungszentralisierung festhalten wollen.

S.35

„Die örtliche Gemeinschaft entfaltet dann die größtmögliche Selbstverwaltungs- und Leistungskraft, wenn sie dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde entspricht. Der Zusammenschluss kleiner Gemeinden oder ihre Eingliederung in größere Gemeinden, die diesem Urtyp weitgehend entsprechen, wird vorrangig angestrebt, weil auf diesem Wege die höchste objektive Verbesserung der kommunalen Gliederung zu erwarten ist.“

à Widerspruch in sich und objektiver Bauerfang, polemische Verkaufsargumente können eben nicht die örtliche Gemeinschaft und deren Selbstverwaltungs- und Leistungskraft ersetzen.

S.37

„Besonders problematisch ist jedoch, dass es der Stärkung von Zentralen Orten entgegenwirkt.(...) Verwaltungsgemeinschaften können nicht die Leistungsschwächen der überwiegend kleinen und kleinsten Gemeinden, die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaften sind, beziehungsweise ihre Angelegenheiten von der erfüllenden Gemeinde erledigen lassen, ausgleichen. Darüber hinaus steigt aus verschiedenen Gründen der Finanzbedarf der Verwaltungsgemeinschaften selbst (beispielsweise durch Tarifierhöhungen). Dieser kann in der Regel nicht mehr durch Optimierung des Personalbestandes und des Verwaltungshandelns ausgeglichen werden, weil insbesondere der Personalansatz oft schon bis zum möglichen Minimum reduziert wurde. Nicht änderbar ist weiter der teilweise hohe Verwaltungsaufwand, der vor allem durch die Anzahl der Mitgliedsgemeinden bestimmt ist. Die Verwaltungen müssen ihre Leistungen für eine perspektivisch stark sinkende Einwohnerzahl vorhalten, was zu einem Anstieg der Pro-Kopf-Verwaltungskosten führt.“

à berücksichtigt man die Personalentwicklung oberster Landesbehörden scheint die Auffassung zu steigenden Pro-Kopf-Verwaltungskosten dort eine grundlegend andere zu sein, im selben Zeitraum wurde aber entgegen dem Konnexitätsprinzips immer mehr Aufgaben, Statistiken, Erhebungen an die kommunalen Verwaltungen übertragen ohne deren Ausfinanzierung, die Leistungen der Ministerien beschränken sich umso mehr auf das Verwalten oder Zurückhalten von Fördermitteln – es soll deutlich zum Ausdruck gebracht werden, dass es hier nicht um das gegeneinander Ausspielen von kommunaler und ministerialer Verwaltung geht, es jedoch anhand der jährlichen Entwicklung der Haushalts- und Stellenpläne von Kommunalverwaltung und Landesverwaltung eine deutliche Übervorteilung auf Landesseite bei der finanziellen Ausgestaltung gibt.

S.37 !!!

„Die in Zukunft zu erwartenden Veränderungen und Anforderungen an die Kommunalverwaltungen sprechen gegen das Rechtsinstitut der Verwaltungsgemeinschaft und der erfüllenden Gemeinde. Vor dem Hintergrund der wesentlich geänderten und in Änderung befindlichen Rahmenbedingungen erscheint es nicht mehr ausreichend, lediglich die Verwaltungskraft kleiner Gemeinden durch Einbindung in eine Verwaltungsgemeinschaft oder Zuordnung zu einer erfüllenden Gemeinde zu stärken, um den in der Zukunft zu erwartenden Herausforderungen zu begegnen. Daher wird im Rahmen der Gemeindegebietsreform Einheits- und Landgemeinden Vorrang eingeräumt und darauf hingewirkt, Verwaltungsgemeinschaften und erfüllende Gemeinden zu Einheits- und Landgemeinden fortzuentwickeln.“

à Eine Fortentwicklung suggeriert eine Verbesserung, dies ist nicht valide nachgewiesen. Informelle Rückmeldungen aus Gemeinden die im Rahmen der Gemeindegebietsreform zusammengeschlossen wurden weisen auf deutliche Negativentwicklung bis hin zu dauernder Haushaltssicherung und struktureller Finanzschwäche hin.

S.37

„Nach dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 9. Juni 2017, mit dem das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen aus formellen Gründen für nichtig erklärt wurde, haben die regierungstragenden Parteien die Möglichkeit der Einführung eines der Verbandsgemeinde vergleichbaren Gemeindemodells erneut geprüft. Nach einem intensiven Abstimmungsprozess, unter anderem mit dem Gemeinde- und Städtebund

Thüringen, ist jedoch deutlich geworden, dass die mit der Einführung dieses neuen Modells verbundenen rechtlichen Fragen kurzfristig nicht gelöst werden können. Daher wird die Einführung dieses Gemeindemodells derzeit nicht weiter verfolgt. Ihre Einführung als Rechtsinstitut soll gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt nochmals geprüft werden.“
à es stellt sich die Frage warum man bei der Feststellung, dass etwas „deutlich“ wurde, weiterhin beharrlich daran festhält es dennoch umzusetzen?!

S.37

„Die Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden zu Einheits- oder Landgemeinden ermöglicht eine stärkere Bündelung von Verwaltungskompetenz sowie der materiellen und finanziellen Ressourcen, die wiederum eine noch wirtschaftlichere Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge möglich macht. In Einheitsbeziehungsweise Landgemeinden besteht gegenüber den Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden die Möglichkeit, eine einheitliche und abgestimmte Planung und Entwicklung für 38 ein deutlich größeres Gebiet durchzuführen. Im Vergleich zur Summe der einzelnen Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft verfügt eine Gemeinde gleicher Größenordnung über einen erheblich größeren finanziellen Handlungsspielraum, da es nur einen Gemeindehaushalt gibt, der unter anderem die Möglichkeit eröffnet, sich neu zu profilieren und gezieltere Prioritäten für das Gesamtgebiet zu setzen, aber auch größere Investitionen durchzuführen.“

à es ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein Gemeindehaushalt Spielräume innerhalb von VGs vergrößern würde, die unausgewogene Investitionsentwicklung bei einer Vielzahl von Ortsteilen wiegt jedoch deutlich schwer

à würden die regierungstragenden Parteien tatsächlich eine Verbesserung der kleineren Haushalte zur Lösung der strukturellen Probleme als Lösung ansehen, könnten sie dies problemlos im Rahmen der Reformierung des FAG umsetzen

S.

38

„Die regierungstragenden Parteien streben auch in der 7. Legislaturperiode keine pflichtigen Gemeindeneugliederungen an. Vielmehr sollen weiterhin ausschließlich freiwillige Bestandsänderungen von Gemeinden umgesetzt werden.“

à Dank Landtagswahlen in 2024 vorläufig aus Wahltaktischer Sicht keine weiteren Bestrebungen...

S39

„Da **derzeit** ausschließlich freiwillige Bestandsänderungen von Gemeinden erfolgen und somit Leitbild und Leitlinien der Reform noch nicht flächendeckend umgesetzt werden können, besteht die Möglichkeit der Bildung, Änderung oder Erweiterung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 46 Abs. 1 ThürKO oder die Übertragung der Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO (erfüllende Gemeinde) grundsätzlich **zunächst** fort. Solche Strukturänderungen sind **vorerst** weiterhin möglich, wenn sie der Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Gemeinden dienen und keine Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen. Für den Übergangszeitraum - bis zum Abschluss der flächendeckenden Gemeindegebietsreform beziehungsweise der Schaffung leitbildgerechter Strukturen - stellen Verwaltungsgemeinschaften und erfüllende Gemeinden ein geeignetes Instrumentarium dar, um die ordnungsgemäße Erfüllung öffentlicher Aufgaben sicherstellen zu können. Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen freiwillige Neugliederungen von Gemeinden anderenfalls dazu führen würden, dass Strukturen zurückbleiben, die nicht ausreichend leistungsfähig sind und den Anforderungen der Thüringer Kommunalordnung nicht gerecht werden. So dienen beispielsweise bei der freiwilligen Neugliederung von Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft, die nicht von allen Mitgliedsgemeinden

der Verwaltungsgemeinschaft mitgetragen wird, erfüllende Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften als Instrumente des Übergangs und werden daher weiterhin benötigt. Des Weiteren kommt auch der Wechsel von Mitgliedsgemeinden in eine andere Verwaltungsgemeinschaft in Betracht, wenn diese im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts hierdurch eine Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit anstreben und eine freiwillige Gemeindeneugliederung nicht erreicht werden konnte. Der Vorrang der Bildung von Einheits- und Landgemeinden und das entsprechende Ziel der Fortentwicklung von Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden werden insoweit jedoch nicht in Frage gestellt."

à warum sollten durch die bisher gut funktionierenden VGs plötzlich „Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen“?? Will man hier Probleme herbei reden/schreiben um seine Vorstellungen umzusetzen?

à aus Sicht der kommunal Verantwortlichen steht entgegen der oben genannten Auffassung ob durch Vergrößerung auch eine Steigerung der Leistungsfähigkeit einer Verwaltung einhergeht, Verwaltungsgemeinschaften haben in ihren Gemeinderäten und Bürgermeistern teilweise bis zu 100 aktive Ehrenamtliche, auf diese „Personalressourcen“ mit z.T. sehr hohen Qualifikationen welche kostenfrei im Ehrenamt für die Gemeinden eingebracht werden ist nach Eingemeindungen nicht mehr zu rechnen. Dies wird in nahezu allen Gemeinden die von Zwangs-Neustrukturierungen bedroht sind zum Ausdruck gebracht.

Mit freundlichen Grüßen

Gemeinschaftsvorsitzender
Verwaltungsgemeinschaft Oppurg

Am Türkenhof 5

07381 Oppurg

Tel:

Fax:

mail:

web: <http://www.vg-oppurg.de>

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTB bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT SÜDLICHES SANITÄL</td> <td>KÖRPER SCHAFT ÖFFENTLICHEIN RECHTS</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>BAHNHOFSTRASSE</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>23</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07708 KAHLA</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT SÜDLICHES SANITÄL	KÖRPER SCHAFT ÖFFENTLICHEIN RECHTS	Geschäfts- oder Dienstadresse	BAHNHOFSTRASSE	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	23	Postleitzahl, Ort	07708 KAHLA		
Name	Organisationsform												
VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT SÜDLICHES SANITÄL	KÖRPER SCHAFT ÖFFENTLICHEIN RECHTS												
Geschäfts- oder Dienstadresse	BAHNHOFSTRASSE												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	23												
Postleitzahl, Ort	07708 KAHLA												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG) NEIN												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Seite § 47 ThürKO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	• Zustimmung zum beantragten Beitritt der Gemeinde Huterode zur VG "Südliches Saaletal" • Zustimmung basierend auf engen Verknüpfungen zu unserem Verwaltungsgebiet, ausgeprägtes Netzwerk unserer Angebote der Daseinsvorsorge durch Bürger der Gemeinde sowie Leistungs- und Verwaltungskraft, stabiler Kostenstruktur und gute Entwicklungsperspektive unserer VG	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
KAHLA, 21.04.23	

THÜRINGEN

THÜRINGEN

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verwaltungsgemeinschaft Uder</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Verwaltungsgemeinschaft Uder</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Siedlung 14</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">37318 Uder</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verwaltungsgemeinschaft Uder	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Verwaltungsgemeinschaft Uder	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Siedlung 14	Postleitzahl, Ort	37318 Uder
	Name	Organisationsform									
	Verwaltungsgemeinschaft Uder	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Verwaltungsgemeinschaft Uder									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Siedlung 14									
Postleitzahl, Ort	37318 Uder										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</p>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Erfüllung öffentlich-rechtlicher Aufgaben, die aus der Staatsgewalt abgeleitet sind und staatlichen Zwecken dienen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Antrag auf Bildung einer Landgemeinde	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Freiwillige Neugliederung der Gemeinden zur Landgemeinde	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Uder, 18.04.2023	



Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

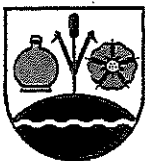
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Antrag auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr
sehr geehrte Frau L
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode beantragen mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNGG) im Jahr 2024 ihre Auflösung und die Bildung einer Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode.

Mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung wird gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats die Ortschaftsverfassung eingeführt.

Die neu gebildete Landgemeinde Uder nimmt als erfüllende Gemeinde für die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO wahr.

Die Zahl der Mitglieder des neu zu wählenden Landgemeinderates wird bei der Neuwahl bis zum Ende der Wahlperiode gemäß § 23, Abs. 3 ThürKO von 20 auf 24 erhöht.

Es wird beantragt, dass die Neugliederungsprämie nach dem Thüringer Gesetz zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) vom 11. Mai 2021 (GVBl. S. 231) zur Anwendung kommt.

Es wird beantragt, eine gesetzliche Regelung in das Neugliederungsgesetz aufzunehmen, um ab dem 1. Januar 2024 fällige Verpflichtungen zur Rückzahlung von Bedarfszuweisungen zum Zeitpunkt der Neugliederung für die nach diesem Gesetz neu gegliederten Gemeinden entfallen zu lassen.

Dem Antrag sind beigelegt:

- Neugliederungsbeschlüsse der beteiligten Gemeinden:
Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode
- Neugliederungsvertrag zwischen den beteiligten Gemeinden Gemeinde Birkenfelde, Gemeinde Eichstruth, Gemeinde Lenterode, Gemeinde Lutter, Gemeinde Mackenrode, Gemeinde Röhrig, Gemeinde Schönhagen, Gemeinde Steinheuterode, Gemeinde Thalwenden, Gemeinde Uder, Gemeinde Wüstheuterode (Fusionsvertrag) mit den dazugehörigen Beschlüssen
- Einladungsschreiben Gemeinderatssitzungen
- öffentliche Bekanntmachungen der Gemeinderatssitzungen
- Auszug der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen
- Nachweis über die Zustellung der Einladungen zu den Gemeinderatssitzungen

- öffentliche Bekanntmachungen der Einwohnerversammlungen hinsichtlich der Bürgerbeteiligung

Begründung:

Einleitung – vorausgegangene Gebietsreformen, historische Verbindungen

Bereits im Jahr 1992 haben sich die Gemeinden Uder, Steinheuterode, Birkenfelde, Thalwenden, Schönhagen, Lenterode und Röhrig zur Verwaltungsgemeinschaft Uder zusammengeschlossen. Zum 1. Januar 1994 schlossen sich die Gemeinden der VG Wüstheuterode Asbach-Sickenberg, Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode, Eichstruth und Wüstheuterode sowie die bis dahin selbständige Gemeinde Lutter der Verwaltungsgemeinschaft Uder an. Die ehemaligen Mitgliedsorte der VG Wüstheuterode Lindewerra und Wahlhausen wechselten zur neu gegründeten VG Hanstein-Rusteberg. Damit wurde die gesetzliche Mindestgröße der Nachbar-VG von mind. 5.000 Einwohnern abgesichert.

Die Ortschaften Asbach, Sickenberg, Vatterode und die nicht selbständigen Ortsteile der Gemeinde Mackenrode Weidenbach und Hennigerode waren bis 1945 hessische Gebiete und wurden 1945 durch das Wanfrieder Abkommen gegen die vormals zum Landkreis Heiligenstadt gehörenden Orte Werleshausen und Neuseesen getauscht, die heute in Hessen liegen. Alle ehemals fünf Ortsteile, die vom Wanfrieder Abkommen betroffen von Hessen in die damalige sowjetische Besatzungszone wechselten, liegen heute in der Verwaltungsgemeinschaft Uder.

1. Räumliche Lage und infrastrukturelle Beziehungen

Wichtige Bezugspunkte für die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode, Eichstruth, Dietzenrode/Vatterode und Asbach-Sickenberg sind heute aufgrund der wichtigen Straßenverbindung, der L1074, die Ortschaften Bad Sooden-Allendorf (in Hessen) und Heilbad Heiligenstadt als Mittelzentrum, sowie dazwischen, ebenfalls an der L1074 gelegen, die Gemeinde Uder als vollfunktionsfähiges Grundzentrum.

Von der L3080, früher B80 (Verbindung zwischen Nordhausen und Kassel), zweigen in Uder die Kreisstraßen K231 nach Lutter in südlicher Richtung, die K 103 nach Steinheuterode in nördlicher Richtung, die L1074 in südlicher Richtung und die K110 nach Thalwenden in südwestlicher Richtung ab. Weitere Straßen zweigen im unselbständigen Ortsteil von Uder, Schönau, nach Norden ab (L2005) und ca. 2 km weiter die K108 in südlicher Richtung nach Birkenfelde und Schönhagen.

Diese verkehrstechnisch besondere Lage führt dazu, dass gerade im Schulbusverkehr täglich 87 Busse in Uder einen Stopp einlegen. Dazu tragen auch die Orte der Verwaltungsgemeinschaft Hanstein-Rusteberg bei, welche sich als Band entlang der Landesgrenzen zu Niedersachsen und Hessen anschmiegen und deren Bürger als wichtigste Verbindung zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt durch die Gemeinde Uder fahren.

Das Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt liegt in ca. 5 km Entfernung östlich von der Gemeinde Uder, das Grundzentrum Arenshausen in ca. 8 km Entfernung in westlicher Richtung.

Im Norden, Westen und Südwesten grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, deren Verwaltungssitz in Hohengandern ist ca. 11 km von Uder entfernt.

Im Südwesten über die Gemarkung Asbach-Sickenberg grenzt die VG Uder an die Stadt Bad-Sooden-Allendorf in Hessen.

Im Süden, über die L1074, die L1003 und K127 führend, grenzt die VG Uder an die VG Ershausen/Geismar, ca. 16 km Entfernung.

Das Oberzentrum Göttingen (Niedersachsen) liegt in nordwestlicher Richtung in ca. 32 km Entfernung.

2. Zentralörtliche Einstufung der Gemeinde Uder (Stand 31.12.2021) und infrastrukturelle Beziehungen

Die Zentralen Orte sollen das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung (Ankerpunkt) oder Entwicklung (Impulsgeber) aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen (LEP Thüringen 2025).

Die Gemeinde Uder wird schon in älteren Überlieferungen als Ort des Handels und des Handwerks, als zentraler Ort für die Siedlungen im Umkreis und bereits in mittelalterlichen Quellen durch die Lage an der Landstraße im Leinetal genannt (aus Landschaften in Deutschland, Band 79, Das Eichsfeld -eine landeskundliche Bestandsaufnahme, im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde zu Leipzig).

Die Gemeinde Uder wurde im LEP 2025 als Grundzentrum ausgewiesen. Laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 betrug nach dem Zensus 2022 die gemeldete Einwohnerzahl der Gemeinde Uder mit Hauptwohnsitz 2.701 zum Stichtag 14.08.2022. In der dazugehörigen Verwaltungsgemeinschaft ergab die Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022 6.491 Einwohner. Damit liegt die Einwohnerzahl der Gemeinde Uder 2,7 % über dem Wert der 2.rBv, der für das Jahr 2020 berechnet wurde. Das Versorgungsgebiet der Gemeinde Uder erstreckt sich mit den verkehrstechnisch gut angebundenen grenznahen Orten zu Niedersachsen wie Burgwalde, Marth, Rustenfelde u.a.m. über das eigentliche Gebiet der Verwaltungsgemeinschaft Uder hinaus.

Neben der verkehrstechnischen Anbindung an die Bahnstrecken Erfurt-Göttingen sowie Halle-Kassel verläuft die ehemalige B80, heute L3080 parallel zur Autobahn A38 entlang des Flusses Leine durch das Leinetal und bindet von dieser abzweigend über die L1074 oder die Kreisstraßen K231, K110, K103, K108, K123 und L2005 zahlreiche Orte an das Straßennetz Richtung Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt und durch die Gemeinde Uder führend an.

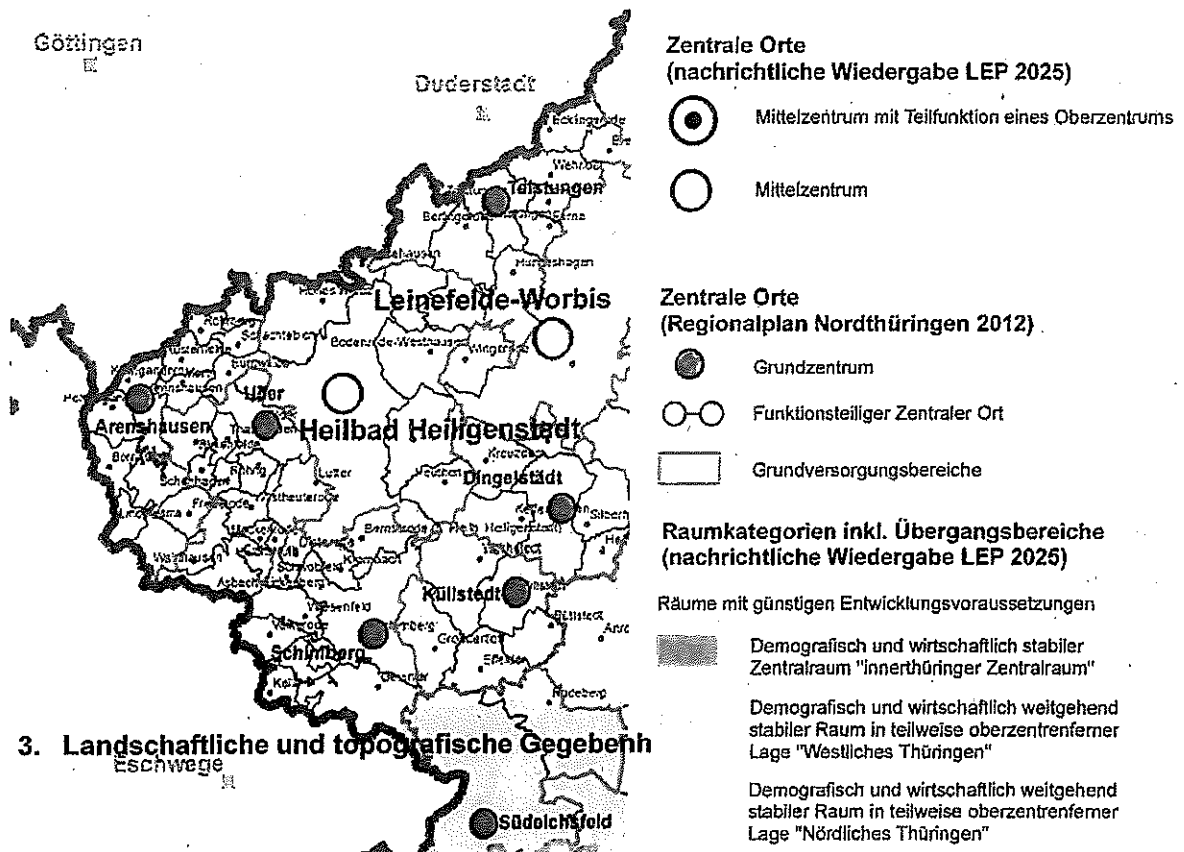
Die Gemeinde Uder verfügt über 3 Gewerbegebiete, sowie mit einem Rewe-Markt, einem Edeka und einem Penny-Markt über 3 Einkaufszentren, die, da alle verkehrsgünstig an der L3080 gelegen, wichtige Versorgungsfunktionen für zahlreiche Ortschaften westlich des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt übernehmen. Zahlreiche Handwerker und Kleinbetriebe komplettieren das Angebot mit ihren Dienstleistungen und dem Angebot von Arbeitsplätzen.

Zwei Hausarztpraxen mit teilweise 2 Medizinerinnen je Praxis, zwei Zahnarztpraxen und eine Apotheke sind für die Gesundheitsversorgung vom Zentrum Uder ausgehend für das Umland von großer Bedeutung.

Weitere Einrichtungen in der Gemeinde Uder:

- Kreissparkasse, Filiale Uder
- 2 Tierarztpraxen
- 2 Praxen für Physiotherapie,
- 3 Frisöre
- 3 Kosmetik – und Körperpflege- Oasen

- 1 Fitnessstudio
- 3 Bäckerfilialen
- 3 Fleischerfilialen
- 2 Kaufhäuser mit Elektro- und Geschenkartikeln
- 1 Fahrradhandel und Reparaturbetrieb
- 1 Forst- und Gartenmarkt
- 1 Baustoffmarkt
- 2 Gärtnereien
- 1 Reiseladen
- 1 Autohändler
- 1 Seniorenresidenz
- 1 Altenpflegezentrum mit altersgerechtem Wohnen
- 1 Bildungs- und Ferienstätte
- 3 Pensionen,
- 1 Unterkunft mit Übernachtungsmöglichkeit für Pilger
- 2 Gaststätten
- 1 Dorfgemeinschaftshaus mit Festsaal
- 1 Bauhof
- 1 Gemeindebibliothek
- 1 Vereinshaus, Heimatstube
- 1 Regelschule mit Grundschule am Standort Lutter
- 1 Schwimmbad
- 2 Sportplätze
- 3 Spielplätze
- Leinepark mit Radlerrast am Leine-Heide-Radweg
- 1 Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft
- 1 Kindertageseinrichtung in Trägerschaft DRK
- Stützpunktfeuerwehr der VG Uder
- 2 öffentliche Ladestationen für E-Autos
- 1 katholische Kirche und Sitz der Pfarrei Uder mit 13 Filialgemeinden
- 1 evangelische Kirche



Die Gemeinde Uder zählt nach dem Regionalplan Nordthüringen zu den Gemeinden mit überörtlich bedeutsamen Tourismusfunktionen im Landkreis Eichsfeld. Während in den nördlich gelegenen Gemeinden der VG Uder im oder entlang des Leinetales begrenzt Gewerbegebiete vorgehalten werden können, sind die Landschaften in der künftigen Landgemeinde Uder südlich der Leine und der sie begleitenden L 3080 überwiegend durch weite Waldgebiete geprägt. Diese südliche Region in der Landgemeinde wird in der naturräumlichen Einheit dem Werrabergland-Hörselberge (Naturraumkarte des Freistaates Thüringen) zugeordnet, während die Ortschaften im Leinetal und nördlich davon dem Naturraum „Unteres Eichsfeld/Nordthüringer Buntsandsteinland“, auch als Eichsfelder Hügelland bezeichnet, zugeordnet sind.

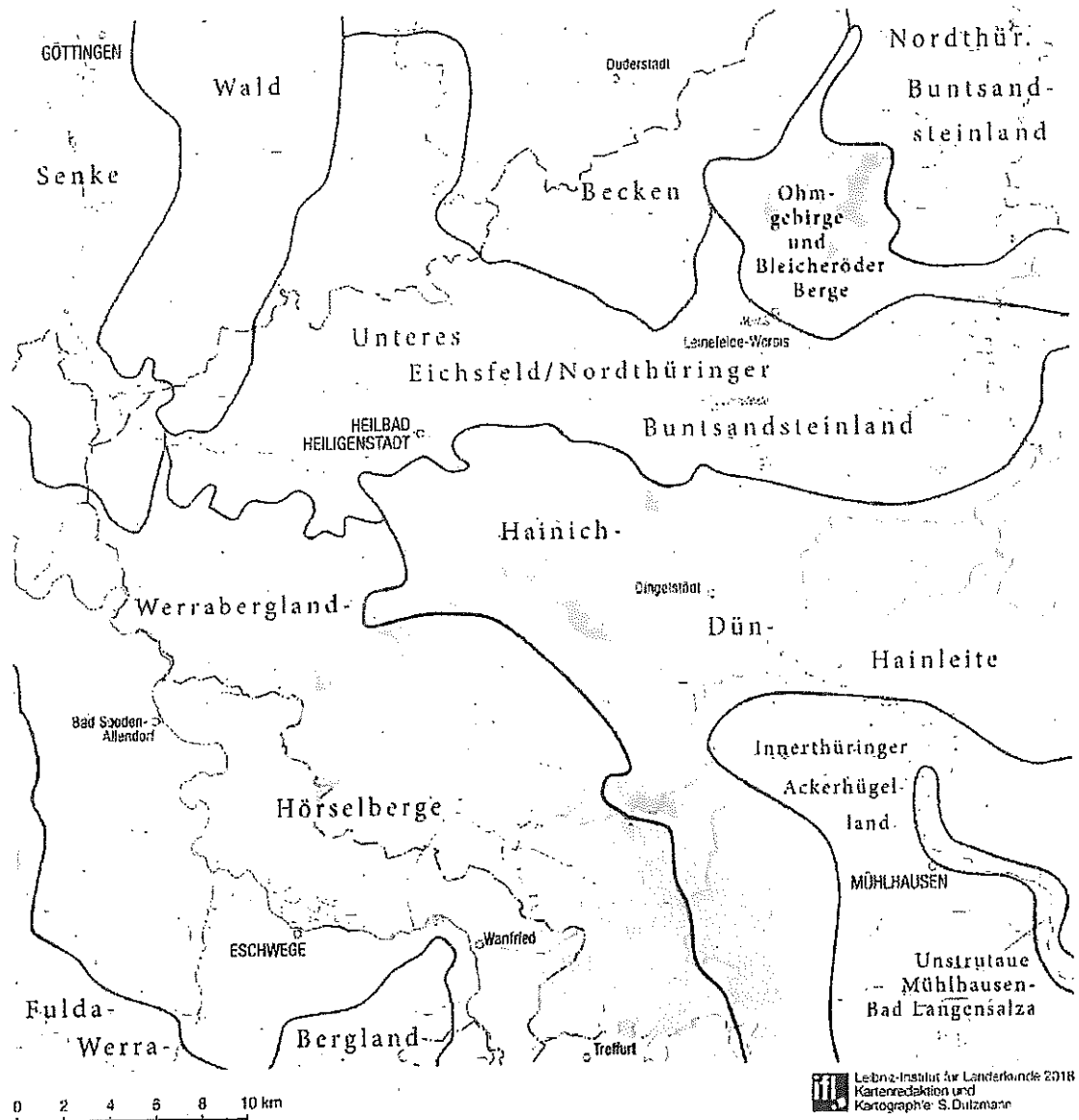


Abb. 7 Naturräumliche Gliederung des Eichsfeldes

Durch den Zusammenschluß zur Landgemeinde Uder steigt die Leistungsfähigkeit, bedeutsame Tourismusprojekte zu erschließen und zu befördern, z.B. den Erhalt und die Erweiterung des vorhandenen Rad- und Wanderwegenetzes. So liegt die Gemeinde Uder am Leine-Heide Radweg. Nach dem Ortsteil Schönau entlang der Leine gibt es einen Verbindungsradweg über Birkenfelde, die Burgruine Hanstein zur Werra bei Witzzenhausen.

Die Gemeinden Lutter und Lenterode sind bereits über einen Radweg an den Leineradweg in Uder angebunden.

Die Gemeinde Wüstheuterode hat in ihren Investitionsplan im Falle des Gemeindegemeinschafts eine Radwegverbindung von Uder entlang der L1074 zur Werra in die Kurstadt Bad Sooden-Allendorf in Hessen favorisiert. Davon profitieren würden die Ortschaften Lenterode, Röhrig, Wüstheuterode, Mackenrode sowie Dietzenrode/Vatterode.

Die Gemeinden Dietzenrode/Vatterode, Mackenrode und Eichstruth liegen an der Deutschen Märchenstraße. In Mackenrode wurde ein sehr attraktiver Märchenpark mit anliegender Gaststätte geschaffen. In der Verbindung zu den sehr kleinen Gemeinden im Süden der VG Uder mit einer sehr attraktiven Landschaft (Eichsfelder Schweiz) kann das Tourismuspotential der künftigen Landgemeinde Uder wesentlich erhöht werden. Dazu trägt ebenso der Sitz des Naturparkzentrums Fürstenhagen in der Gemeinde Lutter bei mit Potential für weitere Synergieeffekte.

Wünschenswert wäre die Teilnahme der Gemeinden Asbach- Sickenberg und Dietzenrode/ Vatterode bei der Gründung der Landgemeinde oder in absehbarer Zukunft, um diese touristische bedeutsame Region an eine leistungsfähige Gemeinde zu binden. Im Ortsteil Sickenberg liegt das über die Grenzen Thüringens hinaus stark beachtete erste Thüringer Grenzmuseum „Schiffersgrund“.

4. Technische Infrastruktur/ Interkommunale Zusammenarbeit

Alle Gemeinden der VG Uder sind Mitglied im Wasser und Abwasserzweckverband Ober-eichsfeld (WAZ), einem Unternehmensteil der Eichsfeldwerke, mit Sitz in Heilbad Heiligenstadt.

Sechs Gemeinden der künftigen Landgemeinde Uder werden im Bereich Gas- und Wärmeversorgung von der ew Eichsfeldgas, einem Unternehmen der Eichsfeldwerke, versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder werden im Bereich Stromversorgung von der im Mehrheitsbesitz der Städte und Gemeinden in Thüringen liegenden TEAG versorgt.

Alle Gemeinden der VG Uder sind außerdem Mitglied im Heimat- und Verkehrsverein Eichsfeld Touristik e. V. mit Sitz in Leinefelde.

Die Gemeinde Mackenrode ist Mitglied im Deutsche Märchenstraße e.V. mit Sitz in Kassel, 34117 Kassel.

Im Fußball gibt es vor allem im Nachwuchsbereich ortsübergreifende Zusammenarbeit. So gibt es im Nachwuchsbereich die JSG Uder/Wüstheuterode.

Alle Feuerwehren der VG Uder und alle Jugendfeuerwehren der VG Uder sind seit 2020 unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft Uder vereint.

5. Strukturen und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge

Die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften verfügt über 5 Kindertagesstätten in 4 Ortschaften. Zwischen allen Gemeinden gibt es eine Zweckvereinbarung zur gemeinsamen Nutzung jedes Kindergartens, der in der VG Uder liegt, zur gemeinsamen Nutzung. Das Wunsch- und Wahlrecht ist daher nicht maßgebend, sondern jedes Kind wird behandelt, als sei es aus der eigenen Ortschaft. Die Gemeinde Uder hält zwei Kindergärten bei freien Trägern vor. Den DRK- Kindergarten; Betriebserlaubnis derzeit wegen Umbau von 112 auf 98 verringert, St. Jakobus- Kindergarten – 100 Plätze, Birkenfelde – 32 Plätze, Lutter 50 Plätze und Kindergarten „An der Märchenstraße“ in Wüsthede, als einziger kommunaler Kindergarten, 93 Plätze.

Die Aufgaben aus dem Brand- und Katastrophenschutzgesetz wurden ab dem 1. Januar 2020 auf die Verwaltungsgemeinschaft Uder übertragen. Für das Feuerwehrwesen in der VG Uder ist seitdem der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Uder zuständig. Es gibt einen Ortsbrandmeister, der den Wehrführern aus den 13 Ortsteilfeuerwehren überstellt ist.

Um die Einsatzbereitschaft und die Einsatzzeiten abzusichern, wurden die Ortsteilfeuerwehren in Uder, Lutter, Birkenfelde und Wüsthede sogenannte Stützpunktfeuerwehren, welche die volle benötigte Ausstattung vorhalten, während die Feuerwehren in den kleineren Ortschaften zwar weiter personell in jeder Hinsicht gefördert werden, aber sich die technische Ausstattung an der Notwendigkeit des Einsatzplanes für die gesamte Feuerwehr in der VG Uder und künftigen Landgemeinde orientiert.

Zusammengefasst und gemeinsam getragen wird entsprechend der Feuerwehrsatzung der VG Uder auch die Nachwuchsarbeit. Es gibt eine Leiterin der Jugendfeuerwehr Uder und in den Ortschaften Jugendgruppenleiter mit zusätzlichen Betreuern anhand der vorhandenen Zahl der Mitglieder in der Jugendfeuerwehr.

In jeder der 11 Gemeinden, welche die Landgemeinde gründen wollen, gibt es einen kommunalen Friedhof. In den unselbständigen Ortsteilen Uder/Schönau, Lutter/Fürstenhagen und Mackenrode/Weidenbach gibt es ebenfalls einen Friedhof. Lediglich die beiden Friedhöfe in Lutter und dessen Ortsteil Fürstenhagen sind in Trägerschaft der katholischen Pfarrgemeinde.

6. Vereine

Ehrenamtliches Engagement prägt die Vereinsarbeit in den Gemeinden und ist das Rückgrat unseres Gemeinwesens sowie Ausdruck einer lebendigen Gemeinde. Alle Gemeinden sind schon jetzt stark am Vereinsleben in ihren Gemeinden beteiligt.

Sportplätze, Sportstätten und Spielplätze sind in allen 11 Gemeinden vorhanden, die sich künftig zur Landgemeinde zusammenschließen wollen. Für eine Weiterführung und Weiterentwicklung wird die Landgemeinde Uder auch in Zukunft Rechnung tragen.

Die 61 Vereine der VG Uder stehen in den Gemeinden allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Folgende Vereine stehen zurzeit zur Auswahl:

- 18 Sportvereine
- 8 musikalische Vereine
- 1 Schützenverein
- 8 Kirmes & Handwerksvereine

- 1 Karnevalsverein
- 11 Feuerwehrvereine
- 1 DRK-Verband
- 3 Tierzucht und Tierfreunde Vereine
- 2 Jagd-, Wald & Forstvereine
- 3 Heimatvereine
- 2 Kunstvereine

Viele Bürgerinnen und Bürger nehmen dieses Angebot an und sind beispielsweise gemeindeübergreifend in mehreren Vereinen involviert. Die Vereine organisieren mit ihren Mitgliedern immer wieder Veranstaltungen (Kirmesfeiern, Fest der Vereine, Feuerwehrfeste, Schützenfeste, Senioren- und Kirchenfeste etc.), die besonders für das gute Miteinander der Gemeinden und einer guten Dorfgemeinschaft sorgen.

7. Kirchengemeinden

Alle Gemeinden (alle mit überwiegend katholischer Bevölkerung) der künftigen Landgemeinde Uder sind der Pfarrei in Uder zugeordnet. Es gibt einen gemeinsamen Kirchenvorstand, einen gemeinsamen Pfarreirat und in 10 von 11 Gemeinden einen Kirchortrat, der nur für die Belange des jeweiligen Kirchenortes zuständig ist.

8. Schulstrukturen

In der VG Uder gibt es eine Regelschule mit derzeit 286 Schülern mit dem Einzugsgebiet von allen 13 Gemeinden der VG Uder, die komplett zweizügig vorgehalten wird. Lediglich in der Klassenstufe 6 ist die Dreizügigkeit erforderlich.

Analog des ursprünglichen Konzeptes zum Schulnetzplan des Landkreises Eichsfeld gab es in jeder Verwaltungsgemeinschaft eine Regelschule und zwei Grundschulen. So ist der Sachstand auf dem Gebiet der VG Uder auch heute noch. So gibt es neben der Regelschule in Uder noch zwei Grundschulen, welche die Schüler aus allen 13 Gemeinden der VG Uder aufnehmen.

Die Grundschule in Lutter hat derzeit 166 Schüler und ist nur in der Klassenstufe 8 zweizügig. Die Grundschule in Wüstheuterode mit derzeit 101 Schülern, ist lediglich in der Klassenstufe 1 zweizügig. Sonst werden die Grundschulen überwiegend einzügig vorgehalten.

9. Bevölkerungsentwicklung

Bevölkerungsvorausberechnung zum 31.12.2040 – 2.rBv – Stand 31.12.2020

Landkreis Gemeinde	2020	2025	2030	2035	2040	Entwicklung 2040 : 2020	
Verwaltungsgemeinschaft	Personen						%
Landkreis Eichsfeld	99610	96870	93490	90140	87080	-12530	-12,6
VG: Uder	6390	6210	6010	5800	5620	-770	-12,1
Asbach-Sickenberg	90	80	70	70	60	-30	-33
Birkenfelde	530	490	470	450	430	-100	-19,1
Dietzenrode/Vatterode	120	120	120	120	120	0	-1,1
Eichstruth	90	90	90	90	90	10	8,8
Lenterode	320	310	310	290	280	-30	-10,5
Lutter	700	690	670	640	620	-80	-11,9
Mackenrode	320	320	320	310	300	-20	-5
Röhrig	240	240	250	250	250	10	5
Schönhagen	150	150	140	140	130	-20	-11,1
Steinheuterode	280	290	290	290	290	0	1
Thalwenden	340	320	300	290	270	-70	-20,5
Uder	2630	2560	2480	2400	2330	-300	-11,4
Wüstheuterode	570	540	500	470	430	-140	-24,5

Copyright © Thüringer Landesamt für Statistik, Europaplatz 3, 99091 Erfurt - Postfach 900163, 99104 Erfurt

*) Zahlen Landgemeinde Uder hinzugefügt von VG Uder am 09.12.2022

Gemeinde	Haupt-/Alleiniger Wohnsitz	Nebenwohnsitz
Asbach-Sickenberg	101	13
Birkenfelde	539	12
Dietzenrode/Vatterode	128	13
Eichstruth	86	0
Lenterode	316	8
Lutter	723	17
Mackenrode	317	7
Röhrig	226	7
Schönhagen	146	8
Steinheuterode	298	2
Thalwenden	344	10
Uder	2.701	77
Wüstheuterode	566	13
VG Gesamt	6.491	187
Landgemeinde Uder	6262	161

Beide vorangegangenen Tabellen zeigen einen erheblichen Unterschied in der Bevölkerungsentwicklung auf. Zum Stand 14.08. 2022 hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber dem Ausgangsstand der 2.rBv vom 31.12.2020 in der VG Uder um 101 Einwohner laut Mitteilung des TLS vom 1.11.2022 erhöht, statt wie prognostiziert zu fallen.

Die aktualisierte Einwohnerzahl der neuen Landgemeinde nach Angaben des TLS vom 1.11.2022 wäre damit 6.228 Einwohner, da die Gemeinden Asbach-Sickenberg und Dietzenrode/Vatterode sich vorerst nicht an der Gründung der Landgemeinde beteiligen.

10. Finanzielle Situation der beteiligten Gemeinden

tatsächlicher Stand Schulden und Rücklagen am 31.12. 2021

Gemeinden	Einwohner 2020	Stand Schulden (in 1000 €)	Schulden /Ew.	Rücklagen (in 1000 €)	Rücklagen /Ew.	Geld- vermögen	Geldver- mögen/Ew
Birkenfelde	542	340	627	163	301	-176.592	-326
Eichstruth	88	36	405	56	633	20.018	227
Lenterode	317	58	183	287	907	229.558	724
Lutter	714	0	0	418	586	418.336	586
Mackenrode	316	205	650	126	398	-79.514	-252
Röhrig	228	0	0	196	862	196.480	862
Schönhagen	153	10	63	33	218	23.798	156
Steinheutero de	291	39	132	192	659	153.310	527
Thalwenden	342	214	626	412	1.204	197.757	578
Uder	2658	232	87	875	329	643.077	242
Wüstheute- rode	579	0	0	896	1.547	895.724	1.547
VG Uder		12	1,90	102	16	89.828	14,42
Summe	6228	1.144,36	183,74	3.756,14	603,10	2.611.78	419,36

11. Ortsteile mit Ortsteilverfassung

In drei Ortschaften der künftigen Landgemeinde Uder gibt es Ortsteile ohne Ortsteilverfassung und ohne eigenständige Ortsteilräte.

- Lutter mit Ortsteil Fürstenhagen
- Mackenrode mit Ortsteil Weidenbach
- Uder mit Ortsteil Schönau.

12. Auswirkung auf mögliche Neugliederung angrenzender Gebietskörperschaften

In Anbetracht käme eine Angliederung einzelner Gemeinden an das Mittelzentrum der Kreisstadt Heilbad Heiligenstadt. Gemarkungsmäßig wäre das möglich, doch gerade bei der Frage der Angliederung der Gemeinde Lutter zeigt sich, dass die Einwohner von Lutter straßenverkehrsmäßig um den Heiligenstädter Stadtwald herumfahren, durch die Gemeinde Uder fahren, um darin nach Heiligenstadt zu gelangen. Da es durch die Waldgebiete auch keine räumliche Ausdehnung evtl. Nutzflächen der Stadt Heiligenstadt in Richtung der Gemeinden der VG Uder gibt, kommt es zu keiner Entwicklungsbeeinträchtigung des Mittelzentrums Heilbad Heiligenstadt.

In Richtung Westen grenzt die VG Uder an die VG Hanstein-Rusteberg, die einen Zusammenschluss zu einer Landgemeinde derzeit nicht in Betracht zieht. Westlich von Uder gibt es zwar vereinzelt wirtschaftlich sehr starke Gemeinden, jedoch ist ein zentraler Ort mit ähnlichen Eigenschaften für die Grundversorgung der Bevölkerung, wie das die Gemeinde Uder vorhält, nicht vorhanden.

In Richtung Süden grenzt die künftige Landgemeinde Uder an die VG Ershausen/Geismar, welche derzeit ebenfalls nicht die Gründung einer Land- oder Einheitsgemeinde in Betracht zieht.

13. Verwaltung

Ein weiterer wesentlicher Aspekt dieser Gemeindeneugliederung ist die Steigerung der Leistungsfähigkeit der zukünftigen Verwaltung, die Stärkung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, die verbesserte Bürgerorientierung und die kompetente und effizientere Entscheidungsfähigkeit. Letztere war in der Struktur der Verwaltungsgemeinschaft zuweilen umständlich und unklar in den Zuständigkeiten.

Es ist davon auszugehen, dass eine Effizienzsteigerung der Verwaltung in Form von Kostenersparnis mittelfristig eintritt, da Gemeinden durch Zusammenschluss rationeller werden, vor allem leistungsfähiger.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch zukünftig mit allen in der Landgemeinde Uder befindlichen Ortschaften identifizieren können. Ein wichtiger Punkt dabei ist die schon bestehende Zusammenarbeit der Gemeinden über 30 Jahre in der VG Uder, der Vereine und Feuerwehren über die Gemeindegrenzen hinaus. Traditionelle Gemeinsamkeiten sollen fortgeführt und gestärkt werden.

In Zukunft bietet die Fusion ein größeres Haushaltsvolumen, sodass die notwendigen Aufgaben gezielter umgesetzt, aber auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Landgemeinde Uder gesichert werden kann.

14. Bürgerbeteiligung

Das Demokratieprinzip in der Kommunalpolitik setzt voraus, dass die in der Gemeinde lebenden Bürgerinnen und Bürger aktive Möglichkeiten zur Mitgestaltung kommunaler Entscheidungen haben.

Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden wurden durch Einwohnerversammlungen, öffentliche Gemeinderatsratssitzungen, Informationen im Amtsblatt der Verwaltungsgemeinschaft hinreichend und vollumfänglich informiert.

Zusätzlich gab es in den Ortschaften Lutter und Wüstheuterode Bürgerbefragungen, in welchen sich die Bürger zu 60% und zu 82% für die Landgemeinde Uder ausgesprochen haben.

Fazit:

Die Bündelung der Kräfte und die konsequente Ausschöpfung von vorhandenen Potenzialen in allen Bereichen der Verwaltung werden die zukünftige Landgemeinde Uder mit ihren 11 Ortschaften handlungs- und leistungsfähiger machen.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass die beantragte Neugliederung darauf gerichtet ist, die in den beteiligten Gebietskörperschaften vorhandenen Kräfte und Ressourcen zu bündeln und so die Leistungs- und Verwaltungskraft im ländlichen Raum zu stärken.

Die Neugliederung dient somit der Verwirklichung des Leitbildes zur Gebietsreform.

Zusammenstellung des vorliegenden Antrags durch

Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Uder
Uder, den 09.12.2022

Birkenfelde, 09.12. 2022

Bürgermeister



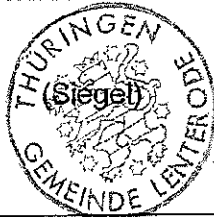
Eichstruth, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



Lenterode, 09.12. 2022

Bürgermeister



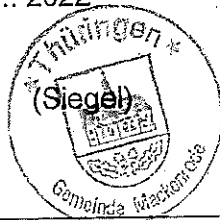
Lutter, 09.12. 2022

Bürgermeister



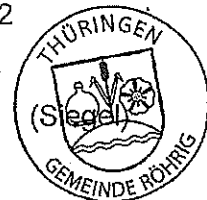
Mackenrode, 09.12. 2022

Bürgermeister



Röhrig, 09.12. 2022

Bürgermeister



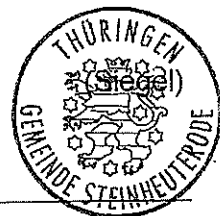
Schönhagen, 09.12. 2022

Bürgermeister



Steinheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin



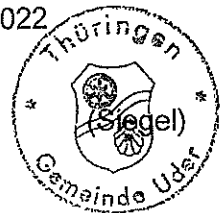
Thalwenden, 09.12. 2022

Bürgermeister



Uder, 09.12. 2022

Bürgermeister



Wüstheuterode, 09.12. 2022

Bürgermeisterin

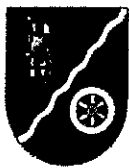




Gemeinde Birkenfelde

Gemeinde Eichstruth

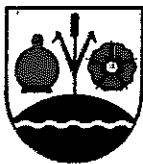
Gemeinde Lenterode



Gemeinde Lutter



Gemeinde Mackenrode



Gemeinde Röhrig



Gemeinde Schönhagen



Gemeinde Steinheuterode



Gemeinde Thalwenden



Gemeinde Uder



Gemeinde Wüstheuterode

Konkretisierung

des Antrages auf Gemeindeneugliederung der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode

Sehr geehrter Herr Innenminister Maier,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schenk,
sehr geehrter Herr I
sehr geehrte Frau I
sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode haben mit Datum vom 9. Dezember 2022 beantragt, dass mit Inkrafttreten des Thüringer Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden (ThürGNNG) im Jahr 2024 die Gemeinden aufgelöst und die Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO mit dem Namen „Landgemeinde Uder“ durch Zusammenschluss der Gemeinden Birkenfelde, Eichstruth, Lenterode, Lutter, Mackenrode, Röhrig, Schönhagen, Steinheuterode, Thalwenden, Uder und Wüstheuterode gebildet wird.

Der Antrag wird dahingehend konkretisiert, dass mit dem Wirksamwerden der Gemeindeneubildung gemäß § 45 a Abs. 11 ThürKO für das Gebiet der aufgelösten Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats und die folgende gesetzliche Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt wird. Da die Gemeinden sich am gesetzlich normierten Regelfall orientieren wollen, erfolgt die zuvor dargelegte Konkretisierung des bereits eingereichten Antrages. Im Übrigen bleibt der Antrag vom 9. Dezember 2022 aufrechterhalten.

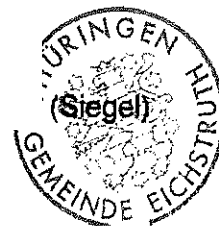
Birkenfelde, 02.03. 2023

Bürgermeister



Eichstruth, 28.02. 2023

Bürgermeisterin



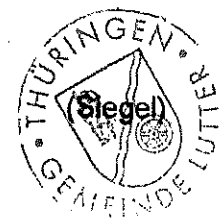
Lenterode, 06.03. 2023

Bürgermeister



Lutter, 26.03. 2023

Bürgermeister



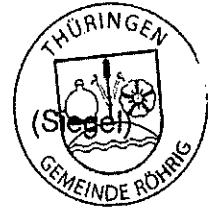
Mackenrode, 02.03. 2023

Bürgermeister



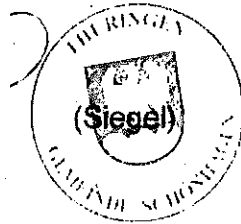
Röhrig, 02.03. 2023

Bürgermeister



Schönhagen, 16.02. 2023

Bürgermeister



Steinheuterode, 10.03. 2023

Bürgermeisterin



Thalwenden, 10.03. 2023

Bürgermeister



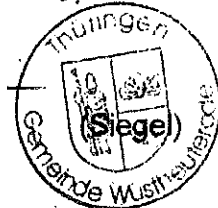
Uder, 01.03. 2023

Bürgermeister



Wüstheuterode, 24.02. 2023

Bürgermeisterin



3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Nerlich, Andreas

Nerlich, Andreas

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/8231		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde Südeichsfeld	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hauptstraße 22
	Postleitzahl, Ort	99988 Heyerode
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen		
Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 7/8231		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1
	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Finanzkontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Der Thüringer Rechnungshof nimmt gemäß § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zu dem Entwurf des „ Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen “ Stellung. Der Gesetzentwurf befasst sich mit einer notwendigen Maßnahme. Diese ist jedoch nicht ausreichend. Der Rechnungshof gibt Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 13. September 2023	

THÜR. LANDTAG POST
15.09.2023 13:27

24203/2023



Thüringer
Rechnungshof

Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Pommer
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer
Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung
freiwilliger Gemeindeneugliederungen (Gesetzentwurf der
Landesregierung - Drucksache 7/8231 -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 7/8231

Äußerung nach § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Rudolstadt,
15. September 2023

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

zum oben genannten Beratungsgegenstand erhalten Sie die Äußerung des Rechnungshofs mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses.

Weiterhin erhalten Sie als Anlage das ausgefüllte Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz.

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de



Die Präsidentin

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des
Innen- und Kommunalausschusses
des Thüringer Landtags
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

**Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger
Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer
Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung
freiwilliger Gemeindeneugliederungen**

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 7/8231

Äußerung nach § 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Rudolstadt,
15. September 2023

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

mit Schreiben vom 17. Juli 2023 hat der Thüringer Landtag den Rechnungshof zu o. g. Gesetzentwurf um schriftliche Äußerung gebeten. Der Rechnungshof bedankt sich für die Beteiligung und äußert sich wie folgt:

Der Rechnungshof hat in seinen Jahresberichten wiederholt Gemeindeneugliederungen thematisiert. Er stellte fest, dass diese in unterschiedlicher Häufigkeit stattfanden. Eine größere Anzahl an Neugliederungen gab es zuletzt 2019. Er empfahl im Jahresbericht 2023 Überörtliche Kommunalprüfung den Gemeinden, sich zu Landgemeinden zusammenzuschließen. Diese sollten mindestens 6.000 Einwohner bezogen auf das Jahr 2035 umfassen. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften (VG) empfahl er nicht. Die Gemeinden sollten proaktiv Verwaltungsneugliederungen angehen und der Gesetzgeber sollte dafür weitere Anreize schaffen.

Im Innen- und Kommunalausschuss am 9. März 2023 sprach sich der Rechnungshof zudem dafür aus, Mittelzentren zu stärken. Das größte Problem bei der Gemeindeneugliederung sah er in der Freiwilligkeit. Er forderte den Gesetzgeber auf, sich kritisch mit den Neugliederungsvorschlägen auseinanderzusetzen. Finanzielle Anreize allein seien nicht ausreichend. Er wies darauf hin, dass es sich um richtungsgebende Neugliederungen handeln soll. Diese sind einzig auf freiwilliger Basis nur schwer erreichbar. Er empfahl, die Neugliederung mit Prämien/Förderungen zu flankieren.

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Zu den Artikeln im Einzelnen:

Zu Artikel 1

Zu § 1:

Der Rechnungshof sieht diese Neugliederung mit Einschränkungen positiv. Die Zahl der Gemeinden reduziert sich deutlich und es bildet sich eine einwohnerstärkere Landgemeinde. Dies wird sich positiv auf den Gestaltungsspielraum innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung auswirken. Beispielsweise kann die neue Gemeinde Einrichtungen wie Bauhöfe und Feuerwehren leichter neu strukturieren, weniger Haushalte sind zu planen und zu führen. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat weniger Haushaltssatzungen zu würdigen und das zuständige Rechnungsprüfungsamt weniger Jahresrechnungen zu prüfen.

Die Landgemeinde wird 2035 allerdings die Schwelle von 6.000 Einwohnern verfehlen. Dadurch wird die Zahl der in der Verwaltung beschäftigten Mitarbeiter voraussichtlich gering bleiben und kann insbesondere dazu führen, dass die Gemeinde ihre Aufgaben aufgrund mangelnder Spezialisierungs- und Vertretungsmöglichkeiten des Personals nicht ordnungsgemäß erfüllen kann. Der Gemeindezusammenschluss ist hier zu klein.

Zudem ist es nicht nachvollziehbar, warum zwei Gemeinden die neu zu bildende Gemeinde für ihre Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises beauftragen wollen. Die Neugliederung stärkt kein Mittelzentrum, liegt aber in unmittelbarer Nähe zum Mittelzentrum Heilbad Heiligenstadt.

Die Eingemeindung der beiden beauftragenden Gemeinden wird nicht dazu führen, dass die Landgemeinde 2035 mehr als 6.000 Einwohner aufweist. Aufgrund der unmittelbaren Nähe der Landgemeinde zum Mittelzentrum Stadt Heilbad Heiligenstadt, sollte hier die Eingliederung der Gemeinden in die Stadt nochmals erwogen werden. Dadurch könnte der Gesetzgeber eine dauerhaft stabile Verwaltungsstruktur schaffen und ein Mittelzentrum weiter stärken. Zumindest sollte er alle Gemeinden (einschließlich der hier vorgeschlagenen beauftragenden Gemeinden) zu einer Landgemeinde zusammenschließen. Dadurch kann er absehbaren Verwaltungsaufwand reduzieren.

Zu § 2:

Der Rechnungshof sieht diese Neugliederung grundsätzlich positiv. Das Mittelzentrum Stadt Heilbad Heiligenstadt wird gestärkt. Für die Gemeinden Glasehausen und Hohes Kreuz entsteht eine langfristig stabile Verwaltungsstruktur.

Negativ wirkt sich jedoch die Ausgliederung der Gemeinden auf die VG Leinetal aus. Die Anzahl der von ihr verwalteten Gemeinden sinkt von acht auf sechs. Die Anzahl der Einwohner wird sich um etwa 20 % reduzieren und bereits aktuell unter die Schwelle von 6.000 Einwohnern fallen. Eine Erhöhung der VG-Umlage für die verbleibenden Mitgliedsgemeinden ist zu erwarten. Der Rechnungshof geht nicht davon aus, dass die VG damit langfristig bestehen bleiben kann. Mittelfristig ist hier eine weitere Eingliederung notwendig. Er empfiehlt daher, die übrigen Gemeinden der VG

zu beraten, sich in die benachbarten Mittelzentren (Stadt Heilbad Heiligenstadt oder Leinefelde-Worbis) einzugliedern.

Zu § 3:

Der Rechnungshof sieht die Aufgliederung der Gemeinde Rodeberg in die beiden Städte Mühlhausen und Dingelstädt grundsätzlich unproblematisch. Die beiden Zentren werden gestärkt, die Landkreise nur unwesentlich in ihrer Bevölkerungsstruktur verändert.

Allerdings führt die Aufhebung der Aufgabenübertragung auf die Gemeinde Südeichsfeld dazu, dass die zu verwaltende Einwohnerzahl um rund ein Drittel deutlich sinkt. Dies wirkt sich auf die erforderliche Verwaltungsstärke aus. Um die Verwaltung auszulasten, müsste diese reduziert werden.

Die nach § 9 vorgesehene Eingliederung der Gemeinde Hallungen mit 184 Einwohnern in die Gemeinde Südeichsfeld kann diesen Einwohnerverlust nicht ausgleichen. Die Gemeinde Südeichsfeld wird voraussichtlich 2035 mit 5.800 Einwohnern das Leitbild und die Leitlinien des Landtagsbeschlusses von 2017 nicht erfüllen. Um leitbildgerechte Strukturen zu schaffen, wäre bereits mit dem Neugliederungsgesetz 2024 eine weitere Perspektive für die Gemeinde Südeichsfeld notwendig. Hier sollten zeitnah Beratungen mit den Vertretern der Gemeinde stattfinden. Mittelfristig wird sie aufgrund der geringen Einwohnerzahl nicht bestehen bleiben können.

Alternativ zum vorliegenden Gesetzentwurf könnte die Gemeinde Rodeberg in die Gemeinde Südeichsfeld eingegliedert werden. Dadurch würde eine langfristig starke Verwaltungseinheit geschaffen, die auch nach 2035 leitbildgerechte Einwohnerzahlen aufweist. Zudem könnte eine Neugliederung der Landkreise vermieden werden.

Zu § 4:

Die Eingliederung stärkt die Gemeindestruktur. Der Rechnungshof schlägt vor, dass die Vertreter der Gemeinde Emleben dahingehend beraten werden, sich auch der Gemeinde Georgenthal anzuschließen. Er regt an, die Gemeinde Georgenthal und die Stadt Ohrdruf perspektivisch zusammenzuschließen. Die Gemeinde Georgenthal ist mit elf Ortsteilen sehr stark zergliedert. Ein tatsächlich zentraler Ort ist nicht erkennbar. Diese Funktion könnte, aufgrund ihrer Größe, die Stadt Ohrdruf wahrnehmen.

Zu § 5:

Der Rechnungshof erkennt in dieser Neugliederung keine Vorteile, sondern vielmehr Nachteile. In der aktuell bestehenden Struktur verfügt zumindest die VG bis 2035 über eine Einwohnerzahl von mehr als 6.000. Die vorgeschlagene Neugliederung führt dazu, dass zwei Verwaltungseinheiten geschaffen werden, die diese Schwelle deutlich unterschreiten. Zudem wird die Gemeinde Teichwitz von ihrem bisherigen Verwaltungsgebiet abgeschnitten, sodass sie zu weiteren Neugliederungsmaßnahmen gezwungen wird. Der Rechnungshof schlägt vor, die Gemeinden hinsichtlich einer langfristig tragfähigen Struktur zu beraten. Hierzu sollte auch die Stadt Weida einbezogen werden. Eine Neugliederung, die die VG Wünschendorf/Elster, die Stadt Berga/Elster und die Stadt Weida umfasst, würde 2035 über mehr als 15.000 Einwohner verfügen. Dadurch könnte eine

dauerhaft tragfähige Verwaltungsstruktur aufgebaut werden. Die vorliegende Neugliederung sollte der Gesetzgeber ablehnen.

Zu § 6:

Beide VG verfügen mit 22 und 20 Mitgliedsgemeinden, mit z. T. unter 100 Einwohnern, über eine sehr kleinteilige Struktur. Dies verursacht einen unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand bei der Haushaltsplanung, -führung, -abrechnung und -prüfung. Der Rechnungshof schließt sich der Auffassung des Landkreises an, dass hier eine ganzheitliche Lösung zu suchen ist. In die Überlegung sind zumindest auch die Städte Kahla und Stadtroda, wenn nicht sogar die Städte Jena und Gera mit einzubeziehen. Die Freiwilligkeit stößt auch hier sehr deutlich an ihre Grenzen. Die Zustimmung sollte deshalb nicht erfolgen.

Zu § 7:

Der Rechnungshof regt an, auch die Gemeinden Rippershausen und Untermaßfeld zur Eingemeindung in die Stadt Meiningen zu beraten.

Zu § 8:

Die Eingliederung der Gemeinde Schönstedt in die Gemeinde Unstrut-Hainich ist naheliegend, da beide bereits durch Aufgabenübertragungen seit 2019 verbunden sind. Außerdem trägt die Gemeindeneugliederung dazu bei, dass zumindest bis 2035 eine Verwaltungsstruktur entsteht, die bis dahin leistungsfähig sein kann. Dennoch empfiehlt der Rechnungshof bereits jetzt auch in Erwägung zu ziehen, die Verwaltungsstrukturen weiter zu vergrößern. Er rät davon ab, eine sog. Kragen- bzw. Schlauchgemeinde um bzw. zwischen den Mittelzentren Mühlhausen und Bad Langensalza durch weitere Eingemeindungen zu bilden. Denkbar wäre, dass der Gesetzgeber das Mittelzentrum Bad Langensalza weiter stärkt. Da der Eingliederungsprozess mehrere Jahre in Anspruch nimmt, sollte der Landtag bereits mit diesem Gesetz das zuständige Ministerium beauftragen, weitere Beratungen mit den Gremien vor Ort aufzunehmen.

Zu § 9:

Die Eingliederung der Gemeinde Frankenroda in die Stadt Amt Creuzburg ist als Schritt in die richtige Richtung zu werten, aber bei weitem nicht ausreichend. Die neu entstehende Gemeindestruktur verfügt 2035 lediglich über 4.480 Einwohner. Die Mindestgröße von 6.000 Einwohnern erreicht sie nicht.

Auch durch die Eingliederung der Gemeinde Hallungen in die Gemeinde Südeichsfeld entsteht keine dauerhaft stabile Verwaltungsstruktur entsprechend dem Leitbild und der Leitlinien (vgl. § 3).

Für die VG Hainich-Werratal sind beide Neugliederungen zumindest deshalb von Vorteil, weil sie weniger Gemeinden zu verwalten hat und relativ wenig Einwohner verliert.

Der Rechnungshof hält die angestrebte Neugliederung für zu klein. Er regt an, dass sich auch die übrigen Gemeinden der VG Hainich-Werratal zu einer Landgemeinde zusammenschließen. Dadurch würde für 2035 eine

vorausberechnete Verwaltungsstruktur von mehr als 8.000 Einwohnern entstehen. Die Gemeinde Roderode sollte in die Gemeinde Südeichsfeld oder beide Gemeinden in die Stadt Mühlhausen eingegliedert und damit das Mittelzentrum weiter gestärkt werden.

zu §§ 13 und 14:

Die §§ 13 und 14 enthalten Regelungen zu den personellen Folgen der Neugliederungen. § 13 Abs. 3 ff. Gesetzentwurf bestimmt die Frist für den Abschluss eines Personalüberleitungsvertrags auf sechs Monate nach der Neugliederung.

Aufgrund seiner Prüfungserfahrungen weist der Rechnungshof darauf hin, dass die Regelungen des § 13 Abs. 3 ff. in der Vergangenheit nicht in jedem Fall eingehalten worden sind. Er regt an, die Einhaltung rechtsaufsichtlich zu überprüfen.

Zu Artikel 3:

Der Rechnungshof begrüßt die Verkürzung des Förderzeitraums des ThürGFfG im Hinblick auf die aktuellen Haushaltsherausforderungen auf den Zeitraum der Legislatur (2024).

Die mit dem Gesetzentwurf übersandten Fragen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags beantwortet der Rechnungshof wie folgt:

Zu Frage 1:

Handlungsleitend für das kommunale Neugliederungsverfahren sind neben dem Grundgesetz, der Verfassung des Freistaats Thüringen, der Thüringer Kommunalordnung, insbesondere die vom Landtag am 13. Dezember 2017 beschlossenen Eckpunkte des Leitbilds und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen unter Berücksichtigung des Urteils des ThürVerfGH vom 9. Juni 2017. Dieser Beschluss¹ enthält die grundlegenden Ziele und Maßstäbe für freiwillige Gemeindeneugliederungen in Thüringen.

Infolgedessen favorisierte die Landesregierung nun freiwillige Zusammenschlüsse. Vorrangig blieb die Bildung von Einheitsgemeinden mit einer Mindestgröße von 6.000 Einwohnern bezogen auf das Jahr 2035. Die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften war aber grundsätzlich möglich.

Der Rechnungshof hat bei seinen Prüfungen festgestellt, dass die Vertreter der Gemeinden bis Mitte 2016 konstruktiv über leitbildgerechte Strukturen verhandelten. Nachdem der Thüringer Verfassungsgerichtshof das Vorschaltgesetz für verfassungswidrig erklärte, nahmen Gemeinden wieder Abstand von ihren Neugliederungsbestrebungen. Letztlich fanden nur in einem vergleichsweise geringen Umfang Neugliederungen statt. Diese waren zudem häufig nicht leitbildgerecht. Insbesondere die bis 2035

¹ Vgl. L-Drs 6/4876 vom 13. Dezember 2017 – Eckpunkte des Leitbilds und der Leitlinien für die Neugliederung der Gemeinden in Thüringen unter Berücksichtigung des Urteils des Verfassungsgerichtshofs.

zugrundeliegende Gemeindegröße von perspektivisch 6.000 Einwohnern erreichten die Neugliederungen nicht. Eine gewisse Einwohneranzahl ist jedoch Voraussetzung für eine hinreichend große und leistungsfähige Verwaltung. Noch heute bestehen in Thüringen gemeinschaftsfreie Gemeinden mit deutlich weniger als 6.000 Einwohnern und entsprechend kleinen Verwaltungen.

Zudem sollten Mittelzentren gestärkt werden. Bei einigen bisherigen Neugliederungen drängt sich der Eindruck einer Abwehrneugliederung gegen ein Mittelzentrum auf. So haben die Einwohner von einzelnen Ortsteilen zu ihrer nunmehr zuständigen Verwaltung einen weiteren Weg zurückzulegen, als zum Mittelzentrum.² Der Rechnungshof erkennt bei diesen Neugliederungen keine Steigerung des Gemeinwohls bzw. eine größere Bürgernähe.

Auch das Neugliederungsgesetz 2024 enthält Neugliederungen, die nicht leitbildgerecht sind. Dies betrifft insbesondere die Neugliederung nach § 6. Der Rechnungshof sieht mit dieser und weiteren nicht leitliniengerechten Neugliederungen nicht das Bestreben, eine leistungsfähigere Verwaltungsstruktur zu schaffen. Auch verbleiben weiterhin nicht leitbildgerechte Gemeindestrukturen in Thüringen.

Eine Neugliederung nur aufgrund der Freiwilligkeit zeigt deutliche Grenzen auf. Eine dem Leitbild und den Leitlinien des Landtagsbeschlusses entsprechende Neugliederung bedarf einer ganzheitlichen Betrachtung für den gesamten Freistaat. Nicht leitbild- und leitliniengerechte Wünsche der Kommunen sollten abgelehnt werden.

Zu Frage 2:

Zu unterscheiden sind die Ziele des Landes und die Ziele der Gemeinden.

Der Landtag hat seine Ziele im Beschluss von 2017 festgehalten. Diese sollte er teilweise aktualisieren. Der Rechnungshof empfiehlt:

- Die Leitlinien zu evaluieren und entsprechend einzuhalten. Dies betrifft insbesondere Ziffer 1 der Leitlinien. Danach hat die Bildung von Einheitsgemeinden als Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde oder von Landgemeinden Vorrang.
- Die zu erreichende Mindestgröße von 6.000 Einwohnern für 2040 anzupassen.
- Die Verwaltungsstruktur der VG auf den Prüfstand zu stellen. Diese Form enthält strukturell organisatorische Nachteile bei der Planung, Führung, Abrechnung und Prüfung der Haushalte.
- Auch für Landkreise sollten Mindestgrößen festgelegt und Zusammenschlüsse angestrebt werden.

Die Ziele der Gemeinden drücken sich u. a. in den zwischen den neugliederungswilligen Gemeinden geschlossenen Verträgen aus. Grundsätzlich orientieren sich die Verträge an einem Vertragsmuster des

² Beispielsweise Amt Wachsenburg und Mittelzentrum Arnstadt.

TMIK. Sie enthalten u. a. Regelungen zum künftigen Gemeindebild. Dabei schreiben sie in der Regel den vollständigen Erhalt aller bisherigen Einrichtungen, wie Kindergärten, Feuerwehren, Bauhöfe und Friedhöfe fest. Gleiches trifft auf Investitionen zu.

Der Rechnungshof hält die Teile des Vertrags, die nahezu ausschließlich den Gesetzestext wiedergeben, für rein deklaratorisch. Regelungen, die die bestehenden Strukturen manifestieren, sind dagegen konstitutiv und bergen Probleme. Die dort festgeschriebenen Projekte sind auf Bestandswahrung ausgerichtet. Die Generierung von Synergien des Zusammenschlusses, wie z. B. die Zusammenlegung von Bauhofstandorten, werden erschwert. Zudem binden die Gremien mit Beschlüssen über Investitionen künftige Haushaltsmittel. Es wäre sinnvoll, bereits im Vorfeld einer Neugliederung auch den Grund des Zusammenschlusses und die gemeindeübergreifenden Optimierungsmaßnahmen zu dokumentieren. Regelungen, wie das Beibehalten aller Bauhofstandorte, sind hierbei kontraproduktiv. Gerade in diesem Bereich kann eine Gemeindeneugliederung große Vorteile entfalten.

Zu Frage 3:

Dem Rechnungshof liegen keine Erkenntnisse zur Einbindung der Bürger vor.

Zu Frage 4:

Finanzielle Anreize reichen nicht aus, um flächendeckend dauerhaft leistungsfähige Verwaltungseinheiten zu schaffen. Die von den Gemeinden zu erfüllenden Aufgaben sind bekannt. Um sie sachgerecht ausführen zu können, ist eine bestimmte Anzahl an Mitarbeitern erforderlich. Bei seinen Prüfungen stellte der Rechnungshof fest, dass es mitunter an geeignetem, gut ausgebildeten Personal fehlte. Lediglich für hoch verschuldete Kommunen stellt eine höhere temporäre Finanzausstattung einen Anreiz zur Neugliederung dar. Bei Gemeinden mit hohen Gewerbesteuererträgen dürften sie eher keinen Anreiz bieten, obwohl dennoch eine Neugliederung aufgrund der Kleinteiligkeit notwendig wäre.

Zu Frage 5:

Der Rechnungshof begrüßt die vorgesehene Verkürzung der Förderperiode um zwei Jahre.

Abschließend stellt der Rechnungshof fest, dass auch diese Neugliederung die Grenzen der Freiwilligkeit aufzeigt. Eine dem Leitbild und den Leitlinien des Landtagsbeschlusses entsprechende Neugliederung bedarf einer ganzheitlichen Betrachtung für den gesamten Freistaat.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/8231 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landratsamt Altenburger Land Fachdienst Kommunalaufsicht</td> <td>Behörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Dienstadresse</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Lindenaustraße 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>04600 Altenburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landratsamt Altenburger Land Fachdienst Kommunalaufsicht	Behörde	Geschäfts- oder Dienstadresse	Dienstadresse	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lindenaustraße 9	Postleitzahl, Ort	04600 Altenburg
	Name	Organisationsform									
	Landratsamt Altenburger Land Fachdienst Kommunalaufsicht	Behörde									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Dienstadresse									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lindenaustraße 9									
Postleitzahl, Ort	04600 Altenburg										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteldokG)	
	Rechtsaufsicht nach § 118 ThürKO über die kreisangehörigen Städte, Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften etc.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, - neutrale Mitteilung (vgl. unten) <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteldokG)	
	Mitteilung, dass keine Gemeinde des Landkreises vom aktuellen Inhalt des Gesetzentwurfes betroffen ist	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Altenburg, 17. Oktober 2023	

Fachdienstleiter Kommunalaufsicht
Landratsamt Altenburger Land
Fachdienst Kommunalaufsicht



LANDRATSAMT ALTENBURGER LAND

FACHDIENST KOMMUNALAUF SICHT

Landratsamt Altenburger Land · Postfach 1165 · 04581 Altenburg

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST

11.09.2023 11:01

23604/23

Öffnungszeiten:

Di.: 08:00 - 12:00 Uhr und 13:30 - 18:00 Uhr

Do.: 08:00 - 12:00 Uhr und 13:30 - 16:00 Uhr

Mo., Mi. und Fr. geschlossen



TLT/11505/23/0

6.. September 2023

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

Hier: Anhörungsverfahren nach § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages;
Schreiben vom 14. Juli 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns zunächst für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum o.a. Gesetzentwurf, weisen jedoch darauf hin, dass der Landkreis Altenburger Land nach dem Inhalt der übersandten Gesetzesunterlagen gegenwärtig von den zum 1. Januar 2024 beabsichtigten gemeindlichen Neustrukturierungen nicht betroffen ist.

Wir sehen daher auch von einer Beantwortung der weitergehenden Fragestellungen der Anlage 3 derzeit ab.

Soweit gegenwärtig wohl Überlegungen in der Stadt Schmölln und der Gemeinde Dobitschen verfolgt werden, die derzeit durch die Stadt Schmölln erfüllte Gemeinde Dobitschen in die Stadt Schmölln einzugliedern, liegen derzeit hier weder entsprechende Antragsunterlagen vor, noch wurden nach unserer Kenntnis einschlägige übereinstimmende Gemeinde- / Stadtratsbeschlüsse gefasst. Ausweislich entsprechender Pressemeldungen (OVZ v. 30. August 2023, OTZ v. 2. September 2023) stehen wohl auch die umfassendere Information der Stadt- und Gemeinderäte sowie der betroffenen Einwohner noch aus.

Insoweit werden die Bedenken des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales hinsichtlich der Möglichkeit geteilt, die Neugliederungswünsche der Stadt Schmölln und der Gemeinde Dobitschen noch in das aktuelle Gesetzgebungsverfahren aufzunehmen (vgl. Schr. des TMIK an die Stadt Schmölln v. 17. August 2023 - Az.: 1010-31-1482/103-28-85062/2023).

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

1010-31-1482/103-28-85062/2023
10.08.2023
10.08.2023

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederung		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Richard-Breslau-Straße 14
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	99094, Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Interessenvertreter	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) Siehe Stellungnahme	
5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 14.09.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/8231											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px; vertical-align: top;">Gemeinde Untelsulz, Bürgermeister</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Untersulz 10a</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07646 Untersulz</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gemeinde Untelsulz, Bürgermeister	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Untersulz 10a	Postleitzahl, Ort	07646 Untersulz
	Name	Organisationsform									
		Gemeinde Untelsulz, Bürgermeister									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Untersulz 10a									
Postleitzahl, Ort	07646 Untersulz										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	VG-Wedusel der Gemeinde Lauterbach/Meysdorf von der VG „Turgeland-Tal“ in die VG „Südliches Saaktal“	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Kayserdorf, 02.11.2023	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
<p>Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen</p> <p>Gesetzentwurf der Landesregierung</p> <p>- Drucksache 7/8231</p>											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"> VG "Südliches Saaletal" Bahnhofstraße 23 07768 Kahla Tel. 036424 590 Fax 036424 53160 </td> <td style="padding: 5px; text-align: center; vertical-align: middle;">KdSt</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	VG "Südliches Saaletal" Bahnhofstraße 23 07768 Kahla Tel. 036424 590 Fax 036424 53160	KdSt	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	VG "Südliches Saaletal" Bahnhofstraße 23 07768 Kahla Tel. 036424 590 Fax 036424 53160	KdSt									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)											
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	VG-Work	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Befürwortung Büchell geneigte Unterstützung zu VG 'Siedendes Siedelal'	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
KHLA, 03.04.23	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/8231		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Verwaltungsgemeinschaft Hainich-Werratal	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Michael-Praetorius-Platz 2
	Postleitzahl, Ort	99831 Amt Creuzburg
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/8231 -	
Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
Name	Organisationsform
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
Postleitzahl, Ort	

2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellddG)	
	Name	Vorname
	Nerlich	Andreas
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellddG)	
	Lehrer	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
1	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellddG)	
	§ 5 Stadt Berga/Elster und Gemeinde Wünschendorf streichen (keine Gebietsreform zwischen den beiden Orten)	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wünschenorf/ECSt, 02.11.2023	

Hinweis der Landtagsverwaltung:

Der Beitrag wurde von Herrn Andreas Nerlich gemeinsam mit Herrn Mirko Hofmann verfasst. Da die Zustimmung zur Veröffentlichung des Beitrags aber nur von Herrn Nerlich vorliegt - Herr Hofmann hat das Formblatt zur Datenerhebung nicht übersandt - kann der Beitrag bis auf Weiteres nicht veröffentlicht werden.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/8231											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;">Stadtverwaltung Berga/Elster Bürgermeister</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Am Markt 2 Stadtverwaltung Berga/Elster</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Am Markt 2 07980 Berga/Elster</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">07980 Berga/Elster</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Stadtverwaltung Berga/Elster Bürgermeister	Geschäfts- oder Dienstadresse	Am Markt 2 Stadtverwaltung Berga/Elster	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Markt 2 07980 Berga/Elster	Postleitzahl, Ort	07980 Berga/Elster
	Name	Organisationsform									
		Stadtverwaltung Berga/Elster Bürgermeister									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Am Markt 2 Stadtverwaltung Berga/Elster									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Markt 2 07980 Berga/Elster									
Postleitzahl, Ort	07980 Berga/Elster										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small> <div style="text-align: right; margin-top: -10px;">nein</div>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Bürgermeister (hauptamtlich)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die geplante Fusion ist freiwillig, sie dient dem Allgemeinwohl von Beuna und Wiersbuden und sollte deshalb vom Landtag beschlossen werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift	
Beyn / G. 6.11.2023		Bürgermeister



STADTVERWALTUNG BERGA/ELSTER



Stadtverwaltung Berga/E. • Am Markt 2 • 07980 Berga/Elster
Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/3022
zu Drs. 7/8231

Ihr/-e Ansprechpartner/-in:

Durchwahl:
Telefon
Telefax

Internet www.stadt-berga.de

Ihr Zeichen:

Drs. 7/8231 – mdl. Anhörung

Ihre Nachricht vom:

27.10.2023

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben)

Eingabe – Eingabe

Berga/Elster, 9. November 2023

**Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischen Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen
Gesetzesentwurf der Landesregierung Drucksache 7/8231**

Mündliche Anhörung am 10.11.2023 Innen- und Kommunalausschuss

Sehr geehrte Damen und Herren,

Stellungnahme der Stadt Berga/Elster - insbesondere in Ergänzung des Antrages im Rahmen des § 5 des Gesetzesentwurfes

Im Benehmen mit dem Stadtrat der Stadt Berga/Elster bekräftige ich hiermit ausdrücklich den Wunsch der Stadt Berga/Elster auf eine freiwillige Gemeindefusion mit der Gemeinde Wünschendorf/Elster entsprechend dem Gesetzesentwurf.

Seit Einbringung des Antrages laufen bereits erste Vorbereitungen die unausweichlich sind, um ab 01.01.2024 funktionsfähig als neue Stadt Berga-Wünschendorf zu starten. Dies wirkt sich natürlich auch personell und finanziell im nicht unerheblichen Umfang aus und sind in die Planungen des Haushalts 2023 der Stadt Berga/Elster mit eingeflossen. Alles mit dem Ziel vor Augen, als neue Kommune im Sinne des Gemeinwohls als eine kundenfreundliche, moderne Verwaltung mit immer mehr digitalen Behördenleistungen (entsprechend den gesetzlichen Vorgaben) für die Einwohner zur Verfügung zu stehen.

Die Stadt Berga/Elster ist bereits als Grundzentrum ausgewiesen. In diesem Zusammenhang werden für Wünschendorf/Elster neue Perspektiven durch die Aufwertung als Grundzentrum eröffnet, insbesondere die Stärkung des wirtschaftlichen Standorts bietet künftig neue Entwicklungschancen.

Die Entscheidungen der Verwaltung und des Stadtrates wurden mit einer höchstmöglichen Transparenz an die Einwohner vermittelt. Die Bürger

Öffnungszeiten:
Dienstag, Freitag: 09:00 - 12:00 Uhr
Dienstag: 14:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag: 13:00 - 15:00 Uhr

(Termine außerhalb der Öffnungszeiten
nach Vereinbarung)

wurden in kurzen Abständen über die Fortschritte und bevorstehenden Veränderungen informiert und auch angehört. In jeder Stadtratssitzung war das Thema „Fusion“ bzw. Gemeindeneugliederung auf der Tagesordnung des öffentlichen Teils.

Die Stadt Berga/Elster befindet sich in der Haushaltssicherung und hat in diesem Jahr die 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes aufgestellt. Durch die Gemeindeneugliederung ist die Reduzierung bzw. der Wegfall von Bedarfszuweisungen durch den Freistaat Thüringen ab 2024 möglich. Mit der Gemeindeneugliederung erhöhen sich beispielsweise die vom Freistaat Thüringen ausgereichten Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches erheblich. Die Schlüsselzuweisung für Gemeindeaufgaben nach dem Thüringer Finanzausgleichsgesetz (ThürFAG) erhöht sich nach der vorliegenden Modellrechnung gegenüber dem Vorjahr um über 800.000 € durch die Anhebung der Einwohnerzahl und damit die Änderung der Hauptansatzstaffel. Bei der Gemeinde Wünschendorf/Elster fällt künftig die Zahlung der VG-Umlage mit für das Jahr 2023 geplanten 376.380 EUR (Plan 2023) an die VG Wünschendorf (Neu VG Ländereck) weg.

Finanzielle, organisatorische und personelle Vorbereitungen im Jahr 2023:

Ein Schwerpunkt ist die notwendige Zusammenführung der Softwareprogramme, inkl. Daten der einzelnen Fachanwendungen, mit den größten Außenwirkungen z. B. im Einwohnermeldewesen, Finanzwesen, digitales Datenmanagement, Lohnprogramm und einem Ratsinformationssystem. Hierzu fanden bereits zahlreiche Gespräche mit allen Beteiligten, Bedarfsanalysen, kamerale Haushaltsplanung und zum jetzigen Zeitpunkt auch schon die Anschaffung der Software, Schulung der Mitarbeitenden statt, um im Januar 2024 gut gerüstet mit der elektronischen Datenzusammenführung beginnen zu können. Diese ist wiederum Voraussetzung, um ab diesem Zeitpunkt für den Bürger der neuen Stadt schnellstmöglich Leistungen erbringen zu können. Dabei steht die Dienstleistung für den Bürger im Vordergrund und diese mit gleichzeitiger Betrachtung bzw. Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben nach Onlinezugangsgesetz (OZG), Thüringer Transparenzgesetz (ThürTG) usw. Gerade bei der Umstellung der EDV ist die Verwaltung auf Unterstützung der Softwareanbieter etc. angewiesen, die eine Dateneinarbeitung/ -migration vornehmen. Und hierzu sind bereits im Vorfeld umfangreiche Tätigkeiten für eine korrekte Übernahme notwendig.

Zum anderen muss bereits jetzt die personelle Situation und die Aufgabenorganisation betrachtet werden. Hier konnten durch kurzfristige Projektarbeit unaufschiebbare Aufgaben erledigt werden, die der angestrebten Fusion zu Gute kommen. Auch dies führte letztendlich zu erhöhten finanziellen Ausgaben, die im Haushaltsentwurf der Stadt enthalten und teilweise, auf Grund der fortgeschrittenen Zeit, bereits umgesetzt sind.

Weiterhin wurde bereits die Raumplanung der Verwaltungsgebäude vorgenommen. Der Hauptsitz der neuen Stadt soll im Bergaer Rathaus verankert werden. In Wünschendorf/Elster soll im ehemaligen Rathausgebäude eine Außenstelle der Verwaltung mit Bürgerbüro nach neuesten Standards für die Einwohner aus diesem Einzugsgebiet bereitgestellt werden. Daher wird gerade das Rathausgebäude in Wünschendorf grundsaniert (Kosten ca. 400.000 EUR). Hierzu gab es in der Planungsphase schon intensive Abstimmungen zur Raumplanung und -nutzung. Im Rathaus in Berga/Elster wurden ebenfalls notwendige Raumveränderungen geplant und sind teilweise bereits umgesetzt.

Bei der Bewertung aller Vorbereitungen der Verwaltung muss immer darauf hingewiesen werden, dass wir uns bereits im November befinden und ab übernächstem Monat die Fusion in Kraft treten soll. Hinzu kommt aber auch noch, dass einige externe Unterstützungen/ Zuarbeiten notwendig sein werden, die wir nicht in der Vor- und Weihnachtszeit geleistet bekommen und oftmals auf die knappen, vorhandenen personellen Ressourcen der Firmen stoßen. Von daher ist eine zeitige Vorbereitung der Fusion unausweichlich.

Ein im Stadelgemarkung der Stadt Berga/Elster befindliches Teilstück der kürzesten Verbindungsstraße zwischen Berga und Wünschendorf ist in einem sanierungsbedürftigen Zustand. Diese Straßenbaumaßnahme ist im Haushaltsplanentwurf bzw. Finanzplan 2023 enthalten. Die notwendigen Planungsarbeiten hierzu haben begonnen, um im kommenden Jahr die Straßenerneuerung vor Ort ausführen zu können.

Ferner bindet die ständige Instandsetzung und der weitere Ausbau des Rad- / Wanderweges an der Weißen Elster zwischen Berga und Wünschendorf personelle und finanzielle Mittel. Dies geschieht vordergründig zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit, der Gefahrenabwehr sowie der weiteren touristischen Verknüpfung der beiden Orte.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgermeister

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/8231 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px; height: 60px; vertical-align: bottom;">VG Wünschendorf / Elster</td> <td style="padding: 5px; height: 60px; vertical-align: bottom;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px; height: 60px; vertical-align: bottom;">Poststraße 6 07570 Wünschendorf</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px; height: 60px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px; height: 60px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	VG Wünschendorf / Elster	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Poststraße 6 07570 Wünschendorf	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
VG Wünschendorf / Elster	Körperschaft des öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Poststraße 6 07570 Wünschendorf										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Steuerwirtschaft vorwiegend</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt <u>eher</u>	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>siehe Stellungnahme</i>	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wunsiedendorf, 16.11.2023	

Verwaltungsgemeinschaft Wünschendorf/Elster

Landkreis Greiz/Thüringen

Verwaltungsgemeinschaft Wünschendorf/Elster
Poststraße 6, 07570 Wünschendorf/Elster

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/3023

zu Drs. 7/8231

Mitgliedsgemeinden:
Gemeinde Drauschwalde
Gemeinde Fritschütz
Gemeinde Gavern
Gemeinde Hilbersdorf
Gemeinde Kauern
Gemeinde Linda
Gemeinde Pätzdorf
Gemeinde Rückersdorf
Gemeinde Seelingstadt
Gemeinde Teichwitz
Gemeinde Wünschendorf/Elster

Verwaltungsgemeinschaft Wünschendorf/Elster
Tel. 036603/88245 oder 036608/96310
Fax 036603/88246 oder 036608/96325
Email verwaltungsgemeinschaft@w.wuenschendorf-elster.de
Internet www.vg-wuenschendorf-elster.de

Auskunft erteilt: 

Fax:

E-Mail:

Datum:

9. November 2023

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen – Gesetzesentwurf Drucksache 7/8231

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Einladung zur mündlichen Anhörung. In Vorbereitung auf die mündliche Anhörung möchten wir Ihrer Bitte folgen und unseren Standpunkt schriftlich darlegen.

1. Das Gesetzgebungsverfahren für die freiwillige Gemeindeneugliederung zählt aktuell im Verfahrensverlauf 21 Punkte. Davon sind 16 Vorlagen, Anträge und Protokolle nicht öffentlich.
Im Vergleich dazu ist jeder Bürger bzw. Beteiligte, der sich am Verfahren beteiligen möchte, verpflichtet, persönliche Daten nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz-dokumentationsgesetz abzugeben sowie für die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten seine Einwilligung zu erteilen.
Transparenz schafft Vertrauen und bedeutet Ehrlichkeit gegenüber sich selbst und anderen. Dies beruht auf Gegenseitigkeit und wird insbesondere von unseren Mandatsträgern erwartet.
2. Die schriftliche Anhörung zum Gesetzgebungsverfahren wurde am 07.07.2023 beschlossen. In der Zeit vom 10.07. bis 19.08.2023 waren Parlamentsferien identisch mit den Thüringer Sommerferien. Die schriftliche Anhörung wurde beginnend in den Sommerferien vom 14.08. bis 15.09.2023 vorgegeben.
Damit waren nicht nur Sonderdrucke der Amtsblätter in den Kommunen erforderlich. Vielmehr war die Bedeutsamkeit des Gesetzes in der öffentlichen Wahrnehmung eingeschränkt und auch die betroffenen Kommunen konnten nicht alle eine angemessene Befassung auch im Hinblick auf den Umfang der Unterlagen in ihren Gremien gewährleisten.
Die Transparenz und die Bürgerinteressen stehen demnach nicht im Fokus des Gesetzgebungsverfahrens.
3. Die Gesetzgebung Mitte Dezember mit dem Inkrafttreten zum 01.01. des darauffolgenden Jahres ermöglicht den Betroffenen nicht die gebotene Zeit für den Organisationsaufbau und dessen Funktion.

4. Für den einstimmig beschlossenen Antrag zur Namensänderung und des Sitzes der Verwaltungsgemeinschaft hätte eine Rechtsverordnung genügt. Die Aufnahme in das Gesetzgebungsverfahren ermöglicht keinen zeitlichen Vorlauf für die Änderung der Postanschrift, der Internetpräsenz (des Online-Zugangsgesetzes), der fristgerechten Aufgabe und Kündigung von wegfallenden Geschäftsstellen der Verwaltung, um weiterführende und Folgekosten zu beschränken. Darauf hatten wir bereits im Antrag von 2012 hingewiesen und vergeblich um Beachtung gebeten. Die Betroffenen müssen demnach auf eigenes Risiko den Vorlauf soweit als möglich schaffen.
5. Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft bedauern aber respektieren die Entscheidung der Gemeinde Wünschendorf/Elster. Mit der Änderung der Thüringer Kommunalordnung hat der Gesetzgeber auch die Mitbestimmung der Betroffenen bewusst ausgeräumt.
Mit der Neuordnung der bisherigen Gemeinde Wünschendorf wird sowohl die Verwaltungsgemeinschaft wie auch die neue Stadt nach dem Leitbild Thüringens unter 6000 Einwohner fallen. Das bedeutet, dass beide Verwaltungsstrukturen möglicherweise neue Partnerschaften suchen werden. Dabei ist dies unter dem Dach der Verwaltungsgemeinschaft vermutlich leichter, als bei einer neuen Stadt, deren Einwohner bereits mit anständigen Änderungen konfrontiert waren.
6. Wir vertreten auch künftig die Auffassung, dass eine tragfähige Verwaltungsstruktur keine kommunale Neugliederung voraussetzt. Die Verwaltungsgemeinschaft verkörpert die kommunale Gemeinschaftsarbeit auf freiwilliger Basis. Gerade die kleinen kreisangehörigen Verwaltungen leisten offenbar im Vergleich der Gemeindegrößenklassen ihre Aufgaben wesentlich effizienter. So hat das zuständige Ministerium ermittelt, dass diese Größenklasse trotz Tarifsteigerung offensichtlich 12% weniger Mehrbelastungsausgleich benötigt, während die größeren Verwaltungsstrukturen deutlich mehr bedürfen.
7. Die Verwaltungsgemeinschaft ermöglicht das kommunale Leben im historisch polyzentrisch strukturierten Thüringen. Die Schaffung großer Gebietskörperschaften mindert die Anzahl von Mandatsträgern massiv. Auf die Fläche der VG mit 97 km² und 7.355 Einwohner kommen 95 ehrenamtliche Mandatsträger. Auf die vergleichsweise Fläche der Stadt Greiz mit 85 km² und 20.397 Einwohnern entfallen 30 ehrenamtliche und 1 hauptamtlicher Mandatsträger.
Ein Vergrößern der Strukturen bedeutet gleichzeitig Verschlankung der Demokratie und wie unter Punkt 6 beschrieben auch Effizienzverluste.

8. Auswirkungen der Veränderung nach Datengrundlagen des Thüringer Landesamtes für Statistik

	2020	2025	2030	2035	2040	Fläche km ²	Steuerkraft je EW
VG Wünschendorf	7397	6950	6560	6180	5840	97,08	761
VG ohne Wünschendorf	4642	4490	4320	4120	3950	77,68	812
Berga	3224	3000	2790	2610	2440	43,52	539
Wünschendorf	2755	2460	2240	2060	1890	19,5	667
zusammen	5979	5460	5030	4670	4330	63,02	599

Die Institution und Struktur der Verwaltungsgemeinschaft widerspricht keinem der Ziele der Landesregierung. Die Verwaltungsgemeinschaft ist eine funktionierende leistungsfähige Verwaltung und ermöglicht eine kleinteilige polyzentrische Gemeindestruktur mit starker demokratischer Mitwirkung der Bürger.

Mit freundlichen Grüßen

Gemeinschaftsvorsitzende

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?															
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>														
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Gemeinde Wünschendorf/Elster</td> <td style="padding: 5px;">Kommune</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Poststraße 8</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07570 Wünschendorf</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Wünschendorf/Elster	Kommune	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Poststraße 8	Postleitzahl, Ort	07570 Wünschendorf				
	Name	Organisationsform													
	Gemeinde Wünschendorf/Elster	Kommune													
	Geschäfts- oder Dienstadresse														
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Poststraße 8													
Postleitzahl, Ort	07570 Wünschendorf														
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>															
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname													
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>		Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort						
Geschäfts- oder Dienstadresse	Wohnadresse														
<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>															
Straße, Hausnummer															
Postleitzahl, Ort															

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	ehrenamtlicher Bürgermeister	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Vorzüge der Fusion der Stadt Berga/Elster und Wünschendorf/Elster	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Bestärkung des Fusionsantrages der beiden Kommunen.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wünschendorf/Elster 15.09.2023	

Anlage

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/8231 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td> Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" Pfarrwinkel 10 07646 Tröbnitz </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" Pfarrwinkel 10 07646 Tröbnitz	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" Pfarrwinkel 10 07646 Tröbnitz										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

THUR. LANDTAG POST
21.11.2023 13:39

29624/2023

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
	Name	Vorname <u>W</u>
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Verwaltungsgemeinschaft "Hügelland/Täler" Pfarrwinkel 10 07646 Tröbnitz
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilidokG)	
	Leitung der VG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilidokG)	
	Lediglich ein Verwaltungsgemeinschaftswechsel ohne Wunsch einer gemeindlichen Veränderung ist m.E. keine Neugliederung im S.d. Gesetzes. Schwächung der Bestandsorganisation und der haushalterischen Funktionsfähigkeit bzw. Handlungsfähigkeit der verbleibenden Kommunen. Sie werden damit in die Haushaltsunsicherung und Abhängigkeit des Landes ausgleichsdeckel gedrückt.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Freiburg, 20.11.2023	

Verwaltungsgemeinschaft

„Hügelland/Täler“

Freistaat Thüringen



VG „Hügelland/Täler“ • Pfarrwinkel 10 • 07646 Tröbnitz

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Per Fax: 0361/3772016!

THUR. LANDTAG POST
09.11.2023 18:07

28717/2028

Ihr Zeichen: DRS.

7/8231

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

Unsere Nachricht vom:

E-Mail:

vorsitzender@huegelland-taeler.de

Internet:

www.huegelland-taeler.de

Datum:

09. November 2023

Ihr Zeichen: Drs. 7/8231 – mdl. Anhörung

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zu Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zu Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im vorgenannten Anhörungsverfahren übersenden wir Ihnen die Stellungnahme des Gemeinschaftsvorsitzenden der Verwaltungsgemeinschaft „Hügelland/Täler“,
; zum Austritt der Gemeinde Unterbodnitz aus der VG „Hügelland/Täler“.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Stellvertretender Gemeinschaftsvorsitzender

Anlage:



THL/14579/23/4

Gemeinschaftsvorsitzender	Sprechzeiten der Verwaltungsgemeinschaft
Montag, Freitag	09:00 Uhr – 12:00 Uhr
Dienstag	09:00 Uhr – 12:00 Uhr 13:00 Uhr – 15:00 Uhr
Mittwoch	geschlossen
Donnerstag	09:00 Uhr – 12:00 Uhr 13:00 Uhr – 18:00 Uhr

Die Gemeinde Unterbodnitz fühlt sich hinsichtlich der Umsetzung von Beschlüssen unzureichend erfüllt. Beispiele werden nicht genannt, so dass die Aussage von mir nicht geprüft werden kann.

Fakt ist, dass es in der Vergangenheit zu Personalunterbesetzungen kam, die ich mittlerweile konsequent zu bereinigt habe.

Im Bereich Bau und Finanzen stellte ich 4 neue Mitarbeiterinnen ein.

Das heißt, dass evtl. Bearbeitungsstaus zeitnah abgebaut werden konnten. Der BM von Unterbodnitz selbst bestätigte nach einem m. E. unglücklichen Zeitungsinterview, den neuen MA im Bauamt gute Arbeit und gute Zusammenarbeit.

Weiterhin wird die Kleingliedrigkeit angemahnt, die sich aber nicht verändert durch einen Wechsel der VG. Bestrebungen sich mit einer anderen Gemeinde zusammenzuschließen, um die eigene Kleingliedrigkeit zu verändern kann ich bei der Gemeinde Unterbodnitz nicht feststellen und ist der VG gegenüber auch nicht gewünscht worden.

Auch ist eine unterschiedliche Vorwahl der Gemeinden im Telefonnetz nicht wirklich ein Wechselgrund und nichts Ungewöhnliches. Im Gegenteil, es gehört in der VG südliches Saaletal ebenfalls zur Normalität und das gleich mehrfach. Sogar innerhalb ein und derselben Gemeinde (Bsp. Milda) sind mehrere unterschiedliche Vorwahlen vorhanden.

Ebenso darf das Argument einer niedrigeren VG Umlage nicht greifen. Die ist zwar niedriger im südl. Saaletal, sie ist aber mit 14 €/Einw. deutlich mehr gestiegen als bei uns mit 12€/Einw.. Wenn man danach ginge müssten nicht nur in den VG's sondern auch in den Landkreisen ständige Wechsel passieren, denn heute ist es hier billiger und morgen dort. Weiterhin wird angeführt, dass die Kinder in Kahla zur Schule gingen oder das Einkaufsverhalten nach Kahla ausgerichtet sei. Die Randgemeinden der VG südl. Saaletal kaufen überwiegend in Rudolstadt, Jena oder Blankenhain ein, was im Verfügungsbereich eines jeden Einzelnen ist und bleiben soll. Die Kinder werden sowohl in Rudolstadt als auch in Blankenhain beschult. Einen Ausschlag zum Wechsel in eine andere VG oder vielleicht in einen anderen Landkreis kann und darf davon nicht abhängig gemacht werden.

Dass die VG südl. Saaletal einen Aufwuchs von Mitgliedern und Einwohnern begrüßt ist nachvollziehbar, denn es drückt die Umlage nach unten.

Auch eine gemeinsame Mitgliedschaft in Zweckverbänden, ZWA oder GUV, kann kein greifendes Argument zum VG Wechsel darstellen. Übergreifende Mitgliedschaften in beiden VG'en zu mehreren Institutionen, sei es zum ZWA, JenaWasser, GUV Apolda, GUV Stadtroda usw. können und dürfen die verschiedenen Gemeinden argumentativ nicht vereinen oder separieren. Zum Abschluss möchte ich ebenfalls anmerken, dass der oft benannte Ort Kahla gar nicht Mitglied in der VG südl. Saaletal ist und das auch nicht werden will. Das hat der Stadtrat der Stadt Kahla klar durch Beschluss dargestellt. **Synergieeffekte ja,**

Zusammenschluss nein.

Der Verbleib von Unterbodnitz in der VG Hügelland Täler hindert ebenfalls nichts an Synergien, sowohl in Richtung Kahla als auch in Richtung Stadtroda. Ein Verbleib in der VG Hügelland Täler ist daher nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, um nicht durch unausgereifte Argumente Schneeball- oder Lawineneffekte herbeizuführen.

Das Motto „Geiz ist geil“, „ich gehe dahin wo es am billigsten ist“, dem hier Tür und Tor geöffnet würde, darf m. E. nicht das Ziel des Thüringer Landtages sein. Spaltungen und einen Zerfall von lange bewährten Strukturen, ohne sinnvolle Planung wie es weiter gehen soll, würden dadurch massiv gefördert.

29668/2023

Anlage

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/8231 - dazu: Änderungsanträge in Vorlagen 7/5816/5817	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Bürgermeister d. Stadt Dingelsbacht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. Änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Stellungnahme zum ThürGWS 2024 und die Darlegung des Sachverhaltes Abwasserbetrieb Rodeburg. hier: Nachteilsausgleich für die aufnehmende Kommune Stadt Dingelsbacht + Stadt Mühlhausen	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Stadt Dingelskoll 21.11.2023	



**Stellungnahme
der Stadt Dingelstädt**
zum
**mündlichen Anhörungsverfahren in öffentlicher
Sitzung**
des Innen- und Kommunalausschusses
vom 10.11.2023
(TOP 1)

Entwurf des Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (DS 7/8231)

Hier: Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender Bilay,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

im Rahmen der heutigen Anhörung zum Gesetzentwurf des Gemeindeneugliederungsgesetzes 2024 nimmt die Stadt Dingelstädt wie folgt Stellung:

Mit der Auflösung der Gemeinde Rodeberg und dem Beitritt des Ortsteiles Struth zur Stadt Dingelstädt sowie des Ortsteiles Eigenrieden zur Stadt Mühlhausen, geht auch der Abwassereigenbetrieb auf die Stadt Dingelstädt als Rechtsnachfolger über.

Eine Veränderung der räumlichen Zuständigkeit eines Zweckverbandes ist kein Automatismus, welcher durch eine Gemeindeauflösung eintritt.

Grundlage für eine solche strukturelle Anpassung ist unter anderem die Zustimmung der Zweckverbandsversammlung der aufnehmenden Abwasserzweckverbände.

Voraussetzung für die Aufnahme neuer Gemeinden oder eines Teils davon in den WAZ - Obereichsfeld und AZV Mühlhausen, waren bisher Strukturkonzepte, welche einen Nachteilsausgleich (keinen Schuldenerlass) beinhalteten.

In diesen Strukturkonzepten wurden die Auswirkungen von Verbandszusammenschlüssen oder Gemeindebeitritten wirtschaftlich bewertet und eine erforderliche Strukturhilfe für eine Gleichstellung beider Parteien über einen Zeitraum von 10 Jahren ermittelt.

Sollte keine Aufnahme des Abwassereigenbetriebes Rodeberg in die zuvor genannten Zweckverbände erfolgen, entsteht für die Stadt Dingelstädt ein untragbarer finanzieller Zustand, ein sogenannter finanzieller und struktureller Härtefall.

Um diesen abzuwenden, sollte der Abwassereigenbetrieb Rodeberg in die Zweckverbände WAZ Obereichsfeld und AZV Mühlhausen überführt werden.

Der finanzielle Härtefall für die Stadt Dingelstädt ergibt sich aus folgenden Faktoren:

- Übernahme von ca. 1,5 Mio. € Schulden des Eigenbetriebes
- Aufbau von Strukturen für die Führung des Eigenbetriebes in personeller Hinsicht (z.B. kaufmännisches Personal, Abrechnung, Bescheidwesen sowie technisches Personal für den Betrieb der Anlagen)

Dies führt allein durch die entstehenden Doppelstrukturen zu weiteren Kostenerhöhungen für die Aufgabe der Abwasserentsorgung und somit zu einem für die Stadt Dingelstädt finanziellen Härtefall, der die gesamte Stadt Dingelstädt in die **Haushaltssicherung** führen könnte.

Außerdem wäre die Stadt Dingelstädt für den Eigenbetrieb des Ortsteils Eigenrieden zuständig, der zukünftig dem Gemeindegebiet der Stadt Mühlhausen zugeordnet werden soll.

Hier hat das ThürGNVG 2024 offensichtlich eine Regelungslücke, da die „Überführung eines Eigenbetriebes in Verbandsstrukturen“ sich nicht unter den Wortlaut des vorliegenden Gesetzentwurfs subsumieren lässt.

Somit wird das angestrebte Ziel einer wirtschaftlicheren Verwaltung nach der Gemeindeneugliederung ab dem 01.01.2024 aus unserer Sicht verfehlt.

Aus Sicht der Stadt Dingelstädt wäre durch den Gesetzgeber ein Ausgleich zu schaffen, der die aufnehmenden Gemeinden (Stadt Mühlhausen / Thüringen und Stadt Dingelstädt) bzw. den aufnehmenden Zweckverbänden eine überdurchschnittliche finanzielle Belastung erspart.

Wir, die Stadt Dingelstädt, bittet darum bzw. beantragen deshalb bei der Legislative dem Änderungsantrag der CDU Fraktion zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 7/8231 zu folgen, d.h.

Der Gesetzentwurf sollte wie folgt geändert werden:

I.

Dem Artikel 1 § 3 wird folgender Absatz 8 angefügt:

„(8) Die Stadt Dingelstädt erhält einen einmaligen Ausgleich für finanzielle Mehrbelastungen in Höhe von 1.577.000 Euro für die Überführung des Abwassereigenbetriebs Rodeberg in den Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Obereichsfeld (WAZ Obereichsfeld) und den AZV Mühlhausen.“

II.

Die dafür notwendigen Finanzmittel sollen im Rahmen des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (ThürGFfG) zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt Dingelstädt sieht hier keine Schaffung eines Präzedenzfalles, sondern vielmehr eine Einzelfallregelung, welche aus unserer Sicht im Neugliederungsgesetz nicht geregelt ist.

Weiterhin schließen wir uns vollumfänglich den Ausführungen des WAZ Obereichsfeld an.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Karl Fernkorn
Bürgermeister der Stadt Dingelstädt



**STADT
DINGELSTÄDT**

Kontaktinformation

Andreas Karl Fernkorn
Bürgermeister der
Stadt Dingelstädt
Geschwister-Scholl-Str. 28
37351 Stadt Dingelstädt



**STADT
DINGELSTÄDT**
an der Unstrutquelle

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/8231		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)	
2.	Name	Vorname
	Nerlich, Andreas	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/8231											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Gemeinde Wünschendorf/Elster</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Poststraße 8</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">07570 Wünschendorf/Elster</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde Wünschendorf/Elster		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Poststraße 8	Postleitzahl, Ort	07570 Wünschendorf/Elster
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde Wünschendorf/Elster										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Poststraße 8									
Postleitzahl, Ort	07570 Wünschendorf/Elster										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 7/8231 -

dazu: Änderungsanträge in Vorlagen 7/5816/5817

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

Stadt Mühlhausen/Thüringen

KöR

Geschäfts- oder Dienstadresse

Ratsstr. 25

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Postleitzahl, Ort

99974 Mühlhausen/Thüringen

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	öffentliche Verwaltung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde grundsätzlich zugestimmt, jedoch auf Änderungsbedarf hingewiesen bzw. angeregt, einen Ausgleich außerhalb des Gesetzgebungsverfahrens zu gewährleisten	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mühlhausen, 24.11.2023	

Stadtverwaltung Mühlhausen
Referat Recht und Controlling
Ratsstraße 25
99974 MÜHLHAUSEN

Stadtverwaltung Mühlhausen | Postfach 1243 | 99962 Mühlhausen

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

poststelle@thueringer-landtag.de

Referat 1 Recht und Controlling

Postanschrift: Ratsstraße 25 | 99974 Mühlhausen

Dienstgebäude: Ratsstraße 19

Leitung:

Email:

Recht@muehlhausen.de

Datum

09.11.2023

**Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen (DS 7/8231)
Änderungsantrag der CDU-Fraktion**

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

im Rahmen der ergänzenden Anhörung zum oben benannten Gesetzentwurf nebst Änderungsantrag der CDU-Fraktion nimmt die Stadt Mühlhausen/Thüringen wie folgt Stellung:

Die Neugliederung der Gemeinde Rodeberg in zwei Gemeinden über Kreisgrenzen hinweg und noch wichtiger künftige Neugliederungen, bedürfen weitergehender struktureller und finanzieller Unterstützung durch den Freistaat Thüringen, wenn die Landesregierung weiterhin am Prinzip der Freiwilligkeit festhalten will. Allein nach dem Willen der Bürger Regionalplanung zu betreiben, führt nicht mehr nur in Einzelfällen zu bemerkenswerten Verschiebungen zwischen politischen Gemeindegrenzen und gewachsenen wirtschaftlichen, vor allem leitungsgebundenen Versorgungsstrukturen.

Dies gilt umso mehr, wenn wie hier, ein kommunaler Eigenbetrieb Gegenstand der Auseinandersetzung ist und das kommt hinzu, eben nicht den vorhandenen politischen Strukturen der aufnehmenden Gemeinden folgt. Davon gingen aber die bisherigen Neugliederungsvorhaben in Thüringen aus.

Keine Regel ohne Ausnahme. Dieser Ausnahme, ich nenne sie auch Gesetzeslücke, folgt der Änderungsantrag der CDU.

Kein Gemeinderat wird sich dem mittelbar oder unmittelbar geäußerten Willen seiner Bürger verschließen können. Im Zweifel ist es für den Bürger jedoch unmöglich, jede Konsequenz seiner Entscheidung zu erkennen.

Bürgertelefon: +49 3601 452 115	Sprechzeiten:	
Zentrale: Tel.: +49 3601 452 0	Mo.: 09 - 12 Uhr	
Fax: +49 3601 452 177	Di.: 09 - 12 13 - 18 Uhr	
	Do.: 09 - 12 13 - 16 Uhr	
Email: info@muehlhausen.de	Fr.: 09 - 12 Uhr	
Internet: www.muehlhausen.de		
Informationen zum Umgang mit Ihren Daten (Art. 13, 14 DSGVO) in der Stadtverwaltung Mühlhausen finden Sie im Internet unter www.muehlhausen.de/Datenschutz . Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.		

Will man der Freiwilligkeit weiterhin Rechnung tragen, müssen u.E. Finanzhilfen gewährt werden, die entweder einmalig, wie hier beantragt, strukturelle Nachteile ausgleichen oder langfristig und zweckgebunden die durch die Neugliederung entstehenden Strukturdefizite auflösen helfen, wie z.B. Investitionen in Leitungsnetze zur Anbindung einzugliedernder Ortsteile in die Strukturen der aufnehmenden Gemeinde.

Um bei diesem Beispiel zu bleiben, bedürfen weitere Gebietsreformen mindestens einer nachfolgenden vom Freistaat mitgesteuerten und geförderten Verbandsstrukturreform.

Die Stadt Mühlhausen/Thüringen unterstützt den Änderungsantrag der CDU nachdrücklich. Gleichwohl bitte ich um eine Änderung wie folgt:

„(8) Für die finanziellen Mehrbelastungen für die Überführung des Abwassereigenbetriebs Rodeberg in den Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Obereichsfeld (WAZ Obereichsfeld) und den Zweckverband Abwasserentsorgung Mühlhausen und Umland erhalten die Stadt Dingelstädt einen einmaligen Ausgleich in Höhe von 1.207.000 Euro und die Stadt Mühlhausen in Höhe von 386.000 Euro.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen

30981/23


**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/8231 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><thead><tr><th>Name</th><th>Organisationsform</th></tr></thead><tbody><tr><td><i>Gemeinde Stadeland Thüringen</i></td><td><i>e.V.</i></td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td><i>Richard-Breila-Strasse 16</i></td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td><i>99096 Erfurt</i></td></tr></tbody></table>	Name	Organisationsform	<i>Gemeinde Stadeland Thüringen</i>	<i>e.V.</i>	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Richard-Breila-Strasse 16</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>
Name	Organisationsform										
<i>Gemeinde Stadeland Thüringen</i>	<i>e.V.</i>										
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Richard-Breila-Strasse 16</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	<i>99096 Erfurt</i>										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
		

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Ehmk, 4.12.2023	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/8231											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Hunstock</td> <td style="padding: 5px;">Gertrud</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	Hunstock	Gertrud	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	Hunstock	Gertrud									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/8231		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Bürgermeister der Gemeinde Unterbodnitz	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Dorfstraße 28
	Postleitzahl, Ort	07646 Unterbodnitz
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz zur freiwilligen Neugliederung kreisangehöriger Gemeinden im Jahr 2024, zur Anpassung gerichtsorganisatorischer Vorschriften und zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 7/8231		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;">Nerlich, Andreas Hofmann, Mirko</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"><input type="checkbox"/> Wohnadresse</div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)